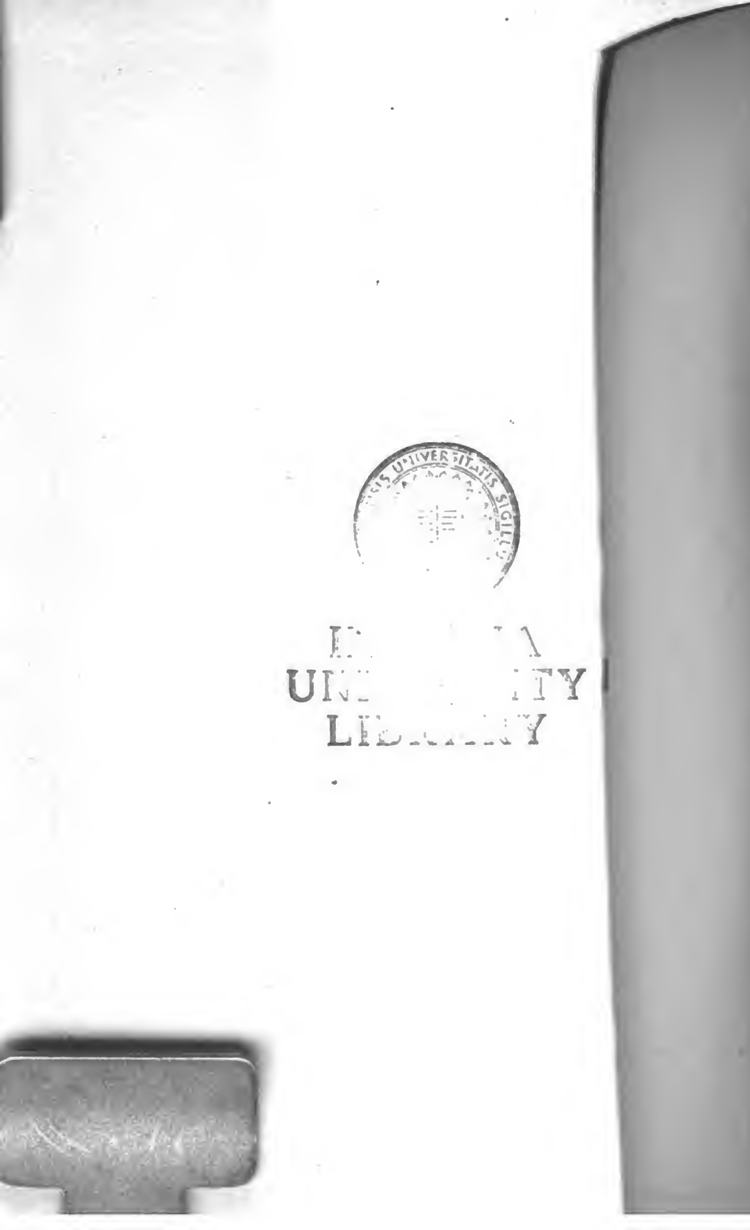
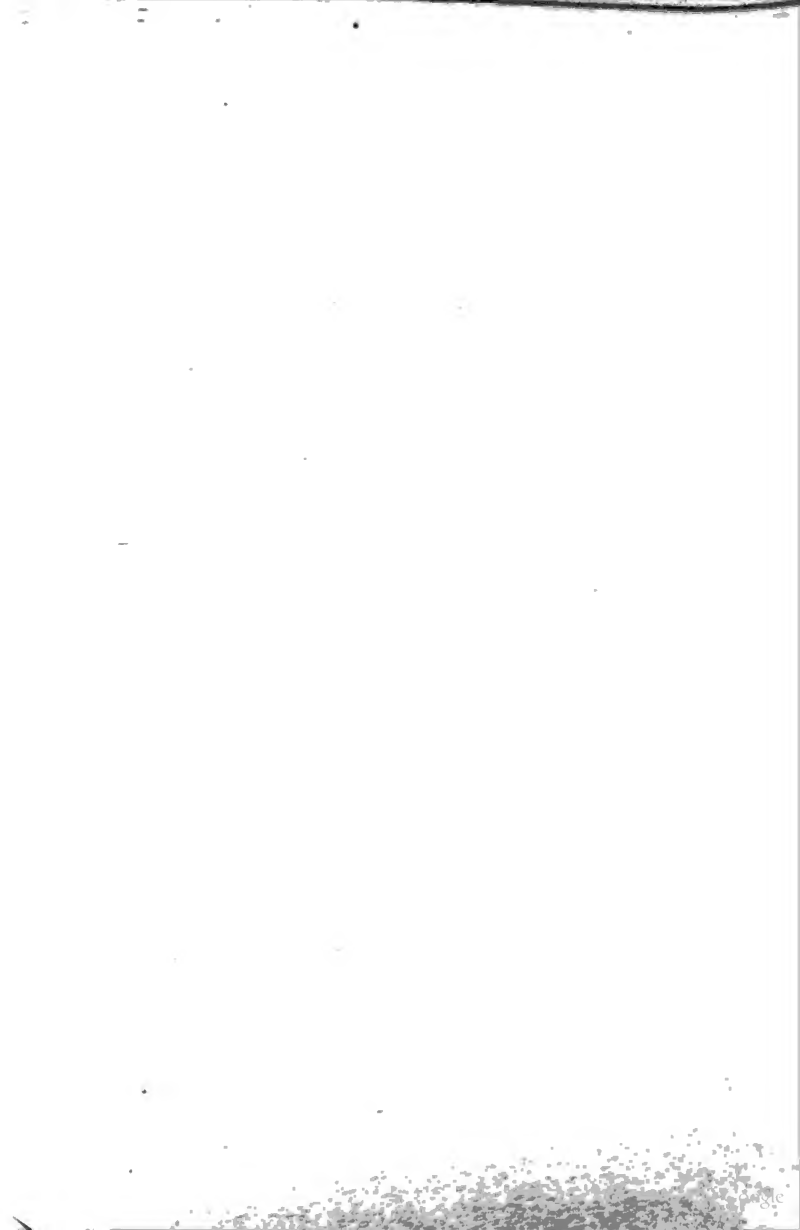
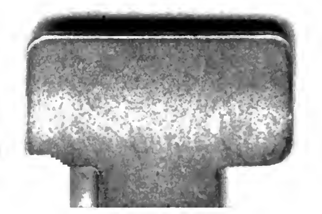
Mein Kriegs-Tageb...

Alfred Hermann Fried





Europäische Bücher

In der gleichen Sammlung sind erschienen:

LEONID ANDREJEW, Das Joch des Krieges, 3.—5. Tausend
ALBERT S. ASSEO, Das Massengrab, 1.—5. Tausend
HENRI BARBUSSE, Das Feuer, 33.—52. Tausend
C. J. A. VAN BRUGGEN, Das Reich Gottes in Sibirien, 1.—5. Tausend
BRIEFE EINES SOLDATEN, 1.—5. Tausend
GEORGES DUHAMEL, Leben der Märtyrer, 1.—5. Tausend
ALFRED H. FRIED, Mein Kriegstagebuch I—III, 1.—5. Tausend
ANDREAS LATZKO, Friedensgericht, 1.—14. Tausend
— — Menschen im Krieg, 23.—33. Tausend
K. M. OBERUTSCHEW, Die Morgenröte, 1.—5. Tausend
ROMAIN ROLLAND, Beethoven, 17.—21. Tausend
— — Michelangelo, 1.—5. Tausend
PAUL SABATIER, Leben des Heiligen Franz von Assisi, 1.—5. Tausend
LEO TOLSTOI, Tagebuch 1895—1899, 3.—5. Tausend
H. G. WELLS, Mr. Britlings Weg zur Erkenntnis, 1.—6. Tausend
K. ZIMMERMANN, Der Hauptmann Deutschle, 1.—5. Tausend

*

In Vorbereitung befinden sich:

HENRI BARBUSSE, Klarheit
DOUGLAS GOLDRING, Das Glück
ROMAIN ROLLAND, Haendel
— — Theater für das Volk
— — Tragödien des Glaubens
BERNARD SHAW, Die Geliebte Shakespeares u. a. Novellen

*

Alfred H. Fried

Mein Kriegs-Tagebuch

Band IV

Das vierte Kriegsjahr und der Friede von Versailles

(1. August 1917 bis 30. Juni 1919)

Erstes bis drittes Tausend

Max Rascher Verlag, A.-G., Zürich, 1920

Herrn Nationalrat

Josef Scherrer-Füllemann

aus St. Gallen, dem ausgezeichneten Schweizer Vorkämpfer der Friedens- und Völkerbundidee, dargebracht in Freundschaft und gleichzeitig als bescheidenes Zeichen der Dankbarkeit des Verfassers für die Schweiz, wo während der Jahre des Weltkriegs dieses Kriegstagebuch enstanden ist.

Wengen, 1. August.

Die Kundgebung des Grafen Czernin an die Presse ist entschieden das denkwürdigste Dokument, das während des Kriegs von seiten der Zentralmächte kundgegeben wurde. Schon die Erklärung, von der Schuldfrage nicht reden zu wollen, läßt es als solches erscheinen. Das bezeugt mehr den Friedenswillen und ein gewisses Verständnis für die Friedenstechnik als das gegenteilige Bestreben, zu Beginn jedes Annäherungsversuches die herausfordernde und salbungsvolle Erklärung von der eigenen Unschuld und von dem «ruchlosen Ueberfall» abzugeben. Wenn man sich nicht dazu aufraffen kann, das Maß der eigenen Schuld offen einzugestehen, tut man klüger, zu schweigen. Graf Czernin tut aber noch mehr: Er stellt als Grundprinzip eines Friedensschlusses «die Verhütung der Wiederkehr eines Krieges» auf. Er tut dieses gleichzeitig mit der Erklärung «die Demokratisierung der Verfassung ist ein Erfordernis der Zeit». Dadurch wird seinem pazifistischen Glaubensbekenntnis mehr Wert beigelegt, mehr Vertrauen entgegengebracht werden als jener Erklärung Bethmann Hollwegs vom 9. November 1916, die in ihrem Mangel an Zusammenhang mit allen andern Äußerungen des Kanzlers und seiner Politik die typische Botschaft war, bei der der Glaube fehlte. Wenn nicht alles trügt, ist Osterreich-Ungarn jetzt zur Führung der Friedensschlußpolitik der Zentralmächte gelangt, und wenn seine Staatsmänner und die führenden Politiker die Bedeutung des Moments erfassen, so ist damit ein großer Schritt zur Friedensherstellung gemacht. Dann wird die Donaumonarchie die Brücke zwischen Deutschland und den Westmächten

bilden. Graf Czernin hat erklärt, dass er einen Frieden ohne Deutschland nicht schließt, womit er Hoffnungen der Entente ersticken wollte und den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trug. Aber wenn die Ententestaatsmänner die Lage verstehen wollten, müßten sie aus der unterschiedlichen Art der Kundgebung des österr.-ungarischen Staatsmannes erkennen, daß man an der Donau sich zwar von Deutschland nicht trennen wird, daß man aber dort den festen Willen und die Macht besitzt, dafür zu sorgen, daß eine alldeutsche Phantastenpolitik Deutschland nicht abseits treibt von dem österreichischen Friedenswillen.

Zur Fortsetzung der nun von Czernin eingeschlagenen Politik gehört unbedingt eine Tat, eine Tat, die das große Mißtrauen zerstört, das seitens der Entente den Zentralmächten, namentlich Deutschland, gegenüber besteht. Es muß durch eine Tat die Furcht vor dem Aufleben derjenigen Elemente beseitigt werden, die man bei den Gegnern als Urheber jenes «schrecklichen Unglücks» ansieht, als welcher Graf Czernin den Weltkrieg bezeichnet. Solange drüben diese Furcht obwaltet, daß nach einer Erholungspause der Krieg von neuem vorbereitet wird, kann der Friede nicht kommen, nicht sofort kommen.

Graf Czernin müßte das «gigantische Werk», das er nach dem Friedensschluß in Angriff genommen wissen will, sofort beginnen lassen. Er müßte sofort mit konkreten Vorschlägen zur künftigen Staatenorganisation auf den Plan treten. Dazu braucht er Deutschland nicht. Den Friedensschluß muß er mit Deutschland gemeinsam machen, aber für die künftige Weltkonstellation ist die Politik Österreich-Ungarns frei.

Wengen, 3. August.

Die Konversation der Staatsmänner dauert fort. Ribot antwortet auf Michaelis, dieser läßt durch ein amtliches

Wolff-Kommuniqué zurückantworten. Die Enthüllungen des deutschen Reichskanzlers über die frühern französischen Absichten auf Annexionen in Deutschland und Bildung eines Pufferstaates am linken Rheinufer können nur Mißtrauen über die Haltung der Reichsregierung gegenüber der Reichstagsresolution erwecken.

Die Annexionsabsichten Frankreichs sind durch die Erklärung des französischen Parlaments vom 5. Juni auf Elsaß-Lothringen beschränkt worden. Daß in einem Land das sich überfallen wähnt, mitten in einem blutigen Krieg, einem Gegner gegenüber, der für den Fall des Sieges die weitgehendsten Eroberungen proklamierte, Absichten auf Annexionen auftreten, kann niemand aufregen. Die Hauptsache ist, daß sich die Mehrheit des französischen Volkes gegen diese Absichten auflehnte, was in Deutschland erst spät der Fall war und noch immer nicht feststeht. Die Hauptsache ist ferner, daß *vor* dem Krieg kein Mensch in Frankreich an Annexionen in Deutschland und nur mehr sehr wenige an eine Wiedereroberung Elsaß-Lothringens gedacht haben, während in Deutschland eine mächtige Bewegung mit großen Zeitungen und einer großen Literatur für »Expansion« eintrat und die ganze Welt beunruhigte. Die französischen Annexionsgelüste kamen erst während des Kriegs. Sie wurden dennoch vom französischen Volk zurückgewiesen und haben, abgesehen von dem Problem Elsaß-Lothringen, keinerlei praktische Bedeutung. Bedeutung hat aber der Umstand, daß der neue Reichskanzler mit so starkem Nachdruck auf diese Absichten hinweist. *Was kann das anderes bedeuten, als die Stimmung der breiten Masse gegen die Reichstagsresolution einzunehmen?* — Diese Enthüllungen sollen dem deutschen Volke klar machen, daß man seinen Appetit nicht zu zügeln braucht, wenn die Gegner solche Pläne im Schild führen. Das

ist traurig, denn das gibt mehr Anlaß zur Kriegsverlängerung als die überwundenen französischen Absichten.

Die Frage Elsaß-Lothringen bleibt allerdings. Sie wurde durch eine Rede, die Balfour am 30. Juli im Unterhaus hielt, unterstrichen. Diese Frage muß gelöst werden. Sonst geht Europa daran zugrunde. Entweder volle Autonomie als Republik im Rahmen des Reichs oder Abtretung der rein französischen Teile gegen Kompensation an Frankreich. Eine andere vernünftige Lösung gibt es nicht. Denn die Belassung beim alten Zustand wie die Entreißung der Provinzen einem erst zu besiegenden Deutschland wären keine Lösungen der Vernunft. Je länger man sich aber sträubt, zu dieser unbedingt notwendigen Lösung zu schreiten, um so fragwürdiger wird das Endergebnis sein. Hier wäre es Aufgabe der österr.-ungarischen Regierung, auf den Bundesgenossen einzuwirken. An Elsaß-Lothringen hat das österreichische Volk kein Interresse. Es kann nicht verbluten für die Fehler der Bismarckschen Politik. Es muß daher dem verderblichen Ringen ein Ende machen. Das ist Österreich-Ungarns Lebensinteresse. Wenn es Lebensinteressen gibt, die man glaubt, nur durch Krieg befriedigen zu können, so gibt es auch Lebensinteressen, die gebieterisch fordern, Kriege zu vermeiden oder zu beendigen. Ein solches Interesse liegt jetzt für die fünfzig Millionen der Donaumonarchie vor.

* * *

Wir haben ja einen neuen Feind bekommen! Siam! Wer spricht noch über so etwas? — Die Sensationen für uns müssen anderes Kaliber haben. Schiffe explodieren und tausende Menschen ersaufen. Ich notiere es nicht mehr. Kriegserschlagene? Kaum mehr zu zählen. — Sind das nicht Zeichen der Agonie, die uns nichts mehr als der Rede wert erscheinen läßt. —

Wengen, 4. August.

Die Wiener «Arbeiter Zeitung», jetzt das vernünftigste Blatt Österreichs, schreibt in ihrem Artikel zum dritten Jahrestag des Kriegs (1. Aug. 1917).

«Die Empfindung will nicht weichen, das ein kräftig aufrichtiges Wort, in Berlin gesprochen, allem aufgedonnerten Widerstreben der Gegner zu Trotz, seiner Wirkung gewiß wäre. Daran fehlt es, das ist noch nicht vernommen worden, und diese halben Zusagen, von denen der nächste Satz die Hälfte wieder zurücknimmt, schaden mehr als sie nützen. Vergleiche man doch die Rede Czernins mit der Rede des neuen Reichskanzlers, und man wird den Unterschied rasch inne werden. Für den Grafen Czernin ist der Verständigungsfrieden ein erstrebenswertes Ideal, nicht etwa notgedrungen, sondern aus der Erkenntnis, daß nur aus ihm die gepeinigte Menschheit die friedliche Kraft empfangen kann, die sie befähigen wird, die Wunden zu schließen, die grausamen Folgen des Krieges zu überwinden, ist der österreichisch-ungarische Minister für den Frieden, der alle Vergewaltigungen ausschließt und nur dem übereinstimmenden Willen aller Teile entspringt. In Berlin hat sich diese Erkenntnis noch lange nicht durchgesetzt; dort erachtet man den Verständigungfrieden noch immer als ein Übel, mit dem man sich, wenn es nicht anders geht, vielleicht abfinden mag, der aber von dem, was man eigentlich will und anstrebt, meilenweit entfernt ist. Graf Czernin spricht frank und frei vom Verständigungsfrieden; in Berlin bringt man das Wort nicht über die Lippen. Deswegen üben diese Erklärungen keine werbende Kraft aus; ihnen fehlt der Klang des Aufrichtigen, des Überzeugenden; kaum ausgesprochen, ver-

wehen sie und das allgemeine Mißbehagen, zu Hause und beim Gegner, folgt ihnen auf dem Fuß. Mit der Methode, die immer nur daran denkt, unbestimmte, auslegungsfähige Wendungen zu produzieren, die die Annexionsschwärmer beruhigen sollen, ist der dichte Nebel, der sich zwischen die kriegführenden Völker gesenkt hat, nicht zu bannen. Sie verstärkt ihn eher. Die Empfindung läßt sich nicht verscheuchen, daß man den Frieden dennoch haben könnte, wenn man ihn nur, und ihn über alles, haben wollte, und daß es, wenn er nicht kommt, er in immer weitere Ferne rückt, wohl darin seinen Ursprung haben wird, daß man ihn nicht so will, als man ihn wollen müßte.»

Aus diesen Worten spricht deutlich und klar die volle Erkenntnis der Situation. Die Interessen Oster-Ungarns und Deutschlands sind nicht mehr dieselben. Die Staatsmänner der Donaumonarchie erkennen die Forderung der Stunde, die Staatsmänner des Reichs verkennen sie noch immer. Osterreich-Ungarn will sich demokratisieren, will den Wahnsinn des Kriegs den Garaus machen durch Eingehen auf eine Weltorganisation, in Deutschland spielt man noch mit dieser Idee, will man ihren Schein, aber man glaubt nicht daran.

Das deutsche Volk kann den Krieg noch eine Zeit lang weiter führen, ohne fürchten zu müssen, daran zu verbluten. Seine Wirtschaftskraft war größer als die Osterreich-Ungarns, seine nationale Entwicklung gab ihm auch eine moralische Widerstandskraft, die sich bei dem nationalgemischten Donaureich nicht im gleichen Maß entwickeln konnte. Die Grenze des Könnens ist für beide Staaten nicht gleich. Für Osterreich-Ungarn ist der Punkt überschritten, wo die Fortführung des Kriegs noch Aussichten auf Vorteil bringen kann. Es ist die Pflicht des stärkern Genossen, auf die Kräfte des Schwächern Rück-

sicht zu nehmen. Deutschland muß nachgeben, muß mit eiserner Hand gegen seine Alldeutschen und Annexionisten vorgehen, muß sie, die sein eigenes Dasein gefährden, unschädlich machen, muß den Forderungen nach Demokratisierung nachgeben, muß in unzweifelhaft ehrlicher Weise seine Zustimmung zu einer die künftige Gewaltanwendung ausschließenden Staatenorganisation geben und so vor Eintritt dieses Winters den Frieden in der Welt herstellen, oder Österreich-Ungarn muß sich vom Reich trennen. Das erfordert das Lebensinteresse der Monarchie!

Ein militärischer Sieg der von der ganzen Welt umschlossenen Zentralmächte erscheint ausgeschlossen. Die Widerstandfähigkeit der beiden Reiche ist wohl so groß, daß ihre Niederwerfung auf Jahre hinaus nicht möglich erscheint. Immerhin ist es wohl ausgeschlossen. daß bei einer Verlängerung des Kriegs bis zur Heranwerfung der amerikanischen Kriegsmaschinerie, die Aussichten eines Verständigungsfriedens, der heute noch möglich ist, schwinden, und der Krieg durch eine Niederlage der Zentralmächte beendet wird. Eine solche Niederlage ist für Deutschland ein schwerer Schlag, aber immerhin ein Schlag, der eine spätere Erholung möglich macht. Für Österreich-Ungarn bedeutet die Niederlage jedoch die Vernichtung. Deutschland wird bestehen bleiben, aber die Donaumonarchie z e r f ä l l t. Für sie ist daher die Frage nach einem rechtzeitigen Friedensschluß keine Frage des Ansehens oder des mehr oder weniger großen Vorteils, sondern eine Daseinsfrage. Dieses Risiko darf ein lebensfähiges, mit den besten Aussichten für die Zukunft versehenes Staatswesen von fünfzig Millionen Einwohnern nicht eingehen. Jedes Zaudern wäre Verbrechen. Hier muß es heißen: aut — aut. Entweder sofortiger Frieden im Verein mit Deutschland, oder die Sicherung des Daseins auf eigene Faust. Lostrennung

von einem Deutschland, das die Forderung der Stunde nicht hören will, und die Ambitionen einiger irregeleiteter Narren höherstellt als das Lebensinteresse der verbündeten Monarchie.

Wengen, 6. August.

Czernowitz ist wieder — zum dritten Mal während des Kriegs — von den Verbündeten genommen worden. Die Russen sind aus Galizien ganz, aus der Bukowina zum größten Teil vertrieben. In Berlin hat man Viktoria geschossen und geflaggt. Wieso in Berlin? — Siege machen aber gar keinen Eindruck mehr. Der kriegerische Spiritus ist verflogen. Jubel könnte nur noch der Friede hervorlocken. Dieses fortwährende Siegen im luftleeren Raum wirkt niederdrückend. Wir siegen in einem Käfig, dessen Stäbe immer stärker werden. Aus diesem Käfig kommen wir nur heraus, wenn wir uns häuten, wenn wir die Vorsintflutlichkeit unsrer innern Zustände und des politischen Denkens ablegen und mit der Zeit gehen. Dann wollen wir Viktoria schießen!

Spiez, 9. August.

Und der Käfig schließt sich immer mehr. Am 2. August — man erfuhr es erst gestern — hat nun auch China an Deutschland und Österreich-Ungarn den Krieg erklärt.*) Vor einigen Tagen auch Liberia. Vom militärischen Gesichtspunkt hat das natürlich nichts zu bedeuten, aber man weiß wie eng begrenzt dieser Gesichtspunkt ist.

Aber auch vom Gesichtspunkt der Friedenstechnik ist diese stete Vermehrung der mit uns im Kriegszustand sich befindlichen Gegner bedauerlich. Je mehr Feinde, um so mehr Teilnehmer an der Friedenskonferenz, um so mehr Ansprüche, um so schwieriger die Vereinbarungen.

---

*) Erst beschlossen; die Kriegserklärung erfolgte erst Mitte August.

Deutschlands Streben, durch Separatfriedensschlüsse die Zahl der Feinde zu vermindern, bleibt ohne Erfolg. Hingegen gelingt es der Entente dauernd, neue Feinde gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen.

So beginnt das vierte Kriegsjahr!

Dem Berner Korrespondenten der «Kölnischen Zeitung» möchte ich bei dieser Gelegenheit eine Aufklärung geben. Für ihn ist es erwiesen, daß deutsche Demokraten in der Schweiz die Fälscher*) sind, während es aller Wahrscheinscheinlichkeit nach die Leistung eines der gegnerischen Presse- und Propagandabureaus sein dürfte. Im Zusammenhang mit einer Darlegung der Fälschung findet der Korrespondent es angebracht (Köln. Ztg. vom 5. Aug. 1917), meine und anderer pazifistisch gesinnter Persönlichkeiten Tätigkeit in der Schweiz zu kritisieren. So schreibt er:

> «Wir wollen an dieser Stelle die Tätigkeit persönlich achtbarer Männer wie Prinz Hohenlohe, Prof. Foerster, Dr. Fried u. a. nur mit der Anmerkung streifen, daß dem Schreiber dieser Zeilen während zweijährigen Kriegsaufenthalts in der Schweiz nie auch nur eine einzig ähnlich gerichtete französische oder englische oder italienische Kritik heimischer Verhältnisse zu Gesicht gekommen ist, wie diese Herren sie sich in hundert Zuschriften an schweizerische Blätter durchwegs unberufener Weise gestatten, obwohl man sachlich doch gewiß nicht behaupten wird oder will, daß nur unsre Verhältnisse verbesserungsbedürftiger sind als die der genannten Länder.»

Gewiß. Die Franzosen, Engländer, Italiener üben hier weniger Kritik als die Deutschen und Osterreicher. Sie üben sie auch; und der Korrespondent der Kölnischen Zeitung füllt sein Amt schlecht aus, wenn er während seines

---

*) Der gefälschten Nummer der «Frankfurter Zeitung».

zweijährigen Aufenthalts in der Schweiz davon nichts gemerkt hat. Aber wenn die Deutschen und Österreicher dies in großem Umfang tun, so liegt das daran, daß den Franzosen, Engländern, Italienern in ihrer Heimat das Maul nicht verbunden ist, daß sie in allen Tageszeitungen in einer großen Zahl ad hoc gegründeter pazifistischer und kriegsgegnerischer Zeitschriften in ihrer Heimat Kritik üben dürfen. Uns hat man einfach in die Schweiz hinausgedrängt. Hierzu kommt noch, daß die Schweiz ein Land mit vorwiegend deutschsprechender Bevölkerung und einer ausgedehnten auch nach Deutschland gelangenden deutschen Presse ist. Der Engländer könnte hier gar nicht in seiner Sprache schreiben, der Franzose und der Italiener haben nur ein verhältnismäßig geringes Echo in ihrer Sprache im Land. Öffnet der Kritik die Grenzen der Mittelmächte und wir werden unsre vaterländische Pflicht, «wie wir sie auffassen», in Berlin und Wien üben.

Spiez, 10. August.

Die Demokratisierung Deutschlands macht Fortschritte! Der Reichskanzler Dr. Michaelis, der bisher den Rang eines Hauptmanns der Reserve bekleidete, ist zum Oberstleutnant ernannt worden «mit der Berechtigung zum Tragen der Uniform des genannten Regiments». Wir stellen uns die Demokratisierung zwar anders vor; so, daß die militärische Uniform aus allen Regierungsbeziehungen entfernt wird, und daß selbst das Staatsoberhaupt nur bei militärischen Obliegenheiten das militärische Kleidungsstück anlegt.

Das Revirement im Reich und in Preußen deckt sich gleichfalls wenig mit den Forderungen nach einem demokratischen Regime. Das Kokettieren mit der Demokratie durch Einsetzung eines sozialdemokratischen Unterstaatssekretärs und die Übernahme zweier Ministerposten durch Parlementarier ist noch weit entfernt von der wirklichen

Demokratie. Alle Männer sind ernannt worden ohne Rücksprache mit der Volksvertretung, und alle sind dem Staatsoberhaupt verantwortlich und nicht dem Parlament. Reförmchen statt Reformen, Gnaden statt Institutionen. So bleibts beim Alten, so bleibts beim Krieg.

Spiez, 11. August.

Gegen das Wolffsche Dementi über den Potsdamer Kronrat vom 5. Juli und über die Kenntnis der deutschen Regierung vom Inhalt oder der Tendenz des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien werden jetzt von allen Seiten Einwendungen vorgebracht. Der frühere amerikanische Fachdelegierte bei der amerikanischen Gesandtschaft in Konstantinopel Louis Euestein schreibt der «Times» (Berl. Tagbl. vom 8. August 1917):

> »Der frühere italienische Gesandte in Konstantinopel Marquis Garroni erzählte mir, daß am 15. Juli 1914 Baron Wangenheim ihm mitteilte, daß vom Kaiser eine Zusammenkunft angeordnet wurde, an der Wangenhetm teilnahm und in der der Krieg beschlossen wurde. Es sollte ein unannehmbares Ultimatum an Serbien gestellt und nach 48 Stunden der Krieg erklärt werden, . . . Wangenheim habe auch von einer Versammlung von Vertretern der Armee- und Finanz- und Industriewelt berichtet, die der Kaiser gefragt habe, ob sie bereit seien . . .»

Jetzt wird (Nach «Neuer Züricher Ztg.» vom 11.Aug.1917.) ein Telegramm Take Jonescus, dem Vizepräsidenten des rumänischen Kabinetts veröffentlicht. Er erinnert daran, daß er im Juli 1914 in London war und dem Herausgeber der «Times» gegenüber erklärt habe, daß er seit einem Monat wüßte, daß Österreich den Krieg um jeden Preis wolle. Er sah damals den deutschen Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, täglich.

«Ich bin in der Lage zu wissen,» so fährt Jonescu fort, «daß das Ultimatum an Serbien in Berlin bekannt war und gebilligt wurde, daß v. Tschirschky an seiner Aufsetzung teilnahm, daß er der Ansicht war, daß Serbien es nicht annehmen könne, während die Deutsch-Österreicher fürchteten, daß es dasselbe troß allem annehmen werde. Fürst Lichnowsky der persönlich den Frieden wünschte, bat mich an dem Tag vorher, an dem man das Ultimatum überreichte, an Pasitsch zu telegraphieren und ihm den Rat zu geben, das Ultimatum anzunehmen; ich sollte ihm im Namen des Fürsten Lichnowsky versprechen, daß die harten Bedingungen des Ultimatums bei seiner Anwendung gemildert würden.»

Bezüglich der Kenntnis des österr.-ungarischen Ultimatums an Serbien seitens der deutschen Regierung und dessen Billigung besteht ein einwandfreies Zeugnis in einer Äußerung des deutschen Gesandten Grafen Bernstorff in Washington. In der amerikanischen Wochenschrift «The Independent» vom 7. September 1914 (Nummer 3430 des 79. Bandes) befindet sich ein Aufsaß, der überschrieben ist:

«GERMANY AT THE GREAT WAR
BY THE IMPERIAL GERMAN AMBASSADOR.»

Der Aufsaß besteht aus Antworten des deutschen Gesandten auf Fragen, die die Redaktion der Wochenschrift an ihn gerichtet hat. «The Independent has asked count J. H. von Bernstorff to reply to certain questions, which have been much discussed in the press, and he has kindly consented to do so. The public will appreciate the frankness and difiniteness with which he answers our queries.» So lautet die dem Aufsaß vorgedruckte Vorbemerkung des «editors».

Die erste dieser Fragen lautet:

«Did Germany approve in advance the Austrian ultimatum to Servia?

Die Antwort darauf lautet:

«Yes.»

Hierauf folgt nach dem Satz «Germanys reasons for doing so are the following» eine längere Erläuterung über Deutschlands Gründe für seine Haltung.

Ich habe mir damals den Aufsatz herausgeschnitten und in Voraussicht seiner späteren Wichtigkeit in meinem Archiv aufbewahrt.

Spiez, 17. August.

Gestern bei Muehlon in Gümligen. Tief erschüttert von seinen Erzählungen über die kalten Vorbereitungen des Kriegs von deutscher Seite im Juli 1914. Alle Dementis Lüge. Acht oder neun Tage vor Erlaß des österr.-ungarischen Ultimatums an Serbien sprach Helfferich darüber mit M. Er erzählte ihm alle Einzelheiten des Ultimatums und das richtige Datum des Erlasses. Er sagte ihm auch: «Die Österreicher» sind dieser Tage beim Kaiser gewesen. Der Kaiser habe sich mit Entschiedenheit für das Vorgehen Österreich-Ungarns ausgesprochen. Er habe gesagt, daß er einen österr.-ungarischen Konfikt mit Serbien als eine interne Angelegenheit zwischen diesen beiden Ländern betrachte, in die er keinem andern Staat eine Einmischung erlauben werde. Wenn Rußland mobil mache, dann mache er auch mobil. Bei ihm bedeute Mobilmachung den sofortigen Krieg. Diesmal gäbe es kein Schwanken. Die Österreicher seien über diese entschlossene Haltung des Kaisers sehr befriedigt gewesen.

Auf Muehlons Einwand, daß das den Weltkrieg gewiß mache, meinte Helfferich, es sehe jedenfalls so aus. Vielleicht überlegten sich Rußland und Frankreich die Sache

doch noch anders. Den Serben gehöre entschieden eine bleibende Lektion.

Nach Essen zurückgekehrt unterrichtet M. Herrn Krupp von Bohlen über die von Helfferich gemachten Informationen. Dieser war betroffen, daß Dr. Helfferich im Besitz solcher Kenntnisse war, und sagte M. dann folgendes:

> «Er sei selbst dieser Tage beim Kaiser gewesen. Der Kaiser habe auch ihm von der Besprechung mit den Österreichern und deren Ergebnis gesprochen, jedoch die Sache als so geheim bezeichnet, daß er nicht einmal gewagt haben würde, seinem Direktorium davon Mitteilung zu machen. Da ich aber einmal Bescheid wisse, könne er mir sagen, die Angaben Helfferichs seien richtig. Dieser scheine freilich noch mehr Details zu wissen als er, Bohlen, selbst. Die Lage sei in der Tat sehr ernst. Der Kaiser habe ihm persönlich gesagt, er werde sofort den Krieg erklären, wenn Rußland mobil mache. Diesmal werde man sehen, daß er nicht umfalle. Die wiederholte kaiserliche Betonung, in diesem Fall werde ihm kein Mensch wieder Unschlüssigkeit vorwerfen können, habe sogar fast komisch gewirkt.»

Als das Ultimatum genau an dem von Helfferich vorhergesagten Tag erschienen war, äußerte sich M. Helfferich gegenüber, daß er Ton und Inhalt des Ultimatums geradezu ungeheuerlich fände. Dr. Helfferich aber meinte, das klingt nur in der deutschen Übersetzung so. Er habe das Ultimatum in französischer Sprache zu sehen bekommen, und da könne man es keineswegs als übertrieben empfinden. Bei dieser Gelegenheit sagte ihm Helfferich auch, daß der Kaiser nur zum Schein auf die Nordlandsreise gegangen sei, ihr keineswegs die übliche Ausdehnung gegeben habe, sondern sich in jederzeit erreichbarer Nähe und in ständiger Verbindung halte. Nun müsse man eben sehen, was komme. Hoffentlich handelten die

Osterreicher. die auf eine Annahme des Ultimatums natürlich nicht rechneten, rasch, bevor die andern Mächte Zeit fänden, sich hineinzumischen. Die deutsche Bank habe ihre Vorkehrungen schon so getroffen, daß sie auf alle Eventualitäten gerüstet sei. So habe sie das einlaufende Gold nicht mehr in den Verkehr zurückgegeben. Das lasse sich ganz unauffällig richten und mache Tag für Tag sehr bedeutende Beträge aus.

Muehlon berichtet weiter:

> «Alsbald nach dem Wiener Ultimatum an Serbien gab die deutsche Regierung Erklärungen dahin ab, daß Osterreich-Ungarn auf eigene Faust gehandelt habe, ohne Vorwissen Deutschlands. Bei dem Versuch, diese Erklärungen mit den obengenannten Vorgängen überhaupt vereinigen zu wollen, blieb nur etwa die Lösung, daß der Kaiser sich schon festgelegt hatte, ohne seine Regierung mitwirken zu lassen, und daß bei der Besprechung mit den Osterreichern, deutscherseits davon abgesehen wurde, den Wortlaut des Ultimatums zu vereinbaren. Denn das der Inhalt des Ultimatums in Deutschland ziemlich genau bekannt war, habe ich oben gezeigt. Herr Krupp von Bohlen, mit dem ich über diese, wenigstens der Wirkung nach, lügnerischen deutschen Erklärungen sprach, war davon gleichfalls wenig erbaut, weil in einer so schwerwiegenden Angelegenheit Deutschland doch keine Blanco-Vollmacht an einen Staat wie Osterreich-Ungarn hätte ausstellen dürfen und es Pflicht der leitenden Staatsmänner gewesen wäre, sowohl vom Kaiser wie von den Bundesgenossen zu verlangen, daß die österreichischen Forderungen und das Ultimatum an Serbien auf das Eingehendste diskutiert und festgestellt werde und gleichzeitig das genaue Programm des weitern Verhaltens überhaupt. Gleichviel auf welchem Standpunkt man stehe, man

dürfe sich doch nicht den Österreichern in die Hände geben, sich Eventualitäten aussetzen, die man nicht vorher berechnet habe, sondern hätte an seine Verpflichtungen entsprechende Bedingungen knüpfen müssen. Kurz, Herr v. Bohlen hielt die deutsche Ableugnung eines Vorwissens, falls in ihr eine Spur von Wahrheit stecke, für einen Verstoß gegen die Anfangsgründe diplomatischer Staatskunst, und stellte nur in Aussicht, er werde mit Herrn v. Jagow, dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der ein besonderer Freund von ihm war, in diesem Sinn reden. Als Ergebnis dieser Besprechung teilte mir Herr v. Bohlen folgendes mit: Herr v. Jagow sei ihm gegenüber fest dabei geblieben, daß er an dem Wortlaut des österreichisch-ungarischen Ultimatums nicht mitgewirkt habe, und daß eine solche Forderung von Deutschland überhaupt nicht erhoben worden sei. Auf den Einwand, daß sei doch unbegreiflich, habe Herr v. Jagow erwidert, daß er als Diplomat natürlich auch daran gedacht habe, ein solches Verlangen zu stellen. Der Kaiser habe sich aber, in dem Zeitpunkt, in dem Herr v. Jagow mit der Angelegenheit befaßt und hineingezogen wurde, schon so festgelegt gehabt, daß es für ein Vorgehen nach diplomatischem Brauch schon zu spät und nichts mehr zu machen gewesen sei. Die Situation sei so gewesen, daß man mit Verklausulierungen gar nicht mehr habe kommen können. Schließlich habe er, Jagow, sich gedacht, die Unterlassung werde auch ein Gutes haben, nämlich den guten Eindruck den man in St. Petersburg und Paris deutscherseits mit der Erklärung machen könne, daß man an dem Wiener Ultimatum nicht mitgearbeitet habe.«

Diese Aufklärungen hat mir Muehlon aus einem von ihm verfaßten Schriftstück vorgelesen, das er mir dann gab. Von diesem habe ich es hier abgeschrieben. Nur einige Kürzungen habe ich gemacht. M. will das

Schriftstück nicht veröffentlichen, jedoch zur Kenntnis aller maßgebenden Faktoren in Deutschland bringen.

Ich war nach der Kenntnisnahme dieser Mitteilung ganz konsterniert. Nun sieht man genau, wie der Krieg gemacht wurde und wer ihn gemacht hat. Wer die Österreicher waren die beim Kaiser gewesen, weiß M. nicht mehr. Man sieht aber deutlich, daß die verantwortlichen Persönlichkeiten vor eine vollendete Tatsache gestellt wurden, und nichts mehr retten konnten. Wenn man je daran gezweifelt hat, daß die Geheimdiplomatie abgeschafft werden müßte, so beweisen dies diese Mitteilungen über die Vorgeschichte des Kriegs. Nun weiß man auch, warum man keine Zeit geben wollte, und warum man alle Vermittlungsversuche abgelehnt hat. Man wollte überrumpeln. Und trotzdem die hartnäckigen Ableugnungen, daß man das Ultimatum nicht gekannt habe. Viele der Dokumente aus den Farbbüchern werden einem jetzt in einem andern Licht erscheinen.

Lange konnte ich mich von dem entsetzlichen Eindruck nicht erholen, den diese Offenbarungen auf mich gemacht haben. Das Fürchterliche an der Sache ist aber, daß die an der Oberfläche befindlichen Personen der deutschen Politik, Presse, Handelswelt, Diplomatie diese Vorgänge alle kennen, sie ihnen absolut nichts neues sind. M. selbst erzählt mir, daß alle Besucher aus Deutschland, denen er von seinen Erfahrungen Kenntnis gegeben hat, davon durchaus nicht überrascht waren, sich durchaus nicht betroffen fühlten. Sie wissen es alle mehr oder weniger deutlich. Und doch lebt diese Schicht seit drei Jahren in der Lüge und hält ein Millionenvolk in dieser Lüge gefangen. Das wird ein schwerer Reinigungsprozeß werden, der das deutsche Volk wieder deutsch machen soll.

Spiez, 18. August.

Dr. Helfferich, der diese Lüge kennt, der sie von Anfang an mitmacht, hat den Mut, in einem Interview dem Berliner Korrespondenten des «Villag» (Abgedruckt N. Z. Z. 17. August) zu sagen:

> «In der Grausamkeit des furchtbarsten Ringens, das die Menschheit je erlebt hat, steht uns das gute Gewissen zur Seite. Vor dem Krieg und während des Kriegs haben wir den Gegnern die Wahl gelassen zwischen unsrer Hand und unsrer Faust. Sie haben die Faust gewählt.»

Das gute Gewissen! — Die Wahl gelassen! —

* * *

Die Note des Papstes zu Gunsten des Friedens, die das Datum des 1. August trägt, ist vorgestern veröffentlicht worden. Vielleicht ist es kein Zufall, wenn sie just am Vorabend des ersten, als Herrscher begangenen Geburtstag Kaiser Karls erfolgte. (Jenen Geburtstag, den das Wiener Korr.-Bureau dadurch entweiht, daß es in die Welt hinaus telegraphiert, dem Kaiser «schwebt kein höheres Ideal als die Vergrößerung seines schon gewonnenen kriegerischen Ruhms vor». Der junge Kaiser, der von modernen Ideen erfüllt sein soll, wird sich hoffentlich diese nach altem und ältestem Stil frisierte Speichelleckerbande bald vom Hals schaffen). Wenn das katholische Osterreich und das Zentrum des deutschen Reichstags wirklich diese Papstnote veranlaßt und beeinflußt haben, wie die Ententepresse behauptet, so erscheint diese sehr bedeutungsvoll. Denn dann macht Deutschland Konzessionen, die es bislang nicht gemacht hat, erklärt es sich bereit, Belgien frei zu geben und — gerade das Gegenteil zu den Erklärungen des Herrn Spahn im Reichstag — es wirtschaftlich, politisch und militärisch unabhängig zu

machen, über Elsaß-Lothringen zu unterhandeln u. a. m. Die auf die Note zu erwartenden Antworten können entscheidend sein. Wenn Deutschland und Österreich-Ungarn die Papstnote tel quel annehmen, so vermag die Entente den Krieg nicht mehr weiter zu führen.

Sehr wichtig ist es, daß in der Note an erster Stelle die künftige Organisation der Staatsgewalt gestellt ist, daß als «grundlegender Punkt» der alte Not- und Hilfeschrei des internationalen Pazifismus vorgebracht wird, die Ersetzung «der materiellen Gewalt der Waffen durch die moralische Kraft des Rechts». Bisher haben wir bei den Kundgebungen aus den Zentralmächten, sei es durch Staatsmänner oder Sozialisten, immer nur die materiellen Friedensbedingungen vornean gestellt gesehen, und nur ganz vage, von wenig Verständnis zeugende Phrasen wie «Schiedsgericht» oder «Verständigung» wurden hintenangesetzt als verzierender Schnörkel. Wir haben zwar das Hoffen verlernt, aber dennoch — vielleicht gelingt es Rom, was in Stockholm vereitelt wurde.

Spiez, 20. August.

Gestern eine Depesche von De Jong empfangen, die besagt: «Ein aus England empfangenes zuverlässiges Privattelegramm teilt mit, unbedingte Erklärung des Kanzlers garantierend vollständige Freiheit Belgiens würde erster essentieller Schritt zum Frieden sein. Solche Erklärung würde zweifelsohne internationale Lage ändern.»

Spiez, 22. August.

Die Reichskanzlerrede im Wortlaut. Nicht ein Fünkchen Wärme, nicht ein Stäubchen Größe! Verärgerte Amtskälte. Das Volk horchte auf, als es von des Papstes Friedensangebot hörte. Dem tragen die Äußerungen

des Generalstabsvertreters beim Reichstag keine Rechnung. Es fehlt der Schwung, es fehlt die Idee!

Kein Wunder! Th. Wolff enthüllt diesen Mann etwas, indem er in seinem letzten Montagartikel (20. Aug. Berl. Tagbl.) den Aufsatz zitiert, den Dr. Michaelis im Dezember 1914 in der «Furche», dem Organ der deutsch-christlichen Studentenvereinigung unter dem Titel «Eine neue Zeit» veröffentlichte. Darin sagt er, u. a. alle diejenigen, «die schon ein Auge und ein Ohr für die Offenbarung Gottes in der Weltgeschichte hatten», sehen jetzt klar, «daß das Geschehen in der Welt einem göttlichen Heilsplan entspringt». Zweifellos habe Gott *eine besondere Aufgabe für das deutsche Volk*. Dann spricht der Reichskanzler der neuen demokratischen Aera Deutschlands von dem «*kläglichen Fiasko des Parlamentarismus* in England» und der republikanischen Staatsverfassung in Frankreich und stellt die Frage, welcher Demokrat danach die Forderung nach parlamentarischer Herrschaft in Deutschland noch erheben könne. «*Wer wird dem Kanzler die Schlinge eines Verantwortlichkeitsgesetzes über den Hals werfen wollen?*»

Also anscheinend der richtige Mann an der richtigen Stelle.

Spiez, 24. August.

Im Hauptausschuß des Reichstags gehen große Dinge vor, über die die Öffentlichkeit nur in Fetzen unterrichtet wird. Soviel steht fest: Der Herr Vertreter des Generalstabs beim Reichstag, der die Stelle eines Reichskanzlers inne hat, hat eine Erklärung abgegeben, aus der nun deutlich hervorgeht, daß er nicht auf dem Boden der Resolution der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli steht. Eine Erklärung der Reichstagsmehrheit drückt darüber ihr Verwunderung aus. Also der Konflikt ist da. Wird dieser Interimsmann bald verschwinden?

Spiez, 28. August.

Sonntag besuchte mich ein junger Franzose (R. L.), Invalide von Verdun her, mit Zukunftsideen für eine internationale Revue nach dem Krieg. Er war von Romain Rolland an mich gewiesen. Es wächst da drüben eine Jugend heran, die sich vom stupiden Haß freihält, die aus dem Krieg gelernt hat. Ihr Haß gilt dem Militarismus, dem Chauvinismus, den Kriegsnutznießern. Diesen Eindruck hatte ich aus der Unterhaltung mit jenem jungen Mann. Einmal sagte er mir, als wir auf einer Aussichtsbank die herrliche Landschaft des Thuner Sees betrachteten: Ist es nicht wahnsinnig, daß wir uns dazu verführen lassen, uns gegenseitig die Köpfe zu spalten. Heute dankt er mir in einem Brief für die Zusammenkunft. «Elle fut comme un avantgout de la puissante joie du travail en commun, qu'après les ‚temps maudits' nous pourrions édifier.»

* * *

Im Reichstag wurde ein «Siebenerausschuß» errichtet, der mit der Regierung Fühlung nehmen kann. Ein wertloses Palliativ für das Demokratisierungsverlangen. Aspirin für einen hohlen Zahn. Kurpfuscherei. Als Vorwand gegen eine durchgreifende Demokratisierung wird der Bundesstaatscharakter des Reichs betont. Als ob das bei ernstem Willen ein Hindernis sein könnte. Die Sache sieht wirklich hoffnungslos aus. Wenn ein solcher Widerstand aufgewendet wird gegen das Verlangen, das Schicksal von 70 Millionen, durch diese selbst bestimmen zu lassen und nicht durch eine bevormundende Gruppe unverantwortlicher Personen, wenn dieser Widerstand aufgewendet wird, nachdem dieses Millionenvolk durch die Machenschaften dieser kleinen Gruppe in den furchtbarsten Krieg gerissen wurde, kann man kaum mehr die Hoffnung haben, daß Deutschland ehrlich und überzeugt

sich die viel größere Beschränkung einer zwischenstaatlichen Organisation auferlegen wird. Große Volksteile haben von dem Wesen und auch von der Notwendigkeit dieser Organisation keinen Begriff. So konnte der nationalliberale Abgeordnete Stresemann im Hauptausschuß (23. August) auf des Staatssekretär v. Kühlmanns Theorie von Macht und Recht erwidern, es sei falsch, daß eine Politik der Macht keinen Bestand habe. «Ein Machtfrieden zusammen mit der Pflege von Bündnissen werde sehr wohl von Dauer sein können.» Also: das alte Spiel. Und ein Konservativer — anscheinend Graf Westarp — sagte in der selben Ausschußsitzung dem Staatssekretär, daß zur Durchführung des Rechts die Macht gehöre. — Sehr richtig! Aber nur wenn die Macht im Dienst des Rechts steht, sonst hört das Recht auf, Recht zu sein. Die Konservativen stellen sich aber ein eigenes, von ihnen aufgestelltes und mit ihrer eignen Macht durchgeführtes Recht vor, also nichts anderes als anarchistische Gewaltherrschaft, die mit dem Wörtchen «Recht» nur verkleidet werden soll. Räubermoral! Und das soll zu einer europäischen, zu einer Weltordnung schreiten. Nein, mein lieber Herr Vizekanzler Helfferich, der Krieg ist nicht, wie Sie im Hauptausschuß am 23. ausgeführt haben, «das Ergebnis einer Spannung, die dadurch entstanden sei, daß England ein immer schreienderes Mißverhältnis zwischen seiner überlegenen See- und Weltmacht und der wirtschaftlichen Kraftentfaltung Deutschlands empfunden habe,» womit Sie sich und das blutende deutsche Volk täuschen, der Krieg ist das Ergebnis einer Spannung, die dadurch entstanden ist, daß die führenden Schichten Deutschlands von den, den Frieden sichernden Notwendigkeiten und Möglichkeiten, die die übrige Welt bereits erkannt hat, keine Ahnung hatten. Der Antipazifismus der Regierenden, die Gleichgiltigkeit der Parteien gegenüber dem

Pazifismus hat Deutschland in diesen verhängnisvollen Krieg getrieben. Solange Ihr diese Wahrheit nicht erkennt, rast das Unheil weiter.

Spiez, 30. August.

Der Reichskanzler, der im Hauptausschuß des Reichstags erklärte, daß er zur endgiltigen Demokratisierung des Reichs während des Kriegs keine Zeit habe, hat Zeit gefunden, eine «Informationsreise» nach Belgien anzutreten. Dort hat er den «Rat von Flandern» in Audienz empfangen. Wahrscheinlich galt diese Reise dem Zweck, die Belgier schonend auf den durch den Reichstagsbeschluß vom 19. Juli notwendig werdenden Verzicht auf ihre Annektierung vorzubereiten.

Die Regierung scheint sich mittlerweile zur Demokratie zu bekehren. Wenigstens wenn man ihrem Organ, der «Norddeutschen Allgemeinen Zeitung» (B. T. 19. August) trauen darf. In einer Erwiderung auf Kerenskis Rede wird auf neu erwachende Eroberungsgelüste der gegenwärtigen russischen Machthaber hingewiesen, und da heißt es:

> «Das russische Volk wird darüber zu entscheiden haben, ob diese Politik des Herrn Kerenski dem Wohl des Landes, ob sie dem Willen des Volks entspricht. Das russische Volk wird sich gegenüber der Rede Kerenskis fragen, welche Pläne seine gegenwärtige Regierung hat, um den ersehnten Frieden herbeizuführen.»

Wer so ängstlich darauf bedacht ist, daß der Wille des russischen Volks respektiert wird, kann den Volkswillen in Deutschland nicht länger unterdrücken wollen.

Spiez, 1. September.

Ebenso wie die deutsche Regierung mit dem Willen des russischen Volks rechnet, hofft Wilson in seiner eben

bekanntgegebenen Beantwortung der Papstnote auf den sich durchringenden Willen des deutschen Volks.

> «Wir können,» so heißt es in dieser Anwortnote, «das Wort derjenigen, die heute Deutschland regieren, nicht für geeignet halten, um hinreichende Garantien für einen dauerhaften Zustand der Dinge zu bieten. Damit wir daran glauben, müßte das Wort auf eine so offenkundige Manifestation des Willens und der Absicht des deutschen Volks gestützt sein, daß eine rückhaltlose Annahme durch andre Völker dadurch gerechtfertigt würde. Ohne solche Garantien und bei dem gegenwärtigen Zustand der Dinge kann niemand und kann keine Nation ihr Vertrauen Verträgen schenken, die mit der deutschen Regierung abgeschlossen werden, selbst wenn sie die Grundlage für ein Abkommen über die Abrüstung bilden, selbst wenn sie durch ein schiedsrichterliches System die Auswirkung der militärischen Gewalt ersetzen, und selbst wenn sie vorteilhafte Abmachungen hinsichtlich der Rekonstitution der großen Völker enthalten. Wir müssen daher eine neue und offenkundige Erklärung der wirklichen Absichten erhalten, die die Völker der Zentralmächte hegen. Vorher wird nichts möglich sein.».

Vorher wird nichts möglich sein!

Wilson lehnt es rundweg ab, mit den Vertretern der militaristischen Weltanschauung und der absoluten Selbstherrschaft in Deutschland zu verhandeln. Er will dem Willen des deutschen Volks zum Durchbruch verhelfen. Alle, die die Demokratie in Deutschland erstreben, werden Wilsons Forderung verstehen und billigen. Sie werden sich aber auch klar darüber sein, daß ihnen der Kampf dadurch nicht erleichtert wird. Die sich bedroht fühlende militärische Autokratie wird die Forde-

rung Wilsons dem Volk als einen frechen Eingriff in die inneren Angelegenheiten darstellen, als eine Erniedrigung, und wird die Leichtgläubigen an ihrem Seil zu fesseln wissen. Freilich, diese Machenschaften werden am Ende nicht gelingen, aber verlängern und verbittern wird sich der Kampf.

Immerhin! Wir Pazifisten müssen uns vor diesen ehernen Worten beugen. Aus dem Mund des Präsidenten der amerikanischen Republik weht der Odem des Gelehrten, spricht der neue Geist der neuen Menschheitsperiode, die wir durch Jahrzehnte gekündet haben und vorbereiten halfen. Vorbereiten halfen in diesem Deutschland, dessen mittelalterliche Geister uns verhöhnten und dem Witz der urteilslosen Menge preisgaben. Sie ahnten nicht, wie sehr sie das Unheil des Landes, den Schmerz des Volks bereiteten, indem sie sich uns widersetzten, die wir das große und begabte deutsche Volk hinüberleiten wollten zu den Ideen, die die neue Zeit beherrschen und es retten wollten vor dem harten Zusammenprall mit den aufstrebenden neuen Ideen. Vor dem Blutbad und dem wirtschaftlichen Niedergang wollten wir Volk und Land retten, und sie ließen uns niederreiten mit dem rasselnden Getöse der Wehrvereine, der Flottenvereine, der alldeutschen Gruppen. Hätte man uns gefolgt, hätte man sich bereit gefunden für internationales Zusammenwirken, für Anerkennung des Rechts im Verkehr der Völker, für Organisation und Verständigung, für Erkenntnis des Geistes der Andern und Achtung vor fremder Eigenart, hätte man den unzeitgemäß gewordenen Glauben an Blut und Eisen von sich gestreift, dann hätte man heute nicht gegen den Unwillen einer koalierten Welt zu kämpfen, hätte man es nicht nötig, die Zurückweisung jener von uns bekämpften Ideen aus dem Mund eines fremden Staatsoberhauptes zu vernehmen, hinter dem eine unabgenützte Armee von

vielen Millionen und ungeheure Reichtümer stehen. Diese Armee will sich jetzt, wo das deutsche Volk seit drei Jahren blutet und stirbt, für die selben Ideen Gehör verschaffen, für die wir die Jahrzehnte vorher gekämpft. Wir haben es anders gewollt!

Die Hauptwaffe der deutschen Militaristen gegen die durch Wilson erhobene Forderung wird der Einwand sein, daß eine Einmischung eines fremden Staats in die innere Angelegenheiten des eignen nicht zulässig sei. Das ist eine hohle, heuchlerische Phrase. Heuchlerisch deshalb, weil die Vertreter eines Systems, das auf Krieg begründet ist, am allerwenigsten das Recht haben, sich gegen fremde Einmischung aufzulehnen. Der Krieg hat ja nur den einen und einzigen Zweck, mit Gewalt sich in die Angelegenheiten andrer Völker einzumischen. Ist das, was der deutsche Militarismus in Belgien, Nordfrankreich, Polen, Litauen, und Kurland tut, nicht eine drastische Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Völker?

Hohl ist jene Phrase aber deshalb, weil sie die Frage entstellt. Gewiß soll jedes Volk Herr seiner eignen Angelegenheit sein, und gerade durch die von uns Pazifisten erstrebte zwischenstaatliche Organisation soll das Selbstbestimmungsrecht aller Völker gegen fremde Eingriffe gesichert werden, viel mehr gesichert, als dies bisher durch den Schutz der Waffen möglich wurde. Aber die Souveränität hat eine Grenze, die dort beginnt, wo die eigne Angelegenheit die Interessen anderer gefährdet. Wie wir im bürgerlichen Leben, bei aller Hochachtung der Freiheit des Einzelnen, uns dagegen wehren würden, daß jemand in seiner Wohnung eine Dynamitfabrik betreibt, oder Cholerakranke beherbergt, weil dies die Interessen aller Nachbarn gefährdet, hat jeder Staat das Recht gegen innere Angelegenheiten eines andern Staates sich zur Wehr zu setzen, die letzten Endes seine eignen

Interessen auf das ärgste bedrohen. In einer Welt, die die Last des Kriegs nicht mehr auf sich nehmen, die an Stelle der Gewalt das Recht einführen will, hat jeder, diese Forderung aufstellende und befolgende Staat ein Recht, gegen einen Kriegsherd in der Nachbarschaft sich zu wehren, sich einzumischen, auf daß diese allgemeine Gefahr verschwinde.

Der Ausübung dieses Rechts wird aber in einer organisierten Staatenwelt der Stachel genommen, der ihm in der Anarchie anhaftet. Bei dem bisherigen Gewaltsystem der Zwischenstaatlichkeit wohnt jeder Einmischung das Odium des Zwanges, der Erniedrigung inne. Bei der zu errichtenden Organisation bedeutete Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates, sobald diese das Interesse der Gemeinschaft berühren, einen freiwilligen Verzicht und gleichzeitig einen Schutz des durch die Einmischung betroffenen Staates. Die Einmischung geschieht nicht mehr von außen gegen den Willen, sondern mit der Zustimmung des betroffenen Staates, die er im voraus der Gemeinschaft gegeben und mit der als Entgelt erhaltenen Zusicherung, auch seine Interessen durch die Gemeinschaft geschützt zu sehen, wenn diese etwa durch die inneren Einrichtungen eines andern Staates bedroht sind. Es ist das Ergebnis eines Ausgleichs, und jene fälschen den Vorgang, die ihn immer mit den Odium umgeben, der ihm in der Anarchie anhaften muß.

So zerfällt der Einwand der deutschen Militaristen gegenüber der Wilsonforderung in Nichts. Das deutsche Volk aber kann sagen: Ihr wollt den Schutz gegen kriegerische Gelüste, die aus der uns beherrschenden Autokratie entstehen können. Wir bilden unsre Demokratie, wir geben Euch diesen Schutz, nicht weil wir uns erniedrigen, sondern weil Ihr uns den Schutz gegen autokratische Gefahren sieben andrer Staaten verheißt. In der

Zwischenstaatlichen Organisation, die wir gründen werden, ist Einmischung ein Akt der Harmonie, nicht mehr der Anarchie.

Spiez, 2. September.

Die Enthüllungen aus dem Suchomlinowprozeß beleuchten die dunkle Tätigkeit der russischen Kriegspartei während der verhängnisvollen zwölf Tage im Sommer 1914. Sie zeigen, wie man den Zar überrumpelt, wie man ihm den Befehl zur allgemeinen Mobilisierung abgelistet und wie man ihn getäuscht hat, als er den nächtlichen Befehl zur Rücknahme der Mobilisierung erteilte.

Die deutsche Presse, auch die liberale, triumphiert ob dieser Enthüllungen. Nun sei der Beweis erbracht, wer den Weltkrieg verursacht hat. Gemach, meine Herren! Daß es in dem autokratisch regierten Rußland eine Kriegsclique, einen zum Krieg treibenden Militarismus gab, ist bekannt. Wir hatten Kriegstreiber in allen Ländern, die besonders gefährlichen aber dort, wo das Volk ausgeschlossen war von den letzten Entscheidungen, wo schließlich ein Einzelner Ausschlag gab über Krieg und Frieden. Daß diese Verhältnisse für Rußland zutrafen, wußte man; mußte man auch bei uns wissen. Deshalb war es doppelt frevelhaft, jenen blutgierigen russischen Bestien, die nur auf die Gelegenheit warteten, diese Gelegenheit zu zimmern. Die Entfesselung des Kriegs begann nicht bei der russischen Mobilisierung, sondern bei jener Aktion, die dieser den Anlaß gab, bei jener Handlung, die den Kriegslüsternen dort die Gelegenheit schuf und bei jenen Handelnden, die die Gefahr nicht in Rechnung zogen, die in der russischen Kriegspartei lag. Die Entfesselung des Krieges begann mit dem

Ultimatum an Serbien, sie wurde betrieben durch die konsequente Ablehnung aller englischen Vermittlungsversuche. Nicht die russische Mobilisierung hat den Krieg gebracht. Das war nur das Dogma des preußischen Generalstabs. Man hätte auch im Zustand der Mobilisierung noch unterhandeln können. Aber der Militarismus auf beiden Seiten wollte sich den fetten Bissen des längst ersehnten Kriegs nicht entgehen lassen und drang auf rasche Entscheidung, die die Besinnung nicht aufkommen lasse. Wir sind erfreut und dem gütigen Geschick dankbar, das uns einen Einblick in die Machenschaften der Kriegstreiber und Militaristen in Rußland gebracht hat. Wir warten aber sehnsüchtig auf den Tag, der uns die geheimen Vorgänge bei uns entschleiern wird. Dann wird das Bild erst vollständig sein.

Aber wir wissen ja schon so viel! Heute sehen wir, daß der Zar gegen den Krieg war. Hätte man Zeit gewinnen können, so hätte er sich seiner militärischen Umgebung wohl erwehren können. Die von England gewünschten, von der ganzen Entente gebilligten Konferenzen, hätten, wären sie zustande gekommen, dem Zaren die Macht über seine Bedränger gegeben. Der Friede wäre gerettet worden! Aber die Diplomatie der Zentralmächte war es, die konsequent und mit höchster Eile alle Vermittlungsversuche ablehnte, sie aus Prestigegründen oder dem nichtigen Vorwand, daß sie «von den Ereignissen überholt» seien, ablehnte. Der Zar erlag der Militärpartei.

Die Schuld am Kriege ist durch die Enthüllungen des Januschkewitsch und des Suchomlinow nicht abgewälzt. Man muß dem Anfang nachforschen und nicht an einem beliebigen Punkt einsetzen, mit der «sekundären Kausalität» manövrieren.

Aber noch etwas lehrt uns dieser wertvolle Prozeß. Die große Gefahr, die darin liegt, wenn ein Einzelner

über das Schicksal von Millionen gebietet, wenn die Schutzvorrichtung der Demokratie fehlt. Hätten in den Tagen um den 30. Juli 1914 die Vertreter des russischen Volkes eingreifen können in das dunkle Getriebe der russischen Generale, dann wäre es weder zur Mobilisierung noch zum Krieg gekommen, und der autokratische Schwächling am russischen Thron hätte nicht die Wahl zur Entscheidung gehabt. Die Demokratie in Rußland hätte das Unglück abgewandt, nicht nur das Unglück Rußlands, sondern das Unglück der Welt.

Will man nun noch sagen, daß die demokratische Einrichtung eines Staates eine innere Angelegenheit sei, die andere Staaten nichts angehe?

Spiez, 9. September.

Die Enthüllungen aus dem Suchomlinowprozeß werden von der deutschen Presse weiter breitgetreten in dem Sinn, daß damit die völlige Unschuld Deutschlands an dem Krieg dargetan sei. Das Einzige, was hoffen läßt, daß die Überzeugung nur eine gemachte und keine innerliche ist, bekundet das tiefe Aufatmen der Erleichterung, das aus diesen Presseerzeugnissen und öffentlichen Kundgebungen herauszuhören ist.

Den Ton gab ein Reichskanzler-Interview an, das dem Direktor des Wolff-Bureau «gewährt» wurde. Dr. Michaelis als Erläuterer der Kriegsschuld ist eine sonderbare Erscheinung. War der gegenwärtige Reichskanzler im Juli 1914 eine so einflußreiche Persönlichkeit, daß er eingeweiht wurde in die geheimen Vorgänge jener Tage? Er war es nicht, und er hat seine Kenntnisse nur aus den zensurierten oder national bornierten Zeitungen. Sie werden dadurch nicht beweiskräftiger, daß sie jetzt im Kreislauf über den Reichskanzler wieder in die Zeitungen gelangen.

Um dieses Interview zu wiederlegen, müßte man ein

Buch schreiben. Kein Satz ist unanfechtbar, und «die Legende von der deutschen Schuld am Krieg» wird Herr Dr. Michaelis nur bei jenen, allerdings zahlreichen Leuten in Deutschland zerstören, die dank der Zensur von jener Legende vorher noch gar nichts gehört hatten.

Auch der Artikel, «Fragen und Antworten» betitelt, in der «Norddeutschen Allgemeinen Zeitung» vom 7. September (N.Z.Z. Telegramm a. Berlin v. 7. IX.), der sich mit den Ergebnissen des Suchomlinowprozesses befaßt, scheint vom Reichskanzler herzurühren. Es ist darin viel von Gott die Rede. Die Enthüllungen werden als «göttliches Strafgericht» bezeichnet.

«Die Worte, mit denen der Kaiser beim Ausbruch des Kriegs gleichsam vor Gott trat, sind ihm (dem deutschen Volk) Zeugnis und Beweis genug, denn es fühlt und weiß, daß der Kaiser selbst in einem solchen Augenblick schon die leiseste Unwahrheit als Lästerung und Herausforderung des Ewigen empfinden würde . . .»

Unwillkürlich fällt mir die in meiner Jugend von mir verschlungene Geschichte Christoph Schmidts vom bösen Dietrich und vom guten Gottlieb ein.

Die Einnahme von Riga wird dem deutschen Volke als «Befreiung» Rigas eingeprägt. Es wird ein Jubel über wiedergewonnenes deutsches Land angestrengt. Deutschland war seit seinem Bestand glücklich ohne Riga, es hat dessen Ausschluß aus dem Reich nie als Unglück empfunden. Warum soll es jetzt glücklich sein? Das militärische Regime, die mittelalterliche Romantik, die Städte und Burgen eroberte, will es so. Die Romantik des Befreiens und Erlösens spuckt unsrer Wirklichkeit in die Suppe. Mit derselben Logik kann man morgen Wien «befreien». Diese Logik fragt nicht danach, daß sie eigentlich den Gegnern die Forderungen auf Metz, Posen, Danzig legitimiert. Wenn wir alte deutsche Hansastädte als berech-

tiges Eigentum reklamieren, warum sollen die Dänen nicht Kiel, die Polen nicht den Osten Deutschlands, Österreich nicht Schlesien fordern dürfen?

Mit dem Indianergeist des Militarismus können wir nicht rechten. Dieser wird nie begreifen, daß es für das Glück der Menschen nicht darauf ankommt, zu welchem Bezirk ihre Häuser gehören, sondern nur darauf, daß sie in diesen frei leben und denken können. Gäbe es keinen Militarismus mit seiner Unterjochungspraxis, so gäbe es keine Befreiungsgründe und die Menschen der verschiedensten Sprachen und Abstammung würden ruhig die Briefmarken eines andern Landes verwenden, statt jener, die zufällig von dem Gros ihrer Stammesgenossen gebraucht werden.

Es ist im Leben häßlich eingerichtet ... ., daß nach der «Befreiung» Rigas und dem Kanzler-Interview über die Unschuld Deutschlands am Krieg gleich die Ankündigung der siebenten Kriegsanleihe kommt. Die öffentliche Meinung wird mit Selbstbewußtsein über diesen Sieg und über diese Unschuld, wie mit der Entrüstung über die Wilson-Antwort an den Papst zubereitet für die Kriegsanleihe wie ein Beefsteak à la tatare mit Salz, Pfeffer, Kapern, Sardellenschnitten und Eidotter. Friß, armes, betörtes Volk!

Spiez, 11. September.

Neue Enthüllungen über die nach dem Muster der Kinodramatik agierende deutsche Diplomatie. Nach dem Carranza-Telegramm, dem Grimm-Hoffman-Verkehr, der norwegischen Dynamitaffaire nunmehr die seitens der Vereinigten Staaten erfolgte Auffrischung von Telegrammen des deutschen Gesandten in Buenos Ayres, die dieser durch Vermittlung des schwedischen Ministeriums des Äußern expedierte. Das kompromittierende liegt in dem Rat, den der deutsche Gesandte nach Berlin übermittelt:

«Bezüglich der argentinischen Dampfer rate ich, daß man sie entweder zwingt, ihre Häfen aufzusuchen oder sie spurlos versenkt oder aber, daß man sie passieren läßt.«

Sie «spurlos versenkt», so daß es heißt, sie wären auf eine Mine gestoßen.

Diese Enthüllungen sind vom größten Wert. Sie zeigen, mit welchen Mitteln diese Diplomatie arbeitet, die sich keine Kontrolle gefallen lassen will und sich das Recht anmaßt, das Schicksal der Völker zu lenken. Wir hätten uns schon längst mit Detektivbureaus in Verbindung setzen sollen, um diese Machenschaften zu entlarven. Nun wird es wohl für immer Schluß werden mit dieser Sherlock-Holmes-Gesellschaft.

Die Schuld an diesen neu enthüllten Dingen fällt noch auf das Konto Zimmermann, des Mexikaners. Kühlmann hat damit noch nichts zu tun.

* * *

Ein Wolff-Dementi vom 9. September fällt mir auf. Es sei nicht wahr, daß der neue Generalgouverneur von Belgien, Freiherr von Falkenhausen, ein Schreckensregiment führe. Pure Verleumdung! Seit ersten Mai 1917 sind nur 19 Belgier (wegen Spionage) hingerichtet worden! Nur neunzehn! Und «alle Personen, an denen die Todesstrafe vollstreckt wurde, hatten das 20. Lebensjahr überschritten». Kann man humaner sein, kann man korrekter sein? Jede Woche nur eine, nur eine einzige Hinrichtung, und nur bei «Greisen» über zwanzig Jahren (denen das anscheinend nicht schwer fällt, hingerichtet zu werden. Oder soll das nur bedeuten, das man die gesetzmäßig vorgeschriebene «Schonzeit» nicht umgangen hat?) Im ganzen wurden in diesen 19 Wochen 84 Belgier der Spionage überführt und verurteilt. Dar-

unter 19 Todesurteile. Das ist doch kein Schreckensregiment, wenn man diese Männer, die sich für ihr bedrücktes Vaterland opferten für ewig stumm macht. Was geht uns das Motiv ihrer Handlungen an? — Auf so etwas läßt sich militärische Geistesbeschaffenheit nicht ein. Schill und Andreas Hofer sind Helden, die dem Schreckensregiment Napoleons zum Opfer fielen. Die Neunzehn aus Belgien sind schamlose Verbrecher, die zu verurteilen für uns «ein dringendes Gebot der Selbsterhaltung» ist.

Armes deutsches Volk! Wie wirst du die Rächer alle ertragen, die aus den Knochen erstehen werden, die deine Militärs so rechtschaffen und korrekt zermalmt haben!

Spiez, 12. September.

Die Enthüllungen Burßews über Kaiser Wilhelms Depeschenverkehr mit dem Zaren veranlassen die «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» (N. Z. Z. 11. IX.) zu Entgegnungen und weitern Enthüllungen. Es läßt sich natürlich alles rechtfertigen. Die N. A. Z. rechtfertigt den Versuch des Kaisers, mit Rußland zu einem Bündnis gegen England zu kommen, mit dem «Geschäftsneid» englischer Schiffahrtsgesellschaften gegen deutsche Reedereien, weil letztere einen Auftrag zur Kohlenlieferung für die russische Flotte erhalten haben. Also deswegen sollte Mord und Totschlag entstehen, wegen eines «Neides» über ein Kohlengeschäft? Und die deutsche Diplomatie wußte eine, durch solche nichtige Ursache begründete Differenz nicht auf gütliche Weise, durch ein paar Worte, durch einen Witz vielleicht, aus der Welt zu schaffen? Sie wußte nichts Besseres zu tun, als sich angerempelt zu fühlen. Kino-Diplomatie, damals wie heute! Und der offiziöse Aff, der in der N. A. Z. von heute den Diplomaten-Unfug von damals verteidigt, sucht die Lage so ernst darzustellen, daß der Versuch mit Rußland, und auch mit

Frankreich zu einem Bündnis zu gelangen nur ein Gebot der höchsten Vernunft gewesen wäre.

«Es bestand mithin,» so orakelte er, «die unmittelbare Gefahr, daß Deutschland, wenn es sich nicht durch diese Einschüchterungsversuche von der Ausübung des unantastbaren Rechts auf die überseeische Handelsfreiheit abschrecken lassen wollte, mit England und Japan in den von diesen Mächten herausgeforderten Krieg verwickelt wurde.»

Man denke: wegen des Geschäftsneides englischer Reeder über deutsche Kohlenlieferungen! So irrsinnig soll eine Diplomatie über die Möglichkeit zur Auslösung eines Weltkrieges gedacht haben, und für so irrsinnig hält man das deutsche Volk und die übrige Welt heute noch, daß man ihnen das vorzusetzen wagt.

So sah also unsere Diplomatie aus! So sicher war der mit Milliarden gerüstete Frieden, daß eine einfache Geschäftsrancune zwischen zwei Kohlenhändlern den Frieden der Menschheit bedroht erscheinen lassen konnte. Nur der völlig verbohrte militärische Geist, der alle Vorgänge auf Erden, und sei es das Niesen eines Ausländers, als Anrempelei und Vorwand zum Wiederanrempeln ansah, vermochte solche Gedankengänge zu zeitigen.

Die beiden Depeschen, die die N. A. Z. hierauf publiziert, die Depeschen des Kaisers und die Antwort des Zaren sind von mannigfachem Interesse. So im Hinblick darauf, wie der Kaiser den Zaren anregt, seine Flotte zu vergrößern und ein paar Linienschiffe in Deutschland bauen zu lassen.

(«Ich habe sichere Nachrichten aus Italien, daß der Terni-Schiffsbautrust [Terni, Odero, Orlando] drei schnellaufende Hochseepanzerschiffe von je 12 000 Tonnen baut, für eine fremde, nicht genannte, Macht,

wahrscheinlich Japan. Dies erinnert mich an meinen früheren Vorschlag, daß Du nicht vergessen solltest, ebenfalls neue Linienschiffe zu bestellen, um einige fertig zu haben, wenn der Krieg vorüber ist. Sie werden während der Friedensverhandlungen eine vorzügliche Überredungskunst ausüben. Unsere Privatfirmen würden sich sehr freuen; Aufträge zu erhalten.»)

Diese Empfehlung und ihre Begründung sind eine lebhafte Illustration zu dem Kapitel des Rüstungswettbewerbs und der Zusammenhänge der Rüstungsindustrie. Aber das Wichtigste in diesen beiden Depeschen ist doch der Hinweis, auf den sog. Huller Fall. Sowohl der Kaiser wie der Zar sprachen davon, welche Aufregung darüber in England herrschte. Der Zar schreibt sogar:

«Die Minister des Landes unternehmen gewagte Schritte und senden freche Noten mit ganz unannehmbaren Bedingungen; das ist die Folge davon, daß man nach den Eingebungen des ersten Augenblicks handelt!»

Welch großartige Erkenntnis der Ursache aller Kriege! Welche wichtige Zustimmung zu der pazifistischen Forderung auf dilatorischer Behandlung zwischenstaatlicher Konflikte.

Und dann kommt der Satz, den wir heute, im vierten Jahr des Weltkriegs, mit besonderer Wehmut lesen:

«Heute befahl ich Lamsdorff, meinem Londoner Botschafter den Vorschlag zugehen zu lassen, die ganze Frage einer internationalen Untersuchungskommission zu unterbreiten, wie es das Protokoll der Haager Konferenzen bestimmt.»

Man weiß, daß dieser Vorschlag angenommen, der Huller Fall einer internationalen Untersuchungskommission unterbreitet und friedlich beigelegt wurde. Ein Kon-

flikt, der viel mehr die öffentliche Meinung erregt und daher kriegsgefährlicher war als jener Konflikt, der dem Ausbruch des Weltkriegs voranging. Unwillkürlich erinnert man sich an des Zaren ähnlichen Versuch am 29. Juli 1914, der leider keine Zustimmung erhalten hat.

Warum *hat* er diese Zustimmung nicht gefunden? War die nach der serbischen Antwort an Österreich-Ungarn übrig gebliebene Differenz etwa schwerwiegender als der Huller Fall? Hätte nicht jener Konflikt ebenso wie dieser geregelt werden können «wie es das Protokoll der Haager Konferenzen bestimmt»? Wäre es geschehen, die Welt wäre heute glücklicher. *Und es ist nicht geschehen, weil unsre Kino- und Sherlock-Holmes-Diplomatie, die unter dem Bann der Militärs stand, solche Vorschläge nicht begriff und nicht einmal beachtete.* Und nun 24 Millionen Tote und Krüppel und viele hunderte von Milliarden zerstörten Reichtums.

Aufschreien muß man, aufschreien, mit der ganzen Kraft des Zornes.

Spiez, 14. September.

In der Wiener «Arbeiterzeitung» vom 11. September vertritt *Ludo Hartmann* die These: «*Deutschland führt den Krieg als einen Defensivkrieg, der ihm aufgedrungen worden ist.*» Die beiden Schiedsgerichtsangebote vom 25. und 29. Juli 1914 sind ihm Manöver, um Österreich oder Deutschland aufzuhalten, bis Rußland bereit war. Das selbe hätte England im Oktober 1904 auch dem Zarenangebot betreffs Anwendung der Haager Konvention auf den Huller Zwischenfall geltend machen, hätte man vor jedem Schiedsspruch vorbringen können. Diese Behauptung des Sozialisten macht jeden Schiedsspruch unmöglich. Der Einwand, das Anerbieten habe den Zweck, die

Rüstungen zu vervollkommen, Zeit zu gewinnen, läßt niemals einen friedlichen Ausgleich zu. Hartmann sieht die Entwicklung des Weltkriegs darin,

> «daß der serbisch-russische Konflikt nicht isoliert blieb, sondern weil sich der russisch-panslavistische Imperialismus das Recht anmaßte, sich in die Angelegenheiten fremder Länder zu mischen.»

Daß ein Konflikt auf dem Balkan nicht isoliert bleiben konnte, wußte man in Europa schon seit hundert Jahren, seit einem Menschenalter auch, daß bei der Hypertrophie der Rüstungen und der Bündnisverwicklungen kein Krieg in Europa eine eigene Angelegenheit zweier Länder bleiben konnte. Daß das Vorgehen Österreichs in Serbien Rußland auf den Plan locken mußte, wußte man in Wien und Berlin und brachte es auch im deutschen Weißbuch zum Ausdruck, und daß die Forderung nach einer Isolierung des österr.-serbischen Konflikts, wenn sie durchzusetzen gewesen wäre, als eine Niederlage Rußlands anzusehen war, darüber war man sich in Wien und Berlin im Klaren. Der Krieg gegen Serbien war daher der Angriff, die russische Mobilisierung eine Gegenmaßnahme, die keineswegs schon den Krieg hätte bedeuten müssen, wenn der deutsche Generalstab dies nicht zu seinem Dogma gemacht hätte.

* * *

Die «Norddeutsche Allg. Zeitung» fährt fort, die Verhandlungen Kaiser Wilhelms und des Zaren von 1905 zu veröffentlichen. In der Unterredung von Björkö im Juni 1905 spielt der schwedisch-norwegische Konflikt eine große Rolle. Der Zar erwähnt, König Oskar hätte selbst gegen eine Republik als Nachbar nichts einzuwenden, er schlug dabei die Hände über den Kopf zusammen und rief aus: «Auch das noch, das fehlt gerade noch, als ob wir nicht schon genug Repu-

blitzen hätten.» Dieser Stoßseufzer erleuchtet wie ein Blitz die Weltanschauung dieser Herren, die da meinen, die Erde müsse von rechtswegen ein Territorium für einige erbliche Besitzer sein. Von diesem Gesichtspunkt aus wird dann von ihnen Weltgeschichte gemacht. Wie Stosch in seinen Memoiren sagt: Die Höfe betrachten die Weltgeschichte wie eine Art Familienangelegenheit. — So sieht der Bericht über Björkö und der Briefwechsel aus jener Zeit aus. Während Millionen Menschen rastlos arbeiteten, Werte schufen, Ideen entwickelten, die Natur überwanden, die neue Generation heranbildeten, unterhielten sich zwei Herren über Maßnahmen für ein, in der Zukunft immer als sicher bevorstehend erscheinendes Gesellschaftsspiel, das Millionen das Leben kosten muß und die Arbeit eines Jahrhunderts erträgnislos macht. Und dann kommen die offiziösen Schmierfinke und belehren uns, daß all diese Geschaftelhuberei nur dem Frieden dienen sollte.

Hände weg! Hände weg für immer von dem Leben und Schaffen der wertvollen Menschheit. Nie mehr darf so plump und geheim in den Gang der Menschheitsentwicklung hineingeschustert werden, wie dies namentlich in den letzten Jahrzehnten des jetzt sterbenden Europas der Fall war.

Spiez, 15. September.

Die Vertreter des demokratischen Geistes in Deutschland haben nicht die nötige Knochenstärke. Sonst wären sie über die Wilsonsche Forderung nach einer Demokratisierung Deutschlands nicht so in Verlegenheit geraten. Dadurch, daß die Reaktionäre einstimmig aufschrien «Aha! Ihr wollt das Gleiche, das unser Feind will,» wurden sie aus dem Geleise geworfen. Es ist heute in Deutschland, mit seinen 25 Feinden schwer etwas zu wollen, was nicht gerade auch ein «Feind» will. Und

warum fürchten die deutschen Demokraten die windigen Argumente ihrer Gegner derart, daß sie die Anciennität ihrer Forderung gegen den Wunsch Wilsons in den Vordergrund zu stellen vergessen? Sind denn diese Forderungen erst während des Kriegs entstanden? Wenn mir einer mit dem Vorwurf käme, ich stünde völlig auf den Boden Wilsons, so würde ich ihm entgegnen: «Sie irren sich, Bester, Wilson steht ganz auf meinem Boden.» Ich habe jene Forderungen schon aufgestellt als der gegenwärtige Präsident der Vereinigten Staaten noch in der Zeiten Hintergrunde schlummerte. Ich freue mich heute des mächtigen Gesinnungsgenossen. So könnten die deutschen Demokraten auch reden, die schon 1848 das gefordert haben, was die Welt heute im Interesse des Gesamtwohls der Menschheit, Deutschland inbegriffen, durchgesetzt sehen will.

Bern, 19. September.

Und nochmals zu dem Thema «Einmischung». Diejenigen in Deutschland, die sich so empörten über Wilsons Eintreten für eine Demokratisierung Deutschlands, werden, wenn sie nicht rettungslos verblendet sind, durch die Veröffentlichung des Briefwechsels Wilhelms II. mit dem Zaren erkennen, daß der Kaiser 1905 sich ebenso für die Demokratisierung Rußlands eingesetzt hat, wie es Wilson 1917 für die Demokratisierung Deutschlands tut. Nur im Ton besteht der Unterschied, der dadurch bedingt ist, daß Amerika mit Deutschland sich im Krieg befindet, während dies zwischen Deutschland und Rußland 1905 nicht der Fall war.

Der Kaiser schrieb:

«Ehe Du Deine endgiltige Entscheidung für den Frieden oder die Fortsetzung des Kriegs triffst —

letztere würde von weitreichenden Folgen sein, die in ihrem Endergebnis schwer vorauszusehen sind und unzählige Menschenmengen, Blut und Geld kosten —, wäre es, wie mir scheint, ein ausgezeichnetes Verfahren, wenn Du diese Fragen erst der großen Duma vorlegen würdest. Da diese das russische Volk vertritt, wäre ihre Antwort die Stimme Rußlands. Wenn sie sich für den Frieden entscheidet, bist Du durch das Volk ermächtigt, auf Grund der Deinem Delegierten in Washington unterbreiteten Vorschläge Frieden zu schließen. Wenn sie, also Rußland selbst, deren Ehre für gewahrt hält, kannst Du das Schwert in die Scheide stecken, mit den schönen Worten Franz I.: Alles ist verloren, außer der Ehre! Niemand in Deiner Armee, in Deinem Land oder der übrigen Welt hat ein Recht, Dich für diese Handlung zu tadeln. Wenn andererseits die Duma, usw. Ich würde an Deiner Stelle nicht die erste und günstige Gelegenheit vorübergehen lassen, mit dem Empfinden und Wollen Deines Landes in Bezug auf Krieg und Frieden enge Fühlung zu gewinnen, indem Du dem russischen Volk die langgewünschte Möglichkeit gibst, die Entscheidung über seine Zukunft selbst zu treffen oder an dieser Entscheidung teilzunehmen. wozu es ein positives Recht hat . . .»

Was ist das anderes als ein Eintreten für die russische Demokratie also ein Einmischung in die innere Angelegenheit eines Staates, wenn diese auch hier in der Form eines freundlichen Ratschlags gegeben ist. Sicherlich hätten die «echt russischen Männer», wären sie von dieser Korrespondenz unterrichtet gewesen, den freundlichen Ratschlag Kaiser Wilhelms mit ebensolcher Entrüstung zurückgewiesen, wie heute die «echt preußischen Männer» die Forderung Wilsons zurückweisen, und jene hätten die Dumaförderer gebrandmarkt, als eine im Dienst eines fremden Monarchen wirkenden Gruppe. Das

hätten aber jene Deutsche, die heute über Wilson wüten, niemals als berechtigt anerkannt.

Bern, 22. September.

Also Österreich-Ungarn voran. Die Antwortnote der Monarchie an den Papst wird bereits heute veröffentlicht. Vor der deutschen Note. Sie ist ein pazifistisches Dokument, Geist von unserm Geist. Nur mit dem Unterschied, daß die darin bekundete Erkenntnis am jenseitigen Ufer des Blutmeeres steht. Wir standen treu, sehnsüchtig und warnend am diesseitigen.

Der Sündenfall der Bibel in umgekehrtem Vorgang. Die vom Baume der Erkenntnis aßen, werden jetzt eintreten in das Paradies.

Es zeugt politisch von höchster Einsicht, daß die österreichische Antwortnote die materiellen Fragen der Kriegserledigung, die Fragen der Annexionen oder Nicht-Annexionen, der Entschädigungen usw. fast völlig außer acht läßt und dafür die Bereitwilligkeit ausdrückt, an dem Werk einer künftigen Staatenorganisation mitzuarbeiten. Es ist damit eine Methode befolgt, die ich in meinem Schreiben an den Grafen Czernin vom 2. Juni d. J. auf das Dringlichste empfahl. Darin heißt es:

> «Mir scheint das Versagen aller bisherigen Versuche, zu Friedensverhandlungen zu gelangen, darin seinen Grund zu haben, daß bei allen darauf Bezug habenden Kundgebungen und Fühlungnahmen die materiellen Fragen der Kriegsbeendigung zu sehr in den Vordergrund gestellt werden, die ideellen Gesichtspunkte der künftigen Friedenssicherung, die Probleme einer neuen Weltgestaltung durch vernunftgemäße Organisation der zwischenstaatlichen Beziehungen fast gar nicht, oder nicht mit in die Augen springender Deutlichkeit vorgebracht wurden.»

Und zum Schluß:

«Ew. Exzellenz werden dann vielleicht meiner eingangs gemachten Anregung zustimmen, daß es wichtig ist, bei künftigen Kundgebungen von Friedensbereitschaft, die ideellen Kriegsziele in den Vordergrund zu stellen, etwa so, daß anstelle der bisherigen Fragen über Annexionen oder Nicht-Annexionen die Bereitschaft der k. u. k. Regierung erklärt wird, an einer künftigen zwischenstaatlichen Organisation im amerikanischen Sinn mitzuwirken. Dies wird den führenden Staat der gegnerischen Koalition, der keinerlei materielle Kriegsziele fordert, veranlassen, in Verhandlungen einzutreten, und die Möglichkeit bieten, zu Gesamtverhandlungen mit allen Gegnern zu gelangen.»

* * *

Und eben lese ich die deutsche Anwortnote an den Papst. Sie macht das ganze Friedenswerk illusorisch. Sie ist kalt wie Marmor. Sie hält es für notwendig, die Friedenstendenzen des Kaisers, das «hochherzige» Friedensangebot vom Dezember 1916, die Unschuld Deutschlands am Krieg in den Vordergrund zu stellen. Sie enthält der Unwahrheiten so viele, daß die «besondere Sympathie», die für des Papstes Vorschlag ausgedrückt wird, an Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechts zu setzen, anmutet wie «weiße höfliche Manchetten».

Es zeugt von völliger Verkennung des Friedensgedankens, wenn die Bemühungen des Kaisers auf «Erhaltung des Friedens» besonders betont werden, jenes Friedens, der sich in fortwährend steigernden Rüstungen überbietet. Er ist sonderbar der Satz: «Hinter seiner Majestät stand in werktätigem Willen zum Frieden das deutsche Volk.» Hinter dem Kaiser standen auch die Alldeutschen, die Kriegshetzer, Kriegspreiser, Weltfresser,

die Amokläufer der internationalen Politik, standen die Wehrvereine, die Flottenvereine, die Artikel schreibenden Generale, standen die Ausdehnungspolitiker die den andern Satz der Note Lügen strafen, der da lautet:

> «Deutschland suchte innerhalb der nationalen Grenzen freie Entwicklung seiner geistigen und materiellen Güter, außerhalb des Reichsgebiets ungehinderten Wettbewerb mit gleichberechtigten (!) und gleichgeachteten (!) Nationen.»

Man braucht nur des Fürsten Bülow Buch durchzulesen, um zu sehen, wie dieser Wettbewerb aufgefaßt wurde, braucht nur die alldeutsche Literatur zu studieren, um zu erkennen, wie sehr man sich begnügte «innerhalb der nationalen Grenzen» freie Entwicklung zu suchen. Lüge! Nichts als Lüge.

War es notwendig, dies in den Vordergrund zu stellen, und so den ganzen Zweck der Kundgebung im vorhinein zu entwerten? Die deutsche Antwort an den Papst rettet uns nicht vor dem vierten Kriegswinter. Im Gegenteil: Sie verheißt uns einen fünften oder gar sechsten Kriegswinter noch.

Völlig allen Lehren des Pazifismus widersprechend ist der Gedankengang der Note, der aus der Rüstungsverminderung die friedlichen Mittel der Konfliktschlichtung hervorgehen läßt, statt umgekehrt. Gewiß ist nach dem Krieg eine rein mechanische Verminderung der Rüstungen möglich, weil eben die Fortsetzung des bisherigen Wettbewerbs unmöglich ist. Aber eine Rüstungsverminderung, die gleichzeitig eine völlige Veränderung des Wesens der Rüstungen mit sich bringt, ist erst möglich als Ergebnis einer gesicherten Rechtsordnung. Wer das anders darstellt oder annimmt, ist den Ideen, deren Durchdringung notwendig ist, völlig fern.

Bern, 25. September.

Dernburg schreibt im «Berliner Tageblatt» (23. IX.) über die deutsche Antwortnote folgendes:

> «Unsre Stellung gegenüber diesen, die Welt seit Jahrzehnten aufregenden Fragen, war bisher wenig glücklich. Der Glaube, daß eine Macht, genügend, um das Recht gegen die ganze Welt zu verteidigen, wenn nicht das einzige, so doch das wichtigste Mittel nationaler Existenz sei, lag uns zu tief im Blut. Und unsre Regierung hat nicht nur nichts getan, um das Volk richtig zu beeinflussen, sondern eher das Gegenteil. Mächtige und einflußreiche Männer, die aber ohne Fühlung waren mit dem allgemeinen Weltbewußtsein, haben dafür gesorgt, daß der Gedanke nicht zur Anerkennung kam . . . So ist denn der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit in Deutschland ebenso diskreditiert geblieben wie der der Abrüstung, sehr zum Schaden unsres Ansehens und des Glaubens der andern an unsre Friedfertigkeit und Rechtlichkeit. Die breite Masse unsres Volkes ist erstaunlich ununterrichtet über den vielen Nutzen, den auch für uns Deutsche die bisherige freiwillige Schiedsgerichtsbarkeit in der Lösung internationaler Schwierigkeiten geschaffen hat. Und dagegen haben auch alle Bestrebungen der sogenannten pazifistischen Kreise, die Friedensgesellschaft, die interparlamentarische Union, die verschiedenen Kongresse nicht ankommen können. Umsomehr ist ihr tapferes Ausharren zu loben . . .»

Gewiß haben die Pazifisten nicht gegen den Widerstand aufkommen können. Die ganze Macht des Staates stand ihnen gegenüber. Die militärische Auffassung der Friedenssicherung fand ihre Vertreter bis in die höchsten Stellen hinauf und wurde von der Wissenschaft und der Politik, vor allem aber von der Presse unterstützt. Es gelang unsern Gegnern, uns mit dem Fluch der Lächerlichkeit

zu belegen und damit die Mehrzahl der Denkfähigen, die uns innerlich zustimmten, von uns abzuhalten. Es waren nur wenige Mutige, die es wagten, sich offen zur pazifistischen Idee zu bekennen. Hierzu kam, daß unsre Gegner über ungeheure Geldmittel verfügten, daß sie Männer in den höchsten staatlichen Würden zu den ihren zählen konnten, während die Mittel der Pazifisten erbärmlich gering waren, so daß alle ihre Organisationen und Aktionen einen kleinbürgerlichen Anstrich erhielten. Es war viel vornehmer und bequemer, wohl auch lukrativer, mit den Gegnern des Pazifismus zu gehen.

Die Bekehrung zu einem pazifistischen Programm seitens der Reichsregierung könnte uns, die wir alle diese Unbill über uns ergehen ließen, mit Genugtuung erfüllen. Aber seien wir doch eingedenk, daß es sich vorläufig um die ersten Gehversuche des offiziellen Pazifismus handelt. Es ist eine unvermittelte, vorläufig nur äußerliche Zustimmung, erzeugt durch die Not der Stunde. Man braucht nur die deutschen Pressestimmen zu lesen. Sie sind der Note gegenüber viel abfälliger als die ausländischen Stimmen. Der deutsche Regierungspazifismus ist ein Versuch der Anpassung an eine neue Mode, die aber der alten militärisch-imperialistisch-absolutistischen Vettel wahrlich nicht gut zu Gesicht steht. Eine Idee muß in einem harmonischen Verhältnis zu ihren Trägern stehen, und das ist bei den alten Menschen, die die Träger ganz anderer Ideen waren, nicht zutreffend. Der Kriegsminister von Stein ist noch im Amt, der sich über die Friedensidee im Reichstag lustig gemacht hat, und wenn auch Bethmann Hollweg seinen Posten geräumt hat, den Brief, den er vor einigen Monaten erst an General Gebsattel geschrieben, worin er den Alldeutschen ihre Bekämpfung des Pazifismus, der von ihm sogenannten «Verbrüderungsideologie» als großes Verdienst angerechnet hat, ist noch unwiderrufen und vollgiltig.

Wir Pazifisten dürfen uns durch den Triumph, den wir errungen, daß wir den widerspenstigen Gegner wenigstens äußerlich zum Nachgeben zwangen, nicht betören lassen. Es könnte dies die Vorbedingung einer schweren Niederlage werden. Wir müssen auf der Hut sein vor Gefahren, die der Friedensidee gerade jetzt als Folge der Gunst drohen, die ihr von der Regierung zuteil wurde. Eine Woge gewissenlosen Strebertums wird sich jetzt über die Öffentlichkeit ergießen, die versuchen wird, sich durch Vertretung der Idee, in einer Form wie sie oben genehm sein könnte, verdient zu machen. Alle jene, die früher die Bewegung mieden, bloß weil sie nichts einbrachte, und keine Gelegenheit gab, sich nach oben zu empfehlen und auszuzeichnen, die werden jetzt auf einmal hineinströmen und sich salbungsvoll und mit der ganzen Geschäftigkeit von Volksküchen- und Rote Kreuz-Wohltätigkeit für das von der Regierung nunmehr gern gesehene Friedenswerk einsetzen, und dieses mit ihrer Ahnungslosigkeit und Gleichgiltigkeit verwässern und in ihrem Sinn «praktisch» zu gestalten suchen.

Seien wir uns ganz der Gefahr bewußt, die dieser Konjunktural-Pazifismus der großen Menschheitsbewegung des Pazifismus zu bringen vermag. Vergessen wir nicht, daß die Interessenten an dem alten System noch sehr lebendig sind, und daß es ihr Interesse erheischt, mit ihren reichen Mitteln gerade solche auftauchenden Strömungen eines blos aus geschäftstüchtigen oder «gutgesinnten» Motiven sich gebenden Pazifismus groß zu ziehen und in den Vordergrund zu stellen, um die Reaktion vorzubereiten und dem Sieg der Idee ein Bein zu stellen. Schon rühren sich diese Verbesserer, diese Reformer, diese Tüchtig-Wichtigen, die der Masse, die früher über die Pazifisten und ihr Werk lachten, den Rückzug erleichtern wollen, indem sie das Lachen als berechtigt nachzuweisen suchen, da die Lehren und die Betätigung des bisherigen

Pazifismus es gar nicht anders verdienten. Sie suchen mit einer technischen Ideenfülle und Rüstigkeit, mit der man allenfalls eine Badeanstalt oder einen Wasserzirkus etabliert, einen «neudeutschen», der «deutschen Eigenart» entsprechenden Pazifismus zu konstruieren, wie die Gegner der Demokratie ihre Erfindung ausposaunten, daß die «deutsche Eigenart» die demokratischen Einrichtungen der Westmächte nicht vertragen könne und eine eigene deutsche Demokratie errichten müsse, die etwa ebenso ein Widersinn war, wie eine deutsche Tuberkulosenlehre oder deutsche Geburtshilfe. Achtung! Solche «Unternehmer» sind schon am Werk, und die Gefahr besteht, daß sie von einflußreichen Kreisen und Stellen zur Sabotierung des unangenehm sich aufdrängenden Pazifismus ausgenützt werden können! Achtung! Lassen wir uns, lassen wir aber auch das deutsche Volk nicht blenden, wenn diese verkappten Saboteure demnächst, mit reichen Mitteln ausgestattet, ihr trauriges Handwerk auszuüben beginnen werden. Die Anzeichen, daß sie es tun werden, sind schon da. — — —

Für die ehrlichen Anhänger des Pazifismus sind Richtung und Programm ganz deutlich vorgeschrieben. Wir freuen uns des eingetretenen Wandels in der Politik der deutschen Reichsregierung, ihres Bekenntnisses zu unsern Ideen. Wir wollen die Tiefe der Idee nicht untersuchen. Wir nehmen die Führer der Regierung beim Wort. Wir werden versuchen, sie immer für den großen Gedanken zu gewinnen, ihnen Vertrauen in seiner Stärke einzuflößen, ihnen zu helfen und zu raten. Aber wir müssen uns dabei klar bleiben. Pazifismus ohne Demokratie ist ein Unding. Beide Ideengänge sind eng miteinander verschwistert. Noch mehr: Sie sind ein und dasselbe, nur von den verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet. Der Pazifismus ist die Demokratisierung der äußeren Politik. Wie die Demokratie im Innern die

Regierung zu einer Exekutive des Volkswillens, zu einer Herrschaft des Volks durch das Volk gestaltet, so vollzieht der Pazifismus den Volkswillen in Verkehr und in der Lebensanpassung mit den andern Völkern. Es kann nur einen demokratischen Pazifismus, nur eine pazifistische Demokratie geben, anderes gibt es nicht. Und daran wollen wir festhalten, wir alle, die wir zur Beseitigung des Kriegs zwischen Kulturvölkern gelangen wollen.

Bern, 30. September.

Das Spiel von der pazifistischen Bereitschaft der Regierung wird furchtbar schlecht gespielt. Die Glaubwürdigkeit verliert durch die harmonische Übereinstimmung mit Bulgarien und der Türkei. Nach dem bulgarischen Friedensmanifest nun auch ein türkisches. Bulgarien und die Türkei, die beide noch kein einziges Haager Abkommen von 1907 ratifiziert haben, begeistern sich plötzlich für Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung. Allerdings fügt Talaat Pascha in seiner Kundgebung vom 24. September hinzu, daß sich die Türkei einer Lösung der Rüstungsfrage nicht widersetzen werde, soweit diese «mit unsern Lebensinteressen vereinbar» ist. Diese Begriffe wären ein, das echte Material weit übertreffender Ersatz des heute so fehlenden Kautschuks, aber für den Aufbau einer gesicherten Friedensordnung fehlt ihnen die Festigkeit

Es fehlt so jeder Hintergrund für das pazifistische Bekenntnis in der Antwort auf die Papstnote, so jeder Beweis, daß man wirklich entschlossen ist, einer neuen Weltordnung sich anzupassen, daß man es zumindest als einen Regiefehler der deutschen Regierung bezeichnen muß, die da glaubt mit dem bloßen Bekenntnis wäre es getan.

Bern, 5. Oktober.

Die Rede, die Graf Czernin bei dem Weckerle-Diner in Budapest gehalten hat, beschäftigt die Geister. Völliges Bekenntnis zum Pazifismus. «Der Krieg als Mittel der Politik muß bekämpft werden.» «Internationale vollständige Weltabrüstung» wird gefordert. «Europa muß ... auf eine neue internationale Rechtsbasis gestellt werden.»

Dieses Bekenntnis zu unsern Grundsätzen ist einer der größten moralischen Erfolge, die jemals in der Geschichte erzielt wurden. Eine solche Umkehr, wie wir sie jetzt erleben, ein derartiges bedingungsloses Verbeugen vor Ideen, die gestern noch als der höllischste Wahnwitz bezeichnet wurden, ist in so jähem Ruck noch niemals verzeichnet worden.

Natürlich wissen wir diesen Wandel gebührend einzuschätzen. Es ist die Not der Stunde, die ihn gebar. Nicht der heilige Glaube, die quellklare Erkenntnis, der unbeugsame Wille zum Recht. Es ist, wie ich in allen meinen Schriften immer rief, nicht die Logik der Menschen, die zu diesem Ausweg führte, sondern die Logik der Dinge, die die armen betörten Menschen dahin trieb.

Aber das gibt uns eine gewisse Garantie.

Bern, 8. Oktober.

Die Lüge herrscht. Sie hat die Geister derart mit Beschlag belegt, daß sie das Urteil völlig verloren haben. Man lügt jetzt in Deutschland unbewußt und bis zur Bewußtlosigkeit. Diese moralische Erkrankung wurde hervorgerufen und gefördert durch jenen irregeleiteten Patriotismus, der sich zu der, von den Deutschen früher so sehr verachteten englischen Maxime «Right or wrong my country» entwickelte und durch den infolge der Zensur bewirkten Wegfall aller Kritik. Hierzu kommt noch der an sich stark ausgebildete Autoritätsglaube der Deutschen. So floriert die Lüge und damit eine An-

schauung der Dinge, die von der Wirklichkeit so sehr entfernt ist, wodurch natürlich der richtige Blick für die großen und zahlreichen Gefahren der Gegenwart getrübt wird.

So verbreitet eben das Wolff-Bureau eine Erklärung über Deutschlands Haltung auf den Haager Konferenzen und die Stellungnahme des Reichs. Darin befindet sich die haarsträubend verlogene Behauptung:

> «Gerade die lautesten Wortführer des Weltschiedsvertrags — England und Amerika — sind es, die den Schiedsgedanken in der Praxis am meisten kompromittierten.» Und daneben die nicht minder verlogene Behauptung: «ganz im Gegensatz hinzu tat Deutschland soviel für die praktische Förderung des Schiedswesens wie kein anderes Land.»

Angesichts einer derartig unerhörten Verdrehung der Tatsachen, die nur den Zweck hat, das arme deutsche Volk zu benebeln, kann man nur mit tiefstem Schmerz, mit ernstester Besorgnis in die Zukuft blicken. Wo sind denn die deutschen Gelehrten, die Wissenden, die die Lüge klar erkennen, die in solcher Behauptung liegt? Warum schweigen sie, statt sich das, heute allerdings dornige, Verdienst zu erwerben, der Lüge entgegenzutreten, aus patriotischen Beweggründen entgegenzutreten?

Aber die Lüge hat bereits die Besten umnebelt.

Da fliegt mir das «Hamburger Fremdenblatt» vom 22. September ins Haus mit einem Aufsatz von Frenssen, von diesem großen, echten Dichter. Auch er von der Lüge umnebelt, blind gemacht. Der Aufsatz ist im Dienste der Kriegsanleihe-Propaganda geschrieben. Frenssen wird darin zum Agitator für die Kriegsverlängerung, zum Verbreiter der Lüge von dem «ruchlos

aufgezwungenen Krieg», zum Schmäher der wahren Freunde des Volks, die den raschen Verständigungsfrieden erstreben, und somit zu einem, der mit Hand anlegt an der Vernichtung Deutschlands, zum Mitschuldigen an dem großen, unendlich großen Verbrechen.

«Es gibt Leute unter uns,» so hebt der Aufsatz an, der «Um Deutschlands Zukunft» betitelt ist, «die sagen: Oh . . ., wenn wir nur Frieden hätten . . ., einerlei, was für einen! . . . Frieden! Wenn es nicht anders geht, ‚um jeden Preis'!»

Lüge!

«Wenn unser Außenhandel ruiniert ist — und um ihn zu ruinieren begann England diesen Krieg! —»

«Was haben sie mit dem deutschen Volk gemacht? Sie haben es schändlich überfallen . . .»

Lüge!

«Seht, wir sind in diesem Krieg ein einiges und gleiches Volk geworden.»

Lüge!

Und Frenssen fragt:

«Was gehört zum Sieg? Männer. Die haben wir. Eine Waffe, die wirkt. Die haben wir. (U-Boote). Ein Volk, das Disziplin hat. Die haben wir.» Und dann zum Schluß:

«Was gehört zum Sieg? G e l d. Ich mag nicht viel davon reden. Mir scheint, es steht so: Was du hast: wenn wir unterliegen, gehört es nicht mehr dir! Wenn wir siegen, ist es dein mit Zins und Zinseszins noch für Kinder und Enkel. Gib, daß du habest, daß auch deine Kinder nach dir haben. Daß sie einen Platz haben auf der Erde, im alten Vaterland, in Ehren und Brot und Sonne! Gib, daß dein Volk hinaufkommt auf die Höhe, die Gott ihm bestimmt hat! Sieh: es dauert nicht mehr lange, es kommt der Sieg! Und mit ihm Friede und Freude!»

Lüge! Lüge! Elende Lüge!

Lüge, daß es sich um unterliegen oder siegen handelt. Es handelt sich, um nicht unterliegen, aber auch um nicht siegen. Lüge, daß der Sieg bald kommt, Rettung des Wohlstands, Friede — von Freude kann doch niemals die Rede sein — kann nur kommen durch einen Verzicht auf das Phantom eines Siegs.

Wahrhaftig ein trauriges Dokument, dieses Lügendokument eines großen Deutschen. Der einzige Lichtblick liegt in dem Umstand, daß ein ehrsamer deutscher Schiffer an der Elbemündung mir dieses Zeitungsblatt als Zeichen seiner Entrüstung gesandt hat. Ein Lichtblick; das ganze deutsche Volk ist doch nicht verblendet.

Bern, 12. Oktober.

Stürmische Tage im deutschen Reichstag. Die Mehrheit der Friedensresolution suchte sich gegen die Begünstigung der Kriegsheßer, der sogenannten Vaterlandspartei (Partei der Vaterlandsvernichter wäre besser) seitens der Regierung zu wehren. Verlegene Erklärungen des Reichskanzlers und des Kriegsministers. Dann kam der Staatssekretär der Marine mit dem großen Coup. Er enthüllte Vorgänge in der deutschen Marine, von denen bisher nur Wenige etwas gewußt hatten. Anfänge einer revolutionären Bewegung, deren Unterdrückung durch Pulver und Blei. Die Regierung wollte mit der Mitteilung dieser Vorgänge ihre Berechtigung zum sogenannten «Aufklärungdienst» bei der Armee rechtfertigen, aber wohl auch der Friedensmehrheit des Reichstags einen Stoß verseßen, indem sie die revolutionären Vorgänge in der Marine der Partei der unabhängigen Sozialisten anhängte. Erfreuliche Auflehnung des Reichstags gegen diesen Versuch. Besonders N a u m a n n, bei dem Dämmerung eingetreten zu sein scheint. Die Regierung bewies nur ihre eigene Blindheit. Indem sie den Marinefall

aus den Geheimakten des Kriegsgerichts vor den Augen der Welt ausbreitete, wird sie bei den Feinden Hoffnungen erwecken, die den Krieg verlängern müssen. Sehr gut Haase:

> «Der Reichskanzler beweist nur, daß ihm und allen Anhängern seiner Politik das Messer an der Kehle sitzt. In einem solchen Augenblick, wo sie noch nicht wissen, wie sie aus all dem Elend herauskommen, schlagen sie los auf die Männer, die diese Kriegspolitik von Anfang an bekämpft und das Unheil vorausgesagt haben.»

Das Vorgehen der Regierung hat wenigstens das Gute gezeitigt, daß es die beiden Gruppen der Sozialdemokratie wieder zusammengeführt hat.

Dann die große Rede v. Kühlmanns. Darin die Erklärungen über Elsaß-Lothringen. «Nein! Nein! Niemals!» Der Verhandlungsbericht verzeichnet dabei: Stürmische Beifallskundgebungen. Mir fallen dabei die Worte des alten Passy auf der Haager interparlamentarischen Konferenz des Jahres 1894 ein, als der Führer der deutschen Parlamentarier sich gegen die Ausarbeitung eines Entwurfes für einen ständigen Schiedshof wandte und erklärte, die deutsche Regierung würde einem solchen Schiedshof niemals zustimmen. Passy erwiderte hierauf und sagte die prophetischen Worte: «Man soll niemals ‚Niemals' sagen!» Er hat Recht behalten. Ich glaube, dem Herrn v. Kühlmann wird es mit seinem Niemals auch nicht besser gehen, als damals im Jahre 1894 dem deutschen Parlamentarier. Über Elsaß-Lothringen wird man sich einigen müssen. Es braucht nicht zu einer Rückgabe zu kommen, aber zu einem Ausgleich wird es kommen müssen, sonst dauert der Krieg auch nach dem Friedensschluß weiter.

Am 24. Juni dieses Jahres schrieb ich in der «Neuen Zürcher Zeitung»: «Der Krieg ist durch Elsaß-Lothringen ent-

standen. Der Krieg wird, in gewissem Sinn, nur mehr um Elsaß-Lothringen geführt.» Herr v. Kühlmann bestätigt diese meine Behauptung, wenn er jetzt im Reichstag erklärte: «Die Frage, um die die Völker Europas kämpfen, ist nicht in erster Linie die belgische Frage, es ist die Zukunft Elsaß-Lothringens.» Gibt es ein unumwundeneres Eingeständnis, daß die Lösung dieser Frage der Frieden wäre. Und darf man dann so bedingungslos und pathetisch Nein sagen? Ist da jene Romantik am Platz, die in den Worten liegt:

> «Solange eine deutsche Faust eine Klinge halten kann, kann die Unversehrtheit des Reichs, wie wir sie von unsern Vätern übernommen haben, nicht Gegenstand von Zugeständnissen sein. Elsaß-Lothringen ist Deutschlands Schild, das Symbol der deutschen Einheit.»

Der Staatssekretär hätte hinzufügen können: . . . der Ruin des deutschen Wohlstandes, das Krebsübel Europas. Liegen doch heute infolge dieser Romantik Millionen lebensfähiger Männer unter der Erde und werden ihnen noch Hunderttausende folgen müssen. Romantik paßt schlecht zu den Ideen der Realpolitik. Mit Romantik kann man keine Geschichte machen, auch keinen Frieden.

Kühlmann wendet sich mit Recht gegen die französische Verschleierung des Begehrens durch das Wort Desannexion. Aber es deutet darauf hin, daß die französische Forderung unberechtigt sei, weil man den Zustand der Weltgeschichte nicht festlegen könnte, wo es hieße «ne varietur». Das stimmt, und wir Pazifisten haben immer darauf aufmerksam gemacht, daß man mit einer Rückwärtsrevision der Weltgeschichte zu keinem Ende kommt. Und doch läßt sich dieser Gesichtspunkt gerade auf die elsässische Frage nicht anwenden. Wenn es auch keinen Normalzustand der Weltgeschichte gibt, so gibt es doch eine mächtige Scheidewand zwischen

der Zeit Ludwigs XIV., als Elsaß-Lothringen Frankreich angegliedert wurde, und der Zeit Wilhelms I. als es wieder zurückgegliedert wurde. Damals war der Begriff Staat und Volk noch amorph, aber im Jahre 1870 hatte sich der heute festere Staatsbegriff und das Volksbewußtsein bereits ausgebildet. Eine Annexion, die 1670 noch nicht als irgend etwas Unerträgliches empfunden wurde, bedeutete im Jahre 1870 schon einen empfindlichen Schlag für ein Volk. In Europa sind 1870 Annexionen schon ein Unding gewesen, und es war ein Fehler, daß die führenden Männer Deutschlands das nicht erkannt haben. So haben sie den Weltkrieg, das Weltunheil und Europas Vernichtung bewirkt durch dieses sorglose Unbekümmertsein um den veränderten Herzschlag der Zeit.

Romantik ist heute tatsächlich nicht angebracht, wo es sich darum handelt, zu retten, was noch zu retten ist. Die Frage Elsaß-Lothringen muß gelöst werden, deshalb sollte man sie lösen, ehe es zu spät wird und so lange die Lösung noch etwas nützen kann.

Bern, 13. Oktober.

Der nationalliberale Abg. Stresemann indossiert die Lüge des Wolff-Bureaus (Meine Eintragung vom 8. Oktober) über die Schiedsgerichtsfreudigkeit Deutschlands, namentlich auf den Haager Konferenzen (!!) und Amerikas — ausgerechnet Amerikas — Feindschaft gegenüber aller Schiedsgerichtsbarkeit. Diese Leute scheuen sich nicht, Dinge, von denen sie keine Ahnung haben, mit dem Brustton der Überzeugung zu behaupten, ohne nur den Versuch gemacht zu haben, sich an den Quellen zu informieren, ohne nur zu ahnen, wie haarsträubend sie sich mit der Wahrheit in Widerspruch setzen. Herr Stresemann sagte nach dem Parlaments-

bericht im Berliner Tageblatt (Abendausg. vom 10. Oktober):

> «Der deutsche Standpunkt wurde auf der Haager Konferenz vollkommen von der Schweiz und Belgien geteilt.»

Das soll nun das deutsche Volk glauben machen, daß Deutschland also im Recht war und der Gegensatz, in dem es sich zu andern Staaten gesetzt habe, völlig nebensächlich gewesen sei, denn Belgien und die Schweiz haben ja Deutschlands Standpunkt geteilt. Daß die Vereinigten Staaten, sämtliche 20 lateinisch-amerikanische Republiken, daß Großbritannien, Frankreich, Rußland, Spanien, die skandinavischen Staaten, Holland, Serbien offen, Italien, Japan, stillschweigend diesen Standpunkt nicht teilten, insgesamt 35 Staaten ihn nicht teilten, Österreich-Ungarn es nur gezwungen tat, und außer der Doppelmonarchie, Belgiens und der Schweiz sonst nur der Balkan sich auf Deutschlands Seite befand, weiß Herr Stresemann nicht, oder er weiß es und verschweigt es.

Die konservativen Abgeordneten Westarp und Warmuth sind sich treu geblieben. Der erste verneinte rundweg die Möglichkeit einer internationalen Abrüstung und stützt sich dabei auf «eine jahrhundertealte Erfahrung». Er höhnte über den Weltfriedensbund und Schiedsgerichte. Der zweite proklamiert sogar «ein moralisches Recht auf Eroberungen und Entschädigungen». Es gibt eben — leider — verschiedene Auffassungen von Moral und Recht.

* * *

Die Berliner Pastoren erlassen ein Aufruf für einen Verständigungsfrieden.

Darin heißt es:

«Wir sehen den Hinderungsgrund einer ehrlichen Völkerannäherung vor allem in der unheilvollen Herrschaft der Lüge und Phrase, durch die die Wahrheit verschwiegen oder entstellt und Wahn verbreitet wird, und rufen alle, die den Frieden wünschen, in allen Ländern zum entschlossenen Kampf gegen dieses Hindernis auf.»

Ist damit nur die Lüge und Phrase gemeint, die in erster Linie und in widerlicher Weise gerade von deutschen Pastoren über den Krieg verbreitet wurde? Das hätte deutlich und unumwunden zum Ausdruck gebracht werden müssen, damit man dem Schlußsatz Glauben beimessen dürfte, der da lautet:

«Wir fühlen angesichts dieses fürchterlichen Kriegs die Gewissenspflicht, im Namen des Christentums fortan mit aller Entschiedenheit dahin zu streben, daß der Krieg als Mittel der Auseinandersetzung unter den Völkern verschwindet.»

Schön! Sehr schön! Aber wir glauben euch nicht. Ihr habt die Jahre des Bluts hindurch geschwiegen, die Schlachten gesegnet und den Mord. Ihr habt als Berufsgemeinschaft (der Einzelne mag jeder Schuld frei sein) allen Kredit für die Zukunft verwirkt. Wir lehnen eure Hilfe ab.

Bern, 14. Oktober.

Auf Kühlmann folgte Lloyd George und Leygues und Briand und Ribot. Dem «Niemals» des Einen folgte das «Niemals» der Andern.

«Keine Erklärung ist mehr im Stande, diesen schrecklichen Krieg zu verlängern als die, welche Kühlmann im Reichstag abgegeben, als er sagte, daß Deutschland um keinen Preis Frankreich die geringste Konzession bezüglich Elsaß-Lothringen

machen werde. Wie lange auch der Krieg dauern werde, so ist England ganz entschlossen, Frankreich, seinen tapferen Verbündeten, zu unterstüßen, bis es seine unterdrückten Kinder vom fremden Joch befreit hat.» So Lloyd George zu einer Deputation. (12. Oktober.)

So auch Ribot in der Kammer (13. Oktober):

«Es kann keinen Frieden geben, der für unsre Kinder eine Garantie gegen die Rückkehr eines so fürchterlichen Kriegs bietet, wenn die Ungerechtigkeit, die in Bezug auf Elsaß-Lothringen besteht, nicht aus der Welt geschafft wird.»

Also Fortseßung des Kriegs!

Fortseßung des Kriegs bis zum Sieg tönt es aus den Trinksprüchen des Zaren Ferdinand und Kaiser Wilhelms in Sofia.

Merken die Herren gar nicht, was sie alle bekennen, wenn sie nach dreieinviertel Jahren dieses Kriegs noch immer auf demselben Standpunkt stehen wie zu dessen Beginn, merken sie gar nichts, wenn ihnen kein anderer Ausweg bleibt als von der Fortseßung des Wahnsinns die einzige Rettung zu erhoffen, und daß sie das Unmögliche ins Auge fassen: den Sieg beider Gruppen?

Sie merken nichts. Sie können es auch nicht merken, denn ihre Blindheit ist ja das Wesensmerkmal der Weltlage. Es ist der Bankrott des Kriegs, der Bankrott der Träger des Kriegssystems, den sie unbewußt zugeben müssen.

Dieser Trost bleibt uns.

Er vermag allerdings, das Leid wenig aufzuheben, das aus dieser verzweifelten Situation spricht.

Vielleicht ist die Rettung näher als man hoffen könnte.

Aus der Rede Asquiths in Liverpool (12. Oktober) spricht etwas, wie eine Dämmerung des Friedensgeistes. Sie ist leidenschaftslos und sachlich und stellt sich dar

wie eine Diskussionsrede am grünen Tisch. Sie beschränkt sich mehr auf Fragen, denn auf schroffe Forderungen und gipfelt in der erneuten klaren Anfrage an die deutsche Regierung:

> «Ist Deutschland bereit, als Hauptbedingung für den Frieden die Wiederherstellung Belgiens in diesem einzig verständlichen und reellen Sinn anzunehmen?»

Ganz anders sind die Töne in den Sofioter Toasten. Sie sprechen eine Sprache, die man überwunden glaubte, überwinden muß. Sie sind voll von jener militärischen Romantik, die wie ein Geisterspuk am hellen Tag anmutet. Sie sprechen noch immer von «herrlichen Waffentaten», von deutschem und bulgarischem Blut, das gemeinsam geflossen, von einem «unzerreißbaren Band der Waffenbrüderschaft», von «Routine der Feinde», von deren «Hochmut» und «Frevelsinn», von «Feindestücke», von «Hand in Hand», von «unlösbar verbunden» und ähnlichen aus dem Depot des militärischen Sprachschatzes geholten, recht verstaubten Dingen. Du lieber Gott, wie sehen diese Herren die Welt? — —

Sie sehen sie durch ein Eisenbahnfenster. Kaiser Wilhelm sagt, daß er «auf der Fahrt nach Bulgariens Hauptstadt die große Genugtuung» hatte, sich «so mit eignen Augen davon überzeugen zu können, welche Blüte das Land unter E. M. erwirkt hat».

Durchs Eisenbahnfenster, bei 80 Kilometer Fahrtgeschwindigkeit des kaiserlichen Extrazuges. Wahrhaftig diese Weltanschauung beruht auf schwacher Grundlage.

Und was bedeutet diese Sofioter Verbrüderung? Was bedeutet die Anwesenheit Kühlmanns dabei? Wohl am Ende eine Rückendeckung gegen das frondierende Österreich-Ungarn?

Der Bankrott des Kriegs und der Kriegsparteien wird auch durch die politische Krisis in Berlin deutlich veranschaulicht. Daß dieser Vertreter des Generalstabs beim Reichstag als Leiter der deutschen Politik im vierten Kriegsjahr eine Unmöglichkeit ist, wird nun fast allen Parteien klar. Man kann sich gar nicht vorstellen, daß Herr Dr. Michaelis noch länger an der Spitze der Regierung bleibt. Das war vorauszusehen. Ich habe es hier gleich zu Beginn seines Amtsantritts vorausgesagt. Er ist der Exponent der Militärs, und diese Menschenkaste ist nicht fähig, groß und tief zu denken. Die Blamage des Herrn Michaelis ist die Blamage des Militarismus und das deutliche Zeichen seines Bankrotts.

Diesen Bankrott beweisen auch die Zensurdebatten in Berlin und Wien. Im Reichstag die 25. seit Beginn des Kriegs. Und der Staatssekretär des Innern mußte zugeben, daß eine Milderung der Zensur nicht möglich ist, «solange die Kanonen sprechen». Sie ist auch nicht möglich! Denn, wenn man gegen den Krieg und die Krieger alles sagen dürfte, was das Volk denkt, dann wären beide unmöglich. Der Krieg und die Krieger leben nur durch die Lüge, durch die Verschleierung. Sie müssen das Wort und den Gedanken knebeln. Und dies beweist zur Genüge die Hohlheit der Grundlagen ihrer Herrschaft. Es kann der Zusammenbruch dieser Herrschaft hinausgeschoben aber nicht mehr verhindert werden.

Das Urteil der Verdammung hat sich diese Institution selbst gesprochen. Nichts hält ihre Vernichtung mehr auf.

Bern, 15. Oktober.

Neue Veröffentlichungen der «Norddeutschen Allg. Zeitung» (11. Oktober), über die Vorgeschichte des Weltkriegs mit Wiedergabe einiger Stücke der diplo-

matischen Korrespondenz zwischen Wien und Berlin. Erweckt den Eindruck, als sollte die Schuld am Kriegsausbruch auf Wien abgeschoben werden. In Verbindung mit der Entrevue von Sofia nicht ohne Bedeutung.

Der Zweck der neuen Veröffentlichung gilt dem Nachweis, «daß Deutschland alles, was in seiner Macht stand, getan hat, um den Ausbruch des Kriegs zu verhindern». Danach sind diese Veröffentlichungen ganz überflüssig. Diejenigen, die die Autorität der Regierung unbesehen anerkennen und an der Ehrlichkeit des offiziösen Organs nicht zweifeln, zweifeln schon längst nicht mehr an der Unschuld Deutschlands. Jene aber, die sich eine Überzeugung von der Schuld Deutschlands gebildet, das ungeheuer verwickelte Material kritisch geprüft haben und zu übersehen vermögen, werden durch die neuen Enthüllungen in ihrer Ansicht nur bestärkt. Erkennen sie doch das Bestreben, von den Hauptpunkten abzulenken und durch Irreführung und Verwirrung ein Resultat zu erzielen.

Bei der außerordentlichen Verwickeltheit des Materials müßte man zur Widerlegung der neuen Enthüllungen wieder einen Band schreiben, um die darin enthaltenen mannigfachen Unrichtigkeiten klarzulegen. Das kann ich hier nicht. Daher nur das Grundsäßliche.

Man will den Nachweis geliefert haben, daß deutscherseits k e i n aus Wien gekommenes Telegramm unterschlagen worden sei, wie in der englisch-französischen Presse behauptet wird. Angeführt wird als Beweis hierfür ein österreichisches Telegramm vom 30. Juli, worin Berchtold sich bereit erklärt, «Anregungen» über die serbische Note seitens der russischen Regierung entgegen zu nehmen.

Dieses Telegramm vom 30. Juli ist aber nicht jenes, dessen Nichteintreffen in London, in England und Frankreich bemängelt wird. Nach H e a d l a m, «Zwölf Tage

Weltgeschichte» Seite 228 bis 229, handelt es sich um ein Telegramm Berchtolds nach Berlin vom 31. Juli, worin der österreichisch-ungarische Minister der deutschen Regierung mitteilt, daß Osterreich-Ungarn «gern bereit sei, dem Vorschlag Greys, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näher zu treten». Headlem hebt die Wichtigkeit dieses Telegramms hervor und bemerkt:

> «Sir Eduard Grey gelangte nie in den Besitz dieser Antwort. Sie wurde von Wien nach Berlin gesandt, aber niemals von Berlin nach London befördert. Die Tatsache ihrer Absendung wurde vollständig unterdrückt, und man wußte nichts davon, bis das Telegramm sechs Monate später, von der österr.-ungarischen Regierung veröffentlicht wurde.»

Des übrigen soll es der Zweck dieser jetzt veröffentlichten Korrespondenz zwischen Wien und Berlin sein, zu beweisen, daß man in Osterreich-Ungarn bereit war, auf den Grey-Vorschlag, Besetzung eines Teils serbischen Gebiets, einzugehen, und alsdann zu unterhandeln. Das geht aus der produzierten Wiener Antwort keineswegs hervor.

Das Schwergewicht des englischen Vorschlags lag darin, daß Osterreich-Ungarn nach einer Besetzung eines Teils serbischen Gebiets «nicht weiter vorrücken werde, bis die Mächte einen Versuch gemacht hätten, zwischen ihm und Rußland zu vermitteln». Die Antwort Berchtolds sichert das nicht zu, sondern spricht nur von einer zeitlichen, nicht auch von einer örtlichen Begrenzung der Besetzung serbischen Gebiets, sie läßt ferner diese unbegrenzte Besetzung als Garantie für die «völlige Erfüllung» ihrer Forderungen erscheinen, nicht als Faustpfand während der Vermitt-

lungsversuche mit Rußland, wie Grey es gemeint hat. Headlam bemerkt hierzu (Seite 221), daß Rußland eine abwartende Haltung beobachten konnte, «wenn es vorher wußte, wie weit die österreichisch-ungarischen Okkupation gehen würde». Berchtold hat daher den Grey-Vorschlag keineswegs angenommen, wie die Norddeutsche Allg. Zeitung den Eindruck erwecken will, und die deutsche Regierung hat mit der Übermittlung dieses Telegramms nach London der Sache der Kriegsvermeidung gar keinen Dienst geleistet.

Was kann also die deutsche Regierung, die der österreichisch-ungarischen tatsächlich am 28. Juli abends einen analogen Vorschlag, wie Grey ihn am 29. Juli (Blaubuch 88) gemacht hat (Besetzung Belgrads) jetzt mit diesem Schriftstück anderes bezwecken als Österreich-Ungarn in der Schuldfrage bloßzustellen?

An Nebenbemerkungen zu der sonderbaren Veröffentlichung seien noch zu machen:

Die in der N. A. Z. erstmalig wiedergegebene deutsche Note an Österreich-Ungarn vom 28. Juli abends, hebt an mit den Worten: «Die nunmehr vorliegende Antwort der serbischen Regierung.» Diese Antwort war aber am 25. Juli abends bereits bekannt, zumindest am 27. amtlich im Besitz der deutschen Regierung!! Wieso am 28. Juli abends die Betonung des «nunmehr»?

Die Note enthält den bemerkenswerten Satz, daß die russische Regierung sich der Erkenntnis nicht verschließen wird, «daß nachdem einmal die Mobilisierung der österr.-ungarischen Armee begonnen hat, schon die Waffenehre den Einmarsch in Serbien erfordert».

Die Waffenehre! Baalsdienst!

Dann noch eine wichtige Entstellung der Norddeut-

schen Allg. Zeitung. Sie spricht von der «sogenannten ‚Sasonow'schen Formel', welche die anmaßenden Forderungen Rußlands auf Einmischung in den österreichisch-serbischen Streit unverändert aufrecht erhielt und den Aufschub der militärischen Maßnahmen ablehnte». In Wirklichkeit lautet das betreffende Dokument Sasonow's vom 30. Juli (Orangebuch 60) an der betreffenden Stelle folgendermaßen: «je lui ai (dem deutschen Gesandten in Petersburg) dicté, pour être transmise d'urgence à Berlin, la declaration suivante: ‚Si l'Autriche, reconnaissant que la question austro-serbe a assumé le caractère d'une question européenne, se déclare prête à éliminer de son ultimatum les points qui portent atteinte aus droits souverains de la Serbie, la Russie s'engage à cesser ses préparatifs militaires.»

Es heißt dann bei der N. A. Z. weiter: «Es ist Sir George Buchanan, wie aus dem Bericht des französischen Botschafters hervorgeht, der für die unversöhnliche und verhängnisvolle Haltung Rußlands verantwortlich ist.» (Franz. Gelbbuch No. 113.)

Wenn man nun No. 113 des französischen Gelbbuchs (vom 31. Juli) aufschlägt, so findet man einen Bericht Paléologues an Viviani. in dem allerdings steht:

«. . . von dem Wunsch geleitet, nichts zu unterlassen, um die Aufrichtigkeit seiner Friedensliebe zu beweisen, benachrichtigt mich Herr Sasonow, daß er seine Formel auf das Ersuchen des englischen Botschafters folgendermaßen geändert hat: ‚Wenn Österreich-Ungarn einwilligt, den Vormarsch seiner Truppen auf serbischem Gebiet anzuhalten, und wenn es, in der Erkenntnis, daß der österreichisch-serbische Konflikt den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat, zugibt, daß die Großmächte

prüfen, welche Genugtuung Serbien der österreichisch-ungarischen Regierung gewähren könnte, ohne seines Hoheitsrechtes und seiner Unabhängigkeit Abbruch zu tun, verpflichtet sich Rußland in seiner zuwartenden Haltung zu verharren.»

Diese Formel ist, da sie auf eine Bereitwilligkeit Österreichs, auf seine Ultimatumsforderung zu verzichten nicht weiter besteht, also sogar noch entgegenkommender als die am 30. Juli von Sasonow an Pourtalès diktierte Formel. Da am 31. Juli die allgemeine russische Mobilmachung bereits beschlossen war, ist hier nicht mehr von der Einstellung der Mobilisation, sondern von einer abwartenden Haltung die Rede. Mittlerweile war auch in Petersburg die Beschießung Belgrads vom 30. Juli bekannt geworden.

Der englische Botschafter hat also gerade im Gegensatz zu dem, was die N. A. Z. behauptet einen versöhnlichen und günstigen Einfluß auf Rußland genommen.

Bern, 23. Oktober.

Von einem von acht, nach andern von elf, Zeppelinen ausgeführten Raid nach England sind fünf Schiffe nicht mehr zurückgekehrt, die sich im Nebel verirrten und auf französischem Boden zu landen gezwungen waren oder abgeschossen wurden. Der Luftkrieg wird von deutscher Seite mit verstärktem Nachdruck durchgeführt, trotzdem von der Entente schwere Repressalien auf deutsche Städte angekündigt wurden. Es scheint mir, als ob die Kriegsregie diese Repressalien ersehnte, um im deutschen Volk eine Empörung aufzufachen, die ihr nötig erscheinen könnte.

Bern, 24. Oktober.

Die große Rede, die Lloyd George am 22. bei der Eröffnung der nationalen Wirtschaftscampagne gehalten hat, läßt den Frieden noch in weiter Ferne erscheinen.

Unumwunden legt er vor der Welt dar, daß auch England einen Präventivkrieg führt. Er fürchtet, daß ein in diesem Augenblick geschlossener Friede nur zu einem Waffenstillstand führen würde, der schließlich einen weit schrecklicheren Kampf nach sich ziehen müßte. Diesen noch weit schrecklicheren Kampf gilt es, zu vermeiden, denn er müßte «der Tod der Zivilisation» sein.

Präventivkriege sind immer ein Verbrechen, immer gefährlich, wenn man auch unterscheiden muß zwischen der Loslösung eines Präventivkriegs mitten im Frieden und zwischen einem Präventivkrieg, der sich nur als Verlängerung eines bereits vorhandenen Kriegs darstellt. Aber in jedem Fall handelt es sich um ein Mittel, daß einem Selbstmord aus Todesfurcht verteufelt ähnlich sieht. Weiß denn Lloyd George, ob sein Mittel, daß den Tod der Zivilisation verhindern soll, nicht gerade zu dem gefürchteten Ergebnis führt?

Muß denn nicht dieser Krieg, der nach dreieinviertel Jahren zu keinem Ergebnis, keiner Entscheidung geführt hat, wenn er noch um Jahre verlängert wird, nicht den Boden völlig vernichten, auf dem wir stehen?

Und doch muß man zugeben, daß die Bedenken des englischen Staatsmannes nicht unbegründet sind. Es ist ja leider wahr, daß die Geschichte Deutschlands seit mehr als fünfzig Jahren, der Werdegang des Einheitsstaates aus Preußen heraus und die politische Betätigung des gewordenen Reichs, das Vertrauen nicht aufkommen lassen, daß bei einer Beendigung des Kriegs ohne völlige Umwandlung des Systems die Gefahren künftiger Vernichtung, latenten Kriegs und ständiger Unsicherheit be-

stehen bleiben, alle bisher gebrachten Opfer umsonst gewesen sein würden.

Und doch glaube ich, daß es anders kommen muß, als man es sich heute vorstellt, wie es doch schon so oft, fast immer, anders kam als die Staatsmänner glaubten, vorher zu erkennen. Die Dinge fließen. Es ändern sich die Menschen und ihre Ideen, und nach einem so furchtbaren Erlebnis, wie es dieser Zusammenstoß der Kulturwelt ist, müssen sich die Menschen und ihre Ideen erst recht ändern. Es kann nicht mehr so bleiben wie es gewesen ist. Auch das deutsche Volk wird ein anderes sein, wird anders denken und handeln, wenn es erst den Krieg hinter sich haben und das Unglück, das er ihm gebracht, mit ruhigen Sinnen wird betrachten und ermessen können. Es ist doch schon ein anderes geworden dieses Volk, nur ist sein Denken nicht zu erkennen unter der Herrschaft des Kriegssystems, ist sein Handeln gehemmt durch die militärischen Notwendigkeiten.

Aber diese militärischen Notwendigkeiten müßten jetzt zurücktreten vor der Gefahr der Weltvernichtung, vor der Gefahr der sinnlosen Verlängerung des Kriegs, bis zur Erschöpfung aller Werte des Daseins. Es muß das deutsche Volk die Herrschaft über sein Geschick erringen, sich loslösen von den Banden eines falschen Patriotismus und einer ungezügelten Militärherrschaft, um der Welt aus dem Gefängnis heraus, in dem es sich jetzt befindet, wenigstens ein Zeichen zu geben, daß es nicht der «Aussatz der Menschheit» ist,» wie Bonar Law sich neulich ausdrückte.

Es muß in Deutschland endlich dämmern, daß dieser Krieg für kein Volk Sondervorteile bringen darf, die den Krieg rechtfertigen, ihn heiligen, ihn verewigen würden, und daß das Ziel der Menschheit darin liegt, den Krieg Lügen zu strafen, ihn zu schänden, ihm den Garaus zu machen. Es muß in Deutschland klar werden, daß durch

Erreichung dieses Ziels jedes Volk die höchsten Vorteile einheimsen wird, und daß nur ein allen gemeinsamer Vorteil der Welt den Frieden, in diesem Fall den Schutz vor völligem Untergang bringen kann.

Der Verzicht Deutschlands auf Sondervorteile ist unbedingt nötig. Es ist nötig, daß das deutsche Volk erfasse, daß der durch einen solchen Verzicht erreichbare Dauerfriede auch Deutschlands größter Vorteil ist.

Wenn dieses Erfassen nicht möglich ist, nicht rechtzeitig möglich, dann geht die Menschheit geradewegs dem Abgrund zu. Dann ist nichts mehr zu hoffen. Dann können wir uns ruhig Sterbehemden anziehen und den Tod erwarten.

Wird es in Deutschland dämmern? Werden die Siegesberechnungen des an seinem Lebensnerv bedrohten Militarismus noch rechtzeitig als falsch erkannt werden? Dann könnte der Frieden sofort geschlossen werden. Der psychologische Moment ist da. Er wird verpaßt sein, wenn Amerika erst aktiv in den Krieg eingetreten sein wird. Dann gibt es kein Zurück, dann wird der Kampf, der heute um den Sieg geführt wird, um das Dasein Deutschlands geführt werden müssen, und das wird das Ende sein.

Bern, 26. Oktober.

Die Drohung, die Graf Czernin am Schluß seiner berühmt gewordenen Budapester Tischrede aussprach, wonach all die schönen, von ihm geäußerten Friedensforderungen ins Nichts zerfließen sollten, wenn der Vorschlag nicht unverzüglich angenommen wird, scheint sich zu verwirklichen. Seit vorgestern ist eine große Offensive Österreichs und Deutschlands gegen Italien losgebrochen. Das bedeutet, wenn es gelingt, eine Versteifung und Verlängerung des Kriegs, eine Erschwerung des Friedens. Es ist in diesem Krieg gerade das umge-

kehrte wie in früheren Kriegen. Die Siege, die früher die Kriegsbeendigung beschleunigt haben, ziehen sie jetzt hinaus. Und noch eine andere Bedeutung dürfte diese in Gemeinschaft mit Deutschland unternommene Offensive gegen Italien haben: die Fesselung Österreich-Ungarns. Die Donaumonarchie war auf dem besten Weg, den Frieden allein und ohne Hemmnisse zu verfolgen. Jetzt wird sie neuerdings an das militaristische Deutschland gebunden, jetzt soll durch ein Vordringen in Italien der erlahmte Kriegselan in Österreich angefacht werden. Anstatt des entschlossenen Friedenswillens wird dort die Hurrastimmung neu entfacht werden. Und Österreich-Ungarn, das durch Deutschlands Hilfe Galizien befreit, Serbien zurückschlug, die Rumänen vertrieb, nunmehr erst auch Italien zurückwies, dieses Österreich, daß also nur durch Deutschland von den Feinden gerettet wurde, wird in dieser zwölften Isonzoschlacht vollends zum Vasallen Deutschlands gemacht. Das wäre eine Niederlage der pazifistischen Politik.

Bern, 27. Oktober.

Nach Kühlmann sprach vorgestern Barthou, der neue französische Außenminister, «Frankreich kann Deutschland keine Konzessionen bezüglich Elsaß-Lothringen machen, Nein, niemals!» Da haben wir also die Diplomatie auf einem toten Punkt festgerannt wie die Truppen an der Westfront, der Stellungskrieg der Diplomatie. Als ob nicht 39 Monate Krieg hinter uns lägen! Nichts geändert wurde durch das Morden. Diese beiden «Niemals» bedeuten doch nichts anderes als eine Verewigung des Kriegs. Es ist nur ein Glück, daß diese Hartnäckigkeit nur für die Personen gilt, die das Wort gesprochen und ein künftiger Nachfolger des einen oder des andern der unbeugsamen Propheten durch den Ausspruch des Vorgängers nicht gebunden ist.

In Ungarn (wahrscheinlich auch in Österreich) scheint man sich mit dem «Niemals» des Herrn von Kühlmann sehr ernst zu beschäftigen. Dortigen Kreisen wird es endlich klar, daß die Völker der Monarchie um Elsaß-Lothringen willen nicht verbluten können. Die Mystik, mit der man in Deutschland diese Quadratkilometer umgibt, verliert jenseits von Oderberg ihre Wirkung. Graf Karolyi, der mutige Pazifist des ungarischen Parlaments, hat mit Kühlmann anläßlich seines letzten Budapester Aufenthalts über die Möglichkeit eines Ausgleichs über Elsaß-Lothringen gesprochen. Der deutsche Staatssekretär wies die Vorschläge des ungarischen Politikers mit Protest zurück. Dieser wies darauf hin, daß ja auch Deutschland sich im Interesse des Friedens für die Abtretung österreichischen Gebiets ins Zeug gelegt hat. Jetzt (am 25.) hat Graf Karolyi die elsaß-lothringische Frage nun auch im ungarischen Palament zur Sprache gebracht und die darüber geäußerte Entrüstung als ungerechtfertigt bezeichnet.

> «Ich glaube nicht,» so sagt er, «daß es eine Illoyalität gegenüber den deutschen Verbündeten bedeutet, wenn man einen Modus dafür sucht, daß die elsässische Frage in entsprechender Weise gelöst und dadurch das einzige Hindernis des Friedens beseitigt wird.»

Heute besuchte mich ein französischer Journalist (R.M.), der in der Schweiz verschiedene Angehörige der Zentralmächte aufsuchte. Er versicherte mir, daß man in Frankreich für die Österreicher die größte Sympathie hege und daß eine Vernichtungsabsicht nicht bestehe. Er sprach von der Möglichkeit eines Separatfriedens mit Österreich, worauf ich ihm antworten mußte, daß ich hierfür keinen Weg sehe. Er meinte, daß es für Österreich ein Wahnsinn wäre, sich für Elsaß-Lothringen zu opfern. Deutschland habe es heute nicht nötig, die beiden Pro-

vinzen aufzugeben, es kann dies aber in einem Jahr tun müssen. Ob es für die Monarchie lohnt, ein Jahr solchen Opfers noch auf sich zu nehmen? Er meinte sogar für Deutschland wäre das Ausspringen Österreich-Ungarns eine Erleichterung. Es könnte dann Elsaß-Lothringen aufgeben, mit der Erklärung, daß es nicht besiegt sei, daß es nur durch das Ausscheiden seines Bundesgenossen dazu veranlaßt wäre. Das Odium der Niederlage würde der Aktion nicht anhängen. Aus den Darlegungen meines französischen Besuchers konnte ich ersehen, mit welcher Zuversicht man der amerikanischen Intervention entgegen sieht. Dies erklärt die intransigente Haltung der Entente. Man erwartet namentlich fürchterliche Folgen von der amerikanischen Flugzeugrüstung.

Soll es dahin kommen? Es wird ein großes Weltensterben, der krachende Niedergang einer Epoche. Wie Bertha von Suttner sagte: Entweder das Ende der Gewalt oder das Ende der Menschheit. Es sieht aus, als ob das Letztere zutreffen wird.

Bern, 28. Oktober.

Aus einem Wiener Brief. Mein Freund Charmatz schreibt mir:

> «Oft denke ich jetzt an das, was ich vor drei Jahren schon sagte: D e i n e Saat wächst. Die Menschen brauchten vielleicht die schauerlichen Lehrjahre des Kriegs, um vernünftiger denken zu lernen, so fern sie als Masse überhaupt fähig sind, ihr Leben denkend zu leben. Ich bin nach dieser Richtung skeptisch, denn ich habe seit mehr als drei Jahren zu viel gesehen und zu viele schmerzliche Eindrücke empfangen. Ein Werk, wie die zwischenstaatliche Organisation, die ja jetzt auch das Ziel des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern bildet — wenigstens hat er es öffentlich erklärt — konnte nicht durch die Propaganda einzelner idea-

listischer Realisten geschaffen werden. Wie denn Werke von Bedeutung überhaupt nur entstehen, auf festen Grundlagen zustande kommen, wenn die eherne Notwendigkeit sie zwingt. Den Menschen zu sagen, daß die Staatengemeinschaft notwendig sei, war löblich, aber es mußte erfolglos bleiben. Denn es ist keinem Irdischen möglich, sich über die Trägheit der Masse, über die Einsichtslosigkeit und Ahnungslosigkeit der Zeitgenossen hinwegzusetzen und diese gleichzeitig mit sich zu reißen. Der Weltkrieg hat Dir selbstverständlich Recht gegeben. Ihm werden nun viele glauben, was sie Dir nimmermehr geglaubt hätten . . .»

Das ist jedenfalls ein Sympton einer dennoch umgewandelten Mentalität, denn mein Freund Charmatz gehörte unsrer Bewegung gegenüber zu den stärksten Skeptikern. Sein Zugeständnis ist umso wertvoller als er Historiker ist. Aber seine Theorie von der Ohnmacht unsrer Arbeit bedarf der Korrektur. Zunächst handelte es sich bei der pazifistischen Bewegung längst nicht mehr um Ideale. Daß zwei mal zwei vier ist, ist kein Ideal sondern eine Erkenntnis. Wenn diese Erkenntnis nicht zum Sieg gekommen, lag das weniger an der Masse, die ihr wirklich nicht mehr so fern stand als man glaubt, sondern an der Trägheit und an dem Egoismus der Führenden. Sie trifft die ungeheure Schuld, daß dem Krieg jetzt geglaubt wird, was man uns nicht geglaubt. Und diese Schuld ist wahrlich nicht gering. Sie ist umso größer als sich ja in andern Ländern die Wahrheit unsrer Lehre bereits durchgesetzt hatte, und dort die Führer der Völker bis in die höchsten Regierungskreise hinauf sie bereits erkannten. Das Verkennen kann daher nicht als ein allgemeines Gesetz angesehen werden, sonder vielmehr als eine durch örtliche Verhältnisse begründete Unvollkommenheit. Man war unter jenen örtlichen Verhältnissen zu sehr vom Machtgedanken um-

nebelt, als daß man den klaren Blick für die Erfordernisse einer neuen Zeit gewinnen konnte. Unsre Ohnmacht lag nicht an einer gleichsam gesetzmäßigen Eigenschaft der Idee als an der unverzeihlichen Sorglosigkeit und Gleichgiltigkeit der Machtfaktoren. Im übrigen hätte es genügt, den Krieg nur noch um ein Jahrzehnt, um ein halbes vielleicht, zu vertagen, die Idee hätte die Gegner besiegt, denn man fing bereits an, uns zu glauben, und der Friedenswille der Masse hätte sich schon zu einem empfindlichen Druck zusammengeballt.

* * *

Aber so wenig die in versteinerter Routine befangen gewesenen Machtfaktoren vor dem Krieg sich der pazifistischen Vernunft zugänglich erwiesen, ebensowenig erscheinen sie dieser jetzt während des Kriegs zugänglich. Deshalb finden sie kein Mittel, um ihn zu Ende zu führen, und setzen ihn fruchtlos bei stets wachsender Vernichtung fort. Der Krieg wird nur mehr um des Kriegs willen, vom Gesichtspunkt der militärischen Bravour ausgeführt. Welch andern Wert hat diese opferreiche Offensive gegen Italien? Glaubt man wirklich, daß sie den Frieden beschleunigen wird? Sie hat keinen andern Zweck als den der Stimmungsmache, keinen andern als die Frondiergelüste der österreichischen Politik fester in das Joch der preußisch-deutschen Ideen zu spannen. Sie kostet unerhörte Opfer und wird nichts bezwecken. Denn was könnte selbst ein siegreicher Einfall in Oberitalien als Friedenswert bedeuten? Wollen die deutschen Machthaber, die Österreich-Ungarns kühle Kritik gegenüber der elsaß-lothringischen Romantik unangenehm empfinden, nicht etwa bei den Österreichern selbst die Romantik für die verlornen Provinzen Venezien und Lombardei erwecken? Kann das zum Frieden führen? Führt es nicht vielmehr immer tiefer in den Abgrund?

Die Massenopfer gegen Italien, das in zweijährigen Kämpfen über die Karstberge nicht hinwegkam, haben gar keinen Zweck. Verteidigung war das legitime Mittel, und dieses hat sich vollständig bewährt. Wozu kann der Angriff anders dienen als zur Stärkung der militärischen Gewalten im Reich. Die Phantasien der errungenen Demokratie, der Parlamentsherrschaft und der Ministerverantwortlichkeit zerstieben am Isonzo. Der von der Mehrheit des Reichstags abgelehnte Stellvertreter des Generalstabs beim Reichstag b l e i b t, und wenn die Offensive ihren siegreichen Fortgang nimmt, dann wird er allerdings verschwinden, aber nur um den Generalstab direkt zur Leitung der Politik Platz zu machen. Das ist Krieg um des Kriegs willen!

Bern, 29. Oktober.

Die Verbündeten haben Goerz wieder besetzt. «Vom Kastell wehen nach einem Jahr feindlicher Herrschaft wieder wie seit langen Jahrhunderten unsre Fahnen.»

Da las ich gestern in der Rede, die Viktor Adler auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie gehalten hat, Folgendes:

> «Die Offensiven, wo sie auch stattfinden, im Westen, im Osten oder im Süden, was immer ihr Ausgang sei, ob siegreich für den einen Teil oder siegreich für den andern Teil, a l l e d i e s e O f f e n s i v e n b r i n g e n u n s d e m F r i e d e n n i c h t n ä h e r, das hat der bisherige Verlauf genügend klargestellt. Jede einzelne Offensive, an welcher Front sie auch entwickelt wird, und von welcher Seite, kostet Tausende und Hunderttausende von Opfern, ungemessene Opfer und bringt keine sichtbaren Erfolge.»

Dem Militarismus ist es aber darum zu tun, daß «Fahnen wehen».

Ich fürchte, diese Siege da unten werden den jungen Pazifistenfrühling in Österreich-Ungarn wieder in rauhen Winter verwandeln. Der Militarismus wird wieder Luft bekommen und mit blauem Dunst die Hirne des gequälten Volks betäuben.

Eines wird die österr.-deutsche Offensive in Italien sicher bewirken. Sie wird den Jusquauboutismus, der dort im Sterben lag, gesund und stark machen. Wenn die Entrepreneure der Offensive mit einer Revolution in Italien gerechnet haben, so haben sie sicher das untauglichste Mittel gewählt, um sie zu unterstützen. Die Offensive einigt dort unten alle Parteien im patriotischen Sinn.

* * *

Die Rede Adlers am Parteitag war hochbedeutend. Bemerkenswert ist, was er zur Schuldfrage sagen und was die «Arbeiter-Zeitung» (25. X.) darüber drucken durfte. Die Stelle lautet:

> «Wie tiefliegend auch die Ursachen dieses Weltkrieges und wie tief verknüpft sie auch mit unserm ganzen politischen und Wirtschaftssystem sind, wie sehr auch Kapitalismus und Imperialismus zu diesem Krieg führen mußten, so sage ich doch: Wer einen vielleicht ausweichlichen Brand angezündet hat, der trägt die größte Schuld! Wir werden es niemals vergessen und nie vergessen lassen und nicht in den Hintergrund stellen und nicht verhüllen lassen, daß die Fackel, die in den leider bestehenden Scheiterhaufen geworfen wurde, die die Explosion bewirkt hat, die serbische Note war.»

Das ist die Ansicht, die ich schon früher in diesen Blättern ausgedrückt habe, als ich das Bild brauchte:

Wer in einem mit Gas geschwängerten Raum das Streichholz anzündet, d e r bewirkt die Explosion.*)

Daß dies nun offen in Wien gesagt werden darf, ist erfreulich.

Die Ansicht Adlers unterscheidet sich auch von den Ansichten einzelner seiner Parteigenossen in Österreich und Vieler in Deutschland, die die Meinung vertreten, daß die russische Mobilisierung die Ursache des Kriegs gewesen. Ohne das Ultimatum an Serbien, ohne dessen kurze Befristung, ohne die Intransigenz der Mittelmächte gegenüber allen Beilegungsversuchen hätte es keine russische Mobilisierung gegeben.

Bern, 3. November.

180 000 Gefangene und 1300 Kanonen. Das ist das Ergebnis der für die Zentralmächte siegreichen zwölften Isonzoschlacht. Eines der gewaltigsten Ereignisse dieses Weltkriegs. Gewiß. Sicher, wie einer der romantisch gefärbten Berichte hervorhebt, eine der größten Schlachten der Weltgeschichte. Auch, wenn man will, so etwas wie eine Ironie der Weltgeschichte. Die Verräter von den von ihnen Verratenen besiegt. «Ein Gottesurteil!» Heldentat für «ewige Zeiten», «ruhmbedeckt», «Schulter an Schulter», «Untreue schlägt den eignen Herrn», usw. usw. Im Ernst gesprochen: Die deutschen Patrioten, die ich in diesen Tagen sah, sind ob dieses herrlichen Sieges zerknischt. Sie hätten im Interesse ihres Volks, das sie lieben, dem sie Aufstieg wünschen, gern auf diesen Sieg verzichtet, der nur dem Militarismus, dem Machtgößen, dem Unzeitgemäßen neues Leben bringt und den Aufstieg der Demokratie verzögert. Sie hätten

---

*) Sieh: Eintragungen vom 25. August 1915, Kriegstagebuch II. Band, Seite 33; auch 9. Oktober 1914, I. Band, Seite 128.

alle diesen Sieg nicht gewünscht, der das Maß des Hasses gegen das deutsche Volk in der Welt vermehren, der den Friedensschluß wieder ins Unbegrenzte hinausschieben muß, und der demnach neben der militärischen Bravourleistung ein politisches Debakel erster Ordnung ist. Wie diese Beurteilung auch in Österreich die Geister beherrschen muß, beweist das eisige Schweigen der «Arbeiterzeitung» zu dem «größten Sieg der Weltgeschichte.» In der Rede Adlers, die ich am 29. hier vermerkte, ist ja die Stellungnahme der Vernünftigen schon im voraus deutlich ausgedrückt. «Alle diese Offensiven bringen uns dem Frieden nicht näher.» Wie recht hat er! Und er kann hinzufügen: Sie machen uns die Gegenwart immer unerträglicher. Unerträglich der Gedanke an diese Opfer, die da gebracht wurden, und von denen keiner der mit rhetorischen Bildern überladenen Berichte ein Wort erwähnt, als wäre es überhaupt nicht der Rede wert. Was kosten die 180 000 italienischen Gefangenen und die 1300 Kanonen, die als «moderne» bezeichnet werden, an unserm Blut? Wir wollen klare Rechnung haben. Wir wollen wissen, was die Befreiung des Karsts an teuren Menschenleben kostet. Wir sind der Ansicht, daß die Befreiung dieser paar Quadratkilometer Karstland und der zerschossenen Stadt Görz durch den allgemeinen Friedensvertrag bewirkt worden wären und des ungeheuren militärischen Aufwands nicht bedurft hätten. Wir hätten der Zukunft durch die Rettung von Tausenden von Menschenleben und durch Vermeidung der Erschließung einer die Jahrzehnte befruchtenden Haßquelle besser gedient, wenn wir die Italiener an der Pforte, die sie in zweieinhalb Jahren nicht erschließen konnten, hätten weiter kleben lassen. Man sollte auch für die militärische Glorie Höchstpreise festsetzen. Gegenwärtig kommt uns diese Mystik zu teuer.

Wohin uns diese fortwährenden militärischen Siege

führen müssen, drückt der Allerseelenartikel der Wiener «Arbeiterzeitung» (1. XI.) so deutlich aus.

> «Mit jedem neuen Tag wächst die Gefahr, daß der Krieg, den der gute Wille nicht beendet, durch die Waffen entschieden werden könnte. Nach welcher Richtung immer die Würfel fielen, für das Ganze Europas und der Welt wäre das Unglück gleich groß, denn der Sieger würde seinesgleichen auf Erden nicht mehr anerkennen und was zurückbliebe, wäre eine Herrenrasse neben dienenden Völkern, das ist das Kapitalverhältnis im größten erdenklichen Maßstab, aufgerichtet nicht über Individuen, sondern über Nationen. Die Freiheit der Völker wäre dahin und ihre Gleichheit bestünde bloß in gleicher Unterwerfung aller. Ein solcher Stand der Menschheit aber trüge immer erneute Kriege im Schoß und brächte durch Menschenalter Versklavung und Verarmung, Haß und Verzweiflung. Die instinktive Furcht vor einer solchen Entwicklung erstickt allgemach jeden Siegesjubel, diese Furcht ist es zugleich, die selbst die so gedankenlose bürgerliche Welt denken lehren muß.»

Die Gefahr des Sieges ist es, die der Menschheit droht. Und damit eng verbunden die Gefahr der Auflehnung gegen einen Sieg, der notgedrungen alles zum Trümmerhaufen machen muß, das uns das Leben lebenswert erscheinen läßt.

* * *

In Berlin ist die Reichskanzlerkrisis beendigt. Der bayrische Ministerpräsident von Hertling ist zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Ich betrachte dieses Ereignis als ein tröstliches inmitten dieser Nacht des Elends. Hertling ist sicher nicht der Mann der konsequenten Demokratie, der Mann der großen Entschlüsse, aber er ist ein Gegner der deutschen

Pest, des Alldeutschtums, ein Mann, der pazifistischen Ideen nicht fern steht und der, als führender Katholik, vor allem die Ideen der Papstnote vertreten wird.

Vor dem Kriege war er der erste deutsche Staatsmann, der sich entschieden gegen die Rüstungen aussprach. In der Sitzung der bayrischen Kammer vom 29. November 1913 sagte er bezüglich der Haltung Bayerns zur großen Wehrvorlage, daß sich Bayern einer Notwendigkeit gegenüber gesehen habe, von einem besonders eifrigen Willen nicht die Rede sein konnte. Damals sprach er die Worte, die so viel Hoffnungen erweckten:

> «In diesen Rüstungen muß Ruhe eintreten auf Jahre hinaus, denn das deutsche Volk ist nicht imstande, weiter solche Lasten auf sich zu nehmen.»

Im Januar 1914, sagte er zu dem Chefredakteur des «Daily Chronicle», Mr. Robert Donald, der ihn ausfragte, daß er diese Äußerung nicht bedauere. Dann bemerkte er weiter:

> «Es ist aber nötig, die richtige Atmosphäre zu schaffen, damit eine Diskussion möglich wird. Es wäre natürlich Tollheit, wollte eine Nation ihre Rüstungen herabsetzen, ohne daß die andern es gleichzeitig tun. Aber jeder wirkliche Staatsmann muß anerkennen, daß die sich steigernden Rüstungen der europäischen Nationen den Völkern solche Lasten auferlegen, daß in naher Zukunft eine finanzielle Krise droht.»

Ein Staatsmann, der vor dem Krieg so klar gesehen, wird seinen Blick durch die Ereignisse der letzten drei Jahre nur geschärft haben.

Bern, 13. November.

Eine Pause von zehn Tagen. Bewirkt durch Unwohlsein und Mißstimmung. Dazwischen hat sich viel er-

eignet. Nach langem Zögern kam in Berlin die Kombination Hertling, Payer, Friedheim zum Durchbruch. Helfferich verschwand in der Versenkung. Wenn das Ganze das Werk konsequenter Arbeit Kühlmanns ist, der sich so den Militärs und den Generalstäblern gegenüber durchsetzte, so ist das immerhin ein beachtenswerter Vorgang. Die Regierung ist augenblicklich wirklich parlamentarisch, demokratisch, mit starkem pazifistischen Einschlag durchsetzt. Aber man muß immer sagen «augenblicklich». Es fehlt die Sicherheit für die Zukunft. Wenn ein Blatt, ich glaube, es war die «Frankfurter Zeitung» — von einer «Niederlage des Generalstabs» schreibt, ein anderes von der «neuen Aera» spricht, von jenem Parlamentarismus, von dem es kein Zurück mehr gibt, so irren sich beide. Der ganze parlamentarisch-demokratische Glanz ist von Gnaden der militärisch-höfischen Clique, er zerstiebt morgen, wenn es oben so gefällt.

Es fehlt das G r u n d s ä t z l i c h e. Natürlich läßt sich eine demokratische Tradition nicht in wenigen Wochen oder Monaten schaffen, natürlich ist, daß alles allmählich sich entwickeln muß, und daß solche Sonn- und Feiertagsdemokratie nun einmal zu den Übergangsstadien zur echten, zur festverankerten Demokratie gehört. Wir nützen der Sache, wenn wir darauf aufmerksam machen, daß es sich vorerst nur um diesen Übergang handelt, und daß den Frieden allein nur eine fest und gegen alle Willkür geschützte Sicherstellung der parlamentarischen-demokratischen Einrichtungen im Reich und in Preußen bringen kann.

Bern, 15. November.

Die Freiheit des deutschen Volkes nimmt einen seltsamen Entwicklungsgang. Während man sich einer gewissen Siegesstimmung hingibt, über die erreichten Er-

folge im Hinblick auf die Parlamentarisierung und Demokratisierung der Regierung, schreitet die Entrechtung der Individuen immer weiter fort. Das ganze deutsche Volk steht doch schon durch den sogenannten vaterländischen Hilfsdienst unter einer niemals als möglich angesehenen Bindung der persönlichen Freiheit. Das ärgste in dieser Bindung leistet aber ein eben kundgemachter Erlaß des Oberkommandos in den Marken, der die Zwangspflicht zur Schneereinigung der Straßen Berlins für alle Hausbewohner zwischen 14 und 60 Jahren bei Androhungen von Bestrafungen (Gefängnis bis zu einem Jahr usw.) verfügt, sofern nicht körperliche Unfähigkeit sie von dieser Leistung befreit.

Bern, 16. November.

Der Kaiser von Osterreich hat das Duell in der Armee abgeschafft. Eine Forderung, für deren Erfüllung jahrzehntelang erleuchtete Einzelpersonen, Vereine, Kongresse wirkten, ist nun durch einen Federzug erfüllt worden.

Man nehme die Eingangsworte des kaiserlichen Erlasses und sehe, ob sie nicht ebenso auch auf den Krieg bezogen werden können:

> «Aus längst vergangenen Zeiten hat meine bewaffnete Macht den Zweikampf übernommen und ihn als eine traditionelle Einrichtung beibehalten. Das Festhalten an alten Überlieferungen kann aber nicht dazu führen, daß wider bessere Überzeugung, wider göttliches Gebot und wider das Gesetz die Austragung von Ehrenkränkungen auch fernerhin der Geschicklichkeit in Waffenbrauch überantwortet und dadurch dem blinden Zufall überlassen wird.»

Ein bißchen Einsicht und fester Wille, dann kann der Krieg mit demselben Fußtritt zum Teufel gejagt werden.

Am 11. November konnten in Wien im großen Konzerthaussaal und auf den umliegenden Plätzen gegen 50 000 Arbeiter für den Frieden demonstrieren. Sie forderten die österreichische Regierung auf, die feindlichen Staaten sofort zur Eröffnung von Friedensverhandlungen einzuladen.

Die Duldung dieser großen Demonstration läßt vermuten, daß die österreichische Regierung die Absicht hat, demnächst wieder ihre Friedensbereitschaft kundzutun. Sie braucht dazu den Hinweis auf den Friedenswillen der breiten Masse.

Bern, 23. November.

Ein Vorkongreß zu dem seit zweieinhalb Jahren vorbereiteten Studienkongreß für einen dauernden Frieden hat nun in den Tagen vom 19. November bis gestern hier stattgefunden. Natürlich, Angehörige der Ententemächte fehlten fast ganz, bis auf eine verschwindend kleine Gruppe von Freischärlern. Das ist tief bedauerlich, denn der Kongreß stand auf einer Höhe, wie selten einer, er war von einem so prachtvollen pazifistischen und demokratischen Geist belebt, daß es eine Freude war. Sicherlich wird von dieser Versammlung, die man vielleicht einmal zu den bedeutsamsten während dieser Kriegszeit wird rechnen, eine Wirkung ausgehen, die auch im andern Lager empfunden werden wird.

Bern, 24. November.

Gestern abend öffentlicher Vortrag von Teilnehmern des Kongresses. Prof. Ude, Jaszi, Quidde und ich.

Bern, 24. Dezember.

Nach vierwöchiger Krankheit außer Bett. Die Ereignisse, hinter dem Schleier des Fiebers gesehen und er-

lebt, treten greifbarer in Erscheinung. Viel hat sich ereignet. Ich werde darauf zurückkommen. In den Vordergrund tritt jedoch die Tatsache der begonnenen Friedensverhandlungen im Osten.

Friedensverhandlungen! Wie ersehnten wir dieses Ereignis durch vierzig bange Monate hindurch! Nun ist es Tatsache, nun ist es Wirklichkeit; da steht der erträumte grüne Tisch und die ersten Würdenträger der Staaten haben sich daran versammelt und reden vom Frieden, vom Frieden, vom Ende des Kriegs, von Kultur und Wirtschaft, von Freundschaft und Achtung. Da haben sie einen Waffenstillstand geschlossen, von der Ostsee bis zum schwarzen Meer. Kein Schuß wird mehr getan. Nicht mehr wird «abgeschossen», «mit Bomben belegt», «gesäubert», «in den Grund gebohrt», und wie die schönen technischen Audrücke für die, «Krieg» genannte, Handlung der Menschenvertilgung alle heißen mögen. Da haben sie einen Waffenstillstandsartikel II: «Es wird verbrüdert.» Je 25 Mann, zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang an der in der Landkarte eingezeichneten Stelle. «Es wird verbrüdert!» Die Menschenliebe im Exerzierreglement! Es wird gehaßt! Es wird verachtet! Es wird ersäuft, erstickt, in die Luft gesprengt! — Achtung: Verbrüderung!

Die vierte Kriegsweihnacht! Was wir die Jahre hindurch ersehnt, hier hätten wir es. Und dennoch: man wird dieses Ereignisses nicht froh. Unser Sehnen erscheint nicht gestillt, unser Hoffen nicht erfüllt.

Kann aus diesen Friedensverhandlungen jener Friede erstehen, den wir als den Abschluß dieses Weltenmords uns vorgestellt haben, jener Friede, der nicht nur diesem Krieg, sondern dem Krieg überhaupt ein Ende macht? Kann uns dieser Friede der Zentralmächte mit dem Osten allein, die Weltorganisation, die Gesellschaft der Nationen, den Weltrechtszustand geben? Nein! Dort

in Brest-Litowsk wird der Versuch gemacht, einen Krieg zu beendigen, ein Versuch ganz mit den alten Mitteln, ganz nach der alten Schablone, nie und nimmer kann dort einseitig, ohne die Kulturstaaten des Westens, der Menschheitsfrieden errichtet werden, der den Sinn, das Ziel und die tiefste Ursache dieses Kriegs bilden.

Dort in Brest-Litowsk kann nur ein Friede gemacht werden, der sich wie alle Friedenschlüsse der Vergangenheit gegen jemanden richtet, ein Kampffrieden, ein Rüste- und Fristefrieden, ein Sieger- und Besiegtenfrieden, kein allgemeiner, kein ordnender, kein dem Krieg den Garaus machender Friede. Der Friede dort soll den Zweck haben, die Kampf- und Siegesfähigkeit der Zentralmächte zu heben, und so die Hoffnung auf einen allein Rettung verheißenden Weltausgleich und auf die ersehnte Weltverständigung immer weiter hinauszuschieben, am Ende gar zu vernichten.

In welchen Formen spielt sich dieser Friedenskongreß ab! Als ob sich nichts ereignet hätte auf Erden! Nichts sichtbar von den Träumen von Demokratie, von einer demokratischen Diplomatie, die unter steter Kontrolle der Völker steht. Nichts davon, als ob wir nichts erlebt hätten, alles noch in den Riten von Wien und Versailles und London und Berlin. Der Reichskanzler hat sich mit den Fraktionsführern unterhalten — vier Stunden lang. Dann ging man auseinander. In Wien hat man gar das Anerbieten der Volksvertretung, an den Friedensverhandlungen mitzuwirken, dankend abgelehnt. Hingegen: Informationen vom Hauptquartier. Der Monarch überträgt sein Friedensschließungsrecht dem Kanzler. Die Diplomaten reisen zum Frieden wie einst. Volksvertreter, Friedenstechniker, davon keine Rede. Aber reichlich ist die Vertretung des Armeeoberkommandos. Und sind es nicht dieselben Diplomaten, die zu Beginn des Kriegs da standen? Nicht die Personen, aber die Träger

des gleichen Systems. Soll so das neue Brot uns werden aus den Händen und aus den Backöfen der alten Bäcker?

Darum werden wir dieser Friedensarbeit nicht froh. Sie verheißt uns nichts, sie ist eine Aktion des Kriegs und der Krieger, ein strategisches Mittel mehr, weiter nichts. Sie deutet uns weitern, erbitterteren, verlängerten Krieg!

Und rein technisch genommen erscheint diese Friedenskonferenz als ein Unding. Es stehen sich zwei entgegengesetzte Welten gegenüber, die sich niemals verstehen können. Da die Vertreter der militärischen Autokratie, hier die Revolutionäre rötester Färbung, die radikalsten Umwälzer, die die Erde je trug. Zwei vertragschließende Parteien, deren jede die andre als die frevelhaftesten Verräter an der Menschheit betrachtet, und deren jede die andere, wollte sie sich im eignen Staat erheben, ohne Zaudern hängen lassen würde.

Und hieraus soll Verständigung uns erstehen?

Und unter solchen Umständen soll unsre Friedenssehnsucht gestillt sein?

* * *

Aus Brest-Litowsk wird die Ankunft des Grafen Czernin gemeldet. Und dann heißt es (Telegramm des Wiener Korr.-Bureau vom 22. Dezember.):

> «Die erste Begegnung mit den russischen Bevollmächtigten fand beim Abendessen statt und trug einen überaus freundschaftlichen Charakter.»

«Überaus freundschaftlichen Charakter!»

Die Herren begrüßen sich. Die Meute wurde zurückgepeitscht und zur Ruhe verhalten. Das Bauchaufschlitzen der Völker wurde eingestellt, der Eisenhagel auf warme Menschleiber unterbrochen, wie Kulturgeschöpfe sitzt man

gemeinsam beim Abendbrot und begrüßt sich «überaus freundschaftlich».

Herrliches Gastmahl! Man stößt wohl mit den Gläsern an, man konversiert über Jagd, Theater, Völkersitten, erzählt sich Anekdoten, macht formvollendete Verbeugungen, raucht in Klubstühlen ganz wie sonst in den Zeiten der vom Militarismus noch gestatteten Kultur. Ich denke an die in den masurischen Sümpfen Erstickten, — Prosit! Herr Nachbar! — an die Leichenberge bei Przemysl, wo die Minenfelder aufgeflogen waren, und Zehntausende warme Menschenleiber in zuckende Kadaver verwandelten, — Prosit, Herr Nachbar! Eine Zigarre gefällig? — denke an die nackt aufgestapelten zehntausend Typhusleichen unsrer, in Sibirien gefangener Landsleute, die man am Typhus verrecken und dann auf der kalten sibirischen Erde erfrieren ließ. Prosit! Augenzwinkern. «Überaus freundschaftlich.» Herr Nachbar, bitte um das Menu.

Mütter! Mütter! — Mütter, Frauen, Kinder der Gemordeten! Freut euch an dem Gastmahl von Brest-Litowsk. Die Diplomaten schäkern wieder!

* * *

Vierzig Monate Eisenhagel! Vierzig Monate Versenken, Ersäufen, glücklich mit Bomben belegen, vierzig Monate Vernichtung, und General Ludendorff sagt zu den Redakteuren der Zentrumspresse, die ihn im Hauptquartier besuchten, man soll doch nicht so viel vom Frieden reden. Ja, wo leben wir denn eigentlich, was ist aus der Menschheit geworden, daß man ihr zu sagen wagt, sie solle nicht so viel vom Frieden reden? — Reden? Nein, brüllen, brüllen mit Stiergewalt, schreien, schreien, daß die Augen aus ihren Höhlen treten, Herr General, brüllen und schreien von Frieden sollen wir, denn dieser Alkoholzustand des Sieges, dieses

lebendige Verfaulen am Krieg mag für Feldherrn Gipfelpunkt des Daseins sein, für die übrige Menschheit ist es der menschenunwürdigste Zustand. Wir wollen vom Frieden reden, nur vom Frieden, immer vom Frieden. Der Satz Ludendorffs lautet: «Reden wir nicht zuviel vom Frieden. Nur der Sieg führt zu ihm.» Genau wie Lloyd George es sagte, gegen den man in Deutschland Kritik wagt: «Es gibt keinen Mittelweg zwischen Sieg und Niederlage.» Militärischer Wahn hier wie dort. Es gibt keinen Frieden durch Sieg! Der mit Stiefelabsätzen zusammengetretene Friede der Militärs ist der Säbelfriede, der Wachtparadenfriede für Bankettreden, der im Juli 1914 die Welt erstickte. Daher, Herr General, reden wir nur vom Frieden, sonst kommen wir durch lauter Siege nicht zu ihm.

Bern, 26. Dezember.

Dr. Solfs Rede in der Berliner Philharmonie erscheint mir als das Präludium für den deutschen Verzicht auf Belgien und entwertet diesen im voraus. Er sprach von einer «Neueinteilung» der europäischen Kolonien in Afrika, die «dem kolonisatorischen Können nach dem Kräfteverhältnis der beteiligten Nationen entspricht».

Was ist das anders als die Erhebung des Anspruchs auf den belgischen Kongo und insofern ein Vorläufer für eine Verzichterklärung für das belgische Mutterland. Das Wort «Neueinteilung» tritt als neue Vokabel für Eroberung hier zum erstenmal auf.

Bern, 30. Dezember.

> «Die Delegationen des Vierbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsentschädigung einverstanden . . . Sie

erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegführenden Mächte in gleicher Weise gewährten Bedingungen beendet.»

Und weiter:

«Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Kriegs besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen ... Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Krieg ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.»

Das sind die Hauptsätze aus der Erklärung, die die Zentralmächte am ersten Weihnachtsfeiertag in Brest-Litowsk abgegeben. Sie bilden ein Bekenntnis zu einem demokratischen Verständigungsfrieden, sie stellen ein neues Friedensangebot der Zentralmächte dar, und einen unumwundenen Verzicht auf Belgien. Bis zum 4. Januar ist den Westmächten Frist gegeben, sich auf Grund jener Bedingungen zu einem allgemeinen Frieden zusammenzufinden.

Aber die Frist scheint nicht nur den Westmächten von den Zentralmächten gegeben. Auch die Friedensunterhändler der Zentralmächte scheinen von den deutschen Militärs eine Frist für ihre Friedensversuche erhalten zu haben.

Hinter Kühlmann und Czernin steht der Mann, der kürzlich das bedenkliche Wort gesprochen, man solle nicht zuviel vom Frieden reden, und wartet. Wartet noch bis zum 4. Januar, noch zehn Tage, um dann im Westen loszuschlagen und den Frieden zu holen nach seiner Art.

Eine Galgenfrist ist von den herrschenden Militärs den Friedensunterhändlern gewährt für das Gelingen ihres Werkes, das den Herren des Säbels sicher nicht viel Respekt einflößt. Da stehen sie bereit, mit ihren aus den Osten geholten Menschenmassen, mit ihren in Italien eroberten 5000 neuen Geschützen, mit ihren «verbesserten» Giftgasen, um im Westen den großen Tanz zu wagen, der auf jeder Seite einer halben Million Menschen das Leben kosten wird, und von dem sie Sieg und den Frieden, wie sie sich ihn denken, erwarten. Das größte Blutbad der Weltgeschichte soll vor sich gehen, Europa soll den letzten Stoß zum Abgrund erhalten. Das ist die Rückseite der großen Friedensgeste von Brest-Litowsk.

Kurze Hoffnung leuchtete auf. Vielleicht war jetzt doch der große Moment gekommen, wo das Friedenswerk von allen Beteiligten in Angriff genommen wird. Aber nur kurz war die Hoffnung.

In der Presse und in den Parlamenten der Westmächte erfolgte eisige Zurückweisung, Verhöhnung des neuen Friedensangebots, das Mißtrauen spricht aus jeder Zeile, aus jedem Wort.

Vielleicht wäre es jetzt gut, wenn die Zentralmächte neben ihren Berufsdiplomaten und Militärs einige Volksvertreter zu den Friedensverhandlungen entsandt hätten. Vielleicht hätte deren Mitwirkung in dieser Schicksalsstunde das Vertrauen in das Friedensangebot gestärkt.

Aber so wie die Dinge liegen, hat das Anerbieten vom 25. Dezember in England und Frankreich dazu beigetragen, die an der Regierung befindlichen Jusqu'auboutisten in verhärtester, borniertester und mächtigster Weise in Erscheinung treten zu lassen. Ganz wie Ludendorff, wie Lloyd George erklärte vorgestern Pichon in der französischen Kammer unter «lebhaftestem Beifall» «zuerst siegen!» Das ist eigentlich ein trostvolles Zeichen. Das Riesenvieh mit dem kleinsten Hirn, die Bestie

Militarismus, muß doch binnen kurzem verrecken, denn mit einem solch geringen Quantum Vernunft kann man nicht leben! Alle wollen siegen, um zum Frieden zu gelangen, und sie erkennen nicht, daß das aller Logik widerspricht, und daß es nur e i n e n Ausweg gibt: die Verständigung. Solch krankhaftes Denken ist das sichere Zeichen des Zusammenbruchs dieser Friedensbringer mit dem Stiefelabsatz, dieser Bis-zu-Ende-Philosophen, dieser ihrer Verantwortung gar nicht bewußten Vernichter Europas. Die Frage besteht für uns lediglich darin, ob der Zusammenbruch der Jusqu'auboutisten früher erfolgt als der der Menschheit oder umgekehrt. Im letzten Fall hätten wir kein Interesse mehr an dem Untergang des einigen Dreigestirns Ludendorff-George-Clémenceau.

Die Tragik ist groß. In wenigen Tagen kann der Schlag ausholen. Kaiser Wilhelm hat es in seiner jüngsten Rede im Westen schon verkündet, daß mit eiserner Faust die Türe zum Frieden eingeschlagen werden soll, wenn die andern den Frieden nicht wollen. (Ich möchte den Ton auf das Wörtchen «den» legen). In wenigen Tagen kann das Todesurteil über eine Million Menschen gesprochen, die Vernichtung weitergetragen werden in Europa, ohne schließlich etwas anderes zu bewirken, als eine unendliche Verlängerung des Verbrechens auf Jahre hinaus. Und die übergroße Mehrheit aller Menschen in allen Ländern ist für den Frieden. Nur ist ihrer nicht die Macht. Die Säbeltyrannen halten in allen Ländern die Schar der Durchhalter am Ruder. Europa kann jetzt, kann bis zum 4. Januar gerettet werden, durch eine Geste, die Kühlmann stärkt, und Ludendorff schwächt, die gleichzeitig den Lansdownes, Caillaux', Giolittis die Macht gibt, über die Georges, Clémenceaus und Orlandos. Eine Geste, ein Wort, eine Frage, die von W i l s o n käme, könnte hinüberleiten zu einem allgemeinen Frieden. Am vierten Jahresschluß des Kriegs, der so viel vernichtet und

noch so gar nichts hoffen läßt, steht es traurig bestellt um die Menschheit. Sie stirbt! Sie stirbt an dem Wahn einiger Weniger, die da meinen, es könne eine Bestie vernichtet werden, wenn sie am freiesten, am ungebändigtsten einherläuft, die da nicht wissen, daß es genügt, der Bestie die Sehnen durchschnitten zu haben, um sie dann, wenn sie ihrer Macht beraubt, in die Ohnmacht des Alltags zurückgetrieben ist, am sichersten zum Krepieren zu bringen.

Bern, 31. Dezember.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk sind am 29. Dezember an einem wichtigen Punkt angelangt. Die Zentralmächte, die nicht annektieren wollen, wünschen, daß für Polen, Litauen, Kurland, für Teile von Esthland und Livland der Volkswille als bereits ausgedrückt angenommen werden soll, wenn diese Teile des russischen Reichs volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch nehmen wollen. Die russische Delegation jedoch will den tatsächlichen Ausdruck des Volkswillens nur dann anerkennen, wenn dieser in einer freien Abstimmung «bei gänzlicher Abwesenheit fremder Truppen» zum Ausdruck gebracht würde. Hier öffnet sich ein klaffender Gegensatz, der eine Probe auf die Ehrlichkeit der demokratischen Anschauungen bilden wird. Vorläufig Vertagung bis zum 5. Januar. Vielleicht rechnet man deutscherseits, daß der Kanonendonner im Westen dazu beitragen wird, auch diesen Konflikt zu überwinden.

* * *

Ein kurzer Rückblick auf die hauptsächlichsten Ereignisse, die in der Zeit vom 24. November bis 24. Dezember vor sich gingen, ist hier am Platze, ehe wieder eines der verfluchten Jahre dahinschwindet.

Zuerst die Botschaft Wilsons an den Kongreß. Harte Worte gegen die herrschenden deutschen Kreise, die er als Hindernis jeder Pazifikation bezeichnet. Aber er sagte auch:

> «Wir sind dem deutschen Reich nicht bös gesinnt, Und wir wollen uns nicht in seine inneren Angelegenheiten mischen.»

Sonst eine durch und durch ernste, höchst beherzigenswerte Rede. Ein Evangelium demokratischen Glaubens. Und das Wolff-Bureau weiß im neutralen Ausland nichts anderes darüber zu verbreiten als folgende paar Worte:

> «Berlin, 7. Dezember. Die deutschen Blätter behandeln übereinstimmend die Botschaft Wilsons als eine würdelose Kundgebung, deren Inhalt nichts sei als geschwollene Phrasen von lächerlichster Verlogenheit.»

Diese Lausbubenarroganz ist nicht mehr mit der Kriegspsychose zu entschuldigen. Für sie ist eine öffentliche Auspeitschung die einzige Remedur.

Ein Lichtblick der Brief des Lord Landsdowne an den «Daily Telegraph», worin der konservative Parteiführer zu einem Frieden rät. Er sagte:

> «Die Sicherheit ist unschäßbar für eine Welt, die noch Lebenskraft besißt, um daraus Nußen zu ziehen. Aber was nüßen die Segnungen des Friedens den Völkern, die so erschöpft sind, daß sie kaum mehr die Hand ausstrecken können, um nach ihnen zu greifen? Nach meiner Meinung wird der Krieg schließlich beendet werden, weil die Völker der Länder, die daran beteiligt sind, einsehen, daß er schon zu lange dauerte.»

Das klingt doch anders, als das öde Siegesverkündigungsgerede Lloyd Georges. Es beweißt, daß die

ruhig denkenden Köpfe nicht ausgestorben sind in den kriegführenden Ländern. Sie werden eines Tags die Herrschaft erringen. Wenn's dann nur nicht zu spät ist.

Durch die Veröffentlichung der Geheimakten seitens der Maximalisten in Petersburg erfuhr man, daß im September dieses Jahres infolge einer neutralen Vermittlung England und Deutschland sich bereit erklärt hatten, in Verhandlungen zu treten. Aber plötzlich blieben die Äußerungen von deutscher Seite aus. Man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß die militärischen Friedenshasser, diese Verständigungsmöglichkeit vereitelt haben, da sie bereits die Offensive gegen Italien im Schilde führten und sich bei ihren Plänen von solchen Albernheiten wie Verhandlungen nicht stören lassen wollten. Das wäre nicht zum ersten Mal der Fall gewesen.

Nun noch ein Wort zum Nobelpreis. Er wurde zum ersten Mal seit Kriegsausbruch vergeben. Das Genfer Komitee vom Roten Kreuz erhielt ihn. Die Zustimmung war wirklich international und allgemein. Vom pazifistischen Standpunkt muß anders geurteilt werden. Der Nobelpreis besteht nicht allein in einer Summe, sondern — und in erster Linie — in einer Auszeichnung. Dem Wohltätigkeitsinstitut in Genf ist die Summe für seine aufopfernde und nützliche Arbeit sicher zu gönnen. Die Auszeichnung jedoch ist für pazifistische Leistungen gedacht, und eine solche liegt hier nicht vor. Das Genfer Rote Kreuz hat die dankenswerte Aufgabe unternommen, den Krieg zu lindern. Es hat viel Leid gelindert. Unendlich wenig jedoch im Verhältnis zu dem Ozean von Leid, das der Krieg gezeitigt hat. Dieses ungeheure Leid ist nur zu überwinden, indem man den Krieg überwindet, indem man ihm vorbeugt. Dies zu erreichen ist die Aufgabe und das Streben des Pazifismus. Das Rote Kreuz arbeitet diesem Streben im gewissen Sinn entgegen, in-

sofern als es bei der weitaus großen Mehrheit der nichtdenkenden Menschheit den Wahn aufrecht erhält, daß die mäßige Linderung der Kriegsleiden, die Menschen zu gewähren vermögen, alles ist, was zur Bekämpfung des Kriegs getan werden kann. Dieser Kleinmut und dieser Aberglaube bilden aber die größten Hemmnisse für die Entwicklung jener Psyche, die der Pazifismus für seinen Erfolg benötigt. Ein reißender Strom, der über die Ufer tritt, läßt sich nicht mit löffelweisem Abschöpfen des Wassers überwinden, aber ableiten, regulieren läßt er sich. Die Nobelauszeichnung für das Genfer Rote Kreuz war eine generöse Tat, vom Standpunkt der radikalen Kriegsbekämpfung jedoch ein Fehler.

5. Januar 1918.

In Brest-Litowsk kracht es.

Wie hießen noch zu Weihnachten die Erklärungen des Vierbunds? «Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Kriegs besetzt worden sind, liegt nicht in der Absicht der verbündeten Regierungen». Und nun erklärt Reichskanzler von Hertling im Hauptausschuß, daß, wenn die Zustimmung zur Loslösung von Polen, Kurland, Litauen unter Anerkennung eines angeblich bereits nach dieser Richtung zum Ausdruck gebrachten Volkswillens nicht gegeben wird, wir uns auf «unsre Machtstellung» stützen.

So fiel denn rasch die Larve des demokratisch-pazifistischen Verständigungsfriedens und das militaristische Antlitz kommt zum Vorschein.

Ob es nach dieser Wandlung zu einer Verständigung kommt, ist fast Nebensache. Die Deutschen behaupten, sie werden einfach mit den Ukrainern verhandeln, die jetzt ebenfalls in Brest-Litowsk erschienen sind. Die Russen ließen die Frontkommandanten nach Petersburg

kommen, um sie zur Verteidigung der Revolution vorzubereiten.

Die Hauptsache ist, daß die deutsche Regierung sich nun bezüglich ihrer Bereitschaft zu einem demokratischen Dauerfrieden bei der Entente um jeden Kredit gebracht hat. Das Unheil wird schrecklich weiter rasen. Die schwache Hoffnung auf eine allgemeine Beendigung des Kriegs ist erloschen.

10. Januar.

Die Friedenshoffnung leuchtet auf. Es könnte jetzt Frieden werden, wenn in Deutschland der Kampf zwischen Militärs und Staatsmannschaft im Sinne Bismarcks zu Gunsten der Letzteren erledigt werden würde. Der Kampf scheint dort hart um hart zu gehen. Ludendorff, gestützt von den verzweifelten, um ihre Existenz ringenden Alldeutschen, ringt mit Kühlmann, auf dessen Seite alle Vernünftigen stehen.

Was ich am 30. Dezember hier ersehnt, scheint sich zu erfüllen. Ich rief dort — man lese nach — nach einer Geste, die Kühlmann stärkt und Ludendorff schwächt. Nach einer Geste, die «von Wilson käme». Und die Geste kam. Die Entente hat die Bedeutung der Stunde voll erfaßt. Zuerst Lloyd Georges bedeutungsvolle Rede vom 5. Januar an die Delegierten des englischen Arbeiter-Syndikats, aus deren Ton und Inhalt hervorgeht, daß in England die Friedenspartei erstarkt ist. Mit dem Jusqu'auboutismus ist dort radikal gebrochen worden. Das geht deutlich aus jener historischen Rede Lloyd Georges hervor. Und wenn die deutsche Presse die Rede abweist, so hat sie entweder den Befehl dazu, oder sie erfaßt ihre Bedeutung nicht. Die Rede ist kein Friedens*diktat*, wie die deutschen Zeitungen annehmen, sondern ein Friedens*angebot*, also die Grundlage zu einer Diskussion. Diese Erkenntnis wird den Einsich-

tigen in dem gegenwärtigen Hexenkessel nicht entgehen.

Zu diesem ersten Vorstoß der Entente kommt nun heute Wilsons Friedensprogramm in vierzehn Punkten.

Um der dadurch noch übrig bleibenden Differenzen wegen nur einen Menschen noch zu töten wäre höchstes Verbrechen! Hier kann, hier muß verhandelt werden! Tut man es nicht, läßt man den Militärs ihren Willen, die mit ihrem neuesten Stickgas wähnen, die Erde durch Sieg über alle Völker überrumpeln zu können, so würde das die Vernichtung Europas, aber auch den Ruin der Zentralmächte bedeuten. Niemals mehr ist es nach den Erklärungen Lloyd Georges und Wilsons möglich, dem deutschen Volk weiszumachen, daß es um seine Existenz zu ringen habe. Niemals mehr!

11. Januar.

Ist es Blindheit, ist es Vorsicht, diese einstimmige und unerhört grobe Ablehnung auch der Wilson-Botschaft seitens der bürgerlich-deutschen und österreichisch-ungarischen Presse. Diese Zeitungsstimmen sind oftmals so lächerlich, daß man an dem Verstand der Schreiber zweifelt. So, wenn die «Nordd. Allg. Zeitung», die Botschaft als eine Symphonie des «Unfriedens» bezeichnet, im «Lokalanzeiger» ein Herr Mühling schreibt: «Es ist eine maßlose Frechheit, wie die leitenden Staatsmänner des Verbands die Welt betrügen.» (!) Am besten aber ein Mistblatt wie das «Neue Pester Journal», das aus der Wilson-Botschaft erkennt, wofür Österreich-Ungarn jetzt zu kämpfen habe. Also dagegen, daß den Rumänen in Siebenbürgen eine gerechte nationale Behandlung zuteil wird, und dagegen, daß die österreichisch-italienische Grenze reguliert werde! Dafür ist das «Neue Pester Journal» bereit, noch ein Jahr, wenn es sein muß noch drei Jahre, zu kämpfen und noch ein bis zwei Mil-

lionen Menschen, noch siebzig bis hundert Milliarden Werte zu opfern.

Bern, 14. Januar.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk nehmen militärische Formen an. Die russische Delegation beharrt auf ein Referendum in den westlichen Provinzen. Darauf erwiderte ein General als Wortführer der Mittelmächte: «Ich muß zunächst gegen den Ton protestieren.» Das sind natürlich unangenehme Töne für einen Sieger, der sich darauf beruft, daß «Sonderversammlungen», «Stadtverordnete», «Kaufmannskammern», und — «70 Rigaer Vereine» (auch der Briefmarkensammler?), die Bitte vorgebracht hatten, unter den Schutz des deutschen Reichs gestellt zu werden.

Das genügt nach Anschauungen der Militärs, das Selbstbestimmungsrecht der Völker als erfüllt anzusehen. Wer wird da noch künftig über napoleonische Plebiszite witzeln dürfen?

Der Herr General erklärte:

> «Die deutsche Oberste Heeresleitung muß (deshalb) die Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen. Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihren Wunsch der Lostrennung von Rußland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben.»

Die Erklärungen vom 25. Dezember, jener nette demokratische Weihnachtsaufputz, sind ja bereits als ungiltig erklärt. Glaubt man wirklich, auf diese Weise zum Frieden zu kommen, und glaubt man wirklich, daß die übrige Welt einen derartigen Zustand ertragen und dulden wird, wie er hier kurzsichtig und anachronistisch vorbe-

reitet wird? Wann wird ein Retter kommen diesem Volk, der es von den Irren befreit?

Und Österreich? Macht es das alles mit?

Bern, 16. Januar.

Je öfter ich mir die Rede des Generals Hoffman durchlese, umso grauenvoller enthüllt sich mir jene Gesinnung, jene Gewaltgläubigkeit, die Europa in das Unheil gestürzt hat und es darin erhält. Das sind jene Kreise, die nur in bespornten Stiefelabsätzen denken. Schon der Ton des einleitenden Satzes:

> «Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserm Land stände und uns Bedingungen diktieren könnte. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengesetzte sind, — das siegreiche deutsche Heer steht in ihrem Gebiet.»

Das ist nach militärischen Begriffen vornehm und ritterlich, das Argument des Besiegtseins dem Gegner mit überhebender Betonung unter die Nase zu reiben.

Dann der Vorwurf, den der General den Russen macht: «Ihre Regierung ist lediglich begründet auf Macht.» — «Na, und Ihre Regierung?» könnten die Russen fragen.

Die deutsche Militärpartei hat mit der von ihr versuchten, durch General Hoffmann zum Ausdruck gebrachten Auslegung, wonach die Völker der besetzten Gebiete ihrem Wunsch der Lostrennung von Rußland bereits «klar und unzweideutig Ausdruck gegeben» haben, das Vertrauen in die deutsche Politik auf das tiefste erschüttert. Eine Methode, die auf solche Weise zu Annexionen führen will, bei der Behauptung, daß damit das Selbstbestimmungsrecht der Völker gewahrt sei, erinnert zu sehr an Roßtäuscherpraktiken. Alle Begriffe von

Ehre und Treue werden durch solche Vorgehen geschändet.

Blind treibt diese Militärherrschaft das Volk in den Abgrund.

Die geheimnisvollen Konferenzen in Berlin, bei denen der Kronprinz, Hindenburg, Ludendorff die Hauptrolle spielen, lassen nichts Gutes ahnen. Nun heißt es gar, man will von Kongreßpolen ein Stück abzwacken, eine vierte Teilung Polens also vornehmen. Die Oppelner Handelskammer hält das für unumgänglich notwendig. Die Oppelner Handelskammer kann ohne jene polnischen Gebiete nicht mehr schlafen!

Armes Deutschland!

Verseucht und verflucht durch die militärische Krätze!

Bern, 19. Januar.

Die Rede des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk hat erfreulicherweise allgemeine Empörung hervorgerufen. Besonders in Österreich. Die Sozialdemokraten haben im Parlament dagegen protestiert, und Graf Czernin ließ seine Presse los. Er selbst «erkrankte». Besser wäre gewesen, er wäre sofort abgereist, um zu zeigen, daß man in Österreich in keiner Weise gewillt ist, diese militärischen Eingriffe in die Politik zu dulden.

Bern, 22. Januar.

Im preußischen Abgeordnetenhaus hat der Finanzminister Hergt Mitte Januar sich über die amerikanische Armee geäußert. Es erscheint mir wichtig, diese Äußerungen hier festzuhalten. «Die große Armee über dem Wasser kann weder schwimmen noch fliegen, sie wird nicht kommen.» Vom sozialistischen Abgeordneten Mehring (19. I.) ob dieser «Überhebung» zur Rede gestellt, antwortete er: «Weiß Herr Dr. Mehring denn

nichts von unserm U-Bootkrieg, den wir seit zehn bis elf Monaten (Unrichtig! seit bald einem Jahr!) führen?»

Weiß der preußische Finanzminister nichts davon, daß trotz unsres U-Bootkriegs eine halbe Million Amerikaner schon in Europa sind? Und glaubt er wirklich, daß ein Volk von 120 Millionen, das schon so großes in technischer Beziehung geleistet hat, sich in einen Krieg stürzen wird, ohne sicher zu sein, seine Truppen auch richtig nach dem Kriegsschauplatz befördern zu können? — Das ist militaristische Psyche, die über den Augenblick hinaus keine Schlüsse zu ziehen vermag.

Bern, 24. Januar.

Die letzte Dezembernummer der «The Nation» (22. Dez. 1917) kommt mir zur Hand. Finde folgende Notiz darin:

> «Die britischen Truppen in Betlehem senden am Christabend ihren amerikanischen Kollegen Grüße und drücken die Hoffnung aus, daß es ihrem gemeinsamen Werk gelingen möge, das Recht der Gewalt zu einer Gewalt des Rechts zu wandeln, auf daß fernerhin Friede und Wohlwollen auf Erden herrschen mögen. General Allenby.»

Dieser militärische Weihnachtsgruß an die Verbündeten lautet doch etwas anders als die bei uns üblichen militärischen Begrüßungen.

An einer andern Stelle der gleichen Nummer der «Nation» liest man:

> «Die beste Weihnachtstat ist die Botschaft des Generals Allenby aus Bethlehem; die schlechteste unser Bombardement von Mannheim am Christabend.»

* * *

Interessante Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus, aus denen ersichtlich ist, daß dort selbst fortgeschrittene Elemente von den Ideen der zwischenstaatlichen Organisation keine Ahnung haben. Die Polen forderten die internationale Schiedsgerichtsbarkeit zur Regelung ihrer nationalen Beschwerden. Der Minister des Innerns, Drews, wies diese Forderung mit der üblichen Entrüstung zurück, die man bei dem Gedanken einer Einmischung in sogenannte «innere Angelegenheiten» eines Staates anzuschlagen pflegt. Wenn man sich nur über das Wesen der Schiedsgerichtsbarkeit einmal klar sein wollte. Dieses angebliche Allheilmittel ist so ziemlich das untauglichste Mittel für die neuzeitlichen Schmerzen der Völker. Zunächst brauchen wir eine Staatengesellschaft. Dann hören mit einem Schlag alle die von einem veralteten Souveränitätsbegriff überschatteten Streitfragen auf, «innere Angelegenheiten» zu sein. Zu ihrer Lösung wird es dann keines «internationalen» Schiedsgerichts bedürfen, sondern des von der Staatengesellschaft eingesetzten obersten Gerichtshofs, der nicht, wie der Schiedsrichter, nach eigenem Ermessen Ausgleiche herbeiführen, sondern nach einem von der Staatengemeinschaft gesetzten Recht, Recht sprechen wird.

Bern, 25. Januar.

Gestern haben nun Graf Czernin und Graf Hertling die längst erwarteten Reden gehalten.

Was für mich das Bedauerlichste an der Rede Hertlings ist, das ist die nebensächliche Behandlung der Hauptsache, das, was der Reichskanzler den «Verband der Völker» nennt. Diese Wenns und Aber sind da wahrhaftig nicht angebracht. Hertling steht der Frage als Fremder gegenüber; er verspricht lediglich, «wenn alle schwebenden Fragen geregelt sein werden» — «der

Prüfung nahezutreten». Kühler und aussichtsloser kann man wohl eine Sache kaum behandeln. Vor allen Dingen vergißt oder verkennt Graf Hertling, daß die Organisierung der Staatengesellschaft ein Problem ist, das bereits völlig klar gelegt ist, über das die Arbeit von Jahrhunderten bereits eine vollkommene Übersicht bietet, so daß man nicht erst n ä h e r z u t r e t e n oder zu prüfen hat, sondern kurz und bündig zu erklären in der Lage ist, ob man den notwendigen Forderungen entsprechen will oder nicht. Diese bedauerliche Gleichgiltigkeit, die durch die Versicherung, daß man dem Gedanken «sympathisch» gegenübersteht, erst recht Relief erhält, raubt dem Friedenexposé die Grundlage und den Wert. Denn zahlreiche seiner Forderungen zerfallen in sich, viele seiner Bedenken würden der Grundlage entbehren, wenn der Gedanke der Staatengesellschaft an die Spitze gestellt wäre und nicht als wohlwollend geduldetes Dekorationsstück am Ende der Bedingungen erwähnt werden würde.

Im Rahmen einer gesicherten Staatengesellschaft würde die schwerste Frage, die elsaß-lothringische, ihre Erledigung, würden alle Sicherungsideen ihre Erfüllung finden.

Aber auch sonst ist die Hertling-Kundgebung wenig geeignet, den Weg zum Frieden zu bahnen.

Wenn Elsaß-Lothringen im Jahr 1871 eine bloße Desannexion deutschen Landes war, so ist nur bedauerlich, daß man dieses Land noch 1915 als ein «feindliches» bezeichnen mußte, und in 45 Jahren nicht in der Lage war, zu beweisen, daß auch die Bewohner jener 14 000 Quadratkilometer mit ihrer Befreiung ebenso zufrieden waren wie die Befreier.

Und nun die belgische Frage. Der Reichskanzler hat das Wort, das die Menschheit, mit ihr die besten Teile des deutschen Volks erwarten, n i c h t gesprochen.

Belgien ist ihm nicht das Opfer, dem ein Unrecht geschehen, das wieder gut zu machen dem deutschen Volk eine Ehrenpflicht sein sollte, sondern ein Tauschobjekt. Der Verzicht auf die Annexion hat keinen Wert, wenn das Unrecht, das durch die Invasion begangen, nicht als solches anerkannt wird. Es handelt sich nicht darum, daß Belgiens Freiheit a b g e k a u f t wird, von dem, der sie vernichtet, sondern darum, daß durch die freiwillige Wiederherstellung dieser Freiheit das verletzte Völkerrecht wieder gut gemacht, das Vertrauen für die Zukunft wieder gesichert wird. Ist Belgiens Wiederherstellung ein Tauschobjekt, dann wird vielleicht das Königreich wieder aufleben, niemals aber das mit Füßen getretene internationale Recht, niemals wieder der Glaube an die Heiligkeit der Verträge; es fehlen dann die Grundquadern zur Staatengesellschaft.

Zum Schluß hat nun Graf Hertling noch den Fehler gemacht, Wilson wie Lloyd George mit der Aufforderung nach Hause zu schicken, sie mögen ihr Programm nochmals revidieren und dann wieder kommen, so ungefähr, wie man zwei nachlässige Schüler behandelt, die eine unsaubere Hausarbeit abgeliefert haben.

Graf Hertling, der die eigne günstige militärische Situation den Feinden als Friedensanregung entgegenruft, hat wohl bei der Tongebung und Abfassung seiner Rede nicht daran gedacht, daß deren Endwirkung noch viel deutsches Blut kosten oder ersparen kann. Wenn er von der «ungebrochenen Kampfesfreude» spricht, die alle deutschen Mannschaften belebe, so beruht wohl diese Feststellung nicht auf einer im deutschen Volk veranstalteten Enquête. Es wäre vielleicht glücklicher gewesen, zu sagen, daß das deutsche Volk als Kulturvolk naturgemäß nach dreieinhalbjährigem Krieg des Mordens müde ist, und nur dem Zwang der Pflicht gehorchend, auszuhalten bereit sei, so lange es nötig erscheint, statt

von einer Hurrastimmung zu reden, an die, zu Ehren des deutschen Volks, heute niemand mehr glauben will.

* * *

Was die Rede Czernins bedeutet, muß die Zukunft lehren. Stände Österreich-Ungarn als selbständiger Faktor im Krieg, dann könnte man auf Frieden hoffen. Da aber unseligerweise die Monarchie «auf Gedeih und Verderb» mit dem deutschen Reich verbunden ist, so verlieren die Friedensaussichten, die sich bei der Lektüre der Czerninschen Rede eröffnen, an Wert. Was nützt die Versicherung des österreichischen Grafen, daß seine Verhandlungsbasis mit dem russischen Reich, die «eines Friedens ohne Kompensation und ohne Annexionen ist»; was nützt die Erklärung, daß er «keinen Quadratkilometer und keinen Kreuzer von Rußland verlange», wenn der Friedenschluß erst herbeigeführt werden kann, bis die deutschen Siegfriedler und Annexionisten befriedigt sind.

Bern, 30. Januar.

Man lebt unter dem Druck der sich vorbereitenden Ereignisse, in der Spannung über die Entwicklung oder Unterbleibung eines österreichisch-amerikanischen Gespräches. Es wird von Vernünftigen hier darauf hingearbeitet, daß das von Czernin ausgeworfene zarte Seil, vom Präsidenten Wilson aufgefangen werden würde. Es wäre klug. Man braucht Czernin durchaus nicht als den wirklich ehrlichen Makler zu nehmen, die Motive, die ihn zu seiner Politik zwingen, sind Garantie genug für die Ehrlichkeit seiner Absichten. Die Not, die ihn tugendhaft macht, ist so dauerhaft, daß auch die Tugend, die aus ihr folgt, die Chancen der Dauer in sich trägt. Der Friedenswille und noch mehr die Friedensnot der Völker Österreichs ist so groß, daß es für den Grafen Czernin kein

Zurück mehr gäbe, wenn erst Gespräche zwischen ihm und Wilson begonnen haben würden. Dieses Volk läßt sich nicht mehr enttäuschen. Aber auch Wilson müßte es klar sein, daß die Regierung und das Volk von Österreich-Ungarn gegenwärtig die mächtigsten Faktoren sind, die sich heute dem Alldeutschtum und dem preußischen Militärgeist entgegenstellen. Verhandlungen zwischen Washington und Wien könnten daher die dem Frieden gefährlichsten Elemente entkräften. Im übrigen habe ich diese Verhandlungen auf dem Weg über Österreich, als der «Linie des geringsten Widerstands» folgend, in diesen Blättern oft und seit Jahren gefordert.

Wenn nur die Italiener mit ihrer soeben an der obern Brenta losgelösten Offensive nicht alle Hoffnungen im Keime ersticken. Sollte ihnen da ein Erfolg blühen so würden sich die Offensive-Fanatiker in Deutschland kaum mehr zurückhalten lassen mit ihren Plänen gegen den Westen. Was dann? — Im Hauptausschuß des Reichstags haben mehrere Redner sich offen darüber geäußert, daß auch ein siegreiches Gelingen dieser Offensive noch keinen Frieden brächte. Scheidemann sagte, was hier so oft ausgedrückt wurde, daß selbst die Einnahme von Paris und Calais nicht der Friede wäre. Er sehe den Tag nicht, an dem Franzosen, Engländer und Amerikaner sagen: «Wir sind gegen Deutschland wehrlos, wir wollen seine Friedensbedingungen annehmen.» — Ganz bestimmt nicht! Es würde dann noch anders kommen. Zu Frankreich, England und den Vereinigten Staaten würde sich die ganze Welt gesellen.

* * *

Einem bayrischen Kultusminister, Knilling heißt er, war es vorbehalten, Foerster als eine Gefahr für das deutsche Volk zu bezeichnen. Dies

geschah im Finanzausschuß der bayrischen Kammer. Man kann sehen wie weit die Besinnung gewissen Kreisen in Deutschland bereits verloren gegangen ist. Die Tirpiße und die Reventlows und wie viele noch, die das deutsche Volk zu diesem Bluterguß gebracht haben, es immer weiter darin festhalten, sie, die die wirkliche Gefahr der deutschen Menschheit bilden, sie gelten als Helden, und dieser Mann der reinsten Sittlichkeit, der Vernunft und Besinnung predigt, der sich mutig unter die Besessenen wagt, soll als Volksfeind gelten? Die altbekannte Tragik aller Kulturkämpfer: Förster, der Volksfeind! — — Nur weiter so mit diesen Begeiferungen. Die Gestalt Försters wächst unter ihnen. So entwickelt er sich zum deutschen Tolstoi.

Bern, 1. Februar.

Heute können wir das Jubiläum eines militärischen Irrtums feiern. Der verschärfte U-Bootkrieg ist ein Jahr alt. Die dem Volk vorgemachte Illusion, daß diese Methode der Kriegführung in drei bis höchstens sechs Monaten den Frieden bringen wird, zerstiebt ins Nichts. Der Friede ist heute, nach einem Jahr dieses Unterseebootkriegs, ferner denn je. Schädigung mag er den Gegnern gebracht haben. Darob kann kein Zweifel bestehen. Aber es ist falsch, die Sache damit abzutun. Den Frieden, den er bringen sollte, brachte er nicht. Die militaristische Kombination hat sich, wie immer wenn es sich dabei um politische Vorbestimmungen handelt, als falsch erwiesen. England, das Schwierigkeiten mit seiner Ernährung hat, ist deswegen nicht auf die Kniee gezwungen, ist noch lange nicht besiegt, hat aber in Amerika, das ohne Unterseebootkrieg niemals in den Krieg getreten wäre, einen starken Bundesgenossen erhalten, der Millionen neuer Menschen nach Europa schicken wird, ausgestattet mit den modernsten techni-

schen Mitteln zur Tötung und Zerstörung. Es ist auch nur zu klar, daß der Friede schon längst erreicht worden wäre, wenn die Militärs ihren Unterseebootkrieg nicht hätten ausführen dürfen, daß er durch dieses militärische Mittel verhindert wurde. Wenn etwas die Unfähigkeit der Militärs, politisch zu denken, beweist, so ist es dieses Fiasko des Unterseebootkriegs.

Sie freuen sich an der Zahl der versenkten Tonnen. Die Jahresbilanz wird eine ganz erkleckliche Zahl von Millionen aufweisen. Es wird aber interessant und wichtig sein, dieser Kreditseite an vernichteten Feindesgütern das Debet der eignen Kosten eines ganzen Kriegsjahres mit seinen Leichen und Krüppeln gegenüber zu stellen. Das wird sich als ein teures Husarenstückchen herausstellen, umso teuerer als es zwecklos gewesen sein wird.

Aber es ist nicht nur teuer, sondern auch für Deutschland gefährlich. Deutschland sägt ja auf dem Ast, auf dem es sitzt. Die Verarmung, die durch die fortgesetzte Güterversenkung eintritt, macht vor Deutschland nicht halt. Auch das deutsche Volk wird dereinst den Mangel spüren, der die Welt als Folge dieses verzweifelten Kriegsmittels befallen wird.

Das sind die Folgen der Militärpolitik. Aber steht Deutschland nicht heute wiederum auf dem Sprung, einen neuen militärpolitischen Fehler zu begehen, eine Aktion zu unternehmen, die nach Ansicht ihrer militärischen Urheber, den Frieden in kurzer Zeit bringen soll, und die doch nichts anderes bringen kann als eine weitere Verlängerung des Kriegs! Die geplante Offensive im Westen hat mit dem U-Bootunternehmen eine gewaltige Ähnlichkeit.

* * *

Aus Deutschland werden große Streiks gemeldet. Aus den offiziellen Telegrammen, die sich bemühen, die Vor-

gänge als harmlos hinzustellen, ist der ganze Umfang der Ereignisse nicht zu erkennen. Es scheinen doch im Reich, viele Millionen Arbeiter die Arbeit eingestellt zu haben. Daß auch schon Blut floß, meldet heute ein Berliner Telegramm, das von einer größeren Menschenmenge sprach, die auseinandergetrieben wurde. «Dabei wurden Schüsse gewechselt.» «Gewechselt» ist gut. Es gab Tote und Verwundete. Der Streik, der spontan ausgebrochen sein soll, wird jetzt von beiden sozialdemokratischen Parteien geleitet. Er ist ein in erster Linie gegen den Krieg, die Kriegstreiber und Kriegsverlängerer gerichteter Vorstoß. Das beweist das von den Streikenden laut «Vorwärts» aufgestellte Programm: Das lautet:

1. Schleunige Herbeiführung des Friedens, ohne Annexion, ohne Kriegsentschädigung, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker, entsprechend den Ausführungsbestimmungen, die dafür von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formuliert wurden.

2. Zuziehung von Arbeitsvertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen.

3. Ausreichende Nahrungsmittelversorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände.

4. Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben, das Vereinsrecht tritt vollständig wieder in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse und in den Versammlungen.

5. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben.

6. Alle wegen politischer Kundgebung Verhafteten sind sofort frei zu lassen.

7. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland und Einführung des allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrechts.

Bern, 2. Februar.

Unter dem Trommelwirbel der Schloßwache ist in Berlin der verschärfte Kriegszustand verkündet worden. Das Standrecht also. Sicherlich werden die Streiks verschwinden. Die Symptome werden so verlöscht. Aber die Tatsache der Auflehnung gegen den Krieg und die Bitterkeit, die sie bewirkte, wird dadurch nur verstärkt. Von der «ungebrochenen Kampfesfreude», von der der Reichskanzler noch in seiner Rede vom 24. Januar sprach, wird man nach diesem Trommelwirbel nicht mehr sprechen können. Es brennt in allen Völkern. Die Militaristen decken das Feuer zu und glauben, es erstickt zu haben.

Am kindischsten ist der Vorwurf unpatriotischen Gebahrens, den man den Verzweifelten macht, die aus Hunger und Not zur einzig ihnen möglichen Gegenwehr der Arbeitseinstellung schreiten. Soll man einem Ertrinkenden zurufen, es sei unanständig, das Wasser auszuspeien, das sein Inneres bereits erfüllt? Kindisch ist der Vorwurf, daß die streikenden Arbeiter ihren Brüdern an der Front in den Rücken fallen. Das ist so echt militaristische Logik. Es wird eine Phase eines im vollen Gang befindlichen Prozesses herausgerissen, grell beleutet und als unabänderliches und endgiltiges Geschehnis hingestellt. So geschieht es auch bei den Berichten über ungünstig verlaufene Gefechte. Eine Episode daraus, die günstig war, die allein wird berichtet. Und so ist es mit dem Vorwurf des In-den-Rücken-Fallens. Gewiß, die erste Wirkung des Streiks läßt vermuten, daß man die Front im Stich läßt, daß man die Brüder im Rücken bedroht. In Wirklichkeit ist das nur eine Etappe auf dem Weg zur Befreiung ihrer Brust, zu ihrer Befreiung aus dem tiefsten Elend des vierjährigen Morastkriegs.

Der Militarismus hat seine Einrichtungen so getroffen, daß man überall, wo man sich gegen ihn wehrt, Einrich-

tungen, Überlieferungen, Empfindungen verletzt, die einem heilig sein sollen. Rückt man ihm zu Leibe, dann schreien seine Priester auf: «Seht, wie sie sich gegen alles Heilige vergehen.» — Aber das ist unwahr, unwahr wie alle goldbetreßte Beweisführung. Nicht gegen das, was allen heilig ist, richtet sich der Vorstoß, nicht gegen Vaterland, Brüderlichkeit, Heimat, Familie, sondern gegen jene Einrichtung, die die Menschheit bedrückt und vernichtet, die sich aber mit all diesen Begriffen des Edelsinns und der Wohlanständigkeit panzert. Es ist dies die Methode alles Parasitentums in der Natur, daß sich dieses zum eignen Schutz einnistet an Stellen, die der von den Parasiten heimgesuchte Organismus aus Selbsterhaltung zu schützen gezwungen ist. So muß der vom Parasitismus heimgesuchte Körper jenen Schädling, der ihm am Marke saugt, nähren und schützen, wenn er nicht selbst zu Grunde gehen will. Die Nutzanwendung dieser Erkenntnis aus den Naturvorgängen auf unser soziales Leben ist klar.

Wenn man den Generalen, die unter ungeheuren Opfern an Menschenleben die schwerste Offensive unternehmen, zurufen wollte: «Ihr handelt vaterlandslos, ihr zerstört doch die Familie, raubt zu hunderttausenden den Kindern und Frauen die Ernährer, den Eltern die Hoffnung, so würden sie den Mahner verlachen und den Vorwurf mit dem Hinweis auf den höhern, oder ihnen höher erscheinenden, Zweck, Vaterland, Weltstellung und Zukunft der Nation usw. zurückweisen. Mit größerm Recht können dies die streikenden Arbeiter tun, denen man den Vorwurf des Verrats an den Volksgenossen macht, wenn sie durch Streiks zur Kriegsbeendigung gelangen wollen.

Bern, 9. Februar.

In der Nacht vom 30. zum 31. Januar ist Paris von mehreren deutschen Luftgeschwadern bombardiert wor-

den. Die Zahl der Opfer ist groß, auch sonst scheinen die Vernichtungen an Häusern, Straßen und öffentlichen Gütern nicht gering gewesen zu sein. Zu dem traurigen Vorgang liefert nun eine Wolff-Depesche vom 8. Februar folgenden Kommentar:

«Deutsche Bombengeschwader griffen in der Nacht vom 30. zum 31. Januar zum erstenmal planmäßig kraftvoll die Stadt Paris an. Der Angriff war erfolgreich. Verluste und Schäden waren nach amtlichen französischen Berichten stark. Die Strafe, die die Stadt Paris damit erduldete, war hart aber gerecht. Schon vor einem Vierteljahr warnten wir Frankreich durch Funkspruch, die Bombenangriffe gegen offene deutsche Städte weit außerhalb der Operationsgebiete fortzusetzen. Wir drohten, daß, falls diese Luftangriffe nicht aufhörten, Paris die Strafe zu tragen habe. Frankreichs Regierung hörte nicht. Am heiligen Weihnachtsabend überfielen feindliche Flieger die offene Stadt Mannheim. Sie griffen im Laufe des Januars die offenen Städte Trier, Heidelberg, Karlsruhe, Rastatt, Freiburg in zweckloser Weise mit Bomben an. Die Stunde der Strafe war gekommen. Frankreich ist abermals gewarnt, nicht mehr durch Worte, sondern durch Taten. Sollte auch diese warnende Strafe unbeachtet bleiben, sollten wiederum friedliche deutsche Heimatstätten durch feindliche Fliegerbomben zu leiden haben, so wird die Stadt Paris erneut die vergeltende Strafe zu erdulden haben, in dem Umfang und in der Stärke, wie sie rückfälligen Verbrechern gegenüber am Platze ist.»

Dieses Dokument hier aufzubewahren erscheint mir von höchster Wichtigkeit. Legt es doch Zeugnis ab für die höchstgradige Gemeingefährlichkeit der militaristischen Mentalität. Die es verfaßt und veröffentlicht haben meinen vielleicht, ein patriotisches Werk getan zu haben. Sie stellen sich vor, daß ihre Drohung nunmehr alle

Ententeflieger abhalten wird, jemals wieder deutsche Städte zu bombardieren. Sie ahnen vielleicht nicht, daß die Art ihrer Drohung gerade das Gegenteil hervorrufen muß. Wie kann eine Nation, die etwas auf ihre Ehre hält, eine derartige Abkanzelung und Zurechtweisung sich gefallen lassen, wie sie Oberlehrer gegen Schuljungen anwenden. Die Verfasser jener Drohnote hätten sich ja nur die Frage vorzulegen brauchen, was von deutscher Seite geschehen würde, wenn ein Gegner es versuchen sollte, mit solch läppischen Drohungen und in so brüskierender Weise die deutschen Flieger einzuschüchtern. Ein Entrüstungssturm würde sich erheben, und man würde verlangen, daß ein neuer Raid den Feinden den Beweis liefere, daß man nicht gesonnen ist, sich solche Behandlung gefallen zu lassen. Und ebenso wird dieses saubere Manifest auf die Franzosen wirken, die damit gleichsam auf deutsche Städte gehetzt werden.

Wenn es den deutschen Machthabern ernst darum zu tun wäre, das Bombardement offener deutscher Städte (und für das Bombardement von oben sind ja alle Städte offen) in Zukunft zu verhindern, dann hätten sie, statt mit solch törichten und herausfordernden Strafandrohungen gegen den Gegner, offen mit dem Vorschlag zu einem Abkommen hervortreten müssen, das einfach allen Kriegführenden den Verzicht auf das Bombenwerfen von Luftfahrzeugen auferlegt. Das wollen aber die Militaristen nicht. Sie wollen nicht verzichten und heucheln die Entrüstung über den Gegner, der Gleiches mit Gleichem erwidert. Und sie glauben, der Welt imponiert es, wenn sie den Gegner als den Verbrecher hinstellen, sich selbst aber die Rolle lichter Engel reservieren, denen das schwere Werk der strafenden Gerechtigkeit zufällt.

Bern, 12. Februar.

Noch sonderbarer als der Friedenschluß mit der Ukraine mutet das Ergebnis der Brest-Litowsker Verhandlungen mit den Maximalisten an. Es wird von dort gemeldet, daß die russische Delegation auf die formelle Unterzeichnung eines Friedensvertrags verzichtet, den Kriegszustand jedoch mit dem Vierbund für beendet erklärt und den Befehl zu einer völligen Demobilisierung aller Streitkräfte erteile.

Das ist die von Trotzky vor dem Soviet dargelegte Formel: «Weder Krieg noch Frieden.» Daß das kein Zustand ist, der irgendwie zu ertragen wäre, ist nur zu klar. Merkwürdig ist, daß über die näheren Vorgänge bei der Abgabe dieser Erklärung gar nichts bekanntgegeben wurde, daß man nicht weiß, wie sich die Vertreter der Zentralmächte und deren Regierungen dazu verhalten. Anscheinend sind sich diese darüber selbst nicht klar. In der Presse, namentlich in Wien, wird der Versuch gemacht, dem Volk einzureden, daß nun der Krieg im Osten überwunden ist. Das ist nicht wahr! In Wirklichkeit sind die Verhandlungen abgebrochen, und der Friede steht noch aus. Die Maximalisten scheinen ihre Hoffnungen auf den Tag gestellt zu haben, wo die Entente in Verhandlungen mit den Zentralmächten treten wird. In Deutschland und Österreich gibt man sich den größten Hoffnungen hin. Rumänien wurde eine Frist von vier Tagen gestellt, um in Friedensverhandlungen einzutreten. Des Sieges im Westen ist man dort sicher. Leute, die den maßgebenden Kreisen in Berlin nahestehen, erzählen, daß man dort nicht nur hofft, die Westfront zu durchbrechen, sondern diese zu zerstückeln und die Engländer ins Meer zu treiben. Man sieht, die Ideen von 1914 lodern wieder auf. Und dabei rechnet man, mit diesen Ergebnissen zum Frieden zu gelangen.

Diese Hoffnungen sprechen auch aus der Rede, die

Kaiser Wilhelm in Homburg gehalten hat. Er sprach vom Frieden, den die Deutschen der Welt bringen sollen, den «unser Herrgott will»; «a b e r v o r h e r m u ß d e r S i e g d e r d e u t s c h e n W a f f e n a n e r k a n n t w e r d e n». Daraus ersieht man, daß der Träger der Krone nicht auf dem Boden der Reichstagsresolution vom 19. Juli steht.

Das alles sind die Präludien des großen Mordens, das, wenn ich mich nicht täusche, bereits einzusetzen beginnt. Die Hoffnung auf Frieden sinkt unter dem Nullpunkt. Wer klar sieht, muß fürchten, daß das Ringen noch Jahre dauern kann. Den Sieg der deutschen Waffen wird die Welt erst anerkennen, bis sie zertrümmert ist. Das kann noch lange dauern, und es ist weder ein schöner Ausblick auf diesen Sieg noch eine schöne Sendung, ihn so zu erzwingen. Er wird uns Ruinen bringen, aus denen neues Leben nicht mehr zu erstehen vermag.

Bern, 13. Februar.

Nach alledem, was sich bis jetzt ereignet und entwickelt hat, nach dem völligen Obsiegen der militaristischen Psyche in Deutschland, flößt mir die neue Rede Wilsons im Senat, mit der er die Reden Hertlings und Czernins beantwortete, wenig Hoffnung ein. Sie ist so klar wie Quellwasser, ein so wunderbares Dokument logischen und modernen Denkens, daß sie uns in diesem faulenden, schwärenden Getümmel wie ein Ruf aus einer bessern Welt anmutet. Diese Sprache Wilsons wollen diejenigen nicht verstehen, die heute die Macht in Deutschland in den Händen haben. Vielleicht vermögen sie sie nicht zu verstehen. Und doch liegt bei Wilson der Friede und bei jenen Krieg, doch wird man sich durchringen müssen zu der Weltanschauung Wilsons, wird man die Weltanschauung des herrschenden Preußengeistes überwinden müssen, wenn man aus diesem Krieg und aus

dem auf Krieg begründeten Zustand der Welt herauskommen will.

Wie recht hat Wilson, wenn er der Friedensmethode des deutschen Reichskanzlers vorwirft, daß sie die Methode des Wiener Kongresses sei, wenn er dem Reichskanzler selbst seine Rückständigkeit den Erfordernissen der heutigen Welt gegenüber vorhält.

> «Wir können und wir wollen nicht auf diese Methode (des Wiener Kongresses) zurückkommen. Heute steht der Friede der Welt auf dem Spiel. *Wir wollen eine internationale Ordnung schaffen, die auf den Grundsätzen des Rechtes und der Gerechtigkeit aufgebaut ist, und nicht einen Frieden, der nur aus Teilen und Stücken besteht.* Ist es möglich, daß Graf Hertling diesen nicht sieht und begreift, und daß er wirklich in seinen Gedanken *in einer verschwundenen Welt* lebt?»

In diesem Satz Wilsons liegt die ganze Tragik unsrer Zeit liegt die Tragik dieses Kriegs und die Tragik des Pazifismus. Es gab und gibt eben noch zuviel Menschen, zuviel dominierende Menschen, die mit ihren Ideen «in einer verschwundenen Welt» lebten und leben.

Man sei sich klar darüber. Wilson trennt sich in entschiedener Weise von seinen Alliierten. Diese haben in den ersten Februartagen auf dem in Versailles versammelten Kriegsrat erklärt, daß sie die Reden der Grafen Hertling und Czernin nicht als eine Annäherung an die Bedingungen der Alliierten ansehen können, und daß sie es als Pflicht betrachten, «die Weiterdauer des Krieges mit äußerster Energie . . . sicherzustellen». Wilson stellt allgemeine Grundsätze für einen Frieden auf und meint, dieser Frieden könnte diskutiert werden. Er geht so weit, sich selbst zu desavouieren, und die in seiner vorhergehenden Botschaft aufgestellten 14 Thesen als diskutabel zu bezeichnen:

«Die Vereinigten Staaten sind ganz geneigt, zuzugeben, daß die von ihnen vorgeschlagenen Friedensgrundlagen nicht die besten oder dauerhaftesten sind. Sie bilden nur eine provisorische Formel in grundsätzlicher Beziehung und bereiten die Mittel vor, durch welche diese Grundsätze zur Anwendung gelangen können.»

Wer nach diesen wiederholten Wilsonschen Vorschlägen, besonders nach dieser letzten Note, nach diesen, den Boden für eine Erörterung in so ehrlicher Weise ebnenden Worten, es noch über sich bringt, ein Massenmorden auszulösen, einen rein militärischen Sieg zu gewinnen, der lädt eine unerhörte Verantwortung auf sich, übernimmt vor der Gegenwart und der Nachwelt eine von Menschen kaum ertragbare Schuld, der begeht ein an Riesenhaftigkeit noch nie dagewesenes Verbrechen.

Bern, 15. Februar.

Graf Czernin hat sich gestern bei seiner Rückkehr nach Wien als der Friedensbringer feiern lassen. Eine Abordnung des Magistrats mit dem Bürgermeister an der Spitze empfing ihn, Reden wurden gehalten und Hochs auf den «Volksdiplomaten und Friedensbringer» ausgebracht. Vor dem Ministerium empfingen ihn tausende Mitglieder der Hausfrauenorganisation Österreichs, im Innern des Ministeriums wurde er von der Beamtenschaft begrüßt. Zweimal wies der Minister in seinen Ansprachen auf die Armee hin, die den Frieden gebracht habe, etwa so, wie ein mit Applaus begrüßter Schauspieler den Regisseur aus den Kulissen zieht. Die Armee, die den Frieden gebracht hat! — Nach all diesem Jubel gelang es in Österreich wirklich, das Volk in den Glauben zu wiegen, daß das Kriegsende beginne, die Not nun aufhören werde. In dem Erregungszustande, in dem sich die Menschen dort befinden, ist man leicht geneigt zum Jubel. Die Ernüchterung wird

nicht lange auf sich warten lassen. Friede, ohne daß ein Mann aus dem Militärdienst entlassen wird, ohne daß die Gefangenen heimkehren, Handel und Wandel aufleben, die Teuerung nachläßt und die Menschenwürdigkeit des Daseins wieder anhebt. Friede mit der Ukraine! Was ist das? Ein Bekannter von mir meinte gestern, daß man ebensogut einen Frieden mit der Direktion des Zoologischen Gartens hätte schließen können.

Bern, 18. Februar.

Der Friedenstraum von Brest-Litowsk ist ausgeträumt. Heute mittag läuft der Waffenstillstand ab. Was man im deutschen Hauptquartier beschlossen hat, läßt sich deutlich erraten, wenn man die auffallend lange Reihe der heutigen Wolff-Depeschen liest, die uns Greuel- und Schandtaten der Maximalisten verkünden. Genau so wie uns in den Sommertagen von 1914 das Wiener Korrespondenzbureau durch Meldung von serbischen Schauermähren den Einmarsch in Serbien mundgerecht machte. Heute haben wir nun schon einen Einblick in die militaristische Technik und wissen, was es zu bedeuten hat, wenn die offiziösen Telegraphenagenturen sich über Vorgänge in andern Ländern mit Nachdruck zu entrüsten beginnen und Abscheu vor diesen zu erwecken sich bemühen. Danach ist also ein weiterer deutscher Vormarsch zu erwarten. Die Deutschen werden nach Großrußland, die Österreicher in die Ukraine marschieren. In der Ukraine wird der Staat erst durch Krieg errichtet werden müssen, mit dem man eben den Frieden unterzeichnet hat. In Berlin wird der große Moment jenes Friedensschlusses jetzt im Film gezeigt. Das «Film-Amt» hat ihn geladenen Gästen vorgeführt. Im «Berliner Tageblatt» (Abd. Ausg. vom 15. Februar) wird darüber berichtet:

> «Man wird Zeuge des historisch denkwürdigen Aktes. Kühlmann, Graf Czernin, Radoslawow, die Vertreter der Ukraine und andere setzen ihre Namensunterschrift unter den in fünf Exemplaren vorhandenen Vertrag und begießen dann die erfreuliche Tatsache in bester Laune mit Sekt.»

Man wird die Tatsache nach dem Sekt noch mit etwas Blut «begießen» müssen.

Bern, 20. Februar.

Der Krieg im Osten hat nun wieder begonnen. Der Vormarsch nach Dünaburg ist der Anfang. Auch der Ukraine soll Hilfe gebracht werden. Die ukrainische Delegation in Brest-Litowsk hat um Hilfe gefleht. Sie erbat vom deutschen Heer Hilfe zur Rettung der «Früchte unserer jungen Revolution». Und das deutsche Heer, als ob es eine Tradition zu erfüllen hätte, leistet diesem Hilferuf Folge. Der gestrige Generalstabsbericht meldet:

> «Von der Ukraine in ihrem schweren Kampf gegen die Großrussen zu Hilfe gerufen, haben unsre Truppen den Vormarsch aus der Richtung Kowel angetreten.»

Das klingt so wie Rühmung einer Pflichterfüllung. Die Ukraine ruft, wir folgen dem Ruf. Die liebe, gute Ukraine, die vor Wochen noch Feindesland war, in das wir Tod und Verderben getragen haben.

* * *

Viel zu denken gibt der neue Reichsetat, über den soeben die Zahlen bekannt werden. Das ordentliche Budget zeigt die schwindelhafte Summe von 7332 Millionen, gegenüber 4491 Millionen des vorjährigen Budgets. Das Anwachsen des Budgets

ist bedingt durch die für die Reichsschuld erhöhte Zinsenlast, die von 3561 auf 5907 Millionen gestiegen ist. Es werden um nahezu 3 Milliarden neue Steuern erforderlich sein. Ob dieses Zahlenergebnis nicht vielleicht doch als Friedenszeichen aufzufassen ist? Man steht vor der achten Kriegsanleihe. Zum Herbst würde eine neunte fällig werden. Die Zinsenlast der Reichsschuld kann im nächsten Rechnungsjahr zehn Milliarden betragen. Welcher Wahnsinn! Wohin treibt die Blut- und Raubgier der Alldeutschen das deutsche Volk? Jetzt sieben Milliarden, morgen zehn Milliarden Kriegstribut. Das ist der Tod, das ist die Vernichtung. Das Gesellschaftsspiel von 1914 wird von der Menschheit teuer bezahlt. Werden die Alldeutschen einstens zur Rechenschaft gezogen werden?

Bern, 21. Februar.

Wie freundlich war man doch mit den russischen Unterhändlern, als diese den Frieden zu bringen schienen. Man sprach nicht bloß von Verbrüderung, man ordnete sie auch im Waffenstillstandsvertrag an, man ließ sich mit den Bolschewiki photographieren, filmen sogar und redete die einzige Dame, die zur Delegation gehörte, mit «gnädige Frau» an. Erst Trotzky, der Nüchterne, der die Floskel vom «ewigen Frieden und ewiger Freundschaft» als «überlebte Redensart» nicht in die Preambel aufnehmen wollte, machte dem freundschaftlichen Spuk ein Ende, der sich zwischen den Delegierten beider Länder im Kasino und an der gemeinschaftlichen Tafel entspann. So berichtet Herr v. Kühlmann selbst in einer seiner Reden im Hauptausschuß.

Alle diese Intimitäten schien der Herr Vizepräsident des Reichstags, Paasche, vergessen zu haben, als er am 19. den Wiederzusammentritt des Reichstags mit einer Rede eröffnete. Darin hat er die lieben Bolschewiki von

gestern mit argen oratorischen Fußtritten behandelt. Jetzt bezeichnete er sie bloß als eine «sogenannte» Regierung, die sich auf zügellose Banden stützt, jetzt nennt er die Kasinogenossen von gestern «bolschewikische Räuberhorden». Und das in der gleichen Rede, in der er zum Schluß etwas von «echt deutscher Treue» — man kann nichts anderes sagen als — faselt.

Aber zur selben Stunde, in der Herr Paasche «treu» die Intimen von gestern als Räuberhorden bezeichnete, haben die Regierenden in Petersburg auf drahtlosem Weg der Reichsregierung mitgeteilt, daß sie die vom Vierbund in Brest-Litowsk vorgeschlagenen Friedensbedingungen annehmen. Die Reichsregierung wird also demnächst mit den «bolschewistischen Räuberhorden» des Herrn Paasche wieder in Verbindung treten und wird mit dessen «sogenannter» Regierung einen Vertrag unterschreiben. Herr Paasche wird dann in angeborner deutscher Treue wieder anders reden.

Das Ereignis selbst? Herr v. Kühlmann, der es im Reichstag vorlas, hat davor gewarnt, Hoffnungen darauf zu setzen, ehe die Unterschriften auf dem Friedensvertrag vollzogen sind. Er tut wohl recht daran. Aber selbst wenn alles ordnungsgemäß erledigt, der Friede nun auch mit den Petersburger Machthabern perfekt werden sollte, so kann man davon nichts Gutes erwarten. Die Bolschewikis sind klug. Sie weichen der Übermacht; aber sie stigmatisieren sie gleichzeitig. Sie lassen sich vergewaltigen. Der Stachel wird bleiben. Die Rachsucht wird aufflammen an dem Tag, an dem Rußland wieder gesundet, und mit den unversönlichen Hassern Deutschlands im Westen werden sich die Hasser im Osten finden. Doch nun heißt es abwarten, ob sich jenes erneute Friedensangebot zum wirklichen Friedensschluß verdichtet.

Bern, 28. Februar.

Einige Tage Abwesenheit, und soviel hat sich wieder ereignet, daß es mir fast unmöglich erscheint, all die Ereignisse hier festzuhalten. Der neue Krieg im Osten, der sich darstellt als ein ungehemmter Vormarsch der deutschen und österreichisch-ungarischen Heere, und die Hertlingsche Rede vom 25. Februar, die auf Friede gestimmt war — im Ton wenigstens —, kennzeichnen die Lage. Verzweiflung auf der einen, leises Hoffen auf der andern Seite.

Was mich in der Hertlingschen Rede am meisten berührte, war jener Satz, worin der Vormarsch der deutschen Heere als eine «im Namen der Menschlichkeit unternommene Hilfsmaßnahme» bezeichnet wird. Wenn unsre Staatsmänner nur etwas mehr Psychologen wären, wenn sie etwas mehr Empfinden für die durch die Umstände gezeitigten Situationen besäßen, so würden die Völker glücklicher sein. Was soll jetzt in diesem Blutschlamm, in dem wir ersticken, eine Begründung von Handlungen durch Menschlichkeit. Da die Welt den Humor verlernt hat, muß diese Redewendung nur Gift und Galle auslösen, also gerade die für eine Verständigung am wenigsten geeignete Seelenstimmung.

«Im Namen der Menschlichkeit!» Das nach dreieinhalb Jahren Krieg!

Graf Hertling begründet den unaufhaltsamen Vormarsch in das wehrlose Land mit den Hilferufen aus den Randländern. Merkwürdig, wie sich die Hilferufe immer einstellen, wenn ein General marschieren lassen will. Selbst in Osterreich, wo man sich gestern noch über den deutschen Vormarsch offiziell entrüstete, wo man jeden Anteil an dieser neuen Phase des Kriegs mit Rußland laut abgelehnt hat, genügte ein «Hilferuf» irgendeines Menschen aus der Ukraine, um plötzlich die Armee mar-

schieren zu lassen. Man sollte meinen, die modernen Riesenheere wären lauter Samariterkorps und ihre Führer warmfühlende Quäker.

Mit andern Worten: Die Zentralmächte müssen sich jetzt jenen Staat, mit dem sie einen Friedensvertrag geschlossen haben, erst durch kriegerische Aktionen selbst herstellen, wenn sie den Frieden von Brest-Litowsk nicht als einen einfachen Papierfetzen bestehen lassen wollen. Ward jemals ein solcher Friede geschlossen? Man nannte ihn einen «Brotfrieden», aber das Brot muß erst durch Regimenter geholt werden.

Der unaufhaltsame Vormarsch der deutschen Heere gegen Petersburg zu wird deshalb als ein Akt der «Menschlichkeit» dargestellt, weil die russische Revolution schauerliche Greuel verüben soll. Sie mordet Menschen und — — sprengt die Safes. Die Berichte des Wolffschen Telegrafenbureaus sind voll von Erbarmen für die armen Opfer und voll Entsetzen über die Taten. Erbarmen und Entsetzen hat das offiziöse Telegraphenbureau sonst nicht in seinem Register. Es tritt für Luftbomben und Giftgas ein, aber bei Revolutionstaten erfaßt es ein Schaudern. Sehr gut hat Viktor Adler in seiner großen Parlamentsrede vom 20. Februar, diese Erschreckversuche gekennzeichnet, indem er sagte:

> «Zur Entrüstung über die angeblichen Greuel, die die russische Revolution in die Welt gebracht, über die unzähligen Menschen, die da angeblich zugrunde gegangen sind, haben die am wenigsten Ursache und Recht, die diesen Krieg über uns gebracht und mit ihrem Jubel begrüßt haben.»

Das ist der großartigste, der beste Einwand gegen das Menschlichkeitsgetue der für die deutsche Politik heute Verantwortlichen.

Bern, 4. März.

Der Friede mit Rußland wurde gestern unterzeichnet. Die Vertreter der maximalistischen Regierung haben das deutsche Ultimatum bedingungslos angenommen. Gleichzeitig wird von russischer Seite als Protest in die Welt hinaustelegraphiert, daß die russische Delegation, «da sich die deutsche Regierung weigerte, die militärischen Aktionen während der Verhandlungen über die Vertragsbedingungen, die zu einem durch die Gewalt gestützten Ultimatum wurden, einzustellen, die diktierten Vorschläge, ohne Diskussion, unterzeichnet haben». Also ein diktierter Friede mit Landabtrennungen unter dem Druck der Gewalt und unter Protest der Vergewaltigten. Das ist der Friede, den wir Pazifisten nicht meinten, der Friede, der keiner ist, der nur als Waffenstillstand gefristet werden wird mit stets neuer Bedrohung, Feindschaft und Verblutung an Rüstungen. Die Abspannung, die diesem Krieg folgen muß, und die es verhindern wird, daß sich die Völker bald wieder von Verruchten zum wahnsinnigen Zerfleischen treiben lassen werden, wird nicht der Friede sein. Sobald die Völker Rußlands sich einigermaßen erholt haben werden, wird es den Machthabern gelingen, sie zur Rache aufzurufen. Bleiben die Revolutionäre an der Macht, dann werden sie es als ihre Lebensbedingung ansehen, sich gegen das reaktionäre Deutschland zu wenden. Kommt es zum Sieg einer Gegenrevolution, dann wird es die Lebensbedingung der neuen Herrschaft sein, das Volk zur Befreiung der verlornen Länderteile aufzurütteln. Das weiß man in Deutschland, und das wird dort den Ansporn bilden, neu zu rüsten, das mit «dem Blut Errungene» zu

schüßen. Die Völker werden ja mittlerweile vergessen haben, daß man jenes Errungene, das man mit dem Aufwand aller Kräfte wird sichern müssen, dereinst als Sicherung beansprucht hat. Um uns vor künftigen Kriegen zu sichern, forderte man Landangliederungen, und diese Sicherungen werden es sein, die uns dauernd mit Krieg bedrohen und Anstrengungen erforderlich machen werden, um sie zu halten und zu verteidigen. Dieser Wahnsinn entwickelt sich aus der militaristischen Mentalität, die sich anmaßt, Völkergeschichte zu lenken und in Wirklichkeit nichts anderes bewirkt, als dem Militarismus die Existenz zu sichern. Denn nur unter der Aufrechterhaltung einer dauernden Bedrohung bleibt jener Krankheitserscheinung das Dasein gesichert.

Sehr gut hat das jeßt ein ungarischer Schriftsteller dargelegt, der die Angliederung Bessarabiens an Rumänien forderte mit einer Begründung, bei der er übersah, daß sie sich nicht nur auf Rumänien beziehe, sondern Allgemeingültigkeit hat. Es ist der ungarische Universitätsprofessor Michael von Rez, der (laut Basler Nachrichten No. 105) in einem Aufsaß die Bedenken seiner Landsleute gegen jene Angliederung zu zerstreuen sucht. Er folgert: «Rußlands Zerklüftung sei eine vorübergehende Erscheinung und seine Lebensfähigkeit und nationale Einheit werde in einigen Jahren wieder hergestellt sein. Das wiederhergestellte, von nationalem Stolz erfüllte Rußland werde Rumänien diese Eroberung nie verzeihen. Es wird Rumänien in eine Verteidigungsstellung gegen Rußland zwängen und verhindern, daß es sich gegen Österreich-Ungarn wendet und auf einen Angriff gegen Westen sinnt.» Diese Weisheit trifft aber nicht nur auf Rumänien und Rußland zu! Auch in dem Verhältnis zwischen dem neu erwachten Rußland und Deutschland wird sie sich bewahrheiten. Auch Deutschland wird es

von dem neuen Rußland nie verziehen werden, daß es fünfzig Millionen seiner Randvölker abgelöst hat.

So ist denn der Tag von Brest-Litowsk mit seinem billigen Militärerfolg ein Unglückstag für das deutsche Volk. Es wird ein Unglückstag für die Menschheit werden, wenn dieser Akt unbesonnener Vergewaltigung, so wie er triumphierend zustande gebracht wurde, bestehen bleiben soll. Dieser Friede ist wahrhaftig das vollendetste Beispiel für die Umwandlung des akuten Kriegs in einen latenten, den man bisher fälschlich Frieden nannte.

* * *

Alle Zeichen sprechen dafür, daß die alldeutsch-militaristische Agitation im Reich nun auch auf die Haltung Österreich-Ungarns einen starken Einfluß genommen hat, der den vom Grafen Czernin verkündeten Pazifismus als bedroht, wenn nicht gar als überwunden erscheinen läßt. Schon der plötzliche Umschwung bezüglich des Einmarsches in die Ukraine spricht für diese Annahme. Nun hörte man auch, das Ungarn von Rumänien «Grenzsicherungen» wünscht, und eben lese ich in der «Neuen Zürcher Zeitung» (4. März No. 304) eine Wiener Depesche mit der bedenklichen Meldung, daß in Bessarabien «eine starke Volksbewegung für den Anschluß an Österreich entstanden» ist. — Wie merkwürdig, daß solche Volksbewegungen sich immer einstellen, wenn die Annexionisten sie brauchen. — Bezeichnend war auch die Rede, die der christlich-soziale Parteiführer Dr. Pattai am 28. Februar im österreichischen Herrenhaus hielt. Eine Rede, über die Lammasch nachher sagt, daß sie die «Rede eines Anwalts der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie» gewesen sei. Dr. Pattai will den Siegfrieden mit Annexionen. Er fürchtet sich vor

einem Revanchekrieg nicht. Er schloß mit den Worten: «Wir sind die Sieger, und wir verlangen nach der Palme!» Das sind die Ideen einer längst entschwundenen Zeit. Werden sie siegen, werden sie am Leben bleiben, auch dann noch, wenn man den «Siegern» die Rechnung des Sieges präsentieren wird?

Hoffentlich verliert Österreich-Ungarn unter dem Einfluß der alldeutschen Wilden im Reich die Besinnung nicht. Das Volk verhungert und die Hurrapatrioten wollen es mit Quadratkilometern sättigen!

In der selben Sitzung des Herrenhauses eine mutige Rede von Lammasch, der sich gegen Pattai wandte, vor dem «Siegfrieden» warnte, für den die Nationen nicht ihr Herzblut gegeben haben. Prophetisch wies er darauf hin, daß der Krieg noch jahrelang dauern würde, wenn man das Anerbieten Amerikas nicht annehme. Lammasch forderte auch eine Autonomie Elsaß-Lothringens, weil sie uns den Frieden bringen würde. Dies erklärten Fürst Schönburg und Freiherr von Plener als eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. Schöne «innere Angelegenheit», die Österreich-Ungarn zwei Millionen Menschen kostet! Alte Floskeln einer überwundenen Zeit, die die politischen Dornröschen des Herrenhauses verschlafen haben.

Bern, 5. März.

Ich habe nun die Artikel des deutsch-russischen Friedensvertrags gelesen. Ist jemals schon so ein erniedrigender Friede geschlossen worden? Kann dieser Vertrag jemals einen wirklichen Frieden schaffen? Glauben die Fabrikanten dieses Instruments wirklich, daß ein 120-Millionenvolk sich wie ein zentralafrikanischer Negerstamm behandeln lassen wird?

Dieser Friede ist so weit entfernt von allen pazifisti-

schen Hoffnungen, so im direkten Widerspruch stehend mit den von Wilson verkündeten Grundsätzen, daß das Werk der Weltorganisation, das wir aus diesem Höllenkampf schon hervorgehen sahen, vernichtet erscheint. Vernichtet aber auch die Hoffnung jetzt, ehe es zum verstärkten Mord kommt, mit den Westvölkern zum Frieden zu gelangen. Der Friede von Brest-Litowsk steht da als ein Joch, durch das die Westmächte durchgehen müßten, wollten sie j e t z t mit Deutschland Frieden schließen.

Nein, das ist kein den wahren Frieden bringender Verständigungsfriede, das ist der Schwertfriede, der Haß und Rachedurst auslöst, der zum Rüsten verdammt und Krieg zeugen muß.

«Das deutsche Schwert», so telegraphiert Kaiser Wilhelm dem Grafen Hertling, «hat . . . den Frieden gebracht.» Es hat auch den Vertrag verfaßt. Der Friede, den das Schwert gebracht, wird die Schwerter der andern nicht zur Ruhe bringen.

Bern, 6. März.

Minister Pichon hat bei der letzten Feier in der Sorbonne eine Depesche veröffentlicht, die Reichskanzler Bethmann Hollweg am 31. Juli 1914 an den deutschen Gesandten von Schön in Paris gesandt hat. Darin wurde der Gesandte beauftragt, für den Fall, daß Frankreich sich einverstanden erklären sollte, in dem Krieg Deutschlands mit Rußland neutral zu bleiben, d i e B e s e t z u n g v o n T o u l u n d V e r d u n d u r c h d e u t s c h e T r u p p e n z u f o r d e r n.

Das also war die Höhe staatsmännischer Weisheit in den für die Menschheit so kritischen Tagen des Juli und August 1914! Man glaubte also einer Großmacht, einem so stolzen Volk wie dem französischen zumuten zu dürfen, zwei seiner wichtigsten Festungen zu besetzen und es unter die Bewachung der deutschen Armee zu

stellen. Das wäre eine Provokation gewesen, nichts anderes als die — im militärischen Sinn — «Rettung» des Kriegs für den Fall, daß Frankreich doch hätte zurückweichen wollen. Die Instruktion beweist, wie sehr der Reichskanzler am 31. Juli 1914 bereits ein Werkzeug in den Händen der Militärs war, denn jene Forderung ist nicht die eines Staatsmannes, sondern die eines Soldaten, der unter allen Umständen dreinhauen will. Frankreich konnte durch eine solche Forderung nicht vom Krieg abgehalten, sondern mußte in ihn mit Gewalt hineingetrieben werden.

Das war also die Staatsmannskunst von damals! Ich hatte sie mir allerdings anders vorgestellt in jenen Tagen.

Am 7. August 1914 schrieb ich in dieses Tagebuch: «Vielleicht könnte ein großer Staatsmann noch alles retten. Deutschland soll, um den Preis eines Bündnisses mit Frankreich und England, Elsaß-Lothringen zu einem neutralen Staat machen.» Viel Blut hätte erspart werden können, wenn es so gekommen wäre. Aber das hätten die Generale nicht erlaubt.

* * *

Wieder ist ein «Hilferuf» ertönt. Diesmal kam er aus Finnland. Und bereitwillig schickt die deutsche Regierung Truppen in das Land der tausend Seen, läßt sie die Aalandinseln besetzen, dieses alte Streitobjekt zwischen Rußland und Schweden, die, vor den Toren Stockholms gelegen, die schwedische Hauptstadt bedrohen. Die Verstimmung in Schweden ist groß. Aber was kümmert das die Militärs? Sie folgen «Hilferufen». Es wird nötig sein, völkerrechtlich festzustellen, wer in einem Land berechtigt ist, die Armee eines andern Landes «zur Hilfe» zu rufen, und in welchen Fällen dem «Hilferuf» Folge geleistet werden darf. Jetzt wird es jeder Regierung leicht,

in irgendeinem Land ein paar Leute zu finden, die die Aufforderung um Hilfe ergehen lassen, wenn man aus irgendeinem Grund in ein Land einmarschieren will.

Bern, 7. März.

Über den Wert des Friedens mit Großrußland scheint man sich selbst in Deutschland keine großen Illusionen zu machen. Der vom Wiener Korrespondenzbureau geschilderte Vorgang der Verhandlungen läßt erkennen, wie die Russen den Vertrag auffassen. Danach erklärte der Vorsitzende der russischen Delegation,

> «daß das deutsche Ultimatum die russische Republik im Stadium der Demobilisierung getroffen habe, weshalb sie gezwungen war, dieses anzunehmen und den ihr nunmehr vorgelegten Friedensvertrag zu unterzeichnen. Dieser Friede sei kein Verständigungsfriede . . . Das durch den Bruch des Waffenstillstandes vergewaltigte Rußland unterzeichnet den ihm vorgelegten Friedensvertrag, ohne in Verhandlungen hierüber einzutreten.»

Was für Friedenszustand kann aus einem unter solchen Umständen zustandegekommenen Vertrag erblühen? Wie man in den heute maßgebenden alldeutschen Kreisen in Berlin die Sache einschäßt, geht aus einem Telegramm des Berliner Pfeil-Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung» (6. März) hervor. Der berichtet:

> «Auf kritische Zweifel an der Dauer des russischen Friedens wird hier erwidert: Zunächst habe Rußland kein Kriegsmaterial mehr (abgesehen von inneren Schwierigkeiten), um in absehbarer Zeit wieder in nennenswerter Weise kämpfen zu können, und für den wirtschaftlichen Austausch genügt vorläufig die friedenswillige Ukraine. Demgegenüber könne das übrige als spätere Sorge verbleiben.»

Dieser Satz spiegelt das militärische Denken in Reinkultur. Das Übrige ist s p ä t e r e Sorge! Die Dauer des Friedens ist begrenzt durch die Beschaffung von Kriegsmaterial. So sieht also der Dauerfriede der heutigen Leiter der deutschen Politik aus! Ein Friede, dauernd bis zur Wiederherstellung der russischen Rüstung. Also ein Friede mit Vorbeugung durch eigne Rüstung, durch Übertrumpfen der neuen Versuche Rußlands, zu einer neuen Rüstung zu gelangen. Kurz: der alte R ü s t e - und F r i s t e f r i e d e n, verstärkt und zum Wahnsinn potenziert durch die Erfahrungen dieses Kriegs und durch die Gewöhnung an die Milliardenverschwendung. Ein Waffenstillstand also mit Ablehnung jeder «spätern Sorge». S o s i e h t d e r d e u t s c h e V e r s t ä n d i g u n g s f r i e d e a u s ! Und auf diesem Weg schreitet man lustig weiter.

Auch Rumänien bekommt nun die Grundsätze deutscher Verständigungspolitik zu fühlen. Bulgarien, das so schön in seiner Antwort auf die Papstnote das Lied vom annexionslosen Frieden gesäuselt hat, nimmt die Dobrudscha, und Österreich-Ungarn verlangt «Grenzkorrekturen». Natürlich besteht der Einwand zu Recht, daß man mit Rumänien kein Mitleid zu haben braucht. Als Sieger hätte es Siebenbürgen und die Bukowina gewollt. Als Sieger hat es 1913 den wehrlosen Bulgaren die südliche Dobrudscha abgelistet. So ist die jetzige Niederlage und Demütigung nur Wiedervergeltung. Das aber ist eben das Wesen des Kriegs, daß Verbrechen begangen werden, die nach Rache schreien, und daß die Ergebnisse des Schwertes vom Zufall abhängen. Man hat auf deutscher Seite gut triumphieren, daß das Schwert, das d e u t s c h e Schwert, die Erfolge im Osten zuwege gebracht hat. Es ist das doch ein unzuverlässiges Instrument, wenn man bedenkt, daß auch die russischen Machthaber sich auf die Gewalt

ihres Schwertes verlassen haben. **Das Schwert bringt nicht nur Siege, sondern auch den Zusammenbruch.** Und derjenige ist nichts weiter als ein leichtfertiger Lotteriespieler, der das Geschick eines Volkes dem Schwert anvertraut. Wer sich vom Erfolg nicht blenden läßt und auch die Schrecken der Niederlage ins Auge zu fassen vermag, der wird sich lossagen müssen vom reinen Schwertkultus und für die Herstellung einer auf Recht beruhenden Weltordnung eintreten.

Die Schadenfreude gegenüber Rumänien, so berechtigt sie auch erscheinen mag, ist doch nichts weiter als eine gefährliche Verschleierung der Tatsachen, daß hier Gewalt geübt wird, die die Gewaltanwendung verewigt, daß sie Rachegefühle und schließlich wieder Krieg bringen muß. So sehr Rumänien sein Schicksal verdient hat, Europa, das endlich Ruhe haben will und Erlösung aus dem blutigen Fiebertraum des Militarismus, hätte ein besseres verdient.

Bern, 12. März.

Eine Periode unerhörter Spannung und unerhörten Drucks lagert über der Welt. Der Wunsch, zu einem Ende zu kommen, brennt in den Herzen aller, die nicht gerade Nutznießer des Kriegs sind, und doch sagt der Verstand, daß seit den deutschen Friedensschlüssen im Osten der Weg zum Frieden noch mehr verrammelt ist als vorher. Wie soll die neue, auf Vernunft begründete Weltordnung entstehen, wenn nach dem Osten hin ein Frieden der Gewalt errichtet wurde, der auf Jahrzehnte hinaus Unruhe, Rachewünsche und Rüstungen bedingen muß. Nach der Ukraine nun der «Friede» mit Großrußland, der Vorfriede mit Rumänien, der «Friede» mit Finnland, der die Souveränität dieses neuen Staatengebildes zugunsten Deutschlands beschneidet. Dabei haben die militärischen

Aktionen noch gar nicht aufgehört. Die Deutschen haben die Aalandsinseln besetzt und operieren in Finnland, sie stehen vor Odessa und werden dort in den nächsten Tagen ihren Einzug halten. Die Unruhe wächst ins Riesenhafte gerade seit jenem Friedensschluß, wo man doch gehofft hat, daß ein Friede den gepreßten Seelen endlich Luft und Ruhe gewähren werde. Über die gefürchtete Aktion im Westen schwebt noch immer das große Fragezeichen. Man weiß nicht, wieso man deutscherseits noch zögert mit jener Offensive, die man bereits zu Anfang Januar erwartet hat, und Stimmen werden laut, nach denen der Vorstoß zuerst in Italien zu erwarten sei, während andere Ägypten als das nächste Ziel des deutschen Kampfplanes bezeichnen. Daß es mittlerweile zum Frieden kommen könne, will jetzt niemandem mehr in den Sinn. Staatsmänner der Entente haben nicht aufgehört, zur unentwegten Fortsetzung des Kriegs zu drängen. Clémenceau stößt heftiger als je in das Sturmhorn:

> «Ich führe Krieg! Überall gilt die nämliche Formel: in der innern Politik führe ich Krieg, in der auswärtigen führe ich Krieg, ich führe Krieg! Rußland hat Verrat an uns begangen. Ich setze den Krieg fort! Rumänien mußte kapitulieren. Ich führe den Krieg weiter und werde ihn fortsetzen bis zur letzten Stunde, denn diese wird unser sein!»

Ebenso ruft Lord Cecil seine Warnung vor Deutschland in die Welt, das sich, seiner Ansicht nach, anschickt, die Welt zu erobern, von Rußland aus den fernen Osten bedroht und Sibirien germanisieren will.

Welche Hoffnungen nach einer Beendigung dieses Kriegs bieten sich nach alledem dar, und welche Hoffnungen auf die Errichtung eines wirklichen Friedens? Vielleicht wird Wilson einen Ausweg finden? Vielleicht?

Die Hartnäckigkeit des Endkampfes zeichnet sich schon

ab in verstärkter Fliegertätigkeit. In zwei hintereinanderfolgenden Nächten bombardierten deutsche Fliegergeschwader Paris, die Deutschen, die neulich erst Venedig stark mit Bomben bewarfen, erschienen gestern über dem so fern im Süden liegenden Neapel. Von der Ententeseite wurden gestern württembergische Städte und Mainz durch Flieger heimgesucht. Jeder dieser zwecklosen, verbitternden und grausamen Raids stellt sich als eine Repressalie, als eine Wiedervergeltung, als ein «Strafakt» dar. Der ganze Fliegerkrieg lebt nur von Wiedervergeltungen und Strafhandlungen. Er wäre gar nicht möglich, wenn sich nicht jede Partei eine Art höhere Mission suggerieren wollte, eine Befugnis, die eigne wahnsinnige Handlung als vernünftig, die gleiche Handlung des andern als unzweifelhaft verbrecherisch anzusehen und dabei verlangend, daß auch die andern diese etwas ramponierte Logik als tadellos in Kauf nehmen. Am schrecklichsten mutet einem dabei das Gesalbader an, daß jetzt durch das Wolff-Bureau dem Bombenschmeißen auf Paris nachgeschleudert wird. Die Strafandrohung nach dem Fliegerraid über Paris, die ich am 9. Februar hier festhielt, hat ihre Wirkung nicht getan. Denn der Raid am 11. März wird wieder als eine «Vergeltung» verkündet. Das Dokument (Wolff-Depesche vom 11. März) muß hier abermals festgehalten werden.

> «Unbelehrt durch unsern Strafangriff auf Paris in der Nacht vom 30. Januar und durch unsre erneuten Warnungen, haben die Gegner während der vergangenen Wochen wiederum friedliche deutsche Städte weit hinter der Kampfzone mit Bomben heimgesucht. Die angedrohte Strafe ist abermals vollstreckt worden. Paris war wiederum das Ziel unsres Vergeltungsangriffs. Dem verbrecherischen, verblendeten Verhalten unsrer Gegner entsprechend, wurde der Angriff mit noch

größerer Stärke und Wucht geführt als der erste. Paris wurde mit insgesamt 23 706 Kilo Bomben belegt.»

Wahrhaftig, dieses Bombenschmeißen auf wehrlose Menschen ist für jeden Kulturmenschen, dessen Seele in dem Blutmeer dieses Kriegs noch nicht ersoffen ist, traurig genug. Aber nicht minder traurig ist diese fettige Pose des gekränkten Rechtes, dieser schnoddrig-korrekte Ton der züchtigenden Zurechtweisung mit dem Bestreben, das Verbrechergewand durch ein weiß getünchtes Unschuldskleid zu verdecken. Die Worte «unbelehrt», «Strafangriff», «vollstreckt» zerreißen das Ohr, und der feine Unterschied, wonach der Gegner mit seinen Bomben die deutschen Städte «heimsucht», wir Paris aber «belegen», läßt die Galle hüpfen.

23 700 Kilo auf eine Riesenstadt! Aber wir «strafen» bloß, wir suchen nicht «heim», unser Verhalten ist gerecht, nicht «verbrecherisch-verblendet». Morgen kommen aber die Bestraften über deutsches Hinterland und streuen Tausende von Kilogramm auf deutsche harmlose Bürger und fühlen sich dabei auch gerecht und in der Pose des höheren Strafenden. Pfui über diese grausam naive Logik militaristischen Denkens! Nirgends so wie in diesem Fliegerunwesen, das für den Ausgang des Kriegs nicht die geringste Bedeutung hat, zeigt sich der Militarismus so in seinem wahren Gesicht, in seinen grenzenlos gierigen sadistischen Neigungen, in seiner Kulturwidrigkeit, in seiner menschenunwürdigsten Gestaltung.

Man begreife nur das Unlogische dieser sogenannten Logik. Was ist der Sinn dieser Strafgebärde? Sie sagt doch: Wenn du mir Mannheim oder Pirmasens beschmeißt, beschmeiße ich Paris. Das heißt doch wiederum nichts anderes als daß, wenn du mir Mannheim oder Pirmasens nicht mehr beschmeißt, so beschmeiß ich dir nicht mehr Paris. Es wird also im Effekt nichts andres

gesagt, als daß man den Fliegerkrieg aufzugeben bereit ist. Denn wenn der Gegner die Strafandrohung beachtet, kann man ihn doch nicht mehr strafen. Aber das sieht nur so aus, als ob man diesen Effekt erstreben würde. In Wirklichkeit wollen die Militärs gar nicht den Fliegerkrieg beseitigen, sie wollen sich nur eine Rechtslegitimation für ihre Vernichtungshandlungen konstruieren, die ihnen ja selbst so fürchterlich erscheint, daß sie gar nicht wagen, sie ohne diesen erkünstelten Rechtsschein anzuwenden. Sie wissen ganz genau, daß der ebenfalls vom militaristischen Geist besessene Gegner auf einen in Form einer Strafandrohung vorgebrachten Vorschlag zur Beseitigung des Fliegerverbrechens gar nicht eingehen kann. Sie wissen, daß der Fetisch des Prestiges, des militaristischen Ehrgeizes, die Furcht, den Verdacht der Feigheit zu erwecken, die Gefahr der Einstellung des Bombenschmeißens auf wehrlose Menschen gar nicht aufkommen lassen wird. Und das wollen sie ja. So tun, als ob ihnen das Wohl der Menschheit am Herzen liegt, wollen sie nur aber in einer Form, die ihnen nicht etwa ein Hemmnis im Ausleben ihrer sadistischen Neigungen bereitet, das ist ihre Absicht. Wäre das nicht ihre Absicht, wollten sie es nicht, dann gäbe es ja nichts Einfacheres, als statt der Form einer zur trotzigen Tat direkt aneifernden Strafandrohung das wechselseitige Einverständnis der Luftkriegausschaltung durch Vertrag anzuregen. Wenn ich bereit bin, Paris nicht mehr zu beschmeißen, sobald der Gegner Pirmasens nicht mehr beschmeißt, dann gibt es ja nichts Einfacheres, als dies durch einen Vertrag festzulegen. Dann muß man, statt zu drohen und zu «vollstrecken», durch Neutrale den Vorschlag zu einem Übereinkommen machen lassen. Dann hat man die Sicherheit, daß Mannheim und Pirmasens für alle Zeiten von diesen schändlichen Attentaten verschont bleiben. Das ist der gerade, der ver-

nünftige Weg. Aber den zu beschreiten, hat man eben keine Lust. Man will sich grausam ausleben können.

Bern, 16. März.

Alle Hoffnungen auf ein Zeitalter der Vernunft, das nach diesem Krieg anbrechen werde, sind verflogen. Ich kenne keinen, der noch zu hoffen wagt. Allenthalben entsteht der Glaube an das Wunder, das sich ereignen müßte, um eine künftige Weltordnung zu erringen. Wird es eintreffen? — Wie sich die Dinge jetzt entwickeln, mit diesem Triumpf der Alldeutschen und der Militärdenker, mit diesem Frieden der Unverständigen im Osten glaube ich nicht mehr an ein Ende des Kriegs im Rahmen des Lebens der heute in der Reife stehenden Generation. Die napoleonischen Kriege haben 25 Jahre gedauert, die große Weltgährung, in die uns die Narren und Verbrecher hineingebracht haben, kann ebenso lang, kann länger, kann noch ein halbes Jahrhundert dauern. Der Säbelfrieden im Osten stürzt alle Grundlagen für den Sicherheitsfrieden um. Er wird erst beseitigt werden müssen, und das kann lange währen. Mittlerweile setzt sich Deutschland in den Randstaaten fest. Deutsche und österreichische Trupen sind in Odessa eingezogen. In Odessa! Warum? Odessa gehört zur Ukraine, mit der wir in Frieden leben. Aber man liest, daß tausend deutsche Offiziere in Kiew angekommen sein sollen und eine ganze Armee von Bahnbeamten, Polizisten und sonstigen Beamten. Der sagenhafte Staat wird organisiert, wird zur preußisch-deutschen Domäne hergerichtet. Die Ritterschaft aus den baltischen Provinzen macht sich auf, um den neuen Herren zu huldigen, und um Anschluß an das Reich zu bitten. Und bis hinauf zu den Eismeerküsten Finnlands erstreckt sich das deutsche Operationsgebiet.

Das sind Ereignisse, die mit den Huldigungen der deut-

schen Regierung für einen annexionslosen und auf Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhenden Frieden schwer in Einklang zu bringen sind. Aber den Juristen wird es nicht schwer werden, eine Übereinstimmung zu kombinieren, namentlich mit dem ehrlichen Michaeliswort: «Wie ich es auffasse.» Es ist kaum möglich, auszudenken, daß der Krieg mit diesem Schwerttriumph endige. Er wird also noch lange fortgehen, noch mehr Blut kosten, noch mehr Vergangenheit und Zukunft vernichten, noch mehr Elend erzeugen und verewigen.

Aber die Militärs sind zufrieden, Hindenburg und Ludendorff haben sich bei ihrem jüngsten Aufenthalt in Berlin über die Lage geäußert. Hindenburg sagte:

> «Man wirft uns vor, daß wir im Osten als Gewaltmenschen aufgetreten sind. Aber der Krieg ist keine weiche Sache.»

Gewiß nicht! Aber wieso schmäht man dann die Gewalt der andern, warum sieht man nicht ein, daß auch sie den Krieg nicht mit Glacéhandschuhen führen können. Nur irrt der Marschall. Das Auftreten im Osten galt nicht dem Krieg, sondern dem Friedensschluß. Da hätte man anders auftreten müssen, wenn man einen wirklichen Frieden gewollt hätte. Nun schuf man sich «Grenzsicherungen» durch Wegnahme von Ländern eines andern Staates mit überwiegend fremdländischer Bevölkerung, die man ehrlich nie befragen will. Was für prekäre Sicherungen sind das! So schützt man ein Haus mit Benzinbehältern vor Feuersgefahr. Und Ludendorff kündigte an, daß j e t z t an dem Angriff in Westen gedacht werden kann. Wir andern denken fortwährend daran, wie er vermieden werden könnte. Aber wie kann diese Millionenschlacht vermieden werden, wenn im Osten der Säbel triumphiert?

Hindenburgs Wort, daß der Krieg keine weiche Sache ist, bedenken die Schreiber nicht, die sich jetzt in Deutsch-

land über das seitens der Entente an Holland gerichtete Ultimatum wegen Herausgabe der gesamten Handelsflotte entrüsten. Dieses Ultimatum ist ein ungeheurer Gewaltakt, ein unerhörter und verwerflicher. Doch wer Butter am Kopf hat, soll nicht in die Sonne gehen. In einem Krieg, der mit den Worten «Not kennt kein Gebot» begann, der den Niederbruch des garantierten Belgiens gebracht hat, der Luftkrieg und Unterseebootkrieg zeitigte und der uns das Friedensultimatum von Brest-Litowsk (binnen 48 Stunden — drei Tagen — zwei Wochen) erleben ließ, erfüllt uns der Gewaltakt gegen Holland mit Entsetzen, er überrascht uns aber nicht und erscheint uns kaum geeignet zu sittlichen Protesten, die uns nur der Lächerlichkeit preisgeben. Es sind nicht alle Menschen so zu Scherzen aufgelegt wie das amtliche Wiener Korrespondenzbureau, das unterm 15. März Folgendes in die Welt hinaustelegraphiert:

> «Die Blätter (Wiens) drücken die tiefste Empörung über das Ultimatum der Entente an Holland aus. Die Macht des Stärkeren sei wohl niemals mit gleicher Roheit zum Ausdruck gekommen.»

Der Weise schweigt, aber er möchte brüllen vor Weh!

Bern, 19. März.

Und Graf Hertling hat sich in seiner gestern im Reichstag gehaltenen Rede ausgesprochen über jene Heuchelei, die darin bestünde, von einer selbstlosen Politik zu sprechen, «da man die drückende Hand auf ein neutrales Land zu legen im Begriff ist». Die Forderung nach dem Schiffsraum Hollands, die immer noch milder ist als die Torpedierung holländischer Schiffe, nennt der Reichskanzler die «drückende Hand, auf ein neutrales Land» gelegt. Wie muß da erst die Hand be-

zeichnet werden, die seit dreieinhalb Jahren auf Belgien ruht?

Die Rede Hertlings ist noch in manch andrer Beziehung bemerkenswert.

Der Sowjetkongreß, der am 15. März in Moskau zusammengetreten war, sanktionierte den Friedensvertrag von Brest-Litowsk, nannte ihn aber einen «entehrenden» und «erzwungenen» Frieden, womit der Charakter jenes Friedensschlusses als Säbelfriede so richtig in die Erscheinung tritt. Es sollen nur 450 Mitglieder für die Ratifizierung gestimmt haben, während sich über 900 der Stimme enthielten. Also wie einst in Bordeaux ein Frieden unter Protest. Das Elsaß-Lothringen des Ostens ist geboren. Graf Hertling aber erklärt, daß der Brest-Litowsksche Friede für Rußland keine «entehrenden Bestimmungen» enthält, vor allem aber keine «gewaltsame Aneignung russischen Gebiets». Er fügte hinzu:

> «Wenn eine Reihe von Randstaaten aus dem russischen Staatenverband ausscheidet, so entspricht dies dem eignen, von Rußland anerkannten Willen dieser Länder.»

Es ist möglich, daß sich der Reichskanzler, wie viele Deutsche, in diese Idee hineingelebt hat, daß es sich bei jenen Staaten wirklich nicht um gewaltsame Annexionen handelt. An der Tatsache, daß hier gewaltsam annektiert wurde, ist nicht zu rütteln. Es berührt so eigentümlich, hier vom «eignen Willen» jener Länder sprechen zu hören, wo doch die ersten Verhandlungen in Brest-Litowsk gerade daran gescheitert waren, daß Deutschland sich weigerte, den wirklichen Willen der Bevölkerung zu ergründen und den Willen einer kleinen, priviligierten Klasse als den maßgebenden angesehen wissen wollte. Alle Verschleierung nüßt nichts. Deutschland hat die Notlage Rußlands weidlich ausgenüßt und hat in einem Umfang Landesteile gewaltsam losgerissen und seiner

Einflußsphäre unterstellt, wie dies in Europa noch nie vorgekommen ist. Ein Friede, wie er gebrechlicher nicht vorgestellt werden kann, ein Friede, der höchstens als eine Karrikatur auf den wahren Begriff des Friedens gelten kann, ist da zustandegekommen und schreit gefräßig nach weiterem Blut, nach weiteren Opfern.

Im übrigen ist die Rede Hertlings eine Ansage des Fortgangs des Kriegs im Westen. Die Hoffnung auf Verhandlungen ist aufgegeben. «Es muß jeder Versuch einer ruhigen Aussprache und jede sachliche Erwägung scheitern.» Er schloß seine Rede mit der Erklärung: «Wir sind auf alles gefaßt und sind bereit, weiter schwere Opfer zu bringen.» Ein «Bravo!» begleitete diese Ankündigung des Todes von Hunderttausenden. Wie schnell ist man bereit, Opfer zu bringen, die darin bestehen, daß andre sich opfern, und wie schnell ist man sogar bereit, ein «Bravo!» dazu zu rufen! Und man ist um so eher zu solchen Opfern bereit, wenn man, wie Graf Hertling dies tut, mit einer leichten Gebärde behauptet:

> «Die Verantwortung aber für das Blutvergießen wird auf die Häupter aller derer fallen, die die Fortsetzung des Blutvergießens wollen.»

Womit natürlich als selbstverständlich angenommen wird, daß die andern das Blutvergießen aus Lust am Morden wünschen und der Gedanke nicht aufkeimt, daß der Krieg, wenn er einmal entfacht ist, nicht für jeden gleichmäßig das Ziel als erreicht gelten läßt, daß der Wille zur Fortsetzung des Blutvergießens bei dem einen nur eine Phase des gesamten Kriegswahns ist, die demjenigen gerade als wahnsinnig und verbrecherisch erscheint, der seinerseits in der «Fortsetzung» des Blutvergießens in einem früheren Stadium, seine Rechnung bereits gefunden zu haben glaubt und sich saturiert fühlt. Das Charakteristische des Kriegs ist seine schwere Beendigung. Der Vorwurf der Schuld an einer «Fortsetzung

des Blutvergießens» ist töricht. An der Fortsetzung ist allein auch nur der schuld, der mit dem Blutvergießen begonnen hat, der Urheber des Kriegs.

* * *

Zur Frage Toul-Verdun hat kürzlich Bethmann Hollweg selbst in den «Münchener Neuesten Nachrichten» das Wort ergriffen. Er holt etwas weit aus, begründet aber die Notwendigkeit jener Forderung in folgender Weise:

> «Hätte Frankreich unter dem Schutz einer scheinbaren anfänglichen Neutralität seine Vorbereitungen bis aufs letzte beendet, um dann in einem ihm günstigen Augenblick, wo wir im Osten tief engagiert gewesen wären, über uns herzufallen, nun — ich brauche nicht auszuführen, in welch verzweifelte Lage wir geraten wären. Nur eine mit sichern Garantien umgebene Neutralität konnte uns davor schützen. Eine solche Garantie aber war wiederum nach dem Urteil der zuständigen militärischen Instanzen nur gegeben, wenn in den Gürtel der uns vorgelagerten französischen Festungen und Sperrforts ein Loch gesprengt wurde. Am Vaterland hätte ich mich in seiner höchsten Not versündigt, wenn ich über dieses militärische Urteil hinweggegangen wäre . . .»

Dieser Ausspruch ist sehr lehrreich. Er beweist uns zweierlei:

Erstens wie geringen Wert die sogenannten militärischen Sicherungen haben. Elsaß-Lothringen, das nur annektiert wurde, um einen französischen Angriff zu erschweren, hatte im entscheidenden Augenblick gar keinen Wert. Selbst nicht einmal als Sicherung für eine Neutralitätserklärung Frankreichs. Hierzu erachteten die militärischen Instanzen nunmehr Toul und Verdun für unbedingt nötig. Die Sicherungen werden also immer wei-

ter draußen gesucht. Sie sind die blaue Blume des Militarismus, ein romantisches Gebilde ohne Wirklichkeitsgehalt.

Zweitens beweist uns Bethmann Hollwegs Ausspruch, daß der leitende Staatsmann zu jener kritischen Zeit, wie er nun selbst zugibt, nicht als Staatsmann, sondern als Werkzeug der Militärs gehandelt hat, über deren Urteil er nicht hinwegzugehen wagte. Er hätte aber dem Vaterland mehr genützt, wenn er den militärischen Instanzen entgegengetreten wäre und ihnen offen erklärt hätte, daß ihre Forderung politisch undurchführbar sei. Man könne, so hätte er klarlegen müssen, von einer Großmacht eine derartige Demütigung nicht verlangen.

Aber Bethmann Hollweg widerspricht sich. In seinen Äußerungen ist auch eine Mitteilung enthalten, die deutlich erkennen läßt, daß er auch ohne Rücksicht auf das militärische Urteil zu handeln bereit war. Er sagt:

> «Aber ich möchte die französischen Staatsmänner, die von dieser Instruktion jetzt so viel Aufhebens machen, daran erinnern, daß Deutschland in den darauffolgenden Tagen noch eine andre Form der Neutralitätsgarantie vorgeschlagen hat, eine Form, die längst durch offizielle Publikationen bekannt gemacht ist, und die sich nicht auf eine gar nicht ausgeführte Instruktion bezieht. Als sich uns die leider auf einem Mißverständnis beruhende Aussicht eröffnete, daß der Krieg durch Dazwischentreten Englands auf den Osten lokalisiert werden könne, haben wir ausdrücklich erklärt, daß uns eine von Frankreich erklärte Neutralität völlige Gewähr biete, falls sie von England garantiert werde.»

Also plötzlich wird das Urteil militärischer Instanzen umgestoßen, ist die Notwendigkeit, ein Loch in den französischen Festungsgürtel zu brechen, nicht mehr

vorhanden? Plötzlich hält es Bethmann Hollweg nicht mehr für eine Versündigung am Vaterland, sich über das militärische Urteil hinwegzusetzen, hält er die Gefahr, die aus einem sich neutral erklärenden Frankreich drohte, nicht mehr für gegeben, wenn das von Deutschland aus nicht faßbare England die Garantie übernimmt? Man muß zugeben, daß diese beiden Erklärungen sich widersprechen und der Verdacht aufkeimt, daß in den kritischen Tagen des Juli 1914 die sichere Führung der Politik zu wünschen übrig ließ.

Alle diese Maßnahmen waren schließlich nur darauf berechnet, den Krieg bequemer führen zu können, und unerfindlich ist es, wie Bethmann Hollweg als Fazit seiner Erklärungen die alte Tonleiter wieder vorbringen konnte in dem Satz:

> «daß wir vielmehr bis zum letzten Augenblick zu allem bereit waren, was diese Weltkatastrophe abwenden konnte.»

Hätte sie denn selbst die garantierte Neutralität Frankreichs noch abhalten können? Die Möglichkeiten der Kriegsvermeidung lagen vor dem 31. Juli 1914. Daß es überdies die Reichsregierung für angebracht hielt, einer Großmacht zuzumuten, ihre Bundespflicht nicht zu erfüllen, wo Deutschland doch selbst unter dem Hinweis auf seine Bundespflicht in den Krieg trat, ist ein andres Kapitel, das ich hier nur andeuten will zur Kennzeichnung des Friedensgeistes jener traurigen Tage.

Bern, 20. März.

Die Entente hat bei Abschluß einer ihrer gemeinsamen Konferenzen in London eine Protesterklärung gegen den Frieden von Brest-Litowsk erlassen. Nach einer eingehenden Kritik der Ergebnisse jener Friedensschlüsse schließt der Protest mit folgenden Worten:

«Diese Art Frieden kennen wir nicht, wir dürfen sie nicht kennen. Denn unser Wille ist, durch heldenmütiges Ausharren aufzuräumen mit der Raubpolitik und an ihrer Stelle die Herrschaft eines auf geordneten Rechtsverhältnissen beruhenden, dauernden Friedens zu setzen. In der Tat, mit der weitern Entwicklung dieses Kriegs zeigt sich immer offenkundiger, daß überall die Freiheit sich regt und daß, ohne künftige Befreiungen zu nennen (?), nur auf jenes allgemeine, größte Ziel zu verweisen ist, das sich bezeichnen läßt mit dem einem Wort: Recht.»

Das sind Worte, die den deutschen Kanonen und Divisionen entgegengesetzt werden. Worte! Viele werden behaupten, daß diese Aufrichtung des Rechtsgedankens nur Heuchelei sei. Im Falle des Siegs hätte die Entente auch geraubt. Ich bezweifle es nicht. Aber mir ist die Heuchelei des Rechts immer noch lieber als die Heuchelei der Gewalt, und ich weiß, daß selbst das Heucheln den Rechtsgedanken nicht erniedrigt, dem Rechtsprinzip nichts von seiner Bedeutung rauben kann.

Locarno, 22. März.

Der Krieg dauert eben zu lang. Nicht nur für das leibliche Wohl der Menschheit, nicht nur für die so mühevoll errungene Organisation der Technik, der Industrie, des Welthandels; auch für die diskretionäre Beschränkung der Wahrheit. Viele haben es über sich gebracht, zu schweigen, als sie die Vorgänge erkannt hatten, die zum Krieg führten, um im Frieden, den sie eben nahe wähnten, darüber zu reden. Manche redeten, aber nur im intimen, gleichgesinnten Kreis, sie schrieben auch für Freunde oder für die Schar der Verantwortlichen nur und zu deren Orientierung. Es waren das jene, die es mit ihrer Liebe und Anhänglichkeit zum Volk (was nicht identisch mit dem landläufigen Begriff des «Patriotismus»

ist), mit den geltenden Normen des Wohlverhaltens nicht für vereinbar hielten, zu reden, so lange es, wie die Kriegsanhänger behaupten, dem Feind etwas nützen kann, wenn man redet, namentlich wenn man etwas redet, was geeignet wäre, den Glauben an das offizielle Lügengewebe zu zerstören.

Diese aus gewiß löblichen Motiven auferlegte Zurückhaltung ließ sich für die Dauer nicht durchführen. Es geht mit der Wahrheit wie nach dem Dichter mit der Begeisterung. Wie diese sich nicht einpökeln läßt auf mehrere Jahre, läßt sich jene auf Jahre hinaus nicht vertagen. Sie sickert durch, sie bricht sich Bahn, sie explodiert, wie es Björnson so schön in seinen Bertha von Suttner gewidmeten Versen geschrieben hat:

«Verachtet von den Großen
Den Kleinen Trost und Licht,
Sagt, muß nicht so der Weg sein,
Den sich das Neue bricht?

Verraten just von denen,
Die ihr zur Hut bestellt,
Sagt, kämpft nicht jede Wahrheit
So mit der stumpfen Welt?

Erst raunt sie, ein Geflüster,
In reicher, gold'ner Saat,
Dann durch das Waldesdüster
Braust laut ihr Ruf zur Tat.

Bis wolkenan erdonnernd
Das Meer die Kunde rauscht,
Und alle Stimmen schweigen
Und ihr die Erde lauscht.»

Und so ist auch die Erkenntnis Einzelner über die Schuld am Weltkrieg kein Geheimnis geblieben. Auch in

der durch die Eisengitter der Militärdiktatur schonungsvoll geschützten deutschen Öffentlichkeit nicht. Die klandestine Verbreitung der Ideen arbeitet im Zeitalter der hochentwickelten Technik auch mit andern Mitteln wie einst bei den Vätern. Hat das Kriegswesen so ungeahnte technische Fortschritte gemacht, in der Luft, unter dem Wasser, unter der Erde und natürlich auch a u f dem Boden und a u f der Woge des Weltmeers, der Fortschrittskampf ist technisch auch nicht zurückgeblieben. So drangen Bekenntnisse, die sich Kenner der Verhältnisse niederzulegen für verpflichtet erachteten, aus dem kleinen Kreis der Eingeweihten, für die sie bestimmt waren, in die breite Öffentlichkeit des deutschen Volks. Und da eine dieser Bekenntnisschriften trotz sorgfältiger Vorsicht der Behörden ins Ausland drang, hat sich nun auch der Deutsche Reichstag, wenigstens in seinem Hauptausschuß, damit beschäftigen müssen. Dabei wurde auch eine andre Bekenntnisschrift verhandelt, über die man bisher größtes Stillschweigen beobachtet hat.

Es handelt sich um das Memoire des bis zum Kriegsausbruch in London akkreditiert gewesenen deutschen Botschafters F ü r s t e n L i c h n o w s k y, «Meine Mission in London» betitelt, und um ein Memoire D r. W i l h e l m M u e h l o n s, bis nach Kriegsausbruch Mitglied des Direktoriums von Krupp.

Beide Denkschriften sind wichtige Beiträge zum Beweis der Schuld deutscher Machthaber am Ausbruch des Weltkriegs.

Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky war in Deutschland bereits ziemlich bekannt. So hatte sie z. B. jeder halbwegs im öffentlichen Leben stehende Deutsche, der in den letzten eineinhalb Jahren in die Schweiz kam, gelesen. Man hat demnach auch hier viel davon gehört. Doch war es nicht möglich, sie zu Gesicht zu bekommen. Die Militärzensur wachte streng darüber, daß sie nicht

herauskomme. Verbreitet wurde sie in Deutschland durch eine Indiskretion. Sicherlich gegen den Wunsch ihres Verfassers. Der offizielle Botschafter des Deutschen Reichs am Hof zu St. James sucht darin darzulegen, was neben ihm heute schon viele meinen, daß der Krieg nicht ausgebrochen wäre, wenn Deutschland einen starken Druck auf Österreich-Ungarn ausgeübt, und wenn es den Vorschlag Greys zur Behandlung des Konflikts auf einer Londoner Konferenz angenommen hätte. Deutschland hätte die im Sommer 1914 offenkundig vorhandene Absicht Englands zur Vermeidung des Kriegs ausnützen sollen, dann wäre ein militärisches Eingreifen nicht zu erwarten gewesen. Er tadelt die deutsche Politik vor dem Krieg, die seit dem Berliner Kongreß bis zum Marokkokonflikt Fehler auf Fehler gemacht habe, und er hebt die englische Diplomatie hervor, die es besser verstanden hätte, dem Frieden der Welt zu dienen, was ihn natürlich jetzt als besonders schwerer Sünder erscheinen läßt. Das ist so ziemlich alles, was über den Inhalt der Denkschrift aus den Regierungsäußerungen in der Hauptausschußsitzung vom 16. März hervorgeht. Welchen Wert für die Geschichte der Auslösung des Weltkriegs sie besitzt, würde man erst beurteilen können, wenn man sie im ganzen gelesen haben wird. Sicherlich enthält sie vieles, was man selbst mit der Verbrämung eines offiziellen Dementis nicht öffentlich kund zu machen für nützlich erachtet.

Über die Denkschrift des Dr. W. Muehlon geht aus den Darlegungen der Regierung nicht viel hervor. Es wird nur gesagt, daß Muehlon «angebliche» Äußerungen von «zwei bekannten Herren in hervorragender Stellung» wiedergibt. Der in der deutschen Presse veröffentlichte Bericht stilisiert diese Angabe in folgender zweideutiger Weise:

«Muehlon sei nach dem Brief in der zweiten Hälfte des

Juli 1914 bei zwei bekannten Herren in hervorragender Stellung gewesen.» Gemeint ist, daß Muehlon bei zwei Herren gewesen sei, die sich in hervorragender Stellung befanden. Die Stilisierung läßt aber lesen, daß Muehlon eine hervorragende Stellung bei zwei Herren einnahm, und sie stellt es anscheinend dem Leser frei, einen groben Vertrauensbruch herauszulesen, den jemand begangen, der eine hervorragende Stelle bekleidet hat. In Wirklichkeit war dies ganz anders. Es handelt sich um eine geschäftliche Unterredung, die Muehlon als Kruppdirektor Mitte Juli 1914 mit dem damaligen Staatssekretär von Helfferich hatte, über die er dann seinem Chef, dem Freiherrn Krupp von Bohlen, Mitteilung zu machen sich verpflichtet sah, und über die wichtigen Äußerungen Krupp von Bohlens bei dieser Gelegenheit, aus denen er den Schluß zog, daß es der deutschen Regierung im Juli 1914 «an einem Friedenswillen fehlte». Daß diese Andeutungen den Inhalt der Muehlonschen Denkschrift nicht annähernd wiedergeben, daß sie mit der hier in Anführungszeichen gesetzten Phrase den Schluß, den Muehlon zog, in unerhörter Weise abschwächen, daß die Angaben der Muehlonschen Denkschrift von höchster Wichtigkeit sind und ein grelles Licht auf die Vorgeschichte der kritischen elf Tage werfen, weiß ich, denn ich habe diese Denkschrift gelesen und im August 1917 in diesem Tagebuch festgehalten. Ich werde mein Lebtag die Erschütterung nicht vergessen, die mich nach der Lektüre jener Mitteilungen eines tief Eingeweihten überkam. Wenn ich meine damaligen Tagebucheintragungen nicht gleich veröffentlichte, so geschah es, weil ich zur Diskretion verpflichtet war, und Muehlon, wenn überhaupt, nur eine Veröffentlichung in Deutschland selbst erlauben wollte, was ihm aber bis heute nicht gelang, da nicht eine einzige deutsche Zeitung dazu den Mut oder die Möglichkeit

besaß. Dieser Umstand allein läßt erkennen, das Muehlon, der sich dauernd im neutralen Ausland niedergelassen hat und ein völlig unabhängiger Mann ist, von einer Veröffentlichung seiner Bekenntnisse nichts wissen wollte, läßt erkennen, daß es ihm nicht um Sensationshaschen, um Eitelkeit oder Rachedurst zu tun war, sondern nur darum, durch Erweckung der Wahrheit einen Umschwung in der Mentalität vorerst der Führer des deutschen Volkes zugunsten eines ehrlichen und dauernden Friedens hervorzurufen. So ließ er seine Denkschrift nur den offiziellen Persönlichkeiten der Reichsregierung und den führenden Mehrheitsparteien zugehen.

Dieses diskretionäre Verhalten ist ihm nun von der Regierung schlecht gedankt worden. Ohne der Öffentlichkeit Kenntnis von dem Inhalt seiner Schrift zu geben, ja ohne nur die Namen der beiden Persönlichkeiten zu nennen, deren Äußerungen Muehlon zitiert, hängt sie ihm das Stigma des nervenkranken Mannes an, der «wiederholt mit seinen Nerven zusammengebrochen sei» und «längere Zeit ausschließlich der Erholung hat leben müssen». So glaubt man das recht umfangreiche Wissen, das dieser Mann in hervorragender Stellung aus der Küche der Diplomaten und Militärs erworben, für alle Zukunft unschädlich zu machen. Daß dies glücklicherweise zwecklos bleiben wird, wissen alle jene, die Dr. Muehlon kennen und ihn ebenso, vielleicht noch höher schätzen gelernt haben als die deutsche Regierung, die diesen «nervenkranken Mann» bis zum Mai 1917 mit schwierigen Missionen betraute und ihn durch Anerbieten hoher Ämter für den Staatsdienst zu gewinnen gesucht hat. Und wie richtig alles in seiner Denkschrift niedergelegt ist, geht aus der von mir bereits im August 1917 hier angeführten Tatsache hervor, daß die meisten aus Deutschland kommenden, in Rang und Stellung befindlichen Personen,

denen Muehlon von seinen Wahrnehmungen sprach, in brutalster Naivität zugaben, daß ihnen diese **nichts Neues** seien, daß man sich in Deutschland in den eingeweihten Kreisen, und weit über diese hinaus, über die Ereignisse vom Juli 1914 völlig im klaren wäre. Nur dem Volk gegenüber nimmt man ein andres Gesicht an.

Muehlons Stigmatisierung als «Nervenkranker» hat den einzigen Hintergrund in dem Wagnis jenes Mannes, seine hohen sittlichen Anschauungen auf das Staatswesen und Völkerleben übertragen zu wollen. Wer solche Ideen im heutigen Deutschland vertritt, gilt als Verbrecher oder als Narr, und wird entweder ins Zuchthaus gesteckt oder in Schutzhaft genommen, oder er wird einfach — wenn man es für praktischer erachtet, namentlich, wenn man den weiteren Enthüllungen durch ein Gerichtsverfahren zu entgehen wünscht — **als pathologisch** hingestellt.

Es berührt ja eigentümlich, wenn man die Ausführungen des Vize-Reichskanzlers in jenen Ausschußsitzungen liest, wie sehr sich das Reichsjustizamt abgemüht habe, einen Paragraphen zu finden, nach dem man den Fürsten Lichnowsky den Prozeß hätte machen können, und daß man dennoch bei dem Paragraphenreichtum des deutschen Strafgesetzbuches, der Disziplinargerichtsbarkeit und der Machtvollkommenheiten des Belagerungszustandes keine Handhabe dafür gefunden hat. So hat man sich, ähnlich wie bei Dr. Muehlon, bis jetzt damit begnügt, den ehemaligen deutschen Botschafter in London als einen Mann von übergroßer Eitelkeit zu stigmatisieren, deren pathologischen Hintergrund man wenigstens so sehr durchblicken läßt, daß die unverantwortliche Presse (ich glaube, die «Kölnische Volkszeitung» war es) ihn als einen mit Verfolgungswahn Behafteten hinstellt.

Das ist Methode geworden im neuen Deutschland und nicht erst heute. Wer irgendwie wider den alldeutschen

oder militaristischen Stachel lökt, wird, wenn er nicht eingesperrt werden kann, sei es, weil er sich in zu hoher Stellung befindet, oder weil er schon tot ist, als ein Kranker hingestellt, der im entscheidenden Augenblick nicht Herr seiner Sinne war. Das scheint noch am besten zu ziehen nach dem von Goethe schon verratenen Rezept:

> «Die Wenigen, die was davon erkannt,
> Die töricht g'nug ihr volles Herz nicht wahrten,
> Dem Pöbel ihr Gefühl, ihr Schauen offenbarten,
> Hat man von je gekreuzigt und verbrannt.»

Nur daß in den erwähnten, eine leichtere Behandlung erforderlichen Fällen an die Stelle der Kreuzigung und des Scheiterhaufens die Gloriole des Irrenhauses dem Deliquenten um das Haupt gewunden wird.

Bismarck hat Geffken noch einsperren lassen, als er die fortschrittlich und pazifistisch gesinnten Tagebücher des Kaisers Friedrich veröffentlichte, wie er Arnim einsperren ließ. Aber als Kaiser Friedrich zur Regierung kam, erhob sich die konservative Clique gegen den freigesinnten Kaiser mit deutlichem Hinweis auf sein Gebrechen, das ihn angeblich zu pathologischen Ideen verleite. Und Bismarck selbst mußte es sich gefallen lassen, als er nach seiner Entlassung der Regierung Opposition machte, von seinen frühern Schmeichlern als ein durch die Krankheit des Alters pathologisch denkender Mann hingestellt zu werden. Das ging so weit, daß man den verehrten Nationalheros auch für seine frühern Handlungen, wo er dem neudeutschen Nationalismus nicht mehr in den Kram paßte, einfach pathologisierte. So war es, als kriegsgegnerische Kreise zu Beginn des Weltkriegs Bismarck als einen Warner vor dem Präventivkrieg heranzogen. Damals verstieg sich eine alldeutsche Zeitung (ich glaube, es war die «Post») zu dem Hinweis, daß

Bismarcks präventivkriegsfeindliche Äußerungen aus einem Alter stammen, wo ihn bereits senile Ideen beseelten, während er im Besitz der Vollkraft seines Intellekts selbst drei Präventivkriege geführt habe. Hat nicht Professor Sombart den großen Kant, dem er anders nicht beizukommen vermochte, in seinen pazifistischen Ideen als pathologisch Behafteten hinzustellen gewagt, der sein Buch über den «Ewigen Frieden» in der Zeit bereits eingetretener Senilität geschrieben habe? Und sucht man nicht auch einen kerndeutschen Mann so hohen Ranges wie den Prinzen Alexander Hohenlohe, weil er sich als Kriegsgegner betätigt, mit dem Hinweis auf ein langjähriges körperliches Leiden, das seinen Geist nicht im mindesten beeinträchtigt, psychisch zu entwerten und — die «Kreuzzeitung» tat es — mit diesem erbärmlich verlogenen Argument zu widerlegen?

Der Beispiele ließen sich noch mehrere anführen. Aber genug davon! Das ist eben die neudeutsche politische Maxime. Wer sich für die Ideen des Friedens, gegen den Krieg, gegen Militarismus und das Alldeutschtum und gegen die Geschichtslügen dieser Kreise auflehnt, wird, wenn er nicht leiblich bestraft werden kann oder eine Prozeßführung zu sehr die Gefahr androht, das Licht der Wahrheit erst recht zu entzünden, als pathologisch stigmatisiert, als nervenschwach, eitel, verfolgungswahnsinnig oder senil etikettiert. Es muß heute, leider, als eine im Dienst der Sittlichkeit und Wahrheit errungene Rangerhöhung gelten, in diesem Sinn behandelt zu werden.

So hat es wenigstens für den Augenblick den Erfolg, daß es nur Narren sind, die Verbrechen wittern, wo man Engelreinheit aufzumalen sich bemüht.

* * *

Daß es nun gerade der Führer und Vertreter der deutschen bürgerlichen Demokratie sein mußte, dem es oblag, die Denkschriften von Lichnowsky und Muehlon zu zerpflücken und ihre Verfasser zu diskreditieren, daß es sogar dem Führer der deutschen (mehrheitlichen) Sozialdemokratie vorbehalten war, die Lichnowskysche Denkschrift zu verhöhnen, sie als «geradezu eine Blamage» zu bezeichnen, gehört mit zu den Verlusten dieses Kriegs, der uns politische Entgleisungen in erschreckender Menge und Deutlichkeit vor Augen führte.

Es hat übrigens einen etwas komischen Anstrich, wenn ein Mann wie der jetzige Vizekanzler von Payer, der zu Beginn des Kriegs zu den von den Geheimnissen der diplomatischen Küche Ausgeschlossenen gehört hat, einem Diplomaten, der damals in medias res gestanden hat, einem Mitkoch aus jener traurigen Periode, mit dem Brustton des informierten Regierungsmannes die Unrichtigkeiten seines, aus den Ereignissen selbst geschöpften, Urteils nachzuweisen sucht. Der demokratische Vizekanzler des deutschen Reichs sucht die Vorwürfe des fürstlichen Botschafters, der die Möglichkeit einer Rettung des Weltfriedens für gegeben ansah, mit dem Hinweis auf die Ergebnisse des Suchomlinowprozesses zu widerlegen. Also auch der demokratische Politiker verschmäht es nicht, sich dieser geschickt für die Verwirrung der Geister errichteten politischen Legende zu bedienen. Mit dem Suchomlinowprozeß, der nichts andres ergeben hat, als daß — genau wie in den Julitagen 1870 Moltke und Roon — die auf einen Krieg stets erpichten Hohepriester des Waffentums ängstlich bemüht waren, eine entstandene politische Verwicklung weidlich noch mehr zu verwirren, auf daß ihnen der berufsmäßig stets ersehnte Krieg nur gewiß nicht entgehe; der aber auch bewiesen hat, daß die deutsche Diplomatie es nicht zu vermeiden verstand, die Konfliktentwirrung so zu be-

treiben, daß die russischen Militärs nicht Oberwasser erhielten; der ferner bewiesen hat, daß die russische Mobilisierung, die nur nach dem Dogma der Kabbala des deutschen Kriegsplans unbedingt den Krieg bedeuten mußte, nur eine Folge von Ursachen war, die von deutscher Seite bewirkt wurden. Sekundäre Kausalität nannte ich diese Art der historischen Forschung, die vor den letzten Ursachen Halt macht, um aus den vorletzten und vorvorletzten die Schuld zu konstruieren.

Solcher Art sind die Tatsachen, die die Reichsregierung den Wahrheitssuchern und Warnern entgegenhält. Die Zeit wird kommen, sie kommt bald, wo die Wahrheit von Massen erkannt sein, und der Zorn sich gegen deren patriotische Überkleisterer richten wird.

Locarno, 23. März.

Man soll dem Militarismus nicht nachsagen, daß er keinen Sinn für Poesie hat. Am kalendermäßig ersten Frühlingstag hat das große Morden im Westen eingesetzt.

Wer eigentlich begonnen hat, kann augenblicklich nicht festgestellt werden. Die ersten deutschen Berichte melden nur, daß der große Artilleriekampf im Westen «entbrannt» sei. Das ist eine im Stil der Militärs beliebte Anonymisierung. «Entbrannt» wie eine Naturkatastrophe. Aber einerlei, sie ist da. Der Frühlingstag von 1918 bringt den Tod von hunderttausenden hoffnungsvoller Menschenleben. Die wärmende Frühlingssonne wird Felder menschlicher Kadaver bestrahlen. Sie ist da, die von Hindenburg komponierte Symphonie des Endkampfes.

Triumphierend meldet der deutsche Bericht, daß auch österreichisch-ungarische Artillerie an den Kämpfen gegen Engländer und Franzosen teilnehmen. Welcher Triumph klingt aus dieser Meldung der deutschen Politiker, die Malefiz-Österreicher, die von den Westvölkern

noch immer nicht gehaßt wurden, in den Siedekessel der eignen Isolierung mit hineingezogen zu haben. Aber es wird nichts nützen! Außer einigen alldeutschen Narren stehen hierbei die Völker Österreich-Ungarns nicht auf Seite ihrer Regierung, wenn sie ihre Söhne aus dem sogenannten Verteidigungskrieg jetzt hinaushetzt in den Höllenschlund der mörderischen Eroberungsoffensive des Westens. Es wird nichts nützen! Die Völker werden die sie beschwindelnden Diplomaten, die sich ihnen in Pazifistenallüren verkleidet zeigten, zum Teufel jagen und werden sich auflehnen gegen jene preußisch-deutsche Gewaltherrschaft, die dem Bundesgenossen auferlegt wird, ärger als einem besiegten Volk.

In Österreich rast jetzt der reichsdeutsche See. Die Hetze gegen Lammasch, der gegen den Siegfrieden sprach und gegen eine Weiterführung des Kriegs im Dienste der Alldeutschen im Reich, sagt genug. Auch dieser Ehrenmann, auf den Österreich stolz sein konnte, auf den es stolz war, wird jetzt auf reichsdeutschen Befehl hin diskreditiert. Die ganze Presse ist gegen ihn losgelassen, und der schwerterklirrende Historiker Friedjung wurde gegen ihn zum Angriff vorgeschickt. Dieser Mann des Friedens und der Wahrheit soll ebenso stigmatisiert werden wie die Lichnowskys, die Muehlons, die Foersters und tutti quanti. Die ganze geistige Elite in Deutschland und in Österreich-Ungarn, die nicht dienstbeflissen und kriecherisch diesen Kriegsschwindel mitmacht, die Kritik übt und zur Vernunft mahnt, all die wahren Patrioten werden von Berlin aus in Acht und Bann getan. Merk's Wien!

Locarno, 24. März.

Die Besprechung der Denkschriften des Prinzen Lichnowsky und des Dr. Muehlon im Hauptausschuß hat doch etwas Gutes gezeitigt. Die Denkschriften sind jetzt in

der deutschen Presse veröffentlicht worden. Man tut es mit der gewiß gerechtfertigten Absicht, den Bannflüchen des Herrn von Payer die materielle Grundlage zu geben. Wer aber zu lesen versteht, wer infolge des von seiten des amtlichen Dementierapparats auf die Intelligenz des Durchschnittsdeutschen ausgeübten Drucks seine Denkfähigkeit noch nicht eingebüßt hat, wird aus den beiden Dokumenten die Wahrheit und die völlige geistige und moralische Gesundheit ihrer Verfasser herauslesen. Sie taten ja nichts andres, als die Gedanken über die deutsche Schuld am Weltkrieg, die unzähligen Personen, die die Ereignisse mit klarem Blick verfolgten, vom Anfang an klar war, im Bereich ihrer Erfahrungen mit Tatsachen und Indizien zu belegen. Dem deutschen Volk wird jetzt vorgemacht, als ob es sich hier um Einzelerscheinungen handle, um Outsiders. Das kann den Offiziösen eine Zeit lang gelingen, weil es den Gleichgesinnten und Gleichüberzeugten heute noch unmöglich ist, sich zu rühren, den offiziell Gezeichneten mit ihrer Zustimmung zu Hilfe zu kommen, weil es andern, die reiches Tatsachenmaterial zur traurigen Vorgeschichte dieses Kriegs besitzen, nicht gestattet ist, ihr Wissen zu bekennen und den sehr zahlreichen Menschen dieser Art, eine Indiskretion noch nicht zur Hilfe gekommen ist. Nein und tausendmal nein! Sie stehen nicht allein, die Lichnowskys und die Muehlons, und nachdem nun ihre Darlegungen in weiten Kreisen gelesen wurden, werden sie noch weniger allein stehen und wird der Glaube an ihr Pathologentum nicht weit gehen.

Die Veröffentlichung der Denkschrift Lichnowskys hat auf mich einen tiefen Eindruck gemacht. Sie bestätigt so ziemlich alles, was ich selbst von allem Anfang an empfunden, und was ich in diesen Blättern niedergelegt und bis jetzt nur zum Teil veröffentlicht habe. Es bestätigt aber auch die Ansichten wie sie in den Büchern

des Verfassers von J'accuse, Fernau, Suter-Lerch, Headlam, Stowell, Beck und zahlreichen andern zum Ausdruck gebracht wurden. Wie ein Scheinwerfer beleuchtet doch allein der Saß bezüglich der serbischen Antwort auf das österreichische Ultimatum die Schuldfrage und das Märchen vom «ruchlosen Überfall»:

> «Die serbische Antwort entsprach den britischen Bemühungen, denn tatsächlich hatte Herr Paschitsch alles angenommen, bis auf zwei Punkte, über die er sich bereit erklärte, zu verhandeln. Wollten Rußland und England den Krieg, um uns zu überfallen, so genügte ein Wink nach Belgrad und die unerhörte Note blieb unbeantwortet.»

Das ist so quellklar, so logisch richtig, daß wohl in Zukunft viele Mühe und Selbstverleugnung dazu gehören wird, sich in der Grimasse des Überfallsgläubigen zu geben.

Genügen nicht Säße wie folgende?:

> «Dieser Wink (nach Österreich) ist nicht ergangen. Im Gegenteil, es wurde zum Krieg gedrängt.»
>
> «Wir bestanden auf den Krieg.»
>
> «Alles nußte nichts, in Berlin blieb man dabei, Serbien mußte massakriert werden.»

Wie vernichtend sind die drei Schlußfolgerungen der Denkschrift, die feststellen:

1. Die Ermutigung Berchtolds durch Berlin.
2. Die Ablehnung der britischen Vermittlungsvorschläge.
3. Das Ultimatum an Rußland in dem Augenblick, da Berchtold mit Rußland zu verhandeln begann, wodurch «die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung geflissentlich vernichtet» wurde.

* * *

Und so wie der Krieg nicht aus einem Überfall auf Deutschland entsprang, so ist auch seine Verschärfung und Verlängerung durch die jetzt losgelöste Offensive nicht nötig gewesen. Kriegsbeginn und Kriegsfortsetzung sind lediglich bedingt durch die verschleierte Eroberungsabsicht Deutschlands. Nach Wilsons letzter Botschaft mit den vier Grundsätzen für einen Frieden ist jedes Opfer an Menschenleben überflüssig gewesen. Hertlings Antwort jedoch, die scheinbar zustimmend sich gab, wurde diskreditiert durch die Friedensschlüsse im Osten. Die Deutschen melden bereits siegreiche Vorstöße und das Wolff-Bureau begleitet sie mit jubelnden Kommentaren. Die achte Kriegsanleihe schreitet fort. Auf der Berliner Börse hieß es: In diesen Siegen werdet ihr zeichnen!

Locarno, 26. März.

Die große Offensive, die jetzt im Westen Europas wirklich wütet, nachdem man monatelang ihre Entfesslung besprach und erwartete, wird mit einem derartigen Reklameapparat umgeben, daß man einesteils über die Unwürdigkeit eines solchen Vorgehens empört ist, auf der andern Seite die Vermutung nicht los wird, daß es sich bei diesem furchtbar blutigen Ereignis um eine besondere Art Propaganda für die achte Kriegsanleihe handelt. In der deutschen Presse versündigen sich deutsche Dichter und deutsche Zeichner jetzt täglich am deutschen Volk, indem sie ihm durch Wort und Schrift in sentimentalster Art die Wonnen, den Nutzen und den patriotischen Paroxysmus der achten Kriegsanleihe geläufig machen (darüber wird es nach dem Krieg nötig sein, eine literarisch-kunsthistorische Darstellung der Kriegsanleihenpropaganda, verbunden mit wirtschaftspolitischen Glossen zu veröffentlichen), und die furchtbaren Geschehnisse der Zehnmillionenoffensive gegen

die Kulturwelt werden ebenfalls zu diesem Zweck verwendet. Wie bei Jahrmarktsunternehmungen ist für einen «Clou» gesorgt. Dieser ist jene versteckte unheimliche Riesenmaschine, die auf einer Entfernung von 120 Kilometern Paris beschießt. Es ist wahr; damit hat niemand gerechnet. Hier hat der Militarismus wieder seine Genialität bewiesen. Die französische Hauptstadt, die sich noch soweit von der Kampffront entfernt gefühlt hat, daß sie sich vor einer Beschießung sicher wähnte, ist nun plötzlich der Front so nahe gerückt, daß sie in völliger Unvorbereitetheit die deutschen Riesengeschosse über sich ergehen lassen muß. Das ist der Eiffelturm des Kriegs, die Sensation der großen Frühjahrsoffensive von 1918. Die Beschießung durch Luftfahrzeuge ist doch etwas andres als die Beschießung vom Land aus. Das Luftbombardement ist zeitlich beschränkt. Die Piloten können sich nur eine bestimmte Zeit hindurch in der Luft halten. Sie müssen mit ihrem Benzinvorrat und mit den Abwehrflugzeugen rechnen. Aber solch eine Riesenkanone, die jenseits der Front in einem Wald versteckt sitzt, kann Tag und Nacht mit aller Gemütlichkeit ihr Werk vollbringen, ohne daß die Betroffenen etwas dagegen machen können. Und heute ist es eine solche Maschine, die in Zwischenräumen von 20 Minuten Paris erschreckt und zerstört. Morgen können es mehrere sein, und die Millionenhauptstadt Frankreichs, die nicht einmal Zeit hatte, das Gros ihrer Bevölkerung abzuschieben, sieht sich vor die Wahl gestellt, sich vernichten zu lassen oder sich zu ergeben.

Mir kommt plötzlich die Zeit meiner frühen Kindheit in Erinnerung, wo ich von den Schrecken der Beschießung von Paris die Erwachsenen sprechen hörte. Jene Gespräche und Vorlesungen aus den Zeitungen waren meine ersten Eindrücke vom Krieg.

Aber es ist nicht dieser Clou allein, der den Berichten

über die Vorgänge etwas Reklamehaftes verleiht. De• Stil der offiziellen Berichte weicht von dem starren Ernst der früheren auffallend ab. So wird das Erreichen einer ersten Linie zu einer besondern Schlacht gestempelt, die man «gewonnen» habe, während man doch weiß, daß es bei allen großen Offensiven gewisse Anfangserfolge mit Sicherheit gibt, die jedoch keinen Schluß auf das Endergebnis zulassen. Das tollste leisten aber die Privatkriegsberichterstatter der Zeitungen, die sich gegenseitig an Hurrastimmung, alle miteinander das Wolffsche Bureau darin zu übertreffen sich bemühen. Wo nur die Herren eigentlich standen? In ihren Berichten tun sie so, als ob sie mitten im Kampfgewühl als Augenzeuge fungieren würden. Da sich dies bei der heutigen Kriegführung nicht einmal denken läßt, so ist anzunehmen, daß die Berichterstatter auf Grund des ihnen von den Militärbehörden vorgelegten Materials ihre Phantasie frei schweifen lassen in der Richtung, Stimmung um jeden Preis zu machen.

In den Berichten von Wolff spielt das berühmt gewordene Giftgas bereits eine große Rolle. Da heißt es:

> «Die Gaswolken, die sich auf ihre Batterien senkten (der Engländer) tun ihre Schuldigkeit.»

Und weiter:

> «Die Gräben sind voller Tote. In den Artilleriestellungen liegt die Bedienung vergast über den Geschützen.»

Es ist die furchtbarste Phase des Krieges, die sich jetzt abspielt. Den Jousqu'auboutisten auf beiden Seiten wird vor ihrer Gottähnlichkeit bange werden. Weshalb wird diese fürchterliche Schlacht geschlagen? Weshalb kam es nicht vorher zu einem Ende? Das Blutmeer, das hier vergossen wird, soll — nach deutscher Auffassung —

dem Frieden dienen. Das erscheint mir aber als das Unwahrscheinlichste . Gelingt die Offensive, was bei der Stärke der deutschen Kräfte möglich ist, so bringt sie nicht den Frieden, sondern einen verlängerten, unerträglich erbitterten Kampf. Aber selbst wenn ich mich täusche, wenn der Vorstoß der Deutschen so furchtbar sein sollte, daß es ihnen möglich wäre, das Kriegsende zu erzwingen, der Friede der da herauskommen wird, wird niemals ein Friede sein. Gelingt aber die Offensive nicht, wird die Million Toter, die der Vorstoß auf beiden Seiten wohl kosten wird, umsonst geopfert sein, so sehe ich auch dann noch keinen Frieden. Armes Europa! Warum zerfleischt es sich? Ist es nicht der Verzweiflungskampf um ein Idol, um Elsaß-Lothringen? Und warum ist Deutschland auf die letzten Friedensvorschläge nicht eingegangen? Anscheinend weil die Kriegsmacher eingesehen haben, daß ein Kriegsende ohne Kriegsentschädigung doch eine Niederlage wäre. Die 124 Milliarden, die bis jetzt die deutsche Kriegsschuld ausmachen, beschatten die Zukunft. Und so wird das deutsche Volk zu einem neuen, zu dem furchtbarsten Aderlaß gedrängt, um dem Phantom einer Rentabilität des Kriegs geopfert zu werden.

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 22. März die neuen Kriegskredite von 15 Milliarden bewilligt. Nur die unabhängigen Sozialdemokraten haben dagegen gestimmt. In der selben Sitzung hat der Reichstag auch den Schwertfrieden des Ostens angenommen. Die Mehrheitssozialisten haben sich der Stimme enthalten, die Unabhängigen haben, «mit dem Gefühl der Schande erfüllt», wie der Abgeordnete Haase in seiner Rede sagte, jenen Frieden direkt abgelehnt. Die Mehrheitsparteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, haben das Kunststück zuwege gebracht, die Friedensbedingungen des Ostens mit der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917, «keine

Annexionen, keine Entschädigungen», in Einklang zu bringen. Gott verzeihe ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun. Nach den Kurländern waren jetzt die Litauer in Berlin. Abgesandte einer winzigen Minderheit, und das Ergebnis ihres Besuches war, daß Deutschland Litauen als freien und unabhängigen Staat anerkannt hat, der aber «auf ewige Zeiten» mit Deutschland durch Verträge militärisch, wirtschaftlich und politisch verbunden sein soll. Diese ewige Verbindung war die Grundbedingung für die Anerkennung der Freiheit und Unabhängigkeit. Und da wagt es der Zentrumsabgeordnete Groeber in seiner Rede zum Ostfrieden zu behaupten: «Im Vertrag fand ich keine einzige Bestimmung, die als Annexion ausgelegt werden könnte.» Mit solchen Auslegungen soll sich das deutsche Volk einverstanden erklären? Das sind Handlungen ältester Intrigantendiplomatie, die heute unerträglich erscheint, und die den Deutschen in der ganzen übrigen Welt das Vertrauen rauben, das einige Freunde Deutschlands sich noch bewahrt hatten. Mit einer solchen Mentalität behaftet, wird das deutsche Volk niemals zum Frieden kommen. Niemals!

Es ist, als ob in Deutschland das Gefühl für Wahrheit völlig abhanden gekommen wäre, daß das Wort des Redakteurs von der Berliner Morgenpost, «Wer jetzt nicht lügt, ist ein Schuft», mehr denn je Anwert besäße und zum Rückgrat der Politik gemacht würde.

Locarno, 28. März.

Sachlicher ist die Entgegnung abgefaßt die der frühere Staatssekretär von Jagow unterm 20. März von München aus veröffentlicht. Auch Jagow verfolgt jedoch die Taktik aller Verteidiger der deutschen Unschuld am Krieg, daß er zu weit in die Vergangenheit schweift und die kritischen elf Tage, während welcher es darauf ankam, den Frieden

zu retten, nur im Flug berührt. Die Argumente, die er zu dieser wichtigen Periode der Menschheitsgeschichte anführt, sind weder neu noch überzeugend. Daß man der Botschafterkonferenz, die Grey wollte, nicht zustimmen konnte, weil sie «zweifellos zu einer ernsten diplomatischen Niederlage geführt hätten», beweist nur wie falsch jene von Deutschland geführte Politik und wie gering der Friedenswille ihrer Leiter war. Denn wenn die Möglichkeit einer Niederlage ausschlaggebend sein soll für die Anwendung einer friedlichen Methode zur Konfliktbeilegung, dann hört eben jede Friedensaktion auf. Die deutsche Staatsmannskunst scheint auf dem Standpunkt gestanden zu haben: Friedensmittel ja, wenn ihr meinen Standpunkt akzeptiert; sonst nicht. Das hat aber mit friedlicher Konfliktlösung nichts zu tun, das ist Gewaltpolitik, Anwendung der Gewalt um jeden Preis, die notgedrungen Gegengewaltmaßnahmen hervorrufen muß. Das beweist auch der naive Schluß, den der verantwortliche Staatsmann einer so ernsthaften Periode zieht, indem er behauptet, der beste und einzige Ausweg war eine Lokalisierung des Konflikts und eine Verständigung zwischen Wien und Petersburg. Das dies eben kein Ausweg, sondern eine Fiktion war, beweist der seit vier Jahren infolge dieser fixen Idee fließende Blutstrom. Eine solche Lokalisierung war eben in dem Europa von 1914 nicht mehr möglich! Es ist bedauerlich, daß auch Herr von Jagow den Prinzen Lichnowsky mit dem Hinweis auf den Suchomlinowprozeß zu widerlegen sucht. Das nimmt seiner Argumentation jeden Wert. Im übrigen spricht aus ihr das Bestreben, einige Irrtümer des Prinzen als Beweis der Unrichtigkeit des Ganzen auszunützen und die eignen Handlungen mit den bereits zur Genüge bekannten Redensarten zu rechtfertigen.

Es nützt alles nichts! Vielleicht wird man den Kriegsmachern von 1914 mildernde Umstände zubilligen, da sie

die Gefahr nicht zu begreifen vermochten, der Schuld sind sie nicht zu entheben.

Je mehr man sich in diese diplomatische Beweisführung à la Jagow vertieft, umsomehr erkennt man, daß diese ganze hohe Politik nichts anderes ist als ein eigentliches Nebenher der Menschheit, das diese gar nichts angeht, das gar nicht vorhanden wäre, wenn es nicht eine Schar von Menschen gäbe, die dieses wechselseitige Anrempeln zum Beruf erkoren hätte. Diese anscheinenden Wichtigkeiten mit ihren so tiefsinnig sich gebenden Schlagworten sind doch nur etwas vom Leben ganz unabhängiges, aber gewaltig störend in es hineingreifendes. Neben der produktiven Arbeit und dem Austausch der Arbeitsprodukte nimmt dieses Gehabe und Getue die Stelle eines Sports, einer durch Tradition geheiligten Liebhaberei ein, die das Leben einer Kaste ausfüllt auf Kosten des Lebens und der Lebensvollwertigkeit der großen Menschheitsmasse. Es gibt Räuber, die uns unsre Schränke ausrauben und so den Wert unsrer Arbeit beschränken, es gibt aber auch Räuber, die die Welt mit falschen Ideen und Fiktionen erfüllen und unter dem Dunst dieser geistigen Verschrobenheit Generationen um ihr Leben und den Wert ihrer Arbeit betrügen.

Locarno, 31. März.

Ostersonntag! Es ist Zeit, daß man darauf verzichtet, den Widerspruch der Ereignisse mit den Festen des Jahres zu registrieren. Das ging ein, zwei, drei Jahre lang, wo man, namentlich wie im vorigen Jahr nach der russischen Revolution, hoffen konnte auf eine neue, regenerierte Welt. Diese Hoffnungen sind verflogen; es heißt jetzt, sich einzurichten auf ein Weltbeben, das uns alle überdauern wird, auch die Kinder, die jetzt nur heranwachsen, um den fürchterlichen Kampf auch mit ihren Leibern zu führen. Ein Wiener Journalist (Molden) schrieb

vor einigen Monaten irgendwo den Satz: «Die politische Schöpfungsgeschichte ist noch nicht abgeschlossen.» Er mag recht haben, und unser Leben, das uns durch Jahrzehnte die Hoffnung genährt hat, die Katastrophenepoche wäre bereits überwunden, ist nun plötzlich in eine solche Katastrophenepoche der politischen Schöpfung hineingelangt. Auch der Glaube, daß es eine kurze, eine beglückende Endkatastrophe sein werde, erwies sich als — Traum. Die Menschen denken noch immer an einen Frieden, der diesen Krieg beendigen wird, und der die Schönheiten des Lebens von früher wiederbringen soll. Die Staatsmänner und namentlich die Militärs weisen fortwährend auf diesen Frieden hin, den sie durch neue und immer größere Blutopfer glauben, erringen zu können. Das sind Toren die das glauben! Der Friede kommt nimmer, auch nicht wenn er morgen unterzeichnet werden sollte. Die durch diese Katastrophe erschütterte Welt wird nur einen wahren, einen pazifistischen, einen auf Recht begründeten Frieden als solchen betrachten können, und den vermag das Schwert nicht zu schaffen. Am allerwenigstens das deutsche Schwert, das für den Machtgedanken, für die Oberherrschaft eines Volkes ficht. Es ist ein schöner, aber ein oberflächlicher Gedanke, dem deutschen Volk einzureden, unser Sieg in Ost und West hindert den Sieg der Feinde über uns. Aber mit der Verhinderung des Sieges der andern durch eignen Sieg ist der Friede nicht gebracht, wird nur der Krieg verlängert und die Grundlage des wirklichen Friedens vernichtet. Die Verhinderung des Sieges der andern darf nie so weit gehen, daß damit ihre Besiegung, ihre Demütigung, ihre Beraubung verbunden wäre. Er darf nur bis zur Abwehr gehen. Wo er dieses Maß überschreitet, sät er Krieg, Krieg und dauernd Krieg. Jede Etappe, die die deutsche Kriegsmaschine im Westen fortschreitet, vernichtet diese Grundlagen, vernichtet die

Dauerhaftigkeit der notwendigen Weltbefriedigung. Jeder mit Hurra begrüßte Sieg der deutschen Waffen ist ein Sieg des weltzersetzenden, kulturzerstörenden Militarismus und muß von jedem weiter in die Entwicklung der Dinge Blickenden mit Trauer aufgenommen werden. Es ist nicht wahr, daß die deutschen Heere im Westen um den Frieden ringen. Sie ringen um Land, sie ringen um Geld, sie ringen für das Dasein und das Ansehen der Kriegsparteien im Land, die ohne Kriegsentschädigung und Landraub vernichtet und verurteilt wären vom eignen Volk.

Darum kann man an diesem Ostertag nur trüb in die Zukunft blicken. Die Menschenopfer sind unerhört, die Vernichtung ist grauenhaft und das Ergebnis, wenn der deutsche Machtgedanke siegt, ist Krieg, Krieg, Krieg, auch wenn eine Beendigung des jetzigen Kriegs durch solchen Sieg erzwungen werden sollte. Eine Beendigung dieses gigantischen Weltringens, das die Weltordnung nicht errichtet und alles wieder auf Bajonnetten aufbaut, ist nur die Fortsetzung des heute akuten Unheils in latenter Form.

Was ein solcher «Friede» sein wird, davon machen sich die heute von Sieg Berauschten ebensowenig eine richtige Vorstellung wie sie sich eine solche von dem jetzigen Krieg gemacht haben. Was es heißen wird, das im Kampf gegen eine Welt Errungene festzuhalten in einer Welt, die nun dauernd auf dem Quivive stehen wird, die nun nicht mehr bloß in Europa, sondern über den ganzen Erdball mit stets wachsenden stehenden Heeren und stets raffinierter werdenden Kriegsmaschinen besetzt sein wird, darüber kann sich kein noch so talentierter Feldherr eine Vorstellung machen. Die Welt wird brennen in solchem Frieden, und was wir an Rüstungswahnsinn vorher erlebt haben, wird eine Lächerlichkeit sein gegen diese Gefahr eines Kriegs gegen dreißig Fronten, dem

Deutschland künftig ins Auge wird sehen müssen. Solchem Frieden arbeiten nun die deutschen Heere, die ingeniösen Erfinder der Giftgase, der weittragenden Kanonen, die Gößendiener der Artillerie zu. Solchem Frieden! Und sollte er eines Tages Wirklichkeit werden, dann wird das Blut fließen durch die Jahrzehnte, entweder im latenten Krieg, der den Menschen alle Lebenswerte rauben wird, oder in einem noch fürchterlicheren neuen, akuten Krieg der Millionen das Leben selbst rauben wird.

Welch ein Glück, welch frohe Osterbotschaft wäre es, wenn die deutschen Heere im Westen zum Stillstand kämen, wenn sie ein neues Verdun erleben würden! Dann wird die gesunde Kraft, die im deutschen Volk schlummert, die Oberhand gewinnen über die Fieberkrankheit des Militaristenwahns und würde die Hand zum Völkerbund, zur Weltherrschaft des Rechts bieten.

Locarno, 1. April.

Der Wiener Korrespondent der «Frankfurter Zeitung» meldet seinem Blatt von dem Jubelsturm in der Wiener Presse über das deutsche Fortschreiten im Westen.

> «Nur die ‚Arbeiter-Zeitung'», fügt er hinzu, «verteidigt noch den verlornen Posten des billigen Verständigungsfriedens mit einer Warnung an Deutschland, nicht auf die Stimmen derer zu hören, die einen Gewaltfrieden fordern, weil England niemals zu einem Gewaltfrieden gezwungen werden kann und nur den Krieg verlängern würde.»

Verlorner Posten! So wird also jeßt das pazifistische Friedensgerede unsrer Diplomatie eingeschäßt. So werden also diese Brusttöne der Überzeugung von Bethmanns in seiner Rede vom November 1916, Michaelis' in der Papstantwort, Czernins vom 2. Oktober 1917 und sein pazifistisches Geplänkel mit Wilson aus der leßten Zeit,

Hertlings Februarrede und andre schöne Reden, die uns ob ihrer aufdringlichen Bekennung zum Pazifismus ohnehin sehr verdächtig vorkommen, beurteilt? Verständigungsfriede ist heute Eselei, nachdem er gestern noch staatlich anerkannte «Forderung des Jahrhunderts» gewesen. Das hat die Artillerie gemacht, die nach dem Telegramm Kaiser Wilhelms an Krupp in ihrer Gestalt als das Paris überraschende Riesengeschüß eine «Leistung deutschen Wissens und deutscher Arbeit» ist, und nach dem Abschiedsbefehl des Erzherzogs Leopold Salvator, bisherigen Inspizienten der Artillerie des österreichisch-ungarischen Heeres, «eine ungeheure Größe und Bedeutung erreicht hat». Die Artillerie über alles! Der Friedens- und Verständigungsgedanke in der Welt ist aber ein «verlorner Posten».

Ich möchte, wenn ich die Macht dazu hätte, Viktoria schießen lassen, daß es so gekommen ist. Die Bewegung wird wieder rein, und der Sieg der Kanonen ermöglicht uns die Echtheitsprobe über die unendliche Masse der Konjunkturalpazifisten, die sich bereits geschäftig um die Gunst einer Obrigkeit zu scharen begannen, die im Zeichen des Pazifismus stand. Gott sei Dank! Dieses Gesindel sind wir los, und nur jene, die auf dem jeßt als verloren angesehenen Posten stehen bleiben, werden Anspruch erheben können, zu den Echten gezählt zu werden. Wir Älteren sind es ja gewöhnt, auf angeblich «verlornen Posten» auszuharren. Wir werden weiter ausharren, wir werden fallen, aber den Sieg werden wir erstreiten; denn die Kanone ist ein unsicheres Mittel, sie frißt den Zweck und, siegreich für den Augenblick, vernichtet sie den Sieger.

* * *

Wenig Nachrichten über den Stand der Dinge im Westen. Die Zeitungen kommen spät über den Gotthard.

Heute gießt es in Strömen. Dieser Regen, wenn er lange genug andauert, kann die Menschheit retten.

Locarno, 3. April.

Nachrichten, die irgendeine entscheidende Wandlung melden, sind nicht gekommen, bezeichnend ist es, daß beide Seiten sich darauf beschränken, kleine Bravourstücke zu melden oder anzuführen, wie groß die Verluste des andern Teiles sind. Jeder meldet, das ganze Felder von Leichen des Gegners bedeckt sind. Sie werden wohl in diesem Fall beide recht haben. Felder von Leichen! Hatten die Geschäftsführer der Völker diese vor Augen, als sie es wagten, die serbische Antwort auf das Ultimatum für ungenügend und für undiskutierbar zu bezeichnen, weil das «Prestige» einer Großmacht dieses nicht zulasse? Die Herren Geschäftsführer der Völker lassen lieber seit bald vier Jahren die Felder mit Leichen bedecken! Und die Völker, bearbeitet durch eine gewissenlose Presse, jubeln diesem Vorgehen zu.

Locarno, 9. April.

Graf Czernin hat eine große Rede gehalten, die den Text zu jener Melodie geben soll, die auf den Schlachtfeldern des Westens jetzt gespielt wird. Es ist eine große und bedeutungsvolle Rede, die einen tiefen Blick in die Gedankengänge jenes Staatsmannes gestattet. Daß diese Rede dem Frieden dienen soll, kann heute nicht mehr gesagt werden, wo man deutscherseits es vorgezogen hat, die Kanonen das entscheidende Wort reden zu lassen. Sie hat daher eher Wert als Kommentar zu dem großen Vorstoß im Westen. Dabei ist manches Bekenntnis von Interesse, manche Ansicht als Beleg für den großen Irrtum der mitteleuropäischen Politik von Wert.

Zunächst das Bekenntnis aus dem Munde des führenden Staatsmannes, daß diese furchtbare Menschenvergeudung im Westen im Grund nur jenem Idol zum Opfer gebracht wird, das ich hier schon vor einigen Tagen als den Kern der grauenhaften Handlung bezeichnet habe, daß es hierbei um Elsaß-Lothringen geht. Die überraschende Mitteilung, daß Clémenceau einige Tage vor Beginn der Offensive in Wien angefragt habe, ob man dort zu Verhandlungen bereit sei, und daß es zu diesen Verhandlungen nicht kommen konnte, weil Frankreich nur verhandeln wollte, wenn über Elsaß-Lothringen geredet werden durfte, und Deutschland das ablehnte, erleuchtet wie ein nächtlicher Blitzstrahl die Situation. Resigniert sagte Graf Czernin: «D a r a u f g a b e s k e i n e W a h l m e h r.» Gab es wirklich keine Wahl? Hätte nicht aus Konversationen der Ausweg aus dieser höllischen Klemme gefunden werden können, ohne daß irgendeiner der Beteiligten seine vollen Ansprüche auf die beiden unseligen Provinzen erfüllt gesehen und doch jeder hätte befriedigt werden können? Wenn man jetzt von den Leichenfeldern in der Picardie liest, von den grauenhaften Vernichtungen, so erscheint einem die kühle Erklärung, die vom Prestigeteufel eingegeben ist, daß es k e i n e W a h l mehr gegeben hätte, als entsetzlich! Niemals werden sich die Völker, die sich nach des Grafen Czernin eigenem Ausspruch in allen Ländern nach Frieden sehnen, mit dieser bündigen Entscheidung am grünen Tisch zufrieden geben.

Graf Czernin spricht am Schluß seiner Rede sehr ausführlich von den Kriegsverlängerern in Osterreich-Ungarn, von denjenigen Leuten, die er höchstmodern «Defaitisten» nennt, die angeblich um Frieden betteln und dadurch den Feind anspornen, von den Annexionisten, die von der Kilometritis besessen, ihn zu Landerwerbungen drängen, und von jenen innerpolitischen Parteien, die

in der Hoffnung auf ihre nationale Befreiung auf einen Sieg der Entente spekulieren. Diese Gruppen tragen nach ihm die Schuld, daß der Krieg noch andauert.

> «Sie sind der Grund,» so ruft er pathetisch aus, «daß weiter tausend unsrer Söhne fallen, daß das Elend andauert und der Krieg sich fortschleppt. Graut ihnen nicht vor der Verantwortung? Was werden deutsche, was werden ungarische Mütter dereinst sagen, wenn nach dem Frieden die kriegsverlängernde Tätigkeit dieser Männer klar vor aller Welt dargelegt werden wird und noch mehr?»

Graf Czernin beschränkt sich hier, nur von denjenigen zu reden, die er als die Kriegsverlängerer ansieht, und unterläßt es, den Fluch der Mütter anzurufen über die, die den Krieg verursacht haben. Aber müssen denn Tausende unsrer Söhne fallen, das Elend andauern, der Krieg sich fortschleppen, der Schmerz der österreichisch-ungarischen Mütter weiter zum Himmel schreien — wegen Elsaß-Lothringen?! Sind die Kriegsverlängerer nicht dort zu suchen, die dieser Fiktion, dieser Spottgeburt verwehter Prestigeideen, diesen elenden paar Quadratkilometern lieber Hunderttausende von Menschenleben, darunter auch Söhne Österreich-Ungarns zum Opfer bringen, statt mit dem Aufwand allen Scharfsinns, unter Zusammenraffung des gesunden Menschenverstandes, der militaristischen Weltanschauung Trotz zu bieten, und den möglichen, den unbedingt notwendigen Ausgleich in diesem Konflikt zu suchen, an dem die Menschheit verblutet? Graf Czernin kann sicher sein, daß alle vernünftigen Menschen in allen Ländern, in den jetzt feindlichen wie in Deutschland selbst, zu ihm gestanden hätten, wenn er auf die Regierung des Bundesgenossen seinen Einfluß geltend gemacht haben würde, dahingehend, daß über die

Frage der beiden Provinzen wenigstens gesprochen werden sollte. Wo zu reden begonnen wird, zeigt sich ein Ausweg, auch dann, wenn man ihn nicht gleich klar sieht. Und als Zustimmender zu den vier Grundsätzen Wilsons, denen ja auch Deutschland zugestimmt hat, hätte er ein Recht gehabt, nach dieser Anfrage Clémenceaus den Präsidenten Wilson zur Hilfe zu rufen, damit er helfe, den Weg zu suchen, der zu den von Clémenceau gewünschten Verhandlungen hätte führen können. Die Leichenfelder rochen schon im voraus, die ganze Welt spürte ihren erstickenden Brodem, und es war nicht angebracht, in getreuem Gehorsam gegen den Willen der Generale angesichts dieser Katastrophe sich kalt lächelnd auf das «da blieb keine andre Wahl» zurückzuziehen. Möge Graf Czernin es glauben, daß Führer der Völker, die von diesen selbst gewählt wurden, diese Alternative von Leichenfeldern oder schwieriger Prestigebedenken doch etwas eingehender erwogen hätten.

Merkwürdig ist in dieser Rede noch der Satz: «Wir kämpfen nicht für imperialistische und annexionistische Ziele, weder für eigne noch für deutsche.» Aber im Westen, wo nach des Grafen Aussage österreichisch-ungarische Truppen «Schulter an Schulter» neben deutschen stehen, wird um die Weltherrschaft gekämpft, und in Rumänien hat Österreich-Ungarn soeben für sich selbst, bestimmten «Grenzkorrekturen», die Annexionen und Demütigungen sind und bleiben, einerlei wie der Name lautet, beigestimmt, hat es den Bulgaren zur Dobrudscha verholfen und ist es nach des Grafen Czernin Ankündigung bereit, den Bulgaren auf Kosten der Serben zu Mazedonien, den Rumänen aber zu Bessarabien zu verhelfen. Das sind *keine* Annexionen, wie dem Grafen Czernin auch das Zuströmen der russischen Randvölker zu Deutschland, ohne Feststellung des Volkswillens durch

Abstimmung, auch nicht als Annexion erscheint! Man hält sich an das Wort. Man tut so, als ob es sich bloß um die Vermeidung der Vokabel handelt und nicht auf die Vermeidung der damit gedeckten Handlung ankommt. Und ist es denn keine Annexion, wenn man Rumänien wirtschaftlich derart fesselt, wie dies in dem jetzigen Friedensvertrag geschah, daß es nur wie ein unterjochter Vasallenstaat wird leben können? Alles, was den Reichtum des Landes ausmachte, die Ölfelder, den Getreidebau, nahm man in deutsche Verwaltung, den Hafen gab man den Bulgaren, eine Kriegslast von einer Milliarde lud man dem unglücklichen Volk auf, das von seinem König in den Krieg getrieben wurde. Aber den König beließ man ihm. Er soll wohl die Garantie für die freundschaftlichen Beziehungen bilden, die man nach diesem Friedenschluß erwartet, der weder als imperialistisch noch annexionistisch bezeichnet werden soll.

Es ist mit der «hohen Meinung» über die staatsmännischen Fähigkeiten des «Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten», die Graf Czernin sich bemüßigt glaubte, zu Eingang seiner Rede zum Ausdruck zu bringen, nicht getan, auch nicht mit der platonischen Zustimmung zu seinen vier Grundlagen für den Friedensschluß, wenn man Handlungen begeht, sich ihrer rühmt, sie als berechtigt, ja als heilvoll ansieht, die mit den Wilsonschen Ideen von Frieden so sehr in Widerspruch stehen. Das ist das Unglück der Mütter der Monarchie, der fallenden Söhne und der hungernden Völker, daß man bei der Führung der Politik der Zentralmächte keine Ahnung von den Erfordernissen eines wahren Friedens hat, daß man, selbst wenn man sie hätte, im Willen dazu durch die herrschenden militaristischen Dogmen und Dogmatiker gehindert wird. Hier liegt die Ursache des Kriegs, hier liegt der Grund zu seiner Verlängerung. Man konstruiere uns doch keine

Schuldigen aus Pappendeckel, wo es um wahrhaftige, warmblütige, lebendige Schuldige geht.

So wird man auch dem erneuten Bekenntnis der Grafen Czernin zu einer nach dem Krieg notwendig werdenden Abrüstung keinen Wert beilegen dürfen. Der Bleistift, mit dem der Graf diese Notwendigkeit ausgerechnet hat, genügt hierzu nicht. Abrüstung kann nur das Ergebnis eines auf Vertrauen beruhenden Abkommens sein, kann überhaupt nur ein Ergebnis, nicht ein unvermitteltes Ereignis bilden. Kann aber jene Voraussetzung zustande kommen, solange man Friedensschlüsse, wie sie im Osten geschlossen, mit Landloslösungen und strategischen Grenzsicherungen, mit Halsabschnürungen wie in Rumänien, und mit Friedensschlüssen der Art, wie man sie im Westen vornehmen will? Niemals! Der Bankrott der Zukunft ist vom Grafen Czernin ganz richtig gesehen worden, aber von den Mitteln zu seiner Vermeidung ist bei ihm wahrlich nichts zu merken. Die Feinde, sagt Graf Czernin, müssen, nachdem sie militärisch erobert sind, auch noch moralisch erobert werden. Irrtum! Grauenhafter Irrtum! Wir müssen uns alle selbst moralisch erobern; auch die Moral beginnt zu Hause. Dann wird in einer moralisch erneuten Welt der Weg zum Frieden gefunden werden. Der militärische Erfolg wirkt hier nur störend.

Locarno, 8. April.

Ob Graf Czernin seine Rede lange überdauern wird, will mir zweifelhaft erscheinen. Die Tschechen und die Sozialdemokraten erheben sich zu lebhaftem Protest, so daß eine innere Krisis nicht zu vermeiden sein wird, und auch die alldeutsch-schwerindustriellen Kreise im Reich wie in der Monarchie sind mit der pazifistischen Frisur jener Rede an den Wiener Gemeindeausschuß nicht zufrieden. In seiner Polemik über die stattge-

habten Friedenspourparlers mit Delegierten Clémenceaus schneidet dieser Minister des Äußern ebenfalls schlecht ab. In der Tat entsprechen die von der französischen Regierung erläuterten Tatsachen nicht den Angaben des Grafen. Sie bewirken einen andern Eindruck, als seine Andeutungen in der Wiener Rede hervorgerufen hatten. Daß er diese Andeutungen gemacht hat, zeigt die Kurzsichtigkeit des Leiters der auswärtigen Politik, denn er hat damit die schmalen Stege, auf denen unermüdlich Versuche gemacht wurden, zum Frieden zu gelangen, für immer ungangbar gemacht, er hat Österreich-Ungarn um jene Vorteile gebracht, die es als die durch Haß und Mißtrauen minder belastete Zentralmacht besaß, um Vorteile, die ihm die Führung in der Friedensvermittlung gesichert hätten und ihm auch im Daseinskampf des künftigen Friedens zugute gekommen wären. Welche Regierung wird es künftig wagen, mit den Zentralmächten, besonders aber mit Österreich-Ungarn, in unverbindliche Gespräche über die Kriegsbeendigung einzutreten, wenn sie fürchten muß, im geeigneten Moment von den Politikern der Zentralmächte preisgegeben zu werden, wie das Graf Czernin Clémenceau gegenüber tat. Diese Wege, die uns die letzten Hoffnungen boten, dem Krieg durch Umgehung der Militärs beizukommen, hat der Außenminister der Monarchie verrammelt. Er ist somit der wahre Kriegsverlängerer geworden, er, der sogar die Schuld dafür denjenigen an den Hals hängen möchte, die wahrhaftig nichts andres tun, als die Bestie Krieg bei den Hörnern zu fassen. Dieser Versuch, die Schuld gerade auf die Pazifisten abzuwälzen, an die er sich früher angelehnt hatte, ist das lächerlichste Beginnen dieses Staatsmannes. Er mag sich sonnen in den Zustimmungen der Wiener und Budapester Presse, die er selbst verfaßt oder veranlaßt hat, und die so sehr erinnern an jene Kränze, die sich eine Mime selbst kauft,

um sie sich am Abend auf der Bühne überreichen zu lassen. Graf Czernin sorgt nur für Humor in dieser traurigen Zeit, wenn er z. B. in die Welt telegraphieren läßt, das «Pester Journal», ein Mistblatt, dessen ich hier schon oft gedenken mußte,

> «hebt insbesondere die Bemerkungen Czernins über die Pazifisten hervor und sagt, mit Recht habe Graf Czernin die Pazifisten in die Kategorie der Kriegsverlängerer eingereiht. Kein Wasser vermag die Schuld wegzuwaschen, die die Pazifisten auf sich luden, indem sie die große Kriegsfrage zum Objekt ihrer parteipolitischen kleinlichen Taktik herabwürdigten».

Die Blutschuld der Pazifisten in diesem Krieg zu behaupten, bleibt als geschichtliches Dokument an jenem pazifistischen Seiltänzer haften, der die Antwort an den Papst und die Antworten und Anregungen an Wilson verantwortlich deckte und die Budapester Rede vom 2. Oktober 1917 hielt. Ich glaube die pazifistischen Lorbeeren des Grafen Czernin werden sich in das Stachelkraut verwandeln, mit dem die Verdienste um die famose Friedensmachination des Ostens gebührend geschmückt werden dürften, und sein pazifistisches und politisches Leben selbst dürfte beendigt sein, nachdem er als Siegesbote von Bukarest, der den Petroleum- und Getreidehandel mit Rumänien abgeschlossen haben wird, in Wien von den spalierbildenden Hausfrauen und den christlich-sozialen Gemeinderäten empfangen worden ist.

Wahrhaftig, dieses Bild von Staatsmannbegabung in dieser traurigsten Menschheitperiode wirkt entmutigend. Es ist keiner da, der den Ausweg fände. Wie wenn Kinder, die mit Streichhölzern gespielt und das Haus in Brand gesteckt haben, ratlos dem gefräßigen Element zusehen, so stehen unsre von Amtswegen zur

Genialität berufenen Staatsmänner dem Weltbrand gegenüber, den ihre Dummheit angestiftet hat und — — spielen weiter.

Der große Selbstbetrug des Ostfriedens zeichnet sich in seinen Konturen immer deutlicher ab. In der Tat geht dort der Krieg ruhig weiter. In dem Phantasiegebild der Ukraine wird geschossen, verbrannt und erobert wie in den Zeiten der Kriegsepoche. Die Ukrainer fangen an, einzusehen, daß der Friedensvertrag ihrer Rada eigentlich dem trojanischen Pferd glich, durch das der Feind ins Land gebracht wurde. Man hört, daß sich die Ukraine gegen die eingedrungenen Deutschen und Österreicher aufzulehnen versucht, und daß die Bauern das Getreide, das man ihnen wegnehmen will, mit Gewehren und sogar Kanonen verteidigen. Das ist der «Brotfriede» mit der Ukraine, den man bereits kleinlaut als Trugbild anzusehen beginnt. Ein andrer Ostfriede, der in Finnland, hat es nun bewirkt, daß deutsche Truppen das finnische Festland betreten haben, um durch kriegerische Handlungen den Friedensvertrag zu verwirklichen und betreffs Rumäniens wird mitgeteilt, daß die deutschen Truppen auch nach dem Friedensschluß, auch nach der Demobilisierung des rumänischen Heeres, im Lande verbleiben werden. Und in Großrußland wird ganz offen an der Errichtung eines Revolutionsheeres gearbeitet, zu dem die Entente hilfreiche Hand bietet. So zeigt sich das militärische Friedensgebilde jetzt schon in seiner Unhaltbarkeit.

Aber ohne durch die Erfahrungen belehrt zu werden, hoffen die Stümper des Ostfriedens jetzt im Westen etwas Ähnliches zuwege zu bringen. In seinem Telegramm an den Reichstag (es trägt das ominöse Datum des 1. April) spricht Hindenburg die bedeutungsvollen Worte:

> «Brite und Franzosen dürfen nicht glauben, daß die neuen Blutopfer, die sie uns aufgezwungen

haben, umsonst gebracht sein sollen.» Dann folgt der Hinweis auf «einen kraftvollen deutschen Frieden», der «allein uns fortan vor einem Krieg bewahren kann».

Man will also auch noch den Westen zerstückeln und annektieren und den Scheiterhaufen auch an der Westseite des Reichs errichten.

Glücklicherweise beginnt sich immer mehr der Gedanke zu klären, wie dieser mit so ungeheuren Opfern erkaufte Frieden aussehen wird, einerlei ob er siegreich endigt oder nicht. Schon Graf Czernin hat in seiner letzten Rede vor den überschwänglichen Hoffnungen betreffs eines allgemeinen Frieden gewarnt und hat den Weltnahrungsmittelmangel als «die schrecklichste Folge dieses Kriegs» bezeichnet. Und nun hat auch der frühere deutsche Reichskanzler Dr. Michaelis in einem öffentlichen Vortrag den künftigen Frieden in seiner wahren Gestalt geschildert und vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt.

«Es würde eine Täuschung sein», so heißt es in dem auszüglichen Zeitungsbericht über jene Rede, «wollten wir glauben, wir hätten mit dem Frieden die gleichen Lebensverhältnisse wie im Jahr 1914 wieder; wir müssen der Tatsache ins Gesicht sehen, daß wir die Kriegsnot mit in den Frieden nehmen. Wir müssen die kommende Friedensnot ohne Murren ertragen. Unser Leben wird auch nach dem Krieg unter Zwang stehen, Schmalhans wird Küchenmeister werden und bleiben. Die Knappheit, die Teuerung werden anhalten, nicht nur in der Ernährung, sondern auch in den Kleidern und Schuhen. Unsre große Schuldenlast wird zu einer staatlichen Zwangsverwaltung der Rohstoffe führen. Ich würde lieber auf eine Kriegsentschädigung verzichten, wenn ich noch einmal dafür verantwortlich sein müßte, als unser Volk durch Bezahlung seiner Schulden in die größte Gefahr zu bringen, in den Materia-

lismus zu versinken. Ein schlichtes häusliches Leben wird nach dem Krieg unsre Aufgabe sein. Unsre Kinder sind unser höchstes Gut. Wir dürfen jeßt die Friedensnot nicht gering einschäßen; das deutsche Volk hat sich aber am kräftigsten und herrlichsten erwiesen, wenn es in der größten Not war.»

Endlich also beginnt man die Minderwertigkeit jenes Friedens öffentlich einzubekennen, die wir Kriegsgegner schon längst vorhergesagt haben. Aber der Versuch, aus dieser elenden Not gleißnerisch eine Tugend zu machen, ist unerträglich. Man muß sich nur immer die Ereignisse des Juli 1914 vor Augen halten, um sich über den Frevel klar zu werden, der in jenen Handlungen lag, die der Menschheit einen derartigen Zustand auferlegten, der Menschheit, die glücklich und groß dahingelebt hat, ehe die Narren und Verbrecher uns in diesen Krieg trieben. Ja, wozu habt ihr denn diesen Krieg gefordert, wenn er euch, euch, die ihr ihn jeßt mit Erfolg geführt habt, eine derartige Erniedrigung und Entartung des Lebens in Aussicht stellt? Warum stellt ihr das hin als eine von einer hohen Macht auferlegten Prüfung, wo es doch nur eure stümperhaften Hände, eure beschränkten Hirne waren, die diesen trostlosen Zustand schufen. Nicht bewußt schufen! Nicht um dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, durch die Not sich kräftig und herrlich zu erweisen, seid ihr in den Krieg gezogen. Ihr seid betrogene Betrüger. In der Hoffnung, euch zu bereichern durch Raub und Totschlag habt ihr den Krieg entfesselt, um reicher zu werden, um über die Welt zu gebieten seid ihr ausgezogen, und nur weil ihr euch und die andern betrogen habt, gebt ihr euch jeßt als die ehernen Charaktere, die in der Not erstarken, während ihr in Wirklichkeit im Überfluß zu schwimmen hofftet. Herr Dr. Michaelis will um Gotteswillen keine Kriegsentschädigung, weil diese Erleichterung des Elends und

«in Materialismus versinken» hieße. Wir kennen dieses Moltkewort! Herr Dr. Michaelis mag ruhig sein. Es wird ihm keiner eine Kriegsentschädigung ins Haus bringen, und er wird sich sein Lebtag lang darüber freuen können, wie das Volk, das siegreich war, sich in ein «schlichtes, häusliches Leben» zwängen wird. Schlichtes häusliches Leben, das wird sich zeigen in ständiger Unterernährung und erhöhter Sterblichkeit, in der Ausbreitung der Schwindsucht, der Syphilis, der Verbrechen, der Geisteskrankheiten, in der Abnahme der Volksbildung, in der Verminderung der Geburten. «Unsre Kinder werden unser Höchstes sein». Sie werden verhindert werden, zur Welt zu kommen, und einmal geboren, werden sie durch das Elend, das sie umgibt, in Massen sterben. Und nicht zuletzt wird es die Freiheit sein, die das Individuum verliert, denn das Volk, das von den gewissenlosen Hetzern hinausgeführt wurde, die Welt zu beherrschen, wird sich dem Zuchthausstaat des Militarismus unterwerfen müssen. Der Zwang wird bleiben, prognostiziert Michaelis. So wird die Welt aussehen, die der «Gefahr der Materialismus» entrückt ist, die aber an den Idealen der Militaristen und Mucker verfaulen wird.

Nur die eine Hoffnung bleibt: daß die Frage des «Warum» immer höher emporzüngeln wird, und daß die Erkenntnis der Gründe diese Frage so beantworten wird, daß die Menschheit an dieser Antwort wieder genest.

Locarno, 10. April.

Die Enthüllung des Grafen Czernin über die in der Schweiz gepflogenen Verhandlungen zwischen österreichischen und Ententevertretern zieht weitere Kreise und erreicht andre Ziele als der österreichisch-ungarische Außenminister dabei vermutet hat. Bei dem Hin und Her an Darlegungen über den Verlauf jener Konversationen, die bald die österreichische, bald die französische

Regierung veröffentlichen, ist die letztere nunmehr dahingelangt, Kaiser Karl in die Angelegenheit hineinzuziehen. Danach hätte der junge Kaiser schon im März 1917 in einem von ihm unterzeichneten Schreiben seine Zustimmung zu den «gerechten Ansprüchen Frankreichs hinsichtlich Elsaß-Lothringens» gegeben und in einem zweiten Schreiben festgestellt, daß der Kaiser mit seinem Minister dabei einig gehe.

Locarno, 13. April.

Die französische Regierung hat den Brief Kaiser Karls veröffentlicht.

Das Wiener Korrespondenzbureau hat gestern noch ein Telegramm des Kaisers Karl an Kaiser Wilhelm wiedergegeben, worin von dem «Lügennetz» die Rede ist, in dem sich der französische Ministerpräsident verwickelt habe, der sich

> «nicht scheut, nunmehr auch die völlige falsche Behauptung aufzustellen, daß ich irgendwelche, gerechte Rückerwerbungsansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen anerkannt habe.»

Und heute findet man in dem Brief Kaiser Karls vom 31. März 1917 an seinen Schwager Sixtus den Satz:

> « . . . daß ich mit allen Mitteln und unter Aufbietung all meines persönlichen Einflusses bei meinem Verbündeten die gerechten französischen Ansprüche hinsichtlich Elsaß-Lothringens unterstützen werde.»

Locarno, 14. April.

Die Offensive im Westen geht weiter. Die deutschen Armeen schreiten unaufhörlich vorwärts. Jetzt rührt es sich oben. La Bassée, Armentières wurden genommen, die Lys an einigen Stellen überschritten, das Bombardement

auf Paris wird fortgesetzt. Es scheint, daß die Entente nicht die Kraft besitzt, den deutschen Vormarsch aufzuhalten, und daß es langsam aber stetig, unter unerhörten Blutopfern zwar, den Deutschen gelingen wird, ihre Ziele Calais und Paris zu erreichen. Was dann? Welches Unglück für das Volk, das ihm solche Siege bescheert werden, die ihn zum meistgehaßten Ausbund der Menschheit machen müssen, die ihm den Zwang auferlegen, durch immer weitergehende, immer blutigere, immer unerträglicher werdende Gewalttaten sich in der Welt zu behaupten und so dem Untergang zuzutreiben, der jedem Gewalttäter, jedem Gewaltvolk, früher oder später zuteil wird. Einst, in einer Rede, in der er von der «öden Weltherrschaft» sprach, hat Kaiser Wilhelm diese Gefahr erkannt und gekennzeichnet, und als abschreckendes Beispiel wies er auf die Weltreiche hin, die sich in der Geschichte gebildet hatten, und er stellte die Frage: was aus ihnen geworden ist. Solchem Unheil steuert das deutsche Volk jetzt durch seine Siege im Westen zu, die es von der ersehnten Sicherheit und dem ersehnten Frieden immer mehr entfernen.

Wie diese Siege vernichtend auf den herrschenden Geist im Land einwirken, kann man mit Schrecken wahrnehmen. Es schwillt der Kamm, die Masken fallen, und die Friedensheuchelei, die man ausreifen ließ solange der Osten und Süden sich noch bedrohlich zeigten, verrinnt mit jedem Tag mehr. Eine nach der andern von den Stützen der Reichstagsresolution des 19. Juli bröckelt ab, von jener Reichstagsresolution, die man uns als den unzweideutig ausgesprochenen Willen des deutschen Volkes hingestellt hat, an den zu zweifeln als Unverschämtheit galt, als eine dem deutschen Volk angetane Beleidigung. Weil die Ententestaaten diese Resolution nicht als vollwertige Münze anzusehen wagten, hat man ihr den bösen Willen zur Kriegsfortsetzung daraus nach-

zuweisen gesucht. Und jetzt? Die Freisinnigen und die Zentrumsleute, einer nach dem andern treten sie auf und bekehren sich angesichts der Siegeskonjunktur zu dem Gegenteil dessen, was sie im Sommer des Vorjahrs mit dem Brustton der Überzeugung salbungsvoll verkündet haben. Und das preußische Herrenhaus klatscht ihnen Beifall. Oh, das preußische Herrenhaus! Will man wissen, was für einem politischen Leben uns die Siege in Ost und West entgegenführen, so braucht man nur die Geistesrichtung zu betrachten, die aus den letzten Verhandlungen der preußischen ersten Kammer hervorleuchtet. Die offenen Bekenntnisse zur Gewaltpolitik fanden den Beifall der übergroßen Mehrheit jenes Hauses und der Regierung. Es ging gegen Polen. Nachdem der Osten vom Eismeer bis zum schwarzen Meer durch die Gewalt unterjocht wurde, so stach den Herren von Preußen das «befreite» Polen in die Augen. Ganz logisch ist es von ihnen, in dem künftigen Polenstaat einen Feind jenes Geistes zu sehen, der sich anschickt, in Preußen und damit in Deutschland zur Herrschaft zu gelangen. Wer wird nicht der Feind jenes Geistes sein? Aber deshalb will man das eben «befreite» Polen verknechten. Es sollen ihm Gebiete abgenommen werden mit «Millionen Einwohnern» und der Rest soll durch Auferlegung einer Kontribution erschlagen werden. Die Kontribution nennt man Beteiligung an den Kriegslasten des Reichs und die Annexionen nennt man, nach dem landesüblich gewordenen Heuchellexikon, «militärische Sicherungen». Also eine neue Teilung Polens! Und das sind die Grundlagen jener Zukunft, für die das deutsche Volk jetzt blutet und zahlt!

Und wie es blutet! Grauenvoll wieder, die deutschen Zeitungen in die Hand zu nehmen mit den spaltenlangen Todesanzeigen der im Westen gefallenen Jugend. Es sind die Kinder, die bei Ausbruch des Kriegs noch mit

kurzen Hosen in den Schulbänken saßen, die jeßt 19- oder 20-jährig hingemäht werden für die Kriegsentschädigung, für die Gruben von Briey und Longwy, für das Phantom der belgischen Küste, für die Erhaltung der europäischen Todeskrankheit von 1871, des Idols der beiden Provinzen. Zu Haufen, nein zu Bergen liegt Menschheit aufgestapelt, Familienglück zertreten auf dem Boden der Picardie, und, den Wahnwiß mit bengalischem Feuer beleuchtend, wirkt die Erörterung, die die Lichnowsky-Enthüllungen angefacht haben. Daß die Verständigung mit England möglich war, daß die dem deutschen Volk als Verbrecher hingestellten englischen Staatsmänner Asquith und Grey Ehrenmänner sind, die den Frieden wollten, tritt immer deutlicher zutage und damit die Klarheit, daß verschrobene, liebedienerische engbehirnte Zwerge die Entgleisung der Welt gleichsam aus Amtsdisziplin und Höflichkeit gegen die Träger des militärischen Geistes und die nach Ruhm, Betätigung und Profit Hungernden herbeigeführt haben, in der ahnungslosen Befangenheit, es könne nicht allzu schlimm werden, und man werde sich durch Grimmassen bluffen lassen.

In solchen Händen lag das Geschick von Millionen. Den Tod eines einzigen Jünglings, dessen Aufzucht Sorge gebracht, auf dem Gewissen zu haben, wäre Grund genug, mit diesem System zu brechen, das Menschheitsgeschick in die Hände ob ihrer Intelligenz Ungeprüfter legt; wie erst muß der Millionenmord, die Weltverarmung und Weltverseuchung dieses System zertrümmern! Alles vergiftet! Alles benebelt! Alles im Wahn! Der Totentanz Deutschlands ist nicht mehr aufzuhalten.

Locarno, 15. April.

Zum erstenmal ist das Wort vom fünften Kriegswinter gefallen! Haussmann hat es gesprochen in einer Rede, die er am 10. April in Stuttgart hielt. Ich

habe nur einen Auszug zu Gesicht bekommen. Darin heißt es (Berl. Tagebl. 12. IV.):

«Die wichtige Frage sei, ob die militärischen Erfolge sich bald in politische umsetzen werden. Um unerwünschten Stimmungsenttäuschungen vorzubeugen, sei es nützlich, klar zu sehen. Die Aufbietung all unsrer Kraft sei noch lange nötig. Der Friede sei noch fern; leichtfertig sei, wer ihn für die nächste Zeit verspricht. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß in den nächsten Monaten der fünfte Kriegswinter vorbereitet werden muß.» —

Da haben wir's also. Das ist die unumwundene Bestätigung meiner hier so oft vertretenen Ansicht, daß kein Sieg zum Frieden führt. Das ist die Desavouierung Hindenburgs und andrer, die dem deutschen Volk aus den Siegen im Westen den wahren Frieden verhießen, das ist die Entlarvung des Reklameschlagwortes für die achte Kriegsanleihe, deren Erfolg den Frieden sichern soll. Alles blendende Täuschung. Die Gegnerschaft der Deutschen im Westen denkt gar nicht daran, aus ihren Niederlagen die Notwendigkeit einer Unterwerfung zu ziehen. Lord Curzon hat kürzlich im Oberhaus von Kriegsmaßnahmen für das Jahr 1919 gesprochen. England ist keineswegs nervös. Es rechnet mit einer Niederlage in diesem Frühjahr und organisiert kaltblütig eine neue Armee mit den Fünfzigjährigen und den Iren und mit den Amerikanern. Fünfter Kriegswinter? Ich sage Euch, ehe nicht das Militärregime in Deutschland einem vernünftigen, weitschauenden Bürgerregime Platz macht, gibt es noch einen sechsten, ja einen zehnten Kriegswinter und eine zwanzigste Kriegsanleihe!

Locarno, 16. April.

In welchem Zeitalter leben wir! Die Geschichte mit dem Kaiserbrief und die Art wie Graf Czernin sie zu entkräften sucht, ist wohl eines der traurigsten, eines

der haarsträubendsten diplomatischen Ereignisse dieser Kriegsära. Das Wort «wer jetzt nicht lügt, ist ein Schuft», scheint wirklich das Motto unsrer Diplomatie zu sein.

Noch am 11. April ließ Graf Czernin durch das Wiener Korrespondenzbureau amtlich erklären, «daß die Angaben Clémenceaus über die brieflichen Äußerungen Kaiser Karls *von Anfang bis Ende erlogen* seien». Aber nach der daraufhin erfolgten Veröffentlichung des Wortlautes jenes Briefes durch die französische Regierung mußte Graf Czernin das Vorhandensein dieses Briefes vom 13. April zugeben und sich darauf beschränken, Teile desselben als «*ver*fälscht» zu bezeichnen. Die Stelle über Elsaß-Lothringen hätte danach gerade das Gegenteil gesagt, als in der französischen Veröffentlichung enthalten ist. Der am 11. April noch «von Anfang bis Ende erlogene» Brief soll folgende Stelle enthalten: «*Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären. Sie sind es jedoch nicht.*»

Die geistige Minderwertigkeit dieser Diplomatie wird am besten gekennzeichnet durch das geringe Maß von Urteilskraft, das sie andern zutraut. Es ist beleidigend, welche Einschätzung solch ein Diplomat den Völkern zumutet. Die Nebelatmosphäre des Kriegs, die jeden feindlichen Staatsangehörigen als einen Lumpen und Verbrecher erscheinen läßt, erleichtert ihnen das Jonglieren mit der Vernunft. In diesem Nebel glauben viele alles, was zur eignen Reinwaschung und zur Besudlung der Gegner gesagt wird, zumal wenn eine offiziös einexerzierte Presse «die Mauer» macht. In den Dementierfabriken der Zentralmächte sitzen wahrlich keine Genies. Wie soll man glauben, daß Kaiser Karl in einem

Brief, dessen Friedensabsicht ja zugegeben und in der offiziösen Wiener Presse sogar in den Vordergrund gestellt wird, einen Punkt hervorheben und so ablehnend unterstreichen wird, daß angenommen werden muß, er müsse den Zweck des Versuchs von vornherein vereiteln. Gerade so wie Kaiser Karl in jenem Schreiben kein Wort über den Ausgleich mit Italien verlor, weil in dieser Hinsicht im März 1917 Schwierigkeiten bestanden, über die besser nicht geredet werden durfte, wenn man zu Unterhandlungen über den Frieden gelangen wollte, ebenso hätte er kein Wort über Elsaß-Lothringen verloren, wenn er die französischen Rückforderungsansprüche darauf als ungerecht angesehen hätte.

Ist es möglich, daß Graf Czernin, der dieses Kunststück zuwege gebracht hat, die Monarchie so zu schädigen, ihr Ansehen im Ausland so zu untergraben, die Friedensmöglichkeiten zu sabotieren, noch länger im Amt bleibt?

Locarno, 17, April.

Nachdem ich gestern diese Worte geschrieben, kam mir die Zeitung in die Hand, aus der ich erfuhr, daß die Ära Czernin der österreichisch-ungarischen auswärtigen Politik bereits vorüber war, als ich hier das Verlangen darnach zum Ausdruck brachte. Graf Czernin, der flexible Pazifist, der Mann, der auch anders kann, hat seine Demission gegeben. Clémenceau, der traditionelle Ministerstürzer hat, wie Frau Dr. F. es vor einigen Tagen hier prophezeite, auch den Minister Österreich-Ungarns gestürzt, den Tschechen, Südslawen und Sozialisten des eignen Landes zu stürzen nicht vermochten.

Der Fliegerkönig Freiherr von Richthofen ist gefallen, nachdem er seinen achtzigsten Luftsieg erfochten. Das Wort vom Krug, der so lang zum Brunnen geht bis er bricht, erweist sich als abgeleiert gegenüber dem Schicksal aller Lufthelden. Sie siegen lange, manch-

mal sehr lange, aber sie entgehen dem grausamen Schicksal nicht. Man sollte ein Schußgesetz gegen den Ehrgeiz jener jungen Leute erlassen, das ihr Leben sichert. «Wer den fünfundzwanzigsten Luftsieg errungen, soll nicht mehr fliegen dürfen. Er soll zu einer Muße mit Würde gezwungen werden. So könnte man das Leben junger, tatkrätiger Menschen für künftige Wirksamkeit im Dienste des Volkes sparen.

Die Engländer melden, daß sie dem gefallenen Lufthelden ein feierliches Begräbnis bereiteten. Fliegeroffiziere trugen jenen zu Grab, der achtzig der ihren zu Fall und zu Tod gebracht hat und unter zahlreichen Kränzen befand sich einer mit der Aufschrift «dem tapfern und würdigen Gegner». Widersinn des Krieges! Da gehen sie gegeneinander los, um sich wechselseitig das junge Leben auszublasen, und wenn sie tot sind, ehren sie einander wie wirkliche Menschen. Da fiel mir dieser Tage eine Äußerung Voltaires in die Hände. Er spricht von den Menschenfressern und meint, daß es doch kein so großer Unterschied sei, ob die in der Schlacht Erschlagenen von den Raben und Würmern oder ob sie, wie bei den Wilden, von den Siegenden selbst verzehrt werden. Das Töten sei das Verbrechen und nicht die nachfolgende Prozedur. Und daran anknüpfend sagt der weise Franzose: «Wir respektieren die Toten mehr als die Lebenden. Es würde notwendig sein, beide zu respektieren.» Das erweist sich noch immer als wahr in diesem Krieg. Hunderttausende werden zerschmettert und bei den Leichenbegängnissen spielt man die gesitteten Europäer. Rückfall in die Kultur!

Bern, 2. Mai.

Die Leute, die sich die Blut- und Eisenmaxime ihres Lehrmeisters Bismarck zur Grundlage ihrer Politik genommen haben, werden doch eines Tages einsehen

müssen, daß sie die Möglichkeiten und Wirkungen dieser Methode für unsre Zeit nicht richtig berechnet hatten. Was für Bismarcks Zeit möglich war, ist es nicht mehr in unsrer Zeit. Das Mittel ist furchtbar. Nur wenn es in den lokalen Kriegen der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zur Anwendung gelangte, wenn es in kurzen Zeiträumen zum Erfolg führte, vermochte es einen Nutzen für den Verwender zu bringen, der damit rechnen konnte, daß der Erfolg die Schrecken seines Handelns vergessen machen wird. «Le succès effacera tout» soll General von der Goltz zu Anfang des Kriegs gesagt haben, als man ihm von den nachhaltigen Wirkungen sprach, die das Vorgehen Deutschlands in Belgien und das Schreckensregiment der deutschen Heere in diesem Land nach sich ziehen wird. Aber die Nachfolger Bismarcks haben übersehen, daß in unsrer Zeit der hochentwickelten Interdependenz der Völker lokale Kriege nicht mehr möglich sind, daß jede Gewaltanwendung in Europa zu einem Weltkrieg führen mußte, und daß ein derartiges Ringen nicht in kurzen Schlägen zu Ende geführt werden konnte. Durch die Vergrößerung des Kriegs im Raum wie in der Zeit mußte die Anwendung der Blut- und Eisenmaxime solche ungeheure Dimensionen annehmen, daß jenen, die ihr bis zum Äußersten treu bleiben, und die sich gezwungen sehen, alle Konsequenzen der einmal angewandten Methode zu ziehen, vor ihrer Bismarck-Ähnlichkeit bange werden mußte. Das stimmt ja, daß Krieg Gewalt ist, und daß, wie Feldmarschall Hindenburg dies kürzlich gesagt hat, der Krieg eine harte Sache ist, die mit Handschuhen nicht geführt werden könne. Aber es besteht leider nicht die Aussicht, daß man diese mit dem Krieg verbundene notwendige Härte als Entschuldigung wird gelten lassen. Das Blutbad wird zu groß, der Eisenhagel zu vernichtend gewesen sein, und — einerlei, ob nun beide Seiten an diesem Unglück mitgewirkt haben —

dasjenige Volk, das das Unglück der zahlreicheren, größeren und länger währenden Erfolge zu verzeichnen haben wird, wird den Fluch der Menschheit für alle Schrecken durch die Geschichte zu tragen haben, ganz abgesehen davon, ob es gelingt oder nicht gelingt, ihm auch noch die Schuld an dem Ausbruch des Kriegs nachzuweisen. Man gibt sich darüber in Deutschland einer großen Täuschung hin, wenn man glaubt, daß man mit einem, von einem Achselzucken begleiteten «à la guerre comme à la guerre» zur Tagesordnung und zur menschlichen Gemeinschaft wird übergehen können. Bei der Lektüre eines Artikels von Friedrich Naumann (N. Z. Ztg. 11. IV 1918) ist mir kürzlich diese auf falschen Hoffnungen begründete Ansicht so recht deutlich geworden. Er schrieb darin:

> «Die Westvölker wollen ein moralisches Weltgericht gegen Deutschland fertig bringen, damit selbst im Falle militärischer Unbesiegbarkeit eine säkulare Beflecktheit übrig bleibt. Selbstverständlich führen auch die Deutschen den Krieg als Krieg, zerstören und verderben, wie es der Krieg mit sich bringt, aber es würde für sie schwer wieder gutzumachende Folgen haben, wenn sie selber unter dem harten Druck so hart würden, auf ihre Zugehörigkeit zur allgemein menschlichen Kultur oder zur christlichen Moral kein besonderes Gewicht mehr zu legen.»

Es darf eben nicht vergessen werden, daß das Zerstören und Verderben, das dieser Krieg mit sich bringt, von der Menschheit noch nie geschaut wurde, daß die bei diesem wahnwitzigen Beginnen geschlagenen Wunden, wenn überhaupt jemals, nach Jahrhunderten nicht geheilt sein werden, und daß ein Vergessen, das zu einem Vergeben führt, fast ebenso lange nicht zu erwarten ist. Die Weltverhältnisse waren eben zu einer Kriegführung

in Europa nicht mehr geeignet. Die Blut- und Eisenmaxime ist unanwendbar geworden, und indem man es dennoch zu einem Krieg kommen ließ, sich auf jene Maxime glaubte stützen zu können, hat man ein Unheil gezeitigt, von dem man nicht mehr loskommen kann, derjenige vor allem nicht loskommen kann, dem der Erfolg lacht und der glaubt, bis zu Ende konsequent bleiben zu müssen. Stümper sind es, die da meinten, die Bismarcksche Zauberformel in unsern Tagen anwenden zu können. Sie, die mit einer kurzen Operation rechneten, sehen nun unendliche Leichenfelder und Trümmerhaufen vor sich, ein Verbluten des Geistes und der Gesamtkultur, ohne daß sie sich mehr helfen können. Die Zauberlehrlinge sind eben keine Meister, und der alte Hexenmeister, der sich auf seine Formeln und auf seine Zeit verstand, ist tot.

Gar nicht abzusehen ist es, zu welchen Zerrüttungen und zu welchen Haßquellen die eiserne Konsequenz, mit der das Gewalthandwerk seitens der Alldeutschen gepredigt und seitens der Militaristen ausgeübt wird, hinführen wird. Jeder Tag bringt neue Maßnahmen, die nur ein immer tieferes Hinunterrasseln in den Abgrund bekunden. Gestern war es eine Verordnung über die deutschen Gerichte in Belgien — ach nein! von Belgien ist gar nicht mehr die Rede. Für die Militärbehörden gibt es kein Belgien mehr. Sie sprechen in ihrer Verordnung nur noch von «Flandern und Wallonien.» Man kennt die Ursache. Ein Konflikt der obersten belgischen Gerichtsbehörde mit der deutschen Behörde. Ein mannhaftes Protestieren belgischer Richter, gefolgt von einem Streik der Gerichte und der Advokaten. In weiterer Verfolgung der Gewalt setzt Deutschland nun in dem armen gequälten Land deutsche Gerichte ein, die nach deutschen Gesetzen Recht sprechen sollen. An und für sich eine entsetzliche Gewalttat an einem unterdrückten Volk. Konse-

quenz der Blut- und Eisenmaxime. Entsetzlich sind aber erst die näheren Bestimmungen. Die Gerichte werden etwa nicht eingesetzt, damit belgische Bürger ihr Recht finden können, nein, sondern in Zivilsachen ausdrücklich «zum Schutz der privatrechtlichen Interessen der Deutschen, der Verbündeten und der Neutralen!» Also Rechtsprechung des Feindes, nach den Gesetzen des Feindes und nur gegen das unterjochte Volk! In Strafsachen wird die Tätigkeit der deutschen Gerichte nur auf das im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichung Ordnung Notwendige beschränkt. Nur wo es sich um eine mit dem Tod oder mit mehr als fünf Jahren bedrohte Straftat handelt, werden drei Richter amten, sonst nur ein einzelner deutscher Richter, der es also in der Hand hat, den Beklagten bis zu fünf Jahren in den Kerker zu stecken.

Ist das eine Maßnahme, die eben der Krieg als Krieg mit sich bringt, oder ist das nicht vielmehr eine Schreckenstat als Konsequenz der nun einmal angewandten Blut- und Eisenmethode, des Bismarckismus ohne Bismarck, des Schreckens ohne Grenzen?

Bern, 6. Mai.

Über die Aussichten für die Kriegsdauer ist es kürzlich im preußischen Abgeordnetenhaus zu einer bezeichnenden Äußerung seitens der Regierung gekommen. Der Konservative Spee hat (in der Sitzung vom 30. April) den Antrag eingebracht, die Beratung der Wahlreform bis nach Friedensschluß zu vertagen. Darauf hat der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, geantwortet:

> «Jetzt eine Vorlage, die feierlich angekündigt worden ist, und in deren Beratung wir mitten drin stehen, auf eine ganz unbestimmte, unabsehbare Zeit zurückzustellen, würde den innern Frieden unsres Volkes aufs tiefste gefährden.»

Also der preußischen Regierung erscheint die Zeit des Friedensschlusses noch «ganz unbestimmt», noch «unabsehbar»! Das ist ein Widerspruch zu den Äußerungen der Generale, die die so unerhörte Opfer erheischende Frühjahrsoffensive mit ihrer Wirksamkeit für einen baldigen Frieden begründeten, das ist im Widerspruch zu den mächtigen, für die achte Kriegsanleihe ausgestoßenen Fanfarenstößen, wonach deren Erfolg den Sieg, der Sieg aber den Frieden bringen werde. Und nun heißt es «unbestimmte, unabsehbare Zeit!»

Bern, 10. Mai.

«Der Friede von Bukarest» ist am 7. Mai im Schloß Cotroceni unterzeichnet worden, in dem selben Saal, so wurde es mit bekanntem Takt von der deutschen Telegraphenagentur verkündet, in dem vor eindreiviertel Jahren der Beschluß zum Krieg gefaßt wurde. Der Bukarester Friede bedeutet die Strangulierung Rumäniens, und der ganze Vertrag ist ein Hohn auf die im ersten Artikel enthaltene Floskel, wonach «die vertragschließenden Teile entschlossen» sind, «fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben». In Frieden und Freundschaft! Welche Ideen haben die Unterzeichner dieses Schriftstückes vom Völkerfrieden, seinen positiven Grundlagen und seinen psychologischen Voraussetzungen! Nichts weiter hat sich hier, wie bei allen bisherigen Friedensschlüssen, ereignet, als eine Regulierung des Nicht-Kriegszustandes. Von einer Friedenserrichtung ist keine Rede. Rumänien ist seiner Selbständigkeit beraubt worden und bleibt ein deutscher Vasallenstaat, solange die Situation es hindern wird, sich von den drückenden Bestimmungen zu befreien. Rumänien soll nach der militaristischen Denkmethode eine Friedenssicherung für Deutschland werden, und wird, wie der gesamte Osten, nichts andres sein, als die größte Gefahr

für Deutschland, der nur durch große und dauernde Rüstungen einigermaßen wird vorgebeugt werden können.

Kriegsentschädigungen werden dem unterjochten Land nicht auferlegt, aber die vertragschließenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten, d. h. daß die von der Besatzungsarmee in Rumänien gemachten Requisitionen, die den Betrag von einer Milliarde betragen sollen, nicht bezahlt werden. Außer den offen eingestandenen Annexionen in der Dobrudscha werden versteckte Annexionen unter der Bezeichnung von Grenzberichtigungen an Ungarn vorgenommen, die als unbedeutend hingestellt werden, da sie nur wenig bewohnt sind, deren Waldbestand jedoch, nach einer neiderfüllten Äußerung des Grafen Reventlow in der «Deutschen Tageszeitung», drei Milliarden wert sein soll. So wird Tisza noch «Mehrer des Reichs».

Die wirtschaftliche Strangulierung des armen Landes, dessen Bevölkerung die Sünden einiger Weniger zu tragen hat, die sich am Kriege bereichern wollten, kommt aber erst deutlich zum Ausdruck in den Wirtschaftsverträgen, deren Wortlaut noch nicht veröffentlicht, deren Inhalt aber aus den Bestimmungen des Präliminarfriedens ersichtlich ist. Die den Reichtum des Landes bildende Petroleumindustrie und die Getreideproduktion kommen ganz in deutsche Hände.

Und trotz all dieser erdrückenden Bedingungen wird das Land nicht etwa von der Herrschaft des fremden Militärs befreit. Die rumänischen besetzten Gebiete werden nach Kapitel 5 des Vertrages, erst «zu einem später zu vereinbarenden Zeitpunkt geräumt», und trotz der hier festgelegten Unbestimmtheit der Dauer der Besetzung werden die Kosten für die Unterhaltung des Besatzungsheeres Rumänien auferlegt. Den Anordnungen des

Befehlshabers des Besatzungsheeres ist von den rumänischen Behörden Folge zu leisten.

Wie weit ist dieser Friede entfernt von den von Wilson aufgestellten vier Grundsätzen, die sowohl vom Reichskanzler Hertling wie vom Grafen Czernin als Friedensbasis akzeptiert wurden; wie steht er namentlich im Widerspruch zu der unter Punkt 4 aufgestellten Forderung, wonach die nationalen Bestrebungen befriedigt werden sollen,

> «ohne neue Keime der Zwietracht und des Antagonismus zu säen, oder alte fortbestehen zu lassen, die eventuell dem europäischen Frieden und infolgedessen dem Frieden der Welt ein Ende machen können!»

Bern, 14. Mai.

Kaiser Karl war am 12. Mai mit großem diplomatischen und höfischen Gefolge im deutschen Hauptquartier. Es wird berichtet, daß dort die Richtlinien über das künftige Bündnisverhältnis der beiden Reiche besprochen und beschlossen worden seien. Das alte Bündnis von 1879 hat seine Grundlagen verloren, da von Rußland, gegen das es geschlossen wurde, in absehbarer Zeit keine Gefahr mehr droht. Dem Bündnis muß daher ein neuer Inhalt gegeben werden. Es wird davon gesprochen, daß es sich um eine, staatsrechtlich durch die Landesgesetze festzulegende Verbindung in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Beziehung handelt. Glücklicherweise sind das erst Projekte, deren Auftauchen jetzt nicht Verwunderung zu erregen braucht, da gegenwärtig die Alldeutschen im Reich wie in Österreich, unterstützt durch die Allmagyaren, das Millennium ihrer Träume erreicht wähnen. Hart im Raum stoßen sich jedoch die Dinge in der, in ihrer Mehrheit keineswegs deutschen, am aller-

wenigsten reichsdeutsch-preußisch gesinnten Donaumonarchie. Das ganze hat mehr Demonstrationswert als innern Wert.

Bern, 16. Mai.

Es scheint sich zu erfüllen, was ein gewiser Rudolf Theuden in seiner bereits 1914 erschienenen Schrift «Was muß uns der Krieg bringen» (zitiert in Grumbach, «Das annexionistische Deutschland», Seite 327) mit naiver Offenheit angekündigt hat. Da heißt es: «. . . unsern deutschen Brüdern in Osterreich, deren Augen schon so lange auf uns gerichtet sind, die so heiß ersehnte Erlösung zu bringen, das ist ein Ziel, das wir unter allen Umständen erreichen müssen, ein Ziel, das wir selbst im Falle eines vollständig verlornen Kriegs erreichen können». Also danach war die Eroberung Osterreichs für jene Kreise, die heute das Heft in Deutschland in Händen haben, eine ausgemachte Sache, das Hauptziel, in jedem Fall das sicherste Ziel, das sie auch zu erreichen sicher waren, wenn der Krieg mit einer Niederlage enden sollte.

Sieht man das in den maßgebenden Kreisen Osterreichs nicht ein, oder will man es nicht einsehen? Will man es nicht sehen, weil man die einzige Lösung, die es für die Schwierigkeiten der Donaumonarchie gäbe, die Demokratisierung des Staates, nicht will und vorzieht, ehe man sich der Demokratie verschreibt, sich mit Haut und Haaren dem preußischen Militarismus auszuliefern? Wohin kann das führen? Doch nur zu einem latenten Revolutionszustand der nichtdeutschen wie der deutschen, aber nicht alldeutschen, Elemente im Reich. Zu dessen Niederdrückung die preußische Hand gerufen werden wird, wodurch sich ihre Herrschaft erst recht festsetzen muß. Alles Gerede von der Wahrung der staatlichen Individualität durch den zu erwartenden Vertrag ist Phrase.

Osterreich-Ungarn, das innerlich und äußerlich ärmere und schwächere Land wird, ist die Militärkonvention einmal abgeschlossen, vergebliche Versuche machen, sein Gesicht zu wahren. Der einmal mit Preußen-Deutschland verbündete Doppel-Aar wird zu jenem Vogel werden, dem die Alternative gestellt ist: friß oder stirb. Schon der Dreibund mit seiner losen Bindung hat die Monarchie um die Freiheit ihres Handelns gebracht. Es ist nicht wahr, wenn Prinz Lichnowsky den Dreibund als eine Gefahr für Deutschland hinstellt, die das Reich zwang, österreichische Politik zu machen, sich in österreichische Händel verstricken lassen. Die leitende Macht war immer Deutschland. Es ließ sich durch Osterreich nicht ins Schlepptau nehmen, sondern dirigierte die österreichische Politik immer dorthin, wo es sie haben wollte, aber es hielt den Schein der eignen Initiative gern verborgen. Schon der Dreibund war eine societas leonina. Das Kriegsrisiko lag in Deutschland, in dem durch seine Politik am meisten angefeindeten Land. Mit ihm verbündet sein hieß dieses hohe Risiko mit übernehmen. In dem neuen Bund werden sich alle diese Gefahren, alle diese Beeinträchtigungen verstärkt ergeben. Die Bindung wird fester und drückender werden. Es wird für die Entwicklung dieser kulturell so hochstehenden Völkergruppen an der Donau keine freie Bahn mehr geben. Und das wäre schade, denn Osterreich-Ungarn mit seinen begabten Völkern harrt ein hoher Beruf. In ihm liegt der Keim für ein neues, für ein freies Europa, ein Keim, der zugrunde gehen muß, wenn dem Staat die Fähigkeit zur eignen Entwicklung genommen werden wird. In Osterreich-Ungarn, das seine Völker demokratisch organisiert, wäre es möglich, Patriot und Europäer zu sein, in einem Osterreich, das sich dem preußischen Militarismus ausliefert, zerbricht diese Möglichkeit.

Es ist noch nicht aller Tage Abend. Der Vertrag ist noch

nicht geschlossen. Es ist noch immer möglich, daß die Vernunft siegt über die Machenschaften interessierter Kreise und Parteien.

* * *

Kaiser Wilhelm hat in Aachen eine Rede gehalten. Er empfahl den Kleinmütigen, einige Tage an die Front zu gehen und sich die Verwüstungen dort anzusehen, «dann wird er nicht mehr klagen und mit seinem Los zufrieden sein». Gibt es also «Kleinmütige» in Deutschland? Es sind dies vielleicht jene, die in der Zerstörung Frankreichs, in den Haß, den diese Zerstörung erzeugt, in der Verewigung des Krieszustandes, der sich daraus ergeben muß, die Grundlage für eine Zufriedenheit nicht finden können, die sie eher zu suchen hofften in einem nicht durch Krieg und Vernichtung zerwühlten Europa. Es sind vielleicht jene, die nicht ihre Zustimmung geben können, zu dem andern Satz des Kaisers, der da lautet: «Wenn sich die Herren hier in sicherer Friedensarbeit zusammenfinden können, verdanken sie das unserm unvergleichlichen Heer»; jene, die vielleicht den ketzerischen Gedanken hegen, daß es just das Vorhandensein eines «unvergleichlichen» Heeres war, das die Unterbrechung der Friedensarbeit bewirkt hat.

Der Kaiser berichtet ferner, daß die Offensive gut vorwärts gehe; «die Sache im Westen wird gemacht, aber wir müssen Geduld üben». Gibt es in Deutschland Leute, die die Geduld verlieren? Werden sie sie finden, wenn sie bedenken, daß das «Machen» der «Sache» gleichbedeutend ist mit noch einer halben Million Leichen und mit vier Milliarden Kosten für jeden in Geduld verharrten Monat? Der Kaiser berichtet ferner über die kriegerischen Erfolge im befriedeten Osten, über die Lebensmittelzüge, die aus der Ukraine in Berlin eintreffen, über die «reichbeladene Handelsflotte», die im

Hafen von Sebastopol «erbeutet» wurde, von dem Vormarsch in der Krim, mit der wir ja bekanntlich seit dem Brester Vertrag «in Frieden und Freundschaft» leben. «Also es steht gut» meinte der Kaiser.

Bern, 21. Mai.

Es sind nun heute zwei Monate her, daß die große Offensive im Westen begonnen hat. Sie hat das Versprochene und Erwartete bisher nicht erreicht; aufgegeben ist das Ziel natürlich noch nicht. Mit atemloser Spannung blickt die Menschheit betrübt auf den vorbereiteten neuen Ansturm der deutschen Heere, auf den neuen Blutstrom, der sich durch das verwüstete Land wälzen und der den Frieden ebensowenig näherbringen wird wie die vorhergegangenen opferreichen Anstürme. Zwei Monate ist eine lange Zeit.

Mittlerweile sind auch die Wirtschaftsverträge bekannt geworden, die Rumänien auferlegt wurden. In der N. Z. Z. meinte gestern ein Rumäne, noch niemals wären einem Staat so drückende Bedingungen auferlegt worden wie Rumänien in jenem Bukarester Frieden.

Wenn man nun diesen ganzen Ostfrieden übersieht, von Finnland bis nach Rumänien, diese Bedingungen, diese offenen und versteckten Annexionen, kriegerischen Aktionen und gewaltsamen Entwicklungen, die sich daraus ergeben oder noch ergeben müssen, so muß man sich mit Erstaunen fragen, wie ist das alles vereinbar mit jenen pazifistischen Erklärungen, die die Mittelmächte mit allem Nachdruck einst so entschlossen in die Welt geschmettert haben. Die Welt vergißt zu schnell. Die Antwort der Mittelmächte auf die Papstnote ist noch kein Jahr alt. Und was hörten wir da:

> «Mit der Kraft tiefwurzelnder Überzeugung begrüßen wir den leitenden Gedanken Eurer Heiligkeit, daß die künftige Weltordnung unter Ausschaltung

der Waffen auf der moralischen Weltmacht des Rechtes, auf der Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit ruhen müßte. Auch sind wir von der Hoffnung durchdrungen, daß eine Hebung des Rechtsbewußtseins die Menschheit sittlich regenerieren würde.»

(Österr.-ung. Antwort auf die Papstnote.)

«Mit besonderer Sympathie begrüßt die kaiserliche Regierung den führenden Gedanken des Friedensrufs, womit sich Seine Heiligkeit in klarer Weise zu der Überzeugung bekennt, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten muß. Auch wir sind davon durchdrungen, daß der kranke Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Macht gesund werden kann.»

(Deutsche Antwort auf die Papstnote.)

Nun also wird die moralische Macht des Rechts gefestigt und errichtet in Finnland und im Baltikum, in Polen, in der Ukraine und in der Krim, in Rumänien und wahrscheinlich auch in Böhmen, Slavonien, Kroatien und Bosnien. — — —

Wohin steuern wir am Ende dieses vierten Kriegsjahres, in welches Chaos sind wir geraten? Wann und wie werden wir daraus den Ausweg finden?

Bern, 26. Mai.

Über den Fliegerangriff, der am Pfingstmontag auf Köln stattfand, habe ich in deutschen Zeitungen nichts gefunden. Auch Leute, die ich danach gefragt, haben dort nichts darüber gelesen. Es muß, wenn überhaupt, sehr unauffällig darüber berichtet worden sein. Das wundert mich nicht. Es wäre schwer gewesen, die übliche Entrüstung anzustimmen. Denn wenige Stunden vorher waren mehr als 30 deutsche Flieger über London geflogen und haben dort arge Verheerungen angerichtet.

Da konnte man kaum von den tückischen Feinden sprechen, die offene Städte des Heimatgebiets angreifen, zumal Köln doch eine Festung ist, die noch viel näher zur Front liegt als London, das troß aller Behauptungen des Generalstabs als Festung nicht angesehen werden kann. Das Rechnen mit der Vergeßlichkeit der Menschen mußte versagen, wo es sich nicht um einige zurückliegende Wochen, sondern nur um Stunden handelte. Die Gefahr bestand, daß selbst der deutsche Michel klarsichtig werden und erkennen konnte, daß man sich über die Handlung in Köln nicht entrüsten dürfe, wenn wenige Stunden vorher von uns die gleiche Handlung in London verübt wurde. Es wäre zu befürchten gewesen, daß dieser deutsche Michel plößlich zu der schrecklichen Entdeckung gekommen wäre, die Mörder der in Köln getöteten Frauen und Kinder sind unsre eignen, unsre deutschen Flieger, die durch ihre Aktion im Lande des Feindes dessen Aktion über Deutschland auslösten. Deshalb mußte man über das Kölner Blutbad schweigen. Solche Gedanken durfte man nicht aufkommen lassen. So sehr im Negligé seines Wesens durfte man den Militarismus nicht sehen. Das über London gebrachte Grauen durfte man am Morgen nach Pfingsten breit und ausführlich lesen, aber von dem Blutbad in Köln gab an diesem Tag keine Zeitung Nachricht.

Aber für die Dauer läßt sich auch in dem heutigen Gefängnisstaat nichts verschweigen. Vielleicht war es auch das Aufschäumen der geknebelten Vernunft, das sich meldete, und so erfuhr die Offentlichkeit am 25. Mai von dem am 18. Mai auf Köln erfolgten Fliegerangriff, durch eine in den Zeitungen veröffentlichte «Kleine Anfrage» eines Reichstagsabgeordneten, in der erwähnt wird, daß dieser Luftüberfall «außerordentlich zahlreiche Opfer an Toten und Verwundeten gefordert» hat. Es wird seitens des Abgeordneten auch angefragt, ob der

Reichskanzler bereit sei, «Anregungen zu veranlassen oder Bestrebungen zu unterstützen, die dem sinnlosen Mord von Frauen und Kindern durch Abmachungen internationaler Art endlich ein Ende machen?» — Also doch! So sieht man endlich die Sinnlosigkeit dieses Mordens ein! Es hat lange gedauert. Der Fliegermord ist heute nicht sinnloser geworden, als er schon vor vier Jahren war. Und die Tatsache war für jeden nicht mit der Schiefsicht militaristischer Mentalität Behafteten schon längst klar, daß jeder Fliegermord eine von den eignen Leuten ausgelöste Handlung ist, daß sich alle Bombenschmeißerei als eine Kette von Repressalien darstellt, bei der es wahrhaftig nicht darauf ankommt, wer einmal angefangen hat, sondern nur darauf, daß niemand den Mut und den Verstand hat, ein Ende zu finden.

Das Blutvergießen ist ein großes Unglück für Hunderttausende braver und ahnungsloser Männer. Daß aber dieses vergossene Blut dazu benützt wird, Staatsbeziehungen und Monarchenfreundschaften zu «weihen», Rechtsansprüche zu errichten, die durch weiteres Blutvergießen behauptet und verteidigt werden müssen, ist grauenhaft. Es ist, als ob diese fürchterlichen vier Jahre nichts, gar nichts geändert haben. Die Trinksprüche bei Monarchenzusammenkünften sind dieselben geblieben wie in der Zeit vor der Katastrophe. Der Staatsoberhäupterpazifismus wickelt sich in den alten Formen ab, und die Regisseure der Verbrüderung arbeiten noch mit den alten und ältesten Mitteln der kriegerischen Friedensphraseologie. Entsetzlich! Kann kein neuer Stil gefunden werden für diese Akte? Passen denn die Phrasen von «mein» Volk, «dein» Volk, «sein» Volk, von der «ruhmreichen Waffenbrüderschaft», von der «herrlichen Hauptstadt», von der «Freundschaft unsrer Häuser», von dem «göttlichen Schutz unsrer Waffen», von unsrer «gerechten

Sache», «unsre durch die Kriegstaten bewiesene Friedensliebe», paßt dieser vermoderte Wortekram noch in unsre fortgeschrittene Zeit der 120-Kilometergeschütze, der Giftgase und der Fliegerbomben? Sollte man diese Freundschaftstoaste nicht aus der Weltgeschichte streichen oder sie nicht zum mindesten der Veröffentlichung entziehen? Welcher von der Kriegserschütterung zermürbte Mensch vermag dieses Gefasel noch zu ertragen?

Bern, 29. Mai.

Die Offensive im Westen hat wieder begonnen. Man ist an der Aisne losgebrochen und meldet Erfolge. Die deutschen Telegramme sprechen von siegreichem Ansturm auf die Höhen des Chemin des Dames, dem Überschreiten der Aisne und 15 000 Gefangenen. Die Pariser Telegramme sprechen von planvollem Rückzug und bezeichnen die deutschen Vorstöße als «übliche Anfangserfolge». Die Einbruchstelle weist nach Paris. Die deutschen Erfolge gefährden die französische Hauptstadt, in der Fliegerraids und das wieder aufgenommene Spielen der weittragenden Geschütze die Nähe und das Nahen des Feindes bekunden. Es wird wieder ein unerhörtes Morden und Zerstören werden. Und mit welchem Zweck? Glaubt man in Deutschland wirklich noch immer mit solchen Gewaltsprüngen den Frieden zu erzwingen? Graf Hertling soll kürzlich, als ihn ein ungarischer Journalist ausfragte, über den Gedanken eines Völkerbundes «skeptisch gelächelt» haben. Ist dieses skeptische Lächeln nicht eher angebracht den törichten Gewaltversuchen der deutschen Militärleitung gegenüber, die da glaubt, durch blutigstes Vorstürmen auf dem französischen Gelände, England, die Vereinigten Staaten, Südamerika, Japan, China zum Frieden zwingen zu können. All dieser angewandten Kraft fehlt die Transmission, die sie umzusetzen vermag in Zweck. Aber der starrköpfige

Versuch wird furchtbar werden. Allen, denen Vernunft geblieben, wird schweres Leid zuteil werden. Da las ich neulich, daß Asmundsen eine neue Nordpolfahrt unternimmt. Welch erlösender Gedanke, so auf drei bis vier Jahre das totkranke Europa verlassen zu können, fern von all dem Wahnsinn in wilder Einöde leben, um dann eines Tages nachsehen zu können, was von dem alten Kultur-Erdteil noch übrig geblieben ist.

Bern, 31. Mai.

Die deutsche Heeresmaschine schreitet in Frankreich weiter fort. Soissons ist genommen, Reims bedroht, die Aisne überschritten, und die Armeen schreiten der Marne zu. Die Truppen nähern sich Paris. Jeder klar Denkende sieht in diesem Fortschreiten ein Entfernen vom Frieden. Jeder Kilometer, der errungen wird, bedeutet neue Monate des Krieges. Die offiziellen Generalstabsberichte jubeln, und die Wolff-Kommentare bemühen sich, die militärischen Leistungen herauszustreichen. Es sei zugegeben, daß diese Leistungen in ihrer Art etwas Hervorragendes bedeuten. Sie müssen jeden Heerführer, jeden Regimentskommandanten mit Genugtuung erfüllen. Aber je länger der Krieg dauert, um so mehr vergißt man, daß die militärischen Erfolge nicht Selbstzweck sein können. Der Krieg wird doch nicht für die innere Genugtuung der militärischen Fachleute geführt. Die schönsten militärischen Leistungen sind zwecklos, wenn sie den Frieden nicht herbeiführen. Sie werden aber zum Verbrechen, wenn sie den Frieden direkt hinausschieben. Und das bewirken die Siege im Westen. Da nützt aller Jubel, aller Stolz, alle Hurrastimmung nichts, die zivilisierten Völker der ganzen Erde unterwerfen sich nicht der Gewalt eines deutschen Siegs. Wie der wilde Reiter in Spangenbergs Bild «Die Jagd nach dem Glück», läuft die deutsche Militärmaschine einem Phantom nach,

um, durch die Jagd danach verblendet, in den Abgrund zu stürzen. Eine ganze Welt unterwirft sich einem Gewaltfrieden nicht! Und je länger diese Täuschung andauert, um so größer werden die Opfer, um so unerträglicher die Verluste und um so unversöhnlicher der Haß und die Rachegefühle der unter der Wucht der deutschen Erfolge blutenden Gegner. Es wird immer deutlicher, daß nicht das deutsche Volk, daß der deutsche Militärgeist, der Wahnsinn der Alldeutschen, der Raubinstinkt der Schwerindustrie, daß einzelne Schichten, die in der Ergebnislosigkeit dieses opferreichen Kriegs ihr eignes Ende sehen, um ihre Selbsterhaltung kämpfen auf Kosten des betörten deutschen Volkes. Es ist nicht wahr, daß das deutsche Volk in seiner Existenz bedroht ist. Die Hunderttausende im Westen fallen für Landerwerb, für Geldforderungen, die man heimbringen will, fallen im günstigsten Fall für ein Friedensphantom, wie der sogenannte Ostfriede eines ist, der nur den Namen eines Friedens trägt und nichts andres ist als ein in andrer Form weitergeführter Krieg.

Ein Lichtstrahl fällt in dieses Dunkel der Zeit. Es ist die Schrift W i l h e l m M u e h l o n s, die mir heute zukam. «Die Verheerung Europas» ist sie betitelt; sie umfaßt Tagebuchniederschriften aus der Zeit vom Juli bis November 1914. Es sind ganz intime Niederschriften, die ein durch die furchtbaren Ereignisse der Kriegswerdung gequälter Europäer zur eignen Erleichterung niedergeschrieben hat. Sie waren sicherlich nicht dazu bestimmt, während des Kriegs veröffentlicht zu werden. Muehlon hatte niemals die Absicht, das von ihm verurteilte Getriebe des offiziellen Deutschlands während der Schlachten öffentlich zu brandmarken. Wenn er es nun doch getan hat, so tat er es unter dem Zwang, in den ihn die Herren Helfferich und Krupp durch den Mund des Herrn von Payer gebracht haben, als diese ihn vor aller Welt als

einen mit seinen Nerven zerbrochenen Mann hinstellten, um seine Anklage über die Kriegsvorgeschichte zu entkräften. Die jetzt veröffentlichte Schrift zeigt der Welt, daß dieser Muehlon kein zusammengebrochener Mann, sondern ein Recke ist, dessen Kraft in seiner hohen Sittlichkeit liegt.

Die Schrift Muehlons bedeutet eine Niederlage für den Kriegsgeist, die nachhaltiger wirken wird als alle Giftgas-, Feuerwerfer-, Luft- und Unterseesiege. Sie wird eine große Rolle spielen in der Geschichte des deutschen Volkes, das nie an dieser mutigen Tat vorübergehen kann, wenn sie auch jetzt noch so sehr von dem Fluch der Schwertgewaltigen und ihren schreibenden und telegraphierenden Advokaten verfolgt werden sollte. Die Schrift Muehlons ist die Morgenröte eines neuen Deutschlands. Sie läßt die Hoffnung auf das deutsche Volk gerade jetzt aufleben, wo man alle Hoffnung für geschwunden hielt. Gerade deshalb wird das neue Deutschland, das kommen muß, diesem Mann und seiner mutigen Tat einst Dank wissen, Dank auch jenen Armseligen, die ihn gezwungen haben, aus seiner Zurückhaltung hervorzutreten.

Diese Schrift, die den Deutschen die Irrwege ihrer Politik, die Verblendung ihrer Führer, die Krankheit des Volkskörpers so unerbittlich vor Augen hält, ist nicht das Werk eines Verbitterten, eines Unzufriedenen, eines in seinem Ehrgeiz nicht Befriedigten. Muehlon hatte Stellung und Ansehen wie nur wenige im Reich. Es lag eine glänzende Zukunft vor ihm, und er hat alles abgeworfen aus Ekel, aus Entrüstung, aus einem Sittlichkeitsempfinden heraus, das als heilig bezeichnet zu werden verdient. Wenn die Entente über diese Schrift auch jubeln wird, es geht doch aus keiner Zeile, aus keinem Wort hervor, daß er sie um ihres Beifalls wegen geschrieben. Um sich selbst zu entlasten, verfaßte er diese Aufzeichnungen.

Mögen die Kriegswächter, Kriegsschürer und Kriegsinteressenten im Reich über diesen Mann und über seine Schrift den Bannfluch sprechen, er hat mit ihr dem deutschen Volk mehr gedient als alle militärischen Taten. Denn er hat in der das Deutschtum verachtenden Welt den Glauben an das deutsche Volk wieder erweckt und wird damit den Frieden möglicher machen, als es die Siege Hindenburgs und Ludendorffs können. Ein Volk, das einen solchen Mann hervorbringen kann, der, klar sehend, in der Zeit der tiefsten geistigen Verirrung, alle Taten und Handlungen richtig einzuschätzen vermag, ist kein verlornes Volk. Muehlon steht nicht allein. Nur hat nicht jeder die Nerven und die Gelegenheit, sein Denken jetzt so zum Ausdruck zu bringen, wie es dieser und einige andre getan haben. Aber unterhalb der militärisch vergitterten Oberfläche, hinter der Grimasse der kriegerisch reglementierten öffentlichen Meinung, stehen Tausende, die innerlich den Tanz um die Schwerkanone nicht mitmachen, und die eines Tages das fieberdurchrüttelte Volk zu sich selbst und zur Genossenschaft mit den andern Völkern der Welt führen werden.

Ich habe die kleine Schrift in einem Zug bis zu Ende gelesen. Ich habe wie ein Durstender daran gehangen und die Worte als Erlösung eingesaugt. Jetzt fange ich wieder zu hoffen an. Möge es Tausenden, möge es Millionen vergönnt sein, an diesem Wahrheitstrank zu gesunden.

In dieser Schrift steht es vor uns, dieses furchtbare, dieses zeitwidrige, dieses grauenhafte System des raubgierigen und brutalen Pangermanismus und Militarismus. Nackt steht es da in seiner ganzen Scheußlichkeit und analysiert in seinen intimsten Regungen, in seinem Denken und perversen Fühlen. Aus den zahlreichen, zu Herzen gehenden Äußerungen, die alle wie kräftige Striche das gigantische Porträt zeichnen, nur eine Stelle:

«Macht, materielles Wachsen, Arbeitsgebiete, Disziplin, Methode waren die Worte und der Sinn. Sonst keine Idee, die sie berechtigte, zu herrschen, keine Wohltat und keine Rücksicht, die sie den Besiegten schuldeten. Kurz, kein Edelmut. Sie wollen sich in das Bett der andern legen und lassen sich ruhig dafür Barbaren schimpfen. Sie haben nicht den leisesten Ehrgeiz, die andern moralisch zu gewinnen.»

Einmal denkt er nach, daß es gut wäre, dem führenden Preußen den Sieg über Europa und die Ehre der Gestaltung der künftigen internationalen Beziehungen zu gönnen. Und er malt ein Bild aus, das er selbst als utopisch bezeichnet, um dann resigniert sich zu sagen:

«Es wird alles rauben, was es kann, um es zu behalten. Es wird nur geben, woran ihm nichts liegt, und das nur auf Kosten andrer. Es wird nie seinen Fuß vom Nacken der Besiegten und Überfallenen nehmen. Es wird jede fremde Zivilisation zwingen, seine Barbarei zu verehren. Es glaubt nur an die starke Faust im Innern und nach außen. Es erkennt keine andre Macht auf Erden an, als den Zwang.»

Und an einer andern Stelle:

«Wir haben keine Achtung vor den Verträgen gezeigt, wir können keine andre Gesinnung als die von uns selbst bekundete von andern Völkern gegen uns erwarten. Aber wir werden mit unserm Standpunkt nicht durchdringen. Es gibt ein moralisches Element in der Entwicklung der Menschheit, das wird uns besiegen, je mehr wir es verletzen.»

Die Presse! Welche Erlösung liegt in dem Fluch, den Muehlon am 25. September 1914 gegen den Kriegswahn der deutschen Presse richtet:

«Man muß ihrem Inhalt an vielen Stellen ausweichen, wie man schmutzigen Pfützen ausweicht. Auf

einige Blätter werfe ich nur noch einen flüchtigen Blick des Abscheues, wie jemand, der sich täglich überzeugt, daß ein ekelhaftes Reptil, das er nicht töten kann, sich noch am selben Ort befindet. Ja, die Presse ist wirklich einstimmig, wie sie sich rühmt. Möge niemals das deutsche Volk beschuldigt werden, was die Welt in diesen Zeiten zu hören bekam, sei die freie Sprache des Volkes durch sein eignes Sprachrohr gewesen . . . Nie wird sich die deutsche Presse von der Schmach erholen könen, die sie in diesem Krieg auf sich geladen hat. Wir müssen uns nach dem Krieg eine neue Presse anschaffen, die jetzige ist ein schmählicher Aussatz.»

Wenn man liest, was Muehlon über die Vergewaltigungen in Belgien, in Polen, in Elsaß-Lothringen sagt, so fühlt man, daß die deutsche Menschheit noch nicht rettungslos verloren ist im Treitschketum und Bernhardismus. In diesem Mann erhebt sich der neue Geist gegen jene Sünder am Deutschtum. Von Muehlon geht die Rückwirkung aus, aus dieser kleinen Schrift sprießt die Gesundung.

Und was für ein Mensch! Er kann seit der Mobilisierung nicht mehr im Automobil sitzen. «Ich kann nicht mehr im Wagen durch das Volk fahren, das jetzt die furchtbare Arbeit des Kriegs zu leisten haben wird.» Die Reservistentrupps, die mit ihren Habseligkeiten, von Gendarmen geleitet, zur Bahn ziehen, stimmen ihn traurig. «Ich kann den Leuten nicht in die Augen sehen, wie wenn ich an einem Verbrechen an ihnen Mitschuld hätte.»

Ob er nicht mitziehen solle in den Krieg, erwägt er:

«Ob ich nicht freiwillig das Schicksal unsrer Soldatenmasse teilen soll, ohne Rücksicht auf meinen persönlichen Standpunkt, lediglich aus dem natürlichen Trieb, mit und bei denen zu sein, die

kämpfen und leiden müssen. Aber der Auftakt in Belgien hat die Gefühle im Keime erstickt. Nicht einmal gezwungen ginge ich mit. Wofür habe ich Überzeugungen, wenn ich ihnen nicht treu bliebe und für sie eintrete.»

Und so wie er sich vom Krieg loslöst, weil er einen Rechtsbruch zur Voraussetzung hat, löst er sich von seiner Stellung los. Er beschließt,

> «bei mir selbst anzufangen, und mich von meiner Stellung, von meiner täglichen Arbeit, von der ich mich längst und bisher vergeblich befreien wollte, mit einem scharfen Schnitt loszutrennen».

Und das tut er auch.

Erschütternd ist die Eintragung vom 1. September 1914:

> «Für mich ist es ein wahres Unglück, in meinem Denken, in den wichtigsten und geringfügigsten Punkten so abzuweichen von meinen Landsleuten. Ich bin ein Fremder innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen.»

Nein! Dieses Empfinden ist das einzig Falsche in jener Schrift. Muehlon mag ein Fremder gewesen sein in seiner damaligen Umgebung. Er ist kein Fremder im deutschen Volke. Er wird verstanden. Von Tausenden. Er wird von Millionen verstanden werden. Das kranke deutsche Volk erwacht! Es wird genesen. Genesen an der hohen Sittlichkeit, die Männer wie dieser Krupp-Direktor ihm zur Labung reichen!

Bern, 2. Juni.

Die Kriegschronisten stellen fest, daß wir in die zweihundertste Kriegswoche getreten sind. Und in dieser zweihundertsten Woche steigt die Kampfwelle am höchsten. Die deutschen Heere nähern sich Paris wie in den Septembertagen 1914. Der Vorstoß zwischen Soissons und Reims hat zu einer Niederlage der französi-

schen Heere geführt. Das wird immer deutlicher. Alle Freunde des deutschen Volkes und der Menschheit trauern über diese Siege, die niemandem etwas Gutes bringen werden, niemandem außer der deutschen Militärkaste und den deutschen Welteroberungsideologen. Die Demokratie wird vor Paris bekämpft; nicht nur die deutsche, die Weltdemokratie. Deshalb verhüllen alle wahrhaften Freunde des deutschen Volkes, alle, die auf eine Erlösung der Menschheit durch den demokratischen Gedanken hoffen angesichts des unaufhaltsamen Fortschreitens der Riesenmaschinerie der deutschen Generale, traurig ihr Haupt. Traurig, weil sie ihre Ideale blutend am Boden sehen, traurig, weil sie wissen, daß durch die größten Siege die demokratische Idee, die sich ja gar nicht auf die Grenzen eines einzigen Landes beschränkt, in der Welt noch nicht erschlagen ist, und blutig weiterkämpfen wird, so daß die Sehnsucht nach dem Frieden in dieser zweihundertsten Blutwoche noch keine Aussicht auf Erfüllung findet.

Bern, 6. Juni.

Der große Vorstoß an der Aisne und bis zur Marne ist vorläufig erlahmt. Vorläufig. Daß die Offensive aufgegeben ist, wird niemand annehmen. Sie wird im gegebenen Augenblick und an einer der Heeresleitung günstig erscheinenden Stelle wieder aufgenommen werden. Das weiß man auch in Frankreich. Daß man aber dort nachzugeben gesonnen wäre, klingt aus der Rede, die Clémenceau vorgestern in der Kammer gehalten hat, nicht heraus, ist aus dem Votum nicht erkennbar, das ihm mit 370 gegen 110 Stimmen das Vertrauen verkündete. Daß wir zurückweichen müssen, meint Clémenceau, konnte uns nicht überraschen, nachdem mit dem russischen Zusammenbruch die Deutschen ihre frischen Millionenheere

gegen uns geführt haben. Wir weichen zurück, wir werden uns aber nicht ergeben. Amerika wird die Partie entscheiden. — Der Krieg findet also seine Fortsetzung, weil die deutschen Vaterlandslandsverderber ihren U-Bootkrieg haben mußten. Wäre Amerika nicht dadurch in den Krieg gezogen worden, so könnte sich Clémenceau jetzt nicht auf die amerikanische Hilfe stützen. Aber es wäre ja nicht so weit gekommen. Hätte Wilson seine Friedensaktionen nicht als Kriegführender unternehmen müssen, hätte er als Neutraler sprechen können, dann würde sein Einfluß so groß gewesen sein, daß der Friede nach der russischen Revolution zustande gekommen wäre. Wir wissen, wo die Kriegsverlängerer sitzen.

Bern, 8. Juni.

Im ersten Kriegsjahr habe ich hier einmal von einem grünen Nebel gesprochen, der sich über die Menschen gesenkt zu haben schien und ihre Handlungen und Denken entstellt. Seitdem sind Jahre verflossen, Kriegsjahre, und der grüne Nebel ist zu einer dichten Wolke geworden, die die Luft verpestet, die Sinne verwirrt, das Denken krank macht und den Blick trübt. In seiner «Zukunft» (1. Juni 1918) fragt Harden, sehr zur Zustimmung reizend:

> «Die Unterernährung des Leibes hat schon ein Heer neuer Krankheitserscheinungen vor den Blick des Arztes gestellt und sogar das Leben, die Kraft weiblicher Geschlechtsorgane traurig verkümmert, kann die Unterernährung der Seele, des Geistes, deren Fütterung mit unsauberem Ersatzstoff, irgendwo ohne üble Folgen bleiben?»

Nein, die Folgen sind deutlich erkennbar. Der dicke grüne Nebel umschwelt alles Tun.

Die neue Wendung des Kriegs ist wohl darin zu er-

blicken, daß deutsche Riesen-Unterseeboote — sie sollen 60 Meter lang sein — an der amerikanischen Küste erschienen und bereits eine Anzahl Schiffe torpillierten. Die amerikanischen Häfen an der atlantischen Küste sind geschlossen worden. Die Aufregung in der Entente, besonders in Amerika, soll ungeheuer sein. Sie ist erkennbar aus allen Berichten. Nun flammt in den Vereinigten Staaten auch der Haß gegen das Deutschtum auf, in jenem Land, das man als das größere Deutschland über See ansehen konnte. Was den Deutschen nur als berechtigte Wehr gilt, zeigt sich den andern als Grausamkeit der Gewalt in ihrer schrecklichsten Gestalt. Es ist ja wahr, die Deutschen tun nichts andres als sich wehren, nichts andres als Krieg führen. Aber an sie heftet sich der Fluch des Sieges im modernen Krieg, des Sieges, der so grundverschieden ist von den Siegen in früheren Kriegen. Damals schlugen sich die zum Totschlagen engagierten Berufssoldaten. Hatten sie ihr Geschäft besorgt, ging das Leben weiter. Heute aber ringen die Völker in ihrer Gesamtheit, nicht nur die Uniformierten, auch die Frauen, Kinder, die alten Männer, heute opfert nicht nur der Soldat sein Leben, sondern auch das Volk, leidet das Volk, verliert das Volk, die Reichen wie die Armen, seine Güter und seine Habseligkeiten. Das zeitigt ein noch nie dagewesenes Rauben, Morden, Stehlen, Sengen. Und bei diesem fürchterlichen Ringen die Oberhand zu besitzen, den Vorteil zu haben, am meisten geraubt, gemordet, gestohlen und verbrannt zu haben, ist ein Fluch, ein böser Fluch, der von einem Volk nicht überwunden wird, zumal wenn die ganze Welt darüber einig ist, daß es die Regierung dieses Volkes war, die diesen endlosen, unentwirrbaren Krieg ausgelöst hat.

* * *

Vom militärischen Standpunkt ist die Zensur nur Wirksamkeit des Selbsterhaltungstriebes. Der Krieg und der Militarismus könnten keine drei Monate mehr leben in dieser Welt, wenn man die Zensur abschaffte. Nur solange man über diese Institutionen die Wahrheit verbergen kann, vermögen sie zu bestehen. Das sollte selbst die Denkfaulsten zum Denken anregen.

Was da im deutschen Reichstag wieder von den Vertretern der Opposition an Zensurchikanen enthüllt wurde, an kleinlichen Akten der Willkür, läßt erkennen, daß es eine heimtückische Bosheit, eine Art ungezügelter Sadismus ist, der sich da Luft macht. Die militärischen Notwendigkeiten sind nur ein Vorwand-Passepartout. Es ist skrupellose Herrschafts-, Beherrschungs-, Unterjochungslust gegen alles Andersgesinnte. Nicht die Spur ist vorhanden, daß sich die militärischen Zensoren als ein Teil des Volks fühlen, die über Volksgenossen wohlwollende Bevormundung im Hinblick auf ein gemeinsames großes Ziel vorübergehend auszuüben haben. Das sind Gegner, Feinde, die sich an Wehrlosen gütlich tun und ein Vergnügen dabei empfinden, sie in ihrer Macht zu haben und quälen zu können. Es ist ein entsetzliches Schauspiel, zu sehen, wie das Volk, unter dem Vorwand einen Feind abzuwehren, ohnmächtig gemacht und von dem innern Feind (Oh! es gibt einen «innern Feind»; nur nicht dort, wo ihn die Konservativen und Militaristen gewöhnlich zeigen) zertreten wird.

Dieser Heidenglaube an die Gewalt, ihre Erlösermacht zeitigt eine Rücksichtslosigkeit gegen alles in der Welt, zeitigt jenen Geist der Überhebung, der keine Anpassung kennt und der, schließlich zur Rechtfertigung gedrängt, zur faustdicken Lüge führt und zu Ausflüchten, an die man wahrscheinlich selbst nicht glaubt.

Bern, 10. Juni.

Kaiser Wilhelm schrieb in einer Mitteilung an den Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge:

> «Mit Stolz und Dankbarkeit sehe ich täglich die gewaltigen Taten meiner Truppen, die dem deutschen Namen für alle Zeiten Achtung verschaffen werden.»

China hat beschlossen, die im Lande sich aufhaltenden 10 000 Deutschen nach Australien zu deportieren. In Amerika wird mit einer kaum zu erwarteten Schroffheit gegen die dort wohnenden Deutschen vorgegangen. In der ganzen Welt sind die Deutschen heute verfolgt, verbannt, verachtet, gehaßt. Das nimmt zu in dem Maße, in dem der Krieg fortschreitet. Kaum abzusehen, ob hiernach Jahrzehnten ein Wandel eintreten wird. Die Welt läßt sich eben durch militärische Taten nicht mehr zur Achtung und Bewunderung zwingen. Sie haßt die rohe Gewalt, und darunter leiden jene, die man versucht, durch Gewalt zur Geltung zu bringen.

Bern, 13. Juni.

Im preußischen Abgeordnetenhaus ist die Regierungsvorlage für ein allgemeines Wahlrecht zum vierten Mal abgelehnt worden. Die Regierung will nun mit der Auflösung vorgehen. In Zeiten normaler Menschlichkeit hätte ein Ereignis wie der Kampf für das allgemeine Wahlrecht in Preußen und das Eintreten der Regierung dafür, großen Eindruck gemacht und Begeisterung hervorgerufen. Heute, nach vier Jahren des Wahnsinns, ist die Art des Wahlrechts in Preußen eine so winzige Angelegenheit gegenüber den durch den Krieg entstandenen Weltproblemen, das uns der große Lärm, der über die Angelegenheit in Deutschland gemacht wird, als ein Manöver zur Ablenkung des Volkes von andern ernsten Erwägungen erscheint. Der Widerspruch zwischen allgemeiner Sterbepflicht für den Staat und einem nach

Besitz abgestuften Recht zu wählen ist so haarsträubend, daß einem ein Kampf für und gegen halb traurig, halb aber lächerlich erscheint.

Bern, 16. Juni.

Ein Kalmückenhäuptling als Kronzeuge für die Unschuld Deutschlands am Weltkrieg wird von der «Norddeutschen Allgemeinen Zeitung» der Welt vorgestellt. Es ist dies ein Oberst Fürst Tundutow, Hetmann der Kalmücken und der Astrachaner Kosaken, «der sich auf der Durchreise einige Tage in Berlin aufhielt». Durchreise? Leben wir denn wieder im Zeitalter des Verkehrs, wo russische Fürsten und Oberste nur so durch Berlin «durchreisen»? Dieser Kalmückenhetmann stand vor Ausbruch des Krieges bei der russischen Garde und tat Dienste beim Generalstabschef Januschkewitsch. In dieser Eigenschaft hörte der Fürst jenes berühmte Telephongespräch in der Nacht vom 29. zum 30. Juli 1914, in dem der Zar den General Januschkewitsch beauftragte, die Mobilisierung rückgängig zu machen. Der General log damals den Zaren an. Er sagte ihm, die Mobilmachung wäre nicht mehr rückgänging zu machen, da sie bereits angeordnet sei. In Wirklichkeit soll der General die Mobilmachung erst nach dem Gespräch mit dem Zaren ausgegeben haben. Ob diese Angaben mit den bisher bekannten Daten übereinstimmen vermag ich nicht zu prüfen. Das hat auch keinen Zweck, denn der jetzt durch Berlin «durchreisende» russische Oberst ist unmöglich ein verläßlicher Zeuge. Von Bedeutung ist nur, daß man in Berlin noch immer krampfhaft nach Zeugen für die Unschuld Deutschlands am Weltkrieg sucht, dabei aber nie mit dem 23. Juli und den vorhergehenden Tagen beginnt, sondern mitten drin, am 29. Juli, als die Katastrophe schon im Gang war, Erklärungen und Beweise zu finden sucht. Daß ein russischer Generalstabschef kein Förderer des Friedens sein mochte, sei

im voraus gern geglaubt. Ich finde es nur selbstverständlich, daß solch ein Mann sich die günstigste Gelegenheit nicht gern entschlüpfen läßt. Januschkewitsch war am 29. Juli 1914 nicht schlechter als Tirpitz am 12. Februar 1912, wo es sich darum handelte mit dem in Berlin anwesenden Lord Haldane zu einem Abkommen über die Flottenrüstungen zu gelangen. Es handelt sich für jeden Forscher nach der Schuld an diesem Verbrechen nur darum, wer einem kriegslüsternen Generalstabschef die Möglichkeit in die Hand gespielt hat, zu Gunsten einer kriegerischen Entscheidung zu wirken, und wer, als durch diesen Kriegsbegeisterten die russische Mobilisierung Tatsache wurde, sich in Verkennung der Folgen solcher Handlung, fortreißen ließ, darauf mit dem Krieg zu antworten, statt alle Mittel zu versuchen, das zum Krieg führende Manöver des russischen Generals doch noch zu durchkreuzen. Diese Schuld ist von den deutschen Machthabern nicht fortzunehmen, und auch ein durchreisender Kalmückenhetmann wird durch seine Enthüllungen daran nichts ändern.

Bern, 19. Juni.

Am Sonntag ist im deutschen Hauptquartier unter Fürstlichkeiten und Generale das dreißigjährige Regierungsjubiläum des Kaisers militärisch-festlich begangen worden. Dreißig Jahre. Wehmütige Erinnerungen. Es sind auch dreißig Jahre unsres Lebens, die dahin gegangen sind und die anders erfüllt und ausgefüllt zu sehen, unsre Hoffnung war. Eine getäuschte Hoffnung. Mit Wehmut lese ich den Artikel nach, den ich vor fünf Jahren zum fünfundzwanzigsten Regierungsjubiläum des Kaisers geschrieben habe. Mit welchen Hoffnungen! Daß es keinen Herrscher eines europäischen Großstaates gegeben habe, der 25 Jahre regiert hatte, ohne daß seine Regierung nicht durch einen Krieg befleckt worden wäre.

«Er hätte die Macht gehabt, es zu tun,» so schrieb ich, «er hätte Hunderttausende im Volk gefunden, die ihm Beifall zugejubelt haben würden. Und doch ließ er sich nicht auf die gefährliche Bahn bringen.»

Das war 13 Monate vor der Weltkrise des Jahres 1914. Ich zitierte damals, auch noch voll Hoffnung, jene Stelle aus der berühmten Bremer Rede von 1905, an die auch heute erinnert werden soll. Heute mehr als je.

> «Das Weltreich, das ich mir erträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absoluteste Vertrauen als eines ruhigen und friedlichen Nachbarn genießen soll, und daß, wenn man dereinst von einem deutschen Weltreich oder einer Hohenzollernweltherrschaft in der Geschichte reden sollte, sie nicht auf Eroberungen begründet sein solle durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen, kurz ausgedrückt, wie ein großer Dichter sagt: Außenher begrenzt, im Innern unbegrenzt.»

Ich pries diesen Satz als eine Verkündigung der Weltbundesidee.

Dahin! Dahin!

Das dreißigjährige Jubiläum fand in Feindesland statt. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg — wo war er vor fünf Jahren? — hielt die Ansprache. Er sprach von den «Ränken» der Gegner, von den «Neidern», die dem deutschen Volk den Platz an der Sonne nicht gönnen wollten, und ähnlichen Auslegungen der Kriegsursache. Und er vergaß nicht, den Kaiser zu preisen als den «Kriegsherrn, der unermüdlich über die Schlagfertigkeit des Heeres gewacht und sie mit weitem Blick gefördert hat». Und der Kaiser gedachte in seiner Erwiderung der Friedensjahre schwerer und lohnender Arbeit, die wohl politisch nicht immer erfolgreich gewesen, aber dem Kaiser doch, in der Beschäftigung mit seiner Armee, Er-

holung brachten. Das deutsche Volk sei sich beim Ausbruch des Krieges nicht darüber klar gewesen, was er bedeuten wird. Nur der Kaiser wußte es. «Ich wußte es ganz genau um was es sich handelte . . . es handelte sich um den Kampf von zwei Weltanschauungen.» Um die preußisch-deutschgermanische Weltanschauung, über Recht, Freiheit, Ehre und Sitte, ob die die Herrschaft behalten sollte, oder die angelsächsische, die dem «Götzendienst des Geldes verfallen» sei. Und der Kaiser trank «a u f d e n S i e g d e r d e u t s c h e n W e l t a n s c h a u u n g». Es ist vier Jahr Krieg, und Weltanschauungsfragen lassen sich in einem Kriegslager schwerlich mit unbefangener Genauigkeit erörtern. Die Auslegung des Kaisers über den Sinn des Kriegs ist nur eine weitere zu den Hunderten, die über den Sinn des sinnlosesten aller Kriege seit dessen Beginn schon vorgebracht wurden. Ein jeder sucht, die große gähnende Lücke zu füllen. Sie ist nicht zu füllen. Der Krieg hat keinen Sinn. Die Auslegung des Kaisers kommt der Erscheinung noch am nächsten. Er ist der Kampf zweier Weltanschauungen. Zu dem ist er aber erst geworden. Die Differenz der Weltanschauung hat ihn nicht hervorgerufen, und es ist schwer, gewußt zu haben, was aus dem Krieg sich entwickeln wird. Er ist, h e u t e , der Krieg zweier Weltanschauungen. Aber diese verschiedenen Anschauungsweisen kennzeichnen sich nicht so wie der Kaiser sie darstellt. Der preußischdeutschen steht nicht Geldgötzentum gegenüber. Ganz etwas andres! Aber man kann eben im vierten Kriegsjahr, in einem Waffenlager, die Menschheitsidee nicht in ihren klaren Umrissen erkennen. Und der Krieg mit tausend Sinnigkeiten brennt weiter.

Bern, 20. Juni.

Das rumänische Parlament ist in Jassy eröffnet worden. Die Eröffnung verlief, wie das Wolffsche Bureau meldet,

«in durchaus ruhiger und würdiger Weise». Man hebt das hervor, hat es also anders erwartet. Der König wurde mit Beifall begrüßt und bei einzelnen Stellen seiner Rede mit jubelnder Zustimmung unterbrochen. Als ob nichts geschehen wäre. Auch von der «Wiederherstellung unsrer Freundschaft, wie sie in der Vergangenheit bestand», mit den Zentralmächten nämlich, war die Rede. Warum auch nicht. Das Rechenexempel ist ja nicht gar so schlecht. Die «Frankfurter Zeitung» (18. Juni) stellt es in folgender Weise auf:

> «Laut neuester Statistik beträgt die gegenwärtige Bevölkerung Rumäniens inklusive Bessarabiens 8 775 000 Einwohner. Nach den bisherigen Berechnungen belaufen sich die Verluste der moldauischen Hälfte Rumäniens infolge des Kriegs (einschließlich der Verluste infolge der Kriegsseuchen) auf 800 000 Menschen. Durch die Grenzrektifikationen verliert Rumänien 725 000 Menschen, gewinnt aber durch die Union mit Bessarabien eine Bevölkerung von zweieinhalb Millionen Menschen.»

Also welch gutes Geschäft! Will man etwa in Deutschland auch solch eine Bilanz aufstellen und das durch die Erschlagenen entstandene Manko mit der Bevölkerungszahl der Randstaaten ausgleichen? — Das fehlt noch, der Menschheit weis zu machen, daß sie nach diesem Blutbad an Kopfzahl zugenommen hat. Alle diese Kunststücke der Bilanzenzieher des Kriegs müssen versagen.

Bern, 21. Juni.

Es ist heute der vierte Todestag Bertha von Suttners! Die Vorgänge, die in den Weltkrieg führten, beginnen damit ihre vierte Jährung. Bertha von Suttners Urne ist noch immer nicht beigesetzt. Es soll erst geschehen, bis das Morden beendigt ist.

* * *

Die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest zeigen sich heute schon in ihrer Durchsetzung mit Kriegskeimen. Die offizielle Auslegung des Charakters jener Friedensschlüsse beseitigt ja deren gewalttätigen und annexionistischen Chrakter. So Hertling im März, als er erklärte, der Friede von Brest-Litowsk enthalte «keine gewaltsame Aneignung russischen Gebiets» (Tagebuch 19. III. 18) und Graf Burian, als er die Eroberungen in Rumänien nur als ehrsam erworbene Vorhängeschlösser bezeichnete. Aber, daß es ein Gewaltfrieden war, kann man im Reagenzglas der politischen Chemie deutlich erkennen. Der kriegerische Landerwerb zerklüftet bereits, mitten im Krieg, die Bundesgenossen. Osterreich-Ungarn und Deutschland kämpfen um Polen, Bulgarien kämpft mit Deutschland um die Norddobrudscha und mit der Türkei um die Maritzagegend, Dedeagatsch, Kavalla usw. Die Türkei ist darob und wegen andrer Gebiete mit Deutschland in Spannung. Kurz; was wir immer gesagt haben: Jeder Friede mit Länderraub trägt den Keim für künftige Kriege in sich, erzeugt Spannungen, die die Völker nicht zur Ruhe kommen lassen. Es bebt und gärt schon, ehe der Krieg abgeschlossen. Wie soll es später werden?

Bern, 22. Juni.

Viscount Grey ist in einer Broschüre für den Völkerbund gegen den Krieg eingetreten. Alles, was er darin sagt, ist für uns Pazifisten so klar, so vernünftig, so unzweifelhaft. Es ist der Gedanke der unsre Bewegung seit Jahrhunderten schon erfüllt, der uns in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg die Kraft für unsre Betätigung verliehen, in uns in den letzten Jahren vor dem Krieg die Hoffnung auf einen Sieg der Vernunft erstehen ließ. «Lern, oder stirb!» ruft Grey den Völkern zu.

«Die ganze moderne Kultur steht auf dem Spiel. Die Frage, ob sie untergehen wird wie andre, frühere Kulturen oder ob sie weiter blühen und gedeihen wird, hängt von der Frage ab, ob die in dem Krieg verwickelten Nationen, oder nur die, die bloß Zuschauer sind, die Lehren aus den Erfahrungen dieses Kriegs ziehen werden.»

Grey legt diesem Krieg den wahren Sinn unter, der sich wohl unterscheidet, von den zahlreichen, zum Teil wie wahnsinnig anmutenden Unterlegungen von deutscher Seite. Es kann sich nur darum handeln, das System der Gewalt und die es tragenden Einrichtungen zu überwinden oder zugrunde zu gehen. Es kann in dieser engen Welt der miteinander verwachsenen, gegenseitigen Abhängigkeiten kein Vorherrschen, kein Alleinsein, keine unbegrenzten Unabhängigkeiten mehr geben. Ebensowenig wie ein vernünftiges Leben in Stadt und Staat möglich wäre ohne Ordnung, ohne Gesetz, ebensowenig ist dies heute mehr in der Welt möglich, die durch die Herrschaft der Maschine enger geworden ist als ehedem mittlere oder kleine Staaten waren. Dies gilt es, zu erkennen. Es gilt eben, zu lernen oder an der Unfähigkeit dazu zu sterben. Grey erklärt, daß eine Völkerliga auch Deutschland umfassen müsse, aber ein von dem Vorteil und der Notwendigkeit einer solchen Liga völlig überzeugtes Deutschland. «Die Überzeugung müßte aus dem deutschen Volk selbst kommen, die Alliierten können selbst durch einen vollen Sieg über Deutschland die Welt nicht retten.» Hierin liegt eine große und wichtige Wahrheit. Es muß endlich klar werden, daß, sowie der Krieg nicht durch militärische Mittel entschieden werden kann, die Idee, die ihm zu Grunde liegt, nicht durch militärischen Sieg zum Durchbruch gelangen kann. Die Erleuchtung der Weltnotwendigkeit einer auf Recht basierten Ordnung wird dem deutschen Volk erst

durch die Demokratie kommen. Die Demokratie, die während des Kriegs im deutschen Volk gezündet hat, kann erst zum Durchbruch kommen nach dem Krieg, nach der Zurückziehung der militärischen Gewalt aus dem öffentlichen Leben, nachdem erst die Wirkung des Kriegs sich geltend machen wird. Erst bis der durch den Krieg künstlich erhaltene Fieberrausch des geistigen, des wirtschaftlichen, des sozialen Lebens vorübergegangen sein wird, bis das Volk erst klar erkennen wird können, was der Krieg war, was er an Elend, an Lasten, an Verschlechterung eingebracht hat, dann wird in Deutschland die Demokratie siegen und mit ihm die Eingliederungsfähigkeit des deutschen Volks in ein Weltsystem. Warum daher warten, warum warten bis alles zu Grunde gegangen und nicht lieber alle Kräfte darauf verwenden, daß es zu einem Kompromißfrieden komme, auf den das deutsche Volk schließlich eingehen würde, troß seinen Siegfriedlern und alldeutschen Weltmachtfressern, sobald von Seiten der Entente die Bereitwilligkeit immer wieder klar vorgebracht würde.

Es ist so furchtbar traurig, daß diese vernünftigen Ideen von der Unmöglichkeit einer Weiterführung des Kriegszeitalters, von der Notwendigkeit einer Überwindung des Gewaltsystems und der Errichtung einer Staatengesellschaft in so eindrucksvoll glaubhafter Weise immer wieder nur von der Ententeseite vorgebracht wird, während man in Deutschland wohl manchmal von einer durch die moralische Macht des Rechts regulierten Welt redet, aber dauernd eine durch die zur Unmoral gewordene Gewalt errichtete Neuordnung der Welt weiter schafft. Sieht man denn nicht ein, daß man für den Rausch einer kurzen Zeit, das Deutschtum damit nach absehbarem Verlauf einiger Jahre zu Tode treibt. Der Saß Muehlons sollte in das Herz jedes wahrhaft patriotischen Deutschen geprägt werden: «Es gibt ein moralisches Element in

der Entwicklung, das wird uns besiegen, je mehr wir es verletzen.» Hören wir doch auf, es zu verletzen.

Bern, 25. Juni.

Österreich-Ungarn hat am Piave eine Schlappe erlitten. Nach den italienischen Berichten soll es sogar eine Niederlage sein. Der österreichische Bericht, der schon seit einigen Tagen bedenklich auf das Wetter hinweist, läßt es auch vermuten. Namentlich in der amtlichen Meldung vom 24. Juni, die infolge «Hochwasser und Witterungsunbilden» die Räumung der am rechten Ufer des Piave erkämpften Stellungen zugibt, und sich nicht scheut, abermals das Märchen der Planmäßigkeit und des freien Willens den Menschen durch die Phrase anzuhängen: «nach schon vor vier Tagen erteiltem Befehl». Zurück ist zurück. Der Plan dieser unerhört überflüssigen Offensive war nur vorwärts gerichtet. Die italienische Front sollte überrannt, durchbrochen, vernichtet werden. Nach zehn Tagen ist ein Rückzug angetreten worden. Dieses vergeudete Blut, dessen Vergießen der Sieg heiligen sollte, schreit nun in der Ernüchterung des Mißerfolges kraß zum Himmel!

Armes Österreich-Ungarn! Armes Land. Im Hinterland wütet der Hunger in seiner brutalsten Gestalt, gärt es in allen Schichten der Bevölkerung und der Armee. Streiks mit blutigem Ausgang, Meutereien in großer Zahl, parlamentarische Krisen und Demissionen der Regierung. Dahin ist es gekommen durch die fluchwürdige Tat des Ultimatums vom 23. Juli und durch Auslieferung des Volks seitens der Deutschnationalen und der ungarischen Gewaltfresser an den preußischen Geist. Niemals ist ein lebensfähigeres Volk von seinen Führern so verraten worden, wie die kultur- und zukunftsreichen Völker Österreich-Ungarns. Es ist der Zusammenbruch! Und ich sehe keine Rettung mehr. Sie war noch im vorigen

Monat gegeben. Nur radikale Loslösung von dem deutschen Bann hätte sie herbeiführen können. Ich habe es kommen sehen. Ich habe gewarnt. Ich habe es hier, mehr als einmal, niedergeschrieben, daß Osterreich sich nicht für die Ziele der Alldeutschen aufopfern dürfe. Deutschland, so schrieb ich, könnte eine Niederlage ertragen, Osterreichs Niederlage ist Osterreichs Ende.

Der jetzige Zustand der Monarchie läßt den Friedensschluß in weite Ferne gerückt erscheinen. Die Schwäche ist zu offenbar. Das wird die Entente nur zu neuen Hoffnungen, zu weiterm Durchhalten anspornen. Graf Burian zeigt wie fremd er der Außenpolitik ist, wenn er in seiner Antwort an den Wiener Arbeiterrat von seiner Friedensbereitschaft spricht, aber es für notwendig findet, zu erklären, wir seien gezwungen, «alles zu vermeiden, was unsre Feinde als Zeichen der Schwäche auslegen würden, und was sie daher nur zur Verlängerung des Kriegs ermutigen müßte». Kann er denn noch «alles vermeiden», kann er Brot schaffen, die Stabilität der innern Verhältnisse errichten, die Verzweiflung eindämmen? Das liegt doch alles zutage. Die Feinde werden daher den Krieg verlängern, der Osterreich-Ungarn vor die traurige Wahl stellt, entweder unter den Schlägen der Gegner zusammenzubrechen oder durch einen, höchst unwahrscheinlichen, Sieg Deutschlands gerettet zu werden und aus der Scylla der Zerstücklung durch die Entente in die Charybdis des preußischen Jochs zu fallen.

Es gäbe nur noch eine Rettung: der Separatfriede. Abtreten Südtirols an Italien und Friede mit Serbien und den Westmächten. Bundestreue? Deutschland hat seine vertraglichen Abmachungen für die Beschaffung von Brotgetreide gebrochen. Es läßt die Völker der Monarchie bundesbrüderlich verhungern. Es läßt die Völker Osterreich-Ungarns für die Unterjochung Belgiens und die

Aufrechterhaltung der Unterjochung Elsaß-Lothringens verbluten. Auch die Treue beginnt zu Hause.

Bern, 26. Juni.

Die Rede Kühlmanns vom 24. des Monats könnte man als eine, wenn auch mit bedenklichen Vorbehalten vorgebrachte, Erklärung zur Friedensbereitschaft auffassen. Namentlich in dem Satz, der die unbestreitbare Wahrheit verkündet, daß das Ende dieses Krieges «durch rein militärische Entscheidungen allein» nicht erwartet werden könnte. Das hat aber die Konservativen sehr aufgebracht, so daß während der rasselnden Protestrede des Grafen Westarp der bezeichnende Zwischenruf «Adieu Kühlmann» fiel, und daß in der gestrigen Sitzung der Reichskanzler «Mißverständnisse» aufzuklären sich veranlaßt sah, zu denen die betreffenden Ausführungen Kühlmanns Veranlassung geben konnten. Dieser habe damit nur die Verantwortung für die Verlängerung des Kriegs den feindlichen Staaten zuschieben wollen, «denn von einer Erlahmung unsres energischen Abwehrwillens, von einer Erschütterung unsrer Kriegszuversicht kann doch selbstverständlich nicht die Rede sein». Trotz dieser rhetorischen Konzession an die Alldeutschen, die Gewaltnarren und die Heeresleitung bleibt die von Kühlmann verkündete Wahrheit doch wahr. Man sieht nur zu deutlich, wer im Reich noch immer die Oberhand hat, wie die Regierung diesen Kreisen Rechnung tragen muß, und daß es deshalb zu einer Beendigung des Kriegs nicht kommen kann. Das deutsche Volk verblutet weiter im Dienst der Gewaltfanatiker und Weltherrschaftideologen.

Kühlmanns Friedensbedingungen sehen harmlos aus. Aber in den wenigen Worten, mit denen sie angedeutet werden, sind so viel Fallstricke vorhanden, daß die Entente, die doch nicht besiegt ist, keineswegs anbeißen

kann. Was versteht man unter den «Grenzen, die uns die Geschichte gezogen», was unter dem Wort «sicher», was unter dem Anspruch auf einen überseeischen Besitz, «welcher unsrer Größe, dem Reichtum unsrer bewiesenen Fähigkeiten entspricht». Darunter kann man den status quo aber auch das schönste Annexionistenprogramm verstehen. Die Gegner werden es nur so verstehen und ihre Völker damit anpeitschen. Ebenso abschreckend und abweisend ist die Erklärung über Belgien. Es geht dem deutschen Staatsminister das schöne, und freie und befreiende Geständnis, das deutsch im einstmaligen edlen Sinn des Deutschtums wäre, das Wort, das unbedingte Wiedergutmachung eines begangenen Fehlers verheißt, das Eingeständnis dieses Fehlers (c'est plus qu'un crime, c'est une faute) nicht von den Lippen. Sie wollen oder sie können das erlösende Wort nicht sprechen, das Deutschland und die Welt vor ärgstem Drang befreien könnte, das Wort: W i r v e r z i c h t e n a u f B e l g i e n! Sie sehen noch immer nicht ein, daß der Wille, Belgien zu einem Kompensationsobjekt zu machen, den Kernpunkt alles Mißtrauens, aller Furcht bildet, die den Weg zu den Verhandlungen verrammelt. Solange man in Berlin glaubt stolz und schroff «ablehnen» zu müssen, «in der belgischen Frage sozusagen als Vorleistung Erklärungen abzugeben . . .» solange beweist man nur, daß man noch immer in Berlin nicht begreift, daß die «belgische Frage» eine Grundlage für die Wesensart aller künftigen Welt- und Menschheitsbeziehungen, nicht allein eine reine Gebietsfrage ist. Nur mit dem Verzicht auf Belgien könnte man jenes «gewisse Maß des Vertrauens in die gegenseitige Ritterlichkeit und Anständigkeit» wiederherstellen, das Kühlmann als Vorbedingung für einen Gedankenaustausch der heute kämpfenden Nationen für notwendig erachtet. Aber wer ist schuld daran, daß deutsche Staatsmänner das befreiende Wort, das sie sicherlich schon

gern sprechen möchten, nicht herausbringen? Einzig nur jene wahnsinnigen alldeutschen Eroberungsideologen, die noch immer die Macht in Deutschland besitzen und denen jeder Staatsmann, der offen für einen Verständigungsfrieden eintritt, fürchten muß, zum Opfer zu fallen. Vielleicht wäre es ein Akt der Klugheit der Entente, sich klar zu werden über die Zwangslage der deutschen Staatsmänner, die nicht frei reden können, aber inmitten der durch Friedensverhandlungen erweckten Friedenszuversicht des deutschen Volkes umso freier zu handeln in der Lage wären. Das Alldeutschtum könnte zur Ohnmacht verdammt werden, wie Gespenster wenn es tagt, wenn einmal die Friedensverhandlungen begonnen haben.

Im übrigen muß die Rede Kühlmanns ernüchternd auf das deutsche Volk wirken. So unumwunden ist von der Regierung die Uferlosigkeit des Kriegs noch nie zugegeben worden. Endlich ist man von den verzuckerten Phrasen der Reklamen für die Kriegsanleihe abgewichen, die das Ende des Kriegs immer in Aussicht stellen für die nächste Zeit, wie weiland Meister Tetzel den Ablaß, «wenn das Geld im Kasten klingt». Ich verspreche mir von dem Eingeständnis Kühlmanns über die Unmöglichkeit eines Vorhersagens des Kriegsendes und von dem Zitat Moltkes einen tiefen Eindruck auf das deutsche Volk. Dieser Hinweis auf die Prophezeihungen des schon zu Beginn des Kriegs als Propheten angerufenen Feldmarschalls «es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden», und auf die eingestandene Ohnmacht, einem solchen Lauf der Dinge vorbeugen zu können, wird zum Denken anregen. Und Denken ist die einzige Betätigung, die das alldeutsche Gift überwinden und zum Ausweg führen kann.

In seinen Bemühungen, die Unschuld Deutschlands am Weltkrieg zu beweisen, wird Kühlmann ebensowenig Glück haben wie seine Vorgänger. Die Entrüstung des Grafen Westarp darüber, daß die Schuld jetzt von England weggenommen und fast ganz auf Rußland geschoben wird, ist im gewissen Sinn berechtigt. Sie verstärkt den Glauben an Deutschlands Unschuld nicht. Es gehört ein Maß von . . . ich will Patriotismus sagen — dazu, vor der Welt zu erklären, «Deutschland hat nicht einen Augenblick daran gedacht, diesen Krieg zu entfesseln», Dies ist nur so erklärlich: Wenn die andern Mächte auf Deutschlands Forderungen alle eingegangen, eine unbedingte Niederlage hingenommen hätten, dann wäre es ohne Krieg gegangen. Das wollten die deutschen Machthaber im Sommer 1914, und wenn sie dabei nicht daran gedacht haben, daß dieser Wille zum Kriege führen muß, so haben sie nur ihre Unfähigkeit bewiesen. Daß die leitenden Kreise in Rußland aus Angst vor der Revolution den Krieg gewollt haben, trifft vielleicht zu, ohne Deutschland dadurch von der Schuld zu reinigen. Im Gegenteil, es belastet dieser Umstand die deutschen Machthaber noch mehr. Diese hätten eben den russischen Verhältnissen Rechnung tragen und es verhindern müssen, daß jene zum Krieg geneigten Kreise in Rußland so gereizt werden, daß ihnen ihr gefährliches Spiel so erleichtert wird. Das österreichisch-ungarische Ultimatum und Deutschlands Hartnäckigkeit allen Vermittlungsversuchen gegenüber waren dann nur umso unverzeihlicher. Im übrigen soll man nicht vergessen, daß die Hoffnung auf die russische Revolution ein von den deutschen Kriegsanhängern für das gelingen des Kriegs wiederholt in Rechnung gestellter Faktor war. Man sollte aber endlich damit aufhören, durch den Hinweis auf gewisse Kriegsparteien und Kriegswoller in andern Ländern die eigne Unschuld beweisen zu wollen. Das sind Jong-

lierkunststücke. In allen Ländern gab es Kriegsparteien. Gab es sie seit Jahrzehnten. Das ist kein Beweis für die Unschuld Deutschlands. Die Schuld liegt bei jenen, die diesen Kriegsparteien die Arbeit zur Erfüllung ihres sehnsüchtigen Wunsches leicht gemacht haben.

Bern, 27. Juni.

Den Satz von Börne muß ich wieder zitieren, der ungefähr lautet: Seitdem Pythagoras nach Entdeckung seines Lehrsatzes eine Hekatombe Ochsen geopfert hat, seitdem zittert alles gehörnte Vieh, wenn irgendwo eine neue Wahrheit entdeckt wurde. — Kaum hat Kühlmann die Wahrheit bekannt, daß der Krieg durch militärische Entscheidungen allein nicht beendigt werden könne, ging ein Entsetzen durch die Reihen der alldeutsch infizierten Parteien. Und nach der Abschwächung durch Hertling mußte nun vorgestern auch Kühlmann revozieren. Er wollte die Verhandlungen nur als das Sekundäre, Nachfolgende angesehen haben, die diplomatische Arbeit wird sich an die Siege anschließen müssen. Der Vernunft, die sich also schüchtern zeigte, wurde «Abtreten» kommandiert. / Die Grimasse wurde gewahrt, der Glaube an eine Beendigung des Kriegs durch die Waffenentscheidung soll nach wie vor dem Volk erhalten bleiben. Ob aber das Volk in seiner Mehrheit daran glaubt, will mir fraglich erscheinen. Vier Jahre Krieg und doch kein Ende wird den Denkfaulsten zum Denken bringen. Der Rückzug Kühlmanns ist nur ein Scheinsieg der Alldeutschen. Die Wirklichkeit ist gegen sie.

Graf Hertling hat sich hier zum Sprachrohr derjenigen gemacht, die in der Völkerbundsidee eine Gefahr für die preußische Gewaltpolitik erblicken, und die kein besseres Mittel wissen, sich diese Gefahr vom Leib zu halten, als die Völkerbundsidee, deren Ziel es ist, die Vergewaltigung, den Krieg aus den Menschheitsbeziehungen aus-

zuschalten, als ein zur Vergewaltigung Deutschlands dienendes Unternehmen dem deutschen Volk gegenüber zu diskreditieren. Das ist ein trauriges Vorkommnis, wenn man den führenden Staatsmann so als Geführten, so im Schlepptau der Gewaltanhänger sieht. Woher bezieht der Reichskanzler seine Kenntnisse? Hat er die zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen über den Völkerbund gelesen, die in England, in Amerika, in Frankreich herausgekommen sind, hat er die Rede gelesen, die von den zum Studium und zur Propagierung der Völkerbundsidee in den genannten Ländern begründeten Korporationen, in der amerikanischen «League to enforce peace», in der englischen «League of nations society», in der französischen Gesellschaft «Pour la société des nations» gehalten wurden, hat er Kenntnis gehabt von der Veröffentlichung Lord Greys (sieh meine Eintragungen vom 22. Juni), die einige Tage vor seiner Rede bekannt geworden, oder hat er von dem Völkerbundsideal lediglich durch einige gehässige Zeitungsausschnitte kriegerisch orientierter Journalisten oder Straßenpolitiker Kenntnis genommen, die ihm ein militärisch gesinnter deutscher Sekretär dienstbeflissen unterbreitet hat?

Daß der Völkerbund eine Gefahr ist für das heutige System in Deutschland, das soll nicht bestritten werden. Der Gedanke wurde geboren und entwickelt sich, weil just dieses System eine Gefahr für die Welt ist. Nicht um Deutschland zu isolieren, wurde er erweckt, wird er betrieben, sondern um sich von den Amokläufern des alldeutschen Wahnsinns und des deutschen Militarismus zu schützen. Es ist eine Verkennung der Weltziele, wenn der Reichskanzler in einem Völkerbund eine Abschnürung des Lebensodems des deutschen Volks erblickt. Der Weltkrankheit, die in einer Minderheit in Deutschland ihren Sitz hat, soll der Odem abgeschnitten werden,

damit Deutschland selbst im Verein mit der übrigen Menschheit genesen und freier atmen kann. Das «aufstrebende Deutschland» soll aufstreben können, wie es sich in einer Gemeinschaft geziemt, nicht außenstehend und niederstoßend, auf Kosten dieser Gemeinschaft, sondern mit dieser.

Oh! Ihr könnt aus Euren engen Gehäusen des Denkens nicht hinaus! Ihr seht die Welt noch immer so an, wie es Nordau von jener Fliege schildert, die in der Riesenstatue der Bavaria lebt, und in dieser sich ihre Weltanschauung bildet. Ihr seht die Welt, nicht wie sie ist, wie sie heute ist, sondern wie sie einmal war, als die Maschine sie noch nicht zû einer einzigen Stadt verkleinert hat, in der es heißt, sich anzupassen oder unterzugehen, in der das Vorbild alter Gewalttaten und alter Eroberungen, die frühere Möglichkeit der Expansion, des Sich-Auslebens eines Einzelnen auf Kosten der andern, ebensowenig gegeben ist, wie das Recht auf Jagd und Schießerei in der Straße einer modernen Großstadt nicht mehr ausgeübt werden kann.

Heraus aus diesem engen Gehäuse des Denkens, die Augen geöffnet für die Veränderungen dieser Welt, sonst kommt Tod und Verderben!

* * *

Gestern Abend berichtete mir ein Telegramm, daß Professor Nicolai mittels Aeroplan von Neu-Ruppin aus, nach Dänemark entkommen ist. Hocherfreut. So weit ist es also, daß ein Mann, der zu den größten Geistern Deutschlands zu rechnen ist, deshalb, weil er den Krieg verurteilt, auf abenteuerliche Weise zur Flucht gezwungen war. Hier hat die Erfindung des Luftfahrzeugs, das den menschlichen Genius bisher geschändet hat, zum erstenmal zu einem edlen Zweck gedient.

Bern, 28. Juni.

Der «Rat von Flandern» hat am 20. Juni eine Kundgebung erlassen, die er dem deutschen Generalgouverneur von Belgien übermitteln ließ. Der «Rat von Flandern» bekennt:

> «In Notwehr hat das deutsche Heer den Boden unseres Landes als Feind betreten, im Lauf des Krieges aber haben die Flamen troß der Härten, die dieser den Bewohnern des beseßten Gebiets auferlegt, erkannt, daß nicht das Deutsche Reich ihr wahrer Feind ist, sondern die belgische Regierung.»

Der «Rat von Flandern» ist eine deutsche Kriegsschöpfung und entspricht der (nicht nur deutschen) Kriegsmethode, in einem beseßten Land die unzufriedenen Elemente zu unterstüßen. Preußen hat nur in den leßten Jahrzehnten und in den leßten Jahren öfter Gelegenheit gehabt als andre Kriegführende, sich auf beseßtem Gebiet der unzufriedenen Elemente anzunehmen und sich als ihre Befreier auszuspielen. Man muß sich doch wieder der preußischen Proklamation an die «Einwohner des glorreichen Königreichs Böhmen!» erinnern, die am 10. Juli 1866 in den Straßen Prags angeschlagen wurde. Darin hieß es:

> «Sollte unsre gerechte Sache obsiegen, dann dürfte sich vielleicht auch den Böhmen und Mähren der Augenblick darbieten, indem sie ihre nationalen Wünsche gleich den Ungarn verwirklichen können.»

Wenn es nicht unmittelbar darauf zum Waffenstillstand und zum Frieden gekommen wäre, so hätten wir vor 52 Jahren einen «Rat von Böhmen und Mähren» erlebt, der sicherlich die gleichen huldigenden und entschuldigenden Worte für den Eroberer gebraucht hätte.

Die Handlungsweise der Flamen darf aber von den nicht militaristisch denkenden Menschen nicht anders be-

urteilt werden, wie man in Deutschland in gleicher Lage die Huldigungen eines Rates von Posen an den fremden Eroberer beurteilen würde. Ja, noch viel schärfer. Immerhin erkennt man aus der gerade jetzt erscheinenden Kundgebung, aus der Rede des Grafen Westarp, aus einem, vor einigen Tagen erschienenen Artikel der Kölnischen Zeitung, wohin das deutsche Programm über Belgien hinausläuft. Man verlangt Zweiteilung der Verwaltung bei voller Selbständigkeit der Teile und wirtschaftliche Anlehnung Flanderns an Deutschland. Das heißt Annexion. Und dieser sinnlose Wunsch wird das deutsche Volk noch viel Blut, noch manche Milliarde kosten.

Die seit einigen Tagen durch die Zeitungen gehende Nachricht von der Ermordung des früheren Zaren Nikolaus II. wird heute bestätigt. Durch den Säbelhieb eines bolschewistischen Soldaten ist der Zar auf dem Transport von Jekaterinenburg nach Perm ermordet worden. Nicht durch das Verdikt eines Revolutionsgerichts ist der einstige Selbstherrscher des Russenreichs zum Tod verurteilt worden. Es war ein Mord, der an ihm begangen wurde. Das erlaubt, diesem tragischen Schicksal gegenüber nunmehr das menschliche Mitgefühl zum Ausdruck zu bringen. Es war eben ein brutaler Mord gegen einen Wehrlosen. Einer unter den Millionen Morden zwar, die die letzten Jahre der Menschheit besudelten, einer mehr nur unter den Hunderttausenden, die im Russenreich seit Monaten begangen wurden, einer mehr nur unter den hunderttausenden von Morden, die unter der 27-jährigen Regierung dieses Herrschers und in seinem Namen in seinem Reich verübt wurden. Aber dennoch ist es eines der tragischen Fälle, die dieser, den Umsturz alles Bestehenden verursachende Weltkrieg bis jetzt ausgelöst hat. Der machtvollste Mensch auf Erden, dem ein Fünftel der Erde untertan war, der als Autokrat über hunderte

von Millionen Menschen herrschte, von diesen wie ein Gott verehrt wurde, und dem das größte Heer der Erde gehörte, ist eines elenden und unrühmlichen Todes gestorben, als armseliger, von den Seinen getrennter, von seiner Macht gestürzter, von den Schmeichlern verlassener und von den übrigen Herrschern der Welt getrennter, ohnmächtiger Gefangener revolutionärer Truppen.

Man nannte ihn den «Blutzar». Man nannte ihn auch einmal den «Friedenszar». Es ist sicher, daß er keinen dieser beiden Titel verdient hat. Er war anscheinend ein harmloser, schwachgeistiger Mensch, den seine Umgebung ausgenutzt hat, und in dessen Namen jene Handlungen verübt wurden, die irgend eine Gruppe um ihn, je nachdem es ihr gelang am Hof den Einfluß zu erlangen, durchsetzen wollte. Wie jeder Verbrecher ist auch der Zar in erster Linie das Produkt seiner Umgebung geworden. Einmal in seiner Regierungszeit hatte ein gütiges Geschick vernünftige Menschen auf ihn Einfluß nehmen lassen. Es war dies vor jetzt bald 20 Jahren, als jenes ewig denkwürdige, das kommende Weltunheil vorausehende, zu seiner Vermeidung die Welt aufrufende Manifest erschien, das die Regierungen der zivilisierten Welt aufforderte, «die Mittel zu suchen, dem Unheil vorbeugen, das die ganze Welt bedroht» und «den großen Gedanken des Weltfriedens triumphieren zu lassen über alle Elemente des Unfriedens und der Zwietracht». Es war dies jene Kundgebung, die am 28. August 1898 die Welt überraschte, die unter der Bezeichnung des Zarenmanifestes bekannt ist, das die Grundlage jenes Haager Werkes bildete, auf das durch den Weltkrieg erst recht die Hoffnungen der Menschheit für die Zukunft gerichtet sind.

Ein unglücklicher Mensch ist einem tragischen Schicksal erlegen, dem Schicksal des Kriegs. Eine Warnung für alle jene, die den Krieg und seine angeblichen Wohl-

taten preisen, und immer wieder den Krieg mit dem Sieg verwechseln. Der Krieg bringt aber auch Niederlage. Und kein Volk, kein Fürst besitzt, auch wenn beide über das wohlausgerüstetste Heer verfügen, die dauernde Garantie des Sieges. Der Krieg ist ein Lotteriespiel, dessen Chancen das Risiko nicht lohnt. Zar Nikolaus ist an dem Krieg zugrunde gegangen, wie vor ihm unzählige andre. So möge sein grauenhafter Tod ein warnendes Beispiel für alle Zeiten bilden.

Vor Beginn dieses Weltzusammenbruchs hat Wilhelm II. in seiner ersten Depesche an den jetzt erschlagenen Zaren vom 28. Juli 1914 diesem die Solidarität in Erinnerung gebracht, die alle Monarchen gegenüber dem Sarajewoer Fürstenmord verbinden müßte.

> «Zweifellos wirst Du mit mir darin übereinstimmen, daß wir beide, Du und ich sowohl als alle Souveräne ein gemeinsames Interesse daran haben, darauf zu bestehen, daß alle diejenigen, die für den scheußlichen Mord moralisch verantwortlich sind, ihre verdiente Strafe erleiden.»

So heist es in jener Depesche. Es liegt etwas wie Vorahnung in diesen Worten. Und es bleibt die Hoffnung, daß die Monarchen der heute im Krieg untereinander befindlichen Länder durch diesen neuerlichen Mord an das Interesse aller Souveräne erinnert werden, und erkennen, daß dieses am besten dadurch geschützt wird, daß nicht mehr die Völker in ein so furchtbares Gemetzel hineingetrieben werden.

Vielen in den Zentralländern gilt der Zar als der Urheber dieses Weltbrandes, vielen aber als der Schwächling, der von seiner kriegerischen Umgebung in diesen Krieg hineingetrieben wurde. Möglich, daß eine starke Persönlichkeit an jener Stelle die Explosion verhindert hätte. Aber als den eigentlichen Urheber wird die Geschichte den Ermordeten nicht bezeichnen. Die Brand-

fackel wurde nicht von ihm ins Pulverfaß geworfen. Ihm fällt nur die Sünde zu, als der Brand bereits begonnen hatte, nicht die Kraft und nicht die Geistesstärke besessen zu haben, ihm Einhalt zu tun.

Bern, 1. Juli.

Die Nachricht von der Ermordung des Zaren hat sich als falsch erwiesen. Der Zar lebt und befindet sich in Sicherheit. Wo er sich befindet wird nicht gemeldet. Es ist anzunehmen, daß das Gerücht über die Ermordung doch einen Hintergrund hat. Vielleicht wurde ein Angriff versucht, vielleicht auch ist der Zar auf dem Transport mißhandelt worden. Ganz aufgeklärt erscheint die Angelegenheit noch nicht.

* * *

Der Rückzug am Piave und das dadurch bewirkte Scheitern der österreichisch-ungarischen Sommeroffensive muß in der Monarchie Gerüchte ungeheurer Art über die dabei erlittenen Verluste ausgelöst haben. Sonst hätte sich der ungarische Ministerpräsident Weckerle nicht veranlaßt gesehen, im ungarischen Abgeordnetenhaus zu erklären, daß der Verlust bei dem Rückzug — «die Verluste waren leider riesig» — an Toten, Verwundeten und Kranken annähernd hunderttausend Mann betrugen. Die Gefangenen sind dabei nicht mit eingerechnet. Es kann aber angenommen werden, daß — und es ist nur von dem Rückzug die Rede, nicht von den Opfern der gesamten Offensive — 15—20 000 Menschen dabei ihr Leben, 30—50 000 dauernd ihre Gesundheit ließen. Es scheint, daß der Hunger dabei eine große Rolle gespielt hat. Wofür sind diese Opfer gebracht worden? Damit der Traum des Admirals Tirpitz, des Grafen Reventlow und anderer Eroberungsideologen in

Erfüllung gehe und die flandrische Küste deutsch werde. Darum mußten die Völker Österreich-Ungarns neuerdings 100 000 ihrer Kinder opfern. Der Ministerpräsident Weckerle hat der Sache der Kriegsgegner einen großen Dienst geleistet. Er hat damit angefangen, die Beschönigungsversuche von Schlachtenopfern aufzugeben. Es ist zum erstenmal, daß ein Staatsmann vor der Nation und der Welt unumwunden zugibt, «unsre Verluste waren riesig» und die Zahl hinzufügt. Bis jetzt haben wir in diesem Krieg immer nur von den riesigen Verlusten der andern gehört. Zum erstenmal kommt das offene Eingeständnis von den eignen Verlusten. Das wollen wir dem ungarischen Ministerpräsidenten hoch anrechnen. Nur *ein* Beschönigungsversuch in seiner Rede sei ihm nicht verziehen, wenn er sagt,

> «daß wir, *um Menschenleben zu schonen*, nach dem die Behauptung unsrer Positionen mit riesigen Verlusten verbunden gewesen wäre, uns am Piave zurückgezogen haben.»

Um Menschenleben zu schonen? Dann hätte man diese Offensive nicht beginnen, dann hätte man diesen Krieg nicht führen sollen, dann hätte Graf Berchtold, als es sich um Vermeidung dieses unerhörtesten Gemetzels der Menschheitsgeschichte gehandelt hat, nicht das «Prestige» der Monarchie in den Vordergrund stellen dürfen. Man verschone die schwergeprüfte Menschheit doch mit dieser faden Phrase von Humanität. Hunderttausend Menschen sind einer einzigen, einer Nebenaktion geopfert worden! Das überschreitet die Opfer ganzer Kriege früherer Zeiten. Da höre man doch auf, von Rücksichten auf Menschenleben zu sprechen!

Bern, 2. Juli.

Hunderttausend Opfer! In einem kürzlich in Wien geführten Prozeß gegen einen russischen Ge-

fangenen, der seinen Mitgefangenen ermordete, stellte der Richter an den Angeklagten die Frage: «Haben Sie sich denn kein Gewissen daraus gemacht, einen Menschen umzubringen?» (Arbeiter-Zeitung vom 15. Juni 1918. Seite 7, Spalte 2.) Diese Frage sollte man doch an jene stellen, die diese überflüssigste Offensive gefordert, befürwortet und schließlich unternommen haben.

Die «Ostdeutsche Rundschau» schrieb am 14. April (Arbeiter-Zeitung vom 29. Juni 1918, Seite 5, Spalte 2):

> «Es geht das dumpfe Geraune durch die Gasse — es kann nur von Böswilligen verbreitet werden — daß man Italien nicht mehr anzugreifen gedenke. Diese albernen Ausstreuungen werden durch die Worte Kaiser Wilhelms glänzend widerlegt. Es erwächst uns die Pflicht, die Feinde auf allen Kriegsschauplätzen rücksichtslos anzugreifen und zu schlagen. So wird es auch geschehen, dafür bürgt uns das kaiserliche Wort.»

Man könnte diesem alldeutschen Blatt die Frage des Wiener Richters in etwas veränderter Form vorlegen: «Haben Sie sich denn kein Gewissen daraus gemacht, 100 000 Menschen dem Tod und dem Siechtum auszusetzen?» Die Alldeutschen sind die Mörder der Völker.

Am italienischen Kriegsschauplatz sind die Österreicher wieder irgendwo zurückgegangen. Natürlich nur aus Menschenfreundlichkeit. Der amtliche Bericht sagt:

> «Da sich der Col de rosso und der Monte di Val Bella *nur unter großen Opfern hätten behaupten lassen*, wurden die Besatzungen dieser Punkte in die frühere Hauptstellung . . . zurückgenommen.»

Wie wäre es, wenn man mit dieser Ausrede Frieden schlösse? So etwa: «Da sich der Krieg nur unter großen Opfern hätte fortführen lassen, haben wir mit Italien und

seinen Verbündeten Frieden geschlossen.» — — Das wäre noch etwas!

Bern, 5. Juli.

Die Reise Scheidemanns nach dem Haag scheint doch nicht ganz ergebnislos gewesen zu sein. Das beweist seine vorgestrige Rede, die klugen und vernünftigen Inhalts ist, und womit die majoritäre Sozialdemokratie zum erstenmal im Krieg den Etat ablehnt. Wenn Scheidemann aus dem Ausland zurückkehrt, ist er immer vernünftig. So war er damals nach der Stockholmer Fahrt, als er daheim erklärte: «Ohne Demokratie geht es nicht.» So ist es heute, wenn er sagt:

> «Das darbende Volk leidet unter bitterster Not und Knechtschaft. Es ist unglaublich, was dem deutschen Volk fortgesetzt zugemutet wird. In diesen kritischen Wochen, von denen ich nicht weiß, wie wir durchkommen sollen, erleben wir das Trauerspiel der Wahlreform . . . Es gibt nur eine Stimme: Schluß, S c h l u ß i n E h r e n ! S c h l u ß i n E h r e n , das ist etwas anderes als das, was Sie auf der Rechten wollen. Schluß ohne Beeinträchtigung Deutschlands durch einen Friedensvertrag, a b e r S c h l u ß. Bis auf einige Schlemmer ist das deutsche Volk sich einig, den Krieg als erfolgreichen Verteidigungskrieg so schnell als möglich zu Ende zu führen. Die Regierung muß offen aussprechen, was Herr von Kühlmann hier ausgesprochen hat. Wer unsre Selbständigkeit und Unversehrtheit anerkennt und unsre Ehre nicht antastet, mit dem machen wir Frieden. Militärische Entscheidungen beenden den Krieg nicht allein, aber wir brauchen eine Regierung, die auf eine Beendigung des Kriegs ausschaut. Einer Regierung, die den Belagerungzustand nicht beseitigt hat, vermögen wir nicht den Etat zu bewilligen. Die Regierung soll so schnell wie möglich handeln. Das ist kein leichthin ausgesprochenes Wort, sondern das

ist die Warnung und Mahnung. Seien Sie sich bewußt, Ungeheures steht auf dem Sipel. Es geht um das Leben von Millionen.»

Es ist Einkehr. Unzweifelhaft spricht Scheidemann die Gesinnung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes aus. Aber ich fürchte die Tragik eines «zu spät». Die Amerikaner, von denen einst lachend der Kriegsminister von Stein sagte, daß sie nicht herüberkommen können, weisen gestern zum Unabhängigkeitstag aus, daß bis jetzt 1 065 000 Mann in Europa stehen. Das wird doch die Hurraschreier bedenklich machen. Ob es nicht zu spät ist? Es kann wirklich der Zeitpunkt kommen, wo jede Friedensbereitschaft, auch die vernünftigste, von den Gegnern nur als Garantie eines vollen Sieges angesehen wird. Ich fürchte, der Zeitpunkt ist schon da. Um zum Frieden zu gelangen, bedarf es eines völligen Systemwechsels in Deutschland. Das wäre die einzige Garantie.

Am Grabe Washingtons in Mount Vernon hat Präsident Wilson am Unabhängigkeitstag eine Rede gehalten, in der, besser als es in der Kaiserrede vom 15. Juni geschah, der Kampf der beiden Weltanschauungen zum Ausdruck gebracht wurde, dem der gegenseitige Krieg gilt. «Es muß nun ein für allemal geregelt werden, was für Amerika in jener großen Zeit (der Zeit des Kampfes um die Unabhängigkeit durch Washington) geregelt wurde.» Die Rede Wilsons ist aber die kriegerischste, die er bisher gehalten. — Es fehlt die Versicherung, die er früher niemals unterließ, daß er noch immer bereit wäre zum Frieden, wenn seine Gegner die demokratischen Grundsätze anerkennen wollten, die der Neugestaltung der Welt zugrunde liegen sollen. Nun erklärt er, daß es in diesem Kampf kein Kompromiß geben dürfe.

«Für diesen Kampf darf es nur ein Ende geben. Die Regelung muß eine endgültige sein. Es darf kein

Kompromiß geschlossen werden; jede unbestimmte Lösung wäre weder annehmbar noch verständlich.»

Das ist die Verkündigung des Kriegs jusqu'au bout. In vier Punkten setzt Wilson wiederum die Ziele auseinander, die erreicht werden sollen. Er schließt mit einem Hinweis auf jene «Blinden in Preußen», die die Kräfte des Befreiungskampfes der amerikanischen Nation wieder erweckt haben.

> «Sie kennen diese Kräfte schlecht, da sie nicht wissen, daß diese, wenn sie einmal auferstanden sind, nie mehr auf der Welt vernichtet werden können, da sie eine Inspiration und ein Ziel widerspiegeln, die unsterblich sind, und die in der Natur des Triumphes selbst liegen.»

* * *

Der Anarchie in Rußland ist am Samstag der deutsche Botschafter Graf Mirbach zum Opfer gefallen. Revolverschüsse von Sozialrevolutionären, Gegner der gegenwärtigen Regierung, haben ihn niedergestreckt.

Die «Frankfurter Zeitung» (Nr. 187) meint: «Seit den chinesischen Boxerunruhen, denen der deutsche Vertreter in Peking zum Opfer fiel, ist eine derartige Verletzung des Völkerrechts nicht wieder vorgekommen.» Die Frankfurter Zeitung scheint die Einzelheiten des nun bald vier Jahre währenden Krieges, der mit dem Überfall auf Belgien begann, der selbst im ganzen eine Völkerrechtswidrichkeit und im einzelnen eine fortgesetzte Begehung von Völkerrechtsverletzungen ist, übersehen zu haben. Dabei ist die Ermordung eines Gesandten, wenn sie nicht von der Regierung selbst ausgeht, bei der er beglaubigt ist, überhaupt keine Völkerrechtsverletzung, sondern ein gewöhnliches Verbrechen wie jeder andre Mord.

So wird es wohl auch jetzt die deutsche Regierung auffassen, entgegen ihrer im Jahr 1900 bei der Ermordung

des Gesandten Ketteler eingenommenen Haltung. Diese war auch nur ein gemeines Verbrechen, aber es gefiel der damals herrschenden Meinung, daraus eine Weltaffäre zu machen, aus der sich dann die «Pachtung» von Kiautschau ergab. Heute ist man mit der Bolschewikiregierung in Rußland «befreundet» und ist daran, wie sich der Pfeilkorrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (3. VII.) so schön die Wahrheit verratend, ausdrückte, die Bolschewiki «m o r a l i s c h z u s t ü t z e n». Die preußisch-deutsch-christliche Weltanschauung als moralische Stütze der gegenwärtigen Regierung Rußlands! Diese Weltanschauung wird den Mord des Gesandten ohne Sühnefeldzug, ohne Sühneprinzen und ohne Kotau hinnehmen und Kiautschau diesmal auf andre Weise erwerben.

Spiez, 11. Juli.

Kühlmann ist gegangen. Vierzehn Tage nach seiner Rede, in der er erklärt hat, daß dieser Krieg militärisch nicht beendigt werden kann. Er ging nicht als Sieger, sondern als Besiegter. Nun triumphieren die alldeutschen Schädlinge. Sie werden vielleicht an diesem Triumph zugrunde gehen.

* * *

Das Wolff-Bureau überschüttet uns mit einem Blütenmeer von Berliner Zeitungsäußerungen, aus denen hervorgehen soll, daß troß Kühlmanns Abgang der Kurs der Reichsregierung der alte bleibt. Das versichern auch die alldeutschen Blätter. Es fragt sich wahrhaftig nur, was heute in Berlin als Reichsregierung angesehen wird. Ist es die nominelle, die mit den Namen Hertling und Payer gezeichnet wird, oder die tatsächliche, die im Großen Hauptquartier ihren Siß hat. Diese bleibt die

alte. Aber es kann doch nicht aus der Welt gelogen werden, daß Kühlmann gehen mußte, weil er das militärische Lügengewebe mit seiner Klugheit zu stören drohte. Jetzt, wo man die neue opferreiche Offensive nach Paris zu plant, wo man das Schlagwort ausgibt, Frankreich und Italien seien bis zum Herbst erledigt, worauf der Kontinentalfriede sich einstellen wird, kann so ein unangenehmer Mensch, der durchaus erkannt haben will, daß die schönsten Siege keinen Frieden bringen, nicht genehm sein.

Und doch habe ich den Eindruck, Kühlmann ist nicht dem Machtbewußtsein der Alldeutschen und Militaristen zum Opfer gefallen, sondern ihrem uneingestandenen Entsetzen, ihrer erwachenden bleichen Angst. Anders sind die dem verflossenen Staatsekretär gemachten Vorwürfe nicht aufzufassen. Er wollte uns die Siegeszuversicht rauben, dem deutschen Volk die Durchhaltekraft stören! Wäre man wirklich des Sieges so bewußt, wäre das Durchhalten mehr als ein Schlagwort, mit dem man die Geister betört, so hätten die Worte eines Zweiflers nicht solch tiefen Eindruck hervorgerufen. Aber im innern Busen unsrer Welteroberer beginnt der Zweifel schon lange zu nagen, nur trauten sie sich nicht, es sich einzugestehen, zitterten sie davor, es den von ihnen Betörten gewahr werden zu lassen. Darum hat sie die Rede Kühlmanns so erschreckt, haben die Worte, die nur ihre eignen, stillen Zweifel zum Ausdruck brachten, so aufgeregt, daß sie nur in der Beseitigung dessen, der «töricht genug sein volles Herz nicht wahrte», die Rettung der Illusion des militärischen Endsieges erblickten. Sie glaubten in ihrer Angst, daß die Beseitigung des so offen Redenden den Glauben an sie aufrecht erhalten wird. Sie täuschen sich!

Spiez, 12. Juli.

A l s o — d a s e r l ö s e n d e W o r t , e s i s t g e s p r o c h e n w o r d e n : W i r g e b e n B e l g i e n f r e i ! So sollte man meinen. Aber welcher Irrtum!

Diese Erklärung über Belgien reicht wohl aus, die Linke des deutschen Reichstags zu beruhigen, Herrn Scheidemann und seinen Leuten als Rechtfertigung für die abermalige Bewilligung der Kriegskredite zu dienen, aber nicht, um den Weltkonflikt zu beendigen.

Der Reichskanzler hat zwar gesagt: «Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgendeiner Form zu behalten.» Er will aber das in seiner Neutralität grantiert gewesene Land, das der Garant überfallen und vergewaltigt hat, weiter als «F a u s t p f a n d» betrachten. Als Faustpfand, das er herausgeben will, «wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat geführt haben». Zu dem Begriff des «günstigen Resultats» gehört, daß die Welt den von Deutschland geführten Krieg als einen «Verteidigungskrieg» ansieht, und daß es «die notwendige Sicherung für künftige schwierige Verhältnisse» erhalte.

Die Menschheit außerhalb der preußisch-germanisch-militärischen Weltanschauung sieht «die notwendige Sicherung für künftige schwierige Verhältnisse» in der Herstellung einer Staatengesellschaft der Völker und erachtet als Grundlagen dieser Staatengesellschaft die Wiederherstellung von Treu und Glauben im internationalen Verkehr, dazu ist es notwendig, daß betreffs Belgien, das am 4. August 1914 gesprochene Wort vom Unrecht, das wieder gut gemacht werden muß, verwirklicht werde.

Die Erklärung über Belgien vom 12. Juli soll die sehr gläubige Linke über die erneute Veralldeutschung und Vermilitarisierung der Regierung hinwegtäuschen, sie

wird bei den Gegnern die Zuversicht für die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens nicht erwecken.

Es bleibt bei dem Rutsch zum Abgrund!

Spiez, 15. Juli.

Das Wolff-Bureau verbreitet in der deutschen Presse eine aus Brüssel vom 12. Juli datierte amüsante Depesche folgenden Wortlauts:

> «Die Flamen feierten gestern das Goldensporenfest, den Erinnerungstag an die Befreiung Flanderns vom französischen Joch. In allen Städten fanden gut besuchte Versammlungen statt, die zum Ausdruck brachten, daß das flämische Volk hoffnungsvoll in die Zukunft blickt. Aus allen Teilen Flanders liefen Huldigungstelegramme an den ‚Rat von Flandern' ein.»

Der Reichskanzler hat ja vorgestern den Wunsch ausgesprochen, daß nach dem Krieg das wiedererstandene Belgien mit Deutschland «in guten freundschaftlichen Verhältnissen» leben möge. Diese freundschaftlichen Verhältnisse werden jetzt anscheinend in Belgien einexerziert. Glaubt aber ein Mensch in Deutschland wirklich daran, daß das geknechtete und halbgemordete Belgien jetzt an keine andre Befreiung denkt als an jene vor bald einem Vierteljahrtausend erfolgte von einer damals als Joch angesehenen französischen Herrschaft? Glaubt wirklich einer daran? Vielleicht haben die Flandern das Fest jetzt mitgemacht, ihm aber einen andern, viel näher liegenden Sinn unterlegt. Unvorsichtig ist es jedoch, die Flamen jetzt an solche Feste zu gewöhnen. Das Fest der Befreiung vom deutschen Joch werden sie eines Tages mit solch unerhörtem Nachdruck feiern, daß es

den deutschen amtlichen Kreisen etwas schwül dabei werde dürfte.

Spiez, 16. Juli.

«Lachen auf allen Seiten.» So fügt es das Wolfftelegramm, das über die kurzen Beratungen zum neuen 15-Milliardenkredit im Reichstag in die Welt geschickt wurde, dem e i n e n Satz hinzu, den es aus der Rede des unabhängigen Sozialisten Beyer wiedergibt, und der da lautet: «W i r w o l l e n d i e M e n s c h h e i t v o r d e m U n t e r g a n g r e t t e n u n d s t i m m e n d a h e r g e g e n d i e K r e d i t e.» Darauf also: Lachen auf allen Seiten!

Man muß sich das merken. Ob es Tatsache ist, das ist fraglich. Aber Wolff stellt es der Welt als Tatsache hin. Der deutsche Reichstag lacht, weil jemand bei Bewilligung der 139. Kriegsmilliarde von der Rettung der Menschheit spricht. Der deutsche Reichstag lacht an der Schwelle des fünften Kriegsjahrs; man lacht auf allen Seiten des Hauses. Der deutsche Reichstag lacht, nachdem er eben viereinhalb Milliarden neuer Steuern bewilligt hat. Viereinhalb Milliarden neuer und dauernder Belastung des Volks, nachdem bereits 1917 solche neue und dauernde Steuern bewilligt wurden, die zusammen einen Jahresertrag von zwei Milliarden bringen dürften, und nachdem der Reichsschatzsekretär in seiner Schlußbetrachtung hervorhob, daß die bis jetzt bewilligten Kriegssteuern (mit den eben angenommenen viereinhalb Milliarden) erst die Zurücklegung eines Teiles des noch zu wandelnden Steuerwegs bedeutet. Der letzte Friedensetat des Reichs betrug 1750 Millionen. Der Reichstag lacht.

Der Reichstag lacht, weil es angesichts dieser Erfordernisse einer wagt, vom Untergang der Menschheit zu sprechen, wo doch allen Eingeweihten und Einsich-

tigen der Abgrund, dem wir dank dem Irrsinn der Eroberungsideologen zusausen, klar vor Augen liegt.

Spiez, 20. Juli.

Der dritte fürchterliche Akt der großen deutschen Westoffensive hat vor einigen Tagen begonnen. Zwischen Chateau-Thierry und Reims brach der Ansturm los. Es gelang den Deutschen, am linken Marneufer Fuß zu fassen. Jene großen Anfangserfolge, wie sie sonst bei Beginn einer großen, lang vorbereiteten Offensive zu verzeichnen sind, fehlen diesmal. Es hat sogar vorgestern ein ernster Gegenstoß von französisch-amerikanischer Seite stattgefunden. Kühlmann wird doch recht behalten mit seiner Behauptung, daß der Krieg militärisch nicht zu Ende zu führen ist. Paris, der Clou für die neueste Kriegsanleihe, scheint noch in weiter Ferne zu liegen.

Spiez, 21. Juli.

Daß die deutsche Offensive mißlungen ist, wird jetzt sogar in den deutschen Zeitungen zugegeben. Nur daß die französisch-amerikanische Gegenoffensive ein Erfolg sei, wird bestritten. Sie wäre «zusammengebrochen». Aber die Franzosen und Amerikaner melden, daß sie bei diesem Vorstoß 17000 Gefangene gemacht haben. In Newyork läuten die Glocken. Regie à la prussienne? Und heute gibt das deutsche Bulletin die Räumung des linken Marneufers zu. In dem bekannten Stil, als ob man es nur mit lauter Trotteln zu tun hätte.

> «In der Nacht nahmen wir unsre südlich der Marne stehenden Truppen, vom Feinde unbemerkt, auf das nördliche Flußufer zurück.»

Vom Feinde u n b e m e r k t ! Als ob dadurch ein Rückzug zu einem Sieg würde. Gleichzeitig werden die

«schwersten Verluste des Feindes» gemeldet. Von den eignen schweigt man.

* * *

Die Eröffnung des österreichischen Parlaments hat wieder einmal ein grelles Scheinwerferlicht auf das unglückliche Österreich geworfen. Das Parlament wurde eröffnet, aber die Mehrheit ist gegen die Regierung, und die Regierung bleibt. Dr. Seidler will der slawischen Mehrheit zum Trotz deutsch regieren. «Das deutsche Volk ist nun einmal das Rückgrat dieses vielgestaltigen Staates und wird es bleiben.» Man könne in Österreich nicht ohne und nicht gegen die Deutschen regieren. Der Sozialdemokrat Ellenbogen erwiderte darauf:

> «Dieser Satz ist richtig, um so richtiger, als kein Mensch in Österreich ihn bezweifelt. Worum es sich aber handelt, ist nicht, daß nicht ohne und nicht gegen die Deutschen in Österreich regiert werden darf, sondern es handelt sich darum, daß die Deutschen nur mit Polen, Tschechen und Slowenen zusammen auf Grund von freien Vereinbarungen einen Staat regieren, führen und neu aufbauen.»

Diese einfache und klare Weisheit wird in dem unglücklichen Land noch nicht begriffen, auch jetzt nicht, nach vier fürchterlichen Jahren des unseligen Kriegs. Mit ebensolcher Vernunft sprach der polnische Sozialdemokrat Daszinsky: Er beschuldigte die deutschen Parteien, die ihre Blicke nach Berlin und nach dem deutschen Hauptquartier richten, als die zentrifugalen Kräfte und warnte vor der sogenannten Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland, dessen Ergebnis sein muß,

> «daß Österreich militärisch, politisch und wirtschaftlich vollständig seiner

Selbständigkeit beraubt und zu einem Vasallenstaat Deutschlands heruntergedrückt werde».

Die Verrandstaatlichung Österreich-Ungarns! Ein Blinder, der das nicht einsieht — — Aber Graf Czernin, der Brotfrieden-Schani von Brest-Litowsk, verkündet im Herrenhaus, daß wir «Gott sei Dank!» in der äußern Politik den deutschen Kurs steuern. Aber seine Rede ist nicht ohne Bedeutung. Er gibt die Unmöglichkeit eines Separatfriedens Österreich-Ungarns mit der Entente zu. Österreich-Ungarn könne nach einem solchen Separatfrieden nicht neutral sein, es müßte in einen Konflikt mit Deutschland kommen, und wir «tauschen diesen Krieg mit einem andern aus». Das hat etwas für sich. Das ist wahr und sagt aber nur, daß die Möglichkeit einer Rettung heute kaum mehr gegeben ist. Österreich kann nicht mehr los, es kann aber den Krieg, den es für deutsche Machtziele führt, nicht so lange ertragen, als ihn Deutschland ertragen kann. Was nützt es, wenn Graf Czernin «von ganzem Herzen hofft», daß der österreichisch-ungarische Minister des Äußern die Kriegsziele Deutschlands kennt, «daß sie nach wie vor rein defensiver Natur» sind, und daß der Charakter des Verteidigungskriegs aufrechterhalten geblieben ist. Niemals würden es die Völker Österreichs verstehen, daß wir diesen schrecklichen Krieg für die Eroberungswünsche eines fremden Staates verlängern sollten. Wen betrügt man da? Der Eroberungskrieg Deutschlands ist doch eine Tatsache. Die Völker werden die Opfer Österreichs deshalb niemals verstehen, niemals billigen.

Spiez, 22. Juli.

Folgende Ansprache wurde am 20. Juli gehalten:

«Als Opfer treuester Pflichterfüllung, weil Sie teils ihre amtlichen oder beruflichen Obliegenheiten nicht

vorzeitig im Stich ließen, teils die ihrer Obhut anvertrauten Personen oder Sachen nicht schutz- und hilflos feindlichen Angriffen preisgeben wollten, durchweg aber ohne irgendwelchen triftigen Grund, wurden Sie dereinst plötzlich in brutalster Weise Ihrem Heim, Ihrer Familie und der vertrauten Umgebung entrissen und ins feindliche Ausland verschleppt und sind dort obendrein noch vielfach einer Behandlung ausgesetzt gewesen, die unsern Feinden und . . . Nachbarn für alle Zeiten zur Schmach und Schande gereichen wird.» Usw. usw.

Nicht den heimgekehrten Deportierten aus Lille, den nach Deutschland verschleppten belgischen Arbeitern, Bürgermeistern, Richtern, Frauen der besten Stände usw. ward diese Ansprache gehalten. Sie galt den von den Franzosen verschleppten Elsaß-Lothringern, die jetzt nach Deutschland zurückgekehrt sind. Der Statthalter der Reichslande hielt sie.

* * *

Herr von Hintze, der neue Staatssekretär des Äußern, der angeblich die Politik Hertlings zu machen hat, sonst nichts, hat sein Amt angetreten und ein bundesbrüderliches Begrüßungstelegramm an den österreichisch-ungarischen Minister des Äußern abgesandt. Darin spricht er die Hoffnung aus auf einen baldigen «siegreichen, ehrenvollen Frieden». In der Antwort des Baron Burian wird erfreulicherweise von einem «ehrenvollen, gerechten Frieden» gesprochen und hinzugefügt, «welchen wir alle zum Wohl der gesamten Menschheit herbeisehnen».

Spiez, 23. Juli.

Vierter Jahrestag des Ultimatums an Serbien.

Der Zar soll nun wirklich tot sein. Eine Meldung der

Sowjetregierung in Moskau gibt zu, daß er am 16. Juli auf Grund eines Urteils der Sowjetregierung von Jekaterinenburg erschossen wurde. — —

Ich habe ihm im Juni, als die erste Nachricht von seiner Ermordung kam, hier einen Nachruf gewidmet. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

* * *

Einst hieß es — zwar wenig demokratisch aber doch ehrlich —: «Der König hat eine Bataille verloren, jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht.» Heute ist man weit entfernt davon, eine Schlappe offen einzugestehen. Der dritte Vorstoß der großen Westoffensive ist offensichtlich gescheitert. Warum gibt man das nicht zu? Warum führt man einen lächerlichen Veitstanz auf? Der Rückzug vom Südufer der Marne wird zum harmlosen «Uferwechsel», als ob das maßlose Schlachten nur ein Gesellschaftsspiel wäre. Man hat sowohl vom Südufer der Marne wie aus Chateau-Thierry die Truppen «bei Nacht», «vom Feinde unbemerkt» zurückgenommen. Anscheinend nur, um den Feind schäkernd zu frozeln. Man meldet, daß der zur Gegenoffensive übergegangene Feind seine Durchbruchsabsicht nicht erreichen konnte und meint, der Leser dieser Meldung vergißt darüber die eigne Durchbruchsabsicht und das Scheitern der eignen Offensive. Man meldet, daß der Feind «schwerste Verluste» hatte, daß seine Kraftwagen in großer Anzahl» zerschossen vor unsrer Front liegen» als ob keine Opfer auf deutscher Seite lägen und man dort nicht bereit wäre, irgendeinen Fortschritt mit Opfern zu erkaufen. Man meldet, daß «Hilfsvölker der Franzosen, Algerier, Tunesier, Marokkaner und Senegalneger» die Hauptlast des Kampfes trügen, man spricht von «schwarzen» und «weißen» Franzosen, von «schwarzen» Amerikanern und Engländern, um die Minderwertigkeit des Gegners und seinen von

überall herbeigezogenen Kraftansatz zu kennzeichnen. Und das alles nur um das Augenmerk des als unübertrumpfbar naiv angesehenen Lesers von der Tatsache eines erlittenen Schlages abzulenken. Das naiv ehrliche «wir haben ein Bataille verloren» wird als zu archaisch abgelehnt. Hingegen bedient man sich andrer archaischer Redenarten, indem man immer die feindliche Nation in der Einzahl bezeichnet: «Der» Amerikaner erlitt große Verluste, «der» Italiener kam «dem» Franzosen zur Hilfe. Das ist der Singular des Wachtstubenlateins einbeiniger Renommiersoldaten aus vergangenen Zeiten. Zu diesem Singular gehört auch das biedermeierische «anno dazumal». So sprachen die Veteranen aus den Freiheitskriegen beim Bier: «Anno neun, als der Franzose auf Wien zog. «Was für lustiger und militärburschikoser Stil in dieser ernsten Zeit! Wahrhaftig, die Stilpsychologie der amlichen Militärberichte wird später ein interessantes Studienobjekt werden.

Spiez, 27. Juli.

Der neue Staatssekretär von Hintze beginnt ja gut. Zuerst die Siegfriedensdepesche an Burian, dann ein Telegramm an die Deutsch-irische Gesellschaft», an deren Spitze der Graf Westarp steht — der richtige Apostel für die Befreiung unterjochter Völker — und gleich darauf das Gastmahl und der Trinkspruch zu Ehren des von England abgesetzten Khedive Hilmi von Ägypten. Den deutschgesinnten Iren, die sich der Hoffnung hingeben, daß Herr von Hintze die große Idee der Völkerbefreiung, die bei Lloyd George und Wilson nur «heuchlerische Phrasen» seien, «wirklich in die Tat umsetzen werde», dankte der neue Staatssekretär mit der Versicherung, «daß Deutschland durch die Tat bewiesen» habe, «daß sein Daseinskampf und seine Siege der Freiheit der Welt dienen und den unterdrückten Völkern zum Heil gereichen».

In der Anrede an den abgesetzten Khedive verkündet Herr von Hintze den Siegfrieden: «Vertrauen wir auf unser Recht, dem unser Schwert zum Sieg verhelfen wird.»

Also mit diesem Programm tritt der neue Herr auf, durch dessen Politik angeblich am Hertling-Payer-Kurs nichts geändert werden soll. Nur zu, bis ins 12. Kriegsjahr und zur 28. Kriegsanleihe mit 1000 Milliarden Schulden. Was kümmert das den Admiral a. D.?

Spiez, 27. Juli.

Der deutsche Admiralstab, der uns täglich noch versorgt mit jenen Berichten von den tausend und tausend versenkten Tonnen Schiffsraum, die keinen Menschen mehr berühren, da niemand mehr an den friedenbringenden Zweck dieser Vernichtung glaubt, beschert uns jetzt eine Bilanz. Danach hat sich der Welthandelsschiffsraum um rund 18 Millionen Tonnen verringert, der Englands allein um rund 11 Millionen. Sehr schön! Aber der Unterseebootkrieg währt bereits 18 Monate und England ist noch immer nicht verhungert, hingegegen ist neben England Amerika mit einem Millionenheer in Europa. In sechs Monaten, so hieß es, sollte der Unterseebootkrieg zum Frieden führen. Gerade jetzt macht der Reichstagsabgeordnete von Gamp-Massaunen in der Zeitschrift «Das größre Deutschland» Mitteilungen über jene Denkschrift, die der Chef des Admiralstabs von Holtzendorff am 12. Februar 1916 dem damaligen Reichskanzler von Bethmann Hollweg überreicht hat, in der ausgeführt wurde:

> «Der neue Unterseebootkrieg verfüge über derartige Streitkräfte, daß er auch unter Berücksichtigung der vermehrten Abwehrmittel des Gegners und der sonstigen technischen Hilfsmittel in der Lage sei, ihn im Vergleich zu den vorjährigen

wesentlich gesteigerten Leistungen zu sichern, und daß in sicherer Aussicht stände, daß England dadurch in eine unerträgliche Beengung des Frachtraums käme und in absehbarer Zeit, längstens in sechs Monaten, zum Friedensschluß gezwungen sein würde.»

Heute währt der Unterseebootkrieg 18 Monate. Vom Frieden ist keine Rede, von einem Verhungern Englands noch weniger. Der große Irrtum der Wassermilitärs wird, so offentsichtlich er doch ist, nicht zugegeben. Aber es ist Zeit, daß er erkannt wird. Denn durch die Fortdauer dieser sinnlosen Schiffsversenkungen raubt sich Deutschland die Möglichkeit, nach Friedensschluß die notwendigen Rohstoffe zuzuführen und setzt sich noch auf Jahre nach dem Krieg der Not und dem Hunger aus.

Der große Irrtum, der den Krieg verlängert hat, wird die Wirkung des Kriegs noch um Jahre verlängern.

Spiez, 28. Juli.

Der vierte Jahrestag des Weltsiechtums. Vier Jahre Weltkrieg. Vier Jahre Wahnsinn. Vier Jahre Irrungen und Irrsinn. Die Wage der Hoffnung senkt sich tief. Wir haben nichts mehr zu hoffen. Das schlimmste ist, daß selbst das Ende, wenn es bald käme, uns fast gleichgültig ist. Auch das Ende kann uns nichts mehr bringen. Uns nicht mehr, die wir das Unglück haben, an dieser traurigen Zeitenwende auf Erden zu wandeln. Uns bleibt höchstens die Erinnerung an eine bessere Zeit, die wir gesehen, der Gedanke an eine bessere Zeit, die sich aus unsern Leibern aufbauen wird. Der Augenblick, wo Rettung möglich gewesen wäre, ist versäumt worden. Die Verbrecher, die den Einbruch in den Menschheitsbesitz des Friedens unternommen, krönten ihr Werk durch Phantastentum des Siegs. So zerrten sie die Völker in den Abgrund, in dem sie sich schon befinden. Nach zwei

Jahren, vielleicht auch noch nach drei Jahren, wäre eine Rettung noch möglich gewesen. Heute ist es gleichgültig, ob der Zustand noch ein, noch zwei, noch zehn Jahre dauert. Friede, was man als Frieden anzusehen gewöhnt war, kommt nicht mehr. Auch nach der Kriegsbeendigung wird der Krieg weitergehen. Nur in andrer Form; kaum in milderer.

Was wollen sie noch, die deutschen Macht-Idioten, die Gewalt-Helden, die Siegs-Irrsinnigen? Sie treiben Spielerpolitik. Sie häufen zu dem Verlust des Besitzes den Verlust des Erborgten. Die Hauptsache ist ihnen: nur nicht aufhören. Nur weiter im Rausch bleiben, nicht den letzten Hoffnungsschimmer verlöschen und nicht die Ernüchterung eintreten lassen. Spielerpolitik. Verzweifelte, die sich und den andern Zukunft vorgaukeln, und doch den Hahn des Revolvers bereits gespannt haben, um sich ins Nichts zu verflüchtigen.

Schon mehren sich die Stimmen trauriger Erkenntnis in Deutschland. Friedrich Naumann schrieb neulich (in dem Sammelwerk «Neue Heimat») von der Zukunft:

> «Immer wird nur das Nötige da sein, denn das Nötige selber hängt nur von den Gewohnheiten ab, mit denen wir alle nach dem Krieg beginnen. Alle jungen Leute müssen von vornherein wissen, daß sie wieder da anfangen, wo schon einmal ihre Eltern und Großeltern standen, bei viel größerer Knappheit und Einfachheit. Der Krieg hat uns, auch wenn er siegreich endet, zunächst um Jahrzehnte zurückgeworfen. Das wollen wir ruhig anerkennen und daraus unsre Forderungen ziehen.»

Und Walter Rathenau in einem Aufsatz im «Berl. Tageblatt» («Kriegsgewinner», 21. Juli):

> «Niemand erweckt die Toten, heilt die Verstümmelten, verjüngt die Ergrauten, sänftigt die Fluren, entfacht die Zeugungskraft der Männer. Gealterte

kehren heim in zerrüttete Länder. Manche finden ihren Beruf nicht wieder, ihre Stellen besetzt, manche kein Obdach. Manchem ist Lehre und Studium abgeschnitten, manchem der Hausstand verloren, manchem Erwerb und Geschäft erstorben. Allen ist die Nahrung gekürzt, allen das Geld entwertet, der Unterhalt verteuert, die Steuerlast aufgehalst. Der Begriff des Vermögens ist halb verflüchtigt, ein mittlerer Besitz, der sorglos machte, bedeutet nichts mehr, Intelligenzen sind proletarisiert, nur das Arbeitseinkommen gilt. Der Geist des Landes ist einseitig geworden und verflacht. Die Arbeitskraft gemindert, der sittliche Stand gesunken. Neue Vergehen sind entstanden, alte zum Gemeinübel geworden, die Scheu vor der Übertretung ist gebrochen, das Gesetz schlecht und das Recht kraftlos.»

Das darf man heute schon schreiben in Deutschland. Noch sieht man es gern. Weil es die Steueraktion rechtfertigt. Aber wenn man eines Tages die Frage «Warum?» wird hinzufügen wollen, «warum das alles?», dann wird man die Äußerung solcher Erkenntnis als gefährlich verbieten. Das wird aber nichts nützen. Die Schicksalsfrage drängt sich auf und wird Antwort heischen. Das Märchen vom bösen Nachbar wird nicht mehr verfangen. Säuglinge und marastische Greise werden sich vielleicht damit einlullen lassen. Die übrige Menschheit nicht. Sie wird ihr «Warum?» donnern! Und sie wird sich selber Antwort geben.

Weil überlebte, geblendete und verblendete Kasten und ihre Einrichtungen, die das veränderte Wesen der Zeit nicht begriffen, ihrer Verantwortung nicht bewußt leichtfertig und sorglos mit der Menschheitsgeschichte spielten und daran herumstümperten, weil unreife, wertlose Personen, die ohne Ernst und Lebensinhalt, an Intelligenz verkümmert, an Wissen arm, Macht in Händen

hatten und überlebten Anschauungen und Ideen dienten, Phrasen für Realitäten hielten und Realität für Phrase, weil Menschen, die, eigentlich schon lange tot, als Gespenster in einer realen Welt herumirrten und sich den Glauben an sich und ihre Lebenserscheinung zu erringen wußten, darum, darum, ihr Armen, ihr Gebrochenen, ihr Gemordeten, ihr Betrogenen, ist Blut verdorrt, ist Glück zerbrochen, ist Reichtum verschwunden, ist Aufstieg zum Abstieg geworden. Darum! Darum! Darum! Schreit es hinaus in die finstere Zeit, schreit es, daß die künftig Lebenden es noch hören, noch lange in die Jahrhunderte hören, daß Verbrecher die Welt, die Menschheit, dich, Deutschland, dich, deutsches Volk gemordet haben!

Das «Warum?» und das «Darum» wird die Welt nicht mehr los.

Wenn die Frage erst gestellt wird, ist sie auch bereits beantwortet. Wenn sie aber beantwortet ist, dann gibt es nie mehr Krieg, nie mehr! Dann gibt es nie mehr Taschenspielerherrschaft in der Welt, niemals Triumph der Gaukler, der Betrüger, der Scharlatane, der Parasiten. Dann gibt es nie mehr irregeführte Massen, sondern nur erleuchtete und organisierte Menschheitsvereinigungen, die nicht mehr betört werden können, die ihren Willen aufdrängen, und die ihr Geschick selbst bestimmen werden.

Das Verbrechen des Sommers 1914 kann nie mehr, nie mehr in Jahrtausenden wiederkehren. Die Genarrten haben gelernt, werden lernen, werden klug sein!

Vier Jahre! Und wir schreiten ins fünfte! Hoch ist der Morast der Lüge und des Blutes, durch den wir waten. Nie mehr gibt's Freude für dieses Geschlecht. Nie mehr Sonne im Herzen. Die Toten werden unsre Mähler umtanzen und unsre Träume erfüllen. Diese Millionen Gemetzelter werden leben als die unsichtbaren Furien

unsres Seins. Sie werden leben um ihren Fluch, den sie nicht mehr sprechen können, lebendig zu machen in ihrem Handeln. Die Pflicht der im Leid Überlebenden den Ermordeten gegenüber ist, ihren Fluch lebendig zu erhalten. So lange lebendig, bis sie alle gerächt, bis ihre Lebensopfer bezahlt sind. Nur in Härte, nur mit der Gewalt des Hasses gegen jene, die das Unheil hervorgerufen haben, können wir die künftigen Generationen wieder zum Frieden gleiten lassen, können die Überbleibsel der Lebenden sich noch in Liebe finden. Wir brauchen Haß, um wieder lieben zu können. Haß und Fluch gegen die, die die Welt zum Sterben gebracht!

Ein Fluch ihnen allen, an diesem Jahrestag, den Generationen nach uns als den Sterbetag eines Zeitalters mit Trauerfeiern begehen werden. Fluch ihnen!

Mit dem «Gesang der Geister» aus Faust I, der so wundervoll die gegenwärtige Weltlage schildert, will ich die Eintragungen dieses vierten Unheiljahrs schließen:

«Weh! Weh!
Du hast sie zerstört,
Die schöne Welt,
Mit mächtiger Faust;
Sie stürzt, sie zerfällt!
Ein Halbgott hat sie zerschlagen.
Wir tragen
Die Trümmern ins Nichts hinüber
Und klagen
Über die verlorne Schöne.»

Spiez, 1. August.

Das fünfte Kriegsjahr wird eingeleitet durch einen neuen Mord. Ein Mord allerdings unter tausend andern. General von Eichhorn und sein Adjutant wurden auf der Straße in Kiew durch eine Bombe niedergemacht. Der

mit dem Säbel diktierte Ostfriede trägt blutige Früchte. Natürlich heißt es: das ist das Werk der Entente. Es ist nur zu bequem, die Folgen der eignen Fehler andern in die Schuhe zu schieben und noch dazu, wenn der andre gerade der Feind ist. So hat man in ausführlichen Berichten die Fehlschläge am Piave und an der Marne nicht sich selbst, sondern irgendwelchen imaginären Verrätern zugeschrieben. Mirbach und Eichhorn sind nicht die Opfer des phantastischen Friedensschlusses von Brest-Litowsk, nicht die Opfer jenes Säbels, den General Hoffmann damals mit einem neuzeitlichen «Vae victis» in die Wagschale geworfen, sondern das Werk der abscheulichen Entente. Die «Neue Freie Presse» — und ihre Weisheit wird von dem offiziellen Wiener Korrespondenz-Bureau in die Welt telegraphiert — versteigt sich sogar zu der Behauptung, «das Attentat beweise, wie sehr die Entente am Werk sei, und mit welch beispielloser Gewalttätigkeit alle Mittel benützt werden, um den Ostfrieden zu stören». Den Ostfrieden! Den lieben, guten, trauten Ostfrieden, seit dessen Abschluß das Blut noch nicht aufgehört hat, zu rinnen.

* * *

Die zur Zeit in allen Ländern herrschende Grippe wird kompliziert durch die durch die Zeitungen rieselnden Betrachtungen über den Übergang zum fünften Kriegsjahr. Aus diesen Betrachtungen stinkt die eitrige Geistespest zum Himmel. Das, was aus diesem Anlaß gesagt werden sollte, der Fluch der Menschheit, der an diesem Tag aufplatzen sollte, das kann ja in den Zeitungen der Zentralmächte doch nicht gesagt werden (nur die Wiener «Arbeiter-Zeitung» versteht es, die richtigen Worte zu finden). So hören wir nur das bis zum Erbrechen oft genug gehörte Gestotter und Gesalbader und Hurrage-

blödel. Am widerlichsten ist die Bilanz, die das Wolff-Bureau in die Welt telegraphiert. Soundsoviel tausend Quadratkilometer besetzt, soundsoviel Quadratkilometer von räuberischen Banden «gesäubert», soundsoviel Geschosse, Maschinengewehre, Gewehre, Feldküchen, Lokomotiven, Tanks, Eisenbahnwagen (die eroberten feindlichen Hosenknöpfe sind vergessen worden!) erobert, und soundsoviel tausend Gefangene gemacht. Bravo! Bravo! Wenn wir den Krieg nur darum führten, um Quadratkilometer zu besetzen und Material zu erbeuten, wäre ja diese Bilanz ein Ertrag, ein Beweis des Erfolgs. Aber was nützen all diese schönen Errungenschaften? Was bringen sie? Was sind sie der Menschheit, was dem deutschen Volk? In welchem Verhältnis stehen sie zum Frieden? Und — vor allem — was kosten sie? W a s k o s t e n s i e ? Heraus, ihr Prahler, ihr Rechenkünstler, ihr Volksbetrüger, mit der Gegenrechnung. Wieviel Tote habt ihr für eure Tanks und Lokomotiven gegeben, wieviel Menschenleben kosten euch die besetzten Gebiete, wieviel die «gesäuberten»? Was brachte euch das vierte Kriegsjahr an Schwindsüchtigen, Herzkranken, Geisteskranken, Syphilitikern, wieviel an Einarmigen, Einbeinigen, Armlosen und Blinden, wieviel an Verbrechern, an Dieben, Räubern, Mördern, wieviel Hinrichtungen hat es veranlaßt, und um wieviel ist die Geburtenzahl hinabgedrückt worden; wieviel Menschen hat es zum Selbstmord getrieben, wieviel Elend, Kummer und Verzweiflung hat es in die Familien gebracht, wieviel Milliarden hat es gekostet, wieviel Arbeitsertrag hat es aufgezehrt, wieviel Verarmung verbreitet. Pfui, Pfui, über eure errungenen Quadratkilometer und Beutestücke! Das Glück eines Volkes, das der Menschheit, liegt doch zertreten am Boden. Keines eurer Rechenkunststücke kann darüber hinwegtäuschen.

* * *

Die Grippe! Über alle Länder breitet sie sich aus. Die Seuche als Kriegsbegleiterin ist nichts Neues. Nur diesmal ließ sie etwas länger auf sich warten. Was eure Granaten übergelassen, wird die Krankheit vernichten. Die einzige Internationale, die ihr nicht beseitigen könnt, die ihr sogar befestigen helft. Die Seuche rast durch die unterernährten Leiber! Und noch immer greifen die Urheber, die Verantwortlichen dieses Weltunheils nicht zur sie erlösenden Kugel. Noch immer haben sie den Mut, zu leben, jene, die eine gütliche Beilegung des Konflikts damals vor vier Jahren mit dem «Prestige» einer Großmacht nicht für vereinbar hielten, die an Stelle des Ausgleichs den Appell an die Waffen, an die Gewalt vorzogen. Es muß fürchterlich sein, unter solcher Verantwortung zu leben.

Spiez, 2. August.

Trostlos treten wir in dieses fünfte Kriegsjahr ein. Keine Hoffnung. Mit allen Anzeichen des kriegerischen Wahnsinns wappnet sich Amerika. So jugendstark und kriegsfreudig naiv tritt die Riesenmacht in dieses zermürbte und ermüdete Europa ein. Asien tritt auf. Alle die noch nicht berührten Völker bereiten sich vor zu neuem Beginnen, während wir alle schon ermattet, ruhehungrig und apathisch sind. Kein Hoffnungsstrahl leuchtet uns. Es geht in den Abgrund. Und Kaiser Wilhelm sagt in seiner Jahresbotschaft an das Heer:

> «Uns schrecken nicht amerikanische Heere, nicht zahlenmäßige Übermacht; es ist der Geist, der die Entscheidung bringt.»

Der Geist! — Welcher?

Spiez, 5. August.

Der dritte Vorstoß der großen Offensive ist mißlungen. Die Franzosen sind in Soissons eingerückt und dringen

weiter vor. Sie drängen an die Aisne. Der deutsche Heeresbericht meldet kein Wort von Soissons und gefällt sich in Rätseln, die dem unkundigen Leser statt des Rückzugs einen Sieg vortäuschen. Dieser Bericht vom 3. August trägt die Überschrift: «Die Bewegung der Armee Böhn. Gutes Gelingen der neuen Frontkorrektur.» Dann heißt es wörtlich:

> «die großen Erfolge der Armee des Generalobersten von Böhn in der Schlacht am 1. August trugen zum vollen Gelingen der gestern durchgeführten Bewegungen bei. Auf unserm alten Kampfgelände lag bis zum frühen Morgen, an einzelnen Stellen noch bis 11 Uhr vormittags, Artilleriefeuer des Feindes».

Wenn es neben dem Majestätsbeleidigungsparagraphen auch einen Volksbeleidigungsparagraphen im deutschen Strafgesetzbuch gäbe, müßte der öffentliche Ankläger gegen eine solche Berichterstattung vorgehen, die von einer unerhört niedrigen Einschätzung der Intelligenz des deutschen Volkes zeugt. Es ist ein Rückzug, ein offenbarer Fehlschlag, und man frisiert einen Sieg daraus. Man spricht von dem «Gelingen» einer Bewegung, ohne zu sagen, daß die Bewegung nach rückwärts ging. Ist denn das Gedächtnis der Menschen wirklich so schwach? Vergißt man denn, daß diese Offensive angekündigt wurde als der Zwang zum baldigen Frieden, daß man dem deutschen Volk Calais und Paris versprach oder ruhig duldete, daß dies von allen möglichen Leuten dem Volk versprochen wurde? Gewiß ist es keine große Niederlage, die die deutsche Armee erlitt, aber es ist das Mißlingen eines Planes, auf dessen Gelingen man die größten Hoffnungen gesetzt hat, es ist das Verschwinden der Hoffnung auf baldigen Frieden, es ist der Blick ins Uferlose dieses Kriegs. Und trotz aller Verschleierungen scheint man im deutschen Volk begriffen zu haben, was vorging. Denn Hindenburg und Ludendorff wandten sich

mit beruhigenden Mitteilungen an die Öffentlichkeit. Ludendorff gab jetzt wenigstens offen zu, daß der strategische Angriffsplan nicht geglückt sei. Hinweis auf die blutigen Opfer des Feindes und die eignen. «Pflicht, haushälterisch mit dem Leben der Truppen umzugehen.» Im fünften Kriegsjahr, nach Millionen Toten also, Pflicht, mit den Menschenleben zu sparen. Noch ein andres Bekenntnis des Generalquartiermeisters ist von Interesse:

> «Die Verstärkung des Feindes durch amerikanische Truppen . . . unterschätzen wir nicht . . .»

Vor einigen Monaten hieß es noch anders: Ah bah! Die Amerikaner mögen erst herüberkommen. Nun sind sie da. Nun wird es ernst. Sehr ernst sogar. In Wladiwostock sind die Japaner gelandet, um den Tschecho-Slowaken in Sibirien zu Hilfe zu kommen. Die Engländer haben die Murmanküste besetzt. Der sogenannte «Friede» von Brest-Litowsk wird erschüttert. Bald wird im Osten wieder eine Front stehen. Ob die Beruhigungen Hindenburgs und Ludendorffs ihren Zweck noch erreichen? Die «Frankfurter Zeitung» (3. August) beginnt ihren Leitartikel mit den Worten: «Wozu kämpfen wir eigentlich, wenn das Schwert allein den Knoten der Weltprobleme nicht zu durchschlagen vermag?» Wozu? Um den Alldeutschen und den Allkriegerischen nachzuweisen, daß ihre Ideen Wahnsinn sind.

Spiez, 6. August.

Ein Artikel der «Norddeutschen Allgemeinen Zeitung» scheint nicht ohne Bedeutung zu sein. Er enthält die Anfrage nach den Friedensbedingungen Englands. Das geschieht mit allerlei Winkelzügen und Drehungen; aber es geschieht. Anknüpfend an eine Äußerung Bonar Laws im Parlament, wonach die englische Regierung immer bereit sei, Vorschläge zur Herbeiführung eines be-

friedigenden Friedens zu erwägen, schreibt das offiziöse deutsche Organ: «Ehe . . . von britischer Friedensbereitschaft die Rede sein kann, muß die Frage abgeklärt werden, was für Bedingungen Bonar Law als befriedigend ansehen würde.» Das ist eine Frage nach den englischen Friedensbedingungen, wenn auch im folgenden Satz behauptet wird, «wir haben unsrerseits keinen Anlaß, diese Frage an England zu richten, weil usw.». Und damit man ja nicht glauben soll, daß es ein Zeichen der Schwäche sei, wird mit dem Säbel gerasselt, der Biceps gezeigt, und vom «zuversichtlichen Kraftbewußtsein» geredet. Aber es ist doch eine Anfrage. Vielleicht kommt eine Antwort.

Spiez, 12. August.

Eine Rede die Balfour (nach Zeitungsmeldungen vom 9. August) in Erwiderung einer pazifistischen Interpellation hielt, war zwar keine direkte Antwort auf jene Anfrage der «Norddeutschen Allgemeinen Zeitung», immerhin eine Antwort. Leider eine sehr schroffe und ablehnende. Die Entente hat durch ihre Erfolge an der Marne und jetzt zwischen Ancre und Avre Oberwasser erhalten. Es darf als feststehend angenommen werden, daß die mit soviel Versprechungen als letzter Schritt zum endgültigen Sieg im Frühjahr in Szene gesetzte große Offensive der Deutschen als gescheitert angesehen werden kann. Viele meinen, daß es die letzte Möglichkeit einer Entscheidung ist, die vereitelt wurde. Ich glaubte auch für den Fall eines Gelingens jener Offensive nicht an eine Entscheidung. Aber immerhin, für die deutsche Kriegspartei läge die Situation anders, wenn sie die deutschen Heere nach Paris und Calais gebracht, wenn sie, wie sie im Februar und März geheimnisvoll verkündete, die Engländer ins Wasser geworfen hätte. Jetzt aber, wo sie, statt ihr Ziel erreicht zu haben, auf dem mit so unge-

heuren Opfern erreichten Weg nach rückwärts geht, jetzt ist die Aussicht auf einen entscheidenden Erfolg, ehe die Amerikaner in ausreichender Stärke da sind, nicht mehr vorhanden. Das Blättchen hat sich gewendet, und für die Besonnenen tritt die Unmöglichkeit eines deutschen Siegs in umrissener Klarheit hervor. Aber jetzt besteht die Gefahr, daß die Entente Fehler macht und im Hinblick auf die anrückende amerikanische Armee auf eine völlige Niederwerfung Deutschlands ausgeht. Zwischen Nichtsiegen und Besiegtwerden liegt ein großer Spielraum. Ein Deutschland, das zu siegen verhindert ist, ist noch immer stark genug, um sich lange und kraftvoll zu verteidigen. Eine Niederwerfung der Zentralmächte kann Jahre, kann viele Jahre dauern. Wäre das Ziel nicht früher und unter geringern Opfern zu erreichen? Ich glaube ja. Ich glaube, daß jetzt, wo die Westmächte sich gestärkt fühlen, der psychologische Moment zu einem Verständigungsfrieden gekommen ist. Viel Blut, Jahrzehnte des Elends könnten gespart werden.

Wahr ist es ja, was Balfour in seiner Rede als das große Hindernis hervorhebt, daß der deutsche Militarismus nicht etwa auf dem Ehrgeiz einiger Soldaten oder auf der Militärkaste beruht,

> «sondern vielmehr der Umstand, daß die deutschen Schriftsteller, Professoren, Theoretiker und Leute der Tat, Kaufleute und Historiker einmütig den Grundsatz anerkennen, die wahre Politik einer nach Größe strebenden Nation sei die Politik allgemeiner Vorherrschaft».

Wahr ist es! Aber der Krieg wird nicht wirkungslos im deutschen Volk geblieben sein. Schon wenn er jetzt abgeschlossen werden würde, muß er einen Bankrott dieser kleinen, aber schreienden Schar von Leuten bringen, und das neue, das europäisch gesinnte Deutschland hebt sich schon klar in seinen Umrissen ab.

Wie die Sache steht ergibt sich daraus, daß die Alldeutschen mit dem alten Gaunertrick des «Haltet den Dieb!» beginnen. In dem Prozeß, den die «Frankfurter Zeitung» gegen Houston Chamberlain angestrengt hat, sagte dessen Verteidiger, der Obmann des Alldeutschen Verbandes, Rechtsanwalt Class, daß die «Frankfurter Zeitung» mit dem Schlagwort, Deutschland strebe nach der Weltherrschaft, hervorgetreten sei, und die «Deutsche Zeitung» (zitiert «Frankfurter Zeitung», 10. August 1918) macht Kühlmann mit seiner Äußerung über die Nichtbeendigung des Krieges durch militärische Mittel für die Schlappe zwischen Ancre und Somme verantwortlich. Diese Leute also, die das Verbrechen auf sich geladen, das deutsche Volk in diesen Krieg hineingetrieben zu haben, die den Weltbrand entzündeten, die auch dessen Endlosigkeit auf dem Gewissen haben, fangen bereits an, eine Schuld der andern zu konstruieren. Dies läßt erkennen, daß selbst jene Blinden die Lage zu wittern scheinen. — Wann wird aufgeräumt werden mit ihnen? Die Alldeutschen sind nicht das deutsche Volk. Sie sind eine Minderheit. Daß wir sie nicht los werden können, liegt an den Militärs, die sie stützen. Und daß die Militärs es vermögen, liegt an dem Kaiser. Wenn er nicht mit den Militärs und den Alldeutschen wäre, hätten wir den Frieden.

Spiez, 13. August.

In Wien kostet jetzt ein Paar Lederschuhe 600 Kr., ein Kilo Schinken 150 Kr. (Arbeiter-Zeitung vom 9. August). Daß Menschen verhungert auf der Straße oder in ihren ärmlichen Wohnungen aufgefunden werden, ist keine Seltenheit. Man stirbt am Nahrungsmangel, man mordet und stiehlt, und nur eine dünne Schicht am Milliardenraub Beteiligter vermag sich noch zu erhalten.

Da schreibt die «Neue Freie Presse» und das offizielle Wiener Korrespondenz-Bureau telegraphiert es (unterm 10. August) ins neutrale Ausland:

«die Mittelmächte werden die amerikanischen Millionen überstehen, wie sie die russischen Millionen überstanden haben. Dann wird der Friede reif werden».

Dann? — Aber zur Überwindung der Russen hat man dreieinhalb Jahre gebraucht. Glaubt die «Neue Freie Presse», die Amerikaner in kürzerer Frist «überstehen» zu können? Kaum möglich, wenn überhaupt möglich. Das Blatt glaubt also, daß Österreich noch dreieinhalb Jahre Krieg aushalten könne. Wenn dann erst der Friede «reif» sein soll, dann ist das Volk in der Donaumonarchie verfault.

* * *

Schlägt Paul Rohrbach das Gewissen? In der Zeitschrift «Deutsche Politik» macht er (nach Berl. Tagbl., 11. August 1918) Mitteilung von einer im September 1917 der Regierung überreichten Denkschrift, worin er auf die Gefahr der alldeutschen Literatur hinweist, deren Verbreitung im Ausland er als viele verlorne Schlachten und Feldzüge bezeichnet. Er legt dar, daß die Reden und Schriften der Alldeutschen während der letzten anderthalb Jahrzehnte vor dem Krieg und während des Kriegs die Grundlage aller Verdächtigungen Deutschlands und seiner Weltfeindschaft bilden. Er fordert die Regierung auf, «die moralische Offensive» aufzunehmen, «oder wir werden den Krieg verlieren».

Diese Denkschrift ist vom September 1917. Die Regierung hat in Brest-Litowsk bewiesen, daß sie den Mahnruf Rohrbachs nicht verstand. Ob Rohrbach, der Präventivkriegapostel (sieh meine Eintragungen vom

5. September 1914), der Verkünder des «nächsten Krieges» (sieh meine Eintragungen vom 18. Januar 1915) der geeignete Mann war, gegen die Gefahren der alldeutschen Literatur aufzutreten, erscheint mir fraglich.

* * *

Ein Geschwader von sechs italienischen Flugzeugen, von Gabriele d'Annunzio geführt, warf am 9. August über Wien Zettel ab. Zettel mit einem witzigen Aufruf an die Bevölkerung; keine Bomben. Die Zettel fordern die Bevölkerung auf, den Krieg nicht fortzuführen. Kriegerischer Blödsinn. Das heißt den Wagen auffordern, sich vom Pferd nicht ziehen zu lassen. Die Bevölkerung ist im Krieg kein Willensfaktor. Schmerzlich berührt der Satz:

> «Man sagt von euch, daß ihr intelligent seid, jedoch seitdem ihr die preußische Uniform angezogen habt, seid ihr auf das Niveau eines Berliner Grobians herabgesunken, und die ganze Welt hat sich gegen euch gewendet.»

Schmerzlich!

Spiez, 15. August.

Der Rückzug der deutschen Gesandtschaft von Moskau nach Pskow deutete bereits an, wie herrlich weit uns der sogenannte Ostfriede gebracht hat. Herr Helfferich ist bereits nach drei Tagen von seinem Posten in Moskau zurückgekehrt, um künftig seine Funktion als Botschafter in Rußland in Berlin auszuüben, während sich das Personal der deutschen Gesandtschaft in den schützenden Bereich der deutschen Besatzungstruppen zurückgezogen hat. So zeigt es sich wieder einmal, wohin man mit der rohen Gewalt kommt. Das Ideengebäude der alldeutschen Bolschewiki zerbricht unter blutigen Enttäuschungen.

Spiez, 18. August.

Es wird jetzt in der Presse der Zentralmächte und in der neutralen Presse viel vom Frieden gesprochen. Es scheint bei den Zentralmächten das Bedürfnis vorzuliegen, durch solche Erörterungen die Unruhe der Bevölkerung zu besänftigen. Man läßt die Leuchtraketen des Friedens steigen, und die Völker blicken gespannt auf. Damit fristen sich die Regierungen wieder eine Weile fort.

Spiez, 22. August.

Die Rede des Staatssekretärs Solf ist ein Zeichen der Stimmung in Deutschland. Schon der Umstand, daß man einen liberal und versöhnlich gesinnten Mann vorschickt zu einer Beantwortung der Balfourrede, ist ein Beweis, daß die Regierung dem gestürzten Kühlmann in ihrem Innern doch recht gibt in seiner Erklärung, daß man militärisch den Krieg nicht beendigen kann. Aber, was kann es nützen? In allen seinen Widerlegungen Balfours konnte Solf nicht die Tatsache einbekennen, daß der Krieg von Deutschland begonnen wurde, und daß neben Solf ein Vertrauensmann der Alldeutschen Staatssekretär des Äußern ist, der ohne Befragung des Reichstags Staatssekretär wurde.

Es ist schwach, was er an Tatsächlichem entgegnen konnte. Selbst die Erklärung über Belgien, die früher einmal eine Tat gewesen wäre, hat jetzt in ihrem Hinweis auf das vom Reichskanzler Gesagte, keine Bedeutung. Die «Faustpfand»-Theorie Hertlings ist damit nicht widerrufen. Hübsch und genial die Erklärung über den Ostfrieden, der nur als Rahmen gedacht sei. Aber wer garantiert dafür, daß in diesen Rahmen nicht die Bilder Heydebrands und Ludendorffs, der Vaterlandspartei und der «Kaisertreuen» eingefügt werden. Es fehlt eben das Ver-

trauen. Man hätte den Krieg nie soweit kommen lassen dürfen, und das von Solf angewandte Zitat Kants ist bitter, weil es wahr ist. Der Krieg hat zu lange gedauert, ist zu entsetzlich geführt worden, daß noch «Vertrauen auf die Denkungsart des Feindes» hätte übrigbleiben können. Was nützt es, wenn Solf jetzt eine Knock-out-Politik ablehnt. Die Welt weiß, daß Deutschland sie nicht durchführen könnte, wenn es wollte, sie weiß aber auch, daß Deutschland sie durchgeführt hätte, wenn es gekonnt hätte, und daß es alle Anstalten dafür getroffen. Die Schlußworte Solfs sind gewiß schön und edel, und es wäre zu wünschen, daß ein Mann wie er stets an der Spitze der Geschäfte gestanden und sich durchzusetzen die Möglichkeit gehabt hätte. Das Programm der Vermeidung künftiger Kriege, der Herbeiführung einer bessern Welt, ist in der Tat das Menschheitsprogramm. Aber Solf ist das Mitglied einer Regierung, die Stütze eines Systems, dem nicht geglaubt wird. Er ist lediglich berufen, die nicht zustande gekommene Proklamation an das Heer nach der projektierten Einnahme von Paris zu ersetzen. Jetzt versucht man es mit edlen Menschheitszielen. Ehe dieser Versuch Vertrauen in der Welt erringen kann, müssen Menschen und Einrichtungen, müssen ganze Familien von der politischen Tribüne abtreten und die Geister des neuen, aufstrebenden Deutschlands die Führung übernehmen. Dann wird man deutsche Reden über hohe Menschheitsfragen mit Freuden begrüßen und wird den Frieden haben. Eher nicht!

Spiez, 28. August.

Wie erbärmlich ist es doch, wenn man sieht, wie die Gewaltwahnsinnigen jetzt wieder mit System daran gehen, den Völkerbundgedanken zu verfälschen und zu diskreditieren. Es ist ja bereits zum Schlagwort geworden, das papageimäßig auch von gescheiten Leuten

nachgeplappert wird, daß der Völkerbund nur eine Falle für Deutschland sei, um es in seiner Entwicklung zu hemmen. Genau so Falle, wie das Deutsche Reich «Falle» für Bayern, Sachsen oder Hamburg war, eine «Falle», in der alle Staaten, die hineingeraten sind, sich ungeahnt entwickelt haben, genau so «Falle», genau so Beschränkung wird ein Völkerbund für jeden Staat sein. Es wird jeder darin geschützter sein, als ehedem, es wird jeder aufblühen und gedeihen durch die Erfüllung der Maxime: Austausch eigner Macht gegen fremde Pflichten. Verlieren werden dabei nur die Machtspekulanten, die Vergewaltiger. An der staatlichen Ordnung ist der Räuber eben zugrunde gegangen. Wer bedauert's?

Die Diskreditierung des Völkerbunds wird jetzt genau so betrieben, wie die deutschen Gewaltpolitiker die Schiedsgerichtsbewegung, wie sie die Haager Konferenzen hintertrieben haben. Durch Verächtlichmachung und durch Suggerierung eines Hinterhalts, in den man das deutsche Volk locken wolle. Diese Haltung hat nicht nur den Krieg erzeugt und die Weltkoalition gegen Deutschland zusammengebracht, sie verhindert auch den Friedensschluß. In einer Rede, die Balfour am 1. August im Unterhaus gehalten, sagte er:

> «Ich glaube, daß ich in diesem Augenblick recht tue, wenn ich sage, daß Deutschland niemals bereit war, mit irgendeinem Staat in einen Schiedsvertrag einzutreten.»

Deutschland hat zwar einen Schiedsvertrag geschlossen, einen einzigen, gerade wie San Domingo, Haiti, Kuba, Peru und Venezuela nur je einen aufzuweisen haben, während die Vereinigten Staaten 33, England und Frankreich je 14 solcher Verträge zu verzeichnen haben. Man sieht also, wie das heute von den Feinden ausgenützt wird. Von den Alldeutschen und Militaristen kann man daher mit Recht sagen, was sie sinnen ist Blut. Denn

ihr Unverstand den internationalen Dingen gegenüber kostet das deutsche Volk Berge von Jugendlichen.

Spiez, 30. August.

Der Rückzug der Deutschen im Westen dauert an. Damit aber die humoristische Verkleidung der Tatsache in den amtlichen und privaten Berichten. Man meldet nicht offen: Der Feind hat Noyon genommen, sondern: «Noyon lag unter schwerstem Feuer der Franzosen. Die Stadt liegt vor unsern Kampflinien.» Man will nicht sagen, wir sind hinter die Stadt gegangen, so sagt man: die Stadt liegt vor uns. Unwürdig. Ein Ergebnis dieses Rückzugs macht sich geltend in dem entschiedenen Friedensfeldzug, der jetzt in der deutschen Presse unternommen und gestattet wird. So konnte jetzt wieder Gothein im «Berliner Tageblatt» (28. August) eine offene Sprache führen, wie man sie seit langem nicht mehr gewöhnt war. Er konnte offen gegen den Brester Frieden sprechen und dessen Revision im Weltfriedensvertrag verlangen. Er konnte noch Folgendes sagen:

> «Es mag vielleicht heute noch Leute in Deutschland geben, die von einem Siegfrieden mit der uns feindlichen Welt gegenüber träumen; die ihr diktieren wollen, wie künftig die Welt unter Deutschlands Führung sich gestalten soll. Wer ernsthaft und nüchtern die Dinge betrachtet, glaubt an solche Phantastereien ebensowenig wie daran, daß es unsern Feinden gelingen könnte, uns zu besiegen. Kommt es zu keinem Frieden der Verständigung und Versöhnung, so geht das gegenseitige Morden, geht die Zerstörung und Vernichtung unendlicher Kulturwerte, geht die ungeheure Verschuldung und Verarmung Europas noch jahrelang weiter; vernichtet sich Europa unter Beihilfe von Amerika und Japan zu deren Gunsten.»

Auch gegen das Bündnisunwesen und gegen den — erfreulicherweise schon ausgeträumten — Traum von Mitteleuropa durfte er sprechen!

Die Vernunft ist also wieder einmal gestattet im deutschen Reich. Ist die Erlaubnis nur aus strategischen Erwägungen entstanden oder wird sie dauernd gegeben sein?

Haussmann ging in seiner Rede, die er in seinem Wahlkreis gehalten, noch schärfer mit den Siegfriedlern ins Zeug. Er erhob sogar die Anklage gegen den Reichskanzler Michaelis, daß er «Zweifel in die Haltung Deutschlands gesät und das Mißtrauen gegen uns begünstigt hat».

Ein auffallender Artikel der «Augsburger Post», eines Zentrumblatts, verlangt Freigabe Belgiens, Autonomie für Elsaß-Lothringen, räumt den Engländern ein, daß ihre Eroberungen in Asien und Afrika unter ganz andern Gesichtswinkeln zu messen sind als europäische Eroberungen Deutschlands. Er betrachtet den Irrtum über den Erfolg des U-Bootkriegs und die Unterschätzung Amerikas als verhängnisvoll.

Es dämmert also! Traurig, daß es erst der Fortschritte Fochs bedurfte, um in Deutschland die Vernunft zu Worte kommen zu lassen. Das könnte das Erwachen als zu spät erfolgt erscheinen lassen. Vielleicht aber gibt dieser Wandel den besonnenen Elementen in der Entente eine Handhabe, die Verhandlungen über eine neue Weltordnung zu beginnen.

Spiez, 31. August.

In einer Ankündigung des «Kunstwart» (Deutscher Wille) lese ich:

> «Er dient der Kultur, und auch für die Kultur will er Macht. ‚Freie Bahn dem Tüchtigen' — die Einsicht ist nicht übereilt an die hohe Stelle gelangt,

daß eine Nation erst dann mit ihrer vollen Kraft wirkt, wenn jeder nach Menschenmöglichkeit mit seiner besten Begabung dem Ganzen dienen kann. Was hülfe uns ein Hindenburg, wenn er a. D. in Hannover säße . . .»

Nun, die Ausnutzung der Begabung eines Feldherrn soll man nicht wünschen! Welches Glück, wenn es nie nötig gewesen wäre, Hindenburgs Talente zu verwenden. Wie schön wäre das Leben, wie herrlich die Welt, wenn Hindenburg a. D. in Hannover geblieben wäre! Zwölf — nein, mit den Nichtgebornen, fünfundzwanzig Millionen Menschen wären noch am Leben, Millionen Familien wären von der Trauer verschont geblieben, das Geld hätte seinen Wert behalten und Verarmung und Elend wären nicht über die Welt gekommen. Die Menschen hätten genug Brot, genug Kleidung, genug Kinder! Nein! für diese Tüchtigen, die uns die Welt so zugerichtet haben, wollen wir keine freie Bahn! Das sei für alle Zukunft deutscher Wille!

Spiez, 6. September.

Es wird ernst in der Welt. Die Katastrophe, die Deutschland droht, kann sich zu einem furchtbaren, zu einem entsetzlichen Ereignis ausgestalten. So glatt und einfach, wie sich manche Leute mit leichtbeschwingten Gedanken das denken, darf man es sich nicht vorstellen. Ein Zusammenbruch Deutschlands kann nur unter Erschütterungen vor sich gehen, die die ganze Welt erzittern machen, und deren Ausläufer noch durch die Jahrzehnte spürbar sein werden. Dieser Zusammenbruch mag ja noch in der Ferne liegen, aber die Möglichkeit allein läßt die Schwere des Vorgangs verspüren und erkennen.

Zeichen, daß man in Deutschland die Lage als ernst ansieht, liegen in großer Zahl vor. Zuerst die zügellose

Redefreiheit für radikale und sonst so verpönte Friedensreden, wie die Reden der Solf, Prinz Max von Baden, Haussmann. Dann die Artikel Dernburgs, Gotheins u. a., jetzt ein Interview mit dem deutschen Kronprinzen, eine Kundgebung Hindenburgs, des Reichskanzlers ernste Ansprache vor der Verfassungskommission des preußischen Herrenhauses. Aber diese Äußerungen geben einigermaßen eine Aufklärung über den Grund, daß es der deutschen Heeresleitung nach 54 Tagen noch nicht gelungen ist, die Front im Westen zum Stehen zu bringen. Der Kronprinz spricht von der «kolossalen Übermacht» des Gegners, Hindenburg wendet sich gegen die vom Feind unternommene «Vergiftung des deutschen Geistes an der Front und im Hinterland», und der Reichskanzler Graf Hertling droht den Torys des preußischen Herrenhauses, daß ihre Verschleppung der Wahlvorlage «der Agitation (welcher?) Nahrung geben und zu schweren Erschütterungen führen» werde. Er drohte, daß es später nicht möglich sein werde, «einer zu weitgehenden Radikalisierung unsres staatlichen Lebens» vorzubeugen. So hat der unaufhörliche Vormarsch der Entente anscheinend seinen Grund in dieser numerischen Übermacht und in einer Erlahmung des Kampfelans der deutschen Heere. Nichts natürlicher! Nach vier Jahren Krieg muß dieser Elan erlahmen, und wenn das bei der Entente nicht der Fall ist, im deutschen Heer aber ja, so liegt das eben daran, daß der Entente die von deutschen Führern in so frevelhafter Kurzsichtigkeit unterschätzte amerikanische Hilfe die Zuversicht und den Elan stärkt, daß der Entente ihr demokratisches und beglückendes Friedensideal Schwungkraft verleiht, während in Deutschland die Einsicht, daß es unmöglich ist, gegen eine ganze Welt zu siegen, das dumpfe Gefühl der Schuld am Krieg, das trotz der rührigen Verdunklungsmethoden auf allen Seelen lastet, und der Druck der autokratisch-militärisch-

alldeutschen Schreier eine Auffrischung des Kampfelans verhindern. Es scheint ein seelischer Zusammenbruch an der Front und im Hinterland sich zu vollziehen, und den wird die pazifistische Kundgebung des Kronprinzen und die verdammenden Mahnworte Hindenburgs nicht aufhalten.

Der Kronprinz hat in jenem Interview bestritten, daß er ein Kriegshetzer war. Kein Wort davon sei wahr! — «Kriegshetzer» ist wohl das richtige Wort nicht; aber daß der deutsche Kronprinz ein Friedensfreund, ein Friedenswoller, ein Friedensförderer war, wird niemand behaupten können. Es ist ja noch unvergessen, wie er im November 1911 der Kriegshetzrede von Heydebrands im Reichstag von seiner Loge aus Beifall spendete. Unvergessen sein Buch, das im Frühjahr 1913 erschien, worin er sich zur Unvermeidbarkeit des Kriegs bekannte, in dem er sich als Bewunderer des Kriegs, als Gegner der Friedenswoller zeigte, die er als «undeutsch» verächtlich machte. «Donnerwetter, wenn es doch ernst wäre!» Dieser Satz, «der Wunsch jedes Reiter», steht in jenem Buch. Unvergessen ist auch seine Abschiedsrede an die Danziger Husaren, die in der Zabernzeit gehalten wurde. Nun ist es doch «ernst». Schon lange ernst, und es wird immer ernster. Der deutsche Kronprinz ist «Pazifist» geworden. Was man jetzt so als Pazifist bezeichnet. Und in seinem Ausblick über Sieg und Kriegsende weicht er von den bisher bis zur Erschöpfung vorgebrachten Eroberungsphrasen sehr resigniert ab. Unter Sieg will er nicht die Vernichtung der Feinde verstanden wissen, nur die eigne Behauptung und das Kriegsende erwartet er — ganz wie Kühlmann es zu sagen wagte — nicht von militärischen Ereignissen, sondern von der Einsicht der Feinde, «daß der kolossale Einsatz dem Gewinn nicht gleichwertig ist, daß sie nicht so viel gewinnen können, als sie dabei verlieren müssen».

Was werden die Kilometerfresser, die Belgieneroberer, die, die ohne flandrische Küste, ohne Briey und Longwy sich keine deutsche Zukunft vorstellen können, zu diesen defaitistischen Äußerungen des deutschen Kronprinzen sagen?

Hindenburg warnt vor den in großen Mengen abgeworfenen Flugschriften der Feinde, «die den Geist töten sollen». Er schildert, wie diese Flugschriften von der Front in die Heimat wandern. «Zu Hause wandert es dann von Hand zu Hand, am Biertisch wird es besprochen, in den Familien, in den Nähstuben, in den Fabriken, auf der Straße.» Dann fließt dieses Gift wieder zur Front. Dieses geistige Gift wird aus Äußerungen deutscher Männer und deutscher Zeitungen gebraut. Die Zitate aus den Zeitungen seien aus dem Zusammenhang gerissen, aber die Äußerungen Deutscher stammen von Verrätern, die im neutralen Ausland weilen, «um nicht unsern Kampf und unsre Entbehrungen teilen zu müssen». Die Kundgebung, die das Datum des Sedantages trägt, ruft zur Verachtung dieser Deutschen auf, die «zwar dem Namen und der Abstammung nach deutsch sind, aber ihrem Wesen nach im Feindeslager stehen».

Das ist der Bannfluch gegen jene, die die strafenden Vorwürfe gegen das Gebahren der Kriegsmacher und Kriegsfanatiker noch erheben können, die noch nicht mundtot oder ganz tot gemacht wurden von der Militärautokratie; der Bannfluch gegen jene, die inmitten des Ozeans der Lüge die Wahrheit sagen und den Namen und das Ansehen des deutschen Volkes zu retten suchen. Und nun sollen gerade diese Patrioten, die aus Liebe zu Volk und Heimat sich freiwillig verbannt haben und sich auflehnen gegen die Niedertracht des Kriegs, die Niederlage verschuldet haben, die in Wirklichkeit nur die Borniertheit der Säbelraßler verursachte. Die feierlichsten Beschwörungen und Flüche werden das nicht ändern.

Das Gift ist nicht mehr zu bannen. Es kommt auch nicht von außen. Seit vier Jahren haben es die Apologeten dieses Kriegs, die Führenden unter den Militärs und Beamten, dem Volk in Form von falschen Verheißungen eingeflößt. Jetzt, wo die Enttäuschungen kommen, wirken diese falschen Vorspiegelungen der falschen Propheten als Gift. Damit hat der Feind nichts zu tun, nichts, gar nichts!

Es gibt nur ein Gegengift: Rückkehr zur Wahrheit, Aufstieg zur Demokratie und Abkehr von den falschen Göttern, die das deutsche Volk diese Bahn des Unheils geführt haben.

Spiez, 7. September.

Der Kampf gegen Demokratie und Pazifismus scheint nach einer Parole in der deutschen Presse einzusetzen. Zwei infam verleumderische Artikel gegen mich, gegen das Gedenkheft der Friedenswarte zum Eintritt in das fünfte Kriegsjahr und die Mitarbeiter an jenem Heft liegen mir aus der «Rheinisch-Westfälischen Zeitung» (23. August) und der «Kölnischen Volkszeitung» (29. August) vor. Natürlich sind diese Verleumdungen ohne Namen veröffentlicht. Die Schreiber verschweigen, daß es sich um eine Zusammenführung aller in der Schweiz lebenden deutschen Kriegsgegner handelt, in der radikale und gemäßigte Ansichten gleichmäßig zum Ausdruck kommen. Sie zitieren nur die radikalen Autoren, führen von diesen nur die radikalsten Sätze, aus dem Zusammenhang gerissen, an und huldigen dem Grundsatz: «calumniare audacter semper aliquid haeret». Darum ist es den Schreibern und ihren Auftraggebern hauptsächlich zu tun. Gesindel!

* * *

Die ernste Zeit ist nicht ohne Humor!

Der neue Staatssekretär entpuppt sich immer mehr als Feuilletonist der Politik. Nachdem er mit einer Verbrüderung mit Iren und Ägyptern debütierte, hat er gestern österreichische und ungarische Journalisten empfangen und hat ihnen — Märchen erzählt. So sagte er:

> «Bei unsern Gegnern arbeitet die Presse unter der Kontrolle des Staates, und ein Zeitungsschreiber, der nicht die Regierungssysteme vertritt, wandert bei ihnen einfach ins Zuchthaus. W i r d a g e g e n i n D e u t s c h l a n d u n d i n Ö s t e r r e i c h - U n g a r n h a l t e n a n d e r f r e i e n P r e s s e, s e l b s t u n t e r d e m Z w a n g d e s K r i e g s f e s t.»

Zum Lachen!

Weniger zum Lachen ist die Verhöhnung, die der Staatssekretär dem vor Hunger und Elend krepierenden österreichischen Volk ins Gesicht wirft, als er, nach dem Bericht des W. K. B. (N. Z. Z., 7. September) seine besondere Freude aussprach, «daß es, wie das Wiener Straßenbild zeige, dem Optimismus der Wiener gelungen ist, die schweren Kriegsjahre s o g u t z u ü b e r s t e h e n». Welche Straßen mag denn Herr von Hinße im Auto durchflißt haben?

Unerhört auch, der im Hinblick auf den Rückzug im Westen gesprochene Saß: «Wenn man Rosen pflücken will, so muß man auch die Dornenstiche gewärtigen.» Dornenstiche nennt er das faulende Schicksal der leßten vier Jahre, das Millionenleichenfeld, den Niedergang der Kultur, die Armut und das Siechtum, das auf Jahrzehnte gesicherte Elend! Dornenstiche! Merk's, deutsches Volk.

Kann ein solcher Mann die Politik Deutschlands in der erstesten Stunde der Weltgeschichte vertreten?

Spiez, 9. September.

Es braust ein Ruf . . . Allerdings nicht wie Schwertgeklirr und Wogenprall, etwa wie Harfenklang und Glockengeläute. Sie sind nicht mehr zu zählen, die Äußerungen der Staatsmänner, Diplomaten, Journalisten für die Forderungen des Pazifismus, für Schiedsgericht, Abrüstung, Völkerbund. Es mögen Heuchler unter ihnen sein, Konjunkturjäger, aber zweifellos: auch diese folgen einem innern Zwang, dem instinktiven Gefühl, daß hinter jenen Ideen der Ausweg, die Rettung liegt. Sicher sind auch Ehrliche unter ihnen, Ehrliche, denen die Erkenntnis aufgegangen, und die durch die Katastrophe erst sehen gelernt haben. Doch zeigt keiner Spuren von Schamgefühl oder Reue. Sie müßten sich doch alle sagen: Da haben wir jahrzehntelang die Verkünder der pazifistischen Lehre verlacht, uns mit einem überlegenen Lächeln über ihr uns drollig erscheinendes Treiben hinweggesetzt, überzeugt von der Höhe und Bedeutung unsrer realpolitischen Großzügigkeit, und nun erkennen wir, daß wir uns geirrt haben, daß jene recht hatten und unsre Kurzsichtigkeit und Gleichgültigkeit allein daran schuld ist an dem großen Versäumnis, dessen Folge dieser schwer verhängnisvolle Krieg geworden. Sie denken gar nicht daran, sich dies zu sagen oder in ihrem ungestümen Eifer für die für sie so neue Wahrheit, der Versäumnisse von gestern sich zu erinnern.

Früher einmal habe ich unsre Stellung unsern Gegnern, den Höhnern, Lachern und Skeptikern gegenüber verglichen der Situation von Wanderern, die sich auf einem Bergesgipfel befinden und das Aufgehen der Sonne bewundern, während die unten im Tal, die die Sonne noch nicht sehen, die Wahrnehmung bestreiten. Für sie ist es Nacht. Nun ist die Sonne höher gestiegen, und auch die im Tal erkennen jetzt, daß es Tag wird.

Graf Czernin veröffentlicht in der «Neuen Freien

Presse» einen Artikel über «Schiedsgericht und Abrüstung». Er zitiert Solf und Grey und verkündet den Lesern jenes Blattes, daß in internationalen Abmachungen die Garantien zur Vermeidung künftiger Kriege zu suchen seien. Wenn das die Suttner erlebt hätte, die in jenem Blatt nur an hohen Sonn- und Feiertagen als origineller Aufputz den Lesern vorgesetzt wurde. Wenn das die Suttner erlebt hätte, daß jetzt die hohen Würdenträger des Staates die Fackel ergreifen, die sie ängstlich gewahrt und in der Finsternis früherer Tage emporgehalten hat.

Der Pazifismus war Rettung, aber man hat sich den Rufen gegenüber taub gestellt. Jetzt, wo es brennt, sieht man es ein. Die ganze Welt ist erfüllt von uns, von unserm Geist, von unsrer Arbeit. Sie müssen uns folgen, nachdem ihre Theorien von Macht und Gewalt bankrott gemacht haben.

Wahrhaftig, es ist eine Genugtuung, das zu erleben, aber — eine traurige Genugtuung.

Spiez, 14. September.

Die Stimmung in Deutschland ist nicht mehr zuversichtlich. Aus verschiedenen Äußerungen könnte man annehmen, daß Panik herrscht. Zeitungsartikel und Reden lassen das erkennen. Beruhigen ist jetzt die Parole. Man spricht nicht mehr von Sieg, sondern von der Verteidigung, von der eignen Unbesiegbarkeit. Eine solche auf Beruhigung gestimmte Äußerung eines deutschen Frontoffiziers in der Kölnischen Zeitung (abgedruckt «Basler Nachrichten», 13. September) enthält den vielsagenden Satz:

> «Gewiß, unsre Lage ist ernst, so furchtbar ernst, wie sie in der mehrtausendjährigen Geschichte unsres Volkes noch nie gewesen ist; das wissen wir,

und darüber sollen wir uns gar keinen Zweifeln hingeben.»

Daß solche Äußerungen beruhigen können, wird man nicht glauben. Daß man sie drucken darf, zeigt wie ernst und gedrückt die Stimmung im deutschen Volk ist. Man sieht ein, daß die Täuschungen keinen Zweck mehr haben, und so hofft man, durch die unverblümte Wahrheit zu wirken, die Widerstandskraft und den furor teutonicus anzufeuern. Es soll dem Volk klargemacht werden: Es geht ums Ganze, um die Existenz, um die Zukunft. Das ist natürlich auch nur eine Täuschung. Ein ehrlicher Bruch mit dem für die Welt so gefährlichen Regierungssystem, eine Abkehr von den Götzen der Machtpolitik, von der Autokratie — und morgen hat das deutsche Volk den Frieden.

Aber dieser Wahrheit verschließen sich die Regierenden noch immer. Es scheint, daß es noch ärger kommen müsse, bis sie sie erkennen und ihre Schlüsse daraus ziehen werden.

Zwei Reden, die dieser Tage gehalten wurden, erleichtern nicht die Lage.

Kaiser Wilhelm sprach feierlich zu den Arbeitern von Krupp, die er als die Vertreter der gesamten deutschen Arbeiterschaft und des gesamten deutschen Volkes anredete. Er beschwor sie, Gerüchten nicht Glauben zu schenken, den Glauben an die Zukunft des Vaterlandes nicht zu verlieren. Er erinnerte sie an das Trutzlied «Eine feste Burg ist unser Gott» und sagte: «Ein Volk, aus dem dieses Lied entstanden ist, das muß unbezwingbar sein.»

Es ist die merkwürdigste Rede, die Kaiser Wilhelm je gehalten. Sie ist bezeichnend für seine Stimmung wie für die Stimmung im Volk. Man merkt, daß der Kaiser, der eine religiöse Natur ist, sich religiösem Transzedentalismus ergeben hat und darin Trost und

Rettung sucht. Das ist eine bei einem Privatmann ganz ruhig hinzunehmende Wendung, als politische Aktion aber unerträglich. Die aus solcher Betstuhlphilosophie herrührenden Schlüsse und Ansichten schlagen dem Zeitgeist ins Gesicht und bezeugen deutlich, daß es mit dieser Priesterpolitik nicht weitergehen kann. Damit kann sich ein reifes, ein so schwer geprüftes Volk nicht mehr abfinden. Das gehört nicht mehr in unsre Zeit hinein. Dieser liebenswürdige Familienvaterstandpunkt, dieses Sorgenwollen für 70 Millionen, diese Vergesellschaftung mit Gott sind Anachronismen, die nicht zuletzt die Ursache dieses Kriegs und seiner Endlosigkeit erkennen lassen.

Die andre Rede ist die des demokratischen Vizekanzlers von Payer, die eine entsetzliche Enttäuschung bereitet. Die Erklärung, daß sich Deutschland in die mit Rußland, Rumänien und der Ukraine geschlossenen Friedensverträge nicht werde drein reden lassen, daß also der Ostfriede mit seinem Vergewaltigungsprinzip, mit seiner alle Völkerorganisation zerstörenden Tendenz als Tatsache von der übrigen Welt anzuerkennen und zu schlucken ist, wird das Kriegsende nicht näherbringen. Noch weniger jene von Payers Äußerungen über den Völkerbund, die so sehr an den Kern des Problems vorbeifahren. Was soll die Behauptung, der Gedanke des Völkerbundes ist den Deutschen schon seit Zeiten geläufig, in denen Frankreich und England an nichts andres dachten als an die unverhüllte Unterjochung fremder Völker. Was soll die Behauptung, «Schiedsgerichte sind für uns nichts Neues». — Diese lose Schiedsgerichtsbarkeit für Fünfzigpfennig-Konflikte, diese Sonntagnachmittag-Völkergerechtigkeit, um die handelt es sich jetzt wahrlich nicht mehr. Bemerkungen solcher Art zeugen nur davon, daß die führenden Persönlichkeiten in Deutschland noch nicht ahnen, was die Welt braucht, was

die Welt *jetzt* will. Nur bei solcher Ahnungslosigkeit läßt sich die Aufrechterhaltung des Säbelfriedens von Brest und Bukarest mit einer den Krieg ausschließenden Völkervereinigung in Einklang bringen. Das wäre ein Völkerbund, dem auch General Hoffmann liebenswürdig zustimmen würde.

Alles Berufen auf die Sympathien Deutschlands für Völkerbund und Schiedsgericht in der Vergangenheit ist — zumindest Täuschung. Nirgends, in keinem Land, wurden diese Ideen so sehr als Humbug angesehen wie in Deutschland. Verhöhnt, verlacht, boykottiert wurden die wenigen Mahner, die für die Erfassung des pazifistischen Gedankens dort kämpften. Es geht nicht an, daß man der Welt dies mit dieser Handbewegung vergessen machen will.

Die Rede von Payers wird uns das Kriegsende, sie wird uns den Völkerbund mit dem gesicherten Frieden *nicht* bringen.

Spiez, 16. September.

Die Regierung von Österreich-Ungarn hat an alle Regierungen — Freunde und Feinde — Kriegführende und Neutrale — eine umfangreiche Note gerichtet und darin die Regierungen der Kriegführenden zu einer unverbindlichen und vertraulichen Aussprache an einen Ort des neutralen Auslandes eingeladen.

Es soll keine Einladung zu Friedensverhandlungen sein, sondern nur zu einem freien Gedankenaustausch über die Möglichkeit von Friedensverhandlungen. Im Grunde genommen ist es dasselbe. Die Ausführlichkeit und der ruhige, fast versöhnliche Ton der Note darf über ihre Untauglichkeit als Instrument zur Herbeiführung des Friedens nicht hinwegtäuschen. Ich fürchte, sie ist eher dazu bestimmt, die notwendig erhöhte Erbitterung der Kriegführung bei den ermatteten Völkern der Zentral-

mächte, namentlich der Völker Österreich-Ungarns vorzubereiten. Man braucht wieder die Empörung über ein abgelehntes Friedensangebot, um den zu Tod gepeinigten Völkern neue Anstrengungen zumuten zu können.

Ich fürchte, diesem neuen Friedensangebot wird die Antwort zuteil, die einst in frivol übermütigen Tagen Graf Berchtold auf die Grey'schen Vermittlungsvorschläge gegeben: Von den Ereignissen überholt.

Die Note stellt die Unversehrtheit und Sicherheit der Gebiete der Zentralmächte als Grundlage der Verhandlungen dar und konzediert die Neuordnung der Welt nach den von Wilson geäußerten Grundsätzen. Sie begründet die Notwendigkeit von Verhandlungen mit dem Hinweis, daß eine Fortsetzung des Kriegs Europa ganz vernichten müsse, ohne daß eine Entscheidung durch die Waffen herbeigeführt werde. Sie fordert deshalb eine gemeinsame Aussprache, weil die bisherigen Äußerungen der verschiedenen Staatsmänner nur eine «Serie von Monologen» darstellt. Eigentlich könnten wir uns keinen großartigeren Sieg des Pazifismus wünschen als das Eingeständnis, daß die Gewalt keine Entscheidung bringt, sondern nur die Diskussion. Für die Anerkennung dieser Erkenntnis kämpften und litten wir.

Bern, 18. September.

Es kommt eine schwere Zeit: der Endkampf! Für Deutschland und Österreich-Ungarn bietet er wenig günstige Aussichten. Besser gesagt: keine. Die Zentralmächte können nicht darauf rechnen, nach diesen erschöpften vier Jahren den Kampf gegen die Welt zu bestehen. Amerika vermag 24 Millionen aufzustellen. England ist nicht geschlagen, Frankreich, das am meisten gelitten, lebt auf unter dem moralischen Einfluß der star-

ken Hilfe, die ihm zuteil wird, und unter den Sympathien der ganzen Welt.

Für Deutschland gibt es nur zwei Wege: Abdankung der Machthaber des alten Gewaltsystems und Herstellung einer Demokratie oder weitere Hinopferung von Millionen Menschen und völlige Vernichtung der Lebenskräfte des deutschen Volkes, um dann das Diktat der Sieger auf sich zu nehmen.

Der erste Weg könnte einen glimpflichen Frieden bringen und die Aussicht auf Erstarkung im kommenden Wettbewerb. Die heutigen Machthaber werden aber den zweiten Weg gehen und, um den Versuch ihrer eignen Rettung zu wagen, das deutsche Volk vollends in den Abgrund stürzen.

Für Österreich-Ungarn gäbe es nur die eine Rettung: völlige Demokratisierung und Föderalisierung in beiden Staaten der Monarchie, Loslösung von Deutschland, Separatfrieden und Neutralitätserklärung für die weitere Kriegszeit.

Der Verzweiflungskampf um die Existenz der alten Gewalten kann lange dauern. Er wird um so blutiger werden. Vom pazifistischen Standpunkt aus wäre mit einem Sieg der Entente wohl mehr erreicht als mit einem deutschen Sieg; aber der Erfolg der Heeresgewalt, wenn auch seitens der Demokratie, ist keine Niederlage des Gewaltsystems. Diese wäre allein erreichbar durch einen unentschiedenen Krieg, durch ein Versagen der Militärgewalt als Mittel. Immerhin — der Sieg der Entente würde den Irrtum des para bellum beweisen. Denn weder England noch Amerika waren auf den Krieg vorbereitet, während die am meisten vorbereiteten Mächte, Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland, unterliegen, Frankreich und Italien nur mit Hilfe der unvorbereiteten Mächte siegen würden.

W i r g e h e n s c h w e r e n Z e i t e n e n t g e g e n.

Auf Vernunft ist kaum noch zu rechnen, so muß die Welt erst aus den Fugen gehen, um glücklich zu werden. Glücklich, nach uns!

Bern, 21. September.

Die österreichische Note hat bis jetzt nur eine zustimmende Antwort gezeitigt: die Deutschlands. «Deutschland ist bereit, an dem vorgeschlagenen Gedankenaustausch teilzunehmen.» Daran hat niemand gezweifelt. Die gegnerischen Mächte haben diese Bereitwilligkeit nicht zum Ausdruck gebracht. Nicht daß sie erklärt hätten, sie wollen vom Frieden nichts wissen. Das taten sie nicht. Sie sprachen nur von ihren Bedingungen, deren Annahme sie vorher gesichert sehen wollen. Wilson erinnerte an seine vierzehn Punkte, Balfour forderte die deutschen Kolonien, und Clemenceau verkündete den Sieg des Rechtes.

In der deutschen Öffentlichkeit verurteilt man daher scharf die Eroberungstendenzen der Entente. Das paßt so zu der «planmäßig vorgenommenen» Einstellung auf den Verteidigungskrieg. Nur vergißt man, daß die Verteidigungsidee erst neuesten Datums ist, trotzdem sich die unselig stümperhaften Wolffkommentare bemühen, an zwei bis drei Zitaten nachzuweisen, daß es den deutschen Machthabern immer nur um die Verteidigung zu tun war. Man will tatsächlich das lächerliche Unternehmen wagen, die wahnsinnigen Eroberungsabsichten, den Brester und Bukarester Frieden als nicht vorhanden, nie vorhanden gewesen, darzustellen.

Ich glaube nicht daran, daß die Entente, abgesehen von Elsaß-Lothringen, wirklich erobern will. Das Spiel mit den deutschen Kolonien erscheint mir eher als Drohung, als Druckmittel, denn als Programm, und die Zerstückelung Österreich-Ungarns dürfte als ein Hinweis dafür anzusehen sein, auf welchem Weg die Monarchie

den Frieden finden kann. Natürlich trifft dies nur auf den gegebenen Augenblick zu. Wenn es der Entente gelingen sollte, den vollen Sieg zu erlangen, dürfte von Österreich-Ungarn und der Türkei nichts übrig bleiben, würde den Elsaß-Lothringern, den Polen und Dänen, wahrscheinlich auch den Eingebornen in den deutschen Kolonien das Selbstbestimmungsrecht gegeben werden. Natürlich ist das Selbstbestimmungsrecht ein Postulat, das von uns Pazifisten zuerst aufgestellt und verfochten worden ist. Es fragt sich nur, ob es um den Preis solcher Opfer erkauft werden soll; ob nicht ein durch die Demokratie im Innern Deutschlands und durch den Völkerbund von außen gesicherter Rechtszustand der sich heute unterdrückt fühlenden Nationalstaaten diesen die Sicherheit und Freiheit gewähren würde, die sie durch die Selbstbestimmung erstreben.

Muß es vorher zu diesem Zusammenbruch kommen, durch den ja schließlich die ganze Welt in furchtbare Mitleidenschaft gezogen wird, gar nicht zu sprechen von den Opfern an Menschen, die sich allen auferlegt?

Die Entente will nicht um jeden Preis erobern. Sie will die Weltsicherheit. Diese hält sie nicht erreichbar ohne endgültige Demokratisierung Deutschlands. Aber das wäre doch zu erreichen. Es gäbe den Ausweg aus der Sackgasse, wenn Österreich-Ungarn mit der Föderalisierung und Demokratisierung im Innern Ernst machen und in Separatfriedensverhandlungen mit der Entente eintreten würde. Nicht in Form eines Konferenzanerbietens, sondern mit der Tatsache der neuen Föderationsverfassung und einem Anerbieten an Italien. Die Machthaber Deutschlands können dann nicht länger ein Hindernis für den demokratischen Umbau Deutschlands werden. Österreich-Ungarn könnte sich aber durch diese Tat zu einer hohen Stellung bei der Neugestaltung der Welt emporringen. Es könnte als Völkerbund sich in den

Weltvölkerbund organisch eingliedern und eine Garantie der Demokratie im Reich werden. Dies alles könnte jeßt, heute noch geschehen. In wenigen Wochen kann es zu spät sein. Die Umwandlung Osterreich-Ungarns zu einem Föderativstaat mag bitter sein für die Deutschen und die Magyaren. Aber lange nicht so bitter wie eine Veränderung des heutigen Status durch einen siegreichen Feind.

Bern, 25. September.

«Der Menschheit ganzer Jammer faßt mich an» nach dieser gestrigen Rede Hertlings im Hauptausschuß. Das zeigt im Blendlicht die Lage dieser Regierung, daß sie keinen Mann findet, der durch die Kraft seiner Persönlichkeit Eindruck macht und Vertrauen zu erzwingen versteht. Was Hertling da sagte, das sind die Raisonnements eines Lesers der Generalanzeiger Presse. Das hätte noch Anrecht, auf einem Verbandstag der Drechslermeister oder auf einem Delegiertentag der Konsumvereine gehört zu werden, aber nicht vor dem Extrakt der Volksvertretung. Ein Salat der abgenüßtesten Klischees. Sogar die Einkreisungspolitik Eduards VII. mußte herhalten, und Belgien mußte den Vorwurf des Neutralitätsbruchs über sich ergehen lassen, wie einst im Mai der Kriegszielphantasien der sieben Wirtschaftsverbände. Die französische Revanchelust und der panslavistische Expansionismus, der russische Militarismus, der schwache Zar, der Suchomlinowprozeß, der alles bewiesen haben soll, wurden der Friedensliebe Wilhelms II. gegenübergestellt und der naive Saß in die Welt geblasen:

> «Nicht der preußische Militarismus hat die Fackel an den Zündstoff gelegt, sondern während der deutsche Kaiser bis zum leßten Augenblick bemüht war, den Frieden aufrecht zu erhalten, hat die rus-

sische Militärpartei gegen den Willen des schwachen Zaren die Mobilisierung durchgesetzt und damit den Krieg unvermeidbar gemacht.»

Und das wird einem mündigen, so schwer geprüften Volk, das nach Brot und Leben schreit, noch immer vorgesetzt. Man denkt gar nicht daran, daß einer fragen könnte, was denn der russischen Mobilisierung vorherging, und warum sie denn, wenn sie nun tatsächlich schon herbeigeführt war, unter allen Umständen auch den Krieg bedeuten mußte. Aber solche Fragen würden das Konzept verderben.

Der Reichskanzler, der doch am Ruder des Staatsschiffs steht und Übersicht über alle Vorgänge und ihre tiefe Bedingtheit besitzen sollte, wundert sich — ja, erregt sich — über den Haß gegen Deutschland in der Welt draußen, und er verschmäht es nicht, die klassisch große Rede Clemenceaus, die auch den Nicht-Franzosen das Blut anfeuerte und das Herz höher schlagen ließ, als eine an «Roheit der Gesinnung alles bisher Geleistete» übertreffende Kundgebung zu kennzeichnen. Wahrhaftig, aus dieser Rede fühlte man das Weh der Zeit brausen, mehr als aus den nörgelnden Leitartikeln des Grafen Hertling.

Und nach all diesen Hoffnungslosigkeiten die Bereiterklärung zu Völkerbund, Schiedsgericht, Abrüstung. Auch dieses Bekenntnis kann keinen Eindruck machen. Wie wenig Ahnung Graf Hertling von diesen Dingen hat, beweist der zur Frage der Schiedsgerichte gesprochene Satz:

> «Aus dem sehr interessanten Material, das mir vorgelegen hat, ergibt sich, daß in der Vergangenheit Deutschland wiederholt die Anrufung eines Schiedsgerichts in Streitfragen angeregt hat.»

Also seit gestern ungefähr kennt der Reichskanzler dieses «sehr interessante Material», und schon heute will

er auf Grund dieser Kenntnisse den Krieg damit beseitigen. Wer daran glauben soll! Wer nach dieser naiven Äußerung eines pazifistischen Laien hoffen kann, daß das System der Schiedsgerichtsbarkeit, «daß auch Deutschland wiederholt angerufen hat», die Kraft besäße, die neue Weltordnung zu schaffen, der ist ein Narr.

Diese Rede, deren einziges Verdienst darin liegt, daß sie die ernste Lage wiederholt unumwunden zugibt, ist die Rede eines alten Mannes, der sich in seinen festgewurzelten und bequemen Anschauungen nicht mehr stören lassen will. Er sieht die Dinge, nicht wie sie sind, er will sie nicht anders sehen. Es ist nicht die Rede des täglich notwendiger werdenden starken Mannes aus dem Volk, der die Kraft hat, Irrtümer zu bekennen, Lügen zu zerreißen und durch die ungeschminkte bittere Wahrheit den Weg ins Freie zu weisen.

Zürich, 28. September.

Stürme der Entrüstung gehen durch ganz Deutschland über die Nichtigkeit der Regierungsreden im Hauptausschuß. Besonders über Hertlings Ausführungen, die erkennen lassen, daß der höchste Reichsbeamte keine Ahnung von dem hat, was jetzt not tut. Erfreulich die offene Sprache der Blätter von der Reichstagsmehrheit und das kleinlaute Gebahren der Militärs und der Alldeutschen. Es scheint, daß die wirklich «große Zeit» erst jetzt beginnt, wo das Bekenntnis zur Demokratie mit Wucht sich vorwagt. Kriegsminister von Stein fällt über einen Geheimerlaß gegen die Deutsche Friedensgesellschaft. Welche Ironie des Schicksals!

Dabei wird die politische und militärische Situation immer schlechter. Das Debakel Bulgariens und das Verlangen nach Waffenstillstand, das der bulgarische Ministerpräsident an die Entente richtet, ist das bedeutendste Ereignis seit Beginn des Kriegs. Es bezeichnet

eine Erschütterung des Vierbundes in dessen kritischster Stunde und kann den Zusammenburch ankündigen. Denn auf Bulgarien muß die Türkei folgen. Und Österreich-Ungarn? Wird man denn dort noch immer nicht erkennen, wo die Rettung liegt? Wird man es erst merken, wenn es wieder einmal zu spät ist? Die Erregung über dieses unerwartete Ereignis ist riesig. In den Argonnen und bei Cambrai haben die Alliierten mit großen Kräften erfolgreiche Offensiven begonnen. Teile Elsaß-Lothringens werden dauernd vom Feind beschossen und müssen evakuiert werden. Bricht der Wahnsinn des Preußentums jetzt zusammen, erlebt das Bismarcksystem die Stunden des Gerichts? Wenn das arme deutsche Volk auch blutet, es blutet seiner Genesung zu, seiner Befreiung aus einem Irrtum. Wir zittern vor der Hoffnung auf eine neue Menschheit, mit Schauern begrüßen wir die Geburtsstunde der neuen Zeit. Jetzt beginnt das zwanzigste Jahrhundert! Die Götzen der Artillerie stürzen um!

Zürich, 29. September.

Nur Eine Ansicht ist zu hören: die völlige und wahrhaftige Demokratisierung Deutschlands bis in ihre letzten Konsequenzen, das ist die Abdankung der Hohenzollern, kann Deutschland vor der Doppelkatastrophe einer feindlichen Invasion und einer blutigen sozialen Revolution retten. Es gibt Optimisten, die meinen, dieser Umschwung könnte sich in einigen Wochen, ja sogar in einigen Tagen vollziehen. Ich glaube es nicht. So patriotisch sind die alten Machthaber nicht, um sich im Interesse des Volkes zu opfern. Sie werden vielmehr mit den bekannten Schlagworten das Volk zu einem verzweifelten Endkampf anspornen, ehe sie sich für verloren geben. Das ist noch verbrecherischer, als es die Heraufbeschwörung des Krieges war. Denn mit der

Verbitterung des Endkampfes beseitigen sie für die Gegner alle jene Hemmnisse, die für einen nach langem und opferreichem — ach, so opferreichem! — Verzweiflungskampf endlich siegreichen Feind nötig wären. Schon sprechen Amerikaner von einer Zertrümmerung von Frankfurt und Köln durch riesige Fliegergeschwader, von einer Zurückhaltung aller deutschen Gefangenen, die im Frondienst das zerstörte Nordfrankreich und Belgien werden herstellen müssen, von einer Eidgenossenschaft amerikanischer Jünglinge, die sich gegenseitig verpflichten, keinen Deutschen gefangen zu nehmen, sondern jeden zu töten. Die große Geste der Abdankung, solange es dem Volk noch etwas nüßen kann, wird Wilhelm II. nie finden. Und ohne diese Abdankung wird es nicht mehr gehen wenn morgen die Hindenburglinie durchbrochen ist, Bulgarien und die Türkei auf Gnade oder Ungnade sich ergeben haben werden. Aber bis es dahin kommt, läßt Wilhelm II., wie er es in seinen ersten Regierungsjahren einmal gesagt hat, lieber die 70 Millionen «auf der Strecke» liegen.

Zürich, 30. September.

Es geht zu Ende! Unheimlich rasseln die Ereignisse auf uns ein. Der Waffenstillstand zwischen Bulgarien und der Entente ist abgeschlossen. Bulgariens Hauptstadt und die gesamten Eisenbahnen werden dem Sieger überantwortet. Deutschland ist vom Orient abgeschlossen, Rückzug in Flandern, Rückzug in der Champagne, Cambrai gefallen, die Hindenburglinie anscheinend durchstoßen und nach Zehntausenden zählen die Gefangenen. Hertling und Hinße haben demissioniert. Der Kandidat der Alldeutschen, Hinße, der, mit den Indern, Ägyptern und Iren techtelmechtelnd, seine Laufbahn begann, zieht ruhmlos dahin, ehe er noch vor den gesamten Reichstag treten konnte. Und Wilhelm II. sagt in dem Abschiedserlaß an den scheidenden Reichskanzler:

«Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volks getragen sind, im weitern Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.»

Ich will . . . damit dankt die preußische Autokratie ab. Wird der Autokrat noch lange bleiben können? Ich glaube, daß auch hier der Herzog dem Mantel wird folgen müssen. Die Einsicht kommt zu spät. Es kracht das Gebäude in allen Fugen. Die deutsche Demokratie wird vollkomen, wird fest verankert sein, sonst hört der Krieg nicht auf. Die Spuren der preußischen Geschichte schrecken ab. Vieles haben preußische Könige in der Stunde der Not versprochen, das später wieder vergessen wurde.

Aber es ist ein großer Augenblick, jetzt, wo der starrsinnigste Autokrat der Gegenwart sich gezwungen sieht, seine Vergangenheit zu verleugnen («wirksamer als bisher!») und dem Volk die Bestimmung seiner Geschicke einzuräumen. Fieberhaft durchrüttelt es uns alle, die wir unter dieser Gewaltherrschaft gelitten, die wir unter dem Gejohl der fettgefütterten Soldschreiber für die Befreiung und für die Vernunft gekämpft haben, daß wir diesen Augenblick erleben dürfen. Traurig ist es, daß es unter dem Druck der Waffen der ganzen Welt geschehen mußte. Aber nun stehen sie da, die Gewaltanbeter, die Hohepriester des scharf geschliffenen Schwertes, und müssen erkennen, daß sie falsch spekuliert haben, und daß ihrer Beschränktheit Deutschlands Jugend, Deutschlands Glück zum Opfer fallen mußte.

Bern, 6. Oktober.

In diesen fünf Tagen, an denen mich ein trauriges Ereignis in meiner Familie hinderte, ruhig zu schauen und

meine Eintragungen zu machen, welche Entwicklung! Eine nach demokratischen Grundsätzen errichtete Regierung in Deutschland, gewaltige Bewegung zum Föderativstaat in Osterreich, Abdankung des Königs in Bugarien, Angebot eines Waffenstillstandes seitens Osterreich-Ungarns an Wilson, Annahme der vierzehn Punkte als Grundlage der Friedensverhandlungen, Fortschritte der Entente-Offensive im Westen. Es brodelt und zischt. Wird der Friede hier ausgekocht werden?

Das Angebot eines Waffenstillstandes seitens Osterreich-Ungarns in Übereinstimmung mit Deutschland und der Türkei ist das Eingeständnis der Niederlage. Vor Wochen sprachen alldeutsche Vertreter noch vom Sieg. Noch gestern sagte der deutschnationale Stölzel im österreichischen Abgeordnetenhaus:

> «Wir wollen einen ehrenvollen Frieden, nicht aus Schwäche oder Feigheit, sondern weil wir die Überzeugung haben, daß nunmehr des Mordens genug ist.» (Telegramm des W. K. B. vom 4. Oktober, N. Z. Z., 6. Oktober.)

Späte Überzeugung! Die hatten andre schon am ersten Mordtag. Die Dummheit der Alldeutschen tritt in diesem Satz deutlich hervor. Nicht aus Schwäche; nur aus Menschenliebe! Vermaledeite Höllenbrut! Wenn ihr noch Blut zu vergießen, noch Brot zum Mästen eurer Schlachtopfer hättet, ihr würdet noch immer nicht vom Frieden reden.

* * *

Prinz Max von Baden, der liberale Prinz, ist Reichskanzler. Sozialdemokraten in der Regierung. Die gestrige Reichstagssitzung ist ein historisches Ereignis. Sozialdemokraten in Ministersesseln. Scheidemann sitzt auf der Bundesratsestrade und Liebknecht im Zuchthaus. Solange Liebknecht im Zuchthaus sitzt, hat Scheidemanns Ministerqualität keinen Wert.

Es ist ja wunderschön, zu sehen, wie herrlich weit wir es gebracht haben. Eine demokratische, eine konstitutionelle Regierung! Was kostet sie? Jeder Demokrat auf der Ministerbank so ungefähr ein Dutzend Milliarden! Die Totenschädel, auf denen er thront, nicht gerechnet. Für dieses Geld sollte man doch etwas Dauerhaftes erwarten. Etwas, das nicht bloß durch ein «ich will» des Monarchen geschaffen wurde, um wieder zu verschwinden, wenn d e r Monarch oder ein andrer einmal wieder n i c h t will. Ich kann nicht frohlocken. Denn erstens graut mir vor dem Blutweg, auf dem man zu dieser Demokratie gelangt; dann halte ich sie nicht für echt. Ich glaube deshalb auch nicht, daß sie uns den Frieden bringt. Der prinzliche Reichskanzler hat sein Amt mit einem Friedensschritt begonnen, von dem er gestern dem Reichstag Mitteilung machte. Er hat sich, ähnlich wie die österreich-ungarische Regierung, an den Präsidenten Wilson gewandt, an den Mann also, der gestern in Deutschland für jeden schreibenden Laffen vogelfrei war («Der Heuchelpfaffe», Fritz Engel), und ihn gebeten, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen. Seine Kundgebungen vom 8. Januar 1918 und vom 27. September wurden als Grundlage für die Verhandlungen angenommen. Das ist kein «hochherziges» Friedensangebot mehr wie einst im Dezember 1916.

Und ich komme immer wieder darauf zurück: es ist eine «große Zeit». Wie sie sich jetzt alle an den Pazifismus klammern, alle die Lehren der Weltorganisation, der Kriegsvermeidung durch das Recht preisen, als hätten sie es immer und von jeher getan, und als hätten sie nicht noch gestern darüber gelächelt. Es ist so gekommen, wie ich es im Juni 1914 in der «Friedenswarte» geschrieben:

«D e r P a z i f i s m u s i s t d a s e i n z i g e H e i l m i t t e l , d a s b e f r e i e n k a n n. H a l t e n

wir es bereit und blank, stündlich kann es von uns gefordert werden.»

Es hat etwas lange gedauert. Aber jetzt fordern sie es; jetzt haben sie einsehen gelernt, daß nur im Pazifismus die Befreiung liegt. Für uns, die wir dieses Mittel bereit hielten, ehe dieses Blutmeer vergossen wurde, für uns bricht jetzt die «große Zeit» an.

Bern, 7. Oktober.

Des Kaisers Erlaß an die Armee und die Marine ist nicht mehr so stolz und säbelklirrend wie frühere Kundgebungen, er ist eher kleinlaut zu nennen. Er spricht nicht mehr von Sieg, sondern von einem ehrenvollen Frieden, deutet, falls dieser nicht erreichbar, auf die Verteidigung hin. «Die Stunde ist ernst.» O, sehr ernst! In diesem Erlaß wie in allen Kriegsberichten wird die zahlenmäßige Überlegenheit der Feinde hervorgehoben. Hat man das vorher nicht gewußt? Konnte man nicht addieren? Aber man hat ja dem Wahn gelebt, daß man durch Rüstungen auch die Macht einer Koalition überwinden könne, und, umnebelt von der militärischen Romantik, achtete man nicht auf die von Klarsehenden erlassenen Mahnungen. Wir Pazifisten riefen es in die Wüste hinaus, daß die Idee des Wettrüstens eine Wahnidee sei, daß es nicht genüge, stark zu sein, sondern vielmehr notwendig wäre, stärker als alle andern zusammen zu sein. Da das nicht möglich ist, ergibt sich, so lehrten wir, kein andrer Weg als der Weg zur Assoziation der Kräfte. Jetzt diese Notwendigkeit erst einzusehen, wo das Verbrechen schon geschehen, jetzt kann es nicht mehr als Entschuldigung gelten, auf die Überlegenheit des Gegners hinzuweisen.

In meinem «Handbuch der Friedensbewegung» schrieb ich 1911 (2. Aufl., I. Band, Seite 69):

«Der einzige Schutz gegen die üblen Folgen eines Krieges läge in einer kulturgemäßen Übereinkunft

aller Staaten zur Verhütung der Ursache. Dieser von der Gesamtheit gewährleistete Zustand der Sicherheit, wo alle Staaten für jedes einzelne Glied der Gemeinschaft eintreten würden, wäre einer Vorbeugung des Übels zu vergleichen, die uns von der zweifelhaften Versicherung gegen dessen Folgen entheben würde.»

Und ich kann mich nicht enthalten, hier einiges aus meinem Artikel zu zitieren, den ich vor zehn Jahren — in der Juninummer 1908 der «Friedenswarte» veröffentlichte. «Wohin geht Deutschland?» war er betitelt. Ich wies darin auf die allenthalben in der Welt sich entwickelnde Weltorganisation hin und auf den grellen Widerspruch, in dem sich Deutschland zu dieser Bewegung setzte. Ich brachte einige markante Beispiele von Kriegshetze aus deutschen Zeitungen zum Abdruck und schloß mit folgendem:

> «Wohin geht Deutschland?
>
> Wird es diesen verbrecherischen Ratschlägen folgen und den Ausweg durch einen Krieg suchen, der schließlich alle Gegner und Fürchter der Reiches zu einem mächtigen Hallali zusammenführen könnte? Oder wird es der Stimme der Vernunft folgen und unter jähem Bruch mit der alten Kraftmeierpolitik eine Politik des Friedens, das heißt des wahren, nicht nur des gefristeten Friedens, eine Politik der Weltorganisation betreiben?
>
> Diese bange Frage bedrückt heute die Gemüter aller Besonnenen, nicht nur in Deutschland; in ganz Europa, in der ganzen Welt.
>
> Der deutsche Pazifismus hat jetzt eine heilige Mission. Ihm obliegt es, mit energischer Mahnung hervorzutreten und zur Besinnung zu rufen. Er allein sieht, wohin der Weg führen kann; er sieht den Abgrund auf der einen Seite, das Glück der Welt auf

der andern. Dorthin muß er den Weg weisen. Solange aber die fortschrittlichen Parteien in ihrer Verblendung dem Pazifismus nicht Hilfe bringen, wird er seinen Beruf nicht ausüben können. Es ist entsetzlich, zu sehen, wie sich heute die Demokratie und der Liberalismus für innere Verwaltungsfragen ins Zeug legen und dabei selbst zur Uneinigkeit gelangen, während hier die Existenz des Volkes am Spiel steht. Für die gesamte Linke gäbe es heute nur eine Aufgabe: Die auswärtige Politik beeinflussen, und von der Politik der Verzweiflung zu einer Politik der Besonnenheit zu führen.

Für Deutschland gibt es nur zwei Auswege: den Krieg, den fürchterlichen, fast hoffnungslosen Krieg, oder die Führerschaft bei der Errichtung eines europäischen Staatensystems. Will es sich von Vernunft beraten lassen, dann kann das Reich nur eines: Einberufung eines Kongresses, dessen Aufgabe es sein würde, aus den vielen Allianzen, Ententen und Bündnissen den europäischen Bund zu gestalten.

Welchen Weg wird Deutschland gehen?»

Heute, zehn Jahre nach dem dies geschrieben, kann man die Antwort geben. Deutschland ging, unter dem Antrieb seiner Kriegsfanatiker, den Weg zum Abgrund.

Bern, 9. Oktober.

Nach Tagen banger Spannung ist heute die Antwort Wilsons bekannt geworden. Sie enthält keine Zusage, aber auch kein Nein; und das ist schon viel, ist sehr viel! Wilson stellt Fragen. «Verfängliche Fragen mitunter.» Diese fordern eine Antwort. Somit ist der Gedankenaustausch im Gang. Das gewährt einige Hoffnung, wenn die Fragen Wilsons auch erkennen lassen, daß noch schwere Hindernisse zu überwinden sein werden.

Die Hauptfrage sucht klarzustellen, ob die Reichsregierung die verschiedenen Punkte Wilsons annimmt oder bloß zur Grundlage von Besprechungen machen will. Aus der deutschen und österreichisch-ungarischen Note geht unzweideutig hervor, daß die Regierungen die Wilsonpunkte nur zum Ausgangspunkt von Verhandlungen nehmen wollen.

Die zweite Frage behandelt den Waffenstillstand und lautet: Ob die Zentralmächte bereit sind, sofort alle ihre Streitkräfte aus den besetzten Gebieten der alliierten Regierungen zurückzuziehen. Also nicht nur aus Belgien und Nordfrankreich, sondern auch aus Italien, Rumänien, Serbien und Montenegro.

Die dritte Frage ist nicht ganz klar: «Ob der Reichskanzler nur für die verfassungmäßigen Behörden des Reiches spricht, welche bis jetzt den Krieg geführt haben.» Soll das heißen: sprichst du namens des souveränen deutschen Volkes oder namens der deutschen Militärautokratie? An die hier zu gebende Antwort kann sich vielleicht eine der wichtigsten Bedingungen knüpfen, die Bedingung, den souveränen Charakter der gegenwärtigen parlamentarischen Regierung für die Zukunft festzulegen.

Der Ton der Note ist höflich, sogar feierlich. Er vermeidet jede Verletzung. Deutschland kann, wenn es die Konsequenzen seiner Lage zieht, jetzt den Frieden haben. Freilich ein deutscher Friede mit dem siegreichen Schwert, ein Hindenburgfriede, der nach den noch vor einigen Monaten getanen Äußerungen des Feldmarschalls für den Gegner «nicht weich» sein werde, wird es nicht sein. Aber es kann der Weltfriede werden, wie ihn der Pazifismus sich vorgestellt, und wie ihn Wilson, jener Machthaber, der sich die Lehren des Pazifismus angeeignet hat, durchzuführen übernommen hat. Die

nächsten Tage werden zeigen, ob wir dem Ende der Weltprüfung nahegekommen sind. Mir will es scheinen.

Bern, 11. Oktober.

Gestern war in der ganzen Schweiz das Gerücht verbreitet, Kaiser Wilhelm habe zugunsten eines seiner jüngern Söhne abgedankt. Die Freude, die dieses Gerücht allenthalben auslöste, war groß. Es wurde klar, daß eine solche Abdankung uns dem Frieden näher — sehr nahe — brächte. Mit einem Schlag wurde durch dieses Gerücht die ganze Situation beleuchtet. Es ist der Kaiser der Träger jenes Systems, das den Krieg gebracht, das ihn, in dem Streben, zum Sieg zu gelangen, ins Unendliche verlängert hat, und das auch heute noch den Glauben an die Demokratisierung nicht aufkommen läßt. Der Abgang jenes Mannes, der der Träger jenes unheilvollen Systems ist, kann allein den Wandel bringen. Es ist das Mindeste, was das Volk verlangen kann. Das Mindeste! Denn schließlich ist es keine Befriedigung, daß ein Mann sich ruhig ins Privatleben zurückzieht, nachdem er 16 Millionen Menschenleben und all das Furchtbare, was sich sonst in diesen vier Jahren ereignete, am Gewissen hat. Es ist zu hoffen, daß das deutsche Volk von selbst den Abgang des Kaisers fordern wird, vielleicht gleich die Abdankung der gesamten Hohenzollerndynastie, ehe die Feinde diesen Abgang erzwingen werden. Die dritte Frage Wilsons, die mir zu Anfang nicht ganz klar war, scheint ja darauf hinzudeuten. Wilson will wissen, ob das alte System noch lebt. Die Antwort mit dem Hinweis auf die gegenwärtige parlamentarische Regierung wird ihn zu der Gegenantwort veranlassen, daß dieses parlamentarische System nicht durch die Verfassung verbürgt ist, sondern durch einen Willensakt des Kriegskaisers, der morgen, wenn es ihm paßt, durch eine Veränderung

seines Willens, die alten militärischen Helden wieder ans Ruder setzen kann. Das ist der große Übelstand der jetzigen Regierung. Es sitzen Sozialisten und Demokraten in ihr und auch sonst liberal denkende Köpfe, die Gegner des militärischen Gewaltsystems sind. Aber hinter ihnen sitzen die Gewaltmenschen und warten auf ein Versagen dieser Parlamentarier, das ja bei den Schwierigkeiten, denen sie gegenübergestellt sind, und den Krisen, denen sie werden begegnen müssen, nicht unmöglich ist, um an ihre Stelle zu treten und sich dem Volk neuerdings als Retter zu empfehlen. Es wird ihnen dies vielleicht nicht leicht werden. Da aber die Gefahr besteht, so fehlt die Sicherheit dem neuen System. Schon schreibt die «Kölnische Zeitung» unter dem Beifall Reventlows, daß wir uns, falls Wilson ablehne, «wieder auf unsern Militarismus zu besinnen und zu stützen haben werden». Dafür sollte man der «Kölnischen Zeitung» dankbar sein. Sie zeigt, woran es fehlt. Ein solches «wieder» muß ausgeschlossen sein für immer. Eine Regierung, mag sie noch so demokratisch sein, die man einfach als demokratische Grimasse, als Larve betrachtet, die man ablegen kann, wenn man will, wird uns niemals, niemals jenes Vertrauen der Welt bringen, das für die Beseitigung dieses Kriegs notwendig ist. Das ist es ja eben, was alle fürchten, fürchten müssen, daß man in Deutschland die Demokratie und den Völkerbund heuchelt, um zu einem raschen Frieden zu kommen, daß man nachher das alte System wieder ans Ruder kommen lassen will. Das alte System lebt noch. Es muß verschwinden, völlig verschwinden, und dazu gehört mehr als die eine demokratische Geste.

* * *

Der Militarismus scheint sich noch ausleben zu wollen, ehe er krepiert. Das beweist er jetzt wieder einmal vor

Cambrai. Die Deutschen haben die Stadt geräumt, die sie seit August 1914 in Händen hatten. Zu ihrem Erstaunen fanden sie die Alliierten ziemlich unversehrt. Aber nachdem sie sich dort eingerichtet hatten, gingen Höllenmaschinen los, die die Deutschen vor dem Abzug gelegt hatten, und die Stadt wurde mit den in ihr sitzenden Truppen zu einem Schutthaufen verwandelt. Man sieht, die militärische Bestie will dem Volk das Friedenschließen sauer machen.

Und in allen Fugen kracht es. In der Türkei ist das Ministerium gestürzt, Enver Pascha ein gefallener Götze von gestern, und ein ententophiles Ministerium scheint mit den Westmächten zu verhandeln. Was in Osterreich-Ungarn vorgeht, ist nur zu erraten. Es scheint, alles in voller Gärung zu sein. Der Bundesstaat der freien Nationen ist eine ausgemachte Sache, und der Pazifist Lammasch soll das Ministerpräsidium übernommen haben. Die Ungarn wollen sich loslösen und einen selbständigen, bloß durch Personalunion mit Osterreich verbundenen Staat bilden. Polen hat den von Deutschland begründeten Staatsrat aufgelöst und will eine auf breiter .demokratischer Grundlage beruhende Konstituante für den freien polnischen Staat einberufen.

Alles atmet freier und glücklicher, seitdem der deutsche Militarismus verblutend am Boden liegt und die Amokläufer des Alldeutschtums verröcheln. Die gesamte Menschheit, das deutsche Volk inbegriffen, atmet auf.

Nun werden die Schlauen, die Immerweisen wieder sagen: der Krieg ist also doch ein Kulturförderer, und sie werden ihn rechtfertigen wollen. Glaubt ihnen nicht! Sie lügen. Der Krieg ist nur ein Befreier von den von ihm selbst der Menschheit auferlegten Fesseln. Er befreit nur von dem, was vorher das Kriegs system ge-

knebelt und gehemmt hat. Schafft man den Krieg ab, wird ohne solchen Aderlaß das Leben dauernd und stets ungehemmt immer höherer Entwicklung zustreben. Das hat der Pazifismus jahrzehntelang gelehrt. Jetzt dämmert euch erst diese große Mahnung. Er siegt, er bringt jetzt das Kriegsende und die Friedenssicherung. Es wird «kein weicher Friede» sein, den er dem Militarismus und seinen Stützen auferlegen wird.

Vevey, 13. Oktober.

Es gibt Leute, die der Meinung sind, daß es auf dem einmal betretenen Weg zur Demokratisierung kein Zurück mehr gibt. Zu stark wäre der Unwille des Volkes gegen die, die den Krieg gemacht und unter trügerischen Versprechungen solange geführt haben, bis es zu dem jetzigen Zusammenbruch kam. Man sollte glauben, daß jene Leute recht haben. Und doch möchte ich mich nicht darauf verlassen. Das deutsche Volk ist zu naiv; es kann immer wieder das Opfer von Leuten werden, die mit seinem Idealismus spekulieren. Ein Volk, das im vierten Jahr des Kriegs den Taschenspielern der Vaterlandspartei nach Millionen Folge leistete, kann immer wieder der Ausbeutung geschickter Macher anheimfallen. Darum muß die Demokratie institutionell festgelegt werden. Unverrückbar festgelegt werden. Die Vertröstung mit der allmählichen Entwicklung der Demokratie nach dem Muster Englands ist gefährlich. Wir haben nicht mehr die Muße zu historischen Prozessen. Wir müssen rasch handeln und ganze Arbeit machen. Das ganze alte Regiment muß fallen. Wenn die Monarchie bleibt, so muß ihr doch jede Möglichkeit zur Alleinherrschaft genommen werden. Die übermenschliche Maschinerie eines heute geführten Krieges kann man nicht mehr dem Gutdünken, dem «bon plaisir» eines einzelnen Menschen überantworten, der

sich überdies durch seine Abmachungen mit Gott die Verantwortung leicht macht. Über Krieg und Frieden können nur mehr die Völker entscheiden, soweit sie sich nicht durch den Völkerbundsvertrag hierfür selbst sichernde Fesseln angelegt haben. Auch das neue Volksheer muß aus dem Willensbereich eines einzelnen entrückt werden. Die Machtorganisation des Volkes untersteht dem Volk. Sonst niemandem! Der König der Bulgaren hat sich jetzt, nachdem er sechs Jahre lang mit dem Blut seines Volkes spekuliert hat, auf das Schloß seiner Väter zurückgezogen, um dort seiner angeblichen Lieblingsbeschäftigung, der Botanik, zu obliegen. Es muß den Monarchen in Zukunft ausreichend Gelegenheit geboten werden, botanische Studien und sonstige amüsante Beschäftigungen zu betreiben. Das Regieren übernimmt das Volk.

Rührend ist das Manifest der konservativen Partei in Deutschland:

> «Was unsern Vätern und uns heilig und teuer gewesen ist, steht auf dem Spiel: Preußen, der Staat Friedrichs des Großen, für den unsre Väter in den Befreiungskriegen geblutet haben, das Werk der Hohenzollern, das neue Deutschland Wilhelms I. und Bismarcks mit allen seinen Bundesstaaten . . .» Zum Schluß: «Jetzt heißt es dem Helfer im Himmel vertrauen, der unser Volk auch in diesem Krieg bisher sichtbar beschützt hat, und der, wie wir zuversichtlich hoffen, nicht zulassen wird, daß die unendlichen Opfer für die Wahrung unsres Daseins und unsrer nationalen Ehre umsonst gebracht worden seien. Für diese unsre heiligsten Güter wollen wir weiterkämpfen, wenn es sein muß, bis zum letzten Mann. Gott schütze Deutschland!»

Oh! daß man es erleben durfte, diese Fossilien auf den Knien zu sehen und verzweifelte Stoßgebete ausrufen zu hören! Dieser Not- und Hilferuf einer Kaste,

unter der unser aller Leben litt, dieses S.O.S.-Signal des untergehenden Parteischiffs der preußischen Junker ist eine Seelenfreude für jeden, der es erleben durfte. Es ist eines der herrlichsten Momente dieser — unsrer — «großen Zeit».

Vevey, 14. Oktober.

Die deutsche Antwortnote, von Dr. Solf unterzeichnet, ist gestern veröffentlicht worden. Deutschland akzeptiert die vierzehn Punkte Wilsons vom 8. Januar 1918. Nur über die Einzelheiten und ihre Ausführung will es diskutieren. Der Räumung der besetzten Gebiete wird zugestimmt. Damit wird das Kriegsende und die Niederlage verkündet. Die bedeutungsvolle Frage Wilsons über die Kompetenz der jetzigen Regierung wird dahin beanwortet, daß der Reichskanzler im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Regierung spricht in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags. Man scheint in Deutschland zu begreifen, um was es sich handelt. Jetzt soll auch der Artikel 11 der Verfassung, der dem Kaiser das Recht der Entscheidung über Krieg und Frieden gibt, aufgehoben werden. Der Reichstag soll dabei mitzureden haben. Das ist zu wenig! Der Reichstag muß die Entscheidung allein besitzen und auf die Einschränkungen, die der Völkerbund hinzu bringen wird, muß Bedacht genommen werden. Immerhin! Es geht rasend vorwärts. Wer hätte all das noch vor einem Monat vorausgesehen?

Vevey, 16. Oktober.

Unglaublich rasch ist die Antwort Wilsons eingetroffen. Bereits gestern abend war sie hier bekannt. Das Kriegsende bringt sie noch nicht. Im Gegenteil: die Note scheint mit Absicht, die endgültigen Entscheidungen hinausschieben zu wollen. Die Waffenstillstandsbe-

dingungen sollen den Militärs vorbehalten bleiben. Wann die mitgeteilt werden sollen, ob und wann Vereinbarungen mit den Militärs der Zentralmächte getroffen werden sollen, darüber bleibt man unbenachrichtigt. Nur die unumstößliche Bedingung, die vielzuviel Auslegungen zuläßt und dem Erraten Spielraum gewährt, wird vorgebracht: Garantien — absolute und befriedigende Garantien — daß die gegenwärtige Überlegenheit der Ententeheere bewahrt bleibt. Wie kann das geschehen? Welche Forderungen stehen wohl dahinter?

Dann verweist der Präsident mit feierlichem Nachdruck auf eine der von ihm am 4. Juli in seiner Rede von Mount Vernon vorgebrachten Friedensbedingungen, die er durch die deutsche Regierung bereits anerkannt erachtet, die er jedoch, «damit keinerlei Mißverständnisse entstehen können», noch besonders hervorhebt: «Die Zerstörung jeder Willkürgewalt, welcher Art sie auch sei, die allein, im Geheimen durch ihren alleinigen Willen den Frieden der Welt stören könnte, daß sie, wenn sie nicht gleich zerstört werden kann, zumindest zur tatsächlichen Ohnmacht verurteilt werde.»

Das ist die Betonung einer Forderung, die ja bereits in des Präsidenten erster Note angedeutet wurde, auf die jedoch auch keine Antwort erwartet wird, da der Präsident sie als bereits angenommen bezeichnet.

Vevey, 18. Oktober.

Der Eindruck der Wilsonnote in Deutschland scheint furchtbar zu sein. Die Verderber des deutschen Volks erheben sich wieder hoffnungsvoll. Sie klirren mit den Waffen und wollen ihrer wahnsinnigen Romantik neue Hekatomben opfern. Was heißt es anders, wenn sie jetzt nach den Mustern der Vergangenheit zur nationalen Verteidigung aufrufen; was anders als die Herbeiführung eines größern und noch zweckloseren Blutbads,

nach dessen Überwindung der Feind freies Spiel hätte mit dem alsdann wehrlos und widerstandsunfähig am Boden liegenden Deutschland? Die Verteidigung bis aufs äußerste hätte auch jetzt nicht den Zweck wie damals vor einem Jahrhundert. Jetzt handelt es sich nicht mehr um eine Eroberung Deutschlands, nicht mehr um eine Unterjochung. Die Feinde wollen heute nur die Autokratie, den Militarismus, die Amokläufer überwinden, das deutsche Volk selbst wollen sie frei haben, um es dem Bund freier Völker eingliedern zu können, der die einzige Schutzwehr gegen den Völkermord bilden wird. Es ist Unsinn, zu glauben, daß die siegende Entente ein auf Rache sinnendes Deutschland schaffen wollte, das den Krieg wieder führen und alle Ruhe bedrohen müßte. Darum droht die schwerste Gefahr jetzt nicht von dem Übermut der siegenden Militärs, der nach jahrelanger Verzweiflung aufatmenden französischen Rachegefühle, sondern von des deutschen Volkes altem Übel, von den Verbrechern, die es in den Krieg getrieben, und die es jetzt mit sich reißen wollen in ihren eignen Untergang.

Besinnung tut not! — Nach allem, was die Verführer des deutschen Volkes den Feinden zugefügt haben, darf man nicht erwarten, daß diese jetzt mit einer galanten Höflichkeit entgegenkommen werden. Es ist Wahnsinn, dies zu glauben. Der Friede, den Deutschland jetzt schließen muß, wird kein weicher Friede werden, er kann aber erleichtert werden durch eine kaltblütige Erfassung der Lage und durch ein mutiges Sichhineinfinden. Die Antwort Wilsons kann eine von den Militärs gewünschte Verschleppung beabsichtigen, sie kann aber auch als eine Brücke angesehen werden, die dem deutschen Volk den Rückzug erleichtern soll, eine Anregung, die ihm nahelegt, Dinge jetzt selbst zu tun, die es später unter dem Zwang der Feinde tun müßte, und es wäre gut, dieser Anregung Gehör zu schenken. Das deutsche

Volk darf sich nicht durch Sentimentalitäten blenden lassen, es muß jetzt den Balast über Bord werfen, der ihm, wenn es ihn behält, Untergang verheißt, sonst aber Freiheit, Erholung und eine glänzende Wiedergeburt. Die Welt braucht die deutsche Demokratie, sie muß sie haben. Möge Deutschland sich sie selbst schaffen. Die neue Regierung ist ein Anfang, ein Versuch bloß. Es fehlt ihr die Garantie der Selbständigkeit, sie kann sich des Verdachts, bloß interimistisch zu sein, nicht begeben. Die Rettung des deutschen Volkes liegt in der Erreichung eines unzweifelhaft neuen, eines unzweifelhaft demokratischen Deutschlands, hinter dem nicht mehr mit billigendem Schmunzeln die alten Machthaber stehen, die in der Welt die Überzeugung erhalten, als handle es sich um eine Demokratie von Gnaden der Dynastie, ihrer Generale, ihrer Junker, um eine Erlaubnis zu demokratischem Getue, die eines Tages wieder zurückgenommen werden wird. Für solch edle Ziele, die früher einmal sehr erfreulich gewesen wären, ist die Zeit nicht mehr reif. Auch alle historischen Bedenken, Pietätsbeweise, Sentimentalitäten dürfen hier keine Rolle mehr spielen. Der Krieg ist verloren. Das frevelhafte Spiel nimmt nicht den von seinen Arrangeuren erhofften Ausgang. Jetzt gilt es, zu retten, was zu retten ist. Und das sollten auch die schuldigen Spielarrangeure, sollten die alten Machthaber einsehen. Millionen blühender Menschen haben sie geopfert, nun sollten sie doch willig und rasch ihre Stellung im Staat dem deutschen Volk zum Opfer bringen. Ihr Verzicht könnte dem deutschen Volk Ungeheures bieten, sie könnten ihre Schuld dadurch mildern.

Gelingt es, dieses neue Deutschland fest und unerschütterlich zu errichten, so zu errichten, daß die neuen Männer die Handlungen der Abtretenden offen tadeln, daß sie eine Schuld bekennen können, an der sie nicht

teilgenommen, nie teilgehabt haben, dann hat das deutsche Volk morgen den Frieden, der ihm Wiedergeburt verheißt, einen Frieden, der es innig mit der übrigen Welt vereint.

Freilich dazu gehören neue Männer. Solche, die niemals, auch in den Tagen der Siege nicht, den Tanz um den Eroberersäbel mitgemacht haben. Dazu gehören nicht nur Verzicht des Staatsoberhauptes, Verzicht der Junker und Militärs, sondern auch eine Abdankung des Reichstags. Dieser Reichstag, der den Siegerrummel in allen seinen Phasen mitgemacht, von der Überfallsgläubigkeit bis zum Brest-Litowsker Irrsinn, kann nicht in das neue Deutschland hinübertreten. Er ist kompromittiert. Das leidende Volk in der Heimat und an der Front muß neue Männer entsenden.

Anders, anders geht es nicht! Es wird sonst noch viel Blut fließen, um dann anders zu werden, wenn es wieder einmal zu spät ist. Einmal sollte doch die Besinnung zur rechten Zeit kommen.

* * *

Welchen Umfang in Deutschland die Auflehnung gegen die Kriegsurheber und Kriegsverlängerer angenommen hat, dafür spricht die nachfolgende, am Parteitag der bayrischen Sozialdemokratie (13. Oktober) angenommene Resolution:

> «Der Parteitag fordert vom Reichstag die Einsetzung und Wahl eines Staatsgerichtshofs zur Feststellung und Aburteilung aller Schuldigen, die frühere Friedensaktionen zum Scheitern gebracht und damit für den unglücklichen Kriegsausgang und für die ungeheure Zahl von Opfern während und nach dem Krieg die Verantwortung zu tragen haben. Diese Untersuchung hat vor keiner noch so hoch stehenden Person Halt zu machen. Ferner fordert

der Parteitag einen nach dem Willen des Volkes durch Gesetz herbeizuführenden Straferlaß und Untersuchungseinstellung bezüglich aller politischen Verbrechen und Vergehen. Ferner wird unter Betonung der sozialdemokratischen Grundsätze vom Parteitag die Überführung Deutschlands in einen Volksstaat mit vollem Selbstbestimmungsrecht und Selbstverwaltung in Reich, Staat und Gemeinde gefordert. Zur Verhütung künftiger Kriege ist die Eingliederung der deutschen Nation in den Bund der freien Völker notwendig.»

Das alte Europa ist aus den Fugen. Die Reaktionäre brechen zusammen oder suchen sich durch Konzessionen zu retten. Welche Ereignisse an einem einzigen Tag! Douai, Lille Ostende sind in den Händen der Entente. Die Deutschen verlassen die belgische Küste, Kaiser Karl hat durch ein Manifest Österreich als Bundesstaat erklärt, Ungarn proklamiert seine Loslösung von der Monarchie. Graf Karolyi führt im ungarischen Abgeordnetenhaus die Anklage gegen die Staatsmänner der Monarchie: sie haben den Krieg verschuldet, der Krieg sei verloren, retten wir wenigstens den Frieden. Im Süden rücken die Serben in ihrem Land immer weiter vor. — Wer hätte diesen Wandel noch vor zwei Monaten für möglich gehalten. Der Wahnsinn zerbricht, die Blutschuldigen verlieren den Kopf, der Pazifismus siegt in der Welt. Die weiße Fahne, die wir hochgehalten, kommt zu Ehren. Der Pazifismus ist die Rettung, die einzige Hoffnung der armen gequälten Menschheit.

Vevey, 19. Oktober.

Aber ist es nicht schon zu spät? Wird nicht am Ende an Stelle des Pazifismus der Bolschewismus das noch übrigbleibende soziale Gewebe zerfressen, der Marasmus kommen statt der Genesung? Fast hat es den An-

schein, denn was noch retten könnte, klare Besinnung, das ist jetzt von keiner Seite zu erwarten. Nicht von der Panik in Deutschland, noch von der Euphorie bei der Entente. Wenn Wilson wirklich der Retter der Menschheit sein will, dann darf er nicht dulden, daß die klugen politischen Erwägungen von den Argumenten der Militärs übertönt werden. Es muß ein Unterschied gemacht werden zwischen dem deutschen Volk, das ein betörtes Opfer war, und den Irrsinnigen, die es betört haben. Mit dem Versuch, das deutsche Volk zu demütigen, es der Rache der triumphierenden Militärs auszuliefern, wird dieses betrogene Volk noch einmal seinem Verderben in die Arme gespielt. Sie fangen schon an, die «nationale Verteidigung» zu predigen, den Moloch des «Prestiges» anzurufen, um das sentimentalen Regungen so leicht zugängliche Volk zur Hergabe des letzten Blutrestes zu verleiten. Haltet ein! Es ist der letzte Betrugsversuch, jetzt mit der Heldenpose Rettung zu verheißen. Es gibt keine Rettung mehr durch Widerstand. Das verlorne Spiel wurde unter Verbergung des kommenden Unheils zu lange weiter gespielt. Alles ist erschöpft, Hilfe von nirgends mehr zu erwarten. Widerstand leisten, hieße nur, noch Hunderttausende opfern, dem Feinde die Rechtfertigung für die blutige Rache im Land selbst leicht machen, heißt den Frieden unter gänzlichem Zusammenbruch als Diktat erwarten. Anreiz zum Widerstand durch Massenerhebung ist nur Fortsetzung der verbrecherischen Verführungskünste, mit denen dieser Krieg unternommen wurde. Es ist alles zu spät. Nur die entscheidende Trennung von den Irrsinnigen verspricht Rettung. Eine Regierung, die die Schuld am Weltkrieg bekennen kann, weil sie ihn nicht mitgemacht hat, die sich offen und ehrlich den siegenden Gegnern zu jenen Friedensbedingungen bereit erklärt, die Entschädigungen und Buße enthalten, die allein

kann Deutschland retten. Werft Elsaß-Lothringen hin; laßt seine Bewohner frei ihr Schicksal wählen, gebt den besetzten Osten frei und erkennt das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Polen an. Macht das Verbrechen von 1866 wieder gut, jenen Urquell des heutigen Unglücks. Stellt das Land Hannover wieder her. Entweder als Königreich oder als Glied der deutschen Republik. Gebt Entschädigungen für eure Verbrechen, akzeptiert den Völkerbund offen und ehrlich, die Abrüstung und den internationalen Rechtszustand. Dann kann Deutschland sich wieder erholen. Sonst nicht! Sonst kommt ein Friede, der das deutsche Volk zu Zinssklaven macht für ein Jahrhundert. Los von den Hohenzollern, los von den preußischen Junkern, los von den fanatisierten Militärs, von den Alldeutschen, von den Wehrvereinen und Flottenenthusiasten. Das Bismarckgift muß ausgeschieden werden mit seinen letzten Spuren. Nur wenn sich das deutsche Volk bereit macht, in die Weltassoziation einzutreten ohne jenen mittelalterlichen Ballast, dann kann es sich retten. Sonst stirbt es an Bismarck.

Bern, 21. Oktober.

Die Antwort Wilsons an Österreich-Ungarn ist eingetroffen. So wie ich sie in meinen Eintragungen vom 16. September hier erwartete: Von den Ereignissen überholt. Das furchtbare Wort, das einst Graf Berchtoldt dem englischen Vermittlungsanerbieten gegenüber gebrauchte, besiegelt nun das Schicksal des Habsburgerreichs.

Die vierzehn Punkte vom Januar 1917 will Wilson nicht mehr als Grundlage für Verhandlungen mit Österreich-Ungarn anerkennen, da die Vereinigten Staten mittlerweile die Tschecho-Slowakei als kriegführenden Staat anerkannt haben, da sie ferner ebenso die Berechtigung

der nationalen Freiheitsbestrebungen der Südslawen anerkennen.

Das ist das Ende Österreichs!

Ist der Habsburgerstaat noch imstande, den Willen der Gegner mit Waffengewalt zu bezwingen? Wer wollte dies heute noch behaupten, wo Ungarn sich von der Monarchie losgelöst hat, die Tschechen, die Südslawen, die Polen, die Rumänen von ihr wegstreben und die physische und moralische Erschöpfung bereits so groß ist, daß es unmöglich noch länger so weitergehen kann. Österreich-Ungarn hat aufgehört zu sein. Das Kaisermanifest, das endlich die so lang ersehnte, so längst notwendig gewordene nationale Autonomie verheißt, das noch vor einem halben Jahr, vor drei Monaten noch, die Rettung gewesen wäre, kommt zu spät. Es wird kein neues Österreich mehr geben. Die Nationalitäten, die von der Einfalt der Regierenden immer gegeneinander ausgespielt und so zu gegenseitigen Hemmnissen ihrer Entwicklung geworden sind, wollen nichts mehr voneinander wissen, wollen jedes Band vermeiden, das sie an die verhaßte Zwangsgemeinschaft erinnert.

Wie oft und wie rechtzeitig habe ich in diesen Blättern warnend den Ruf nach Loslösung von Deutschland erhoben, wie oft habe ich dargelegt, daß Österreich-Ungarn seine Völker nicht für die Ziele der Alldeutschen im Reich opfern dürfe, daß es allein zum Frieden kommen, daß es das Kapital seiner auch bei den Feinden ihm entgegengebrachten Sympathien ausnützen müsse. Aber die Staatsmänner Österreichs ließen sich durch die verbrecherischen Siegesberechnungen der deutschen Militärs täuschen. Jene blendenden Berechnungen, die selbst im Falle eines deutschen Sieges für die Monarchie eine Umklammerung und Unterjochung durch Deutschland in sich schlossen.

Das Bündnis mit Deutschland war das Unheil der

Regierung der Doppelmonarchie. Sie wurde dadurch mit dem kriegerischsten und deshalb am meisten angefeindeten Staat in Europa verbunden. Die «schimmernde Wehr», die sie einstens mit begeisterten Hymnen priesen, erwies sich als Teufelswerk. — Als Teufelswerk? Für wen? Die Völker Osterreich-Ungarns atmen doch alle auf, seidem der Druck der Zentralgewalt von ihnen gewichen. Sie werden das Verhängnis preisen. Ich hätte ein neues, ein freies Osterreich mit Freuden begrüßt als eine Macht, die geeignet gewesen wäre, dem deutschen Eroberungswahnsinn Einhalt zu tun. Ich bin deshalb immer für die Erhaltung dieses Staates eingetreten. Hat es nun die Beschränktheit der Regierenden bewirkt, daß dieser Staat zerfällt, werde auch ich ihm keine Träne nachweinen, zumal wenn sich Deutschland zu einem demokratischen Staat wandelt, dem sich Deutsch-Osterreich als Glied anfügen wird.

Wie übermütig war man doch, als man im dritten Kriegsjahr, von den Siegen berauscht, das Symbol des neuen österreichisch-ungarischen Staatswappens schuf mit der Inschrift: «Indivisibiliter ac inseparabiliter». Dieser Zusammenschluß war auf Gewalt begründet, nicht auf Recht. Irgendein taktisches Übergewicht der gegnerischen Heeresgewalt zerbrach die Herrlichkeit. Jetzt ist dieses alte Reich der Habsburger geteilt, jetzt sind seine beiden Hälften voneinander getrennt, und jetzt, jetzt erst, nachdem es nichts mehr nützt, nachdem es so viel Blut gekostet, erklärt Graf Tisza, der Mitarrangeur des Kriegs, das Bündnis Ungarns mit Deutschland für gelöst. Jetzt, einige Wochen nachdem man es noch «vertiefen», verewigen wollte. Das sind die Ergebnisse der Vernachlässigung und Verachtung des Pazifismus, der retten wollte, der allein hätte retten können.

Bern, 22. Oktober.

Die deutsche Antwort an Wilson — also die dritte deutsche Antwort — ist gestern abgegangen und veröffentlicht worden. Sie erklärt sich einverstanden zu Waffenstillstandsbedingungen, denen das «gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten . . . zugrunde zu legen ist.» Sie sucht, zu beweisen, daß die gegenwärtige Regierung von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volks getragen ist, und daß Gewähr für die Dauer gegeben sei in zu schaffenden gesetzlichen Bürgschaften und in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes. Das ist anzunehmen, ist wahrscheinlich; ob es aber für einen siegreich vordringenden Feind ausreicht? Der Erklärung fehlt das heilige Feuer. Sie ist korrekt und kleinlaut. Es ist der unwiderruflich vollzogene Bruch mit der Vergangenheit noch nicht bemerkbar. Sie ist zu konziliant für das Gewesene. Man möchte einen Fluch gegen die Verführer hören, eine Verurteilung des Einmarsches in Belgien, eine Verurteilung des U-Bootkrieges und der militärischen Greueltaten. «Wo Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.» Damit ist nichts gesagt. Nach so vielen, so harten Ausschreitungen. Man versteht in Deutschland noch immer nicht, worum es sich handelt. Nicht Einbekenntnis der Niederlage ist die Hauptsache, die braucht man nicht erst einzubekennen, sondern Einbekenntnis der Schuld. Die Männer, die diese Note gedrechselt, kleben noch zu sehr an der Vergangenheit, weil sie zu lange mit ihr identisch waren. Gebt uns neue Menschen, solche, die die Kriegspsychose nicht mitgemacht haben, die allein werden mit der siegenden Entente reden können.

Bern, 24. Oktober.

In der französischen Kammer werden die aus dem befreiten Lille nach vier Jahren wieder erschienenen Deputierten feierlichst begrüßt. Sie erzählen von den «deutschen Verbrechen» Haarsträubendes. Die Rede wird in allen Gemeinden Frankreichs angeschlagen. Ich erinnere mich eines Scherzwortes des verstorbenen Frank Wedekind, der einmal gesagt hat: «Belgien dürfen wir nie wieder herausgeben, damit man die Schweinereien nicht erfährt, die wir dort begangen haben.» — Jetzt, wo die deutsche Armeeleitung Belgien und Nordfrankreich räumt, wird man Dinge erfahren, die den Haß auf Jahrzehnte festigen werden. Wie soll es zum Dauerfrieden, wie zum Völkerbund kommen, wenn dieser Haß weiterglüht?

Es sind bange, spannende Stunden, die wir durchleben. Jeden Augenblick kann es sich entscheiden, ob der Friede zustande kommt, oder ob der Krieg in seiner erbittertsten Phase weitergeht.

Ich zweifle an dem Friedensschluß. Die Vertreter des alten Deutschlands leben noch und warten im Hintergrund. Man sieht sie. Sie warten auf den Augenblick, um dem deutschen Volk die Notwendigkeit der völligen Selbstaufopferung, der sogenannten «nationalen Verteidigung», klarzumachen und dadurch für einige Zeit wieder ans Ruder zu kommen. Sie sind noch nicht tot, und die neue Regierung begreift es nicht, daß ihr nur ein völliger Bruch mit dem Alten Vertrauen und die Macht zum Friedensschluß geben kann. Die neue Regierung begreift manches nicht. Sie gibt sich pazifistisch. Aber es besteht ein großer, ein grundsätzlicher Unterschied zwischen jenen, die Pazifisten geworden, weil der Krieg verloren geht, und jenen, die Pazifisten wurden, weil er über-

haupt gemacht wurde, die auch in den Zeiten des Sieges Pazifisten waren. Solche Männer, die niemals gewankt, die niemals das Verbrechen mitgemacht haben, braucht Deutschland. Sie allein könnten das deutsche Volk zum Frieden, zur Rettung in eine bessere Zukunft führen. Die andern werden es zum Ruin, zur völligen Zerfleischung, zum Bolschewismus bringen.

* * *

Liebknecht hat das Zuchthaus verlassen dürfen. Nun kann Scheidemann sich erst seines Ministersessels freuen. Unmöglich wäre es gewesen, als demokratische und pazifistische Regierung zu fungieren und jenen Mann hinter Zuchthausmauern zu belassen, der als erster in Deutschland den Mut gehabt hat, das Verbrechen dieses Kriegs aufzudecken. Mit dieser Tat hat die neue Regierung Gutes vollbracht. Liebknechts Befreiung kann dem Frieden dienen. Und wie lange noch soll Friedrich Adler hinter Kerkermauern sitzen?

* * *

Man ist an solche Raschheiten des Verkehrs längst nicht mehr gewöhnt. Bereits heute nachmittag war die Antwort Wilsons auf die deutsche Note da, die wir erst vorgestern kennen gelernt haben. Eine umfangreiche Note, aber eine gewichtige auch. In Deutschlands Geschichte von unerhörter Tragweite und Schwere.

Präsident Wilson nimmt den deutschen Vorschlag auf Vermittlung des Waffenstillstandes bei der Entente an. Er fühlt,

> «daß er nicht mehr sich weigern könne, mit den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten verbündet ist, der Frage eines Waffenstillstandes näherzutreten».

Aber er läßt erkennen, daß die Bedingungen dieses Waffenstillstandes, wenn die Regierungen der Entente überhaupt darauf eingehen sollten, nicht leicht sein werden. Es müßte ein Waffenstillstand sein, der eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch Deutschland unmöglich machen würde, der den Alliierten

> «das unbeschränkte Recht zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, zu verbürgen und durchzusetzen»,

wahren würde. Es werden also harte Bedingungen sein, die der Oberkommandierende der Ententeheere Deutschland stellen wird. Wilson nennt diese zu erwartenden Bedingungen selbst «außerordentliche Sicherungen», und er begründet deren Forderung damit, daß er die Demokratisierung Deutschlands doch nicht für so verbürgt hält, daß sie als dauernd angesehen werden kann.

Und nun kommt die einschneidendste Forderung, die bereits in Wilsons erster Note angedeutet war, in der zweiten näher umschrieben wurde und nun unumwunden zum Ausdruck gebracht wird. Er ist der Ansicht, daß «die entscheidende Initiative immer noch bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher von Deutschland waren». Aber die Nationen der Welt können kein Vertrauen haben zu «den Worten derer, die bisher die Herren der deutschen Politik geworden sind». Nur mit jenen Vertretern des deutschen Volkes will die Regierung der Vereinigten Staaten verhandeln, «welche mehr Sicherheiten für eine feste verfassungsmäßige Haltung bieten, als die bisherigen Beherrscher von Deutschland».

Wenn aber die Regierung der Vereinigten Staaten mit den militärischen und den monarchischen Autokraten Deutschlands jetzt oder später verhandeln müsse, «so wird sie nicht Frieden, sondern Übergabe verlangen».

Das ist die Forderung nach der Beseitigung des Kaisers und der obersten Militärleitung.

Das deutsche Volk wird jetzt vor die Wahl gestellt, zu kapitulieren oder sich für die Dynastie und das Oberkommando in ein neues, unerhörtes Blutbad zu stürzen.

Das wird einen tiefen Eindruck in Deutschland machen.

Wird es möglich sein, das erschöpfteVolk unter der ausdrücklichen Parole «für Wilhelm II. und seine Generale» in einen Verzweiflungskampf zu stürzen. Wird die Alternative allein nicht den Bürgerkrieg entfesseln. Die lautet: Frieden oder den Kaiser, den Kaiser oder den Frieden.

Diese Parole kann den Bürgerkrieg entfesseln, wenn nicht der Kaiser selbst rasch und entschlossen das fürchterliche Dilemma durch seine Abdankung löst.

Bern, 25. Oktober.

Die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen wird jetzt in deutschen Zeitungen ganz offen gefordert. So schreibt die «Münchner Post» vom 18. Oktober in Anknüpfung an ein Schreiben Kaiser Wilhelms an den Zaren vom Jahr 1895, worin er der Ansicht Ausdruck gibt, daß die Sozialdemokraten und Ultramontanen des Reichstages «einzeln gehängt werden» müßten, folgendes:

> «Alle Versuche, die Veröffentlichung solcher Dokumente zu unterdrücken, sind um so zweckloser als der in weitesten Kreisen des deutschen Volkes — und zwar bis hoch in die oberste Schicht hinauf — bestehende brennende Wunsch, der Kaiser und sein Sohn mögen doch durch ihren Rücktritt die Lösung der furchtbaren Krise erleichtern, in der sich Deutschland befindet, gar keiner weitern Verstärkung mehr fähig ist.»

Es geht offenbar zu Ende mit dem deutschen Gott, dem deutschen Schwert und dem Militärkaisertum der Hohenzollern.

Bern, 27. Oktober.

Wie sich die Ereignisse jagen. Von Stunde zu Stunde Nachrichten von weltgeschichtlicher Bedeutung. Wir stehen mitten drin in Geschehnissen und werden uns gar nicht klar darüber, daß wir einer weltgeschichtlichen Wandlung beiwohnen, die an Bedeutung die französische Revolution, den Zusammenbruch Napoleons übertrifft. Der Sturz der preußisch-militärischen Macht bedeutet tatsächlich eine Weltenwende.

Heute ist Ludendorff — auf seinen Wunsch natürlich — zur Disposition gestellt worden. Der Mann, der des Deutschen Reiches Geschichte unter dem Aushängeschild verschiedener Kanzler über vier Jahre geleitet, der noch vor wenigen Monaten glaubte, sein System zum Triumph führen zu können, der zum Heiligen wurde, auf den das deutsche Volk vertraute, ist gestürzt. Einer der alten Götzen liegt zertrümmert am Boden.

Wird es bei diesem bleiben? Das Verlangen nach dem Rücktritt des Kaisers wird jetzt in der deutschen Presse, im Reichstag, ganz unverblümt und offen gefordert. Und nicht nur bei den Sozialdemokraten. Man sieht deutlich, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit den Rücktritt will. Schon ist es zu spät, um es dem Kaiser noch als Größe auslegen zu können. Schon ist es vom Feind gefordert worden und muß jetzt als demütige Erfüllung eines Gebots gedeutet werden. Aber es kann noch schlimmer werden. Wenn die Umgebung des Kaisers ihn nicht bald, nicht in den nächsten Tagen veranlassen kann, auf den Thron zu verzichten, kann unter ungeheurer Zerrüttung der Rücktritt durch innern Zwang erfolgen. Der Weg muß frei

werden für das deutsche Volk. Es handelt sich nicht bloß um den Friedensschluß, sondern für Millionen Auslandsdeutsche, für Millionen Handelstreibende in Deutschland darum, den Kredit für ihre Nationalität wieder zu gewinnen. Das deutsche Volk muß sich loslösen von allen jenen, die an der Wiege dieses Weltunheils gestanden, und die die Verantwortung für die Grauen dieses Kriegs haben. Es muß einen weithin sichtbaren Unterschied errichten zwischen jenen und sich. Dann, nur dann kann es seine Zukunft finden.

Bern, 29. Oktober.

Es liegt so etwas wie ausgleichende Gerechtigkeit in der Luft. Ludendorff stürzt, und Lammasch wird Ministerpräsident. Mit Lammaschs Emporsteigen zum höchsten Beamten tritt das ein, was ich jahrelang, jahrzehntelang vorausgesehen und vorausgesagt habe. Man wird einst bei uns Pazifisten die Rettung suchen. Nur hat man es zu spät getan. Was nüßt es, wenn man den Pazifisten Lammasch zum Retter des sterbenden Osterreichs beruft. Als er noch hätte nüßen können, da hat man ihn verlacht, vorher hatte man ihn sogar verfolgt. Zu Beginn des Kriegs hat das Hauptquartier angeregt, man solle ihn verhaften. Es gab doch einige, die sich vor dem Ausland schämten. Deshalb nahm man Abstand davon. Und noch in diesem März, im Herrenhaus, warf man ihm vor, er wäre von der Entente bezahlt. Herr Pattai brüllte sein Annexionsprogramm in den Saal mit dem wunderschönen Schluß: «Unser der Sieg, unser die Palme!» — Da habt ihr nun die Palme. Möge Lammaschs Wirkung als lekter Minister des alten Osterreichs den Erfolg haben, den Betörten wenigstens klarzumachen, was sie versäumt haben. Ihr ruft uns zu spät!

* * *

Es ist der Zusammenbruch der Monarchie. Lammasch soll dem Tscheschenführer Kramarz ein Portefeuille angeboten haben. Dem vor kurzem noch zum Tod verurteilt gewesenen Hochverräter! So sah ich's kommen. Auch das zu spät. Kramarz lehnte ab, weil das tschecho-slowakische Volk sich heute im Kriegszustand mit der Monarchie befindet. Aus was besteht denn Osterreich-Ungarn heute noch? Aus Völkern, die Feinde des Staates geworden sind.

* * *

Die Italiener beginnen eine blutige Offensive. Krieg um des Krieges willen. Militärkrieg. Jetzt, wo die Kampfhandlung doch keinen politischen Zweck mehr haben kann, werden noch Tausende von Menschenleben geopfert, um das militärische Ansehen zu retten. Aber heute sind es die Italiener, morgen stehen die Serben mit Engländern und Franzosen an der ungarischen Grenze. Auch die erschlagenen Rumänen rühren sich und rücken gegen Osterreich-Ungarn vor. Wird das Hallali abgewendet werden?

* * *

In Ungarn herrscht die Revolution. Der Pazifist Karolyi hat die Führung der Massen. Ein Arbeiter und Soldatenrat ist nach russischem Muster errichtet worden. Die Zeitungen haben sich gegen die Zensur aufgelehnt und erscheinen unzensuriert. Auch hier bricht der alte Feudalstaat zusammen und soll neuen glücklicheren Verhältnissen Platz machen. Karolyi hatte zur rechten Zeit eine Loslösung von Deutschland verlangt. Jetzt ist es auch hier zu spät. Zu spät auch in dem Sinn, daß die Loslösung von dem neuen Deutschland vielleicht gar nicht mehr wünschenswert erscheint. Wird Deutschland

der neue demokratische Staat, warum soll man sich von ihm loslösen? Ich habe das Deutschland der wild gewordenen Militaristen, der Welteroberer, der borniertesten Autokratie bekämpft. Heute? Wenn sich der neu gegründete deutsch-österreichische Staat nicht erst lange mit dem Versuch aufhalten würde, das zerfallende Österreich neu zu vereinigen, sondern kurz entschlossen dem neuen deutschen Reich angliedern wollte, würde ich es für das klügste halten. Das demokratische Deutschland ist nicht mehr der Feind der Menschheit. Das deutsche Volk wird nach der Befreiung vom deutschen Militarismus ebenso aufatmen wie alle übrigen Völker der Welt. Wir Deutsch-Österreicher gehören zum deutschen Volk und haben gar keinen Grund mehr, draußen zu bleiben, nachdem unsre Stellung im österreichischen Staat jeden Boden verloren hat.

* * *

Der Kaiser wurde in den letzten Reichstagsdebatten stark angegriffen. Noch immer gab es entrüstete Pfuirufe, noch immer Ordnungsrufe für jene Angreifer, die nur den Zorn des Volkes zum Ausdruck brachten. Wie kann man sich gegen diesen nur selbstverständlichen Wunsch auflehnen, daß Wilhelm II. verschwinde? Er ist der Schuldige an diesem Weltzusammenbruch, auf ihn lastet die Verantwortung des schrecklichsten Unglücks, das die Menschheit je betroffen. Er muß seinen Platz verlassen. Es ist für Wilhelm kein Raum mehr in einem Volksstaat. Und selbst jene, die noch immer nicht an seine Schuld glauben, müssen sich sagen, daß er als Teilnehmer an dieser großen Katastrophe als einer, der am Anfang dabeigewesen, verschwinden müsse. Solange diese Notwendigkeit nicht vollzogen, steht ein Hindernis in der Struktur des neuen Deutschland, der neuen Welt.

* * *

Heute in Budapest wurde bereits geschossen. In Prag hat der tschechische Nationalrat die Regierung übernommen, und die jubelnde Menge hat die Abzeichen des alten Staats, die alten Doppeladler, von den Gebäuden abgerissen, zerbrochen, verbrannt und in die Moldau geworfen.

Mein geistiges Auge schweift wehmütig in die Tage des Kriegsanfangs zurück. Am 27. August schrieb ich hier die Verse aus der Kassandra ein:

> «Ich allein muß einsam trauern,
> Denn mich flieht der süße Wahn,
> Und geflügelt diesen Mauern
> Seh' ich das Verderben nah'n.»

Meine Ahnungen von damals haben sich, leider, erfüllt.

Bern, 30. Oktober.

Es geht mit kinematographischer Schnelligkeit. Die Selbständigkeitserklärung der tschechischen Republik ging gestern, unter begreiflichem Jubel, vor sich. Der Nationalrat hat die Regierung übernommen, die Armeebehörden haben sich ihm unterworfen, und der Statthalter von Böhmen hat sich nach Wien begeben. Ein Stück Weltgeschichte, das jemals zu erleben kein Zeitgenosse erwartet hat. Nicht einmal noch vor vier Wochen erwartet hat. Ich gönne dem begabten, hochkultivierten Tschechenvolk vom ganzen Herzen die erreichte Selbständigkeit. Doch die Einverleibung der deutschen Gebiete Böhmens in das neue Tschechenreich würde ich als ein Unglück betrachten. Neue Bildungen, die die Wirkung der Annexion Elsaß-Lothringens hätten, dürfen in die neue Welt nicht hinübergetragen werden. Wir haben die Alldeutschen bekämpft, die Anrechte auf Burgund geltend machten, weil vor Jahrhunderten dort ein deutscher König geherrscht. Wir können die nicht besser

begründeten Ansprüche der Tschechen auf rein deutsche Gebiete nicht anerkennen.

Dasselbe gilt für die Ansprüche der Polen auf Danzig. Diese Vergewaltigungsideologien müssen fallengelassen werden bei einem Friedensschluß, der nicht bloß diesen Krieg beendigen soll, sondern alle Kriege!

* * *

Auch Kroatien hat sich selbständig erklärt. Und hohe kroatische Offiziere haben die Unterstützung der Armee gebracht. So bricht denn auch die Klammer der Armee auseinander. Damit hängt wohl auch die überraschende Mitteilung zusammen, daß Österreich die Räumung der besetzten italienischen Gebiete beschlossen hat.

Es waren falsche Götter, denen die österreichischen und ungarischen Politiker geopfert hatten. Jene Müßiggänger, die einen Krieg als eine angenehme Zerstreuung betrachteten, haben in ihrer wahnsinnigen Borniertheit das vielhundertjährige Reich zerstört.

* * *

In Deutschland sieht man mit fieberhafter Spannung den Waffenstillstandsbedingungen der Entente entgegen. Man zittert davor und verwahrt sich gegen die Zumutung eines Gewaltfriedens, der die Grundlagen eines Völkerbundes zerstören würde. Dernburg hat im «Volksbund für Freiheit und Vaterland» in Berlin über das Thema «Völkerbund und Frieden» gesprochen. Er hat auf Kant hingewiesen, dessen heute so aktuell gewordene Schrift beweise, daß der Völkerbundgedanke nicht von außen in das deutsche Volk hineingetragen würde. Er hätte sich auch auf die deutsche Friedensgesellschaft berufen können, die seit 26 Jahren dafür wirkt, und auf die Arbeit der deutschen Pazifisten, die unter dem Hohngelächter

und unter den Verfolgungen der von Krupp bezahlten Wehrvereinler für diesen Gedanken kämpften. Wenn er es nicht getan hat, so unterließ er es wahrscheinlich, weil die Haltung der Mehrheit des deutschen Volkes zu dieser Arbeit heute etwas Beschämendes besitzt.

Es ist aber eine seltsame Satire der Weltgeschichte, daß die Mittelmächte, die der pazifistischen Arbeit am meisten ablehnend gegenüberstanden, gerade in der Erfüllung der urpazifistischen Idee des Völkerbundes jetzt ihre einzige Rettung erblicken. So mußte es kommen!

Bern, 1. November.

Weiter im rasenden Galopp! Wohin nur? — In Budapest und Wien revolutionäre Bewegung. Soldaten und Offiziere mit den Bürgern. Generäle wurden gezwungen, die republikanische Trikolore aufzuheften. In Budapest soll die Republik proklamiert sein. In Wien hat sich der deutsche Nationalrat konstituiert mit einem Stab von Staatssekretären, die den Sozialdemokraten, Nationalverbändlern und Christlichsozialen entnommen sind. Victor Adler Staatssekretär des Äußern, Renner, Chef der Regierungskanzlei. Auch hier starke republikanische Strömung. In Sarajewo soll die großserbische Republik ausgerufen worden sein. In Böhmen fühlen sich die Tschechen schon als kriegführender Staat. Sie haben den Zugsverkehr zwischen Wien und Berlin unterbunden. In Triest Straßenkämpfe zwischen Italienern und Slowenen. An der Front hat die österreichisch-ungarische Armee die Räumung des italienischen Gebietes beschlossen und ist durch Parlamentär mit der italienischen Heerführung wegen eines sofortigen Waffenstillstandes in Verbindung getreten. Wofür kämpft denn heute noch eine österreichisch-ungarische Armee, wenn es kein Österreich-Ungarn mehr gibt? Es

ist das Chaos. Durch Lammaschs Programmrede wie aus Worten des österreichischen Kriegsministers Steiner-Stoeger dringt deutlich die Sorge über jene Zustände, die sich entwickeln werden, wenn das nicht durch Sieg gefestigte Millionenheer zurückkehren wird. Die Mahnung an die Bevölkerung, daß nur geordnete Zustände im Hinterlande die Disziplin der Truppen erhalten könne, wird wenig nützen. Hier steht man einer großen Gefahr gegenüber. Einer sehr großen! Oh! Sieger Bloch! Wie stimmt das mit seinen Voraussagen überein und mit seiner bangen Frage: Werden sich denn die heimkehrenden Truppen auch so willig entwaffnen lassen?

* * *

Die Nachricht von der Ermordung des Grafen Tisza kam heute morgen.

Wie oft, wenn sich uns das Herz zusammenkrampfte über die Greuel und Opfer dieses Kriegs, haben wir dessen Urhebern den Tod gewünscht, alle Qualen und Martern für sie ersehnt. Wenn man nun der vollzogenen Tatsache gegenübersteht, ist es keine Genugtuung. Wir sind Feinde des Mordes auch dort, wo er den Schein der Gerechtigkeit besitzt. Es gibt keinen gerechten Mord! Aber auch die Entrüstung bringen wir nicht auf gegen die Tat. Wir begreifen sie. Wer leichten Herzens dieses Unheil über die Menschheit gebracht, muß damit gerechnet haben, daß die Verzweiflung, die es erzeugt, sich auch gegen ihn richtet. Und es scheint mir auch, daß dieser schnelle Tod für den Kriegsverbrecher eine zu geringe Strafe ist. Eine viel zu geringe. Lebend sollen sie alle den Fluch der Menschheit ertragen müssen, der sich gegen sie richten wird.

Aber was bezeichnet dieser Mord, welche Zustände müssen schon eingerissen sein in dem unglücklichen

Land, wenn die Soldaten truppweise in die Häuser gehen und, kurz entschlossen, niederknallen, wen sie sich dazu ausgesucht haben.

Bern, 4. November.

Den Ereignissen zu folgen, ist unmöglich.

Ein Österreich-Ungarn existiert nicht mehr. In Ungarn Republik mit Karolyi an der Spitze, in Böhmen Republik mit Masaryk als Präsidenten, Slavonien selbständig, Deutsch-Österreich selbständig. Die Nationalräte übernehmen die Verwaltung und die Armee, die in voller Auflösung begriffen ist. Die Italiener sind in Trient eingezogen, haben Triest besetzt, anscheinend auch Laibach. Die unrühmliche italienische «Offensive» gegen das sich zurückziehende und sich auflösende österreichisch-ungarische Heer hat ein Ende, denn der Waffenstillstand ist unterzeichnet worden. Nun haben sie in Wien den «Frieden», jenen «Frieden», der mit dem Tod identisch ist. Mögen sie sich bei jenen wahnsinnigen Politikern bedanken, die sich dem Teufel des reichsdeutschen Pangermanismus verschrieben haben.

Wir, wir allein können mit reinem Gewissen die schwere Zeit bestehen, denn wir haben diesen Krieg nicht gewollt, wir wollten auch diesen Frieden vermeiden. Wir warnten stets vor dem Jusqu'auboutismus und prophezeiten das Ende, das Ausbrennen des Bodens, auf dem wir stehen. Jetzt schwebt alles in der Luft. Jetzt liegt ein krankes, sterbendes Volk auf verwüstetem Boden.

Den Völkern Österreich-Ungarns, die ihre Freiheit gewinnen, jubelt mein Herz zu. Ich traure nur darüber, daß es auf diese Weise kommen mußte. Zwei Jahre vor dem Krieg war ich in Trient. Mir blutete das Herz über die niedergedrückte Atmosphäre in dieser Stadt, über die Sehnsucht nach einer Vereinigung mit der italieni-

schen Nation, die aus jeder Luke herausguckte. Ich empfand den Druck, unter dem jene Menschen lebten, und ich freue mich heute mit den Italienern über ihren Einzug in jene Stadt, in der das Bild Dantes am Bahnhof steht. Nur weiter sollten sie nicht streben. Nicht bis Bozen, wo das Standbild Walthers von der Vogelweide den deutschen Geist ankündigt. Aber man hat die Sehnsucht nicht durch Vernunft gestillt. Man hat es der Gewalt überlassen. Wo wird sie Halt machen?

Und das deutsche Volk im Reich! Arme Sünderstimmung. Die Bedingungen der Kapitulation werden seit Tagen erwartet. Man weiß, was sie enthalten werden. Nie Geahntes. Man nannte die Zeit der Invasion durch Napoleon, die Zeit von Deutschlands tiefster Erniedrigung. Sie ist es nicht mehr. So tief wie das blühende, von Leben strotzende, das reiche, große Deutschland jetzt erniedrigt werden wird durch die siegreichen Heere der Welt, die sich durch Deutschlands Machthaber gequält, bedroht, erniedrigt sah, so tief war es zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht erniedrigt. Heute ist das deutsche Volk von Gott und der Welt verlassen. Von seinen Verbündeten getrennt, steht es völlig vereinsamt da. Eine schwere Prüfung! Aber sie wird dem deutschen Volk wohltun. Sie wird es von ihren Verführern, von den Peinigern, von den Ränken befreien, die das Volk selbst in geistige und physische Knechtschaft gebracht haben. Es ist eine bittere Periode, aber auch sie wird eines Tages überwunden sein, und dann wird das deutsche Volk wieder geachtet leben unter den Weltvölkern, nach bitterer Buße dafür, daß es den Schlag der Stunde einer neuen Zeit nicht vernommen hat,

Kaiser Wilhelm klebt noch. Aber er will sich dem Volk als Demokrat zeigen. Er veröffentlicht einen Erlaß, worin das «ich» zum erstenmal mit kleinem Anfangsbuchstaben geschrieben ist. Ein trauriger Erlaß, der dem

Volk versichert, der Kaiser habe sich mit den Wandlungen des Systems abgefunden und worin er voraussetzt, daß sich das Volk mit den Wandlungen des Kaisers abfindet und ihn behält. Ein kläglicher Versuch, sich und seiner Familie den Thron zu retten. Welcher Irrtum!

Der Ton und Inhalt dieser Kundgebung, die noch von den «wunderbaren Leistungen dieses Kriegs» spricht, zeigen, daß der Kaiser den Geist der Zeit nicht erfaßt hat. Er versucht es, sich mit dieser Zeit auszugleichen und vor ihr zu kapitulieren mit den Worten:

> «Ich aber trete diesen Beschlüssen der Volksvertretung mit meinen hohen Verbündeten bei, in dem festen Willen, was an mir liegt, an ihrer vollen Ausarbeitung mitzuarbeiten, überzeugt, daß ich damit dem Wohl des deutschen Volkes diene.»

Nein! Nein! Nein! Das deutsche Volk wird davon nicht überzeugt sein. Der Mann, dessen Existenz verknüpft ist mit dem Millionenmord, mit der tiefen Schmach und Zerrüttung Deutschlands, hat keinen Platz mehr im neuen Deutschland. Schon deshalb nicht, weil er es nicht einsieht. Sein Verschwinden ist fast die Vorraussetzung der Vollendung eines neuen Deutschlands.

* * *

Nun ist auch Fritz Adler der Freiheit wiedergegeben, der Mann, der mit Einsatz seines Lebens vor zwei Jahren Österreich zu retten suchte. Der Schuß, den er abgegeben, hat den Staat nicht retten können, aber er hat wie ein Scheinwerfer die Situation erhellt und hat den alten Gewalten gezeigt, wohin ihr System steuert.

* * *

Der Waffenstillstand mit Osterreich-Ungarn ist unterzeichnet. Der Krieg ist für den Donaustaat aus. Heute nachmittag vier Uhr hat das offiziell zugelassene Morden nach vierjähriger Dauer sein Ende erreicht. Ob auch im Innern des unglücklichen Landes das Morden aufhört, wird die Zukunft lehren.

Ein Extrablatt verkündet die Bedingungen des Waffenstillstandes. Als ich es in der Hand hielt und die schweren, die vernichtenden, die erniedrigenden Bedingungen las, die eigentlich Kapitulation pure et simple bedeuten, fiel mir wieder der Augenblick ein, der mir mein Lebtag unvergeßlich sein wird, wo ich das Extrablatt der «Wiener Zeitung» in Händen hielt, das der Welt die erste Kriegserklärung, die Osterreich-Ungarns an Serbien, verkündete:

> «Da die königlich-serbische Regierung die Note, welche ihr vom österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad am 23. Juli 1914 übergeben worden war, nicht in befriedigender Weise beantwortet hat, so sieht sich die k. u. k Regierung in die Notwendigkeit versetzt, selbst für die Wahrung ihrer Rechte und Interessen Sorge zu tragen und zu diesem Ende an die Gewalt der Waffen zu appellieren.»

Die Waffenstillstands-Konvention vom dritten November gibt die «befriedigende Antwort» auf diesen Gewaltappell. Gänzliche Demobilisierung, Auslieferung der Hälfte des Kriegsmaterials, Räumung der besetzten und weiterer eigener Gebiete des Staates, Freigebung der Bahnen, Landstraßen und Wasserstraßen für die Alliierten, Besetzungsrecht der den Alliierten wichtig erscheinenden strategischen Punkte, Heimsendung aller Kriegsgefangenen und Internierten der Alliierten ohne Gegenseitigkeit, Abrüstung und teilweise Übergabe der

Flotte, Freigabe der Schiffahrt auf der Adria und der Donau usw. usw.

Das ist das vorläufige Fazit des «Appells an die Gewalt der Waffen».

Die Bedingungen sind gewiß erniedrigend. Aber für wen? Für den Staat Osterreich-Ungarn, der nicht mehr besteht, kaum mehr, wohl aber für die alten Gewalten, die diesen Staat regierten und ihn in diesen Krieg hineingeführt haben. Sie sind nicht erniedrigend für die Teile, in die sich das alte Osterreich-Ungarn aufgelöst hat. Die Völker dieses neuen Staates werden diesen Waffenstillstand als Ende des unseligen Krieges mit Jubel begrüßen als das Ereignis, das ihre Freiheit, ihre nationale Selbständigkeit, ihre demokratische Verfassung begründet

Dieser Waffenstillstand hat für die Donauländer nicht die Bedeutung, die er für ein national konsolidiertes, freiheitlich gefestigtes Staatswesen hätte. Er vernichtet, aber er errichtet auch ein Neues, ein hoffnungsvolles Neues, er vernichtet etwas, über dessen Vernichtung sich auch die Völker dieses Staates freuen. Es kann neues Leben aus diesen Ruinen blühen.

Widerlich sind nur die Wiener Zeitungsstimmen, die dieses noch im alten Geist wirkende Korrespondenzbureau in die Welt sendet. Es ist Zeit, daß dieser abgelebten Einrichtung ein neuer Inhalt gegeben wird. Das Wiener Fremdenblatt schreibt: «Wir sind besiegt, aber unsre Waffen sind ruhmreich geblieben.» Sind wir aber froh! Die Waffen, die wir zum Teufel wünschen, die wir dem siegreichen Feind übergeben müssen, sind heute unsre geringste Sorge. Idioten! Wen glaubt ihr noch mit solchen wurmstichigen Phrasen zum besten halten zu können?

Die Entente hat Bulgarien, hat die Türkei, hat Osterreich-Ungarn zur Kapitulation gezwungen. Sie hat

Deutschland völlig isoliert, jetzt erst richtig eingekreist und hält es in der Hand, wie ein Löwe das geraubte Lamm in seinen Pranken hält. Es gibt keine Rettung mehr für Deutschland. Es hat nicht nur den Krieg, sondern sich selbst auf lange, lange Zeit verloren. Es ist niedergeworfen, so niedergeworfen, so bedingungslos den Siegern ausgeliefert wie es die Jusqu'auboutisten in ihren künsten Träumen nicht zu erhoffen wagten. Armes deutsches Volk! Es ist ein bitteres Erwachen, aber immerhin ein Erwachen, und auch das ist gut.

Bern, 7. November.

Die deutsche Delegation ist zum Abschluß eines Waffenstillstands und zur Aufnahme von Friedensverhandlungen von Berlin nach dem Westen abgereist.

Es beginnt also der anscheinend letzte Akt.

Eine Note Wilsons an die deutsche Regierung gewährt einige Hoffnung. Danach hat sich die Entente bereit erklärt, den Frieden mit Deutschland auf Grund der Wilsonpunkte abzuschließen. Nur bezüglich der Freiheit der Meere wurden Vorbehalte gemacht. Es ist also die Möglichkeit gegeben, daß der Friede nicht nur vom Gesichtspunkt der Rache geschlossen werden soll, sondern ein Friede werden kann, wie ihn der Völkerbundgedanke voraussetzt.

Von dem Völkerbund war es, seitdem die Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten offenkundig wurde, beängstigend still geworden. Die Idee war mit einemmal bei der Entente aus der Erörterung verschwunden wie ein Konsumartikel nach behördlicher Festsetzung von Höchstpreisen. Jetzt, nachdem Wilson bei den Versailler Beratungen gesiegt hat, wird das Hauptproblem der Zeit, das von den militärischen Ideen etwas verdunkelt war, wieder in den Vordergrund treten.

Wenn erst der Waffenstillstand mit Deutschland abgeschlossen sein wird, dürften die Militärs und ihre Anschauungen verschwinden. Hoffentlich für immer verschwinden.

Der Waffenstillstand dürfte für Deutschland jetzt die einzige Rettung sein. Schon werden stark revolutionäre Bewegungen aus Kiel, Hamburg, Stuttgart gemeldet. Die rasch hintereinander folgenden Beruhigungserlässe der neuen Regierung an die Bevölkerung sprechen eine ernste Sprache. Was sich z. B. in Kiel ereignet hat, hätte man in Deutschland nie für möglich gehalten. Der Soldatenrat der Marine stellt seine Forderungen an den Gouverneur, die dieser annimmt. Gleichstellung der Mannschaften mit den Offizieren, Freigabe von Verhafteten, Straflosigkeit der Meuterer. Der Soldatenrat herrscht! Er holt die Standarte vom Schloß des Prinzen Heinrich, tötet auf dem Kriegsschiff «König» Offiziere, interniert den Gouverneur, empfängt, zur Aufrechterhaltung der Ordnung nachts herbeieilende, Wandsbecker Husaren mit Maschinengewehren, während von vier Bataillonen andrer Truppen, die zur Hilfe geholt wurden, drei sich den Meuterern anschließen. Das geschah nicht in Kronstadt, sondern in Kiel, im deutschen Kiel. So brennt denn die Revolution auch im Reich der Hohenzollern, in dem klassischen Militärstaat Preußen. Ihr Verbrecher der Kriegsmache und des Welteroberungswahnsinns, ihr werdet an den Pazifisten Bloch denken, den ihr einst ausgelacht habt, weil er euch vorausgesagt hat, wie es kommen muß.

Nicht minder tragisch ist die Auflösung in Osterreich. Die Truppen eilen in wildem Durcheinander nach Hause. Es fehlt an Nahrung, ein ganzes Volk ist am Verhungern, und in diesem Augenblick kommt das bisher verbündete Brudervolk, vorläufig aus Bayern, um den Krieg in das verhungerte Land zu tragen. Sie kommen als Freunde,

verkündet der General; wenn ihr euch aber widersetzt, so machen wir von den Waffen Gebrauch. Vom Süden die Italiener, die bereits in das deutsche Bozen eingerückt sind, vom Norden die Stammesbrüder aus Bayern.

Und Wilhelm II. rührt sich nicht. Er hat den ihm wohl etwas ungemütlich gewordenen Aufenthalt im Berliner Schloß mit dem Hauptquartier vertauscht, wo es ja jetzt eigentlich nichts mehr zu tun gibt, wo er sich aber sicherer zu fühlen scheint als im Schloß seiner lieben Berliner. Er schickt den Truppen noch immer Danktelegramme dafür, daß sie sich weiter totschlagen und verstümmeln lassen, und läßt berufene und unberufene Personen und Verbände die Werbetrommel für die Hohenzollern rühren. Dieser Mann hat nie die Zeit verstanden. Er versteht sie auch heute nicht. Sonst wäre er schon längst, geräuschlos, in die Versenkung verschwunden. Er wartet, bis er eines Tages von Bürgern und Truppen aufgefordert wird, seiner «glorreichen Herrschaft» ein Ende zu machen. Dann wird es natürlich wieder einmal zu spät sein, und das deutsche Volk wird gleich den Abzug der gesamten Hohenzollerndynastie und aller andern deutschen Dynastien fordern. Der Tag kommt. Er ist nicht mehr fern.

Bern, 9. November.

Wilhelm II. ist nicht mehr Kaiser!

Heute nachmittag künden Maueranschläge die große geschichtliche Botschaft, daß sich der Kaiser und König wie sein Sohn, der Kronprinz, «entschlossen» haben, auf den Thron zu verzichten. La commedia e finita!

Der Hauptschuldige des Kriegs, er, der es in der Hand hatte, den Krieg zu vermeiden, er, der leichtfertig und gewissenlos in der kritischen Stunde den Dingen seinen Lauf ließ, auf dessen Schultern die Verantwortung für den Tod so vieler Hoffnungen liegt, mit dessen Namen

das Verbrechen dieses Kriegs für immer verbunden sein wird, hat die Macht verloren und sinkt ins Nichts zurück. Die Weltgeschichte wiederholt die Napoleontragik. Wiederum ist ein Weltstörer, ein Kriegsfanatiker, ein Soldatenkaiser, dem die Welt sich eine Zeit lang unterwerfen mußte, der Schrecken und Verwirrung über die Menschheit gebracht, der Nemesis der Geschichte erlegen. Der Glanz, mit dem Wilhelm II. seinen Thron umgeben hatte, ist erloschen, die Machtstellung, die er Jahrzehnte im Reich und in der Welt ausgeübt hat, ist zerbrochen. Die mittelalterliche Romantik, von der er selbst erfüllt war, und die er dem Volk auf allen Gebieten aufzudrängen vermochte, tritt in ihrer ganzen Verschlissenheit zutage. Die Sozialdemokraten, die er verfolgt und geknechtet hat, die er wegen Beleidigung seiner Majestät in die Gefängnisse, in die Zuchthäuser sperren ließ, von denen er in den Jahren seines Übermuts sagte, «die Sozialdemokraten überlassen sie mir», sie haben jetzt über ihn triumphiert, denn letzten Endes hat die sozialdemokratische Partei mit ihrem Ultimatum von vorgestern, den Zögernden, den mit der neuen Richtung sich abfinden Wollenden, zum Rücktritt gezwungen. Die dreißig Jahre eines bornierten Irrtums, als welcher sich die Regierungszeit Wilhelms II. gibt, eines Irrtums, der zu jenem Blutbad geführt hat, zu jener Vernichtung deutscher Größe, sie sind überwunden. Das deutsche Volk, die Menschheit, sie werden an dieses Menschenalter kaiserlicher Herrschaft denken. Sie ist teuer genug bezahlt worden. Aber mit dem Rücktritt dieses selbstherrlichsten aller Staatsoberhäupter ist der Anachronismus des Hohenzollerntums, der deutschen Militärautokratie, des preußischen Militarismus zusammengestürzt, zerbrochen, überwunden für immer. Der Mann, der seine Zeit verkannt hat, der Verächter der Haager Konferenzen, die er nicht verstanden, nicht ge-

würdigt hat, ist dem Friedensstreben der Menschheit zum Opfer gefallen.

Im Juni 1905 habe ich eine Broschüre verfaßt, die den Titel führt: «Kaiser werde modern!» Ich habe die Rückständigkeit der kaiserlichen Handlungen darin dargelegt und den Ruin für Kaiser und Reich vorausgesagt, der sich ergeben müsse, wenn die Politik weiter kriegerisch orientiert wird, statt eine positive Friedenspolitik einzuschlagen. Ich regte an, daß Wilhelm II. sich zum «Pacifer» machen solle. Eine Rede, die er im März 1905 in Bremen gehalten, gab mir den Mut zu einigen Hoffnungen. Diese Rede bildet einen Lichtblick in Wilhelms Leben. Vielleicht hat er damals angefangen, seine Zeit zu begreifen, aber der militärische Geist saß zu tief in ihm, vor allem in seiner Umgebung.

Wilhelm II. hat aufgehört, Kaiser und König zu sein. Mit ihm verschwindet sein unsympathischer Sohn, der Schlächter von Verdun, von der Bühne der Geschehnisse. Der Krieg hat seine Urheber, seine begeistertsten Mitmacher verbrannt. Er hat für immer dem System der Autokratie, der Säbelherrschaft, des Säbelgeistes ein Ende bereitet. Es ist ein glücklicher Tag der Menschheit, an dem dies Ereignis wurde. Und freudigen Herzens müßten wir den Demokratien des Westens dafür danken, daß sie gesiegt haben! Sie haben auch uns befreit. Hören wir auf, von «Feinden» zu reden. Ihr Sieg, ihre Ausdauer unter den furchtbaren Leiden, die der Wilhelminismus ihnen zugefügt hat, bringt uns Wohltaten.

Wilhelm II. hat «sich entschlossen», wie es in der Ankündigung heißt, auf den Thron zu verzichten. Ebenso sein Sohn. Großmut ist es nicht, sonst wären beide schon vor Wochen abgetreten. Es wäre eine große Geste gewesen. Heute weichen sie dem Druck, den das Volk ausgeübt hat. Sie trennen sich schwer von der

Macht. Aber trotz all der Schwere, die das Schicksal über die beiden Weltverderber verhängt hat, kann es mit diesem Rücktritt doch nicht getan sein. Die Welt in Brand stecken und sich dann einfach ins Privatleben zurückziehen, ist doch keine Sühne. Wer diese Leichenberge und Elendsjahrzehnte geschaffen, wer diese lachende, glückliche Welt so tief unglücklich gemacht hat, der soll auch zur Verantwortung gezogen und bestraft werden. Diesem Schicksal werden die beiden Wilhelme wohl auch nicht entgehen.

* * *

Dieses Tagebuch hat in der wilden Ereignisflucht der letzten Wochen seinen Charakter verändert. Es war ein Buch der Kritik gegen den Krieg und seine Urheber, ein Schauplatz des Kampfes gegen die deutschen Welteroberungsabsichten, gegen die Gewaltanbeter, die Kriegsverlängerer. Es mahnte zur Einkehr und Umkehr, es sollte in der Ekstase des Siegs eine Mahnung zur Vernunft werden. Nun ist es eine Chronik geworden, die den Ereignissen kaum zu folgen weiß, in die mit stiller Resignation all jenes Unheil verzeichnet wird, dessen Kommen in den vergangenen vier Jahren hier geweissagt wurde. Es ist der Ablauf der Katastrophe, der nun folgt. Und nun bleibt nichts übrig, als ihn zu registrieren. Kritik zu üben liegt kaum mehr Anlaß vor, denn was wir jetzt erleben, ist nur Reflex, nur Auslösung. Es bliebe mir noch übrig, zu triumphieren. Dazu habe ich aber keine Neigung. Es ist zwar ein erhebendes Gefühl, recht gehabt zu haben, es befreit von dem Druck des Vorwurfs, aber es wäre ein trauriger Beruf, in diesen Stunden der Trauer und der Verzweiflung feiertäglich sich damit zu brüsten. So mögen denn, solange dieses Buch noch mit Recht sich «Kriegstagebuch» nennt, die Vorgänge hier

festgehalten bleiben und das rollende Bild des Weltkriegs vollenden.

* * *

Durch Deutschland rast die Revolution. In Hamburg, Kiel, Bremen, Lübeck, Wilhelmshaven herrschen die Arbeiter- und Soldatenräte, meutern Matrosen und Soldaten, werden den Offizieren Bedingungen vorgeschrieben, denen diese sich beugen. Mit roten Fahnen zieht das Militär durch die Straßen, rote Fahnen an den Masten der Kriegsflotte und auf den Schiffen des Hamburger Hafens. Genau wie wir es von Rußland hörten, wie wir es in Deutschland nie für möglich gehalten haben, ereignet es sich jetzt in dem Lande der strammen militärischen Ordnung, des Autoritätsglaubens und der Obrigkeitsverehrung. Es ist Revolution. Nur ist noch zu hoffen, daß sie nicht zu den Wahnsinnstaten der Bolschewiki ausarten wird, daß in Besonnenheit die neue Ordnung der Dinge durchgeführt werde. Kurt Eisner, der vor einigen Tagen aus dem Gefängnis befreit wurde, hat gestern in München die Republik errichtet, das Königshaus der Wittelsbacher abgesetzt und anscheinend von der Macht Besitz ergriffen, denn der Münchner Polizeipräsident erklärt, sich den Anordnungen des neuen Staatsrats fügen zu wollen. Möglich ist, daß dieses Beispiel auf ganz Deutschland überspringt, daß heute, nach der Abdankung des Kaisers, bereits in Berlin die Republik erklärt werden wird. Ich glaube, es muß dazu kommen, daß Deutschland jetzt Republik wird. Jetzt oder nie. Nur die Republik, die ehrliche Loslösung von all den Menschen, die Träger des Kriegssystems gewesen, vermag das deutsche Volk zu retten, ihm die Tür für die neue Völkergesellschaft zu öffnen. Wenn das Volk jetzt zeigt, daß

es selbst die Kriegsmacher, die Weltfresser, die Greueltatenverüber bekämpft und nichts gemein mit ihnen haben will, so verengert sich die Kluft, die Deutschland heute von der übrigen Welt trennt. Sie muß kommen, die deutsche Republik, der Traum der Großväter vor gerade 70 Jahren. Sie muß dem toten Militärstaat folgen, die neue Zeit von der alten trennen, und es wird wieder zu leben sein in Deutschland, in Österreich, in der Welt.

* * *

Von den Waffenstillstandsverhandlungen habe ich hier noch nicht gesprochen, die am 7. in Haudroy, irgendwo im Norden Frankreichs, begonnen haben. Die deutsche Delegation führt Erzberger. Sie empfingen vom französischen Generalstab die Bedingungen mit der Aufforderung, binnen 72 Stunden sie anzunehmen oder abzulehnen. In eine vorläufige Waffenruhe willigte der französische Generalissimus nicht ein. Am Tag vorher wurde Sedan wieder erobert. Die Kontinuität des jetzigen Weltkriegs mit dem Ereignis von Sedan vor 48 Jahren ist damit veranschaulicht worden.

Die Frankfurter Zeitung (7. November) schreibt:

> «Ein schwerer Gang! Ein unsäglich trauriges Ende. Es ist gekommen, wie es der Feind gewollt hat. Die deutschen Generäle die . . . ihren Namen unter das Schriftstück setzen werden, wodurch dem schreckensvollen Morden Einhalt geboten wird, werden mit ihrer Unterschrift zugleich das tragische Ende eines Abschnittes deutscher Geschichte, das Ende des deutschen militärischen Zeitalters, beglaubigen.»

So ist es. Weltenwende!

Bern, 10. November.

Die letzten Stunden des Weltkriegs! Der Waffenstillstand kann bereits abgeschlossen sein; er muß bis

morgen vormittag 11 Uhr unterzeichnet werden. Das internationale, das organisierte Morden wird nun nach 51 Monaten aufhören. Ob aber nicht das nationale, das unorganisierte Morden erst recht einsetzen wird, das ist die bange Frage, die uns beschäftigt. Die Ereignisse weisen darauf hin. In Deutschland ist die Revolution im vollen Gang. Die Truppen schließen sich ihr an. In Berlin machen die Garderegimenter gemeinsame Sache mit dem Volk. Rote Fahnen wehen. Das Haus des «Vorwärts» schützen Naumburger Jäger. Es geht bis jetzt ziemlich unblutig und geordnet von statten. In München haben die Truppen und die Polizei sich in den Dienst der republikanischen Regierung gestellt. Das Haus Wittelsbach ist gestürzt. Alle Staatsämter sind von den Republikanern übernommen worden. Ebenso wird die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten aus Köln, Frankfurt und andern Städten gemeldet. Der Sozialdemokrat Ebert ist bereits Reichskanzler. Es kommt die Republik. Das Volk steht auf. Es hat die Ketten des autokratischen Staates zerrissen, es hat durch die Qualen dieses verruchten Kriegs sich auf sich selbst besonnen und das Mittelalter völlig abgestreift.

In dieses heilige Werden hinein grinsen die Waffenstillstandsbedingungen der Entente, die heute, zum Teil wenigstens, bekannt wurden. Es sind wohl die erniedrigendsten Zumutungen, die seit den Barbarenzeiten des Altertums einem Volk gemacht wurden. Schon die Form, unter welcher sie gestellt wurden, zeigt die militaristische Gesinnung. Binnen 72 Stunden ja oder nein. Es liegt der typisch militaristische Sadismus darin. Rache, Erniedrigung, Weiden an des Gegners Qualen. Nicht daß ich der Meinung wäre, deutsche Militärs hätten andre Bedingungen geschaffen. Hindenburg hat es ja angekündigt, daß er im Westen «keinen weichen» Frieden machen werde. Sie wären sicherlich noch widerlicher

gewesen mit ihrem «deutschen Gott» und ihrem «deutschen Schwert». Daß aber die Ententemilitärs so in demselben Geist, nach der gleichen Schablone handeln, das beeinträchtigt mir ein wenig die Freude an den Sieg der Westvölker.

Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen werden binnen vierzehn Tagen geräumt. Das linke Rheinufer mit Mainz, Köln, Koblenz wird besetzt, 5000 Kanonen, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge, 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwaggons, 10 000 Autos werden abgeliefert. Verzicht auf die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest, Kapitulation von Deutsch-Ostafrika, Rückgabe aller Gefangenen ohne Gegenseitigkeit, Auslieferung von 100 Unterseebooten, 6 Dreadnougths, 8 Kreuzern, Aufrechterhaltung der Blokade. Das sind die Hauptpunkte des schmählichen Vertrags, den Deutschland annehmen muß, wohl schon angenommen hat. Der Waffenstillstand währt dreißig Tage. Kommt es bis dahin nicht zum Frieden, wird der Krieg nach Deutschland hineingetragen.

Das ist das Los, das die verbrecherischen Urheber des Kriegs dem deutschen Volk beschert haben. So grausam es ist, es ist begreiflich, es ist verständlich. Sind doch in diesen Bedingungen jene Gefühle summiert, die hervorgerufen wurden durch den frivolen Beginn des Kriegs, durch den Einfall in Belgien, die Zerstörung von Löwen, Dinant, und andren belgischen Städten, durch die Füsilierungen und Deportationen von Bürgern, durch die Hinrichtung einer Cawell, eines Kapitän Fryatt, durch die Versenkung der Lusitania, der Sussex, der Tubantia und der zahllosen andren Schiffe, durch die Fliegerbombardements von London, Paris und andren Städten, durch die Zerstörungen beim Rückzug an der Somme, den Unterseebootkrieg, die frivole und zwecklose Fernbeschießung von Paris, durch die fast vierjährige Seelen-

qual der Bevölkerung in Nordfrankreich und Belgien, durch den namenlosen Mord der zahllosen Jugend auf den Schlachtfeldern aller fünf Weltteile. Wahrhaftig, so betrachtet, sind die Bedingungen noch milde für ein Land, dessen Gebiete vom Krieg fast ganz verschont geblieben sind.

Der Krieg geht zu Ende, ist zu Ende. Nun wird es sich zeigen, ob der Friede dem von den Militärs diktierten Waffenstillstand gleichen wird, ob das deutsche Volk, das sich von seinen Bedrückern befreit hat, nichts mehr gemein hat mit der Schuld am Krieg, nichts mit den verübten Greueltaten, ob dieses Volk bestraft werden soll durch einen unterdrückenden und drückenden Frieden. Das wäre so, als ob man die Belgier auch bestrafen wollte, weil sie die deutsche Invasion ertragen mußten.

Nein! Nein! Der Friede muß ein endgültiger, ein die Freiheit aller, ein den Krieg tötender Friede sein, kein Rachefrieden militärischen Geistes.

Fast könnte man es hoffen, wenn man heute liest:

Aus Paris. «Die Boulevards wimmeln von Spaziergängern. Trotz der mürrischen Witterung herrscht festliche Stimmung. Alles kauft Fahnen.»

Aus Berlin: «Vor dem Vorwärtsgebäude . . . weht die rote Fahne. Es herrscht ungeheurer Jubel und ungeheure Begeisterung.»

Also es gibt nur Sieger! Der gemeinsame Feind, der Militarismus und die Autokratie, liegen am Boden. Mögen die Männer, die das künftige Europa errichten, dessen gedenk sein. Es gilt eine Einigung, die schon vorhanden ist, zu erhalten, nicht zu zerstören.

Bern, 12. November.

Heute nacht ist der letzte Schuß gefallen. Der Weltkrieg ist in Wirklichkeit beendet. Mit

ihm hoffentlich das kriegerische Zeitalter, das Zeitalter des Militarismus. Gestern ist der Waffenstillstand abgeschlossen worden. Heute nacht um 11 Uhr wurden die Feindseligkeiten eingestellt. Daß sich dieses ewig denkwürdige Ereignis gerade an meinem Geburtstag vollzog, war mir ein freudiges Erlebnis.

Der Krieg ist vorbei. Nun heißt es, den Frieden errichten und dann darangehen, den Schutt zu beseitigen. Die Ereignisse in ihrer Fülle und umwälzenden Bedeutung sind überwältigend. Deutschland entwickelt sich in rasendem Tempo zur Republik. Wilhelm II., der mächtige Soldatenkaiser des machtvollen deutschen Reiches, ist in Zivilkleidern — nach Holland geflüchtet. Dort soll er interniert werden. Tragisches Schicksal eines Weltzerstörers. Noch lange nicht so traurig wie das der blutenden, hungernden Völker. In Sachsen, Württemberg, Oldenburg ist die Republik erklärt worden, wurden die Dynastien abgesetzt. Nur Baden und Mecklenburg fehlen noch von den größeren deutschen Staaten. Sie werden folgen, und mit den kleinen Fürstlichkeiten und Familienherrschaften wird man wohl nicht langen Prozeß machen. Die deutsche Republik ist auf dem Weg. Wird sie ein festes Gefüge sein oder in Bolschewismus ausarten? Das ist die Frage, die bange Zukunftsfrage. Wird der Militarismus in der veränderten Form des radikalen Sozialismus das Zersetzungswerk weiter betreiben?

Auf dem Berliner Schloß weht die rote Fahne. Karl Liebknecht, der Zuchthäusler der Autokratie, durfte sie hissen. — — Auf dem Schloß der Hohenzollern, wo die Embleme der Brandenburger Dynastie flatterten, am Brandenburger Tor die rote Fahne! Das erlebt zu haben, ist etwas, das einem das Leid dieser vier Jahre und das noch kommende Leid leichter ertragbar macht. Ich erinnere mich noch an Eugen Richters Kampfbroschüre gegen den Sozialismus, «Sozialdemokratische

Zukunftsbilder» betitelt, die ungefähr 1890 erschienen. Diese «Zukunftsbilder» beginnen mit der damals als Witz gemeinten Schilderung: «Auf dem Berliner Schloß weht die rote Fahne.» Zum Lachen! Nun, heute nach 28 Jahren, ist dieser Witz ernste Wirklichkeit geworden, heute ist auch Bebels Prophezeiung vom «großen Kladderadatsch» — um einige Jahre verspätet (Bebel prophezeite ihn für die Jahrhundertwende) — ebenfalls Wirklichkeit geworden. Der Wandel der Gesellschaftsordnung wird Wirklichkeit.

Wir ahnten es doch nicht, daß der Militarismus, daß Wilhelm II. eigentlich die Geburtshelfer des neuen Deutschland wurden. Sie haben durch ihren Druck das Neue gezeugt, ihr Wirken waren die Gebärkrämpfe der neuen Zeit. Ungefähr im Februar 1915 schrieb ich es hier, daß dieser Krieg nur eine Episode der Weltrevolution sein dürfte. Eine Zuspitzung der Krise, die ein halbes Jahrhundert früher angefangen hat, und die wohl wieder ein halbes Jahrhundert brauchen wird, um abzuflauen. Wir sind die armseligen Zeitgenossen dieser Übergangsperiode. Glückliche Menschen, die einst die neue Zeit erleben werden, deren Gebären im Sturm und Blitz wir durchmachen, deren Kommen wir sehen, deren Gestaltung wir ahnen.

Bern, 13. November.

Heute erhielt ich aus «Berlin Reichstag» die folgende Depesche:

> «Bund Neues Vaterland hielt Sonntag vor dem Bismarckdenkmal Versammlung für Völkerverbrüderung und Völkerverständigung ab. Die Zustimmung der Tausende, die uns hörten, bewies, daß unsre Ideen nun Gemeingut des Volkes sind. Das alte System ist begraben. Das neue ist in höchster Gefahr, wenn die Entente bei ihren vernichtenden Waffenstillstandsbedingungen beharrt. Wirket mit

allen euch zu Gebote stehenden Mitteln für Milderung. Das freie deutsche Volk soll nicht für die Sünden seiner Bedrücker büßen. Bund Neues Vaterland.»

Ich habe diese Depesche sofort an geeignete Stellen weitergegeben.

Der Nationalrat von Deutsch-Osterreich hat die Republik ausgerufen und einstimmig den Anschluß an die deutsche Republik beschlossen. So wäre ich denn auf meine alten Tage noch Reichsdeutscher geworden. Nehme diese Wandlung gern an. Eigentlich lag ja meine Tätigkeit immer im Reich. Und da das neue Deutschland kein verlängertes Preußen mehr ist, sondern eine Republik der Pazidemokratie, so liegt kein Grund mehr vor, «los von Deutschland!» zu rufen. Im Grunde unsres Wesens werden wir Deutsch-Osterreicher ja doch immer Osterreicher, immer Süddeutsche sein und bleiben, und der Zusammenschluß mit dem Gesamtvolk der Deutschen, von denen wir der Dynastie zuliebe ausgeschlossen waren, wird uns und dem übrigen Deutschland nur von Nußen sein. Ich glaube sogar, daß wir Deutsch-Osterreicher bei der Neugestaltung des deutschen Volksstaats infolge unsrer alten Kultur und bessern Haltung noch eine große Rolle zu spielen berufen sind. Ein alter Traum aller Deutschen geht damit in Erfüllung.

Im Frühling 1849 sang Georg Herwegh:

«Die Völker kommen und läuten Sturm —
Erwache, mein Blum, erwache!
Vom Kölner Dom bis zum Stefansturm
Wird brausen die Rache, die Rache.»

* * *

Kaiser Karl hat in einem wunderschönen Manifest den Deutsch-Osterreichern freigegeben, ihre Staatsform und

künftige Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Er erklärt sein österreichisches Ministerium für aufgelöst. Lammaschs verspätete und so traurige Mission hat damit ein Ende erreicht. Hoffentlich nicht die jetzt so wichtige Wirksamkeit dieses ausgezeichneten Mannes.

* * *

Alle diese erfreulichen Entwicklungen werden doch durch den Gedanken an den furchtbaren Niedergang Deutschlands und Deutsch-Österreichs getrübt. Es war ein Krieg, den in seiner Furchtbarkeit die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, ihm folgt ein Zusammenbruch, der in der Geschichte ebenfalls ohne Beispiel dasteht. Von solcher Höhe ist noch nie ein Volk hinuntergefallen. Eine solche Niederlage ist noch nie erlebt worden. Der mächtigste Staat des vergangenen halben Jahrhunderts ist zur völligen Ohnmacht verdammt, dem Belieben der Sieger unterworfen. Das mächtige, reiche Deutschland ein Land des Elends. Es wird Hallali geblasen. Genau so wie ich es seit Jahren vorhergesagt habe, genau so hat das verbrecherische Wirken der Militaristen das deutsche Volk zugrunde gerichtet.

Die deutschen Truppen haben Elsaß-Lothringen geräumt. Die Franzosen sind bereits in Kolmar und Mülhausen eingerückt. Übermorgen ziehen sie mit Gepränge in Straßburg ein. Die große Frage, die seit fast einem Jahrhundert die Welt erschütterte, deren Bestehen der bornierte deutsche Chauvinismus stets geleugnet hat, die Frage, die letzten Endes diesen ungeheuren Weltkrieg hervorrief, kommt nun zur Lösung. Wie lange ist es her, daß Kühlmann sein N i e m a l s ! N i e m a l s ! N i e m a l s ! in die Welt rief? Das war auch eine der großen Täuschungen dieser Kriegsperiode. Was niemand noch vor wenigen

Wochen für möglich gehalten hätte, jetzt geschieht's. Und man fängt in Deutschland an, sich ganz ruhig damit abzufinden. Das deutsche Volk hat jetzt andre Sorgen. Wäre es nur früher nicht so betört worden, hätte man ihm nur nicht eingeredet, daß über diese Fragen gar nicht geredet werden dürfe, wäre nicht das Alldeutschtum mit seiner schmutzigen Arroganz wutschnaubend einem jeden an den Hals gefahren, der nur versucht hatte, diesen Konflikt, der ganz Europa durch die Last der Überrüstungen bedrückte, durch Ausgleich aus der Welt zu schaffen, Deutschland stünde heute anders da. Anders! Am Fanatismus mußte dieses alte Deutschland zugrunde gehen. Wie leicht wäre es gewesen, diese Streitfrage beizulegen. Durch Abtretung eines Teiles wären die Franzosen zufrieden gewesen, und gern hätten sie noch ihre schönste Kolonie dafür gegeben. Später hätte es genügt, die Reichslande autonom zu machen. Noch im August 1914 schlug ich hier in diesem Buche die Verleihung der Autonomie als Rettung und Ausweg vor. Ich suchte nach einem Staatsmann, der zu dieser rettenden Tat fähig gewesen wäre. — Das Verhängnis nahm seinen Lauf. Jetzt ziehen die deutschen Truppen unter dem Geschimpfe und Gejohle der Einwohner ab. Das ist der traurige Zusammenbruch der gesamten deutschen Säbelideologie, die sechs Jahrzehnte geherrscht hat.

In Paris fand gestern unter größter Glanzentfaltung das Fest zur Feier der Wiedererlangung der beiden Provinzen statt. Vor der seit 48 Jahren mit Trauerkränzen umgebenen Straßburgstatue stand die Rednertribüne. Ich beneide die Franzosen um dieses Erlebnis. Im Grund meines Herzens feiere ich mit ihnen. Man muß ein ganz bornierter Patriotarde sein, um den Sieg einer Idee, die Erfüllung einer schon fast verloren geglaubten Hoffnung nicht rein menschlich mitzuempfinden. Ich fühle mit ihnen, ein Schauer der Erregung durchzittert mich bei der

bloßen Vorstellung dieses Erlebnisses. Wie mag es erst jenen ergehen, die mit dabei sein können! Ich bin nur von Trauer erfüllt darüber, daß soviel Blut fließen, soviel Glück vernichtet werden mußte, um den Franzosen das nie vergessene Land wiederzugeben.

Bern, 21. November.

Heute vor zwei Jahren schloß Franz Joseph I. die Augen. Das Reich, dessen Oberhaupt er 68 Jahre gewesen, besteht nicht mehr. Sein Nachfolger sitzt als Kaiser ohne Land auf Schloß Eckartsau. Die Teile des Reiches haben sich selbständig gemacht, haben sich zu Republiken erklärt. Andre Teile fallen dem Feind anheim. Österreich-Ungarn gehört der Geschichte an. Welche Tragik!

Tragik überall! Ich vergesse nicht, was jetzt im Reich vorgeht. Der Wandel nach vorwärts, den wir erleben, darf uns die düsteren Schattenbilder nicht vergessen machen. Der Zug der hundert Unterseeboote und der Großkampfschiffe in die englische Internierung! Wäre doch diese Flotte nie gebaut worden! Eines Kaisers Spielzeug, an dem das Blut einer Generation klebt. Der Rückzug der deutschen Heere, deren Ausmarsch einst so genial arrangiert war, daß ein Jubel und ein sogenannter «Seelenaufschwung» durchs ganze Reich ging. Wie stolz und zuversichtlich einst! Jetzt ein Anblick zerlumpter, ausgemergelter und zerbrochener Gestalten, die rückwärts streben. Bilder aus dem napoleonischen Rückzug von 1812 tauchen auf. Nachts um 4 Uhr zogen sie aus Brüssel. Wie der Verbrecher aus dem Mordhause. Als die Stadt erwachte, begrüßte sie eine Proklamation des Vizebürgermeisters, die den Bewohnern verkündete, «daß der Boden der Hauptstadt, seit dem 20. August 1914 beschmutzt, endlich gereinigt worden ist.» Die Menge gelobte sich, so berichten die Telegramme, die Raub- und Schandtaten der Deutschen nie zu vergessen!

Armes deutsches Volk! Wie bitter mußt du deine Verblendung büßen, wie schwer wird die Ernüchterung dein Leben bedrücken nach dem infamen Rausch, in den dich der Alkohol deiner Mittelalterlichen versetzt hat.

Wie wird das deutsche Volk, wie seine unschuldige Masse, die nur Werkzeug war, sich reinigen? Und es muß sich reinigen von dem Fluch der Verachtung, der auf ihm liegen wird. Für Völker gibt es keine Magdalenenstifte.

Auch das verhängnisvolle Werk von Brest-Litowsk und Bukarest zerbricht. Vom Frankfurter Frieden bis zum Bukarester Frieden, die Panzerwerke der Gewalt zersplittern wie die Eisenbetonpanzer der Lütticher Forts vor den zweiundvierziger Mörsern. Alle diese Friedensschlüsse könnten eine Lehre bilden, müßten es. Wird der Friede von Versailles, oder welchen Namen er auch tragen mag, jener kommende größte Friedensschluß der Menschheitsgeschichte, ein andres Werk errichten als jene verhängnisvollen Verträge des 19. Jahrhunderts von Wien, Frankfurt, Berlin und die Säbelverträge von 1918? Es ist anzunehmen; wenn auch im Augenblick die Gewaltideen wieder obenauf sind. Der Friedensschluß wird etwas andres sein müssen als der Waffenstillstand, bei dem die strategischen Gesichtspunkte den Ausschlag geben und das Rache- und Vergeltungsgefühl der Soldaten zur Geltung kommt. Der Friede, an dem zum erstenmal alle Staaten der Welt beteiligt sein werden, wird eine Sicherheit gegen künftige Gewaltakte, wird eine Weltordnung einsetzen müssen, und da wird der Triumph, den Gegner gedemütigt und vergewaltigt zu sehen, nicht das Wichtigste sein. Unmöglich! Es wird schwere Arbeit geben, sehr schwere. Aber sie wird kinderleicht sein gegenüber den Anstrengungen, die der Krieg mit sich gebracht hat. Kluge und ruhig denkende Männer werden die neuen Grundlagen der Welt beraten,

und diese können unmöglich die Fehler begehen, neues Dynamit unterdrückter Nationalität anzusammeln, das beim ersten Funkensprühen die Fundamente wieder sprengen wird. Die brennenden Fragen der Nationalitäten in dem ehemaligen Habsburgerstaat, am Balkan und in Rußland werden gelöst, geordnet, die neu zu schaffenden Verhältnisse werden zu sichern sein, oder es bleibt, troß des ungeheuren Aufwandes an Blut, troß aller Hoffnungen über den Wandel in Deutschland und Osterreich-Ungarn, alles beim Alten! Alles! Amerika, das die Führerrolle auf diesem Weltfriedenskongreß zu übernehmen berufen scheint, wird sich der Worte seines Abraham Lincoln bewußt sein müssen: «Nothing is settled, what is not settled right!»

* * *

Zum erstenmal seit langen Jahren ist die «Friedens-Warte» wieder nach Deutschland und Osterreich-Ungarn gelangt. Jubelnde Grüße mit Dank und Zustimmung von den alten treu gebliebenen Anhängern erhalten. Aufatmen auf der ganzen Linie.

Bern, 25. November.

Die deutsche Regierung hält die Waffenstillstandsbedingungen für technisch unerfüllbar und sendet eine Protestnote nach der andern an die Entente. Deren Heerführer lehnen jedes Entgegenkommen ab und lassen die deutschen Hilferufe durch ihre Presse als hinterlistige Manöver bezeichnen. Die Regierung der deutschen Republik verlangt Verlängerung der Räumungsfrist, um die Auflösung der zurückflutenden Armeen zu verhindern, die völlige Anarchie mit Plünderung und Mord ins Land tragen können. Sie verlangt Herabseßung oder Stundung des auszuliefernden Transportmaterials, um den Rücktransport der Truppen wie der Gefangenen durchführen zu können und die

notwendige Verteilung der Lebensmittel nicht unterbrechen zu müssen. Die Ententeführer bestehen auf ihrem Schein. Die Folgen dieser Weigerung können für das geschlagene Deutschland unausdenkbar werden. Das Vorgehen der Entente entbehrt jeder Größe, jeder Menschlichkeit. Aber man kann ihr dennoch keinen Vorwurf machen. Sie hat jene Präzedenzfälle für sich, die die deutschen Militärs in Brest-Litowsk und Bukarest geschaffen, und jene Drohungen, die diese vorzeitig für die Friedensschlüsse im Westen äußerten. Sie hat für sich die furchtbaren Pressionen, die die deutschen Militärs in langen Jahren in den besetzten Gebieten ausgeübt haben. Die Deutschen haben in ihrer Not das Recht zu protestieren, daß sie aber von Attentaten gegen die Zivilisation sprechen, ziemt ihnen nicht. Solche Entrüstungsschreie sind sogar ein arger Fehler, denn sie rufen zu Vergleichen heraus, die die Hartnäckigkeit der Gegner nur verstärken müssen. Es ist klar, daß sich Deutschland in einer argen Gefahr befindet, aus der es nur Großmut retten könnte. Aber welcher Tor wird Großmut von siegreichen Militärs erwarten?

* * *

Endlich! Was wir seit Beginn der Revolution mit Spannung erwarteten, Aufklärung über den Kriegsbeginn aus den Geheimakten der deutschen und österreichischen Diplomatie, beginnt sich jetzt zu erfüllen. Die bayrische Regierung veröffentlicht Mitteilungen aus den Berichten der Berliner bayrischen Gesandtschaft aus der Kriegszeit im Sommer 1914. Gesandtschaftsberichte, die für das alte Regime vernichtender sein werden, als die berühmten Mitteilungen aus den belgischen Archiven für die belgische Regierung es waren. Danach hat man in Berlin am 18. Juli genau gewußt, was das Ultimatum an Serbien enthalten werde, während man doch so oft be-

hauptet hat, daß man von diesem Schritt überrascht worden sei. Das wird zynisch genug ausgedrückt:

> «Die Reichsleitung werde mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf einer Nordlandreise und der Chef des Großen Generalstabs sowie der preußische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, sie sei durch die Aktion Österreichs genau so überrascht worden wie die andern Mächte.»

Auch in Wien gab man sich «durch die gleichzeitige Beurlaubung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabs den Anschein friedlicher Gesinnung» und wählte in abgefeimter Taktik jenen Augenblick zur Überreichung des Ultimatums an Serbien, in dem Poincaré und Viviani in Petersburg das Schiff zur Heimreise bestiegen haben. Endlich verfliegt der Schwindel mit dem Suchomlinowprozeß, und es wird auch den Gutgläubigsten klar, daß die Vorgänge in Petersburg erst eine Folge des in Berlin und Wien eingefädelten Konflikts waren.

Der bayrische Gesandtschaftsbericht versteigt sich zu dem Bekenntnis, daß Grey sich redlich um die Erhaltung des Friedens bemühte, gibt aber gleich den Trost nach München mit, daß diese Bemühungen «den Gang der Dinge nicht aufhalten werden». Und diese Berichte gingen an Hertling, der als Reichskanzler uns unzählige Mal die Mär vom «ruchlosen Überfall» vortrug, ohne mit der Wimper zu zucken.

Alle, die während des Kriegs die Schuld Deutschlands behaupteten, wurden von traurigen Soldschreibern, von den Staatsmännern, Politikern, Professoren, Journalisten als Hochverräter und Verleumder gebrandmarkt. Dieses Gelichter steht jetzt erbärmlich da in der grellen Beleuchtung des Tageslichts. Es ist ein Glück, daß die Verbrecher von 1914 den Krieg nicht gewonnen haben, sonst hätten

sie ihre Lügen dauernd verbergen können. Die Niederlage ist bitter für das deutsche Volk, daß es aber die Wahrheit erfahren darf, läßt es die Schwere seines Schicksals leichter ertragen. Das arme blutende Volk weiß nun, wo die Mörder seiner Söhne sitzen.

Bern, 28. November.

In Berlin wird eine gefährliche Politik getrieben. Die Veröffentlichungen des bayrischen Ministeriums über die Kriegschuld sucht man zu entkräften. Es wäre jetzt nicht der Zeitpunkt, mit solchen Urkunden an die Offentlichkeit zu treten. Man gäbe den Gegnern nur Waffen in die Hand. — Hat man dort wirklich nicht das Empfinden, daß es sich hierbei nicht um irgendwelche Zweckmäßigkeiten handelt, darum, ob es dem Feind gegenüber etwas nützt oder schadet, sondern lediglich um die politische Reinheit des neuen Regimes, das die Lügen und die Vertuschungen der Verbrecher der alten Aera nicht mit hinübernehmen darf in die neue Zeit, ohne das deutsche Volk auf das ärgste zu diskreditieren? Das Bekenntnis der eignen Schuld ist die Brücke, die das deutsche Volk zur Völkergemeinschaft hinüberführen kann. Da kann es sich nicht darum handeln, einen günstigen Zeitpunkt zu wählen. Was soll man vollends nun dazu sagen, daß sich das Berliner Auswärtige Amt Herrn Bethmann Hollweg zum Eideshelfer herbeiholt, der heute in der «Deutschen Allgemeinen Zeitung» in langer Ausführung die Haltung Deutschlands in der Weltkrise zu rechtfertigen sucht. Alle wohlbekannten Argumente, die tausendmal und eindringlich widerlegt wurden, schlagen an unser Ohr, wenn es auch erfreulich ist, zu sehen, daß die neu errungene Freiheit auch Herrn Bethmann den Mut gibt, an deutscher Politik Kritik zu üben. Nur hätte er, wenn er die jetzt vorgebrachten Bedenken schon früher gehabt hat, nach dem 1. August 1914 nicht mehr

im Amt sein dürfen. Daß wir nicht verstanden haben, Elsaß-Lothringen richtig zu behandeln, daß die alldeutschen Treibereien und die «sogenannte Flottenpolitik» verhängnisvoll waren, sind keine Tatsachen von gestern. Sie haben vielmehr die ganze Regierungszeit Bethmann Hollwegs ausgefüllt, und er ist dennoch Kanzler geworden, Kanzler geblieben. Seine jetzigen Ausführungen sind von höchstem psychologischen Wert zur Beurteilung jener Mentalität, die das deutsche Volk zu dem bestgehaßtesten aller Völker gemacht, und es in diesen verhängnisvollen Krieg getrieben hat. Alles was Bethmann zur Rechtfertigung der deutschen Politik vorbringt, ist nur von jenem Standpunk der Anrempelei mit aufgekrempelten Hemdärmeln verständlich, der es nur darauf ankommt, sich nichts gefallen lassen zu müssen, und die aus dieser Geisteseinstellung das Recht zu jeder Gewalthandlung herleitet. Niemals leuchtet aus diesen Ausführungen der Gedanke hervor, daß eine veränderte Welt aufgekommen war, die mit politischen Boxerkunststückchen nicht reguliert werden konnte, die neue Methoden des wechselseitigen Verkehrs und Ausgleichs erforderte, und die zur Errichtung dieser neuen Methoden einfach nicht kam, weil gerade Deutschland sie nicht begreifen wollte.

So ist Bethmanns Andeutung, daß die Annexion Elsaß-Lothringens vor 50 Jahren vom Standpunkt des damaligen internationalen Rechts «ähnlich wie die zahllosen Annexionen zu beurteilen ist, die unsre jetzigen Gegner im Laufe der Geschichte (!) für sich vorgenommen haben», ein Beweis der Verblendung, mit der die Leiter der deutschen Politik in der Geschichte herumfuchtelten. Sie sahen nicht, daß eine Annexion mitten in Europa, einem großen Kulturvolk gegenüber, etwas andres sein mußte, als eine Annexion in Afrika oder Hinterindien. Sie sehen es heute noch nicht. Ein weiterer Beweis für die Ver-

blendung ist die nicht uninteressante Behauptung des ehemaligen Reichskanzlers, «daß das große Programm des Präsidenten Wilson über den versöhnenden Völkerbund ... damals (Juli 1914) noch keinerlei Geltung hatte», daß der Krieg vielmehr als loyales Mittel galt. — Das ist ja der große Irrtum! Er galt nur den in preußisch-militärischer Tradition lebenden Leitern der deutschen Politik als solches, weil diese Leute und die Schicht, in der sie lebten, aus ihrer mittelalterlichen Ideenwelt nicht heraus konnten; er galt aber den übrigen großen Kulturstaaten nicht mehr als loyales Mittel, und ein deutscher Reichskanzler, als Diener dieser mittelalterlichen Kaste, brauchte nicht zu wissen, daß «das große Programm des Präsidenten Wilson» jene Demokratien des Westens schon damals erfüllt hatten, und daß diese, weil sie sahen, wie wenig Deutschland bereit war, nach dieser Richtung mitzuarbeiten, dieses als gefährlich, als bedrohlich fürchten mußten. Nein! Herr von Bethmann, die Ideen, die Wilson jetzt vertritt, waren schon v o r Wilson da, und wenn Deutschland klug geleitet gewesen wäre, hätte das Reich, gerade weil es in der Mitte Europas liegt und deshalb durch das Gewaltsystem am meisten bedroht war, jene Ideen aufgreifen, zu den seinen machen, und die Völker der Welt zum Völkerbund organisieren müssen. Es war der Ruin des deutschen Volkes, daß seine verantwortlichen Führer die Mahner, die dazu rieten, nicht erhört hatten.

Und mit Anschauungen dieser Art will man in Berlin neuen Geist, eine neue Aera anzeigen? Das ist ältestes Regime vom reinsten Wasser. Damit wird das Mißtrauen über den Wandel in Deutschland nur gestärkt werden, und der bayrische Ministerpräsident hat gut daran getan, die Verbindungen mit Berlin solange zu unterbrechen, solange dieser alte Geist dort noch herumzuspuken vermag.

Bern, 29. November.

König Albert ist vor einigen Tagen unter frenetischem Jubel in Brüssel eingezogen. In Straßburg zog, unter eben solchem Jubel, General Petain ein. Das ganze Elsaß-Lothringen ist besetzt, die Grenze von 1870 wieder hergestellt. Der Frankfurter Vertrag ist revidiert. Ein Stück Geschichte spielt sich hier ab, das zu erleben wir, die wir unter dem Druck der Ereignisse von 1870/71 unser Dasein verbrachten, niemals geahnt hatten. Die elsaßlothringische Frage, deren Existenz die deutsche Staatsweisheit bestritt, ist hoffentlich für immer erledigt. Es darf keine deutsche Revanchestimmung geben. Mögen die Elsaß-Lothringer zum größten Teil Deutsche sein, sie konnten sich in ihrer Mehrheit in einem halben Jahrhundert zum Reich nicht hingezogen fühlen. Sie wollten mit Frankreich leben. Das bedarf keines Beweises. Man lasse diesen Streit nun ruhen. Für immer ruhen. Er hat genug Blut gekostet. Nur sorge man dafür, daß uns der kommende Friedenschluß nicht neue Elsaß-Lothringen schaffe. Was die Italiener in den deutschen Gebieten Süd-Tirols, die Tschechen in den Distrikten Deutsch-Böhmens, die Polen in Ostgalizien und in Westpreußen vorhaben, wird nichts andres gebären als den gleichen haßerfüllten Streit, der wegen der beiden unseligen Provinzen hervorgerufen wurde; nur vervielfacht. Wehe uns, wenn es so geschieht! Wehe uns, wenn nach diesem, alle Lebenskraft versengenden Krieg, ein Friede zustande kommt, der abermals nur die Gewalt entscheiden läßt und Unterjochungen schafft, der wieder, ohne Rücksicht auf die Völker, auf ihre nationalen Aspirationen militärisch-kretinhafte «strategische Gesichtspunkte» oder vermoderte historische Ansprüche gelten läßt. Kann solches Verbrechen sich nochmals ereignen? Kann nochmals der Geist mittelalterlicher Einrichtungen die Forderungen des pulsierenden Lebens zu unterdrücken suchen?

Ich kann es nicht glauben. Ich erhoffe die Rettung von den Amerikanern, von der Selbstbesinnung der alten Demokratien in Frankreich und England. Ich erhoffe es. Aber . . .

Bern, 10. Dezember.

Es ist mit dem heutigen Tag ein Monat seit Abschluß des Waffenstillstandes verflossen. Die deutschen Truppen haben Frankreich, haben Belgien, haben Elsaß-Lothringen und die Rheinprovinz geräumt. Über Köln weht die englische, über Koblenz die amerikanische, über Mainz die französische Flagge. Die verbündeten Heere stehen am Rhein. Ein Teil der Bewohner Deutschlands wird jetzt zu fühlen bekommen, was die belgische und französische Bevölkerung unter dem Druck der deutschen Besetzung vier Jahre lang ertragen mußte. Die Verordnungen der Generale der Besatzungstruppen atmen Wiedervergeltung und sind von Rachegefühlen diktiert.

So eine belgische Bekanntmachung in Jülich:

> «In Ausführung der militärischen Machtbefugnisse, in die ich für Jülich eingesetzt worden bin, und im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung befehle ich hiermit, daß die ganze Zivilbevölkerung die vorübergehenden Offiziere durch Abnehmen der Kopfbedeckung zu grüßen und hierbei den Bürgersteig zu verlassen hat. Wer diesen meinen Befehl übertritt, wird festgenommen und nach durchgeführtem Verfahren erschossen. Den betreffenden Einwohnern sowie der Stadt wird außerdem eine Geldbuße auferlegt.»

Wer nicht grüßt, wird erschossen! Preußische Methoden. Das wird sogar zugegeben. Die Erlasse sollen wörtliche Wiederholungen der Erlasse sein, die die Deutschen in Belgien affichieren ließen. Aber wir hofften

doch, daß der preußische Militarismus und seine Methoden erschlagen wurden. Haben wir uns getäuscht? Er lebt auf durch diese Nachahmungen.

Bern, 11. Dezember.

Mitten im Jubel über ihren Sieg schmieden die Staatsmänner der Entente die Friedensbedingungen. Ein seltsamer Friedensschluß, der mehr einer Gerichtssitzung gleichen dürfte, wo das Urteil dem Beklagten als fertige Tatsache übermittelt wird. Was sage ich Gerichtssitzung? Bei einer solchen hat der Beklagte wenigstens das Recht der Verteidigung und, nachdem das Urteil gefällt, noch immer das Recht auf Berufung. Sollte Deutschland und was von seinem früheren Bundesgenossen noch übrig geblieben ist, nicht einmal das Recht eines angeklagten Verbrechers zuteil werden?

Ich kann es nicht glauben, daß das militärische Delirium die Führung behalten wird. Von dem in Deutschland früher so viel geschmähten Mann, der jetzt die Welt des Ozeans durchfurcht, von Wilson, dem Einzigen, bei dem ruhiges und klares Denken noch zu erwarten ist, erhoffe ich den mächtigen Einfluß, auf daß dieser Friede doch das werde, was er der geplagten Menschheit sein muß, der erste wahre Friede, der den Krieg für alle Zukunft verdammt.

Bern, 14. Dezember.

Wilson ist gestern in Europa angekommen.

Die Ankunft dieses Amerikaners im Hafen von Brest könnte für die Menschheit jene Landung des Christoph Columbus an der amerikanischen Küste an Bedeutung überragen.

Für alle, die klar sehen und die es ehrlich meinen mit diesem heimgesuchten Geschlecht, hängt mit dem Erscheinen dieses Mannes alle Hoffnung zusammen. Man

weiß, daß er allein die gute Absicht hegt, die Wege der Erlösung in Herz und Hirn vorgezeichnet trägt. Man zittert darüber, ob er die Macht besitzen wird, die Siegestrunkenen zu beeinflussen.

Wilson naht wie ein Heiliger, der nach dieser furchtbarsten Prüfung die Rettung bringen soll. Wird er gehört werden, oder wird auch er am Kreuz endigen?

Wie tragisch ist es doch, daß gerade Deutschland alle Hoffnungen auf diesen Mann setzt, den man dort früher verleumden, verdächtigen, beschmutzen durfte. Und jetzt ist er es, der dem deutschen Volk die Rettung bringen könnte. Das deutsche Volk, das den Pazifismus verlachte, erwartet mit vor Spannung stierem Blick den Mann, der die Heilslehre des Pazifismus vertritt, und in der Antwort auf die bange Frage, ob er die Siegenden überzeugen wird, liegt die Zukunft Deutschlands. Welche Wendung des Geschicks!

Der Ausblick ist trüb. Was bis jetzt von seiten der Entente an die Öffentlichkeit gelangt, läßt den die langen Kriegsjahre hindurch ersehnten Dauerfrieden nicht erwarten. Man will dort den kriegerischen Erfolg ausnützen durch Machterweiterung. Man will Land nehmen, will Völker zerreißen, ohne die Frage nach ihrem Willen zu stellen, will, daß die andern abrüsten, die eignen Rüstungen aber bleiben, will Entschädigungen, die die Zentralmächte vernichten müssen. Lloyd George sprach vorgestern von 500 Milliarden Mark, die man Deutschland auferlegen muß. Wenn diese Ideen Gestalt bekommen sollten, dann ist es für lange aus mit dem Traum von Völkerbund, mit der Hoffnung auf eine Aera ohne Kriege. Wenn diese Ideen Gestalt bekommen sollen, dann ist Wilsons Erlösungsprogramm abgelehnt und der Heilsbringer wird als ein Geschlagener nach Amerika zurückkehren. Niemals kann d i e s e r Friede ein wirklicher Friede werden.

Bern, 16. Dezember.

Man stelle sich vor: Ein rabiater Lokomotivführer, der mit seinem Expreßzug einen Rekord schlagen will, deshalb mit rasender Geschwindigkeit fährt, keiner Vorschrift, keinem Signal Beachtung schenkt. Heizer, Zugsführer, Fahrpersonal haben ihre Freude an dem Sport und treiben den Lokomotivführer an, die Schnelligkeit immer noch zu erhöhen. Die Passagiere schlafen, lesen, essen, rauchen, spielen Karten. Sie freuen sich wohl der schnellen Fahrt, haben aber keine Kenntnis von der Gefahr und der verbrecherischen Gewissenlosigkeit des Fahrpersonals. Da geschieht das Unglück. Der verbrecherisch geführte Zug fährt in einen andern hinein. Da liegen nun die Toten. Die andern sind verstümmelt, mit den Nerven zusammengebrochen, ihrer Habe verlustig.

Nun stelle man sich weiter vor: die überlebenden Passagiere des angefahrenen Zugs wollen die Bestrafung der unglücklichen Opfer des von Gewissenlosen geführten Unheilzugs. Nicht bloß die Bestrafung des Lokomotivführers, der Zugführer, sondern auch die Bestrafung der armen, elenden Krüppel, die während der rasenden Fahrt geschlafen, gelesen, gegessen, geraucht, Karten gespielt haben.

So liegt der Fall zwischen der Entente und dem deutschen Volk.

Meine Herren Lloyd George und Clemenceau! Wir sind nicht die Verbrecher, wir sind Verunglückte; Verunglückte wie ihr!

Ich kenne die Einwände! Das Volk hat den Krieg gebilligt, ihn mitgemacht, hätte im Fall des Siegs seine Vorteile genossen. Das alles trifft für die Reisenden auch zu. Doch war sich das Volk wie die Reisenden der Tragweite des von den Führern unternommenen Wagnisses nicht bewußt. Nur einige hatten das Be-

wußtsein, diese hatten aber nicht die Macht, die Führer zu vernünftiger Fahrt zu veranlassen.

Ist es nicht Wahnsinn, die bei einem Eisenbahnunglück zertrümmerten Krüppel dafür bestrafen zu wollen, daß sie das Unglück über sich ergehen ließen?

Bern, 28. Dezember.

Die Weihnachtstage sind vorüber gegangen. Die ersten ohne Krieg. Man hatte sie sich anders vorgestellt. Ganz anders. Gewiß, bei den Siegern drüben, da wird es Jubel gegeben haben; Jubel, der schließlich auch nur den Schmerz über die Millionenopfer übertönt aber nicht beseitigt haben wird. Aber in den Ländern der Zentralmächte liegt schwer die Wucht der Niederlage auf den Menschen, die Ungewißheit über die Gewißheit des künftigen Elends, die Not und die Verzweiflung der Gegenwart, das innerpolitische Chaos, die völlige Lähmung von Wirtschaft und Verkehr. Es ist ein Zustand, der dem Tod ähnlicher ist als dem Leben. Es ist die Wehrlosigkeit des Gelähmten, die Schwäche dessen, der eine schwere, langwierige Krankheit über sich ergehen lassen mußte.

Der Tag, an dem die schreckliche Zwischenzeit ihr Ende finden soll, ist noch nicht abzusehen. Die Richter beraten langatmig unter sich, und der Angeklagte muß warten, bis man ihn rufen wird, sein Urteil zu hören.

Allem Anschein nach geht jetzt in Paris und London erst der Entscheidungskampf in diesem Krieg vor sich. In den Kämpfen, die von der durch den Sieg militaristisch beeinflußten Diplomatie der europäischen Westmächte mit dem Pazifismus geführt werden, dessen Bannerträger Wilson ist, handelt es sich darum, ob diesem Krieg eine neue Welt und Menschheitsordnung folgen soll. Es müssen schwere Kämpfe sein, die Wilson zu führen hat. Und

davon, ob er als Sieger heimkehrt oder als Besiegter, hängt schließlich alles ab.

Noch immer hoffe ich auf seinen Sieg.

Kommt er zustande, ist die Möglichkeit einer baldigen Überwindung des Weltchaos gegeben. Kommt es nicht dazu, dann wird erst aus einer Jahrzehnte währenden Unruhe die neue Welt geboren worden. Erst eine völlig neue Generation wird die Kraft haben, die Gärung zu beruhigen und eine neue Weltordnung festzulegen.

Bern, 31. Dezember.

Vor einem Jahr standen wir vor Brest-Litowsk. Heute stehen wir vor Versailles. Soll es dasselbe werden? Soll der Schwindel der deutschen Militärs, die damals von einem Frieden ohne Gebietsabtretungen und Entschädigungen sprachen und dann ihre «Machtstellung» betonten und den schändlichsten Eroberungsfrieden erzwangen, nunmehr von den Ententesiegern nachgemacht werden? Schon sprach Pichon dieser Tage in der französischen Kammer von der Angliederung des Saargebiets als einer Wiedergutmachung des 1815 gegen Frankreich begangenen Unrechts. Wird man am Ende die Integrität von Troja wieder herstellen wollen? Der Ausfall der englischen Wahlen hat die Machtpolitik Lloyd Georges neu gestärkt. Alle Pazifisten und Verständigungspolitiker sind unterlegen. Es sind Wahlen wie die Hottentotenwahlen in Deutschland von 1912. Der neue Staat der Tschecho-Slowaken unterscheidet sich in seinen Anfängen in nichts von dem wilhelminischen Deutschland. In den Gebieten der Deutsch-Österreicher und Magyaren wird weiter besetzt und tschechisiert. In dem ultradeutschen Reichenberg, wo die städtische Schutzmannschaft Pickelhauben nach preußischem Muster trug, wird die tschechische Amtssprache eingeführt. Die Italiener wollen den Besitz der deutschen Gebiete in Tirol

festhalten und geraten mit den Südslawen an der Adria fortwährend in Konflikt. Der Friede, dessen Abschluß bevorsteht, und der ursprünglich unter dem Zeichen des Wilsonprogramms stand, droht eine neue Bekräftigung des Machtprinzips zu werden. Es besteht also die Gefahr, daß es wiederum kein Frieden sein wird, nur eine Periode der Waffenruhe, durchsetzt mit Konfliktkeimen, die unter dem zu erwartenden Gewaltregime sich bald üppig entfalten werden. Ist es möglich, daß uns nach diesem schrecklichen Anschauungsunterricht solches droht, der Wahnsinn, den wir überwunden wähnten, überlebt? Klar ist, daß, wenn es so kommen soll, die Bestrebungen jener, die radikal die gegenwärtigen Verhältnisse überwinden wollen, die da wähnen, daß nur aus der völligen Vernichtung dieser Gesellschaft neues Leben blühen könne, an Stärke gewinnen. Die deutschen Militaristen waren in ihrer Verblendung die Pioniere und die Schutzgarde des Bolschewismus. Sollen die Militärs und die miltärisch denkenden Politiker der Entente blind in die Fußstapfen ihrer preußischen Vorgänger treten? — Der Sieg des Gewaltprinzips in Versailles würde den Sieg der Weltrevolution in ihrer radikalsten Form bedeuten. Ja, er würde sogar keine andre Hoffnung offen lassen, daß der unerträglich werdende Druck des sich nach diesem Krieg noch aufrecht zu erhaltenden Militarismus beseitigt wird. Die Menschen, die für die Gestaltung des kommenden Friedensschlusses die Entscheidung besitzen, laden eine große Verantwortung auf sich. Von ihnen hängt es ab, ob die Institution Krieg durch Vernunftbeschluß beseitigt wird, oder ob seine Beseitigung durch ein jahrzehntelanges furchtbares Blutbad im Bürgerkrieg errungen wird.

Hoffnungsloser und bedrückter als je in diesen unseligen viereinhalb Jahren des Weltkriegs stehen wir an

dieser Jahreswende. Früher leuchtete uns doch noch die Möglichkeit eines für die Menschheit günstigen Abschlusses der schweren Krise, heute ist dieser Lichtschein nur mehr winzig, kaum noch wahrnehmbar. Der Krieg ist nur in der Theorie beendigt, er wütet in noch schrecklicherer Gestalt als bisher weiter. Täuschen wir uns nicht; das Fürchterlichste kann noch kommen.

Wien, 11. Januar.

Keine Eintragungen in diesen erschütternden Tagen, wo in Berlin und andern Städten des Reichs das Fäulnisprodukt des Militarismus, der Bolschewismus, das deutsche Volk zerrüttet. Langdauernde Straßenkämpfe in Berlin. Besetzung der Zeitungsgebäude durch die Spartakisten, Einstellung des Verkehrs. Gewalt gegen Gewalt. Sicherlich: auch die Bolschewisten mögen ihre Ideale haben, in den Köpfen ihrer Denker wenigstens, mögen glauben, die Menschheit zum Guten zu führen. Ganz so wie die Generale, die Armeephantasten, die Wilhelme, die «Hei, wenn es nur einmal ernst wäre»-Schwäßer. Aber sie verkennen, daß die Menschheit die Verwirklichung ihrer Methoden nicht verträgt. Diese Idealisten in der Theorie, wenn sie zur praktischen Tat gelangen, werden die Verbrecher an der Menschheit. Der Kronprinz, Tirpitz, Ludendorff, unterscheiden sich darin gar nicht von Liebknecht, Radek, der Luxemburg. Sie sind das Ergebnis einer gleichen Ursache. Militarismus in auf- und absteigender Linie. Auch Liebknecht gehört nach Amerongen.

* * *

Seit gestern in Wien.

Nach vier Jahren wieder.

Wien, 16. Januar.

Nach den furchtbaren Kämpfen in den Straßen Berlins, über die ausführliche Berichte noch immer nicht vorliegen, heute die Nachricht von der Erschießung Liebknechts und der Ermordung der Rosa Luxemburg. Ich fürchte, daß jetzt das Morden in Deutschland erst recht losgeht. Der tote Liebknecht ist mehr zu fürchten als es der lebende war.

So hat diesen extremen Revolutionär das furchtbare Schicksal ereilt, das ihm im Krieg erspart geblieben. Er war sympathisch, so lange er, der grundsätzliche Hasser des Krieges, duldete und litt, furchtbar, als er, die Verwirrung der Lage benützend, den Bürgerkrieg in die Hanptstadt und das Land trug.

Wien, 20. Januar.

Vorgestern ist in Paris die Friedenskonferenz eröffnet worden. Das Ereignis ist also eingetreten, das uns jahrelang in bangen Monaten, Wochen, Tagen vorgeschwebt hat, das wir so glühend ersehnt hatten. Der Friedenskongreß! Da ist er nun! Aber wie stellt er sich uns dar! In seiner Eröffnungsrede hat Präsident Poincaré selbst ihn als «Gerichtshof» bezeichnet. Das ist er auch in gewissem Sinn. Den Zentralmächten gegenüber ist es ein Richterkollegium, das sich da in Paris versammelt hat, und diese erscheinen als die Angeklagten, die in der Zelle auf das Urteil harren. Aber nicht einmal das Recht der Verteidigung ist ihnen gewährt, das jedem Schwerverbrecher zugebilligt wird.

Von anderm Gesichtspunkt aus betrachtet ist es aber doch ein Friedenskongreß, eine Konferenz, auf der entgegengesetzte Anschauungen ausgeglichen werden sollen. Nur daß der Ausgleich nicht zwischen den Gegnern im Krieg, sondern zwischen den dabei verbündet gewesenen stattzufinden hat. Es sind nicht

Feinde, die miteinander verhandeln über Interessengegensätze, Weltanschauungen, verschiedene Begierden und Hoffnungen. Und das ist der Hauptgrund, warum die eigentlichen Kriegsgegner ausgeschlossen wurden. Ihr Gewicht könnte zu sehr zugunsten des einen oder andern Widerstreitenden ausfallen und deren Einigung erschweren.

Die völlige Niederlage, die die Borniertheit der deutschen Militärs über die Völker der Zentralmächte gebracht hat, machte es den Siegern leicht, die unangenehmen Störer bei ihren eignen Ausgleichsversuchen auszuschalten. Es hätte die Erwägung obwalten können, ob nicht das deutsche Volk, Deutsch-Österreich und die Ungarn, die mit ihren Verführern gebrochen haben, und sich selbst von einem Joch befreiten, das sie nicht minder drückend empfanden als die andern befreiten und als die siegenden Völker, als gleichberechtigte Faktoren an der Friedenskonferenz hätten teilnehmen sollen. Aber jene Unseligen, denen die Völker die Führung ihrer Geschicke anvertrauten, haben es so sehr verstanden, alle führenden Schichten in den Zentralländern mit sich zu reißen, daß diese alle durch ihre Haltung während des Kriegs sich kompromittiert haben, und es den Siegern leicht gemacht wurde, die Identität des Volkes mit den alten Regimen nachzuweisen, und trotz der vor sich gegangenen Umwälzungen die Feindschaft gegen die Völker fortzuführen. Man kann das den Ententemachthabern kaum verargen. Wenn auch die Köpfe des alten Staats gefallen sind, die Leiber bestehen noch aus denselben Zellen und müssen erst regeneriert werden.

Und doch wird diese Friedenskonferenz den Frieden nicht bringen, wenn sie bis zum Schluß auf die Fernhaltung der andern Parteien verharrt, doch wird sie den Völkerbund nicht bringen, wenn sie diesen nur für die Sieger

bilden will. So entstand die heilige Allianz. Was aus dieser geworden ist, wissen wir. Die Spuren sollten abschrecken.

Noch herrscht im Uhrensaal am Quai d'Orsay der Geist der Rache. Schon der Umstand, daß man am 18. Januar die Konferenz eröffnet hat, beweist es. Es ist das Datum, an dem vor achtundvierzig Jahren das deutsche Reich vor den Toren von Paris proklamiert wurde. Symbol. Und wer weiß, ob man den endgültigen Friedenstraktat nicht am Tage von Sedan in Versailles unterzeichnen will. Symbole der Rache. Mögen sich doch bald die Symbole des Friedens auf diesem größten und wichtigsten Friedenskongreß der Weltgeschichte bemerkbar machen. Möge es ihrem Hüter Wilson gelingen, sie zu entfalten und zum Siege zu führen.

Bern, 11. Februar.

Seit dem 6. Februar tagt in Weimar die deutsche Nationalversammlung. Sie ist aus allgemeinen Wahlen aller mündigen Männer und Frauen Deutschlands hervorgegangen. Es haben über 15 Millionen für die bürgerlichen, über 13 Millionen für die sozialistischen Parteien gestimmt. Die Demokratie, die sozialistische und die bürgerliche, hat das Übergewicht. Unter den Gewählten befindet sich auch eine Anzahl Frauen. Freilich sind unter den Boten, die das schwergeprüfte Volk ausgesandt hat, auch viele von den alten Gestalten, von den alten Geistern, viele von jenen, die den Krieg in allen seinen Phasen mitgemacht haben, und die sich jetzt der neuen Lage der Dinge anzupassen suchen. Das ist bedauerlich, ist sogar sehr bedauerlich, aber woher sollen die Menschen neuen Geistes, soll die Unkompromittiertheit kommen nach einem halben Jahrhundert der Verblendung, der geistigen Korruption. Das Volk, das so schwer gelitten, das unter dem Zustand des harten

Waffenstillstands noch mehr leidet als durch den Krieg, hat ja noch nicht Zeit gehabt, seine Führer, die von neuem Geist geprüften Männer und Frauen, hervorzubringen. Auch dazu bedarf es der Zeit. Daß dem so ist, das muß das deutsche Volk mit den andern Übeln mitertragen. Es wird noch viel darunter zu leiden haben. Die meisten der heutigen Führer haben nicht den Weitblick, nicht das psychologische Feingefühl, um in Worten und Taten, Versündigungen gegen die Mentalität der Feinde, Verstöße gegen das nun einmal herrschende Mißtrauen zu vermeiden. Man glaubt noch immer mit störrischem Stolz und mit dem Brustton der Überzeugung wie der Entrüstung am besten wirken zu können. Sich bescheiden hat jene auch dieser Unheilskrieg nicht gelehrt. Man will ein neues Reich erbauen, ein Reich modernen Geistes, man geht zu diesem Zweck nach Weimar, hat aber, bei aller Sinnigkeit, die darin liegt, die Potsdamer Stiefel nicht ausgezogen.

Nicht immer aus den Worten, aber zwischen diesen durch tönt jener altpreußische Ton, der nach außen glauben machen will, man habe nun einmal Pech gehabt: Na, das kann eben auch mal passieren, im übrigen lassen wir uns nicht an die Wimpern klimpern, und wir werden euch nun bald wieder zeigen, was wir können, und wer wir sind. — Du lieber Gott! Man hat eben nicht das Bewußtsein, daß im Namen dieses Volkes die Welt an ihren vier Ecken in Brand gesteckt wurde, und daß man vor dem Haß- und Vernichtungswillen der Verbrannten und Versengten andre Töne anstimmen muß. Büßerstimmung, Büßerstimmung aller, aber ehrliche, aus dem Innersten kommende, nicht eigens mit merkbarer Absicht gemimte, könnte Vertrauen einflößen und Versöhnung anbahnen.

Seht ihr denn nicht, daß sie draußen noch immer zittern, und daß sie, je mehr sie zittern, die Gunst des Augenblicks auszunützen bestrebt sind. Wißt ihr nicht,

daß es keine so harte, keine so demütigende Maßnahme gibt, die durch die Wahnsinnstaten unsrer eignen Militärs gegen Besiegte gezeitigt würde? Für jede Härte haben die, die in unserm Namen viereinhalb Jahre die Menschheit schändeten, die Präzedenzfälle geschaffen. Seht ihr noch nicht ein, daß nur der unzweideutige Ruck von jenem Weg den Feinden die Furcht vor der Zukunft, euch eine erträgliche Gegenwart bereiten kann? Warum mußte denn der Staatssekretär Preuß seine Rede mit den draußen zwar mißverstandenen, aber darum nun einmal doch verpönten Worten «Deutschland über alles» schließen, warum mußte ein Mann wie David zum Präsidenten der Nationalversammlung ernannt werden, der wie kein Reaktionär die Unschuld Deutschlands am Weltkrieg, die Schuld der andern behauptete? Warum durfte der nationalistische Klüngel bei der Erwähnung, daß es mit dem Fürsten- und Gottesgnadentum in Deutschland für immer vorbei sei, sein zynisches «abwarten» ungerügt, ungeahndet, ohne von einem Sturm der Entrüstung aus dem Saal gefegt zu werden, ausrufen? Solche Worte, solche Geberden, solche Haltungen und Gesinnungen kosten nur neues Blut, nur neues Leben. Schon rechnen die unersättlichen und unbelehrbaren Militärs drüben zusammen, wie sie die neuen Bedingungen für die Waffenstillstandsverlängerung noch härter, noch lebeneinschneidender gestalten können. In wenigen Tagen werdet ihr die Fehler von Weimar mit neuen Lebenswerten bezahlen müssen.

Und trotzdem . . . die deutsche Nationalversammlung, die die deutsche Republik errichtet, die eine demokratische Mehrheit hat, deren stärkste Partei die Sozialdemokratie ist, sie ist ein Fortschritt, eine Heilsetappe auf dem Wege des deutschen Volkes, der Menschheit. Mögen ihre Fehler und Mängel noch so groß sein; hadern wir nicht. Daß wir es erleben durften, ist eine

Erhöhung unsres Daseins. Es ist etwas geworden, dessen Erfülllung wir nicht einmal im Traum zu erleben hoffen durften. Es wird daraus noch mehr werden. Genesung verheißt das Ereignis. Genesung, nicht nach der Richtung nach Potsdam, wie die Welt fürchtet, sondern in der Richtung nach Weimar. Jetzt in Weimar, nicht damals in Versailles, wird die deutsche Einheit und Größe geboren. Dieses zur Republik erwachte Volk wird die Kraft haben, den Konfliktstoff, der noch in seinem Innern ist, g a n z auszuscheiden. Es wird genesen, zur Freude und zum Wohl der ganzen Menschheit genesen. Trotzalledem!

Bern, 17. Februar.

Ich habe niemals geglaubt und habe dem oft Ausdruck verliehen, daß uns der fertige Völkerbund aus den Pariser Verhandlungen beschert werden würde. Wenn es die Grundlagen wären, so dachte ich, die entwickelt werden können, würde das schon ein großer Erfolg sein. So einschneidende Umwälzungen des sozialen Lebens können nicht auf einmal herbeigefüht, die Organisation der Welt kann nicht technisch konstruiert werden. Aber doch war, namentlich nach den Ankündigungen des Präsidenten Wilson, zu erwarten, daß eine einwandfreie, entwicklungsfähige Grundlage geschaffen werde. Darüber bereitet uns nun der soeben veröffentlichte Entwurf des Völkerbundes, der am 15. in feierlicher öffentlicher Sitzung der Pariser Konferenz von Wilson selbst verkündet wurde, e i n e b i t t e r e E n t t ä u s c h u n g. Er ist nichts weniger als einwandfrei, und entwicklungsfähig erscheint er mir mehr nach der Richtung der Desorganisation, des Versagens, der völligen Sprengung im entscheidenden Moment, denn nach der Richtung einer vollkommenen Sicherung gegen neue Kriege.

Der Entwurf legt das Hauptgewicht darauf, für den

Fall eines Konflitks der nötigen Überlegung möglichst großen Einfluß zu gewähren. Er übernimmt die vielfach vorgeschlagenen Methoden der dilatorischen Behandlung zwischenstaatlicher Streitfälle und stellt das ganze Schwergewicht des Bundes zur Erzwingung der Anwendung dieser Methoden bereit. Es dürfte schwer sein, unter geordneten Verhältnissen sich diesem Zwang zu entziehen. Aber Kriege werden ja nicht mehr um kleine Zwiste geführt. Es sind ernste Lebensfragen, Auflehnung gegen wirkliche oder vermeintliche Gefahren, es sind oft irrige Ideen, die den Kriegswillen allmählich, oft Jahrzehnte hindurch, anwachsen und bei passender Gelegenheit zur Tat explodieren lassen. Daß ein Staat, der eine kriegerische Politik treibt, den Krieg führen wird, wenn er weiß, daß er in einem geschlossenen Völkerbund einen überlegenen Gegner besitzt, ist nicht anzunehmen. Aber die Verhältnisse wechseln, es gehen Veränderungen innerhalb der Staaten vor, Regierungen lösen sich ab und mit ihnen Ideen. Es können Verschiebungen eintreten, die das Abkommen von 1919 schwächen, schließlich nur mehr zur Formsache machen werden, und irgend ein kriegsbereiter Staatsmann wird eine Lage ausnützen, den Völkerbund zu sprengen und sich Alliierte oder Neutrale zu sichern.

Dieser Völkerbundsentwurf, der nur auf eine Reglementierung des Streitverfahrens abzielt, hat keine Bestimmungen geschaffen, die dem Völkerstreit seine bisherigen gefährlichen Formen nimmt, hat die Methoden der bisherigen Politik nicht zu wandeln versucht. Er hat in blindem Vertrauen auf die Funktionierung des so geschaffenen Instruments, die Lebensbedingungen der Staaten nicht zu ändern versucht, nichts bestimmt, um eine Grundlage für eine Gemeinschaftspolitik zu schaffen, um ein aufrichtiges Neben- und Miteinander zu zeitigen. Das ist der Grundfehler, der das Abkommen als

ungenügend erscheinen läßt für den Zweck, dem er dienen soll. Rettungsboote und Rettungsgürtel allein genügen nicht gegen die Gefahr des Schiffbruchs, wenn das Schiff nicht selbst wettertüchtig und wasserdicht gebaut ist.

Was viel wichtiger wäre als die Regeln zur Erzwingung aufschiebender Behandlung von Konflikten, nämlich die Regelung des Verkehrs und der Handelsfreiheit, die Entwicklung des internationalen Zweckverbandes, das ist (Artikel 21 und 22) nur so nebenbei als Empfehlung für künftige Maßnahmen erwähnt. Der Schutz und die Rechte der Nationalitäten, deren Ansprüche sich so recht als die Sprengkräfte des Friedens erwiesen, finden nicht einmal Erwähnung.

Das Bedenklichste ist doch der Artikel 8, der die Notwendigkeit einer Reduktion der Rüstungen zaghaft anerkennt, diese aber sofort unmöglich macht, indem er Ausnahmen zuläßt für die Erfordernisse der «nationalen Sicherheit» und «insbesondere der geographischen Lage jedes Landes». Das heißt doch dem Wettrüsten wieder Tür und Tor öffnen. Man muß sich nur erinnern, daß die «geographische Lage» Deutschlands der Vorwand für den deutschen Militarismus und der Antrieb zum Wettrüsten vor dem Krieg war. Auch die Bestimmung betreffend gegenseitige Informationen über die Rüstungen zu Wasser, zu Lande und über die Anpassungsfähigkeit der Industrien für den Kriegsgebrauch bezeichnet, daß die bisherige Anarchie im Rüstungswesen als bleibend angenommen wird. Der Gedankenaustausch darüber soll nur das Palliativmittelchen sein. Im selben Artikel 8 wird das verderbliche Wirken der privaten Kriegsindustrie zwar angedeutet, aber bloß festgestellt, daß sie «zu ernsten Einwendungen Anlaß gibt». Zu einem mutigen Zertreten der Giftschlange kommt es nicht.

Das Friedenswerk ist in der Werkstatt des Kriegs geschmiedet worden und trägt den Stempel seines Ursprungs an der Stirn. Es ist vom Mißtrauen errichtet und vermag daher Vertrauen, die eherne Grundlage aller Friedenssicherung, nicht einzuflößen. Am wenigsten vermag das auch der Artikel 19, der von den Kolonien und jenen Gebieten spricht, «die infolge des Kriegs nicht mehr unter die Souveränität der Staaten fallen, die sie früher beherrscht haben». Hier wird mit der als Erlösung und Befreiung begrüßten Idee des Völkerbunds eine neue Form der Umschreibung und Verschleierung von Annexionen bewirkt. Dadurch wird der Gedanke in verderblichster Weise kompromittiert. Es wäre eine große Tat gewesen, wenn der Völkerbund die Verwaltung aller jener Kolonien in die Hand genommen hätte, die von Völkerschaften bewohnt werden, die zu einer selbständigen Regierung die Reife noch nicht besitzen. Ein internationales Kolonialamt, das, namens der Kulturgemeinschaft, die Vormundschaft über solche Gebiete übernimmt, wäre als glückverheißender Fortschritt zu bezeichnen. Aber das Überantworten dieser Vormundschaft an Nationen, die z. B. durch ihre «geographische Lage am besten geeignet» sind, die Ausnahmebestimmungen für Südwestafrika und einige Inseln des stillen Ozeans, die von dem Mandatarstaat «als integrierender Bestandteil dieses Staats» verwaltet werden sollen, bedeutet doch nichts andres als Annexion.

Es ist auch bedauerlich, daß man jede Anknüpfung an das Haager Werk unterläßt, das ja bereits eine, durch die Mitarbeit aller Völker geheiligte Tradition besitzt. In dieser Unterlassung kommt es aber deutlich zum Ausdruck, daß man eben nicht einen Bund der Erdvölker, sondern einen von den Siegern des Weltkriegs zu begründenden Bund im Auge hat, der die andern Völker binden soll.

So sehen nun die Absichten Wilsons in der von Clemenceau und Lloyd George verschlechterten Wirklichkeit aus. Ist das die erhoffte Erlösung, ist das das Endergebnis dieser Katastrophe? — Dann können wir unsre Hoffnungen begraben und uns auf den grinsenden Triumph der Kriegsheßer, der Schwerindustrie, und der Giftgaspresse gefaßt machen.

Bern, 19. Februar.

Unerwartet günstiger Ausfall der Wahlen in Deutsch-Österreich. Die Sozialdemokratie die stärkste Partei. Die klerikalen Rückschrittler haben an Boden verloren. Ein kleiner Lichtschein in der Finsternis.

Bern, 23. Februar.

Aber eben nur ein Lichtschein. Ich glaube, die Nacht wird noch lange dauern. Es zucken die Bliße, es grollt der Donner, das Chaos erfüllt die Welt. Die Ermordung Kurt Eisners ist eine Tat, die erkennen läßt, wo wir sind, wohin wir steuern. Wir sehen die Welt noch immer mit unsern, an die Friedenszeit gewöhnten Augen an. Noch immer haben wir die Anpassung an das Neue nicht gefunden. Es ist nicht mehr die lebendige Welt von damals. Ein Trümmerhaufen ist es, ein zuckender, vielleicht ein sterbender Körper. Es ist die Agonie. Es war vielleicht schon die Agonie vor dem Krieg, nur war sie äußerlich noch nicht wahrnehmbar. — Was uns am meisten als Fortschritt erschien, war vielleicht Fäulnis. Die Gesundheit des Organismus begann zu verfallen mit der Dissonanz zwischen der technischen und der geistigen Entwicklung. Glück wäre dieser technische Fortschritt nur dann gewesen, wenn mit ihm ein Geist sich entwickelt hätte, der die errungene Maschinerie zum Wohl der Menschheit zu verwenden verstanden hätte. So blieb der Geist zurück, die ausgeklügelten Maschinen

kamen in die Gewalt der Rückständigen, der Mittelalterlichen, und so wurden sie verwendet zur Ausbeutung, zur Schädigung, zur Vergewaltigung, zur Vernichtung. «Dschingis-Khan mit Telegraphen», wie Alexander Herzen einmal sagte, das heißt Anwendung und Ausnützung der Kulturmittel zur Stärkung der Barbarei. — Unsre Gesellschaft glich einem Kind, das die Motore eines Autos ausgelöst und nicht zu lenken, nicht zu bremsen versteht. Die Maschine rast, ohne vom Geist gebändigt zu sein, im wahnsinnigen Lauf dahin, alles vernichtend, schließlich selbst zerschellend.

So war unser Leben vor dem Krieg, so kam der Krieg und so diese furchtbare Nachkriegszeit, in der wir jetzt leben. Alles zerschellt. Alles. Rußland ist ausgebrannt, jetzt lodert's in Deutschland. Wartet, wartet, bald lodert ihr auch, ihr Sieger da drüben. Auch ihr seid nur Kinder mit Kinderverstand auf der Maschine.

Der Schuß auf Clemenceau zeigt, wie es auch dort unter der militärisch gefesselten Oberfläche brennt. Daß der Verbrecher ein politisches Programm ausführte, glaube ich nicht. Aber die Schußwaffen sitzen jetzt nach diesen viereinhalb Jahren Mordens lose in der Tasche. Die Welt ist entgleist und die entgleisten Geister schießen, wie man es ihnen so lange und so eindringlich gelehrt hat. Sie schießen auf die sichtbaren Ziele. Sie schießen, weil ihr schwacher Geist vom Morden der Menschheit berauscht und entzündet ist.

Der arme Eisner! Ein Mensch von warmem Herzen. Ein Mensch von großen Geistesgaben. Ein Mann, der jahrzehntelang gekämpft hat für Ideale, der für sie gelitten, furchtbar gelitten hat, der eben das Gefängnis verließ, um sich in den Befreiungskampf zu stürzen. Die Woge des Erfolgs bringt ihn hoch, führt ihn zur Macht. Da kracht der Revolver eines Entgleisten, eines durch die Lüge der Presse und den Miasmengestank der Ver-

faulenden Aufgehetzten, und dieser edle Kämpfer liegt tot auf der Straße. Acht Tage vorher haben wir ihn hier gesehen, haben wir ihn hier gehört, wie er die Versöhnung anbahnte mit den Vertretern der feindlichen Völker. Er war sicherlich die interessanteste Erscheinung auf dem Kongreß der Internationale. Nun liegt er dahingestreckt! Was soll werden, wenn jeder unreife Bursche die Macht über Leben und Tod führender Männer in der Hand hat? — Oh, ihr Verbrecher des Weltkriegs! Ganz Deutschland brennt! Deutschland? — Nein, die Welt. Aber Deutschlands Flammenmeer ist es, das uns am meisten in die Sinne fällt. Überall Aufruhr. Überall Gewalt. Im Rheinland Kampf und Mord, jetzt in München die blutigste Bewegung. Man weiß noch gar nicht, was dort vorgeht. Nur Gerüchte dringen ans Ohr. Die Sowjetrepublik erklärt! Der Terror!

Und die Verbrecher des Kriegs heben die Stirne und rühren sich, erheben ihr Haupt kecker als je. Traub redet in der Nationalversammlung. Traub, der mordverbissenste Kriegshetzer, beschuldigt die andern! Traub, der einstens, in den Tagen des Siegs, seine Landsleute aufgefordert hat, kein Mitleid mit dem Feind zu haben, es sei das jetzt unchristlich und unpatriotisch, weint jetzt über das Schicksal der deutschen Gefangenen in Frankreich, dessen Härte ja nur er und seine Gesinnungsgenossen verschuldet haben. Ein Traub darf reden im neuen Deutschland! — Und Frau Zietz wird zur Ordnung gerufen in der deutschen republikanischen Nationalversammlung, weil sie — — das eiserne Kreuz beleidigt hat. Blutzeichen hat sie es genannt. Und der Präsident der deutschen Nationalversammlung erklärt, das eiserne Kreuz sei das Zeichen der Tapferkeit und des Todesmuts! — Mag sein; aber die neue Zeit soll solche Zeichen verabscheuen, weil sie die Tat verabscheut, die sie verkünden. Man weiß, übrigens auch, daß

das eiserne Kreuz zum großen Teil den Strebern, den Hintermännern des Kriegs zufiel, und daß es an Hunderttausende verteilt wurde, um nach dem Krieg dem Militarismus ein mächtiges Kader zu verschaffen. — Ja, das Eiserne Kreuz ist ein Blutzeichen, errichtet zu höherem Ruhm und zur Erhöhung des blutigen Molochs. Und «als Protest gegen die Beschimpfung des Eisernen Kreuzes verläßt der größte Teil der Abgeordneten das Haus». So meldet der Bericht der 12. Sitzung der deutschen Nationalversammlung. Wundert man sich noch, wenn es brennt und gährt und die Rohlinge und Geisteskranken sich zu Richtern über Schicksale machen?

Bern, 26. Februar.

Ich vernachlässige das Tagebuch. Es gibt der Ereignisse genug, die hier glossiert werden sollten. Aber eine gewisse Müdigkeit befällt mich angesichts der Uferlosigkeit des Kriegs. Der Krieg geht ja tatsächlich weiter trotz Waffenstillstand, trotz der Friedenskonferenz in Paris. Das zermalmte Deutschland windet sich in den Blutkrämpfen des Bürgerkriegs. Was in München, im übrigen Bayern vorgeht, weiß man nicht recht. Heute wurde Eisner zu Grabe getragen. Mit ihm eine Hoffnung von Millionen. Denn trotz aller Fehler und Mißgriffe, er war ein Kämpfer für die Befreiung der Menschheit, ein Kämpfer sein ganzes Leben lang, ein Ehrlicher, ein Treuer, der gewußt hat, was dem deutschen Volk heute ziemt, wenn er vielleicht aus Weltfremdheit in diesen Zeiten höchster Erregung und verzweifelten Wirrwarrs nicht immer die richtige Entscheidung fand. Wie bei Jaurès zu Anfang dieses Kriegs hat ein verhetzter Mörder kaltblütig ein der Menschheit wertvolles Menschenleben vernichtet. Und mit ihm so viele andre. Und wie in München blüht der Bürgerkrieg in Augsburg und

Nürnberg, in Düsseldorf, im Rhein- und Ruhrgebiet. Der Krieg geht weiter. Ob die Diplomaten an der Seine sich dessen freuen? Sie sind so wenig ihrer Aufgabe gewachsen, daß es wohl möglich ist, daß sie in bornierter Verblendung in diesem Nachkrieg noch ihren eignen Triumph erblicken statt das warnende Menetekel für ihre eignen Länder und Völker. Wollen sie wirklich Deutschland durch die von ihnen geübte sorgfältige Pflege seiner innern Zerrüttung für immer oder lange kampfunfähig machen? Wollen sie auf dieser blutigen Grundlage den Völkerbund errichten? Das reicht wohl für eine Farce des Völkerbunds, für jene Schöpfung aber, an die die Freunde der Menschheit denken, ist es das Grab.

Freilich, die Deutschen machen es jenen unmodernen Männern auf der Pariser Friedenskonferenz leicht. Die deutsche Nationalversammlung beschäftigt sich mit der Schaffung einer neuen Armee. Sie soll nur höchstens die Stärke eines Drittels der frühern stehenden deutschen Armee besitzen, verkündet tröstend der Heeresminister. Ein Drittel! Jetzt! Wieviel Millionen Mann können es in zehn Jahren sein? Mit dieser als Lappalie hingestellten Wehrmacht beginnt der ruinöse Wettlauf der Vorkriegszeit, geht der Weg zum Ruin weiter. Wo soll das hin? Und just an dem Tag, an dem dieser Wahnsinn Gestalt annimmt, wendet sich Ludendorff vertrauensvoll an den Reichspräsidenten Ebert mit der Mitteilung, daß er zurückkehre, um sich dem Volk zur Verfügung zu stellen. Es mag Zufall sein, aber wer wird die von einer Panik erfaßten Franzosen daran hindern, zu glauben, daß Ludendorff zurückberufen wurde, um die künftige deutsche Armee zu reorganisieren? Es gibt in Deutschland noch keinen Minister für Erweckung des Vertrauens in der Welt. Dieses Amt müßte geschaffen werden, es ist nötiger als alle andern Reichsämter, und

der Verweser dieses Reichsamtes müßte dafür sorgen, daß solche Vorkommnisse wie Armeegründung und Ludendorffs Rückkehr nicht zusammenfallen, wenn sie sich überhaupt ereignen müssen.

Bern, 2. März.

Die Berichte aus ganz Deutschland, namentlich aus München, sind traurig. Die soziale — was soll ich sagen? Umwälzung oder Zersetzung — schreitet rapid fort. Wenn's nur Umwälzung wäre! Aber ist es nicht Zersetzung? Auf der einen Seite droht die Vernichtung durch den Bolschewismus, auf der andern die Gefahr der Reaktion. Das Üble ist dabei, daß das Heilmittel gegen das Eine das Andre fordert. Will man den Bolschewismus durch starke Militärmacht bekämpfen, stärkt man die Reaktion, will man die Gefahr der Reaktion durch Übertreibung des Freiheitsideals eindämmen, stärkt man den Bolschewismus. Das törichte Verhalten der Sieger macht das Dilemma noch fürchterlicher. — Man weiß in der Tat nicht, nach welcher Richtung man die Entwicklung fördern soll. Wie es auch käme, wäre es nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für die ganze Menschheit gefährlich. Was brächte ein Sieg der Reaktion, eine Rückkehr der Monarchie, und wäre es selbst eine demokratische? Doch nur einen Kristallisationspunkt für die Rachegefühle und einen Antrieb für neue Rüstungen und Kriegsdrohungen und — über kurz oder lang doch wieder den Krieg. Was hätte die Menschheit, was hätten die heutigen Sieger davon? — Und was brächte der Sieg des Bolschewismus den Siegern? Wie der scharf denkende Dr. Ernst Bloch mir heute sagte: Die Linie Berlin—Bagdad würde ersetzt werden durch die viel gefährlichere Linie Köln—Wladiwostock. Ein bolschewistischer Koloß vom Stillen Ozean bis zum Rhein würde die ganze Welt bedrohen, und er

würde auch bei den durch den langen Krieg zermürbten Völkern der Sieger nicht auf zu hartem Widerstand stoßen. Dann wäre aber der Weltkrieg nur das Lever du rideau der zu erwartenden Katastrophe gewesen. Dann folgen Jahre, Jahrzehnte der blutigsten Umwälzung, der steten Unrast und Schrecken, aus denen sich vielleicht nach einer Generation wieder einmal eine Weltordnung erheben wird? Eine bessere? Vielleicht; aber für unsre Zeitgenossen des Übergangs wird es den Raub des Lebenswertes bedeuten.

Und Schuld daran wird doch nur die gräßliche Krankheit des Militarismus sein, die die Staatsmänner der Entente mit der Niederwerfung Preußens zu überwinden hofften, nicht ahnend, daß die Krankheit dann ihren Sitz innerhalb ihrer eignen Grenzen nehmen wird. Es ist das Zirkusstückchen mit dem Clown, der ein klebriges Stück Papier nicht los werden kann; wenn er es von der einen Hand ablöst, bleibt's an der andern hängen. Würde in den Ententestaaten kluge, klarsehende Staatsmännerkunst über die Siegespsychose der Militärs und ihrer Anhänger obsiegen, dann würden sie einen raschen und vernünftigen Frieden herbeiführen, der die junge deutsche Demokratie stärkt und ihr die Kraft gibt, die aus der Verzweiflung gebornen Tendenzen zu überwinden, ohne der Reaktion in die Hände zu fallen. Der Sadismus der Sieger müßte überwunden und mit dem Frieden auch ein wirklicher Ausgleich mit den Besiegten herbeigeführt werden. Es müßte vor allem der wirkliche Völkerbund errichtet werden, der auf Vertrauen und Verständigung beruht, keine Waffenbrüderschaft der Sieger gegen die Besiegten, keine Mitteleuropa-Ideen ins Westliche übertragen. Es müßte der Weg zu dem amerikanischen Wilson zurückgefunden werden, der weit ab führt von dem Wilson, der seinen Tag von Paris erlebt hat. Der ganze Weltkrieg ist von der Menschheit

vergebens erlitten worden, wenn nicht im letzten Augenblick die Sieger erleuchtet werden und Klarheit darüber gewinnen, daß die Auslebung der Rache auch ihnen nur Unheil bringen muß.

Bern, 19. März.

In Paris wird seit Wilsons Rückkehr mit Volldampf gearbeitet. Man legt sozusagen die letzte Hand an das «Friedenswerk». Man wird einig über die Bedingungen, die den Besiegten aufzuerlegen sind. Man ist unter dem Vorsitz Wilsons sich einig geworden über die Abrüstung Deutschlands. Es wird ihm ein ständiges Heer von 100 000 Mann einschließlich der Offiziere erlaubt. Die Kriegsbetriebe, Kriegsakademien, die Festungen werden abgeschafft, die Flotte auf eine geringe Zahl von Einheiten beschränkt. Das wäre nun die Abrüstung; nur nicht die, die wir Pazifisten erstrebten. Die Zwangsabrüstung eines einzelnen Staats, während die andern gerüstet bleiben, ist ein Unding. Wie soll Deutschland mit seinen ziebzig Millionen bei einer Wehrmacht von 100 000 Mann beharren, während sich Polen anschickt, ein stehendes Heer von 300 000, Frankreich ein solches von 500 000 zu behalten? Wir wollen ein Staatensystem, das die Rüstungen aller überflüssig macht, das vor allem die allgemeine Wehrpflicht überall abschafft; die zwangsweise Entwaffnung eines Millionenvolkes wollen wir nicht, weil dies dadurch gezwungen wird, auf Befreiung und Rache zu sinnen und damit zum Zentrum jener Unruhe und Bedrohung werden muß, die wir gerade abschaffen wollen. Deutschland wird diese Erniedrigung nur solange ertragen, als es sich nicht helfen kann. Aber man kann sicher sein, daß es den Augenblick vorbereiten wird, um sich von diesen Bestimmungen frei zu machen. So wird dieser Friedensschluß jene mili-

tärischen Kreise, die die Revolution überwunden hat, neu beleben und ihren völligen Untergang verhindern. Es ist Blindheit, die in Paris wirkt, die mit der unabwendbaren Sicherheit das nächste Blutbad vorbereitet, vorausgesetzt, daß die Völker der Entente nicht revidieren werden, was ihre von Angstneurose erfaßten Militärs und Kriegsdiplomaten jetzt bestimmen. Es bleibt die Hoffnung, daß das französische Volk, das die andern Völker die Last der allgemeinen Dienstpflicht nicht werden ertragen wollen, wenn die Deutschen davon so gut wie befreit sein werden. Wir müssen überhaupt alles erhoffen von der Revision des Friedensvertrags durch die von den Kriegsgesetzen befreiten Völker. Der Friedensvertrag selbst, der aus der Küche der Siegestrunkenen und Angsterfüllten kommt, wird uns keine befriedigende Lösung des Weltjammers bringen.

Bern, 21. März.

Man sieht immer deutlicher, wie es mit dem Friedensschluß kommen wird. Es werden dem deutschen Volk die demütigendsten Bedingungen auferlegt, die alle Wilsonschen Grundsätze verleugnen, und die deutsche Regierung wird diese Bedingungen glatt ablehnen. Zu einem Knalleffekt wird es dabei nicht kommen wie in Brest-Litowsk, wo die ganze Welt unerwartet die Ablehnung der deutschen Friedensdiktate erfuhr. In Deutschland wird die Ablehnung ganz offen erörtert. Man ist fest entschlossen dazu, und sowohl das deutsche Volk wie die Entente sind darauf vorbereitet. Das wird natürlich nur zu neuen Katastrophen führen, denn die Entente ist auf diese Weigerung vorbereitet und wird die Mittel des Zwanges anwenden, über die sie ja verfügt. Die deutsche Hoffnung, daß eine Verlängerung des Kriegs die Völker Frankreichs, Englands und Italiens sich gegen ihre Regierung auflehnen lassen wird,

dürfte sich als Täuschung erweisen. Aber es besteht auch die Gefahr, daß die Aufpeitschung des «furor teutonicus» gegen die Entente nicht die Revolution, sondern die militärische Reaktion in Deutschland stärken wird.

Bern, 24. März.

Das Unwetter zieht sich zusammen. Es zuckt bereits durch die Luft. Je mehr sich die Friedenskonferenz ihrem Ende nähert, um so mehr verflüchtigt sich der Friede, um so mehr entrückt uns die Hoffnung auf Ruhe in der Welt.

Vorgestern flog in Budapest die erste Mine auf; es sieht so aus, als ob wirklich jetzt der Krieg beginnen soll zwischen den unterdrückten Volksmassen und der Diplomatie der alten Ära. — Geht er wirklich los, der Weltkampf zwischen Proletariat und Kapitalismus, für den der Weltkrieg nur die Einleitung war? Fast scheint es so.

Graf Karolyi hat eine ihm überreichte Note der Entente, die die Auslieferung von zweieinhalb Millionen Ungarn an Rumänien forderte, mit seiner Abdankung zugunsten des Proletariats beantwortet. Die Kommunisten und Sozialisten haben einfach die Macht übernommen, in Ungarn die Sowjetrepublik ausgerufen und ihre Allianz mit der russischen Sowjetrepublik erklärt. Zwischen Budapest und Moskau wurden drahtlose Verbrüderungstelegramme getauscht. Es soll sich eine russische Bolschewikiarmee der galizischen Grenze nähern, die sich mit einer im geheimen aufgestellten 70 000 Mann zählenden ungarischen Armee vereinigen soll.

Damit ist die russische Bolschewikirevolution nach dem Westen hinübergesprungen. Graf Karolyi, der sein Land von dem Pariser Kongreß preisgegeben sah, ließ die bürgerliche Gesellschaft in die Luft gehen und zeigte den Zöpfen in Paris, was sie bewirken, wenn sie in ihrem Unverstand das alte Gewalt- und Unterjochungs-

system weiter bewahren wollen. Die Pariser Diplomatie dürfte über die Nachricht von der ungarischen Sowjetrevolution nicht weniger erschreckt worden sein wie der Wiener Kongreß durch die Nachricht von der Rückkehr Napoleons aus Elba. Es ist ein deutliches Menetekel für Clemenceau, den typischen Vertreter des alten Geistes der gestern Wilson, nach dessen langem Sträuben, doch noch auf den Schlachtfeldern spazieren führen ließ, damit er ihn für seine Rache- und Vergewaltigungsabsichten gefügiger mache. Wird die Konferenz nun endlich einsehen, daß es sich nicht darum handeln kann, das alte System, das Europa zu diesem Abgrund gebracht hat, zu erneuern und zu verewigen, wird sie einsehen, daß wir wirklich Frieden, wirkliche Einigung, wirkliche Beruhigung in der Welt brauchen? Besinnt sie sich nicht auf diese Notwendigkeiten, dann wird der Friedensvertrag ein brüchiger Fetzen Holzpapier werden, der die Tinte nicht wert ist, mit der er geschrieben, wenn nicht, ehe es noch zum Friedensschluß kommt, die Konferenz auffliegt und weggeschwemmt wird von einer furchtbaren Weltrevolution.

Bern, 26. März.

Vorgestern ist der ehemalige Kaiser und König Karl von Osterreich und Ungarn unter englischem Schutz in der Schweiz eingetroffen, um hier seinen dauernden Wohnsitz zu nehmen. Er hatte im November vorigen Jahres, als er den Völkern freie Hand ließ, ihre Geschicke selber zu gestalten, sich von der Regierung zurückgezogen, ohne ausdrücklich für sich und sein Haus auf den Thron zu verzichten. Seitdem lebte er auf seinem Landsitz Eckartsau in Niederösterreich. Die Republik Deutsch-Osterreich kümmerte sich nicht um den Kaiser, der noch immer eine Hofhaltung hielt und sich Majestät betiteln ließ. Erst als die Wahlen die

Gestaltung des deutsch-österreichischen Volksstaats gesichert erscheinen ließen, als die Nationalversammlung seine Grundlagen errichtet hatte, besann man sich, daß noch der Kaiser des alten Gesamtstaats im Land wohne, der insofern die Republik noch nicht anerkannt hatte als er nicht darauf verzichten wollte, Kaiser zu sein und zu heißen. Es soll nun in den nächsten Tagen in der Nationalversammlung ein Gesetz zur Annahme kommen, das den Kaiser und das Haus Habsburg-Lothringen des Throns verlustig erklären wird. Der frühere Kaiser scheint sich diesem Gesetz nicht unterwerfen zu wollen, er hat es darum vorgezogen, in das neutrale Ausland zu gehen, wo er seinen Protest gegen die Absetzung, ohne Weiterungen fürchten zu müssen, hofft, aufrecht erhalten zu können.

Möge er die Sicherheit der demokratischen Schweiz in Ruhe genießen. Wir, die wir einst vor dem Wahnsinn der Habsburgischen Militaristen die Zuflucht in diesem Land suchten und fanden, sind die letzten, die ihm das hier gefundene Asyl mißgönnen oder ihm daraus in gleicher Weise den Vorwurf machen werden, wie die schwarz-gelbe Hetzpresse ihn uns gemacht hat.

Diese Reise des ehemaligen Kaisers, des mächtigen Herrschers über ein von 56 Millionen bevölkertes Riesenreich, an die Grenze seines ehemaligen Landes ist doch ein furchtbar tragisches Ereignis, wie es ein gewaltiges geschichtliches ist. Selten hat das Schicksal mit einem Mächtigen dieser Erde so Fangball gespielt wie mit diesem vierten Karl von Habsburg-Lothringen-Este. Er stand ja seiner Geburt nach ganz abseits vom Thron. Fünf Menschen mußten sterben, zwei von ihnen auf gewaltsame Weise, drei vorzeitig, ehe er Anwärter und schließlich Inhaber dieses Throns wurde. Als er ihn mitten im Weltkrieg bestieg, schien seinem Reich noch die Sonne des Sieges, leuchtete ihm noch die Hoffnung

auf einen für ihn glücklichen Ausgang des unheilvollen Kriegs. Aller Glanz der Herrscherpracht umgab ihn, und die Ungarn krönten ihn mit einem noch nie gesehenen Aufwand an Luxus und kostbarer Symbolik zu ihrem König. Zwei Jahre später war das alte Reich zerbrochen, der Thron zerbrochen, die 648 Jahre alte Herrschaft des Habsburgerstammes beendet, der junge, vom Glück emporgehobene Kaiser vom Unglück in die Tiefe gezogen. Heute sitzt er, ein Flüchtling, außerhalb seines Landes. Es ist nicht nur das persönliche Schicksal, das so tragisch wirkt, es ist auch das geschichtliche Schicksal dieser Dynastie. Es ist das Ende eines Geschlechts, das in der Geschichte des deutschen Volkes, zuletzt in jener des Völkerstaats Österreich und Ungarn, eine so große und auch eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Welche Fülle an Macht ist hier zerbrochen, zerbrochen an dem Unvermögen, die Zeichen der Zeit zu verstehen. Hätten die Habsburger und die Hohenzollern erkannt, daß man das Zeitalter der Luftomnibusse und der drahtlosen Telegraphie nicht mehr nach den Grundsätzen der Friedriche und der Napoleone regieren kann, daß die Romantik des Waffendienstes und des Gottesgnadentums in dieses Maschinenzeitalter nicht mehr hineinpasse, sie hätten ihr Schicksal anders bereitet. Aber wie sollten sie es erkennen? Sie lebten in Abgeschlossenheit und sahen die Welt nur durch karikierende Scheiben. Sie weideten sich an dem Glanz der für sie und ihren Gebrauch eigens zugeschnittenen künstlichen Welt. So mußte eines Tages der Zusammenbruch kommen. Er kam so plötzlich und so enttäuschend. Denn von diesem Krieg hatten diese Herrscherfamilien Erhöhung ihrer Macht erwartet. Er brachte ihnen den Sturz. Nicht nur ihnen allein. Es scheint, diese Weltkatastrophe hat alle Throne schwankend gemacht, und der Tag erscheint mir nicht fern, wo in allen Ländern das monarchische

System sein Ende finden wird. Wells sagt in seinem jüngsten Buch:

> «Das europäische dynastische System, das auf einer wechselseitigen Verheiratung einer in der Hauptsache aus deutschen königlichen Familien sich bildenden Gruppe begründet war, ist heute tot. Erst neuerdings tot, aber doch so tot wie das Reich der Inkas.»

Ein Zeichen dieses Verfalls der Dynastien ist die Flucht Karls IV. nach Schloß Wartegg in der Schweiz, wo er hoffen mag und den Prätendenten spielen wird wie einst Graf Chambord auf Schloß Frohsdorf. Es steht schlimm mit diesen Hoffnungen, denn wenn selbst für die Hohenzollern noch einmal eine Episode der Restauration kommen sollte, der Habsburgersproß fände sein Reich nicht mehr. Das ist verschwunden. Und so wie Deutsch-Österreich nicht alle Kronennoten und Kriegsanleihen übernehmen kann, die das Gesamtreich hinterlassen, kann es doch auch nicht allein den Gegenstand der Restauration für den Kaiser des Gesamtreichs abgeben. Die Unterschrift auf der Kriegserklärung am 28. Juli 1914, die so sorglos gegeben sein mag, war nicht nur das Todesurteil für 17 Millionen Menschen, sondern auch das Todesurteil für die Habsburger, die Hohenzollern, die Romanows und alle andern Dynastien. Die Menschheit braucht solche Götter nicht mehr, die mit einem Namenszug solches Weltunheil anzurichten vermögen.

Bern, 6. April.

Der Fall des Kapitäns Fryatt wurde jetzt von der deutschen Kommission untersucht, die mit der Prüfung der den deutschen Militärs vorgeworfenen Verfehlungen eingesetzt wurde. Das Urteil lautete dahin, daß in dem Verfahren gegen den englischen Kapitän eine Verletzung des Völkerrechts nicht zu erblicken war. Die Kommis-

sion drückte jedoch ihr Bedauern aus über die Schnelligkeit, mit der das Urteil vollzogen wurde. Das Auswärtige Amt hatte gewünscht, daß die Verhandlungen hinausgeschoben werden. Danach haben sich aber die Militärs nicht gerichtet. Einer der vernommenen Zeugen tat sogar den für die Erkenntnis des militärischen Geistes klassischen Ausspruch: «Ich kenne kein Auswärtiges Amt.» Aus dem Urteil und seiner Begründung geht deutlich hervor, daß die politisch Denkenden in Deutschland die Hinrichtung des Kapitäns nicht wollten. Aber der losgelassene Militarismus wollte sein Opfer haben. Es rast der See . . . Das Gutachten der Kommission kommt mit dieser Begründung eigentlich zu einer Verurteilung des Vorgehens der Militärs. Daß das Völkerrecht dabei nicht verletzt wurde, hat wenig zu sagen. Auch die Hinrichtung der Schill, Andreas Hofer, Palm entsprach den Erfordernissen des sogenannten Kriegs-Völkerrechts. Jene Taten werden von uns dennoch als politische Verbrechen angesehen. Man wird die Engländer auch nie dazu bekehren, anzuerkennen, daß dieser brave, patriotische Kapitän keinem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Es ist erfreulich, daß das Gutachten der deutschen Kommision unter Schückings Vorsitz dieser Anschauung wenigstens nicht unbedingt entgegentritt.

Bern, 10. April.

Es wird riesig viel enthüllt. Großes Reinmachen und Reinwaschen. Jeder der Hauptakteure des Weltkriegs schreibt ein Buch. Der Kronprinz schreibt, Bethmann Hollweg schreibt, Tirpitz, Ludendorff, Hötzendorf schreiben. Dabei dürfte es passieren, daß die Herren sich gegenseitig bekämpfen und beschuldigen werden, wie dies der Kronprinz in einem, bis jetzt nicht dementierten, Interview in der «Berlingske Tidende» (Frankfurter Zei-

tung vom 4. April) dem General Ludendorff gegenüber getan hat.

> «Ludendorffs Berichte», so äußerte sich der deutsche Kronprinz, «waren in den letzten Jahren verlogen bis zum Lächerlichen. Man kann nicht, wie Herr Ludendorff 300 Geschütze und 30 000 Mann verlieren und gleichwohl melden, daß man einen Abwehrsieg erfocht.» —

Einige hatten ja diese Lügen schon erkannt und waren in der Lage, sie richtig zu lesen. Die Masse des Volkes aber glaubte daran und war geneigt, jene als Verräter zu behandeln, die einen Generalstabsbericht mißachteten. Alles war doch auf den Erfolg zugeschnitten, der auch die Lügen verzeihbar gemacht hatte. Da dieser Erfolg ausblieb, starrt nun die brutale Verlogenheit erschreckend die Entsetzten an, die einstens glaubten, auf des Meisters Worte schwören zu dürfen.

Wie wenig der frühere Kronprinz in das Wesen der Dinge einzudringen vermag, geht aus dem Rezept hervor, das er für die Überwindung des Deutschenhasses in der Welt gern angewendet gesehen hätte. Er sagt in jenem Interview:

> «In Deutschland bildete man sich ein, man sei das auserwählte Volk der Erde, und verschloß die Augen davor, daß wir in Wirklichkeit das meistgehaßte Volk der Welt waren. Und warum? Nicht nur weil wir schlechte Manieren hatten und mit dem Messer aßen, nein, weil der deutsche Reichtum nie etwas für die Propaganda bewilligte. Ich will ein einziges Beispiel anführen: Der deutsche Gesandte in Peking hatte einen Betrag von 20 000 Mark jährlich, um Stimmung zu machen. Der russische Gesandte verfügte in der gleichen Zeit über 200 000 Rubel.»

Gerade diese Auffassung ist es aber, die das Deutschtum in der Welt so verhaßt machte, indem man meinte,

man könne alles kaufen, auch eine gute Meinung. Der Kronprinz und mit ihm so viele, die das Deutschtum im Ausland zu vertreten hatten, wollten nicht eine Änderung des Auftretens, der Sitten, des Benehmens, letzten Endes der politischen Grundsätze herbeiführen, sie dachten vielmehr nur daran, die schlechten Eindrücke, die Unannehmlichkeiten, die Haßgefühle, die durch das Vorgehen erzeugt wurden, durch Trinkgelder, durch Kauf der Gesinnungen, durch jene aufdringliche, unwürdige, in ihrer Wirkung so schädliche «deutsche Propaganda» zu übertünchen. Das ist der große Irrtum gewesen!

Bern, 11. April.

Über die Reinheit des Mittels machten sich die Vertreter des alten Regimes wenig Sorgen. Es war der Zweck, der ihnen jedes Mittel heiligte. Einen tiefen Einblick in diese Methode gewährt die von der «Freiheit» veröffentlichte Denkschrift des Generalmajors Grafen Schulenburg über die Vorgänge bei der Abdankung des Kaisers am 9. November vorigen Jahres. Der General widersetzte sich der von andern Persönlichkeiten des Großen Hauptquartiers vertretenen Ansicht, daß die Verhältnisse im Heer und die Ereignisse in der Heimat die Abdankung des Kaisers notwendig erscheinen lassen. Er riet zu energischem Vorgehen gegen Städte, in denen Auflehnung vorgekommen, wie Verviers, Aachen, Köln u. zw. mit «modernen Kampfmitteln ausgerüstet (Nebel, Gas, Bombengeschwader, Flammenwerfer)». Gemütsmensch also! Durch die Anwendung solch vernichtender Mittel hoffte er die «Autorität der Obrigkeit» wiederherzustellen. Und er fügte hinzu:

> «Voraussetzung hierfür ist eine richtige Parole. Unter unsern Leuten wird die Parole unter allen Umständen ziehen, daß ihre Schwesterwaffe, die Marine, mit jüdischen Kriegsge-

winnlern und Drückebergern ihnen in den Rücken gefallen sei und dem Heer die Verpflegung sperre!»

Die Hauptsache ist also «richtige» Parole. Einerlei, ob sie Wahrheit besagt oder Lüge enthält. Der sittliche Inhalt ist Nebensache. Zugkräftig muß die Parole sein, denn es handelt sich doch um die Aufrechterhaltung der eignen Macht. Jüdische Kriegsgewinnler und Drückeberger, was gibt es Besseres, um die Instinkte der Masse aufzupeitschen. Man muß nur die Kunst des Lancierens verstehen. Der Zweck heiligt das Mittel. So arbeitete die deutsche Politik, so arbeitete der deutsche Militarismus. Genau so hatte man für das ungeheure Unternehmen des Weltkriegs Parolen ausgegeben, die «ziehen» mußten. So die Parole vom «ruchlosen Überfall», dann die Parole von jenem Belgien, das schon vorher seine Neutralität gebrochen hatte. Als man nach zweieinhalb Jahren Krieg eine neue Aufpeitschung der Massen brauchte, lancierte man die Parole vom «hochherzigen Friedensangebot», das die Feinde «schnöde» abgelehnt haben. Und so fort. Auf die Wahrheit kam es dabei gar nicht an, nur auf die Beeinflussung der Massen und die Möglichkeit, sie willfähig zu machen im Dienst der Machtinteressen einer Clique. Das muß man sich merken. Nebel, Gas, Bombengeschwader, Flammenwerfer aufs Volk und eine «zugkräftige Parole» für jene, die die Vernichtung ausüben müssen. So schafft man es mit Gott!

Bern, 18. April.

Der Friedensvertrag ist fertiggestellt. Die Deutschen wurden eingeladen, ihre Delegierten in der nächsten Woche nach Versailles zu senden. Wir stehen also unmittelbar vor jenem Augenblick, wo uns offenbar werden wird, was wir bis jetzt nur vermuten, daß unsre Hoff-

nungen auf einen Menschheitsfrieden getäuscht wurden. Es wird ein Gewaltfriede, der bei den Besiegten nur den einen Gedanken aufflammen lassen wird, ihn durch Gewalt wieder zu beseitigen. Also, es soll wieder losgehen, wie es vorher war! Intrigen, Rüstungen, Gegenrüstungen, die alte Panik mit nur noch schrecklicheren Befürchtungen, das alte ewige Lied! Kriegsruhm und Siegesverherrlichungen werden wieder zu Ehren kommen. Der kriegerische Geist wird wieder seine Pflege finden, die gepeinigten, zerschlagenen Menschen werden neben den Lasten, die ihnen dieser Irrsinn auferlegt hat, weiter schuften für Kanonen, Kriegsschiffe, Bombenflugzeuge und den übrigen Kleinodien der «schimmernden Wehr». Die blöden Völker werden weiter Menschen hassen, die sie nicht kennen, und werden sich durch diesen Haß hypnotisieren lassen, um dann abermals wie Opfertiere zur Schlachtbank geführt zu werden.

Nein! Ich kann es mir nicht denken, daß es so kommen wird, daß nicht doch noch die Vernunft obsiegt, daß die Völker nicht nach kurzer Zeit verbessern werden, was ihre Diplomaten zusammengestümpert haben, daß die Jugend nicht kräftig zerreißen wird, was die alten Männer in Paris mit ihren alten Ideen ausgeheckt haben.

Sie haben viel Sünde auf sich geladen, diese Militärkommis, die da in Paris berufen waren, die Hoffnungen der Menschheit zu erfüllen. Die Geschichte wird über sie nicht anders urteilen wie über jene gnädigen Monarchen und deren Lakaien, die vor hundert Jahren in Wien über Völker und Länder schacherten. Nur als noch verblendeter wird man sie erkennen. Man wird es nicht begreifen können, daß sie, angesichts des drohenden Terrors der extremsten Revolution, es noch wagten, die Geduld der Menschheit so auf die Probe zu stellen.

Wird dieser Friede so werden, wie es bis jetzt den Anschein hat? Noch möchte ich auf Wilson hoffen, der sich

nicht so beiseite schieben lassen darf. Er verkörpert das gute Prinzip, seine Niederlage wäre die Niederlage des bessern Teils der Menschheit, wäre der Sieg Lenins, der Ruin unsrer Generation und der nächsten. Wird Wilson sein Veto einlegen oder als der Vertreter der besiegten Vernunft den Heimweg antreten?

Drei Monate saßen sie zusammen, um unter sich einig zu werden. Fünf Monate dauert schon der Waffenstillstand. Eine lange Wartefrist für jene, denen man die Nahrung vorenthalten hat bis zur endgültigen Regelung. Gewiß, das deutsche Volk, das die Verbrecher, die in den Krieg gehetzt, nicht sichtbar und glaubwürdig von sich gestoßen hat, hat kein Recht, Vorwürfe zu machen. Aber eine Niedertracht bleibt diese fünf Monate nach Kriegsende aufrechterhaltene Blockade dennoch. Bleibt sie, ohne Rücksicht auf die Gemeinheiten, die deutsche Militärs in Feindesland verübt haben, ohne Rücksicht auf jene Gewalttaten, die auch sie im Fall ihres Siegs verübt hätten.

An uns aber, die wir dem allgemeinen Siegestaumel in Deutschland trotzten, die wir unter Schmähungen und Gefahren die Wahrheit von der Schuld der deutschen Regierenden verkündeten, ihre Missetaten tadelten, ihre Gewalttaten bekämpften, die wir auf die Ideen des Rechtes und des Kulturfriedens hinwiesen, die die Staatsmänner drüben verkündeten, an uns haben die Sowjets der Pariser Konferenz schwer gesündigt. Sie haben den Glauben an uns erschüttert, uns bloßgestellt und dem chauvinistischen Janhagel ausgeliefert. Wir hoffen nur, daß unsre Gesinnungsgenossen drüben, die heute noch schweigen müssen, eines Tages auftreten und uns rechtfertigen werden. Wir glauben noch immer daran, daß hinter der Fratze des Ententemilitarismus die Völker eines Tages hervortreten und mit uns kämpfen werden für die Ehre und das Glück der geschundenen Menschheit.

Bern, 23. April.

Nach einer kühlen Weigerung nun die Zusage. Die deutsche Regierung wollte unterhandeln. Da die Alliierten sie bloß zur Entgegennahme der Friedensbedingungen einluden, kündigten sie die Entsendung einiger Beamten an, die das Manuskript des Friedensschlusses abholen sollten. Aber gleich folgte seitens der Entente die Forderung, Delegierte zu entsenden, die ebenso genügend legitimiert und zur Unterzeichnung bevollmächtigt seien wie die Delegierten der Entente. Es wird also die große Friedenskommision entsandt werden. In den nächsten Tagen schon. Nicht am 25., auf den die «Bestellung» lautete, sondern einige Tage später. Man beginnt mit der Opposition schon vor den Verhandlungen. Gut so! Die deutsche Opposition gegen jenen Frieden, den man in Paris vorzulegen gedenkt, ist berechtigt. Sieht der Frieden so aus, wie er nach den Pariser Kommuniqués aussehen muß, so ist er nicht nur ein Attentat gegen Deutschland, sondern gegen die Menschheit. Dann ist es kein Friede, ein Kriegsschluß nur, und nicht einmal ein sicherer. Von den vierzehn Punkten Wilsons findet da kein einziger seine Erfüllung. Auch vom Völkerbund ist kaum die Rede mehr. Die Opposition wird daher sehr angebracht sein. Und wenn sie nichts nüßen, wenn Deutschland schließlich doch die Bedingungen anzunehmen gezwungen sein sollte, dann wird dadurch wenigstens aller Welt klar sein, daß dieser Friedensschluß kein Friede ist, und die Einsicht, ihn zu ändern, wird sich früher oder später doch einstellen.

Wie weit wir von jenem Frieden entfert sind, den wir Pazifisten uns vorgestellt haben, lassen die vielen Gerüchte erkennen, die über künftige Allianzen laut werden. Nach der alten verruchten Methode sucht man schon wieder Zusammenschlüsse g e g e n jemanden. In Deutschland rührt sich, unzeitgemäß und taktlos wie immer,

Liebe für Frankreich. Es scheint eine Parole ausgegeben zu sein. Während die Bevölkerung noch zum Wahnsinn getrieben wird über die viehische Behandlung der deutschen Gefangenen in Frankreich, empfängt der Reichspräsident Ebert einen Korrespondenten des «Temps», sagt ihm, was der Sozialismus Frankreich alles verdanke und drückt ihm die Hoffnung aus, «daß sich auch gute Beziehungen zwischen beiden Ländern einstellen». Auch in einem Teil der Presse hat man sich bereits auf die Liebe zu Frankreich geworfen, und es geht das Gerücht, die französische Regierung habe in Berlin wissen lassen, man solle den Friedensvertrag nur unterschreiben, er sei «nicht so gemeint», und mit der Zeit werde sich noch manches ändern lassen. Einerlei, ob das wahr ist. Jedenfalls merkt man den alten Geist. Die alte Allianzpolitik gegen jemand, in diesem Fall gegen England. Die alten Pfuscher arbeiten also auch in der Republik.

Auf der andern Seite wird wieder davon gesprochen, daß England, Frankreich und die Vereinigten Staaten zu einer Allianz sich verbündet haben. Wer glaubt da noch an einen Völkerbund?

Nun werden ja die nächsten Tage den Schleier lüften, das Weltelaborat, das nach dem ersten Punkt der vierzehn Wilsonpunkte öffentlich hätte zustande kommen sollen, wird nun, nach drei Monaten der Geheimarbeit, bald veröffentlicht werden. Wir werden es kennen lernen. In jedem Fall sind wir in die letzte Phase getreten. Die Gegner werden sich gegenüberstehen, und man wird, mehr oder weniger, verhandeln. Der Krieg nähert sich, wenigstens formell, seinem Abschluß. Dieweil wütet er in den besiegten Ländern weiter. München ist seit Tagen abgeschnitten. Regierungstruppen zernieren die bayrische Hauptstadt. Krieg! Tschechen und Rumänen rücken als Beauftragte der Entente gegen

das bolschewistische Budapest. Krieg! Ward je in solcher Stimmung ein Friedensschlüß bewirkt?

Bern, 24. April.

Die Schleier fallen von dem Pariser Friedenswerk. Es zeigt sich schon, wie weit entfernt es ist von dem, was es der Menschheit sein wollte, was Wilson wirklich daraus zu machen die Absicht hatte. Der Streit um den Raub beginnt. Ganz so wie 1913 am Balkan. Heute hat die italienische Delegation Paris verlassen und sich damit von der Friedenskonferenz zurückgezogen. Wilson hat ihre A n s p r ü c h e a u f F i u m e abgelehnt, vielleicht auch — Wilsons entscheidende Note ist hier noch nicht bekannt — weitergehende Ansprüche in Dalmatien. Die Sieger sind sich also nicht einig geworden, und die Sezession in dem Augenblick, wo die Besiegten zur Entgegennahme der Friedensbedingungen erscheinen, wird den Alliierten nicht angenehm sein. Der Schritt der Italiener, welche Folgen er auch haben mag, zeigt, daß hier ein Friedensschluß gezimmert wird, wie alle bisherigen waren, der die Keime des nächsten Kriegs bereits in sich trägt. Solche Anzeichen gibt es schon zur Genüge. Da wird von dem Kampf zwischen China und Japan um Kiautschou berichtet. Die Japaner wollen den früheren deutschen Raub behalten. Sie wenden ein, sie hätten Kiautschou Deutschland weggenommen, dem es gehörte, nicht China. Die Chinesen setzen dem entgegen, daß Kiautschou von den Deutschen gepachtet ward, durch die Kriegserklärung Chinas an Deutschland alle zwischen den beiden Staaten geschlossenen Verträge hinfällig wurden, so auch jener Pachtvertrag. — Welche Heuchelei, welche Unaufrichtigkeit. Würden wir wirklich einen Weltfrieden errichten wollen, dann müßte doch von allen Seiten ganz ehrlich zugestanden werden, daß Kiautschou nicht durch Pacht, sondern durch Vergewaltigung in

Deutschlands Hände kam, und daher China zurückgegeben werden muß. Aber wer denkt heute in Paris an solche Beweisgründe, wer würde dort eine solche offene Sprache führen?

Ein andres Charakteristikum dieses Friedens, der uns da beschert wird. Ein Telegramm des tschechischen Pressebureaus meldet unterm 23. April aus Prag folgendes:

> «Amtlich wird festgestellt, daß die tschechischen Waffenbestellungen bei den Skodawerken ausschließlich der defensiven Komplettierung des Geschützparkes und keinesfalls einem offensiven Zweck dienen.»

Also Tschechien beginnt bereits zu rüsten.

Man hat dort so wenig von dem neuen Geist begriffen, daß man mit der ältesten Heuchelphrase glaubt, die Welt betrügen zu können.

Nachdem die Völker der Erde, die alle «nur zur Defensive» gerüstet haben, durch ihre Rüstungen in den furchtbarsten Krieg hineingetrieben wurden, wagt man es, von Rüstungen zu sprechen, die nur zu Defensivmaßnahmen dienen sollen.

Es bleibt die Frage offen: wird Wilson diese Niederlage ruhig hinnehmen, sein Ansehen und das Amerikas ruinieren, oder wird er seine Macht spielen lassen?

Unter Umständen fällt der deutschen Friedensdelegation in Versailles noch eine große Aufgabe zu. Vielleicht ist es ihr beschieden, den wirklichen Frieden zu retten!

Bern, 25. April.

Die Note Wilsons und Orlandos Antwort darauf wurden veröffentlicht. Es ist Wilsons Flucht in die Offentlichkeit. Ist es der letzte Versuch Wilsons, seine Forderung des Rechtes zur Geltung zu bringen, oder bedeutet dieser Appell den Anfang seines Protestes? Wilson

wendet sich gegen das Londoner Geheimabkommen, durch das jene Staaten benachteiligt werden, die von jenem Abkommen keine Kenntnis hatten. Das Abkommen hätte auch keinen Zweck mehr, denn Osterreich-Ungarn, gegen das es gerichtet war, besteht ja nicht mehr. Wieder ertönen in dieser Kundgebung die Forderungen des Rechtes, die Forderung, «auf Grundsätzen andrer Art eine neue Grundlage für die Unabhängigkeit und das Recht» zu errichten.

> «Auf die ausdrückliche Anerkennung dieser Grundsätze hin wurde die Initiative zum Frieden ergriffen. Auf ihnen muß das ganze Gebäude des Friedens beruhen. Wenn diese Grundsätze geachtet werden, muß Fiume das Tor der Ausfuhr und Einfuhr werden, nicht nur für Italien, sondern für die Gebiete nördlich und nordöstlich dieses Hafens: Ungarn, Böhmen, Rumänien, Jugoslavien.»

Aber wer denkt an diese Grundsätze. Der Raub ist da, und jeder will den größtmöglichen Anteil daran haben. Herr Orlando bemüht sich ja, in seiner öffentlichen Antwort auf Wilsons Note, auch als Beschützer des Rechtes und Begreifer der «neuen Zeit» dazustehen; es gelingt ihm nur nicht. Wie wenn man einen falschen Diamant neben einem echten hält, mutet Orlandos Kundgebung neben der Wilsons an. Die Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit will auch Orlando nicht verletzen, aber er hält die Menschheit für eine so gewaltige Sache, ihre Probleme für so verwickelt, «daß niemand glauben kann, in einer begrenzten Anzahl von Vorschlägen ein so einfaches und sicheres Mittel zur Lösung dieses Problems zu finden». Danach sind die Prinzipien der Freiheit und der Gerechtigkeit in der Theorie sehr schön, in der Praxis aber unanwendbar. Wie wir es immer gehört haben.

Was Orlando sagt, ist eine höfliche Verbeugung vor dem Wilsonismus, was er verlangt, ist die Lösung durch

Gewalt. Er beruft sich darauf, daß die Alpenwand, daß Dalmatien das Bollwerk Italiens seit Jahrhunderten gewesen, und will es wieder errichtet sehen. Bollwerk? Gegen wen? Gegen wen anders als gegen die Prinzipien der Freiheit und des Rechtes.

Eine italienische Zeitung (Popolo d'Italia) bezeichnet die Erklärung Wilsons als «die Tat eines Verrückten» und spricht von Wilson als dem «Demagogenkaiser». In Mailand wurden Schmährufe gegen Wilson ausgebracht. Wilson ist also den Annexionisten Italiens genau dasselbe, was er den Annexionisten Deutschlands war, als er ihren Plänen sich entgegenstellte. Ein Hindernis, das begeifert wird.

Nein! Nein! Diese Vereinigung siegreicher Militärs, die da in Paris zusammensitzt, wird die Welt nicht erlösen. Sie vermag es nicht. Es widerspricht ihrem Wesen. Nur eine neue Menschheit kann die Erlösung bringen, die nicht darauf ausgeht, sich von den Feinden in den andern Ländern zu befreien, die man ihnen als solche bezeichnet, sondern die den Feind im eignen Land erfaßt, die Feinde der Menschheit gemeinsam bekämpft.

Bern, 3. Mai.

In drei Zügen, etwa zweihundert Mann hoch, ist die deutsche Friedensdelegation nach Versailles gereist. Sie ist dort glücklich angelangt, wurde korrekt empfangen und hat bereits die Vollmachten mit den Gegnern ausgetauscht. Heute dürfte ihr das Manuskript des Friedensvertrags übergeben worden sein. So beginnen denn die Verhandlungen. Fast sechs Monate nach dem Waffenstillstand. Die nächsten Tage werden erkennen lassen, woran die Menschheit ist mit jenem Frieden.

Bern, 8. Mai.

Die Übergabe der Friedensbedingungen hat gestern nachmittag in Versailles stattgefunden. Die deutschen Delegierten haben in engster Abgeschlossenheit in ihrem Hotel acht oder neun Tage warten müssen. Gestern durften sie vor den Vertretern der Sieger erscheinen, die bereits an der Hufeisentafel des Trianon-Hotels versammelt waren. An einer andern Tafel, den Siegern gegenüber, durften sie Platz nehmen. Schwurgerichtsarrangement.

Clémenceau sprach: «L'heure est venue du lourd règlement des comptes.» In einem dicken weißen Quartband wurden die Bedingungen übergeben.

Graf Brockdorff-Rantzau antwortete in deutscher Sprache: Wir sind besiegt und schuldig. Nicht allein schuldig. Aber

> «es sei fern von uns, unsre Verantwortung am Weltkrieg und an der Art, wie er geführt wurde, abzulehnen. Die Haltung der alten deutschen Regierung am Haager Kongreß, ihre Tätigkeiten und ihre Unterlassungen in den tragischen Tagen des Jahres 1914 haben zu diesem Unglück beigetragen».

Das ist doch ein ehrliches Bekenntnis und eine traurige Rechtfertigung unsrer Arbeit. Die Unvernunft im Haag, damals, jetzt vor zwanzig Jahren, führte uns nach Versailles.

Ich gedenke jener Tage; nehme meine Schrift über die erste Haager Konferenz zur Hand, die erste — und lange die einzige —, die darüber in Deutschland erschien. Ich blättere darin. Meine Einleitung (von Ostern 1900) ist heute aktuell:

> «Eine Schrift über die Haager Konferenz, ihre Bedeutung und ihre Ergebnisse mußte veröffentlicht werden . . . Dunkler als das Innere Bra-

s i l i e n s ist dem größten Teil des deutschen Volkes das, was diese ewig denkwürdige Versammlung von Vertretern fast aller Kulturstaaten im Frühjahr des vergangenen Jahres gearbeitet hat, und was aus ihren Arbeiten herausgekommen ist. Wie die deutsche Kunst vor ‚Friedrichs Throne', ging das Werk von der Haager Konferenz vor dem Thron der öffentlichen Meinung ‚schutzlos und ungeehrt' dahin ... Die Gleichgültigkeit und die vorherrschend abfällige Stimmung gegenüber den Erfolgen vom Haag haben schließlich nicht den geringsten Einfluß auf die wirkliche Bedeutung dieser Erfolge. Dies sind Tatsachen, die durch keinerlei Fälschung und durch keinerlei Handlung mehr aus der Welt zu schaffen sind. D i e H a a g e r K o n f e r e n z i s t e i n g e s c h i c h t l i c h e r A k t wie die französische Revolution, wie die Entdeckung Amerikas, wie die Erfindung des Schießpulvers; Umwälzungen weittragender Bedeutung, wie sie diese Ereignisse nach sich gezogen haben, wird auch die Haager Konferenz nach sich ziehen. Gewiß ist, daß die Tragweite von Ereignissen den Zeitgenossen in den seltensten Fällen klar wird, daß ihr Blick zu sehr getrübt ist von begleitenden Nebenumständen, von Imponderabilien . . . Die Nebenumstände werden fallen, das Werk vom Haag wird wachsen und gedeihen, und der diesem Werk innewohnende Gedanke w i r d s i e g r e i c h d i e n e u e W e l t e r o b e r n, und die Tausende, die es heute mißverstehen, werden ihm zujubeln.

Aber es handelt sich darum, für die Echtheit und für die Größe dieses Gedankens einzutreten, in alle Kreise, die heute noch zweifeln und höhnen, Belehrung und Erleuchtung zu tragen, ihnen das Große, das Gute, das Nützliche dieses Gedankens klarzumachen, sie aus engherzigen Betrachtungen herauszureißen zu großen Gesichtspunkten, durch die sie allein die gewaltigen Neugestaltungen erkennen

können, die sich im Leben der Kulturvölker jetzt vollziehen, aus den Zeitgenossen Bürger des zwanzigsten Jahrhunderts zu machen.»

Ja, wie klein war die Schar, die damals erkannte, wie gering die Zahl jener, die mir Glauben schenkten.

Und an diesem traurigen Versailler Maientag, neunzehn Jahre, nachdem ich dies geschrieben, bekennt ein deutscher Staatssekretär des Äußern: Unsere Haltung von damals hat uns hierher gebracht.

* * *

Die Zeitungen beginnen Einzelheiten der Bedingungen zu veröffentlichen.

Elsaß-Lothringen ohne Abstimmung der Bevölkerung. Damit

> «das Unrecht, welches im Jahr 1871 den Ansprüchen Frankreichs und den Willen der elsässischen und lothringischen Bevölkerungen, welche trotz der Proteste ihrer Vertreter in der Nationalversammlung von Bordeaux von ihrem Vaterland getrennt wurden, gegenüber begangen wurde, wieder gutgemacht werden muß».

Das ist gut zu merken, für die Zeit, wenn die Deutschen in Südtirol, Nordböhmen, Südmähren, die Bewohner Danzigs ihre Proteste erheben werden gegen das Unrecht von 1919.

Verkappte Annexionen! Die Bestimmungen über das Saargebiet und Danzig, über Marokko und Ägypten mögen noch so sehr umschrieben sein, sie sind Länderraub, Einwohnerschacher, weiter nichts! Und die fünfzehnjährige Besetzung des linken Rheinufers mit der Klausel:

> «wenn nach fünfzehn Jahren die Garantien gegen den deutschen Angriff nicht als genügend erscheinen, wird die Räumung hinausgeschoben».

Wie lange? — Wer bestimmt das Genügen? Ist das nicht auch **verschleierte Angliederung**, nicht zumindest die Schaffung einer Situation, in der man hofft, die Bevölkerung der Rheinlande zur Loslösung bewegen zu können?

O Wilson! Was ist aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker geworden? Was aus den vierzehn Punkten?

Bern, 9. Mai.

Das hat der Sadismus der Versailler Friedensbedingungen bereits bewirkt: Die Front in Deutschland ist geschlossen. Von den Konservativen bis zu den Unabhängigen nur entrüstete Ablehnung.

Es tritt jetzt das ein, was im August 1914 die verbrecherischen Fabrikanten des Kriegs nur vorlogen. Der Vernichtungswille einer Koalition gegen Deutschland. Aber jetzt ist das Volk müde, schwach, arm, niedergebrochen, verhungert.

Was wird geschehen?

Niemals wird dieser Vertrag den Frieden bringen, wenn er überhaupt jemals Vertrag werden sollte. Es ist unmöglich, daß siebzig Millionen mit der Geschichte und der Überlieferung des deutschen Volkes, mit diesen Leistungen in Kunst und Wissenschaft wie ein aufrührerischer Negerstamm behandelt werden können. Das heißt die Auflehnung ständig machen, die Unruhe verewigen, Europa und die Welt an schleichender Krankheit zugrunde gehen lassen.

Gewiß: Rache ist süß, aber dumm, blitzdumm, lebensgefährlich ist es, von diesem verführerischen Gefühl geleitet, die Zukunft zimmern zu wollen. Gewiß: die Verbrechen, die die deutschen Machthaber des alten Regimes begangen, sind unerhört und der Frevel selbst; aber deswegen kann man doch nicht ein ganzes Volk zur Fron und moralischen Vernichtung verurteilen.

Das hat ja nicht einmal der preußische Militarismus in Brest-Litowsk und Bukarest versucht, was hier in Versailles unternommen wird. Und in Gegenwart Wilsons unternommen wird! *Das* ist für uns das Schmerzhafte. *Wieso ist Wilson geblieben?* Warum hat der Mann, der klar erkannt hat, was der Menschheit Not tut, nicht darauf verzichtet, Mitglied dieses Tribunals zu sein, das das gerade Gegenteil dessen zum Vertrag verdichten will, was er vorher als dessen Grundlinien aufgestellt hat.

Hallo! Hallo! Wo seid ihr Pazifisten Frankreichs, die ihr mit uns für den Frieden durch das Recht gestritten habt, die ihr das Jusqu'au bout verkündet, jenes «Ende», das sich uns jetzt als der Friede durch Gewalt zeigt? *Wo seid ihr?* *Wir* haben gegen den Gewaltfrieden bei uns angekämpft. *Wir* haben offen und ehrlich gegen alle Niedertrachten und Dummheiten unsrer Militärs protestiert, haben die Auslösung des Krieges, den Einfall in Belgien, die Greuel der Kriegführung, die Friedensschlüsse in Brest und Bukarest, den Quadratkilometerwahn als Verbrechen bekämpft und haben uns verfolgen, einsperren, expatriieren lassen? *Französische Pazifisten*, wo seid ihr jetzt?

Wir verlangen nicht, daß die so arg zugerichtete Welt Deutschland einen Verzeihungsfrieden gewährt; wenn auch das Volk in seiner Mehrheit unschuldig ist an den Sünden seiner Verführer, es weiß, daß es für die Handlungen jener, die es geduldet, dulden mußte, aufzukommen hat; weiß, daß es wieder gutmachen, daß es entschädigen, daß es Garantien für die Zukunft bieten muß; aber es darf verlangen, von der Gemeinschaft der Völker, mit denen es gelebt, die mit ihm gelebt, die weiter mit ihm zusammenleben müssen, nicht geschändet, nicht in Ketten gelegt, nicht an Händen und Füßen amputiert zu werden. Ein Individuum, das verbrecherisch gehandelt, kann dafür bestraft werden

(auch für den Verbrecher läßt die heutige Kriminalogie die mildernden Umstände des Milieus gelten), ein Volk darf nicht in seiner Gesamtheit bestraft werden, am wenigsten dann, wenn es sich befreit hat von den Schuldigen und eben anfängt, sich von den Sünden seiner Verführer zu läutern.

Bern, 10. Mai.

In Deutschland Wacht-am-Rhein-Stimmung. Es braust ein Ruf wie Donnerhall . . . Und es ist recht so. Einstimmig von den Konservativen bis zu den Unabhängigen Ablehnung. Einstimmig die Parole: Komme, was wolle, diesen Frieden nicht! Die Börsen sind geschlossen, für eine Woche, die Lustbarkeiten im Reich verboten. Landestrauer. Überraschend ist nur, daß man nicht alles vorhergesehen. Die Bulletins über die Beratungen der Konferenz konnten doch keine Täuschung darüber aufkommen lassen, was der Friede enthalten wird. Ich fürchtete immer, daß es so kommen werde, wenn ich auch bis zum letzten Augenblick hoffte, daß Wilson noch Rettung bringen wird. Ich hoffe noch; wenn ich auch ehrlich nicht mehr an eine Erfüllung dieser Hoffnung glaube. Aber ich kann es nicht fassen, daß Wilson sich derartig in Widerspruch setzen kann mit seinen in der ganzen Welt vernommenen Worten, daß sich jemand, der die Anwartschaft hatte, der Heiland der Welt zu werden, sich selbst vom Piedestal herabstürzt, auf das ihn die Weltmeinung gestellt. Das wäre das furchtbarste moralische Debakel in der Geschichte.

Und wie sollen wir Pazifisten den Bankrott Wilsons ertragen? Seien wir ehrlich: wir haben alles auf diese Karte gesetzt. Wir durften es tun; denn Wilsons Verkündigung war unsre Lehre, unser Ideal, der Inhalt unsrer jahrzehntelangen Kämpfe, der Inhalt des Lebens von uns allen, die wir die Herbeiführung einer neuen Weltordnung

uns zur Lebensaufgabe gemacht haben. Es ist nicht bloß der Friedensschluß, der auf dem Spiel steht, es ist der Kredit einer Idee, von deren Erfüllung das Heil der Menschheit abhängt. — Wenn Wilson mit diesem Friedensvertrag nach Amerika zurückkehrt, dann ist die Hoffnung auf den Sieg der Vernunft für lange Zeit dahin. Dann regieren wieder die Krupps und Schneiders und Armstrongs, die Bernhardis und Tirpitzens, und der Geist Treitschkes wird sich von Deutschland aus über die übrige Welt ausbreiten. Es ist Schicksalsstunde!

Was nun werden wird? Die Deutschen werden sich auf ihren Vertrag mit der Entente berufen und seine Erfüllung fordern. Die vierzehn Punkte! Ein Friede auf dieser Grundlage wurde ihnen zugesichert. Soll sich das Schicksal Napoleons I. wiederholen, der die Gastfreundschaft Englands angerufen, im Vertrauen darauf den «Bellerophon» bestiegen und dann, unter Bruch des Versprechens, nach St. Helena in die Gefangenschaft abgeführt wurde? Fast scheint es, daß sich die Geschichte hier wiederholen soll.

Aber ein Volk kann nicht in die Gefangenschaft geführt, ein Volk von siebzig Millionen kann nicht geknechtet werden. Seine Bewachung, seine Niederhaltung bedeutet Krieg, nicht neuen Krieg, Fortsetzung des alten, in andrer Form, aber mit derselben Wirkung. Krieg in Permanenz mit Mord und Lebensverhinderung, mit Güterverrnichtung, mit dauernder Unsicherheit, mit Verausgabung aller Kräfte für Gewaltübung statt für produktive Arbeit.

Das können die Vergewaltiger ebensowenig vertragen wie die Vergewaltigten. Soll die Wahrheit in Versailles nicht dämmern, soll sich Wilson, der klarsehende Wilson, der die Forderung der Zeit verstanden, ihr verschließen?

Bern, 11. Mai.

Heute ist der Waffenstillstand ein halbes Jahr alt. Und wo stehen wir? Die Vernichtung ging rascher vor sich als die Wiederherstellung. Ein halbes Jahr, ausgefüllt mit Beratungen, und dann dieses Ergebnis! Es wird noch manches halbe Jahr durch die Welt gehen, und der Zustand von 1914 wird nicht mehr erreicht werden. Ruiniert! Ruiniert! Immer wieder kommt einem Fausts Geisterchor ins Gedächtnis: «Weh! Weh! Du hast sie zerstört, die schöne Welt . . .»

In dem Entsetzen vor der Friedenszumutung, die uns unter dem Patronat Wilsons gemacht wird, kommen wir ab von den Schuldigen. Niemals ihrer vergessen, die uns dahin gebracht! Vergeßt diese romantischen Idioten nicht, die ihren mittelalterlichen Spuk im hellen Licht des Maschinenzeitalters trieben, ein Millionenvolk mit ihrem geistigen Alkohol berauschten und es so in den Abgrund stießen, den es in seiner Bewußtlosigkeit nicht sehen konnte. Wahrhaftig, das Alldeutschtum und die Militärromantiker, wie sie gemeinsam das deutsche Volk betörten, das gibt einen hübchen Vorwurf für ein Totentanzbild. Vergessen wir sie nicht, die Heilsprediger des scharf geschliffenen Schwertes, des trocken gehaltenen Pulvers, die der Wahnidee nachliefen: Ein Volk könne stärker sein als alle andern zusammen. Sie haben uns nicht geglaubt, was wir ihnen zuriefen, daß es mit dem Anhäufen von Gewaltmitteln allein nicht gehe, daß man auch das neue Mittel der Organisation, des Ausgleichs, der Verständigung in die Rüstung mit aufnehmen müsse, sonst schließt man sich aus aus der sich organisierenden Welt und preßt die andern nur um so enger zusammen. Unsren W o r t e n hat man nicht geglaubt. Der Hufeisentisch im Saal des Trianon-Hotels in Versailles mit den Delegierten der zweiundzwanzig Siegerstaaten bildete

jenen Anschauungsunterricht, den wir dem deutschen Volk gern erspart hätten.

Bern, 17. Mai.

Das Wort «unannehmbar» klingt von allen Lippen, schreit aus jeder Zeile, wird in tausenden und tausenden Protestversammlungen im Reiche wiederholt. Die Sitzung der Nationalversammlung in der Aula der Berliner Universität sprach ihre Entrüstung aus. Nur die Unabhängigen, die es übrigens an einer Kritik nicht fehlen lassen, sind für die Unterzeichnung, da sie die Revision des Vertrags von der Revolution erwarten. Alle andern Parteien sind für Ablehnung. Je mehr Einzelheiten man hört, um so mehr befestigt sich die Anschauung, daß hier ein Wahnsinnsakt vorliegt. Das ist ein Werk, von Besessenen geschaffen. Und man hört fortwährend neue Einzelheiten. Der Vertrag ist unerschöpflich. Das Bild wird immer klarer, umrissener: eine völlige Versklavung ist beabsichtigt. Die Einsperrung eines Millionenvolkes in ein Strafgefängnis, das ist das Problem. Der Pariser Fünfmännerrat, der Deutschlands gesamtes staatliches Leben überwachen soll, und dem das Recht zusteht, Steuern zu erhöhen, vorgesehene Ausgaben abzusetzen, kurz das gesamte Innenleben zu kontrollieren wie das eines Gefangenen, ist die Zuchthausaufsicht.

Dieser Vertrag will ebenso die psychologischen und die wirtschaftlichen Gesetze umstoßen wie ein Projekt für ein Perpetuum mobile die physikalischen. Er ist ebenso Narrenwerk wie jenes.

Es ist mißlich, daß man sich bei der Beurteilung dieser Friedensbedingungen in einer Gesellschaft befindet, die man bisher gemieden und weiter gern meiden möchte. Alle Kriegshetzer und Annexionisten stimmen natürlich mit uns. Das ist das Traurige, daß jene sich überhaupt berufen fühlen, mitzureden. Die früher ihre

Raubpläne nicht weit genug ausdehnen konnten, die England, Frankreich, Belgien, Italien und Serbien nicht hart genug «strafen» wollten, die in Brest und Bukarest das Haarsträubendste an Vergewaltigung geleistet und die Rumänen trösten wollten mit der Schwere des Friedens, den man für den Westen vorhabe, die schreien heute am lautesten, gebärden sich am entrüstetsten. Damit schaden sie der Sache des deutschen Volkes ungeheuerlich. Das Recht zu protestieren haben jetzt nur wir, die wir gegen den eignen Gewaltwahn protestiert haben. Die andern haben zu schweigen und in der Dunkelheit zu verschwinden; denn sie sind die Urheber dieser Schmach, die dem deutschen Volk angetan wird.

Und Wilson?

Ich glaube, — es tun es ja schon vernünftige Engländer und Franzosen — man kann jetzt offen von seinem Bankrott sprechen. Von seinem? Von unserm!

Wenn es dem mit allen Vollmachten ausgestatteten Oberhaupt des mächtigsten Volkes auf Erden nicht gelungen ist, die von ihm erkannte und feierlich verkündete Wahrheit zu verwirklichen, nicht einmal jetzt, nach diesem Krieg, zu verwirklichen, dann kann die bürgerliche Welt den Friedensgedanken überhaupt nicht mehr zum Sieg bringen. Dann ist alles Tun nach dieser Richtung umsonst. Dann hat die Menschheit nur noch die eine Hoffnung, daß der siegreiche Sozialismus sie erretten wird.

Ich glaube, dieser Lehre werden wir uns nicht verschließen können. Umsoweniger, als wir in ihr die einzige Möglichkeit zur Überwindung und Revision dieses Schandvertrags sehen, der dem deutschen Volk hier aufgezwungen werden soll.

Bern, 18. Mai.

Heute vor zwanzig Jahren. Da waren wir ein kleines Häuflein Weitschauender im Haag versammelt. Einige

Gläubige unter der Schar der überlegen lächelnden Diplomaten und Völkerrechtsjuristen. Heute vor zwanzig Jahren schritten wir hinaus zum «Haus im Busch», wo neben einem Dutzend Journalisten der Baronin Suttner und mir auf der baufälligen Brüstung unter dem Kuppeldach des Hauptsaales ein Stehplatz eingeräumt war. Wir kletterten über die Bodenstiege, über Balken und Sparren. Unten glänzten die Uniformen und die schwarzen Gehröcke der Delegierten von 26 Staaten. Einige von ihnen waren bereits von der Vernunft der Idee erfaßt. Andre, darunter die deutschen Delegierten, noch weit hinter ihr zurück. Beaufort sprach das Wort: «Ich eröffne die Friedenskonferenz.» Das packte uns, die Suttner und mich; denn es gab eine Bewegung, die der Konferenz diesen Namen streitig machen wollte. Damals war einer jener Momente, wo die Menschheit dem Weltgeist näher war als sonst. Aber weder Graf Münster, Oberst Schwarzhoff, Professor Zorn noch ihre Auftraggeber Bülow, Hohenlohe, der Kaiser hatten den Augenblick erfaßt. Sie schlugen den falschen Weg ein, der das deutsche Volk nach zwanzig Jahren nach Versailles führte.

* * *

In Deutschland nimmt die Protestbewegung gegen den Versailler Frieden großen Umfang an, während die deutsche Friedensdelegation Note auf Note an die Alliierten ergehen läßt. Abgesehen von den Unabhängigen, die für die Unterzeichnung eintreten, lautet die Parole: «ablehnen». Ich glaube, daß das eher als taktisches Manöver angesehen wird, denn als wahre Absicht. Man hofft durch die Drohung mit Ablehnung auf bedeutende Milderung des Vertrags. In Wirklichkeit wäre ja der Entente die Ablehnung mit dem Zwang zur Wiederaufnahme des Krieges sehr unangenehm. Ihre Völker

wären nicht leicht in guter Stimmung zu erhalten, müßten sie jetzt, nach sieben Monaten sehnsüchtiger Friedenserwartung, von neuem Krieg führen. Aber auch die Lage des deutschen Volkes würde so verzweifelt sein, daß an ein längeres Durchhalten in der Opposition gegen die Friedensbedingungen nicht zu denken ist. Und nur wenn es gelänge, den Friedensschluß noch einige Monate hinzuziehen, könnte auf eine Auflehnung bei den Ententevölkern gerechnet werden. Das ist unmöglich! Darum werden die Proteste nicht viel nützen. Das wenige, das einfach durch Bluff erreicht werden kann, hat keine Bedeutung. Ein Frieden, den die Menschheit braucht, der nicht nur diesen Krieg beendigt, wird das Versailler Instrument doch nie werden. Es wird immer ein Kriegsschluß bleiben wie alle bisherigen Friedensschlüsse, ein einfaches Umschalten des akuten Kriegs in einen latenten. Erst wenn der Abschluß des Kriegs vollendet ist, wird man den Frieden, den wirklichen Frieden, erarbeiten müssen. Es wird jahrelanger Arbeit bedürfen, um das Werk errichten zu können. Ein Irrtum war es, wenn man glaubte, daß man nach diesem Krieg, unter dem Druck einer sieghaften Partei, zum Frieden gelangen könne. Das wird erst möglich sein, wenn sich das gesamte Leben aller Völker auf das Normale eingestellt haben wird und die Erinnerung an die Leiden verblaßt, der Elan des Siegs unter der Nachwirkung des Kriegs, dem auch die Sieger ausgesetzt sein werden, sich gelegt haben wird. Ich habe bereits im Januar, als die Beratungen in Paris noch gar nicht begonnen hatten, die «Revision des Versailler Friedens» (in meinem Artikel im Wiener «Abend», 13. Januar) für notwendig erklärt. Sie wird kommen, diese Revision, sie muß kommen, darum ist es gleichgültig, ob man jetzt den Vertrag ändert oder nicht.

Kleine Änderungen haben keine Bedeutung, und grundsätzlich kann jetzt nichts geändert werden.

* * *

Es wird uns eine Bilanz geliefert über die deutschen Kriegsverluste. Es wurden gemeldet als tot 1 676 696, als vermißt (von denen neun Zehntel als tot betrachtet werden müssen) 373 770, so daß ein Gesamtverlust an Toten von über 2 Millionen angenommen werden muß. Verwundet wurden gemeldet 4 207 028. In feindlicher Gefangenschaft schmachten noch 615 922.

Das ist aber noch nicht alles. Die Rechnung erweitert sich noch um vieles.

Als tot gemeldet	1 676 696
Neunzig Prozent der Vermißten	336 400
Fünfundzwanzig Prozent der Verwundeten, die vorzeitig sterben werden	1 051 757
Tod von Zivilpersonen infolge der Blockade[1]	763 000
Geburtenausfall[1]	4 000 000
Durch Not, Gram, Revolution, Selbstmord, durch Schiffbruch, Unfälle, Verbrechen Gestorbene, schätzungsweise:	500 000

Also für Deutschland allein durch den Krieg getötete und nicht geborne achteinhalb Millionen Menschen.

Angesichts dieser unerhörten Verbrechen muß immer die Frage aufgeworfen werden, ob im Juli 1914 genug geschehen ist, diesen Massenmord zu verhüten? Wäre der glänzendste Sieg dieser Opfer wert gewesen? Muß nicht die Politik der Menschheit einzig darauf gerichtet sein, wie sie sich gegen den Krieg verteidigt, und nicht, wie sie durch Krieg weiterleben und sich entwickeln soll.

Wer noch weiter mit der Kombination Krieg denkt, muß aus der Gemeinschaft der Menschen ausgeschlossen werden.

---

1) Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes v. Dez. 1918.

Bern, 27. Mai.

Die Frist zur Beantwortung der Friedensvorschläge ist der deutschen Delegation um acht Tage, bis zum 29. Mai, verlängert worden. Man will dann rasche Arbeit machen. In Deutschland geht die Bewegung für die Nichtunterzeichnung des Vertrags ihren Gang. Sie peitscht den Nationalismus auf und belebt den militärischen Geist.

* * *

Statt die Schuld am Weltkrieg doch nun unumwunden zuzugeben und den allein rettenden Strich zwischen Gegenwart und altem Regime zu ziehen, wird das Reinwaschen weiter unternommen und mit erkennbarer Planmäßigkeit die Verwirrung der Geister herbeigeführt. Ein russischer Geheimerlaß wird jetzt mit viel Getöse verbreitet, aus dem hervorgeht, daß Rußland während der Mobilisierung diplomatische Scheinverhandlungen beabsichtigte, die die militärische Vorbereitung maskieren und die Befürchtungen des Gegners möglichst einschläfern solle.

Dieser «Geheimerlaß» ist das augenfällige Produkt naiver Militärmentalität. Zunächst wird verschwiegen, von wem dieser «Geheimerlaß» ausgeht, ja nicht einmal die deutsche amtliche Stelle, die ihn jetzt veröffentlicht, wird näher gekennzeichnet. Die Echtheit ist nicht erwiesen, aber daß Ideen dieser Art bestanden haben, braucht nicht bewiesen zu werden. Daß die Militärs stets ihr Augenmerk darauf richteten, ihre Kriegsvorbereitungen möglichst unbemerkt zu vollziehen, den Feind hinzuhalten, ist wahrlich nichts, das man uns erst zu enthüllen braucht. Das dürfte wohl bei allen Armeeleitungen Grundsatz gewesen sein. Die deutsche Stelle, die aber triumphierend diesen russischen Erlaß produziert in der Meinung, damit bewiesen zu haben, wie logisch, wie vaterländisch im August 1914 es war, gleich

loszuschlagen, irrt sich. Auch die Möglichkeit, daß durch das Zuwarten die Situation des Gegners sich bessert, ist keine Entschuldigung dafür, daß die Erschöpfung aller Friedensmöglichkeiten unterlassen wurde. Die Rettung des Friedens muß auch unter der Gefahr versucht werden, daß die Chancen der Kriegführung sich dabei verschlechtern. Denn der Friede ist die Hauptsache, nicht der Sieg. Das geht in ein Militärgehirn nicht hinein, und darum glaubt dieses, die frivole Auslösung des Weltkriegs gerechtfertigt zu haben, wenn es andeutet, daß das Schieß- und Stech- und Erstickgeschäft durch einen dem Frieden dienenden Schritt beeinträchtigt worden wäre.

Bern, 29. Mai.

In der «Frankfurter Zeitung» (28. Mai, 2. Morgenblatt) liest man in einer Korrespondenz aus Versailles:

> «Das uns in den Friedensbedingungen zugemutete Schuldbekenntnis werden wir nicht ablegen. Wir wollen die siegreichen Mächte entschädigen, lehnen es aber ab, als bestrafte Verbrecher ausgegeben zu werden.»

Welche Verwirrung! Und dazu sagen gewiß Tausende und Tausende «Bravo». Gerade weil wir nicht als bestrafte Verbrecher herumlaufen wollen, sollen wir die Schuld bekennen. Nicht unsre Schuld, nicht «Deutschlands» Schuld, wie man immer der Abkürzung halber sagt, sondern die Schuld der frühern Regierungsmänner, des früheren Systems, mit denen wir nichts mehr zu tun haben wollen. Machen wir doch endlich den Trennungsstrich, sprechen wir uns selber frei, die Welt wird zustimmen müssen.

Bern, 30. Mai.

Der deutsche Gegenentwurf, der heute in Versailles überreicht wurde, ist ein würdiges und vernünftiges Do-

kument. Gegenüber den Vergewaltigungsbestimmungen des Friedensentwurfs der Alliierten gewinnt der deutsche Entwurf an Bedeutung, was ja wahrhaftig kein Kunststück ist. Der deutsche Entwurf geht von den Bestimmungen des Waffenstillstands aus, der, abgesehen von ganz bestimmt bezeichneten Ausnahmen, die vierzehn Punkte Wilsons als Grundlagen der Verhandlungen anerkannte.

> «Deutschland hat ein Recht auf diese Friedensgrundlagen. Ihr Verlassen auf Seiten der Alliierten wäre der Bruch eines völkerrechtlichen Abkommens.»

Das ist unbedingt wahr, und die Wahrheit wird nicht abgeschwächt durch die Tatsache, daß eine frühere Regierung des jetzt die Beschwerde erhebenden Volkes zu Beginn des Kriegs über den Bruch völkerrechtlicher Abkommen anders gedacht hat. Mit Geschick führt die deutsche Erwiderung die während des Kriegs seitens der Staatsmänner der Entente getanen Äußerungen an, zu denen die jetzigen Friedensbedingungen im argen Widerspruch stehen. Diese Zitatensammlung kann nicht ohne Eindruck bleiben. Sie enthält eine schwere Anklage gegen die heutigen Staatsmänner der Entente, aber auch eine nicht minder schwere gegen die Militärgeister in Deutschland, die durch ihr unsinniges Gebahren den Deutschland so günstigen Geist verlorengehen ließen und den Militärmachthabern dort zur ausschlaggebenden politischen Macht verhalfen. Hätte Geist in Deutschland geherrscht, nicht der Säbel, dann wäre der Friede zu einer Zeit geschlossen worden, als die Staatsmänner der Entente noch die Macht besaßen, die Vernunft zur Geltung zu bringen.

Es ist zu verwundern, zu welchen Bedingungen die deutschen Delegierten sich einverstanden erklären. Sie willigen ein zur Verminderung der deutschen Armee auf 100 000 Mann und wollen auch die ihnen noch verblei-

benden Kriegsschiffe abgeben, wenn man ihnen dafür Handelsschiffe läßt. Welch bittre Ironie der Weltgeschichte. Einst wurde die Flotte gebaut zum Schutz des Handels, heute möchte man ihre letzten Reste abstoßen, um nur den Handel zu retten.

An Kriegsentschädigung bieten die Delegierten hundert Milliarden in Gold! Hundert Milliarden! Arme Menschheit! Wieviel Glück hätte ihr beschieden werden können nur mit einem Bruchteil dieser Summe! Und noch immer sieht sie den Wahnsinn nicht ein, treibt sie weiter die Politik der Anarchie, die abermals dem Krieg zusteuert.

Die Anrufung des Selbstbestimmungsrechts für die zur Loslösung bestimmten Gebiete ist eine gerechte Forderung, deren Unterlassung für die Entente zum Unheil gereichen wird.

Die Aufstellung der deutschen Gegenvorschläge wird kaum ein sofortiges Ergebnis für Deutschland haben. Aber ohne Ergebnis wird sie nicht bleiben. Sie bildet den Schatten zu dem Versailler Elaborat, der dessen Konturen nur um so deutlicher und schärfer erscheinen lassen wird.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Entente in wesentlichen Punkten nachgibt. Sie ist so froh, daß sie unter sich zu einer Einigung gekommen und den Krieg der Beutemacher untereinander vermieden hat, daß sie nicht wagen wird, an dem Bau des Ganzen zu rühren.

Was werden sie tun in Deutschland?

Es scheint so, als ob man zu der Tollheit entschlossen wäre, nicht zu unterzeichnen. Dann kann es finis germaniae heißen, denn der Ententeplan, mit den deutschen Einzelstaaten zu Friedensschlüssen zu kommen, ist nicht unausführbar. Was will man mit der Nichtunterzeichnung erreichen? Kann dieser Frieden überhaupt verbessert werden? Auch das weitgehendste Entgegen-

kommen macht aus diesem Zuchthausreglement keinen Friedensvertrag.

Warum ziert man sich denn, die Unterschrift darunter zu setzen? Warum will man denn gerade jetzt die Gewissenhaftigkeit selbst sein, wo es gar nicht angebracht ist? Dieser Vertrag ist ja nichteinmal ein Fetzen Papier. Er ist viel weniger.

Unterzeichnen! Ruhig unterzeichnen und dabei erklären, daß man nicht daran denkt, sich an diese Bestimmungen länger gebunden zu erachten, als sie durch Zwang aufrecht erhalten werden können.

Vertragstreue? In allen Ehren. Niemals soll in der Menschheitsgeschichte ein Vertrag zwischen zwei Völkern mehr gebrochen werden. Höchste Strafe den Vertragsbrechern, den Störern aller Ordnung und Sicherheit. Aber nur Treue einem wirklichen Vertrag gegenüber!

Ist das ein Vertrag? Ein Vertrag ist das Ergebnis von Beratungen der Parteien, von einem zwischen ihnen getroffenen Ausgleich, bei dem jeder etwas gibt und die Verpflichtung eines jeden den andern bindet und bereichert. Trifft das zu bei jenem Schriftstück, das in der Pariser Geheimküche gebraut und in Versailles als Schaugericht öffentlich aufgetischt werden soll? Ist die mit dem gespannten Revolver abgeforderte Unterschrift bindend, ist eine Erpressung ein Abkommen, hat irgendwo die Ausnützung einer Notlage durch Anwendung von Gewalt Gesetzeskraft? Schließt der Verbrecher mit dem Gerichtshof, der ihn ins Zuchthaus steckt, einen Vertrag? Bricht er einen Vertrag, wenn es ihm gelingt, zu entweichen?

Ist überhaupt jemals in der Geschichte ein einem Besiegten vom Sieger auferlegter Vertrag länger gehalten worden, als der Sieger die Macht besaß, ihn zu erzwingen? Und das wissen ja die Friedenskünstler in Versailles ganz genau, daß es sich bei der Erfüllung ihrer

hundert Paragraphen nicht um die Unterschrift des Grafen Brockdorff-Rantzau handelt, damit dieser Vertrag Geltung erhalte, sondern daß ihre eignen Kanonen, Kriegsschiffe, Bajonette und Fliegerbomben die Garantie der Erfüllung sind. Wenn diese eines Tages aus irgendeinem Grund ihre Kraft verlieren, hört die Erfüllung auf, ist die Zuchthausordnung von Versailles gewesen.

Also warum unterschreibt man nicht? Warum heuchelt man, als ob man wirklich ein auf Treu und Glauben errichtetes Abkommen vor sich hätte, dessen Geltung durch die Unterschrift heilig besiegelt ist.

Der Friede, der wirkliche Friede, der die ehernen Quadern der Ordnung errichtet und darauf das Heil der gequälten Menschheit stützen wird, der wird ein andermal und von ganz andern Menschen unterzeichnet werden.

Bern, 2. Juni.

Nun ist auch Deutsch-Österreich vor die Schranken des Siegergerichts gestellt worden. Als Überbleibsel des alten Gewaltstaates, als Rahmen des einst führenden und bedrückenden Volkes des Habsburger Familienbesitzes wurde es als Erbe dieses Staats betrachtet und zu den Lasten der Niederlage verurteilt. Noch kennt man nicht das Ganze des Urteils, aber das gestern Bekanntgegebene genügt, um zu erkennen, daß es sich auch hier nicht um ein Friedenswerk handelt, sondern um ein Aufspießen mit den Hörnern eines wild gewordenen Stieres.

Von den zwölf Millionen Deutschen, die im alten Donaureich wohnten, sind sechs Millionen Deutsch-Österreich geblieben. Die andern sind zur höhern Ehre des Völkerbundes den militärischen und nationalistischen Begierden Italiens und der Slaven geopfert worden. Ein Vierteldutzend Elsaß-Lothringen sind hier geschaffen worden. Die urdeutschesten Gebiete des ganzen deutschen Sprachgebiets, die ihre Nationalität am fühlbarsten ent-

wickelt hatten, weil sie sich stets im nationalen Kampf befanden, sind jenen Nationalitäten unterworfen worden, denen gegenüber sie früher als Herren aufgetreten waren, und nicht als milde Herren. Wie soll das zu Ordnung und Sicherheit führen.

Doch die Friedensmacher sind gerecht. Sie garantieren den Deutsch-Österreichern einen freien Ausweg zur See. Sie sind klüger und gerechter als die Ährenthals und Berchtolds, die das kleine Serbien vom Meer abschließen wollten. Man rächt sich edel in St. Germain. Den Deutsch-Österreichern ist der Weg offen gelassen zu einer Stelle, wo sie sich ersäufen können. Zu anderm wird ihnen der Weg kaum etwas nutzen.

Etwas ist in diesem Vertrag enthalten, das mit Worten nicht ausgedrückt ist: daß der Weg nach Großdeutschland beschritten werden muß. Auch wenn er nicht gestattet ist; denn bevor die sechs Millionen zum Selbstmord schreiten, der ihnen gnädigst gegönnt ist, werden sie versuchen, den Weg zur Rettung einzuschlagen. Der Selbsterhaltungstrieb wird sie, über alle Artikel des Friedensdiktats hinweg, hinüberziehen zu den andern sechzig Millionen. Dazu bedarf es keiner Liebe für das Preußentum. Die ist nicht vorhanden. Aber in der Not des Daseins lebt man lieber mit jenen zusammen, die die eigne Not und eigne Sprache verstehen.

Es war ein historischer Moment, dieses Begräbnis in St. Germain. Eine Großmacht, die in der Weltgeschichte durch Jahrhunderte mitgewirkt hat, wurde begraben, nachdem sie schon sieben Monate tot ist. Ob jemand geweint hat? Niemand weint diesem unzeitgemäßen Staat mehr eine Träne nach. Er hätte gerettet werden können, wenn in die käsigen Gehirne, die den Staat regierten, noch Vernunft einzublasen möglich gewesen wäre. Der alte Herrenbesitz hätte in einen modernen Völkerstaat umgewandelt werden können. Noch heute

vor einem Jahr wäre es möglich gewesen. Wie oft wurde in diesen Aufzeichnungen der Weg zur Rettung gezeigt, der Warnruf ausgestoßen. Deutschland, so schrieb ich, kann den Krieg verlieren, aber es wird bestehen bleiben. Österreich hört auf zu sein, wenn Deutschland den Krieg verliert. Es ist nicht klug, sich für alldeutsche Gehirnexkremente einzusetzen. Damit wurde man zum Hochverräter gestempelt.

Nun ist es tot, das alte Österreich.

Auch hier wird neues Leben aus den Ruinen blühen. Nur Deutsch-Österreich wird für immer verdammt sein, weil es die Ehre hatte, der «Familie» als Sitz gedient zu haben, und weil es die größten Idioten des Erdballs besaß, die Habsburger Alldeutschen, die sich den Haß aller andern Völker zugezogen haben. Auch sie sind in St. Germain erschlagen worden. Aber wir mit ihnen.

Beatenberg, 17. Juni.

Höhepunktstimmung. Gestern dürfte die Antwortnote der Entente dem Grafen Brockdorff-Rantzau in Versailles übergeben worden sein. Wir kennen sie noch nicht. Man braucht aber keine große Kombinationsgabe zu besitzen, um sich vorzustellen, daß die Sieger von den ursprünglichen Bedingungen wenig abgegangen sein werden. Einige Konzessionen, Versprechungen für künftige Erleichterungen sind zu erwarten, mehr nicht.

Und binnen fünf Tagen soll die Regierung Deutschlands annehmen oder ablehnen. Wir sind also dem kritischsten Augenblick der Welttragödie ganz nahe. Noch in dieser Woche muß es zur Entscheidung kommen.

Die öffentliche Grimasse zeigt noch immer mit bitterm Ernst auf Ablehnung. Aber was ist es denn mehr als eine Grimasse. Die sie zur Schau tragen, wissen ganz gut, daß die Ablehnung nicht möglich ist, daß sie Selbstmord wäre. Sie verfolgen mit ihrer Taktik nur den Zweck,

einen Verantwortlichen für die schließlich doch notwendige Unterzeichnung zu suchen. Sie erwarten den stärksten Druck, die ernsten Maßnahmen zur Fortsetzung des Kriegs seitens der Entente, um angesichts dieser Drohung die Unterzeichnung entschuldbar zu machen. Der Vertrag m u ß unterzeichnet werden. Es bleibt keine Wahl.

Aber hinter dieser Ablehnungsentschlossenheit lauert eine Gefahr. Die Stimmung, die sie im Volk erzeugt, noch mehr die Stimmung, die die unter äußerm Druck vollzogene Unterzeichnung hervorrufen muß, fördert die Macht der Reaktion. Ganz offen spricht man von dem zu erwartenden Putsch der Militärs zugunsten der Ersetzung einer Regierung, die die Restauration vorbereiten soll. Ich halte diesen Versuch auch für unausbleiblich. Die alten Geister wähnen ihre Zeit für gekommen. Sie müssen den Versuch wagen, das alte Regime wieder herzustellen. Doch hoffe ich, daß sie sich auch hier täuschen werden, wie sie sich über das Unternehmen dieses Kriegs getäuscht haben. Ich hoffe, daß sie an dem nun erwachten klugen Sinn des deutschen Volks zerschellen werden, und da mir dies notwendig erscheint, halte ich auch diese Auflehnung der Legitimisten für notwendig. Erst danach wird die Revolution gesichert dastehen und ihr Werk vollenden können. Nur um das teure Blut ist es schade, das hier wieder fließen wird.

Beatenberg, 18. Juni.

Die Ententeantwort ist am Montag in Versailles übergeben worden. Frist auf sieben Tage anberaumt. Also am 23. abends wird die Entscheidung fallen. Noch ist aus den bisher gesehenen Zeitungen nicht ersichtlich, welche Änderungen an dem ursprünglichen Vertrag vorgenommen wurden. Es sind einige Milderungen erfolgt.

Viel ist es sicherlich nicht. Ein denkwürdiges Dokument, das in der Geschichte nicht untergehen wird, ist der von Clemenceau unterzeichnete Begleitbrief zur Note. Eine Anklage, eine schwere Anklage gegen Deutschland, die gleichzeitig eine Begründung der Schwere und Unerschütterlichkeit der Friedensbedingungen sein soll.

Es ist viel Wahres in dieser Denkschrift.

> «Nach der Ansicht der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der im Jahre 1914 ausbrach, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker, das je mit Vorbedacht von einer Nation, die sich für zivilisiert hält, begangen wurde.»

Das ist, leider, wahr!

Es folgt eine Schilderung der Anstrengungen, die «die deutschen Regierungen» — hier ist erfreulicherweise von den Regierungen die Rede — machten, um sich die Vorherrschaft in Europa zu sichern. Sie haben ihre Rüstungen übertrieben, Feindschaft und Argwohn zwischen den Völkern gesaet, haben den

> «Geist ihrer Untertanen mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln zu der Lehre bekehrt, daß in den internationalen Angelegenheiten die Gewalt das Recht sei».

Das haben sie wahrhaftig getan!

Dann folgt der Vorwurf über die Entfesselung des Kriegs und über die grausame Art seiner Führung. Doch ist hier nicht mehr von den «deutschen Regierungen» die Rede, sondern kurzweg von «Deutschland». Damit wird der Übergang gefunden zu der Begründung jener Maßnahmen, die das Volk zu tragen hat. Die Revolution wird anerkannt, sogar der Hoffnung Ausdruck gegegeben, daß die durch sie bewirkte Änderung Frieden und Ordnung für Europa darstelle. Aber da die Revolution erst gemacht wurde, als die Armeen im Felde

geschlagen und keine Hoffnung mehr vorhanden war, aus dem Krieg Gewinn zu ziehen, sehe man keine Veranlassung, dieser Änderung im Friedensvertrag Rechnung zu tragen. Und nun begründet man die Schuld des deutschen Volkes.

> «Während des ganzen Kriegs wie auch vorher haben das deutsche Volk und seine Vertreter, die dem Krieg günstig gesinnt waren, Kredite bewilligt, Kriegsanleihen gezeichnet, allen Befehlen ihrer Regierung gehorcht, so grausam sie sein mochten.» . . . «Wenn diese Politik der deutschen Regierung erfolgreich gewesen wäre, so hätte sie das deutsche Volk mit ebensoviel Begeisterung begrüßt, wie es den Ausbruch des Kriegs begrüßt hat.»

Diese Argumentation ist falsch.

Wann sind Revolutionen gegen eine starke, noch dazu erfolgreich im Krieg befindliche Regierung gemacht worden? Erst wenn die Regierungsgewalt durch eine Niederlage unmöglich ist, werden die Kräfte des Volkes frei, kann sich ein Volk erheben. Es ist zugegeben, daß große Teile des deutschen Volkes den Krieg gebilligt, ihn in allen seinen Phasen mitgemacht, auch im Falle eines Sieges sich an dessen Vorteile beteiligt hätten. Das spricht aber noch immer nicht für die Schuld des Volkes. Dieses ist gebunden und geblendet, im Krieg mehr als je. Nicht nur im alten deutschen Obrigkeitsstaat, sondern auch in den freien Demokratien des Westens und in Amerika erleben wir dieses Schauspiel der Volksohnmacht. Der Kreis der wirklich am Krieg und seinen Vorteilen Interessierten ist klein. Diese haben aber die Mittel, die Masse zu betören und zu berauschen. Die Suggestivkraft der Massenerscheinungen unterwirft sich den Einzelnen und erhöht dadurch noch, immer aus sich selbst heraus, die Massenwirkung. Kein Volk ist schuldig! Ebensowenig wie der Eisenbahnwagen die entscheidende Kraft der Bewegung, Schnelligkeit und Rich-

tung des Zuges liefert, in den er hineingekoppelt ist. Selbst zugegeben, daß die Masse des deutschen Volkes ein williges Objekt für die von der Regierung und den Teilnehmern an der Macht ausgehende Suggestion war, wenn es schwer ist, es aufzuklären, und es hartnäckig, sei es aus Treue, Romantik oder einfach aus Dummheit an seine Regierung glaubt, ist es doch nicht schuldig. Wer es schlägt, weil es auf Anordnung und unter Zwang Krieg geführt hat, peitscht wie Xerxes das Meer.

Und hierzu kommt noch, daß neben der Masse der Kriegsgläubigen und Kriegsbejubler ein großer Teil aufgeklärter Menschen im deutschen Volk vorhanden war, der von Anfang an dem Krieg sich widersetzte, den Elan nicht mitmachte, die Art der Kriegführung verdammte und sich auch einem Siegfrieden der deutschen Militärs widersetzt hätte. Dieser von der Suggestion nicht beeinflußbare Teil des deutschen Volkes bildet die Grundlage der Revolution, den Stamm derjenigen, die Europa, die Welt zu Hoffnungen für die Zukunft berechtigten. Auch dieser Stamm gesunder Menschen wird mitbestraft, erduldet die Rache des Siegers.

Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi.

Es ist nicht zu erwarten, daß die feindlichen Völker, die durch den Krieg so viel gelitten haben, nunmehr dem deutschen Volk, wenn es auch selbst Opfer war, alles verzeihen. Daran denkt man nicht. Aber bei der Unterscheidung zwischen Regierung und Volk soll man bleiben, und den kommenden Tag soll man zeigen, wo man bereit sein wird, das Volk, das sich von den Sünden seiner Regierung gereinigt haben wird, als gleichberechtigtes Glied ohne Vorwurf und Haß in die menschliche Gesellschaft wieder aufzunehmen, aus die es eine vernunftlose Menschenschicht herausgerissen hat.

Soweit es die Schuld am Krieg, die nähere und die entferntere, die Verbrechen der Kriegführung anführt, ist

dieses Dokument das furchtbare Urteil über die vom Bismarckgeist erfüllten zwei Menschenalter deutscher Geschichte. Es ist der Schlußpunkt für die beiden wilhelminischen Perioden von 1861—1918. Die verspätete Ritterromantik des Preußentums hat ihr Ende gefunden.

Im übrigen entbehrt dieses Dokument nicht der Schwächen. Das leichte Hinweggleiten über die Waffenstillstandsbedingungen vom November 1918 schafft den Vertragsbruch nicht aus der Welt. Die Vergewaltigung der Wilsongrundsäße ist nicht wegzuleugnen, vor allem nicht die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts. Dieser Friede ist Strafe, ist Rache, aber vor allem kein Friede. Wer Richter über den Unruhestörer und Gewaltanbeter sein will, müßte doch über dem Verbrecher stehen. Die Diktatoren des Versailler Friedens übernehmen nur die Rolle des verunglückten Übeltäters. Das Übel geht weiter.

Beatenberg, 20. Juni.

Heute muß in Berlin die Entscheidung gefallen sein. Die Nachrichten kommen spät hier herauf, aber man fühlt die Erregung, die die Welt durchzittert bis in diese Bergeinsamkeit hinein.

Diese acht Tage vom 16. bis 23. Juni 1919 sind das Widerspiel der dreizehn Tage vom Sommer 1914. Ein Vergleich dieser zwei Perioden sollte für alle Zeiten das warnende Beispiel für die Völker bilden. Die Geschichte dieser beiden Schicksalsperioden sollte eingefügt werden in die Schullesebücher der ganzen Welt. Ein besseres Mittel für die Erziehung zum Pazifismus gibt es nicht.

In Berlin und Weimar berät man, ob man den Friedensvertrag unterzeichnen soll. Die Friedensdelegation berät, das Reichsministerium berät, die Fraktionen beraten, die Nationalversammlung wird sich aussprechen,

die Wirtschaftsverbände beraten, die Finanzsachverständigen beraten, die Provinzialverbände beraten, die Regierungen der Einzelstaaten beraten, alle Zeitungen erörtern die Frage über das Wie der Entscheidung. Wenn man nur die Frage, ob Krieg gemacht werden soll, im Juli-August 1914 so eingehend beraten hätte, wie man jetzt über die Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrags berät, sähe die Welt heute anders aus. Damals handelte man schneidig und «leichten Herzens» und heute . . . Ein schwerer Gang, der Gang nach Versailles. Man wird ihn gehen müssen. Vergeßt dabei den Fluch nicht für die Verbrecher vom Juli 1914!

Beatenberg, 21. Juni.

Fünf Jahre sind heute seit dem Tod Bertha von Suttners vergangen. Zum letztenmal in diesen Tagebuchaufzeichnungen gedenke ich am Jahrestag ihres Heimgangs der großen deutschen Mahnerin. Der Krieg, den sie kommen gesehen, den sie in seiner Schrecklichkeit und in der Schwere seiner Folgen erkannt, für dessen Vermeidung sie ein Vierteljahrhundert gekämpft, er erlischt. Er stirbt wie die Völker, die ihn führten, ihn ertragen mußten. Noch immer ist aber Bertha von Suttners Asche nicht beigesetzt. Nun, glaube ich, ist die Zeit gekommen, es zu tun. Nun sollen die durch den Krieg erleuchteten Völker nach Gotha wandeln und die im Leben Verkannte und Besudelte wie eine Nationalheilige beerdigen. Nun ist es Zeit, der Bekämpferin des Kriegs Denkmäler zu errichten, Straßen und Plätze, die früher Feldherrnnamen trugen, nach ihr zu benennen, sie als Symbol und Banner der neuen heranwachsenden Menschheit voranzutragen.

Heute an ihrem fünften Todestag werden wohl die Vertreter des deutschen Volkes den bittern Entschluß ihrer Zustimmung zu dem Versailler Gewaltdiktat fassen.

Auch eine Totenfeier für dich, Bertha von Suttner!

Wie schön war doch die Welt troß all ihrer Mängel und Unzuträglichkeiten, als du sie heute vor fünf Jahren verlassen. Wie schön wäre sie noch, wenn man auf dich gehört hätte.

Als wir deinen Sarg aus deinem Wiener Heim hinaustrugen, folgten ihm ein Dußend Menschen. Zwanzig Millionen Menschen sind dir als Opfer des Kriegs in das Grab gefolgt. Es werden dir noch viele folgen, denn der Krieg wütet weiter, mordet weiter, schändet weiter troß des feierlichen Hokuspokus' von Versailles.

Hell aber strahlt dein Bild über all dieses Elend und kündet der unseligen Menschheit ferne Hoffnungen.

Interlaken, 24. Juni.

Die deutsche Nationalversammlung hat am Sonntag (22. Juni) in einer denkwürdig bleibenden Sißung mit einem Mehr von 273 gegen 138 Stimmen sich mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags einverstanden erklärt. Vorher hatte die Regierung Scheidemann demissioniert, und ein neues, aus Sozialdemokraten und Zentrumsleuten gebildetes Ministerium hat die Regierung angetreten. Der Sozialist Gustav Bauer hat das Präsidium, der Sozialist Hermann Müller das Ministerium des Äußern übernommen. Der Entschluß zur Unterzeichnung wurde unter dem Vorbehalt abgegeben, daß das deutsche Volk sich nicht als allein Schuldigen am Krieg ansieht, und daß die in den Artikeln 231—237 bedingte Auslieferung deutscher Personen, des Kaisers, der Heerführer usw., nicht erfolge. Auch bezüglich der Kolonien und einer Revision des Vertrags wurden Vorbehalte gemacht. Noch am Sonntag abend hat die Entente diese Bedingungen abgelehnt, und der deutsche Ministerrat hat in der Nacht von Sonntag zu Montag die Bedingungen nunmehr o h n e V o r b e h a l t angenommen.

Die Reden in der Sonntagssitzung waren von tiefem Ernst erfüllt. Welch schreiender Gegensatz zu jenen Hurrareden in der Sitzung des Reichstags vom 4. August 1914. Es ist anders gekommen, als die im Machtdünkel der letzten Jahrzehnte befangenen Geister es sich vorgestellt hatten. Das Schwert hat sich als ein unsicheres Instrument erwiesen.

Durch alle Reden zieht der Gedanke, daß die Bedingungen des Vertrags unerfüllbar sind, daß eine Revision und eine Befreiung kommen müsse, daß auch die heutigen Gegner zu dieser Erkenntnis gelangen müssen. Traurig und resigniert sind die Reden der Konservativen, die gegen die Unterzeichnung gestimmt hatten, sehen sie doch den Untergang ihrer Ideen besiegelt, und sie halten darum auch das Volk für verloren. Aus den ernsten Reden der Sozialisten beider Gruppen spricht doch Hoffnung auf eine Wiedererrichtung im Geist der Demokratie. Am Schluß stand der Protest des Abgeordneten Hörsing, der namens jener deutschen Volksteile sprach, die durch den Friedensvertrag vom Mutterland abgetrennt werden.

> «Wir werden auch unser Leben lang die Hoffnung nicht aufgeben, daß früher oder später die durch das Machtgesetz der kurzsichtigen und haßerfüllten Gegner von der Heimat abgetrennten Gebiete zum Vaterland zurückfallen werden.»

Das ist das Gegenstück zu dem Protest der Elsaß-Lothringer in der Nationalversammlung zu Bordeaux im Jahr 1871. So stehen denn jetzt die Protestler auf der andern Seite und bekunden, daß das, was jetzt in Versailles unterzeichnet werden soll, ebensowenig ein Frieden ist, wie das, was 1871 in Frankfurt am Main unterzeichnet wurde, ein Friede war.

N i e u n d n i m m e r ! Nie und nimmer können wir den Krieg als beendigt erachten. Der Vorhang fällt

über ein Vorspiel. Gelingt es, im Zwischenakt das Elend gründlich zu überwinden, so ist die Möglichkeit eines Friedens gegeben, wenn nicht, fängt nach kurzer Pause der Gewaltwahnsinn des Kriegs von neuem an. Fürchterlicher, blutiger, vernichtender, als es die vergangenen vier Blutjahre waren. Das darf aber nicht sein; das kann nicht sein.

Wir müssen der Menschheit klarmachen, was ihrer harrt, wenn sie nicht den Weg der Umkehr einschlägt. Wir konnten sie auf der Bahn, die zum Abgrund führt, nicht aufhalten. Jetzt, wo sie dem Abgrund verfallen ist, die Schrecken erleidet, die wir ihr vorhergesagt, wird es doch nicht so viel Mühe kosten, sie zu überzeugen, daß sie heraus muß, auch daß sie heraus kann. Und es gibt nur ein Heil für das deutsche Volk, auch für die andern, den Verzicht auf das trügerische Mittel der anarchischen Gewalt, das wie der Alkohol vorübergehend die Lebenskräfte erhöht, aber sie dann um so stärker zusammenbrechen läßt. Nicht mehr durch Krieg gibt es Rettung. Alle Versuche, die Kräfte des deutschen Volkes zum Rachekampf aufzurütteln, sind Mordversuche an diesem Volk. Nie mehr werden die durch die deutschen Machtgötzen und Machtapostel geängstigten Völker eine kriegerische Auferstehung Deutschlands zugeben. Sie werden jede derartige Regung im Keim ersticken und schließlich, wenn die Gefährdung kein Ende nimmt, durch Aufteilung des Landes und unerbittlichen Massenmord diesem Volk, das alle hassen, ein Ende bereiten. Das deutsche Volk kann nur genesen, wenn es sich mit seiner ganzen altbewährten Tüchtigkeit und Hartnäckigkeit daran macht, die Menschheit in ihrem Streben nach Organisation und Stabilität zu unterstützen. Durch die Tore des Pazifismus geht es zum Risorgimento. Anders nicht. Jeder andre Weg führt zum völligen Tod. Das deutsche Volk kann seinen

Aufschwung nur mehr finden in dem Aufschwung der Menschheit, in der Überwindung des Nationalismus durch den Internationalismus, in der Durchbrechung der geistigen und geographischen Grenzen zur internationalen Kooperation. Dieser früher unter dem Einfluß der Säbelpriester verachtete Gesichtspunkt muß obsiegen und die Köpfe und Herzen der Deutschen erfüllen! Auch die Herzen! Denn wenn ihr nur den Verstand allein walten läßt, wird man euch nicht glauben, bei dem Mißtrauen, mit dem die Welt gegen euch erfüllt ist. Ihr müßt aus eurem Innern heraus die neue Heilslehre erfassen, wenn sie euch Heil bringen soll, nicht bloß mit dem Rechenstift der Opportunität. Gelingt euch das, dann wird das Wunder sich ereignen. Gelingt es euch, alle die Gewaltanhänger und Gewaltgläubigen, die alten Kriegsenthusiasten und Kriegshetzer in die Hinterstuben des Staates und des geistigen Lebens abzuschieben, den Erkennern des neuen Geistes überall die Führung anzuvertrauen, dann wird mit einem Schlag der alte Haß- und Rachegeist der heutigen Gegner verschwunden sein, dann wird der Friedensvertrag von Versailles ein veraltetes, unbrauchbar gewordenes Instrument werden, mit dem man kaum mehr anzufangen wissen wird als heute mit dem Vertrag von Verdun und dem von Westphalen. Nur ein neues Deutschland kann sich aus dem Zuchthaus befreien, in das die Richter von Versailles das Siebzigmillionenvolk gesetzt haben, und ein neues Deutschland kann nur noch durch ein harmonisches neues Europa, durch eine neue Welt erstehen. Möge das bis in die letzte deutsche Hütte klar werden! Die Freiheit, die wir im Kampf gegen alle verloren haben, kann nur in der Vereinigung mit allen wiedererrungen werden. Wie die kleinen deutschen Staaten, die Städte, Bistümer, Herrschaften aufgingen in das Reich, dabei ihr Wohl, ihre Größe und Stärke fanden, wird Deutsch-

land und die andern Nationen aufgehen in die Welt, in jenen erst zu errichtenden Bund der Völker, der sich zu dem Versailler Projekt so verhalten wird wie das Reich von 1871 zu dem alten Deutschen Reich. Und während diese nationalen Konsolidierungen in Deutschland und allenthalben nur durch Gewalt, durch Blut und Eisen vor sich gingen, wird diese kommende Integration der Nationen zur Menschheit nur vor sich gehen durch Geistestat, durch Hirn und Tinte.

* * *

In diesen furchtbarsten Tagen seiner Geschichte steht das deutsche Volk einsam in der Welt. Die Staaten als solche wenden sich von ihm ab. Sie stehn geschlossen auf der andern Seite. Die Zahl der Neutralen ist zu gering, um hieran etwas zu ändern. Wer aber genau zusieht, bemerkt das wunderbare Schauspiel, daß hinter der starren Oberfläche der Feinde der Protest gegen jenes Friedensdiktat in hohem Maß einsetzt. Etwas, was sich noch nie erreignet hat, vollzieht sich. In den Staaten der Sieger erheben sich hervorragende Einzelpersonen, erheben sich Gruppen, Parteien, Massen und protestieren gegen diesen Frieden, den auch sie als einen solchen nicht ansehen. Die Revision dieses Friedensvertrags hat begonnen, ehe die Unterschrift darunter gesetzt war. Das ist auch schon ein Zeichen des neuen Geistes, das ist ein Zeichen des zusammengebrochenen Gewaltsystems. Breite Schichten der Völker wollen nicht mehr die Vorteile der Gewalt, die Scheingewinne, die sich aus der Unterjochung andrer ergeben. Sie schreien nach Recht, nach Ordnung, nach Organisation! Hoffentlich ist das deutsche Volk nicht so verblendet, diese Zeichen zu übersehen. Hoffentlich hört es nicht auf jene Verführer, die ihm die Wiedererhebung darstellen durch neue Bündnisse mit unzufriedenen Regierungen. Hoffentlich erkennt

es, geläutert und verstandesschärfer geworden durch sein Unglück, daß nicht in neuen Bündnissen mit andern Staaten, etwa mit Japan oder Rußland, sein Heil liegt, sondern im Zusammengehen mit den freien, mit den pazifistischen Geistern in den Ländern der heutigen Feinde. Bei diesen prachtvollen Männern und Frauen in England, in Amerika, in Italien, überall, die mit uns aufschreien gegen diesen Frieden, liegt das Heil unsrer Zukunft, das Heil der Welt. Mit ihnen muß Verbindung, Bindung, Übereinstimmung gesucht werden. Das wird etwas andres sein als diese auf Rekrutenzahl und Kanonenmaterial beruhenden Vereinbarungen des alten Regimes. Der neue Geist bricht sich allenthalben durch, möge dem deutschen Volk nicht das noch größere Unglück zuteil werden, jetzt noch blind zu sein.

Interlaken, 25. Juni.

In den Hauptstädten der Ententestaaten ertönten am Abend des 23., nachdem die Kunde von der Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Unterzeichnung sich verbreitet hatte, Kanonensalven der Freude, die den jubelnden Menschen in den Siegesländern verkünden sollten: der größte Krieg der Weltgeschichte ist vorüber. —

Ist er vorüber?

Der Krieg wohl, aber der Friede ist noch nicht erreicht. Der muß jetzt erst erarbeitet, muß errichtet werden. Das wird Zeit in Anspruch nehmen, wird noch viele Leben, viel Menschenglück kosten. Wenn es aber gelingt, dieser Kriegsbeendigung auch die Friedenserrichtung folgen zu lassen, dann werden die Kanonendonner von Paris und London und Rom nicht nur das Ende des größten Kriegs der Weltgeschichte, sondern auch den l e t z t e n K r i e g angekündigt haben.

Wir können das heute noch nicht behaupten, aber mit einiger Begründung können wir die Hoffnung aus-

sprechen, daß diese Katastrophe die letzte ihrer Art war, die die Menschheit heimgesucht hat. Nicht daß fürder kein Gewehr mehr losgehen, nie mehr Gewalt geübt werden dürfte. Aber daß Gewalt geübt werde aus dem Willen eines einzelnen Staates heraus als berechtigt erscheinendes Mittel seiner Politik, Gewalt an Stelle eines die Völker beherrschenden Rechtes, anarchische Gewalt also, das dürfte nie mehr vorkommen im Leben der Menschheit. Aber nur das ist Krieg. — Jede Gewaltanwendung Staaten gegenüber ist fortab eine allgemeine Sache der Menschheit, die Gewalt üben wird nach vorhergegangener Erwägung, auf Beschluß hin, in Ausführung und zur Durchführung eines die Staaten fortab beherrschenden Rechtes. — Das wird, wenn es jemals überhaupt dazu kommen sollte, wenn nicht die bloße Drohung solch mächtigen Willens, jede Auflehnung gegen die gesetzte Ordnung unmöglich machen wird, in keinem Fall mehr Krieg sein. Ebensowenig Krieg, wie die Funktionen der gesetzlichen Exekutive im Staat Krieg gegen den Bürger bedeuten, der das Recht gebrochen.

Die Freudensalven der Sieger tönen über ein Riesengrab, in das so viel, so unendlich viel versenkt wurde, das der lebenden Generation teuer war. Menschen, junge lebensberechtigte Menschen, haben wir zu Millionen in dieses Grab gelegt, Hoffnungen, die nicht minder berechtigt waren, Lebensglück, Gesundheit, Arbeit und Arbeitswerte, Denkmäler, Wohnstätten, Menschheitsbeziehungen, lieb gewordene Gewohnheiten und Einrichtungen, Vertrauen, Freundschaft, Wohlstand, alles, alles liegt in der großen Gruft, vor der wir Zeitgenossen stehen. Ein Morast von Blut und Haß, von Entmenschung, Verbrechen, Armut, Krankheit, Not, Verzweiflung, hat sich über die Erde gezogen. Wenn dieser große Mord nicht auch eine alte, schon längst todesfällige Mensch-

heitsperiode mit sich in die Erde gezogen hätte, dann würde das Weiterleben für die unglücklichen Überlebenden kaum mehr erträglich sein. Aber er tat es. In dieser Riesengruft, vor der wir stehen, liegt auch die alte Zeit mit ihren vergifteten Ideen und ihrem verpesteten Odem, und ein neuer Abschnitt der Menschheitsgeschichte beginnt an diesem Grab.

Wir, wir Lebenden, wir Zeitgenossen, haben viel verloren. Aber die Menschheit, Die, die nach uns kommen werden, sie werden gewonnen haben. Aus all diesem Elend, das uns umfaßt, leuchten Lichtschimmer hervor, die uns die Sicherheit geben, daß jenseits dieses Grabes wieder Leben sein wird, neues Leben, besseres und glücklicheres Leben, als jenes war, das wir gesehen haben.

Mit all dem Kostbaren, das wir verloren, ist auch von den Hemmnissen viel versunken, die bis jetzt die Entwicklung zu höhern Daseinsformen gehindert haben.

Versunken ist die frevelhafte Idee vom Nutzen des Kriegs, vom Wert des Schlachtensieges. Auch die Sieger in diesem Ringen sind wirtschaftlich erschlagen, haben Lasten und Folgen zu tragen, die den Sieg mit Trauergeweben umflort erscheinen lassen. Versunken sind die großen Militärautokratien Europas, die Herrschaft der Romanows, der Habsburger, der Hohenzollern, des Halbmonds, die den Krieg zu einer Art Religion erhoben haben und einen Fetischdienst mit Blut und Eisen trieben. Versunken ist mit ihrer Herrschaft das Obrigkeitsregime im Staat, die Privilegien einiger auserwählter Gruppen, der «Banditismus», das ist das Ausbeutesystem einer Minderheit zu Ungunsten und zum Unheil der in Fesseln schmachtenden Mehrheit. Versunken ins Grab der Militarismus, jene Knechtung der Menschheit durch vorsintflutliche Ideen, jene Ausnützung aller Vorteile der Kultur statt zu Zwecken der Verbesserung

und Verschönerung des Daseins der Masse, zu deren Knechtung und Unterdrückung, was Alexander Herzen einst so treffend als «Dschingis Khan mit Telegraphen» bezeichnete.

Wir dürfen also auf den Beginn eines neuen Abschnittes der Menschheitsgeschichte hoffen. Eine Menschheit, die befreit sein wird von jenen furchtbaren Hemmnissen, die unsre Entwicklung, unser Glück gelähmt haben, wird auferstehen. Jene Verbrecher, jene verbrecherischen Institutionen, die uns dieses Riesengrab geschaffen, an dem wir trauernd stehen, haben sich selbst hineinlegen müssen. Für sie gibt es keine Auferstehung mehr. Es beginnt eine neue Welt. Wir dürfen hoffen. Eine neue Welt, die nicht mehr durch Krieg gemodelt wird. Die überlebende Generation weiß heute, was ein Krieg ist, die nachfolgenden Generationen werden es noch wissen. Ihre Betörung durch gewissenlose Quacksalber wird kaum mehr möglich sein. Man weiß jetzt, daß jeder Krieg vermieden werden kann, wenn nicht die Ruhmgier beschäftigungsloser Militärs den Zeitraum, innerhalb dessen sich die Vernunft betätigen kann, so beschränkt, daß die Unvernunft obsiegt. Nur Phrase und Schaumschlägerei machte es möglich, daß zu der Anwendung der furchtbarsten Gewaltwaffen geschritten wurde, ehe noch alle Möglichkeiten der vernünftigen Schlichtung versucht waren. Man weiß heute auch, daß der Krieg nicht mehr ein Unternehmen ist, das fern von den Stätten der Heimat betrieben wird. Einerlei, ob der Feind im Land steht oder ob die eignen Truppen im Feindesland stehen, den Krieg führt nicht mehr allein der Soldat, ihn führt der Bürger ebenso, ihn erleiden die Frauen, ja sogar die Kinder. Und auch diese unbewaffneten Wehrlosen sind zu Hunderttausenden gefallen, sie werden, wenn noch einmal dieser Wahnsinn unternommen werden sollte, mit der zu erwartenden

Verbesserung der chemischen Tötemittel zu Millionen fallen. Ein nächster Krieg wäre die Vernichtung aller Kultur, aller Städte, aller das Leben haltenden Einrichtungen.

Diese Einsichten werden nicht vergehen mit dem Leben derer, die den Weltkrieg geschaut. Sie werden fest verankert bleiben im Bewußtsein der Menschheit für alle Zeiten. Und dieses Bewußtsein wird der eine mögliche Weg der Wiedergutmachung, der Erlösung sein, der Weg zur Organisation der Menschheit, zur Anpassung und zum Ausgleich, zur Selbstbekenntnis, die allein eine Selbsterhöhung und eine Erweiterung des Lebens des Einzelnen garantiert.

Die Erkenntnis, die vor dem Krieg von einigen Weitschauenden gepredigt wurde, deren Stimmen aber unter dem Hohngelächter der Kriegsinteressenten (es gab auch schon vor dem Krieg Kriegsgewinner) erstickt wurden, ist jetzt mit Stahl und Blei in das Bewußtsein der Zeit eingehämmert worden und kann daraus niemals verschwinden. Hier winkt die Erlösung. Nicht nur für den gefesselten Besiegten, auch für die armen blutenden Sieger, die ja nicht minder gefesselt sind.

Beseelt von dieser Erkenntnis, geschärft durch die gemachte Erfahrung, befreit von den Hemmnissen der alten Zeit, wird die Menschheit jetzt daran gehen können, den Frieden zu errichten. Er wird erarbeitet werden müssen in langer, schwerer Arbeit. Sie wird beginnen mit der großen Schuttwegräumung und mit der Reinigung der verpesteten Luft. Aber alle diese Schwierigkeiten werden überwunden werden, denn von Tag zu Tag wird es der Menschheit klarer werden, daß ihre Rettung nur darin liegt, daß sie das große Werk der Weltorganisation vollendet, das allein das Werk ihrer Gesundung, ihrer Befreiung sein kann.

Wir stehen heute noch an einem Grabe.
Aber bereits lockt zu neuen Ufern uns ein neuer Tag.

Interlaken, 30. Juni.

Am Samstag, den 28. fand in Versailles unter feierlichem Gepränge die Unterzeichnung jenes umfangreichen Dokuments statt, das den furchtbarsten Krieg beendigen soll. Der weltgeschichtliche Akt vollzog sich in jener historischen denkwürdigen Spiegelgalerie, in der am 18. Januar 1871 in Anwesenheit der deutschen Fürsten, der deutschen Heerführer und Bismarcks das Deutsche Reich begründet wurde. Sie fand statt just fünf Jahre nach jenem Tag, an dem der Gymnasiast Princip das Thronfolgerpaar der Habsburger Monarchie in Sarajewo ermordet hat, womit der Vorwand gegeben wurde für diesen Krieg. Die Unterschrift für das Deutsche Reich setzte als erster Delegierter ein einfacher Mann, ein Sozialdemokrat, dem vor fünf Jahren kaum der Gedanke gekommen war, daß er berufen sein werde, mit seinem Namen das Instrument zu unterzeichnen, das am Schluß des vom deutschen Militarismus frivol unternommenen Krieges stehen werde.

Die Versuchung, Vergleiche aufzustellen mit dem Tag von Versailles und einer frühern oder spätern Vergangenheit, ist von unwiderstehlicher Wucht. Die Pendelschwingungen der betrachtenden Seele weichen dabei in erschütternder Weise vom Mittelpunkt ab. Die Gegensätze, die sich der Betrachtung offenbaren, sind auch von unerhörter Distanz. Dieses Auf und Ab in fünfzig Jahren, das das Leben eines großen Teiles der heute noch mitwirkenden Generationen erfüllte, hat sich wohl in keiner Periode der Menschheitsgeschichte in solchen Gegensätzen gezeigt. Von dem Blut- und Eisenmann, der angesichts der Hauptstadt des besiegten Feindes das Reich proklamierte, bis zu dem Arbeitervertreter Müller, der an

derselben Stelle mit seinem Namen die schwere Bürde eines vernichtenden Friedensdiktats für das deutsche Volk übernimmt, von dem volksfeindlichen Hohenzollern, der dort die Krone des Reiches sich aufs Haupt setzen ließ, bis zu dem ehemaligen Sattler, der diesem Reich heute durch die Wahl des Volkes vorsteht, welch ungeheurer, welch erschütternder Wandel, den so viele unter uns vom Anfang bis zum Ende erlebt haben. Und erst dieser Wandel der neueren Vergangenheit, dieser Gegensatz der Welt von heute und jener, die wir vor fünf Jahren gesehen haben. Welch blühendes Land war dieses Deutschland, welcher Garten war die Welt! Wie hätte sich all das pulsierende Leben in diesen fünf Jahren noch weiter entwickelt, wenn es gelungen wäre, die furchtbare Krankheit, die an unserm Gesellschaftsleben fraß und fraß, zu überwinden, ehe es Verbrechern gelang, sie zum unheilvollen Ausbruch zu bringen. Nicht auszudenken ist es, welches Glück der Menschheit, nicht nur dem deutschen Volk allein, damit zuteil geworden wäre. Wieviel Leben wäre erhalten geblieben, wieviel Trauer und Elend wäre erspart worden, welch gesundes Geschlecht würde heute Wohlstand und Glück durch Arbeit vermehren, wie wären die Völker über die Grenzen hinweg zur fruchtbaren Gemeinschaft vereint worden, wenn all das in fünf Jahren Erlebte nur ein böser Traum gewesen wäre. Wir Pazifisten, die wir die einzigen waren, die das Kommen solchen Unheils erkannt hatten, die wir unser Leben seiner Vermeidung widmeten, die wir all das blühende Glück retten wollten vor der Vernichtung, wir dürfen heute an dieser Schicksalswende auftreten und mit vorwurfsfreiem Gemüt den Fluch gegen jene schleudern, die zum Krieg trieben, die ihn schließlich ausgelöst haben, jenen ihre Unterlassung vorhalten, die nicht uns, sondern die Weltverderber unterstützt hatten. Es ist zu spät, zu spät für das unselige Geschlecht, das

bis zur Jahrtausendwende mit Not und Mühsal die Unterlassungen des letzten Vierteljahrhunderts vor dem Krieg, das Verbrechen von 1914 wird bezahlen müssen. Aber was die Not dieser unglücklichen Generationen sein wird, wird dereinst das Heil der spätern sein. An den Erfahrungen dieser fünf Jahre, die wir erlebt, die in ihren Folgen wir und die Enkel noch lange werden ertragen müssen, wird die Welt genesen. An den Erlebnissen dieser fünf Jahre stirbt der Krieg, des Menschengeschlechtes Geißel, stirbt das militaristische Zeitalter. In Sturm und Not wird eine neue Zeit erstehen, und diese Geburt wird die Erinnerung an den Tag von Versailles verewigen troß aller Unzulänglichkeit, troß aller Stümperhaftigkeit, die dem Vollbrachten heute noch anhaftet.

* * *

Paris und Versailles und wahrscheinlich ganz Frankreich, wahrscheinlich die ganze übrige, gegen uns verbündete Welt haben zur Feier der Unterzeichnung Festschmuck angelegt. Die Fahnen flatterten, Girlanden zogen sich über die Straßen, Freudenschüsse wurden abgefeuert, Freude und Aufregung beherrschten die Menschenmassen. Es war ein großer Tag. O, wär' er nur einer gewesen! Was hätte dieser Tag sein können, wenn an ihm die Menschheit wirklich Frieden geschlossen hätte. Wie berechtigt wäre der Jubel der Massen gewesen, wie berechtigt die äußere Feststimmung, wenn an diesem Tag die wahren Vertreter der Völker sich vereinigt hätten, nicht die Vertreter der siegenden und besiegten Regierungen, nicht die Diplomaten alter und ältester Schulen, nicht die goldstroßenden Militärs, und wenn diese den Pakt des allgemeinen Weltfriedens, der allgemeinen Abrüstung, der Weltorganisation und der Magna Charta des Rechtes unterzeichnet hätten. So hatten wir es in den schweren Prüfungsstunden dieser

Kriegsjahre erkannt. Einen Friedensschluß erhofften wir, der nur Einen Besiegten kennt, den Krieg und mit ihm jene Schichten, die mit ihm ihr Dasein rechtfertigen.

Es ist anders gekommen. Und wir müssen es so nehmen, wie es ist. Die Regierungen haben diesen Frieden geschlossen. Am 25. Mai 1916 habe ich in dieses Tagebuch eingeschrieben:

> «. . . wir werden zwar um den Friedensschluß der Regierungen nicht herumkommen, aber nachher wird der Frieden zwischen den Völkern gemacht werden müssen. Eher ist der Krieg nicht zu Ende». — —

So ist's auch. Wir haben jetzt die erste Etappe erreicht. Nun müssen wir der zweiten zuarbeiten. Dem Versailler Regierungsfrieden muß der Friede der Völker folgen. Und er wird ihm folgen. Das arme deutsche Volk, das im Reich, wie das durch die Macht der Versailler Paragraphen außerhalb des Reichs gebliebene und das durch jenen Vertrag aus ihm hinausgeführte, mag in dieser Zuversicht seinen Trost finden. Der Rechtsfrieden der Völker kommt, und er wird das Unerträgliche beseitigen, das Unerträgliche, das ja nur deshalb unerträglich ist, weil es unrecht ist. Das deutsche Volk gleicht heute einem seiner Freiheit beraubten Gefangenen. Es büßt die Sünden seiner Vorfahren. Möge es die Strafe in edler Haltung tragen. Der Tag kommt, wo ihm von den Völkern, die sich selbst zu Recht und Freiheit durchgerungen haben werden, die Freiheit wiedergegeben werden wird. Er kann nicht fern sein, dieser Tag. Eine Knechtschaft durch Jahrzehnte hindurch gibt es nicht mehr. Was Polen ertragen hat, wird dem Deutschtum erspart bleiben. Die Gewalt hat Schiffbruch gelitten, und das kürzt die deutsche Unfreiheit ab. Das schwergeprüfte, durch diese Prüfung geläuterte deutsche Volk wird durch seine Haltung und durch seine Mitarbeit an der Herbeiführung des

wahren Friedens der Völker sein Leid abkürzen helfen. Das deutsche Volk ist nicht tot. Erschlagen sind nur die verbrecherischen Elemente in ihm, die einer ältern Kulturperiode angehörten und im hellen Glanz der Sonne des zwanzigsten Jahrhunderts Mittelalter leben wollten. Diese Irren sind tot. Das deutsche Volk, in dessen Mitte sie lebten, ist bei diesem Vernichtungskampf stark mitgenommen, mitgeschlagen, geschwächt worden. Aber es lebt. Und es wird sich aufraffen, gesünder und größer werden, als es je war. Alle die Tugenden, Fähigkeiten, Eigenschaften dieses mitteleuropäischen Menschen werden aufflackern erst und dann zur hellen leuchtenden Flamme werden, die der ganzen Menschheit Licht und Wärme bringen wird. Die Stunde der Befreiung wird das deutsche Volk in Bruderschaft und Rechtsgemeinschaft mit allen andern Kulturvölkern finden.

Die Verwirklichung der Lehre des Pazifismus ist die Verwirklichung des wahren Friedens. Die Arbeit für die Befreiung Deutschlands ist gleichbedeutend mit der Arbeit für den Sieg der pazifistischen Lehre. Kein Wunder! Der Sieg der pazifistischen Lehre hätte vor dem Krieg Deutschland vor der Niederlage bewahrt. Es hat das Heil damals verschmäht; jetzt, wo ihm die Unterlassung so furchtbar heimgezahlt wird, wird das deutsche Volk, das vorher von seinen Verführern geblendet worden war, erkennen, wo seine Freunde und Retter stehen.

Der Krieg, der lange Krieg in seiner akuten Phase ist nunmehr formell abgeschlossen. Die Unterschrift in Versailles eröffnet die Periode der Wiederherstellung der Welt, der Eroberung des Friedens, der Umwandlung des noch brennenden latenten Krieges zu einem wahren Frieden. Mein Tagebuch findet hiermit seinen Abschluß. In Stunden der Verzweiflung habe ich es im August 1914 begonnen. Mit meinem Herzblut bin ich hier fünf Jahre hindurch den furchtbaren Ereignissen gefolgt, habe ich

den Wahnsinn bekämpft, die Heuchelei bloßgestellt, den Irrsinn, der den Krieg erzeugt, den falschen Patriotismus, den er hervorrief, kritisiert. Ich habe die Schuld an diesem Verbrechen erst schüchtern, dann immer deutlicher erkannt und hier klargelegt und habe mir hier, in Stunden der Verzweiflung und des Ekels, mein Herz erleichtert. Was ich schrieb, und was darin während des Kriegs teilweise veröffentlicht wurde, hat den Durchhaltern, den Eroberungssüchtigen, den Siegesgewissen, denen, die den Überfall heuchelten, nicht gefallen. Sie haben mich geschmäht, beschimpft, verleumdet. Die Pfeile flogen nicht nur von vorn. Sie kamen zuweilen auch von hinten, aus den eignen Reihen. Das waren die schmerzlicheren. Ich wollte die Niederlage des Kriegs, wollte daß das Mittel der Gewalt sich für immer kompromittiere, und deshalb ersehnte ich, solange es noch möglich schien, den Kompromißfrieden, um den Mord abzukürzen, in der Hoffnung, daß ein Ende ohne Sieg dem Militarismus für immer den Todesstoß versetzen müßte. Was ich wollte, hat sich nicht ereignet. Der Wunsch der Jusqu'auboutisten ist in Erfüllung gegangen. Der Militarismus ist auf der einen Seite niedergeschlagen, er lebt jetzt auf der andern. Ich will nicht sagen, daß das das Gleiche wäre wie vordem. Er ist drüben nicht so bodenständig, nicht so tiefeingewurzelt, sprießt nicht so sehr unter der treibenden Sonne der Tradition. Aber er ist. Und auch nach dem vollen Sieg wird es daher noch der Erkämpfung des wirklichen Friedens benötigen. Vielleicht wäre das Gleiche unter wenigen Opfern erreicht worden? Vielleicht? Aber das Geschehene läßt sich nicht mehr ändern. Ändern läßt sich nur noch die Zukunft. Daß diese der schwergeprüften Menschheit Glück verheiße, sei der Inhalt unsrer weitern Arbeit. Möge es bald gelingen, den Schutt zu beseitigen und die Geister von Rachegefühlen und Haß zu befreien. Wir alle, wir

Sieger und Besiegte, sind ja arme, bedauernswerte Opfer. Verstehen wir uns in Leid und Schmerz. Überwinden wir die tierischen Triebe zum Wohl der Kinder, denen wir eine gesäuberte Welt hinterlassen wollen. Mögen sich zunächst diejenigen die Hände reichen, die ihre Köpfe kühl behalten haben. Erst ein Anfang, dann kommen die andern. Beispiele brauchen wir, Beispiele! Erkennen wir doch, wie international das Leid ist, das der Krieg erzeugt, wie international der Tod ist, den er gesät, und ermannen wir uns zur Internationalität des Lebens und des Glückes.

Meine Eintragungen in das «Kriegstagebuch» hören nunmehr auf.

Aber ich will sie nicht schließen, ohne noch einmal an dieser Stelle einen Fluch gegen jene zu schleudern, die im Sommer 1914 frivol und unbekümmert, ebenso unverständig wie gewissenlos diesen Krieg ausgelöst haben. Sie seien für immer Ausgestoßene der Menschheit, ihr Andenken sei geächtet und bespien solange Menschen die Geschichte ihrer Gattung verfolgen werden; sie, die Mörder von zwanzig Millionen, die Vernichter der schönen Welt; sie, die den Aufschwung unsres Daseins, alle Fortschritte der Kultur um ein Jahrhundert gehemmt haben, die uns zu Krüppeln an Körper und Geist machten, die uns Zeitgenossen um unser Leben, um unser Recht auf Glück betrogen haben. Euch allen, die ihr zum Krieg getrieben, die ihr ihn entschieden und bewirkt habt, euch, die ihr ihn hättet hemmen können und nicht gehemmt habt, und euch, die ihr dann das Volk durch Lügen zur Begeisterung gebracht, die ihr alle Wandlungen und Verbrechen gebilligt, mitgemacht und in der Hoffnung, Nutznieser des Sieges zu werden, unterstützt habt, euch allen gilt mein Fluch, der euch verfolgen möge durch euer Leben und die Geschichte.

Nachwort

Um die Fertigstellung der Gesamtausgabe des „Kriegstagebuchs“ zu beschleunigen und dessen Verkaufspreis, troß der während der Drucklegung bedeutend gestiegenen Herstellungskosten, so zu halten, daß er der Verbreitung des Werkes nicht hinderlich wird, wurden die Eintragungen des vierten und fünften Kriegsjahres, auf Wunsch der Verlagshandlung, in einen Band zusammengezogen. Es mußte daher der Inhalt des Manuskriptes für diese beiden Jahre um etwa ein Drittel gekürzt werden. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß auch bei den vorhergehenden Bänden zumeist aus den gleichen technischen Gründen, jedoch in weit geringerem Umfang, Streichungen vorgenommen wurden. Bei den jahrelang hindurch erfolgten Eintragungen haben sich so viele Wiederholungen und Nebensächlichkeiten eingeschlichen, daß deren Weglassung den Wert und den Charakter des Werkes in keiner Weise beeinträchtigt. Die im Vorwort zum ersten Band gebrauchte Bezeichnung dieser Ausgabe als „zusammengefaßte und vollständige Veröffentlichung“ wird dadurch nicht hinfällig, da sie von vornherein im Vergleich zu dem während des Kriegs nur in Bruchstücken erfolgten Abdruck (in der „Friedens-Warte“) so zu verstehen war.

Januar 1920. A. H. F.

Namen- und Sachregister


3 2000 011 546 415


M R
V Z